



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 115

Droste Verlag Düsseldorf

Ulrike von Hirschhausen

Liberalismus und Nation

Die Deutsche Zeitung

1847-1850

Droste Verlag Düsseldorf

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen.



Copyright © 1998 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1998
ISBN 3-7700-5215-3

VORWORT

Diese Studie untersucht Programmatik und organisatorische Grundlagen der Deutschen Zeitung sowie die soziale Verankerung ihrer Mitarbeiter und Leser. Sie wurde im Wintersemester 1996/97 von der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Mein größter Dank gilt dabei meinem verehrten Doktorvater, Professor Dieter Langewiesche, der das Entstehen dieses Buches mit überaus konstruktiver Kritik, mit Ermunterung und auch mit Humor begleitet hat. Den Gesprächen mit ihm verdankt das Buch viel. Verbunden bin ich ebenso Professor Hans-Peter Ullmann, der liebenswürdigerweise das Zweitgutachten übernommen hat. Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien danke ich für die Aufnahme der Studie in ihre Schriftenreihe. Die Arbeit wurde im Oktober 1997 mit dem Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreis ausgezeichnet, wofür dem Kuratorium und der Friedrich-Naumann-Stiftung besonderer Dank gesagt sei.

Bücher schreiben sich nicht ganz alleine. Mit einem großzügigen Stipendium hat die Gerda Henkel Stiftung das Projekt gefördert, und auch meinen Eltern bin ich für ihre Unterstützung sehr verbunden. Die Mitarbeiter vor allem der Bayerischen Staatsbibliothek und der Heidelberger Handschriftenabteilung haben mich bei der Materialsuche unterstützt und auch bei entlegenen Quellen bewundernswerte Zähigkeit an den Tag gelegt.

Herzlich danken möchte ich vor allem meinen Freunden Hans-Werner und Thea v. Wedemeyer. Die Türen zu ihrem friedlichen Gernsbacher Domizil standen stets weit offen und gewährten wochenlange Schreibzeit fern jeglicher Verpflichtung, dabei begleitet von anregenden Gesprächen. Auch meine Freunde Hans-Jacob Meier und Pauline Schimmelpenninck haben ihren Anteil am Entstehen dieser Arbeit, ebenso wie mein Bruder Tillmann Braun, dessen scharfzüngige Kommentare bereichernd waren und sind. Die Arbeit schließlich ist der Erinnerung an Thomas Nipperdey (1927–1992) gewidmet.

Riga, Lettland, im Dezember 1997

Ulrike v. Hirschhausen

Nr. ~~152.~~

INTERIMS - QUITTUNG
über

Zwanzig Thaler Preussisch Courant.

Herrn Heinrich von Gagern in Hornau

ist bei der Deutschen Zeitung durch eine Einzahlung von **Zwanzig Thaler Preuss. Courant** beteiligt. Nach Einzahlung der zweiten Rate von Zwanzig Thaler wird dieser Intercimo-Schein gegen eine Actie ungetauscht.

Frankfurt a. M. den 3. August 1849.

Der provisorische Ausschuss der Deutschen Zeitung.

H. v. Gagern
H. v. Gagern

Quittung über den Kauf einer halben DZ-Aktie am 3. August 1849, ausgestellt an Heinrich v. Gagern

INHALT

Vorwort	5
Einleitung	11
Erstes Kapitel	
Die Zeitung und ihre Macher: Interne Organisation und personelle Besetzung	
1. Gründer und Gründungsgeschichte	21
2. Entwicklungslinien 1847–1850	41
3. Das Korrespondentennetz der Deutschen Zeitung	52
a) Raummuster	54
b) Sozialprofile	60
4. Die Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen	68
a) Wie verkauft sich nationale Politik? – eine Fehlkalkulation	71
b) Vom Zuschußbetrieb zum Parteiorgan: Geschäftliche Gratwanderungen	82
5. Redaktionelle Organisation und Vertrieb	90
a) Nachrichtenbeschaffung	91
b) Nachrichtenauswahl	96
c) Präsentation und Layout	104
d) Vertriebswege	108
e) Zensur	112
Zweites Kapitel	
Die Zeitung als politisches Programm	
1. Staatsgründung und Verfassungspolitik	117
a) Am Vorabend der Revolution: Liberale Prinzipien – deutsche Nation	118
b) Der Weg zur Paulskirche	132
c) Erster Parlamentarismus und Beginn der Gegenrevolution	141
d) Die Frage deutscher Grenzen	151
e) Die Reichsverfassung und ihr Scheitern	168
f) Abgesang der Revolution: Das preußische Unionsprojekt	183

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik	199
a) Antwort auf die Soziale Frage: »Rationeller Landbau«, Gewerbeordnung und Industriepolitik	200
b) Liberale Sozialfürsorge	212
c) Handel, Steuern, Banken: Wege zu einem nationalen Wirtschaftsraum	216
3. Kirchen und Konfession	224
a) Reformbedarf in Kirchen und Freikirchen	226
b) Die Kirche im Staat	233
c) Die rechtliche Stellung der Juden	241
d) Kirchen und Nation	244
4. Der Blick auf Europa	249
a) Außenpolitik oder Machtpolitik? – das neue Deutschland in Europa	249
b) Lernen von den Nachbarn? – Vorbilder und Feindbilder in Europa	267

Drittes Kapitel

Die Zeitung und ihre Leser:

Das Kommunikationsnetz der Deutschen Zeitung 1847–1850

1. Die Leserschaft	285
a) Raummuster	290
b) Bürger von Beruf, Besitz und Bildung	301
c) Zwischenbilanz: Nation als Integrationsschleuse	312
2. »Lesarten« der Deutschen Zeitung	314

Zusammenfassung	319
---------------------------	-----

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	328
--	-----

Verzeichnis der Abkürzungen	330
---------------------------------------	-----

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen	331
B. Gedruckte Quellen und Literatur	333

Personenregister	342
----------------------------	-----

Sach- und Ortsregister	345
----------------------------------	-----

Der Redakteur lehnt die Besetzung an die Redaction, England, Spanien, Preussen und die Vereinigten Staaten, welche man sich an Dr. M. Heineke, Gießen, Dr. Henning, Berlin, 2), das Neue Deutschland

Deutsche Zeitung.

Die Abonnementspreise sind: Einmal jährlich 1 Thaler, halbjährlich 60 Schillinge, vierteljährlich 30 Schillinge. Die Expeditionen sind: Einmal jährlich 1 Thaler, halbjährlich 60 Schillinge, vierteljährlich 30 Schillinge. Die Expeditionen sind: Einmal jährlich 1 Thaler, halbjährlich 60 Schillinge, vierteljährlich 30 Schillinge.

Herausgegeben von G. Servinus, L. Häuffer, G. Höffen, R. Wathy und R. Rittermaier.

Nr. 1.

Heidelberg, 1. Juli.

1847.

Übersicht.

Die Anfänge der Deutschen Zeitung. Bräun (Ergebnis des männlichen Landtags). Berlin (Schluß des Vereinigten Landtags; Landtags-Abtheilung. Die Wahl der Reichsversammlung. Vom Reichsrath (Schluß des Landtags). Frankfurt (das neue Preussische). Niederlande. Die Erhebung des Königs. Großbritannien. Amensgesetz. Verfassungsgesetz. Frankreich. Paris (Proces Cuberes). Spanien. Eine montenossinische Schilberhebung in Bulgos. Portugall. Aufstand auf den Bürgerkrieg. Literatur. Handel. Andre's, Aufgebrachter Bericht auf meinem Leben. — Der Kornhandel und die Steuerungsfrage. Datum der Wahlen Frankfurt 29.; Berlin 25.; Amsterdam 27.; London 26.; Paris 26.; Warsa 21. Juni.

Heidelberg, den 1. Juli.

Als wir vor einem halben Jahre die erste Unabhängigkeit dieses Blattes ausgeben ließen, hatten wir von einigen Geschäftswirkelnden, mit denen dasselbe gleichsam schon vor seinem Beginn zu kämpfen haben sollte, keine Ahnung.

Wir meinen nicht etwa die Gemisshen, die uns natürliche und unnatürliche Gegner zu bereiten suchten; auf sie mußten wir gewöhnt sein. In Formen und Weiden die unserm deutschen Namen würdig Ehre machen, schien die Presse fast aller Völker weitläufig zu werden. Wir trauten auszuweisen gegen die vorausgesetzte Unabhängigkeit seit der vollendeten Professorenzeit; je selbst die Bürgerstreifen lokaler Regierungsmänner stimmten in diesen Eifer ein und bedeuteten uns die „Sachsanigen und Berufenen“ der Presse, auf die wir uns berufen hatten, seien fortan nicht in der Reihe der Professoren, sondern der Staatsleute und Parlamentarismittelglieder zu suchen. Die Masse war gefählich, wenn ihr nur nicht der Gegenstand gefehlt hätte. Aber der Gehalt zu diesem Blatte war so von lauter parlamentarischen Männern angelegt worden; unter unsern nächstschicklichen Gönnern und Freunden sind fünf Sachverständige Staatsleute und fünfzig Depuirtete zu zählen, und unter dem übrigen Sachverständigen sind die Namen zu lesen, die im ganzen Lande weder als Doktrindäre, noch als unentfchiedene Leute bekannt sind. Das aber unter den Herausgebern zufällig die Hälfte, dritttheil Professoren sind, dies konnte unmöglich eine Zeitung jenen verdächtigen Charakter aufdrücken, deren Programm in der schärfsten Abgrenzung ein politisches Tendenzblatt verknüpft.

Von dieser Saat des Misstrauens als ersten haben wir wenig Erfrüherung unserer Weges, weil mehr von dem zu großen Vertrauen, das uns die besondern Kreise entgegenbringen. Die Briefe liegen zösterlich vor uns, in welchen Erwartungen von diesem Blatte ausgesprochen werden, die uns nicht schmeichelten sondern befürzten; die eben so unsere Selbstbeziehung wie unsere Selbstkenntnis zu nahe traten. Wenn der Ton unserer Unabhängigkeit, den man anmaßend ausgesprochen hat, sich und zuverlässig klang, so war er, weil wir uns auf eine verlässliche Sache stützten, eine so gute Sache, daß die Unternehmung sich nicht bedachten ihr Name, Wäthe und Betragen zu opfern, um zu versuchen, die geeigneten Kreise zu ihrer Versicherung zu einigen. Aber was uns in dem Unternehmense selber sehr ernstlich maßte sehr befremden zu sein, das ist die gemeine Erfahrung, daß der tüchtigen, afflosen Kreise für sich einen Kampf bei uns und noch viel zu wenige sind, daß die vielen Passiven weder dem Begriffe noch die Neigung einer Parteilichkeit haben, daß die Willsten, auch der Gleichsinnigen und Willigen, sich noch ein Mal in ihrem Sinne gefallen lassen, aber Nichts dazu thun wollen. Die Herausgeber eines Blattes, was ihre Lust und ihre Talent auch sein möchte, können dasselbe weder

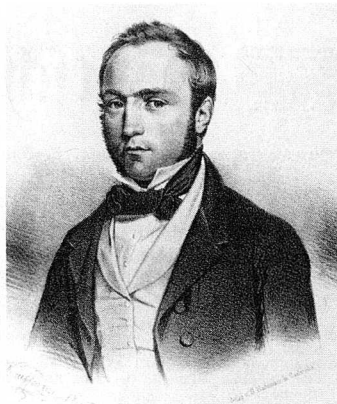
ausfüllen, noch auch nur in einerlei Geist erhalten, ohne die rassistische Hilfe der Gleichbedenkten; vereinigt geben sie sich und ihre Anstrengung müßlos dahin, wenn sich nicht die Willen in gleichem Sinne für die gleichen Zwecke bewegen. Wenn überpannte Erwartungen von dieser Unternehmung unglücklicherweise von keiner Erfüllung und geringer Erfüllung der uns gewordenen Versicherungen begleitet sein sollten, so würde das Schicksal unserer Zeitung nur einen neuen Beweis liefern, wie oft uns der Uebermaß an Entschlossenheit und der Mangel an ausdauernder Thätigkeit in Deutschland gefehlt haben. Die von dem Blatte Wäthe und Betrages erwarnten, die müssen vor Allen auch Wäthe und Betrages beifre sein. Auch dann aber wird nicht zu erwarten sein, daß ein solches Werk in einem solchen Maße bedeutungsvoll hinzusetzen wäre; die Kreise müssen sich selbst erst finden, müssen der Aufgabe erst inne werden und den Stoff in die geeigneten Hände liefern, so daß im besten Falle erst die Zeit, die Einigung und die vereinte Anstrengung einen Erfolg ausweisen würden, dessen man sich so rühmen könnte, wie wir uns der guten Aussicht und der besten Dinge zu rühmen moegen.

Auch diese letztere Schwierigkeit aber, die uns aus der Euphorie der Proleten entzogen, würde uns verhältnißmäßig geringere Sorge gemacht haben; sie betraf mehr oder minder unsere, der Unternehmung, Persönlichkeit, mit der wir ein für allemal Rechnung gehalten haben. Das Hauptgemüthlich mal aus unserm öffentlichen Leben und traf nicht unsere Personen, sondern unsere Grundzüge: das Patent vom 3. Februar. Wegen diese neue Ordnung der Dinge, gegen die altständische Verfassungsform, die hier proklamirt war, setzte uns das Bekanntnis unserer konstitutionellen Prinzipien in einen offenkundigen Gegensatz, der auch mit keiner Kunst zu verdecken gewesen wäre. Wir mußten ihn hinesetzen oder unsere Grundzüge oder unsere Unternehmense aufgeben. Wie unangenehm unsere Wahl auch war, so hatten wir doch den eingetretenen Fall der Wahl tief zu beklagen, und dies aus zwei unsern obersten Grundzüge und Zweck nächst be- rührenden Gründen.

Wir hatten geglaubt, der Reich, den uns die Briten von Karst- had bereit hatten, nahezu bis zu seiner Reife geteert zu haben. Die Männer der Oesterreich'schen Schule waren abgetrieben; die Anstrengungen des konstitutionellen Prinzipis in Deutschland von Seiten der Großmächte schienen sich zu legen; man schien allmählich die übermächtigste Macht dieser Staatsidee anzureichern, die sich in allen Theilen der Welt ihre Bahnen bricht. In diesen Zeiten wo in einem entlegenen, Hinterlande Europa's, in Schwaben, die unallständische Verfassung die dort in Herkommen und Gewohnheit, in Wurzeln und Intereffen der Städte höchstfest eingewurzelt liegt, von dem regierenden Hause selbst in dem Sinne der reifen Staatsidee der Gegenwart reformirt werden soll, in dieser Zeit hätte man nicht erwartet daß in dem reichsenthaltigen preussischen Staate jene veraltete Form wieder belebt werden sollte welche die Theorie verwarf, die Geschichte allmählich verwirft oder in den juristischsten Revolutionen zerstört hatte. Man will uns diese altständische Form, als ein deutsches Eigenthum, der repräsentativen, als einem fremdbartigen Institut, die Güte der Anden als eine wesentlich verschiedene Staatsform gegenüberstellen, da doch alle Geschichte, in und außerhalb Deutschlands, in jeder älteren Gestalt nur die selben ungetrennten Elemente nachweist, die einer natürlichen Umwidlung der Zeiten gewöhnt sind, die in dem neuen Verterungszustande an Kultur und Erziehung gereift sind zu neuen gesellschaftlichen Zustände den wir in England bewundern. Oder was wären jene alten Rechte der alten Stände, das Recht, nur freiwillige, unverpflichtete Steuern zu geben; das Recht, über Krieg und Frieden zu bestimmen, das Recht, die Landtage zu besuchen, die Leiter zu besetzen und durch festliche Ausweise mitzuregieren; das Recht, Gerechtigkeit und Gerechtigkeit an die Beschäftigung und Einwirkung der Frei-



Georg Gottfried Gervinus



Friedrich Daniel Bassermann



Karl Mathy



Alexander von Soiron

Einleitung

»Eine feste Standarte auf(zu)pflanzen, um die es versucht, die Nation in möglichster Eintracht zu versammeln ... und das Gefühl der Gemeinsamkeit und Einheit ... zu unterhalten und zu stärken«, formulierten die Herausgeber der Deutschen Zeitung als Zielvorgabe des neuen Blattes im Mai 1847.¹ Mustert man den liberalen Wertekatalog genauer durch, mit dem ihr »Prospectus« die Aufmerksamkeit der politisch interessierten Öffentlichkeit auf die geplante Zeitung lenken sollte, so zeichnet sich hier der Versuch ab, dem nationalen Liberalismus des ausgehenden Vormärz einen stabilen programmatischen Boden zu geben sowie einen sozialen Drehpunkt zu schaffen, um den sich das verstreute liberale Spektrum enger gruppieren konnte.

Ein halbes Jahr später berichtete ein Geheimagent Metternichs nach Wien: »Die Zeitung ist das beste Oppositionsblatt, das jemals in Deutschland erschien und muß als solches schon in der nächsten Zeit einen Einfluß ausüben, der weit über alle Berechnungen hinausgehen dürfte.«² Aus dem Urteil des politischen Intimfeindes geht hervor, daß Selbstbild und Fremdbild der Deutschen Zeitung erstaunlich wenig auseinanderklafften. Daß es im Vormärz »vor allem Zeitungen, Zeitschriften und Sammelwerke sind, um die sich die deutschen Parteien bilden«³, hat schon das Grundbuch des deutschen Frühliberalismus, das Staatslexikon, illustrieren können. Nicht mehr liberale Gesinnungsgemeinschaften, sondern die erste offizielle liberale Partei, die Gothaer, konstituierte sich in den Revolutionsjahren dann um die Deutsche Zeitung herum. Das Wechselspiel von Presse und Parteibildung ist für die demokratische Presse recht gut erschlossen⁴, konstitutionelle Organe stehen dagegen noch immer im Windschatten der reich erforschten Augsburger »Allgemeinen Zeitung«.⁵ Unberücksichtigt blieb dabei auch das repräsentativste Organ gemäßigter nationaler Liberaler, die Deutsche Zeitung (DZ), welche im Sommer 1849 zum Parteiorgan der Gothaer Liberalen avancierte.

Bekannte Heidelberger Professoren und Abgeordnete, darunter Georg Gottfried Gervinus, Karl Mittermaier, Ludwig Häusser und Karl Mathy, hatten das Blatt 1847 gegründet. Als Verleger gewannen sie Friedrich Daniel Bassermann, badischer Politiker und ein Sohn der Mannheimer Kaufmannsfamilie, deren bürgerliche Lebenslinien Lothar Gall konturenscharf nach-

¹ Programm der DZ, 1847, S. 181.

² K. GLOSSY, 1912, S. 296.

³ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 378.

⁴ Vgl. N. DEUCHERT, 1983; J. FRÖLICH, 1990; H. TAUSCHWITZ, 1981.

⁵ Vgl. jetzt M. BREIL, Die Augsburger »Allgemeine Zeitung« und die Pressepolitik Bayerns, 1996.

gezeichnet hat.⁶ Der Name des neuen Blattes war zugleich Programm, doch auch mit innovativen organisatorischen Methoden wie einem dichten europäischen Korrespondentenetz, einem täglichen, kommentierenden Leitartikel auf der Titelseite sowie fachspezifischer Ressortaufteilung in der Redaktion suchten diese Liberalen ihrem Ziel eines nationalen Verfassungsstaats näher zu kommen. Welchen Weg sie dabei beschritten, was sie verband und woher sie kamen, will diese Studie ausleuchten.

Am Gegenstand der Deutschen Zeitung überkreuzen sich Fragen zum Liberalismus, zum Bürgertum und zum Nationalismus der Jahrhundertmitte mit Fragen einer modernen Pressegeschichte. Das Zeitungsprogramm liefert zunächst einen neuen Anstoß zur keineswegs ausgestandenen Diskussion um den konzeptuellen Charakter des Liberalismus. Denn sonderlich einheitlich war dessen Politik nicht. Doch wie weit die Richtungen sich bereits im Vormärz auseinanderentwickelt hatten, konnte die gemeinsame Opposition gegen Partikularismus und Bevormundungsstaat noch verdecken. Auch die Deutsche Zeitung präsentierte ihr Programm zunächst ohne greifbare Realisierungschancen. Doch als ihre Protagonisten fast über Nacht in die Schaltstellen parlamentarischer Macht aufrückten, Hansemann als Minister, Bassermann als Staatssekretär, führende Korrespondenten wie Wippermann oder Hergenhausen als Märzminister und dreizehn Prozent der Mitarbeiter, darunter fast alle Herausgeber, als Abgeordnete des ersten deutschen Parlaments, wirkte die Bindekraft der gemeinsamen Opposition nicht mehr und die konkurrierenden Zielvorstellungen brachen offen auf.

Welche Variationsbreite diese Vorstellungen hinter dem Bekenntnis zu Verfassung und Nation aufweisen, illustriert der Zeitungstext auf programmatisc her Ebene. Die zahlreichen verfassungspolitischen Kommentare erschließen zunächst, wie diese Liberalen die alle Erwartungen übersteigende Revolution zügig in gesetzliche Bahnen lenken wollten, und welche politische Herrschaftsordnung ihnen dabei vorschwebte. Was für Rechte der Monarch, welche die Volksvertretung ausüben sollte und vor allem, wer zu ihrer Wahl überhaupt berechtigt war, lieferte nicht nur der Auseinandersetzung zwischen Demokraten und gemäßigten Liberalen reichlich Zündstoff, sondern wurde auch innerhalb des konstitutionellen Lagers unterschiedlich beurteilt, wie die Deutsche Zeitung zeigen kann. Auch das schwierige Verhältnis zum österreichischen Bruderstaat und das Problem der deutschen Grenzen diskutierten die Blattmacher mit Argumenten, die ein neues Schlaglicht auf den deutsch-österreichischen Dualismus aus liberaler Perspektive werfen.

Schließlich interessiert die Gewichtung von Einheit und Freiheit, welche diese nationalen Liberalen für notwendig hielten. In letzter Zeit haben einige Historiker im Liberalismus der 40er Jahre ein qualitativ neues Konzept der Nation lokalisiert, nach dem Einheit weniger politisch als ethnisch definiert wird. Wirtschaftliche und außenpolitische Stärke, Reichtum und

⁶ Vgl. L. GALL, Bürgertum, 1989.

Macht hätten als primäre Kategorien liberalen Denkens zunehmend die Freiheitsutopie des frühen Vormärz verdrängt.⁷ Ob diese Sichtweise sich so ohne weiteres auf den gesamten konstitutionellen Liberalismus übertragen läßt, kann die verfassungspolitische Haltung der Deutschen Zeitung maßgeblich klären.

Wie unterschiedlich der liberale Handlungsspielraum bemessen wurde, zeichnete sich indes nicht nur an Verfassungsfragen ab, sondern kam ebenso in der geplanten Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ausdruck. Die Gültigkeit der liberalen Zielvision einer mittleren Bürgergesellschaft ist heute kaum mehr strittig. In welchem Umfang und wie lange sie im Zeichen rivalisierender Deutungsangebote jedoch integrieren konnte, wird weiterhin kontrovers beurteilt, obwohl der Anstoß zu dieser heftig diskutierten Frage nun schon einige Zeit zurückliegt.⁸ DZ-Liberale räumten den Fragen einer sozioökonomischen Ordnung reichlich Platz in den Spalten ihrer Zeitung ein. Zu untersuchen, welche Rolle Landwirtschaft, Gewerbe und die entstehende Industrie in ihrer Vorstellung eines nationalen Wirtschaftsraums spielen sollten und wie die Soziale Frage zu lösen sei, die vor allem Handwerker und Bauern betraf, kann das Gesellschaftsbild dieser Liberalen präzisieren. Von Heidelberg aus wurde hier ein Industrialisierungsverständnis formuliert, das die Vorstellung, forcierter wirtschaftlicher Fortschritt sei nur im Rheinland propagiert worden, fraglich erscheinen läßt und der liberalen Perspektive einer Gesellschaft mittlerer Existenzen eine neue Zäsur setzt.

Liberalen nahmen auch an kirchlichen Entwicklungen lebhaft Anteil. Welche Prägekraft von Kirche und Religion ausging, hat die Liberalismusforschung lange Zeit ausgeklammert. Doch seitdem Mentalitäten und Gefühle von der Wissenschaft neu zur Kenntnis genommen werden, gewinnt auch die Rolle der Religion in der Lebenswirklichkeit des Menschen an historischem Interesse.⁹ Wie sich Religion, Konfession, Kirche und Liberalismus überschneiden, läßt sich einmal auf der programmatischen Ebene des Zeitungstextes, zum anderen auf der organisatorischen Ebene seiner Mitarbeiter und Leser ausleuchten. Beides zielt darauf ab, Konfession »als zentrale Größe bei politischen ... Entscheidungen« wieder adäquat zu berücksichtigen¹⁰ sowie die aktuelle Vorstellung der »Nation als Ersatzreligion« auf ihren Gehalt hin zu überprüfen.¹¹

Im ausgehenden Vormärz hatte der Liberalismus sein politisches und ideologisches Deutungsmonopol bereits verloren. Die sichtbare Fraktionie-

⁷ Vgl. M. MEYER, 1994; F. NÄGLER, 1990.

⁸ Vgl. L. GALL, *Liberalismus*, 1975. Zum aktuellen Forschungsstand vgl. jetzt DERS. (Hrsg.), *Bürgerlich-liberale Bewegung*, 1997.

⁹ Vgl. Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 403–440; F. W. GRAF, *Protestantische Theologie*, 1990; W. SCHIEDER, *Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert*, in: DERS., (Hrsg.), *Religion und Gesellschaft*, 1993, S. 11–28; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Religion*, in: L. Gall/DERS., (Hrsg.), *Liberalismus und Religion*, 1995, S. 12–14.

¹⁰ D. LANGEWIESCHE, ebd., S. 12.

¹¹ H.-U. WEHLER, *Nationalismus*, 1994, S. 167.

nung der Gesellschaft ließ sein Versprechen von Bürgerlichkeit für alle zweifelhaft erscheinen, und Teile seiner Anhänger liefen zu neuen Deutungsanbietern über. Wie weit seine Integrationskraft noch reichte, läßt sich präzise an den Trägern seines Programms untersuchen, nach denen Liberalismusforschung heute vorrangig fragt. Daß diese zu wesentlichen Teilen dem Bürgertum entstammten, ist mittlerweile deutlich geworden, doch wie weit reichte dieses Bürgertum und wo endete die liberale Integrationskraft? Neben den sozialen Fronten interessiert ebenso die innerbürgerliche Differenzierung – welche bürgerlichen Schichten waren für das Programm der DZ zu gewinnen? – zumal sich damit auch eine Brücke von der Liberalismus- zur Bürgertumsforschung schlagen läßt. Nur wenige Arbeiten konnten bisher weiterführende, empirisch unterfütterte Erkenntnisse über die räumliche und soziale Integrationskraft liefern¹² und »nach wie vor sind Programmatik und soziale Leitbilder des frühen Liberalismus besser erforscht als seine sozialen Trägergruppen und Erfahrungsräume.«¹³

Gerade die Tatsache, daß auch die DZ für ihr Programm gesamtgesellschaftliche Geltung forderte – »der Gedanke des einfachen Staatsbürgertums, in dem die früher geschiedenen Stände gleichberechtigt aufgehen, ist der eigentliche Sieger ... und Begründer der neuen Zeit«¹⁴ – läßt dazu ein, sie auf die lebensweltliche Einlösung dieses Versprechens hin abzufragen, zumal geeignete Quellen hier vorliegen. Die Mitarbeiter der DZ ließen sich nahezu vollständig ermitteln, das Lesermaterial ermöglichte ein repräsentatives »sample« mit Name, Beruf und Wohnort. Bei der Frage liberaler Bindekraft wurde so zwischen dem Sozialprofil der Führungsschicht und dem der breiteren Anhängerschaft differenziert, um nicht der Versuchung zu erliegen, »allzu rasch von Repräsentanten auf die Repräsentierten zu schließen.«¹⁵ Gilt auch für die Deutsche Zeitung, was Cornelia Foerster und Christoph Hauser für Preßverein und Philhellenismus beobachtet haben, daß eine klein- und teilweise unterbürgerliche Prägung nur auf die Basis zutraf, während Führungspositionen meist »Männer von Bildung und Besitz« einnahmen?¹⁶ Oder weisen andere liberale Handlungsräume vielleicht ein viel flacheres Milieugefälle auf? Trifft demnach für den aktiven Kern der Deutschen Zeitung Dieter Langewiesches Feststellung zu, »je höher die Ebene, je nationaler der Anspruch, desto bildungsbürgerlicher die Repräsentanten«?¹⁷ Oder deuten die Sozialprofile der Zeitungsmacher und -leser vielmehr auf eine »enge Verflechtung«, die Paul Nolte im badischen Frühliberalismus zwischen Basis und intellektueller Führung beobachtet hat,

¹² Vgl. D. DÜDING, 1984; Ch. HAUSER, 1990; C. FOERSTER, 1982; P. MÜLLER, 1990.

¹³ P. NOLTE, Gemeindeliberalismus, 1991, S. 57.

¹⁴ Programm der DZ, 1847, S. 184.

¹⁵ L. GALL, Einführung, in: D. LANGEWIESCHE, (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 25.

¹⁶ Ähnlich auch P. MÜLLER, 1990, S. 343 f.

¹⁷ D. LANGEWIESCHE, Frühliberalismus, 1997, S. 82.

und aufgrund derer er den Begriff einer Elitenkultur im Frühliberalismus für verfehlt erklärt?¹⁸

Neben Erkenntnissen, wo die sozialen Horizonte von Führungsriege und breiterer Anhängerschaft verliefen, bietet die Deutsche Zeitung auch Hinweise auf Organisationsverhalten und Formierungsprozesse der liberalen Bewegung. Wie liberale Netzwerke funktionierten, welche Rekrutierungsmaßstäbe angelegt wurden und auf welchen Ebenen sich liberale Gruppenkulturen entwickelten, illustriert vor allem die Gründungsphase des Unternehmens, während der es den Herausgebern gelang, binnen weniger Monate ein rund 500 Personen umfassendes Kommunikationsnetz aufzuspannen. Spielten als Einstiegshilfe auch hier soziale Qualifikationen die größere Rolle, wie Wolfgang Kaschuba für den südwestdeutschen Liberalismus festgestellt hat?¹⁹ Oder reichte auf nationaler Ebene das Entreebillet politischer Gesinnung? Heinrich Best konnte in der Frankfurter Nationalversammlung eine weitgehende »Durchstaatlichung« als gemeinsames Signum vieler Parlamentarier feststellen.²⁰ Wieweit sich die Verdichtung frühliberaler Eliten entlang einer berufsständischen Prestigeordnung, wie sie die starke Verankerung in Justiz, Verwaltung und Universität darstellt, auch in außerparlamentarischen Handlungsräumen fortsetzt, können die Kollektivbiographien von Aufsichtsrat, Mitarbeitern und Lesern präzisieren.

Über die enge Verflechtung von politischer Kultur und sozialem Milieu im vormärzlichen Liberalismus herrscht heute Konsens. Doch wo sich beides berührte und in welchen Formen oder Regeln sich bürgerliche Lebensführung und liberale Gesinnung verbanden, wurde bisher kaum untersucht. Auch die moderne Bürgertumsforschung, die seit den 80er Jahren kräftig in Schwung gekommen ist und sich von unterschiedlichen Seiten und mit unterschiedlichem Erfolg ihrem Gegenstand, bürgerlichen Trägerschichten und Wertmustern, annähert, hat Knotenpunkte zwischen Bürgertum und Liberalismus bisher kaum betrachtet. Doch gerade Liberale waren ja die wesentlichen Träger jenes Projekts der Moderne, das der Liberalismus als gesellschaftliche Bewegung verwirklichen wollte. Aus dem bürgerlich-liberalen Kommunikationsnetz der Deutschen Zeitung läßt sich erschließen, welche innerbürgerlichen »Kategorien« hier den politischen Fortschritt vertraten. Waren es weitgehend doch jene bildungsbürgerlichen Kreise, denen Hans-Ulrich Wehler die Wortführerschaft in Sachen Fortschritt und Reform mehrheitlich zuschreibt?²¹ Oder ist der politisch progressive, gleichwohl stadtbürgerlich geprägte Friedrich Daniel Bassermann das repräsentativere Modell für die hier untersuchte nationalliberale Avantgarde?

Schließlich spiegelt die Lektüre der Deutschen Zeitung auch ein spezifisch bürgerliches Verhaltensmuster wider. Obwohl Wolfgang Kaschuba

¹⁸ P. NOLTE, *Gemeindebürgertum*, 1994, S. 177.

¹⁹ Vgl. W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 101 f.

²⁰ H. BEST, *Männer*, 1990, S. 238.

²¹ H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 1987, S. 174 f.

Zeitungslesen als »zuverlässiges Kennzeichen von Bürgerlichkeit« nur begrenzt gelten läßt, da die Zeitgenossen selbst bereits ein bürgerliches Statussymbol daraus gemacht hatten²², erfüllt es als Phänomen doch die drei Voraussetzungen, die Jürgen Kocka bürgerlicher Kultur zwingend zuschreibt: Einmal einen gewissen finanziellen Spielraum, den das teure Abonnement der *DZ* durchweg erforderte, denn zehn Gulden im Jahr konnten Tagelöhner oder Dienstboten für politische Information nicht aufbringen.²³ Zweitens traf auf die Zeitungslektüre in hohem Maße zu, durch kulturelle Gemeinsamkeiten politische Gemeinsamkeiten zu begründen, denn gerade darin, im »Aufpflanzen einer festen Standarte, um die es versucht, die Nation in möglichster Eintracht zu versammeln«, bestand ja eine der wesentlichsten Zielvorgaben des Blattes.²⁴ Und drittens bedingte das Lesen dieses umfangreichen und anspruchsvollen Blattes etwas, das unterbürgerliche Schichten nicht besaßen: »Zeit und Muße.«²⁵ Demnach läßt sich an den Lesern und der Rezeptionsweise der Deutschen Zeitung auch verfolgen, wo bürgerliche Kultur verwirklicht werden konnte, wie ihre spezifischen Träger aussahen und in welchen gesellschaftlichen Räumen sie »stattfand.« Wie das Blatt gelesen wurde, seine »Lesarten«, kann schließlich ein lebendiges Bild dieser bürgerlichen Welten und ihres kulturellen Lebensstils vermitteln.

Programm und Resonanz der Deutschen Zeitung fordern gleichermaßen dazu auf, an zentrale Fragen der seit 1989 erneut stimulierten Nationalismusforschung anzuknüpfen. Historiker verstehen die Nation heute überwiegend als Artefakt, als eine konstruierte und gewünschte Ordnung, welche die neuen Bedürfnisse nach innerer Bindung und äußerer Abgrenzung zu stillen versprach. Entstanden waren diese Bedürfnisse aus dem Identitätsvakuum, das der gewaltige politische und wirtschaftliche »Konzentrationsprozeß« seit 1789, verbunden mit Bevölkerungsexplosion und dem Zerfall der ständischen Gesellschaft, ausgelöst hatte.²⁶ Nation war die Antwort auf diese Krise und versprach politische Partizipation, kulturelle Integration und ein neues deutsches Selbstwertgefühl nach außen.

In der Debatte, welche Faktoren diesen Nationalismus wesentlich herausbildeten, wird Machtstreben, Gewaltbereitschaft und einem spezifischen Ethnozentrismus zur Zeit die größte Bedeutung eingeräumt.²⁷ Die Auseinandersetzung der *DZ*-Liberalen, welchen Standort das neue Deutschland in Europa einnehmen sollte und welche politischen und kulturellen Strategien am besten dazu führten, kann herauskristallisieren, welches Gesicht den vormärzlichen Liberalismus stärker prägte: Jenes xenophobe, das sich pri-

²² W. KASCHUBA, *Bürgerlichkeit*, 1995, S. 92.

²³ Vgl. J. KOCKA, *Europäisches Muster*, 1995, S. 21.

²⁴ Programm der *DZ*, 1847, S. 181.

²⁵ Vgl. J. KOCKA, *Europäisches Muster*, 1995, S. 21.

²⁶ H.-U. WEHLER, *Integrationsideologie*, 1994, S. 76.

²⁷ Vgl. M. MEYER, 1994; F. NÄGLER, 1990; M. JEISMANN, *Alter und neuer Nationalismus*, in: DERS./RITTER, (Hrsg.), 1993; W. KASCHUBA, *Ethnozentrismus*, 1993; für den europäischen Kontext vgl. D. LANGEWIESCHE, *Nation*, 1995, v. a. S. 192–197, 205–210.

mär durch giftige Feindbilder definierte, Freiheit mit Macht vertauschen wollte und imperialen Plänen das Wort redete? Oder setzte sich vielleicht doch jene Kontinuität des kosmopolitischen Denkens durch, das europäische Integration und die Weiterentwicklung frühliberaler Freiheitstopoi als maßgebliche Handlungsanleitung begriff?

Wie immer die Gewichte verteilt waren, ganz ohne Vor- und Feindbilder kamen Liberale des ausgehenden Vormärz nicht aus. Nach Form und Gründen für Abgrenzung und Integration zu fragen, kann Wurzeln des modernen Nationalismus bloßlegen helfen und das Gewicht seiner unterschiedlichen Stränge weiter klären. Verteidigten auch DZ-Liberale die Position des neuen Deutschland in Europa primär mit ethnischen und kulturellen Argumenten, die die Forschung heute vorrangig im Blick hat? Oder gab der Kredit, den Freiheit und Verfassung gewährten, nach wie vor den Ausschlag für das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn?

Begreift man die Nation als aktuelles Deutungsangebot, dem erst die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und mentalen Modernisierungskrisen seit der Jahrhundertwende zum Erfolg verhalfen, wie diese Studie es tut, muß man sich auch den Bedingungen dieses Erfolgs zuwenden. Und eine grundlegende Bedingung war die Herausbildung sozialer Trägerschichten, welche die Nation als Zukunftsversprechen für alle publik machen konnten. Lange Zeit wurde die Nation als ausschließlicher Kristallisationspunkt liberaler Ideen gewertet und Liberale durchgehend als Träger der nationalen Bewegung charakterisiert. Heute wird mehr auf die Region geschaut und Historiker suchen Liberale verstärkt in ihren konkreten, kleinräumigen Lebenswelten auf.²⁸ Diese Studie untersucht den Liberalismus auf nationaler Ebene. Doch gerade an dessen sozialer Struktur und dessen sozialen Grenzen kann deutlich werden, wie weit »Nation« Liberale tatsächlich integrieren konnte. Leitlinie und »Legitimationsformel« war sie für Viele, die sich dahinter die Chance einer besseren Zukunft erhofften.²⁹ Aber wer war bereit, für die Einlösung des großen Entwurfs wirklich in die Bresche zu springen?

Ob nicht das regionale Profil des Liberalismus als das originäre zu sehen ist, ist vor allem in einer Übergangszeit aufschlußreich, in der die nationale Frage »vom schönen Ideal zum unschönen, doch realen Provisorium herab(sinkt).«³⁰ Eine sozialgeschichtliche Aufschlüsselung der Resonanz, welche dem nationalen Programm der Deutschen Zeitung entgegenschlug, kann diese Vermutung präzisieren. Zugespitzt ließe sich für den Vormärz fragen: Sicherlich waren die Träger der nationalen Bewegung liberal, aber waren alle Liberale auch unbedingt national? Darauf möchte diese Studie neue Antworten geben.

²⁸ Vgl. L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Liberalismus und Region*, 1995; L. GALL (Hrsg.), *Stadt*, 1993.

²⁹ W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 88.

³⁰ Ebd., S. 104.

Eine Untersuchung der Deutschen Zeitung leistet schließlich auch einen Beitrag zur Pressegeschichte des 19. Jahrhunderts. Die hiesige Presseforschung orientiert sich noch immer primär entlang traditionellen, ideengeschichtlichen Linien. Was dadurch leicht aus dem Blick gerät, ist jene »Integration möglichst vieler Wirklichkeitsbereiche«, zu der Hans-Ulrich Wehler jüngst angeregt hat.³¹ Die DZ als wirtschaftliches Unternehmen, als Schauplatz von Arbeitsteilung, Professionalisierung und moderner Personalpolitik zu betrachten, ist notwendig, um gerade auch die Alltagspraxis des Unternehmens auf spezifische Modernisierungsimpulse hin zu untersuchen, die schon die erste Jahrhunderthälfte so nachhaltig prägten.³²

Auch die moderne Sozialgeschichte fand bisher kaum Eingang in neuere Pressearbeiten.³³ Dies liegt wesentlich auch an der schwierigen Quellenlage, die zu empirischer Arbeit nicht eben ermuntert. Für die Deutsche Zeitung ließ sich personenspezifisches Material indes in einem Ausmaß ermitteln, das erstmals präzise soziologische Aussagen zu Mitarbeitern und Lesern einer vormärzlichen Tageszeitung ermöglicht. Dem gänzlichen Fehlen retrospektiver Leseranalysen, das die deutsche Presseforschung bis heute kennzeichnet, möchte diese Studie damit abhelfen.

In ihrem Aufbau orientiert sie sich an der Arbeitsabfolge von Zeitungsproduktion und -rezeption, wie sie damals und heute gültig ist. Das erste Kapitel untersucht die interne Organisation des Zeitungsunternehmens sowie seine personelle Besetzung. Gründungs- und Entwicklungsgeschichte können erste Hinweise auf das spezifische Milieu dieser Liberalen und die Methoden seiner Formierung liefern. Die räumliche und soziale Zusammensetzung der Mitarbeiter verdeutlicht, wie weit die Integrationskraft ihres Programms auf Führungsebene reichte. Durch die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens sowie seiner innerbetrieblichen Funktionsweise und Organisation erschließt sich dem heutigen Leser auch der Alltag des damaligen Zeitungsgeschäfts.

Im zweiten Kapitel wird der Zeitungstext als politisches Programm untersucht. Die Analyse seiner verfassungspolitischen Aussage orientiert sich an der Chronologie der bewegten Jahre 1847 bis 1850; die wirtschaftlichen,

³¹ H.-U. WEHLER, Von der Herrschaft zum Habitus, in: »Die Zeit«, 25. 10. 1996.

³² Was fast alle neueren Arbeiten, auch die ertragreichen Deucherts und Frölichs, kennzeichnet, ist die starke Konzentration auf die programmatische Ebene, wodurch die Alltagspraxis des Zeitungsgeschäfts meist ausgeblendet wird. Französische und amerikanische Wissenschaftler haben sich dieses Forschungsfelds sehr viel stärker angenommen. Vgl. J. POPKIN, Introduction, in: DERS., *Revolutionary News*, 1990, S. 1–15 sowie S. 206–209; DERS., *News and Politics*, 1989; R. DARNTON, 1979, vgl. in der deutschen Ausgabe »Glänzende Geschäfte«, 1993, auch die Literaturhinweise S. 349–355.

³³ Ganz ohne empirische Methoden: M. v. RINTELEN, *Zwischen Revolution und Restauration*, 1994; H. MÜLLER, 1986. Sozialgeschichtliche Ansätze bei H. TAUSCHWITZ, 1981, und J. FRÖLICH, 1990. Auch Deucherts qualitätvolle Arbeit über die demokratische Presse in Baden kommt weitestgehend ohne empirisches Eingehen auf Leser und Mitarbeiter aus, s. N. DEUCHERT, 1983. Vgl. einen frühen Hinweis, Zeitungsgeschichte als Sozialgeschichte zu schreiben bei: R. ENGELING, *Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jhd.* in Nordwestdeutschland, 1966.

kirchlichen und außenpolitischen Ziele dieser Liberalen werden anhand aktueller Themen erläutert, welche die zeitgenössische Diskussion besonders heftig entfachten.

Schließlich erreichte die gedruckte Neuigkeit ihre Endverbraucher. Wie die Adressaten des liberalen Programms aussahen und wo ihre sozialen Horizonte verliefen, zeichnet das dritte Kapitel nach. Ein Zwischenergebnis bilanziert das Spannungsverhältnis des Liberalismus, wie er in der regionalen Lebenswelt verankert war, und seiner Ausformung als Träger nationaler Ziele. Die »Lesarten« der Deutschen Zeitung schließen diese Vorstellung bürgerlicher Leserwelten ab.

Die Quellenbasis der Untersuchung ist vergleichsweise breit. Gründungs- und Entwicklungsphasen ließen sich primär anhand der Nachlässe von Gervinus, Bassermann und Heinrich v. Gagern nachzeichnen, die in der Handschriftenabteilung der Heidelberger Universitätsbibliothek und in der Frankfurter Außenstelle des Bundesarchivs aufbewahrt sind. Zahlreiche Briefwechsel aus dem zeitgenössischen Umfeld wie zwischen Dahlmann und Gervinus, zwischen Mathy und Beckerath oder die Korrespondenz Heinrich v. Gagerns lieferten weitere wertvolle Hinweise.

Einen ersten Zugang zu den sozialen Trägerschichten der Deutschen Zeitung bot die reichhaltige Mitarbeiterliste, die Ludwig Bergsträsser auf der Grundlage von Honorarabrechnungen erstellt hatte.³⁴ Aus den zahlreichen Briefen an die Redaktion, welche in den Heidelberger Faszikeln »Korrespondenzen, Aktenbestand und Papiere der Deutschen Zeitung« archiviert sind³⁵, ließ sich ein weiterer umfangreicher Personenkreis ermitteln, der nach Mitarbeitern und Lesern differenziert wurde. Diese Daten konnten durch Brief- und Memoirenliteratur noch ergänzt werden. Eine Abonnentenliste fand sich auch für die Deutsche Zeitung nicht mehr. Ein gleichwertiger »Fund« konnte die fehlenden Angaben jedoch ersetzen. Es handelte sich um die vollständige Liste jener Spender, die durch Aktienkäufe die sarnierungsbedürftige Zeitung unterstützten und sich personell als Leser identifizieren ließen.

Das zweite Kapitel, welches die Zeitung auf ihre politische Aussage hin untersucht, basiert auf den vollständig erhaltenen Zeitungsjahrgängen der Jahre 1847 bis 1850, welche die Bayerische Staatsbibliothek im Original zum Lesen bereithält.

Die Untersuchung baut vorrangig auf dem hier vorgestellten Material auf, da es keinerlei selbständige Arbeiten über die DZ gibt und nur ganz wenige Studien den Gegenstand tiefer berühren. Paul Thorbecke veröffentlichte 1909 einen Beitrag »Aus Deutschlands Sturm- und Drangperiode«, in dem er die Gründungsphase und das Entstehen des Aufsichtsrats anhand unveröffentlichter Briefe nachzeichnet.³⁶ Eine Dissertation über Gervinus als poli-

³⁴ Vgl. L. BERGSTRÄSSER, 1937.

³⁵ Vgl. HH 2539/40 und HH 3777.

³⁶ Vgl. P. THORBECKE, 1909.

tischer Journalist aus dem Jahre 1930 geht ebenfalls auf die Deutsche Zeitung ein, allerdings mit vielfach ungenauen Angaben.³⁷ Im Kreis um den ostdeutschen Historiker Helmut Bleiber sind in den 70er Jahren zwei kleine Skizzen zur Außenpolitik und zur preußischen Verfassungsfrage im Spiegel der DZ entstanden, die über eine deskriptive Zusammenfassung unter der Leitlinie marxistischer Theorie aber nicht hinausgehen.³⁸ Von der neueren Literatur liefert allein Gangolf Hübingers differenzierte Studie über Gervinus weiterführende Hinweise zu Entstehung und politischer Orientierung der Deutschen Zeitung.³⁹ Hübinger weist auch bereits darauf hin, daß sich die DZ in das Gallsche Deutungsmuster der vorindustriellen Gesellschaft nicht mehr ohne weiteres einfügt.

Auf der Basis dieser Quellen zielt die vorliegende Arbeit darauf ab, politische Strategien und Gesellschaftsbilder des national orientierten Liberalismus sowie seine sozialen Trägerschichten und Erfahrungsräume am Beispiel der Deutschen Zeitung genauer zu bestimmen. Auch die spezifische Umbruchsituation des deutschen Liberalismus kann vor diesem Hintergrund an Kontur gewinnen.

³⁷ E. SCHULZE, 1930.

³⁸ H. ASMUS, 1972; H. MÜLLER, 1977.

³⁹ G. HÜBINGER, 1984.

Die Zeitung und ihre Macher: Interne Organisation und personelle Besetzung

1. Gründer und Gründungsgeschichte

Im Vormärz gewann der öffentliche Diskurs an nationaler Dimension. Ein Bestandteil dieses Diskurses, der aus unterschiedlichen sozialen Erfahrungsräumen heraus wuchs, waren wissenschaftliche Tagungen. Über die fachliche Verständigung hinaus wurden Historiker-, Philologen- oder Juristentage auch als Ersatz für die fehlende politische Partizipation des gebildeten Bürgertums verstanden, und der Heidelberger Historiker Georg Gottfried Gervinus stand mit seiner Meinung, »jetzt zum Parteimann der Gegenwart« werden zu müssen, auf der ersten deutschen Germanistenversammlung im September 1846 nicht alleine da.¹ Rund zweihundert Juristen, Philologen und Historiker waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist und in der Atmosphäre dieser Tagung, wo Kulturbewußtsein auch mangelndes nationales Selbstbewußtsein kompensieren sollte, kamen die ersten Überlegungen zur Gründung einer gesamtdeutschen Tageszeitung auf.

Der Gedanke an sich war nicht neu, und von preußischer Regierungsseite hatte es bereits mehrere Vorstöße in diese Richtung gegeben. Beide Male waren die Projekte jedoch an ihrer unklaren Positionierung zwischen Regierungsnähe und liberaler Opposition gescheitert, und die wiederholte Absage Friedrich Christoph Dahlmanns, der als prominentes Aushängeschild gedacht war, hatte ein Übriges getan.² Der Name einer Deutschen Zeitung war jedoch gefallen und aufgrund einer Zeitungsmeldung hatten breite bürgerliche Kreise davon erfahren. Auf der Frankfurter Germanistenversammlung machte jetzt vor allem Karl Mittermaier, Präsident der Zweiten Badi-

¹ Gervinus an Schlosser im »Vaterländischen Brief«, in: G. HÜBINGER, 1984, S. 130.

² Der Initiator dieser Projekte, der preußische Kultusminister Eichhorn, wollte eine Zeitung in Berlin haben, die unabhängig von der Regierung wäre, jedoch subtil deren Interessen vertreten sollte. Im Sommer 1842 hatte Eichhorn gemeinsam mit seinem Neffen, dem Leipziger Verlagsbuchhändler Karl Reimer, Dahlmann um die Leitung des Projekts gebeten. Dahlmann sah hier zunächst eine Chance, dem deutschen Partikularismus durch ein national ausgerichtetes Blatt entgegenzuwirken und zugleich Druck auf die preußische Regierung auszuüben. Anfang September schrieb er an Reimer: »Mein Wunsch wäre, wenn mir das Unternehmen vertraut wird, vorzugsweise eine *Deutsche Zeitung* zu gründen, sie selbst so zu nennen.« In: A. SPRINGER, 1870/73, S. 121. An seiner Bedingung völliger Zensurfreiheit schieden sich jedoch die Geister. Auch ein im Sommer 1846 erneut von Eichhorn ausgearbeitetes Projekt lehnte Dahlmann ab, diesmal vor allem wegen der für ihn unakzeptablen Idee, eine nach Konfessionen getrennte Doppelausgabe herauszubringen (ebd., S. 189ff.).

schen Kammer und liberaler Strafrechtler an der Heidelberger Universität, dafür Stimmung, die Idee endlich zu realisieren, diesmal wirklich unabhängig und ganz unter liberaler Flagge. Mittermaier brachte auch bereits den Gedanken zur Sprache, die jährlich geplanten Germanistentage als internes Kontrollorgan heranzuziehen.

In führenden Kreisen des süddeutschen Liberalismus stieß die Idee auf positive Resonanz. Auf dem letzten vormärzlichen Treffen, das noch die gesamte badische Kammeropposition umfaßte, hatte zunächst deren einheitliches Vorgehen auf der Tagesordnung gestanden. Die Kluft zwischen Demokraten und Konstitutionellen war jedoch schon so offensichtlich, daß an vereintes Vorgehen nicht mehr zu denken war.³ Vielmehr wurde unter dem Eindruck der vorhersehbaren Spaltung jetzt die Gründung einer gesamtdeutschen Zeitung konstitutionellen Zuschnitts beschlossen. Auch der Mannheimer Verleger und Abgeordnete Friedrich Daniel Bassermann gehörte bereits hier zum Kreise der Sympathisanten.

Die Motive für den Entschluß waren unterschiedlich gelagert. Einmal war die Dominanz radikaler Zeitungen im Südwesten Deutschlands unübersehbar. Den regierungsnahen Blättern wie der »Karlsruher Zeitung« und dem »Mannheimer Morgenblatt«, die allesamt »langweilig und monoton (waren) und stark nach Amtsstube rochen«, wie Ludwig Häusser, der spätere Mitherausgeber der Deutschen Zeitung sie charakterisierte⁴, standen auf radikaler Seite das »Mannheimer Journal«, die »Oberrheinische Zeitung«, die populäre, auflagenstarke »Mannheimer Abendzeitung«, die Konstanzer »Seebblätter« und der »Deutsche Zuschauer« entgegen.⁵ An der starken Präsenz radikaler Blätter wird auch der hohe Organisationsgrad deutlich, den die demokratische Bewegung in Baden bereits erreicht hatte. Ihre Träger waren weitaus aktiver im Aufbau organisatorischer Stützpunkte, ob in Form von Vereinen oder publizistischen Organen, als die gemäßigten Liberalen mit ihrer Phobie vor Parteiorganisation. Gerade Presseorgane, die oft über einen ausgedehnten Mitarbeiterstab bis auf die lokale Ebene, über Abonnentenlisten und Redaktionsbüros als Anlaufstelle für Sympathisanten verfügten, konnten der entstehenden radikalen Partei ein wertvolles organisatorisches Gerüst bieten. Dagegen hatte die gemäßigte Kammeropposition durch ihre Kompromißbereitschaft gegenüber dem reformorientierten badischen Ministerium ihren vormaligen Einfluß auf die Landespresse fast vollends verloren. Daß eine »Reaktion auf den Terrainverlust« ein wesentliches Motiv der Zeitungsgründung darstellte, erscheint daher plausibel.⁶

³ Vgl. die zeitgenössische Beurteilung des Durlacher Treffens durch Gagern an seinen Vater am 11. I. 1847 in: H. v. GAGERN, 1959, S. 355 f.

⁴ Zit. n. L. MÜLLER, 1905/06, S. 129.

⁵ Die radikale Presse Südwestdeutschlands ist für den Vormärz recht gut erschlossen, vgl. N. DEUCHERT, 1983; H. TAUSCHWITZ, 1981.

⁶ G. HÜBINGER, 1984, S. 158.

Zum anderen standen wohl auch handfeste regionale Interessen hinter dem Entschluß. Die Initiatoren des Zeitungsprojekts waren überwiegend Träger eines badischen Abgeordnetenmandats, und an der kontinuierlichen Durchsetzung ihrer politischen Interessen lag ihnen viel. Eine Stärkung der konstitutionellen Bewegung in einer überwiegend demokratisch besetzten Presselandschaft konnte auch die Chancen ihrer Wiederwahl durchaus verbessern.

Vor allem aber waren nationale Aspirationen für die Zeitungsgründung verantwortlich. Noch für Rotteck hatte der Wert der Freiheit den der Einheit dominiert, doch im ausgehenden Vormärz verschob sich diese Gewichtung. Da die badischen Liberalen die Einheit jetzt als notwendige Plattform zur Verwirklichung der Freiheit begriffen, konnte es nicht mehr um eine »Oppositionszeitung der badischen Deputierten, sondern (nur noch) um ein allgemein deutsches Blatt« gehen⁷, in dem »die badischen Angelegenheiten nur einen Teil des Ganzen und nicht das Wesentliche« darstellen sollten.⁸

Der Plan einer Tageszeitung nationalen Zuschnitts war hochgesteckt und erforderte umfangreiche organisatorische, finanzielle, und konzeptuelle Vorbereitungen. Mittermaier sprach noch im Dezember 1846 seinen Heidelberger Kollegen Georg Gottfried Gervinus an und legte ihm das Projekt ans Herz. Er wußte sich mit dem Historiker einig in der grundsätzlichen Zustimmung zum kompromißbereiten, antiradikalen Kurs der badischen Kammerliberalen, und beide setzten ungeachtet mancher Vorbehalte doch auf Preußen als einzig fähigem Staat, die Kleinstaaterei aufzuheben und die Führung eines geeinten Deutschlands zu übernehmen. Nicht zuletzt war Gervinus auch in der Einschätzung der Rolle, die er dem deutschen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum bei der zukünftigen Nationsbildung zumaß, für die badischen Abgeordneten wie auch für die rheinischen Liberalen, die das Projekt zu unterstützen gewillt waren, koalitionsfähig. Bei seiner Wahl spielte sicherlich auch die ungewöhnlich aktuelle Vorlesung »Politik auf geschichtlicher Grundlage« eine Rolle, in der er die Zustände im Deutschen Bund scharf kritisierte und den wissenschaftlichen Beruf auch dadurch definierte, »unmittelbar auf die Gegenwart zu wirken.«⁹ Mittermaier bat Gervinus, sich auch an dessen Freund Dahlmann mit der Bitte um Mitwirkung zu wenden.

Dahlmann war erneut als Aushängeschild für die Zeitung gedacht, da sein Name in diesen Jahren bei weiten Bevölkerungsschichten für charakterliche Integrität, mutige Verteidigung bürgerlicher Rechte und kontinuierliches Eintreten für einen konstitutionellen Nationalstaat stand. Die DZ-Initiatoren hatten aber auch die Wirkung seines populären Namens in Preußen im Hinterkopf, der für die dortige Akzeptanz des im Südwesten erscheinenden

⁷ Gervinus an Dahlmann am 9. 12. 1846, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 292.

⁸ Gagern an seinen Vater am 10. 1. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 356.

⁹ Vgl. dazu bei G. HÜBINGER, 1984: »Wissenschaft und Leben«, S. 103–110.

Blattes das beste Zugpferd abgäbe. Vor allem Gervinus betonte immer wieder die Notwendigkeit, die preußischen Liberalen hinter den Zeitungskurs zu bekommen, da konstanter Druck auf die preußische Politik zur zentralen Stoßrichtung werden sollte. Wirkungsvoll konnte dieser Druck jedoch nur sein, wenn er direkt von einflußreichen preußischen Liberalen ausgeübt würde.

Dahlmann blieb jedoch skeptisch. Gervinus, der sich der Sache mit immer mehr Verve annahm, hatte zwischenzeitlich den Heidelberger Verlagsbuchhändler Carl Winter für das Projekt gewonnen. Als weiteren Redakteur schlug er Karl Mathy vor, der durch seine »Rundschau« bereits über fundierte Erfahrungen mit dem Zeitungsgeschäft verfügte.¹⁰ Gervinus sprach auch schon den Gedanken an, die Redaktion nach Themengebieten zu trennen, um die »Sache zu etwas mehr als einem Sammelwerk von disparaten Correspondenzen« zu machen, womit er wohl Cottas »Allgemeine Zeitung« im Visier hatte.¹¹ Auch schlug er Dahlmann vor, die Präsidentschaft der »Zensorischen Direktion« zu übernehmen. Dieses interne Kontrollorgan war ein Lieblingsgedanke von Gervinus. Ihm sollten führende deutsche Liberale angehören und einmal im Jahr über Stil und Inhalt der Zeitung beraten, der Redaktion dann ihre Beobachtungen und Direktiven mitteilen, um so auch die Zensurgefahr mindern.

Erste konkrete Entschlüsse wurden auf einem Treffen in Mannheim im Januar 1847 gefaßt, an dem neben den »Matadoren« der Heidelberger Professorenzunft, wie ein Teilnehmer sich ausdrückte, auch neu avisierte Mitarbeiter wie Georg Friedrich Kolb, der Herausgeber der »Neuen Speyerer Zeitung«, teilnahmen.¹² Verlegung und Vorfinanzierung der Zeitung sollte ein Konsortium übernehmen, das aus den Buchhändlern Reimer in Leipzig und Berlin, dem Universitätsbuchhändler Winter in Heidelberg, und Friedrich Daniel Bassermann in Mannheim bestehen sollte.¹³ Als Erscheinungsort des Blattes wurde Heidelberg festgesetzt, die redaktionelle Verantwortlichkeit folgendermaßen geplant: Gervinus sollte den Posten des Chefredakteurs übernehmen und für Innen- und Außenpolitik verantwortlich zeichnen, Karl Mathy die Wirtschaftspolitik betreuen, Ludwig Häusser für die Literaturberichte, und Karl Mittermaier für Rechts- und Verwaltungsfragen zuständig sein.¹⁴

¹⁰ Die von Karl Mathy herausgegebene »Rundschau«, die dem gemäßigten liberalen Lager zuzurechnen war, erschien zweimal wöchentlich und konzentrierte sich auf die badischen Kammerverhandlungen.

¹¹ Gervinus an Dahlmann am 17. 12. 1846, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 298.

¹² Gagern an seinen Vater am 11. 1. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 358.

¹³ Vgl. ebd., S. 356.

¹⁴ Welcker, den Gervinus auf Dahlmanns Drängen von der engeren Mitarbeit ausgeschlossen hatte, muß dies gutmütig hingenommen haben, vgl. K. WILD, 1913, S. 215: »Er hatte erkannt, daß er da nicht an der rechten Stelle wäre.« Trotzdem nahm Welcker weiterhin Anteil an den Vorbereitungen und reiste mit Gervinus und Mathy im März 1848 nach Koblenz, um David Hansemann zu treffen. Der Gedanke eines Ressorts für kirchliche Angelegenheiten, dessen Leitung der evangelische Pfarrer Karl Zittel übernehmen sollte, wurde durch Gagerns Intervention wieder aufgegeben, vgl. sein Schreiben vom 16. 1. 47, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 365:

Gervinus hatte zwischenzeitlich das Programm der Zeitung fertiggestellt, welches an ausgewählte Sympathisanten und die Kandidaten für die Zensorische Direktion verschickt werden sollte. Dieses Programm sollte bundesweit Aufmerksamkeit für die neue Zeitung erregen und wurde intern auch als »Instruktion für die Mitarbeiter zur Verständigung unter diesen« verstanden.¹⁵ Letztes wesentliches Resultat der Besprechung war die positive Verabschiedung von Gervinus' Lieblingsgedanken der Zensorischen Direktion. Soweit die Ergebnisse der Sitzung, die ein »sehr gutes Diner im Pfälzer Hof« beschloß.¹⁶

Dahlmann reagierte auf den neuen Stand der Dinge wiederum verhalten. Sein wohl etwas vage formuliertes Schreiben, in dem er nun an der Zensorischen Direktion Anstoß nahm, interpretierte Gervinus voller Enthusiasmus schon als Zusage: »Sie stellen uns Ihren Namen und Ihren Antheil nicht mit ausdrücklichen Worten zur Disposition, aber wir nehmen es so und freuen uns darum.«¹⁷ Um so größer war Gervinus' Ärger, als Dahlmann ihm daraufhin eine unmißverständliche Absage schickte. Weder in der Redaktion wollte Dahlmann mitarbeiten, noch Mitglied der Zensorischen Direktion werden; allenfalls gelegentliche Artikel bot er an und endete vielsagend: »Auf wirklich arbeitende Mitglieder, gut arbeitende, und nicht auf Namen kommt es an.«¹⁸ Dahlmanns Absage war einmal wohl einer gewissen allgemeinen Unlust zuzuschreiben, dann der Sorge um seinen Ruf in Preußen, nachdem er bereits zwei preußische Zeitungsprojekte abgelehnt hatte, und schließlich seiner Mißbilligung einer Selbstzensur, die die Institution der Zensorischen Direktion faktisch darstellte, sowie dem Bedenken, auch dieses Blatt werde bald einem Verbot des Deutschen Bundes unterliegen.¹⁹ Nicht zuletzt stufte Dahlmann das Blatt entgegen Gervinus' Be-

»Eine Zeitung, die sich vorsetze, die deutschen Interessen zu vereinigen und eine deutsche Politik vorzuzeichnen, dürfe mit kirchlicher Polemik gar nichts zu schaffen haben und nur den konfessionellen Frieden im Auge behalten; wenn Zittel für kirchliche Angelegenheiten Referent würde, so werde die Zeitung für deutsche Katholiken nicht geschrieben.« Zittel trat später nur als gelegentlicher Mitarbeiter in Erscheinung.

¹⁵ Gagern an seinen Bruder Max am 9. 2. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 377.

¹⁶ Gagern an seinen Vater am 11. 1. 1847, ebd., S. 356.

¹⁷ Dahlmanns Brief o. D. bei A. SPRINGER, 1870/73, S. 195, und Gervinus Antwort vom 31. 1. 1847 in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 304. Aufgrund dieses Schreibens war Gervinus dabei, weitere Befürworter vor allem aus dem preußischen Raum zu gewinnen, die gleich ihm die Dahlmannschen Worte als Zusage lasen. Auch Karl Reimer war mit Dahlmanns Zustimmung Anfang Februar 1847 nach Heidelberg gereist, um die organisatorischen und finanziellen Details festzulegen. Sein Eindruck von der Art der Organisation und den endlosen Zusammenkünften mußte hingegen ziemlich niederschmetternd gewesen sein, vgl. Anm. 21.

¹⁸ Dahlmann an Gervinus am 4. 2. 1847, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 307. Vgl. dort, S. 311, auch Gervinus' späteren Brief an Dahlmann am 5. 5. 1847: »Wenn man Schicksale zusammen erlebt hat wie wir, Einerlei Studien, Richtung, Gesinnung theilt wie wir, in einem Alter steht wie wir, so sollte man öffentliche Schritte dieser Art nicht Einer ohne den Anderen machen dürfen, denn hier sollte sich erst die Freundschaft bewähren, die in unseren Lebensjahren ja nicht mehr auf einer bloßen Gefühlsstimmung ruhen kann.«

¹⁹ Vgl. Dahlmann an Reimer »Ich bin doch wahrlich nicht verpflichtet, eine Zeitung zu unternehmen, sobald es Gervinus einfällt.«, in: A. SPRINGER, 1870/73, S. 197, sowie ebd.: »Ich will nicht der Verleumdung Raum geben, die eine DZ (in Berlin) zu Grunde gerichtet zu haben,

teuerungen als spezifisches Produkt des badischen Liberalismus ein und beurteilte seine Einflußmöglichkeiten auf die preußische Politik als gering. Ein publizistisches Organ, das effektiven Druck auf die preußische Regierung auszuüben imstande war, konnte seiner Ansicht nach nur in Preußen selber angesiedelt sein.²⁰

Dahlmanns unerwartete Absage stürzte das ganze Unternehmen in eine ernstliche Krise. Zunächst sagte Reimer ab, der ohne sein preußisches Zugpferd um Popularität und Absatz des Blattes in Preußen fürchtete und sowieso grundsätzliche Bedenken gegenüber der Organisation und Finanzierung des Blattes gehegt hatte.²¹ Der zweite Schlag für die Heidelberger war die Absage prominenter Liberaler, als sie von der veränderten Sachlage hörten. Franz Graf v. Giech, ehemaliger Nürnberger Regierungspräsident, hinter dem die fränkisch-protestantische Opposition Bayerns stand, widerrief seine Zustimmung und auch Ernst Moritz Arndt war nach Dahlmanns Absage für den Aufsichtsrat verloren.²² Weitere prominente Namen, so warf Gervinus Dahlmann vor, hätten sich daraufhin ebenfalls abgewandt und vor allem den preußischen Rückhalt gefährdet.²³ Dahlmanns Absage und deren Folgen war jedoch nicht die einzige Krise, die das Unternehmen im Frühjahr 1847 durchzustehen hatte. Vor allem an der Einrichtung der Zensorischen Direktion sollten sich viele Mitarbeiter und so manche der umworbenen Kandidaten stoßen.

damit die andere in Heidelberg entstehe.« Vgl. auch Dahlmann an Gervinus am 14. 12. 1846: »Und wer verbürgt, ob sie nicht in den ersten 14 Tagen von den drei Hauptmächten Deutschlands verboten ist?« In: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 295.

²⁰ Vgl. seinen Brief an einen Freund: »Dem preußischen Staate will ich meine Kräfte, soweit sie reichen, ernstlich widmen. Ich glaube aber nicht, daß, wie die Sachen stehen, durch eine badische Zeitung vorthellhaft auf die Stimmung und Einsicht in Preußen einzuwirken sei.« In: A. SPRINGER, 1870/73, S. 199, und an Gervinus am 21. 12. 46: »Und ich lege einmal großes Gewicht drauf, daß auf preußischem Boden erscheinen muß, was in Preußen Wurzel fassen soll.« In: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 301.

²¹ Vgl. Reimer an Dahlmann o. D. im Januar 1847: »Das Ende der Berathungen ... war, daß wir eine von Gervinus, Mittermaier, Häusser und Mathy inspirierte Zeitung hatten, ohne festen Plan, mit maßlosem Budget und sechs Redakteuren, einem als Aufseher, einem zum Sammeln aus deutschen Zeitungen, einem Bearbeiter der fremden Artikel, einem Handelskundigen, einem zum Intriguieren und einem zum Einsperren.« In: A. SPRINGER, 1870/73, S. 197. Vgl. auch die Hinweise über die geschäftlichen Vorbehalte Reimers bei P. THORBECKE, 1909, S. 97.

²² Vgl. Gagerns Brief an Giech vom 15. 1. 1847, ebd., S. 208, sowie Giechs Absage vom 16. 4. 1847 als handschriftlicher Brief in: HH 2539. Vgl. zu Arndts Beteiligung Gervinus an Dahlmann am 31. 1. 1847, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 306.

²³ Vgl. Gervinus an Dahlmann am 5. 5. 1847: »Indem Sie uns Ihren Namen entzogen, haben Sie uns Reimern als Verlag entzogen, haben Sie uns ein Paar wertvoller Berliner Namen entzogen, ... das sind Dinge, die wir wissen, was wir nicht wissen, wird wahrscheinlich noch viel mehr sein.« Ebd., S. 309. Mit den »Berliner Namen« spielte Gervinus auf die dort anvisierten Preußen an, nämlich die evangelischen Theologen Ludwig Jonas und Adolf v. Sydow sowie den preußischen General v. Krusemarck.

Die Zensorische Direktion

Bereits im Dezember 1846 hatte Gervinus den Gedanken formuliert, um die Redaktion noch einen weiter gefaßten »Kreis entfernterer Locale und Mitarbeiter« zu ziehen, die das Blatt beobachten, sich ein Urteil bilden und als »theoretische Controlle dies der Redaction, der praktischen« zukommen lassen sollten.²⁴ Der Gedanke dieser Zensorischen Direktion war trotz einigen Widerspruchs bald akzeptiert worden. Das neuartige Gremium, welches in dieser Form von keiner großen Tageszeitung bisher institutionalisiert worden war, sollte Funktionen ausüben, die es etwa mit einem heutigen Aufsichtsrat vergleichbar machen.

Die vorrangige Aufgabe des Gremiums bestand in einer kontinuierlichen, internen Zensur der Zeitung.²⁵ Dabei sollten die Mitglieder des Komitees keinen direkten Einfluß auf das redaktionelle Tagesgeschäft ausüben, wohl aber Kommentare, Kritik und Direktiven zur politischen Richtung, zur Themenauswahl oder zum Stil der Berichterstattung an die Redaktion weitergeben. Dieser Aufgabe kam ein beträchtlicher Teil der Mitglieder in der Tat später nach. Vor allem die Briefwechsel David Hansemanns, Theodor v. Schöns, Karl v. Vinckes, Heinrich v. Gagerns und Alfred v. Auerswalds mit Gervinus dokumentieren einen stetigen, durchweg auch kritischen Gedankenaustausch über die politische Linie der Deutschen Zeitung.

Zum anderen sollte das Gremium die Einflußsphäre des Unternehmens erweitern helfen und »die Interessen des Blattes durch Fürsprache, Empfehlung, Beiträge in jeder Weise ... unterstützen und fördern.«²⁶ Das bedeutete konkret: Mitarbeiter werben, Artikel über einzelstaatliche Verhältnisse anregen, die von allgemeinem Interesse waren, und die Berichte der regionalen Korrespondenten überprüfen.²⁷ Damit einher ging wohl auch die Hoffnung, durch ein Netz einflußreicher Verbindungsmänner gegen die unterschiedlich gehandhabten Zensurgesetze des Deutschen Bundes besser gewappnet zu sein. Nur Kenner einzelstaatlicher Verhältnisse konnten auf die dortige Zensur adäquat reagieren und entsprechende Hinweise zur Formulierung

²⁴ Gervinus an Dahlmann am 17. 12. 1846, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 299.

²⁵ Ein Rundschreiben vom 10. April 1847 wandte sich mit der Absicht, die mehrfach geäußerten Bedenken gegenüber einer Selbstzensur zu entkräften, an alle avisierten Mitglieder und erläuterte ausführlich die Aufgaben des Gremiums. Handschriftliche Exemplare in den Nachlässen H. v. Gagern, BAFm., und L. Camphausen, Stadtarchiv Köln. Der Text dieses Zirkulars, dessen Verfasser höchstwahrscheinlich Gervinus war, ist abgedruckt in: v. SCHÖN, 1875, S. 302 ff.

²⁶ Gagern an seinen Vater am 11. 1. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 358.

²⁷ Vgl. den Wortlaut des Zirkulars vom 10. 4. 1847: »Würde ihre ... Thätigkeit so weit reichen, daß sie uns Gleichgesinnte, nach Geist und Charakter ihnen bekannter ... Mitarbeiter anwerben, daß sie uns zuverlässige Correspondenten für die Tagesereignisse gewinnen, daß sie Mittheilungen über die Verhältnisse in ihrem näheren Bereich anregen, oder gar in Empfang nehmen und prüfen, um es in Einem Begriff zu fassen, daß sie in den uns entfernten Kreisen des Landes unser Interesse in allen Beziehungen so wahrnehmen wollten, wie es ein eigen bestelltes Consulat der Redaction immerhin thun könnte, so wäre dies mehr als wir zu wünschen wagen.« In: v. SCHÖN, 1875, S. 305.

von Artikeln liefern, nur Träger einflußreicher Ämter waren in der Lage, gegebenenfalls ihren Einfluß zugunsten der Deutschen Zeitung geltend zu machen.

Zum dritten war die Zensorische Direktion als symbolisches Aushängeschild für den bundesweiten Anspruch des Blattes gedacht. Klingende Namen aus allen deutschen Staaten sollten Existenz und Einheit eines gesamtdeutschen Liberalismus dokumentieren, seine politische Zielrichtung personell untermauern und zur öffentlichen Akzeptanz der Zeitung dadurch wesentlich beitragen.²⁸ Einmal jährlich, im Anschluß an die Germanistentage, war ein persönliches Treffen der Zensoren geplant, um die gemeinsame Richtung des Blattes erneut zu bestimmen, womöglich zu korrigieren, das »Geleistete einer Prüfung zu unterwerfen, Rathschläge ... entgegenzunehmen und so eine Aufsicht und Controlle über Geist und Inhalt des Blattes zu begründen«.

Das ganze Frühjahr 1847 hindurch ging es nun darum, geeignete Kandidaten für den neuen Aufsichtsrat zu gewinnen. Bald konnte Gervinus berichten, »die Zurufe, Zusagen von allen Seiten sind nicht allein einstimmig, sondern auch von einer Lebhaftigkeit und Eifer, daß man es sich nicht besser wünschen könnte«.²⁹ Die Namen, die im Mai dann endgültig unter dem Programm standen, spannten ein »bundesweites Kommunikationsnetz liberaler Opposition« auf³⁰, das auch die starke Überschneidung von bürgerlichen Lebenswelten und liberaler Politik illustriert. Wenn es sich dabei auch um die sozial an der Spitze angesiedelte Führungsschicht des Unternehmens handelte, so liefern die angewandten Rekrutierungsstrategien doch einen ersten Hinweis, wie jene »Netzwerke bürgerlicher Beziehungsformen und Gruppenkulturen« entstanden³¹, vor deren Hintergrund sich der bürgerlich-liberale Alltagshabitus herausbilden konnte. Kurzbiographien der Aufsichtsräte können dies weiter verdeutlichen.

Aus Bayern sagte zunächst Gustav v. Lerchenfeld zu, bot weitere Werbung an und schlug vor, die Zensur durch offene Namenszeichnung in Verlegenheit zu bringen.³² Lerchenfeld, der später auch Beiträge für die DZ lieferte, war lange Jahre Richter in der Rheinpfalz gewesen, seit 1845 Abgeordneter im bayerischen Landtag und galt als Führer der liberalen bayerischen Kammeropposition. Auch Karl Freiherr v. Closen, ebenfalls Land-

²⁸ Vgl. ebd., S. 304: »Eine Rede ist nun in Deutschland schon das bloße öffentliche Bekenntniß des politischen Glaubens ... Es ist nichts kleines werth, die bloßen Namen der patriotischen Männer aller Gegenden, von wesentlich verschiedener Färbung des Charakters, aus allen Ständen und Altersstufen, Professionen und Confessionen zu überlesen.« Dort auch das folgende Zitat.

²⁹ Gervinus an Dahlmann am 31. I. 1847, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 304.

³⁰ G. HÜBINGER, 1984, S. 161. Vgl. dazu: I. CERVELLI, *Deutsche Liberale im Vormärz. Profil einer politischen Elite (1833–1847)*, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), *Liberalismus*, 1983, S. 312–340.

³¹ W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 97.

³² So sein Schreiben vom 20. I. 1847: »Ich hielt es, gerade ... (Madame Zensur) zuliebe, für gut, die Aufsätze der einzelnen Mitarbeiter zu unterzeichnen, ich glaube, daß das besagte Madame in manche Verlegenheit bringen würde, aus welcher sie sich nicht eben zum besten herauswinden würde.«, in: P. THORBECKE, 1909, S. 214.

tagsabgeordneter und Jurist im bayerischen Staatsdienst, hatte für die Zensorische Direktion zugesagt. Closen, den Gagern als »stockkatholisch« bezeichnete³³, wurde 1848 ins Frankfurter Parlament gewählt und war Mitglied des 50er Ausschusses. Progressiver als Closen war der pfälzische Publizist Georg Friedrich Kolb, der die »Neue Speyerer Zeitung« herausgab und als führender pfälzischer Parlamentarier im bayerischen Landtag saß. Als vierter Kandidat hatte aus Bayern der Frankenthaler Rechtsanwalt Friedrich Justus Willich zugesagt, auch er als Mitglied der pfälzischen Opposition im bayerischen Landtag vertreten und 1848 Mitglied des 7er Ausschusses.

Mit Albert Schott, dem bekannten Stuttgarter Rechtsanwalt, der seit 1819 Landtagsmitglied war und später auch in der deutschen Nationalversammlung saß, war ein wichtiger Name gewonnen; die großen Persönlichkeiten des württembergischen Liberalismus, Friedrich Römer, Paul Pfizer und Ludwig Uhland standen jedoch nicht unter dem Programm der Deutschen Zeitung.³⁴ Baden war im Aufsichtsrat durch Friedrich Christoph Schlosser vertreten, den berühmten Heidelberger Historiker, bei dem sowohl Gervinus wie auch Ludwig Häusser studiert hatten.

Hessen repräsentierte vor allem Heinrich v. Gagern in der Zensorischen Direktion. Gagern stand bereits seit den 30er Jahren im regen Meinungsaustausch mit pfälzischen und badischen Liberalen und war als Darmstädter Abgeordneter zum Kristallisationspunkt des vormärzlichen Liberalismus weit über Hessens Grenzen hinaus bekannt geworden. Auch seinen Vater, den bekannten politischen Publizisten Hans-Christoph v. Gagern, hatte er für den Aufsichtsrat gewinnen können. Ebenfalls aus Hessen kam Heinrich Carl Jaup, vorzeitig in den Ruhestand versetzter Gießener Juraprofessor, später Mitglied des Vorparlaments und in der Märzrevolution hessischer Innenminister, sowie Burkhard Wilhelm Pfeiffer. Pfeiffer, lange Jahre Mitglied des höchsten Gerichtshofs Kurhessens, hatte wesentlich zur Verabschiedung der kurhessischen Verfassung beigetragen.

Die freie Reichsstadt Frankfurt vertrat Eduard Franz Souchay, der als Senator den Eintritt Frankfurts in den Zollverein sowie den dortigen Eisenbahnbau vorangetrieben hatte. Souchay, der auch im Vorstand der Germanistenversammlung saß, war ein Freund Gagerns und während der Revolutionsjahre Frankfurter Bevollmächtigter bei der Reichsregierung.

Den nationalen Liberalismus der Deutschen Zeitung repräsentierten aus den thüringischen Kleinstaaten und aus Sachsen vier sehr unterschiedliche Persönlichkeiten. Der ehemalige Vizepräsident der sachsen-coburgschen Regierung, Karl August v. Wangenheim, der kurzzeitig auch württembergischer Kultusminister gewesen war, hatte sich seit 1817 als Bundestags-

³³ Gagern an s. Vater am 15. I. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 361.

³⁴ Pfizer, den David Hansemann vergebens als Redakteur zu gewinnen versucht hatte, wollte grundsätzlich nicht und stieß sich ebenso wie Ludwig Uhland, um den sich Bassermann bemüht hatte, an der Institution der Zensorischen Direktion. Vgl. H. v. GAGERN, 1959, S. 369–371, E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 309, sowie P. THORBECKE, 1909, S. 215.

gesandter für den Triasgedanken eingesetzt. Seit seiner von Metternich erzwungenen Abberufung lebte Wangenheim als Publizist in Coburg und schrieb im März 1848 eingehende Berichte über »Koburger Zustände« für die DZ.³⁵ Schon im Januar 1847 sagte auch Ludwig v. d. Pfordten zu, dem es trotz Zensurbedenken eine Ehre war, »gemeinschaftlich Hand an das nationale Werk zu legen.«³⁶ Pfordten, dem 1841 wegen seiner freisinnigen Einstellung eine Würzburger Rechtsprofessur entzogen worden war, war einem Ruf nach Leipzig gefolgt und hatte dort mehrmals als Rektor der Universität amtiert. Als führender Oppositioneller im Landtag wurde er 1848 sächsischer Innenminister. Der Zensorischen Direktion trat auch Friedrich v. Müller bei, der seit 1815 als Kanzler an der Spitze der Weimarer Justiz stand.³⁷ Letzter im Bunde war der Plauener Advokat Alexander Braun, Landtagsabgeordneter und 1845 Präsident der Zweiten Kammer, der 1848 Ministerpräsident der sächsischen Märzregierung wurde.

Hannover vertrat Georg Theodor Meyer in der Zensorischen Direktion. Der Lüneburger Senator war 1841 zum Präsidenten der Zweiten Kammer gewählt worden und gehörte 1848 auch der Nationalversammlung an.

Aus der preußischen Rheinprovinz beteiligten sich zwei prominente Unternehmer. Friedrich Diergardt, Textilindustrieller und Inhaber der größten Seidenmanufaktur Deutschlands, war Mitglied des rheinischen Provinziallandtags und nahm auch am Vereinigten Preußischen Landtag 1847 teil. Eine ihrer größten Stützen fand die Deutsche Zeitung jedoch in David Hansemann, einem der führenden rheinischen Liberalen. Der Aachener Industrielle war Eigentümer einer florierenden Tuchfabrik, Förderer des Eisenbahnbaus und hatte seinen politischen Einfluß durch zahlreiche Ämter gezielt ausgebaut. Gemeinsam mit Karl Mathy trat er für die Ausgestaltung des Zollvereins hin zur politischen Einheit Deutschlands ein und wurde 1848 Finanzminister im preußischen Kabinett Camphausen. Dem engagierten Hansemann, den Mathy, Gervinus und Häusser erst auf einer Arbeitsbesprechung in Koblenz persönlich kennenlernten³⁸, war es primär zuzuschreiben, daß sich jetzt auch andere prominente rheinische Liberale wie Gustav Mevissen hinter die Deutsche Zeitung zu stellen begannen: »Daß die Idee der seligen Rheinischen Zeitung nicht gänzlich erfolglos geblieben, zeigt die auf gleicher Grundlage begründete ›Deutsche Zeitung‹ von Gervinus, die füglich die Rheinische Zeitung von 1847 genannt werden könnte ... Eine dritte Fraktion ist nach jener Periode des Sturms zu einer mildereren, das Bestehende mehr anerkennende Weltansicht gelangt, wie Gervinus sie in der Deutschen Zeitung in einer etwas zu doktrinären Weise zur Geltung zu bringen sucht. Der letzteren Fraktion gehöre ich an.«³⁹ Obwohl sich die

³⁵ Am 22. 2. 1847 schickte er seine Zusage an Gervinus, vgl. P. THORBECKE, 1909, S. 210, Anm. 6. v. d. Pfordten an Gervinus am 31. 1. 1847, HH 2539.

³⁷ Gagerns Vater, Hans-Christoph v. Gagern, hatte an v. Müller geschrieben, vgl. H. v. GAGERN, 1959, S. 373.

³⁸ Vgl. J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 169f., S. 171f.

³⁹ Mevissen an R. Haym am 29. 8. 1847. In: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 330f.

übrige Führungsriege der rheinischen Opposition an der Zensorischen Direktion nicht beteiligte, schrieben Beckerath und Mevissen später Leitartikel für die *DZ* und ließen in ihren Korrespondenzen ihre Unterstützung des Projekts erkennen.⁴⁰ Neben seiner erfolgreichen Mitarbeiterwerbung sowie erheblicher finanzieller Unterstützung bemühte sich Hansemann ebenso, dem Blatt durch aktive Zensurtätigkeit eine Tendenz zu vermitteln, die auch für die übrigen rheinischen Liberalen konsensfähig war.⁴¹

Aus den alten preußischen Provinzen hatte der bekannte Greifswalder Jurist Georg Christoph Beseler zugesagt. Beseler, mit dem Gervinus seit der gemeinsamen Göttinger Zeit gut befreundet war, lieferte später auch Beiträge für die *DZ*, »kommt aber schon jetzt nicht mit leeren Händen«⁴², und hatte den preußischen Politiker Max Graf v. Schwerin-Putzar für die Zensorische Direktion gewonnen.

Mit Schwerin-Putzar gelang es, auch den liberalen preußischen Adel in das neue Gremium zu integrieren. Schwerin-Putzar war Gutsbesitzer in Anklam und seit 1840 Mitglied des pommerschen Provinziallandtags, wo er sich vehement für die ständischen Rechte eingesetzt hatte. 1848 wurde er preußischer Kultus-, dann Innenminister. Aus Schlesien hatte sich der Breslauer Oberbürgermeister Julius Pinder zur Mitarbeit bereit erklärt sowie der Jurist Eduard Wilda, der, aus der Schule Schlossers kommend, 1842 einem Ruf nach Breslau gefolgt war. Wilda, der die »Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft« mitbegründet hatte und Mitorganisator der Germanistentage war, schrieb auch Beiträge für die *DZ*.

Ebenfalls aus Schlesien kam der preußische Politiker Karl v. Vincke, der in engen Beziehungen zum preußischen Königshaus stand und die *DZ* 1848 vor einem preußischen Erscheinungsverbot bewahrte. Vincke, der 1848 als stellvertretender Abgeordneter der Rechten in die Nationalversammlung gewählt wurde und gegenüber Gervinus die Ungleichheit der Stände verteidigte⁴³, übte sein Zensoramt besonders aktiv aus, warb in seinem Bekanntenkreis kontinuierlich um Beiträge und schrieb später auch eigene Artikel für die *DZ*.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 366, Beckeraths Schreiben an Gervinus vom 17. 11. 1847: »Verehrter Herr Professor! Es würde mir angenehm sein, wenn Sie den inliegenden Aufsatz in eine der nächsten Nummern der Deutschen Zeitung aufnehmen wollten. Indem ich darin meine Überzeugungen ... ausgesprochen habe, glaube ich zugleich in der Auffassung der preußischen Verhältnisse der Richtung Ihres Blattes, das zu meiner Freude immer mehr Boden gewinnt, nicht allzufern geblieben zu sein.«

⁴¹ Vgl. seine kritische Korrespondenz mit Gervinus, ebd., S. 197ff, besonders anschaulich sein Brief vom 20. 7. 1847, S. 307.

⁴² Vgl. Beselers Schreiben an Gervinus vom 25. 1. 1847, in dem er auch betont, wie wichtig es sei, der Zeitung den Geruch eines badischen Oppositionsblättchens zu nehmen und sich zu weiteren Werbeversuchen bereit erklärt, bei: P. THORBECKE, 1909, S. 217.

⁴³ Vgl. Vincke an Gervinus am 8. 3. 1847: »So wird und muß es doch immer Ungleichheiten und somit Klassen der Gesellschaft geben, und diese – welche – wenn man auch alles nivellieren könnte, sich doch immer wieder auf eine oder die andere Weise bilden würden – müssen an das bestehende, historisch Überlieferte sich anknüpfen.« Ebd., S. 220.

Von wesentlicher Bedeutung war auch die Integration des ostpreußischen Liberalismus, der sich überwiegend aus ländlichen Adel rekrutierte. Der Einfluß dieser Altliberalen auf den Vereinigten Preußischen Landtag war erheblich und der Landtag stellte einen jener Schauplätze dar, auf dem die von Gervinus und seinen Mitstreitern angestrebte »Pression auf Preußen« faktisch ausgeübt werden konnte. Durch die Vermittlung Hansemanns, der die ostpreußischen Abgeordneten aus den Landtagsvorbereitungen von 1847 gut kannte, gelang es, Theodor v. Schön und Alfred v. Auerswald, und damit zwei ihrer prominentesten Vertreter, in das liberale Kommunikationsnetz zu integrieren.⁴⁴ Theodor v. Schön, der bereits an den Steinischen Reformen mitgearbeitet hatte, war viele Jahre lang preußischer Oberpräsident gewesen, ein einflußreiches Amt, dessen Kompetenzen er kontinuierlich auszuweiten wußte.⁴⁵ Nachdem er auf Wunsch des Königs 1842 abtreten mußte, wurde er im selben Jahr noch in die preußischen Provinzialstände gewählt und gründete 1844 den ostpreußischen Centralverein. Schön, dessen politischer Einfluß auch nach Aufgabe seines Amtes groß war und der 1848 zum Alterspräsident der Berliner Nationalversammlung gewählt wurde, hatte zugleich seinen Schwager, den einflußreichen Politiker Alfred v. Auerswald, für das Zensorenamt gewonnen. Auerswald war seit 1837 Abgeordneter im ostpreußischen Landtag, wurde 1848 in das Frankfurter Parlament gewählt und amtierte im selben Jahr kurzzeitig als preußischer Innenminister.

Neben der Präsenz prominenter preußischer Liberaler war auch der Norden Deutschlands in der Zensorischen Direktion angemessen vertreten. Aus Schleswig kam Wilhelm Beseler, der Bruder Georg Beselers dazu. Wilhelm Beseler, der als Führer der liberalen Opposition und späterer Präsident der schleswigischen Ständeversammlung für ein geeintes Schleswig-Holstein eintrat, wurde im März 1848 Präsident der dortigen provisorischen Regierung und übernahm im Oktober 1848 die Vizepräsidentschaft der Nationalversammlung. Ebenfalls aus Schleswig stammte der hohe Justizbeamte Heinrich Carl Esmarch, der seit 1813 Kieler Senator war und später Paulskirchenabgeordneter wurde. Esmarch lieferte auch Beiträge für die *DZ*.

Die Hansestadt Hamburg repräsentierte Christian Friedrich Wurm, Gymnasiallehrer und Publizist, der schon früh für die Einführung einer Repräsentativverfassung plädiert hatte und Hamburgs Eintritt in den Zollver-

⁴⁴ Vgl. zur Kontaktabahnung auch Gervinus Brief an Hansemann am 1. 4. 1847: »Darf ich Sie bitten, die mitfolgenden drei Exemplare an die adressierten Herren zu verteilen? Ich vermute mal, daß sie alle drei zu den Vereinigten Ständen erscheinen.« In: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 198. Bei den »Exemplaren« handelte sich um Gervinus' Schrift »Die preußische Verfassung und das Patent vom 3. Februar 1847«, bei den »adressierten Herren« um Theodor v. Schön, Alfred v. Auerswald und Max Graf von Schwerin-Putzar.

⁴⁵ v. Schön positionierte die *DZ* in einem Brief an Gervinus vom 28. 1. 47 auf sehr persönliche Weise: »Und wie in einem Konzerte die ab- und ausschweifenden Violinen, Klarinetten, Flöten usw. durch die Kontraviole immer zum Grundton zurückgeführt werden müssen, so ist uns heute auch eine Standarte der Wahrheit und der Klarheit nötig, welche unerschütterlich zwischen den Parteien gebietend vorgeht.« In: v. SCHÖN, 1875, S. 291.

ein vehement voranzutreiben suchte. Wurm, der auch an den Germanistentagen teilgenommen hatte, war später Mitglied des Vorparlaments und der Nationalversammlung. Aus Bremen stieß der bundesweit bekannte Bremer Bürgermeister Johann Smid zum Kreis der Aufsichtsräte.⁴⁶ Smid, den Hans-Christoph v. Gagern für die DZ gewann, hatte den Hafenausbau vorangetrieben, galt als geistiger Urheber der liberalen »Weserzeitung« und war lange Jahre Gesandter am Deutschen Bundestag gewesen. Vor allem in den Frühjahrsmonaten des Jahres 1848 erhielt die DZ zahlreiche Beiträge von Smid.

Aus den Kurzbiographien dieser 29 Aufsichtsräte lassen sich bestimmte Qualifikationskriterien herauslesen, die für die Mitgliedschaft typisch, wenn nicht sogar erforderlich zu sein schienen. Als allgemeine Indikatoren liberaler Gruppenbildung können sie indes kaum gelten, da sie nur den sozial wie beruflich herausgehobenen Führungskreis des Unternehmens prägten, der zudem explizit auf seine Außenwirkung hin ausgewählt wurde. Dennoch ermöglichen sie erste Hinweise darauf, ob Bewegungsprofile und Rekrutierungsmuster des aktiven Kerns (Mitarbeiter) sich in der breiten Anhängerschaft (Leser) dieses national orientierten Liberalismus wiederholten. Transzendenten bestimmte Merkmale wie beispielsweise »Beziehungskapital« alle seine sozialen Trägerschichten oder waren sie als Zulassungsnachweis nur für liberale Wortführer und Amtsträger gültig?

Anknüpfungspunkte, um lockere Beziehungen zu festigen und die liberalen Fäden bundesweit zu spinnen, waren in erster Linie persönliche Bekanntschaften, oft die gemeinsame Tätigkeit im Landtag, im öffentlichen Dienst oder in der kommunalen Selbstverwaltung, konnten aber auch Vereinsmitgliedschaften oder das bundesweite Universitätsnetz bieten.⁴⁷ Als symptomatisch für die Methoden, über die liberale Kommunikation funktionierte, kann die unermüdliche Werbung Heinrich v. Gagerns gelten, der Verwandte, Freunde und Kollegen sowie seine Verbindungen zu den liberalen Gravitationszentren in ganz Deutschland gleichermaßen einzusetzen wußte. Zumindest was das öffentliche Flaggschiff des Unternehmens, die Zensorische Direktion angeht, erscheint es zulässig, von »Selbstrekrutierungsstrategien« zu sprechen⁴⁸, denn hier kam niemand ohne soziale Einstiegshilfe hinein.

Bei 72 Prozent der Aufsichtsräte ließ sich eine juristische Ausbildung feststellen. Rund 60 Prozent waren Träger eines Abgeordnetenmandats.⁴⁹ Selbständige und Beamte hielten sich prozentual in etwa die Waage, wobei Angehörige von Justiz und Verwaltung doppelt so stark vertreten waren wie Universitätsprofessoren. Die konfessionelle Zusammensetzung wies eine

⁴⁶ Vgl. Heinrich an Hans-Christoph v. Gagern am 15. 1. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 361.

⁴⁷ Vgl. dazu auch H. BEST, *Männer*, 1990, S. 235, der noch stärker auf die Universitäten als Knotenpunkte politischer Kommunikation abhebt.

⁴⁸ Ebd., S. 98.

⁴⁹ Hierunter fallen die Mandate in den süddeutschen Kammern, in den preußischen Provinziallandtagen, in den Ständeversammlungen und in den Senaten der freien und Hansestädte.

überwältigende protestantische Dominanz auf, der auf katholischer Seite nur Closen und Lerchenfeld gegenüberstanden.⁵⁰

Diese Angaben verraten zunächst eine starke Ähnlichkeit zur beruflichen Zusammensetzung der Paulskirche⁵¹, die dadurch bestätigt wird, daß über 40 Prozent der DZ-Aufsichtsräte später in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt wurden. Was die Formierungsmuster frühliberaler Eliten angeht, so illustriert die geographische Spannweite des DZ-Aufsichtsrats, daß der national ausgerichtete Liberalismus in Teilbereichen seiner politischen Praxis bereits vor der Revolution gesamtdeutsch »vernetzt« war und sich die politische Elite, wie Heinrich Best beobachtet hat, in der Schwellenzeit des ausgehenden Vormärz bereits »überregionale Kommunikations- und Handlungsräume« erschlossen hatte.⁵² Deutlich wird aber auch, daß es neben Vereinen, Tagungen und einzelstaatlichen Kammern noch andere organisatorische Ebenen gab, auf denen sich die späteren Protagonisten der Paulskirche bundesweit austauschen konnten. Auch die erstaunlich schnelle Arbeitsfähigkeit der Nationalversammlung sowie die Effizienz ihrer Kommunikation, welche Historiker heute wieder stärker hervorheben, wird vor diesem Hintergrund plausibler. Was den pressehistorischen Kontext angeht, ließen sich beratende Gremien wie der Aufsichtsrat der Deutschen Zeitung bisher nicht feststellen. Mit der Verankerung von Meinungspluralismus und aktiver Rezipientenkritik stellt die Institutionalisierung eines solchen Gremiums eine organisatorische Novität in der Pressegeschichte des 19. Jahrhunderts dar.

Während die Briefwechsel um den Aufsichtsrat hin- und hergingen, wurde in Heidelberg weiter an den organisatorischen Problemen gearbeitet, die der Anspruch einer erstrangigen personellen Besetzung mit sich brachte. Vorrangig war zunächst, einen neuen Verleger zu finden, nachdem Reimer abgesagt hatte. Den Gedanken, die Zeitungsverlegung Bassermann anzuvertrauen, muß Gervinus schon während der schwierigen Verhandlungen mit Reimer gekommen sein. Bassermann gehörte seit Durlach zum engeren Kreis der Sympathisanten und war durch seinen Freund und Verlagspartner Mathy kontinuierlich über den Gang der Dinge unterrichtet. Hinzu kam, und das mag für Gervinus den Ausschlag gegeben haben, daß Bassermann als liberaler Politiker im Gegensatz zu Reimer stärker den ideellen Wert des Projektes sah und an der bundesweiten Verbreitung eines nationalen Programms auch ein politisches Eigeninteresse hatte. Die Verständigung muß schnell zustande gekommen sein, denn schon am 8. März 1847 teilte Mathy

⁵⁰ 86 Prozent der Aufsichtsräte waren protestantisch, 7 Prozent katholisch. Für Willich und Braun war die Konfession nicht zu ermitteln; aufgrund ihrer geographischen Herkunft ist vermutlich einer von ihnen protestantisch.

⁵¹ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution, 1985*, S. 124 ff., H. BEST, *Männer, 1990*, S. 170 ff.

⁵² H. BEST, *Männer, 1990*, S. 235.

Hansemann mit: »Der Verleger, seine Stellung zu dem geistigen Unternehmen einerseits und zu den Geldinteressenten andererseits sind vereinbart.«⁵³

Neben dem Verlag war auch die Frage des technischen Redakteurs, der die tägliche Arbeit koordinierte, offen geblieben. Hier war ein Berufsjournalist gefragt, der gleichzeitig die nötige Gewandtheit besitzen mußte, mit dem eigenwilligen Herausgeberteam umzugehen.⁵⁴ Ein Anklopfen bei der Redaktion der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« zeitigte schließlich Ergebnisse. Wen Gervinus dort anvisierte, war Dr. Gustav Höfken, ein erfahrener Journalist, der vor allem durch seine volkswirtschaftlichen Artikel bekannt geworden war. Höfken hatte bereits im Januar 1847 Gervinus gegenüber die Überzeugung vertreten, »daß unter den obwaltenden Verhältnissen in Deutschland nur durch einzelne, unabhängige Männer der Wissenschaft und der Tat die höhere Aufgabe der Tagespresse gelöst werden kann.«⁵⁵ Mit Höfkens Zusage gelang es Gervinus, einen der versiertesten Redakteure Deutschlands anzuwerben, dessen Erfahrung wesentlich zu den Modernisierungsimpulsen beitrug, die in Nachrichtenbeschaffung und -präsentation sowie in der internen Arbeitsorganisation bald sichtbar werden sollten.

Wenige Wochen nach der Krise, die Dahlmanns und Reimers Absagen ausgelöst hatten, konnten die Verträge über die redaktionelle Verantwortung unterschrieben werden.⁵⁶ Die Zeitung war Eigentum der Bassermannschen Verlagshandlung und wurde von Mittermaier, Gervinus und Häusser in Gemeinschaft mit Karl Mathy redaktionell verantwortet. Dieses Redaktionsteam, dem später noch Gustav Höfken beitrug, war für die grundsätzliche Richtung der Zeitung sowie für die Auswahl der Artikel gemeinsam verantwortlich. Aus ihrer Mitte konnte ein Hauptredakteur ernannt werden, der die »Leitung und Überwachung der Redaktion kollegialisch zu besorgen hat.« Hierzu wurde Gervinus gewählt, der im ersten Erscheinungsjahr als »verantwortlicher Redakteur« auch namentlich in jeder Nummer genannt wurde. In diesem Verfahren läßt sich eine Frühform des erst weit später üblich werdenden Impressums beobachten.⁵⁷

⁵³ Mathy an Hansemann am 8. 3. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 16.

⁵⁴ Paul Pfizer, den Hansemann wiederholt vorschlug, war nicht zu gewinnen gewesen, Vgl. seinen Absagebrief in: HH 3777. Auch Verhandlungen mit Karl Andree, Redakteur der »Bremer Zeitung«, zerschlugen sich, s. die Korrespondenz Andrees mit Gervinus im April 1847 in: HH 2539.

⁵⁵ Vgl. auch Höfken an Gervinus am 29. 1. 1847: »Hier gilt z.B. bei der Cotta'schen Anstalt angestellt zu sein, so viel als Staatsdienst, man sieht darin dieselbe äußerliche Gewähr. Das ist rühmlich vielleicht für eine kaufmännische Anstalt, kann aber der öffentlichen Entwicklung, deren Organ und Handhabe die Presse sein soll, oft zum Nachteil ausschlagen.« In: HH 2539, dort auch die gesamte Korrespondenz zwischen Höfken und Gervinus aus den Jahren 1846/47, teilweise auch abgedruckt bei: K. KOSZYK, Höfken, 1978.

⁵⁶ Alle Verträge sind abgedruckt bei: A. BECKER, 1937; ein handschriftliches Exemplar befindet sich in HH 2540, dort auch das folgende Zitat.

⁵⁷ Gervinus hatte lange gezögert, den Posten eines Chefredakteurs anzunehmen, Er hielt ihn für unnötig und sah darin eine »nachtheilige Personalisierung des Projektes« (G. HÜBINGER, 1984, S. 162, Anm. 38), die er in einem Manuskript (»An die Redaktionskommission«, HH

Die Persönlichkeiten ihrer Gründer, ihr Herkommen, ihre Ausbildung, ihre berufliche Tätigkeit und ihre politische Richtung haben der Zeitung lange einen eigenen Charakter verliehen. Ihre biographischen Konturen können wiederum die enge Verflechtung von bürgerlicher Lebenswelt und liberaler Politik aufdecken, die das soziale Spektrum der Deutschen Zeitung auf allen Ebenen reflektiert.

Verleger der Deutschen Zeitung und ihr wichtigster Finanzier war Friedrich Daniel Bassermann.⁵⁸ 1811 als Sohn der vermögenden Mannheimer Kaufmannsfamilie geboren, hatte Bassermann sich zunächst mit einer Apothekerhandlung, später mit einem gutgehenden Verlag selbständig gemacht. Der kulturell interessierte Bassermann spielte Flöte und war Mitglied des Mannheimer Kunstvereins. Seine erfolgreiche kommunalpolitische Tätigkeit brachte ihm 1841 ein Abgeordnetenmandat ein, womit er als Verfechter eines nationalen Verfassungsstaats schnell über die badischen Grenzen hinaus bekannt wurde. Ludwig Häusser bescheinigte ihm später, er habe »überhaupt eine Vielseitigkeit in der parlamentarischen Debatte (entfaltet), wie sie an sich selten ist und doppelt selten bei einem Manne war, der zunächst aus dem Kreise bürgerlichen Gewerbes hervorgegangen war.«⁵⁹ In seiner scharfen Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts sowie staatlicher Eingriffe in die private Wirtschaft unterschied sich Bassermann von seinem volkswirtschaftlich anders denkenden Freund und Geschäftspartner Karl Mathy.⁶⁰ Für beide hatte sich ihr sozialer Gesichtskreis auch durch den Verkehr mit den Autoren des gemeinsamen Verlages beträchtlich erweitert. Als Gervinus im Frühjahr 1847 an den sechsendreißjährigen Verleger und Politiker mit der Bitte herantrat, eine Tageszeitung nationalen Zuschnitts herauszugeben, galt Bassermann bereits als Galionsfigur des südwestdeutschen Liberalismus.

Einen ganz anderen Lebensweg hatte Georg Gottfried Gervinus hinter sich, als er Chefredakteur und Herausgeber der Deutschen Zeitung wurde.⁶¹ 1805 als Sohn einer einfachen, evangelischen Handwerkerfamilie in Darmstadt geboren, begann er erst nach einigen kaufmännischen Berufsjahren mit dem Geschichtsstudium bei Friedrich Christoph Schlosser. Nach seiner Habilitation veröffentlichte er 1835 eine fünfbändige »Geschichte der poetischen National-Literatur der Deutschen«. Was hinter diesem monumentalen Werk stand, war der Gedanke, die politische Desorientierung des

2542 I) auch äußerte. Der Vertragswortlaut »kollegialische Leitung« dokumentiert wohl den Kompromiß, der dann gefunden wurde.

⁵⁸ Grundlegend zur Familie Bassermann: L. GALL, Bürgertum, 1989.

⁵⁹ L. HÄUSSERS Eintrag: Bassermann, in: C. v. ROTTECK/C. Th. WELCKER (Hrsg.), 1834/43, S. 357. Häusser betont auch Bassermanns private Fortbildung in seiner Biographie: »Unermüdlich wandte er seine Muße dazu an, seine Kenntnisse allseitig zu erweitern, durch Lectüre und Umgang sich zu dem politischen Mann heranzubilden, der er für sein Vaterland werden wollte.«

⁶⁰ Vgl. Bassermanns Ausspruch: »Es sei das Todesurteil für den Kapitalisten, wenn er staatlicher Hilfe bedürfe.« Zit. n. A. v. HARNACK, 1920, S. 26

⁶¹ Den aktuellen Forschungsstand zu Gervinus repräsentiert G. HÜBINGER, 1984.

deutschen Bürgertums aufzuheben und sein mangelndes Selbstbewußtsein durch die Demonstration seiner kulturgeschichtlichen Leistungen zu stärken. Als Gervinus sich 1837 an dem Protest der »Göttinger Sieben« gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover beteiligte, endete seine dortige Lehrtätigkeit mit Lehrverbot und Ausweisung, ein Schicksal, das ihn mit seinen Freunden Jacob Grimm und Friedrich Christoph Dahlmann verband.

Seit 1844 wieder als Professor in Heidelberg tätig, griff Gervinus jetzt stärker in die tagespolitische Diskussion ein. Seine Enttäuschung über die preußische Restauration, über den Charakter des Zollvereins als »Privatvereinigung« und die antimoderne deutsche Kulturlandschaft mündete in der Diagnose einer grundlegenden Systemkrise. Ein politisches Engagement sei auch im akademischen Beruf daher das Gebot des Tages. Bassermann, der Gervinus in diesen Jahren kennenlernte, fiel dieses Moment der nicht unkomplizierten Persönlichkeit besonders auf: »An diesem merkwürdigen Manne zeigte sich wohl überhaupt am auffallendsten der in den Männern der Wissenschaft rege gewordene Drang nach unmitttelbarem praktischen Eingreifen in die werdende Geschichte der Nation.«⁶²

Eingegriffen hat Gervinus zunächst mit der Feder: Vehement setzte er sich 1845 für die neue religiöse Volksbewegung des Deutschkatholizismus ein, der er die politische und nationale Integration des katholischen Bürgertums zutraute. Von seiner Schrift »Die Mission der Deutschkatholiken« waren zwei Monate nach Erscheinen, bereits 7000 Stück verkauft. Seine Enttäuschung über die preußische Entwicklung schrieb er sich dann in dem Kommentar »Die preußische Verfassung und das Patent vom 3. Februar 1847« vom Herzen, der das Verfassungspatent als Instrument ständischer Entpolitisierung anprangerte.

Vor allem am Schleswig-Holstein Konflikt hatte sich seine Vorstellung eines deutschen Machtstaats entzündet. Gervinus pochte, wie so viele seiner Zeitgenossen, auf den nationalen Zusammenhang von Schleswig und Holstein, den der Erbfolgeanspruch des dänischen Königs in Frage stellte.⁶³ Während er machtpolitisch für ein geeintes Schleswig-Holstein eintrat, blieb sein gesellschaftspolitisches Bild eher diffus und auf die Leistungen des Wirtschaftsbürgertums fixiert.

Gervinus fällt das Verdienst zu, durch seinen rastlosen Einsatz im Frühjahr 1847 die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für das Erscheinen der DZ geschaffen zu haben. Im ersten Jahr schrieb er den Hauptteil der national- und innenpolitischen Leitartikel, bevor politische Enttäuschung und die spätere »Linkskehre« ihn Paulskirchenmandat und journalistische Stimme aus der Hand geben ließ.⁶⁴ Sein Ausscheiden aus

⁶² F. D. BASSERMANN, 1926, S. 19.

⁶³ Gervinus hatte 1846 die populäre »Adresse an die Schleswig-Holsteiner« verfaßt, den ersten Protest der deutschen Bevölkerung gegen die dänische Politik.

⁶⁴ G. HÜBINGER, 1984, S. 187.

der Deutschen Zeitung sollte auch sein Ausscheiden aus der geistigen und politischen Bewegung des Frühliberalismus bedeuten, doch im Frühjahr 1847, als er Chefredakteur der DZ wurde, müssen wir ihn uns als bekannten Professor und selbstbewußten Publizisten vorstellen, der einem kleinbürgerlichen Herkunftsmilieu durch eigene Leistung gänzlich entwachsen war, den »soziale wie geistige Offenheit« kennzeichnete⁶⁵ und der sich gesellschaftlich dem gehobenen Bürgertum zuordnen läßt.

Was Gustav Freytag über die Sprache des badischen Politikers und Journalisten Karl Mathy schrieb, das kennzeichnete wohl auch den Charakter dieses DZ-Herausgebers: »Die gedrungene, kräftige und sachgemäße Sprache des neuen Abgeordneten (ist) in auffallendem Gegensatz zu den wässrigeren ... Reden der meisten Anderen, ... er mutete den Hörern ... scharfe Aufmerksamkeit zu, und seiner Natur fehlte der leichte Schwung und das Ausgehen auf große Wirkung.«⁶⁶ Sachlich, energisch und zäh muß den Zeitgenossen die Persönlichkeit Mathys erschienen sein, der 1807 als Sohn eines zum Protestantismus übergetretenen Gymnasiallehrers in Mannheim geboren wurde. Zunächst im badischen Finanzdienst tätig, war er daneben mit seiner ersten Zeitschrift »Der Zeitgeist, ein Volksblatt für Deutschland« bereits journalistisch tätig. Politisch zunächst radikal eingestellt, mußte er 1835 in die Schweiz fliehen, wo er als Lehrer in der Nähe von Solothurn arbeitete. Nach seiner Rückkehr fünf Jahre später übernahm er zunächst die Leitung der Karlsruher »Landtagszeitung«, was ihm 1842 ein badisches Abgeordnetenmandat einbrachte. Als zunehmend gemäßigter liberaler Parlamentarier und Mitinhaber der Bassermannschen Verlagsbuchhandlung entfaltete Mathy in den 40er Jahren eine umfassende, politische Wirksamkeit. Vor allem, was die Soziale Frage anging, unterschied er sich beträchtlich von seinen liberalen Gesinnungsfreunden. Neben dem Schutz bürgerlicher Rechte müsse der Staat ebenso sozialpolitische Aufgaben übernehmen, die auch umfassende Industrialisierungsprojekte umfassen sollten. Im badischen Landtag setzte er sich vehement für eine freizügige Wirtschaftsgesetzgebung, eine expansive Verkehrspolitik, für den Ausbau des Bankenwesens sowie für staatliche Subventionen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein. Mathys Leitgedanke, durch bürgerliche Eigeninitiative brachliegende Kräfte zu aktivieren, ließ ihn auch für die Ausdehnung des Wahlrechts auf Arbeiter plädieren. Im Hinblick auf seine spätere Tätigkeit in der Paulskirche, als Geschäftsführer der Gothaer Partei und schließlich als badischer Handelsminister verkörperte er in hohem Maße den Vorläufer eines Realpolitikers.

»Wir haben Historiker der Stube und des Salons«, schrieb der dreiundzwanzigjährige Ludwig Häusser, »die Historiker des Lebens, scheint es,

⁶⁵ L. GALL, *Gervinus*, 1972, S. 496. Zwar kam G. aus wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen, durch Heirat und eigenes Einkommen muß er jedoch Mitte der 40er Jahren durchaus vermögend gewesen sein. Vgl. dazu den biographischen Abriß P. THORBECKES in der ADB, Bd. 9, S. 77 ff.

⁶⁶ G. FREYTAG, 1870, S. 211.

fehlen uns noch oder sind dünn gesät.«⁶⁷ Nur sechs Jahre später wird Häusser Mitherausgeber der Deutschen Zeitung und damit selber zum »Historiker des Lebens«. Als Sohn eines reformierten Pfarrers 1818 in der Pfalz geboren, studierte er bei Schlosser in Heidelberg, wo er 1845 einen Lehrstuhl für Geschichte erhielt. Häusser betrachtete Preußen als Reformstaat, als Wegweiser zu einer modernen Gesellschaft. Diese Gesellschaft stellte sich der Pfälzer, für den die napoleonische Besetzung seiner Heimat noch jüngste Vergangenheit war, nicht als zentralistischen Machtstaat, sondern als Bundesstaat vor, in dem historisch gewachsene Traditionen ihren Raum fänden. 1846 stand sein Name unter der Heidelberger Schleswig-Holstein-Adresse, Freundschaften mit Gervinus und Friedrich List bestärkten ihn in seiner antiradikalen, propreußischen Ausrichtung. Im Gegensatz zu zahlreichen Führungspersonlichkeiten des kleindeutschen Liberalismus hat Häusser nach der Revolution nicht resigniert und seinen Glauben an ein geeintes Deutschland als Sprecher der Gothaer Partei, als badischer Parlamentarier und als akademischer Lehrer weiter verfochten.

Gustav Höfken war neben Mathy der einzige Berufsjournalist unter den Herausgebern. Spannungen mit Gervinus verursachten bereits im Frühjahr 1848 seinen Austritt, dennoch hat Höfken vor allem auf die redaktionelle Organisation der Zeitung prägend eingewirkt sowie ihren wirtschaftspolitischen Kurs begründet.⁶⁸ Der 1811 in Westfalen geborene Höfken trat mit 17 Jahren in die preußische Armee ein. Um die Monotonie des Berliner Garnisonslebens erträglicher zu machen, betrieb er auf eigene Faust volkswirtschaftliche Studien. Höfken kämpfte 1836 in Spanien, wobei seine Berichte von der pyrenäischen Halbinsel eine Verbindung zum Haus Cotta begründeten, die trotz manchen Ärgers über Jahrzehnte hinweg andauern sollte. Sein späteres Hauptthema wurde der Gedanke einer wirtschaftlichen Integration Europas durch Ausweitung von Handelsverträgen sowie einer stärkeren Verschmelzung deutscher und österreichischer Interessen. In seiner 1843 erschienenen Schrift »Der deutsche Zollverein in seiner Fortbildung« plädierte der Anhänger Friedrich Lists für ein gemäßigtes Schutzzollsystem. Höfken, der im persönlichen Umgang recht eigenwillig gewesen sein muß – ein Berufskollege charakterisierte ihn gegenüber Gervinus als »vortrefflich in seiner Spezialität aber voller Grillen, schlechte Manieren und schlechtes Auftreten«⁶⁹ – arbeitete seit 1843 freiberuflich für die »Allgemeine Zeitung« und muß den Brief, mit dem Gervinus ihn zur Mitarbeit aufforderte, fast als Genugtuung für die Querelen mit Cotta empfunden haben. Höfkens genaue Kenntnisse des Redaktionsgeschäftes, seine Bereitschaft zu organisatorischen Neuerungen und nicht zuletzt seine tägliche Anwesenheit im Heidelberger Redaktionsbüro während der ersten Erscheinungsmonate trugen we-

⁶⁷ Zitiert nach L. GALL, Häusser, 1967, S. 88.

⁶⁸ Höfken festes Arbeitsverhältnis mit der DZ endete am 31.12.1847, er muß jedoch noch bis zum Frühjahr 1848 als freier Mitarbeiter tätig gewesen sein, vgl. L. BERGSTRÄSSER, 1937, S. 133.

⁶⁹ Andree an Gervinus am 18.4.1847, HH 2539.

sentlich dazu bei, die Deutsche Zeitung zur »kurzfristig modernsten, deutschsprachigen Tageszeitung« zu machen.⁷⁰

Karl Mittermaier war es, der auf dem Frankfurter Germanistentag die Gründung der DZ angeregt hatte. Vor allem in der Gründungsphase bemühte er sich, Korrespondenten aus ganz Europa zu gewinnen, stellte sein Haus für die zahlreichen Besprechungen zur Verfügung und beteiligte sich auch finanziell an dem Unternehmen. Weiteren Einfluß auf die inhaltliche oder organisatorische Ausrichtung der Zeitung übte er jedoch nicht aus, weshalb wenige Anmerkungen hier genügen. Jahrgang 1787, und damit der älteste aller Herausgeber, hatte Mittermaier in München Jura studiert und 1821 einen Ruf nach Heidelberg erhalten. Seine Abhandlung »Die Grundfehler der Behandlung des Criminalrechts in Lehrbüchern und Strafgesetzbüchern« steckte schon das Programm seiner künftigen Lebensarbeit ab. Strafrecht bedeutete für Mittermaier in erster Linie eine soziale Schutzfunktion, die neben der Abschreckung vor allem der Besserung dienen sollte. Mittermaiers starkes Interesse an der Lösung praktischer Strafrechtsfragen schlug sich auch in der Gründung des »Archiv für zivilistische Praxis« 1818 nieder. Ihm ging es um eine Humanisierung des Strafrechts, dessen Rückständigkeit in Deutschland ihn schon früh zur vergleichenden Rechtswissenschaft brachte. 1828 gründete er mit Heinrich Albert Zachariä die »kritische Zeitschrift für die Rechtswissenschaft des Auslands«. Weitreichende Verbindungen zu europäischen Gelehrten und Politikern brachten hierfür kontinuierlich neue Anregungen. Neben seiner fachlichen Tätigkeit setzte sich Mittermaier intensiv auch für soziale und politische Belange ein. Lange Zeit war er Abgeordneter der Zweiten Kammer und erhielt 1848 ein Mandat für die deutsche Nationalversammlung. Als er 1847 die Gründung der Deutschen Zeitung mitbetrieb, war er der einzige Katholik unter den Gründern.

Diese sechs unterschiedlichen Lebensläufe überkreuzten sich kurzzeitig unter der Leitlinie des Zeitungsprogramms. Als verbindende Erfahrungsräume fungierten, ähnlich wie im Aufsichtsrat, Abgeordnetenkammern und die Universität, aber auch die politische Tagespublizistik, über die Höfken, Mathy und Bassermann sich kennenlernten. Ungewöhnlich für die Zeitgenossen mutete die Tatsache an, daß unter den Herausgebern drei bekannte Professoren waren, die sich hier öffentlich dem Zeitungsgeschäft verschrieben, einer Tätigkeit, der im Vormärz noch immer ein leicht libertärer Ruf anhaftete.⁷¹

⁷⁰ G. HÜBINGER, 1984, S. 162.

⁷¹ Die zeitgenössische Resonanz war zunächst unterschiedlich: Mancher Kritik an der »Hofratszeitung« standen positive Kommentare gegenüber wie in der »Kölnischen Zeitung« am 11. 7. 1847: »Die edeln Kräfte, die sich in ihr (der DZ) aus gelehrter Zurückgezogenheit zur täglichen Beteiligung an den Kämpfen der deutschen Tagespresse gewöhnen, werden dieser Tagespresse für immer gewonnen bleiben, auch wenn sie sich genötigt sehen sollten, sich anderen Blättern anzuschließen. Der Gewinn für die deutsche Presse wird ein bleibender sein.« Vgl. auch E. SCHULZE, 1930, S. 61 ff.

Mit den Verträgen vom 10. März 1847 waren die wichtigsten Personalfragen geklärt. Den inhaltlichen Eckstein der Gründungsphase legte das Programm vom 8. Mai, das den politischen Kurs des neuen Tendenzblattes umriß. Das Programm, heute als »einer der wichtigsten programmatischen Texte des deutschen, gemäßigten Liberalismus« gewertet⁷², erschien als selbständiger Manuskriptdruck wie auch in allen führenden Tageszeitungen. Parallel dazu wurde ein »Ankündigungsblatt« versandt, in dem potentielle Mitarbeiter sowie »das große Publikum, das vielleicht das ausführliche Programm nicht zur Hand nimmt, ... in wenig Worten auf den Hauptpunkt aufmerksam gemacht werden (soll), und zwar in möglichst populärem Tone.«⁷³ An die Aufforderung zur Mitarbeit schloß sich die Bekanntgabe der endgültigen Ressortaufteilung und ihrer Leiter. Gervinus zeichnete für den politischen Teil verantwortlich, Mittermaier für Rechts- und Verwaltungsfragen, Höfken und Mathy betreuten gemeinsam die Wirtschaftspolitik, und Häusser übernahm den Rezensionsteil. Intern war zudem ausgemacht, daß Höfken über Spanien und die Niederlande berichten würde und für den technischen Ablauf des Redaktionsgeschäfts verantwortlich war, Häusser sich besonders der französischen Politik annehmen sollte.

Mit beiden Veröffentlichungen suchten die Herausgeber die politisch interessierte Öffentlichkeit in allen Staaten des Deutschen Bundes und über dessen Grenzen hinaus auf die neue Tageszeitung aufmerksam zu machen. Mit dem Erscheinen der Deutschen Zeitung im Juli 1847 verbanden sie nicht nur die Hoffnung, dem nationalen Liberalismus eine klare programmatische Orientierung zu geben, sondern zugleich eine soziale Achse zu schaffen, um die sich das verstreute liberale Spektrum jetzt enger gruppieren konnte.

2. Entwicklungslinien 1847–1850

Mit einem »Heerlager von tüchtigen Redakteuren, wie es bis jetzt keinem deutschen Blatte und nur sehr wenigen der bedeutendsten englischen und französischen Journale zu Gebote stand«, trat die Deutsche Zeitung am 1. Juli 1847 an die Öffentlichkeit.¹ Spitzzüngige Kommentare über die »Professorenzeitung« begleiteten sie vor allem in den ersten Monaten ihres Erscheinens, und auch die Aufsichtsräte nahmen kein Blatt vor den Mund, wenn sie Langeweile in die Spalten des Blattes einkehren oder ihre spezifischen Interessen nicht genügend gewahrt sahen.

Hansemann, den Gervinus um Beiträge und Solidarität geradezu beknielt hatte – »Wo immer Sie gegen den 1. Juli sind, vergessen Sie uns dann vor

⁷² G. HÜBINGER, 1984, S. 159.

⁷³ Häusser an Bassermann am 12. 4. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Briefe, 1908, S. 22. Das Ankündigungsblatt befindet sich in den Kleinen Erwerbungen Nr. 39, StA Mannheim.

¹ Augsburgs »Allgemeine Zeitung« vom 4. 7. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 52.

allem nicht ... Alles was ich wünschte, wäre, daß ich Ihnen einen Sklaven halten könnte, der Ihnen jeden Tag zuriefe: »Herr, gedenke der Deutschen Zeitung«² – schrieb Ende August 1847 an Gervinus: »Ich glaube, Ihnen am besten zu dienen, wenn ich Ihnen ohne viel Umschweife sage, daß die Deutsche Zeitung mich wie manchen anderen nicht befriedigt.«³ Lebendigkeit und die vermißte Polemik stellten sich nach ersten Anlaufschwierigkeiten jedoch bald ein, weitgefächerte Korrespondenzen begannen das In- und Ausland zunehmend abzudecken und das Blatt stieß auf immer stärkere Resonanz.⁴

Die Namen der fünf Herausgeber standen gemeinsam unter der Titelzeile des neuen Blattes, doch kontinuierliches Engagement brachten in der alltäglichen Praxis vor allem Gervinus und Mathy auf. Die technische Koordination suchte Gustav Höfken zu bewältigen, der parallel für die Berichterstattung aus Spanien und den Niederlanden verantwortlich war.⁵ Für die Bearbeitung der englischen Korrespondenz wurde Dr. Hermann Marggraff eingestellt, der gemeinsam mit Höfken von der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« gekommen war.⁶ Die französischen Belange bearbeitete August Ludwig v. Rochau, der mehrere Jahre in Frankreich verbracht hatte und dort bereits als Auslandskorrespondent gearbeitet hatte.⁷

Erste Unstimmigkeiten zeichneten sich bereits im Spätsommer 1847 zwischen Gervinus und Höfken ab. Mehr als um Sachfragen ging es um Arbeitsauffassung und Stilfragen, wobei Gervinus sich vor allem an der Art gestoßen zu haben schien, wie Höfken »alle Schriften der Gegner mit ein paar Worten abthut, hochfahrend und grob, und was er dagegen aufbringt, sind Allgemeinheiten, über die man in Hamburg lachen wird.«⁸ Zum Jahresende trat Höfken aus der Redaktion aus, lieferte aber bis zum Mai 1848 noch

² Gervinus an Hansemann am 8. 5. 1847, in: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 343 f.

³ Hansemann an Gervinus am 20. 7. 1847, ebd. S. 307.

⁴ Vgl. Bassermann an Gervinus im Januar 1848: »Im Allgemeinen aber höre ich ... unsere Zeitung zu meiner Freude von allen Seiten loben«, HH 2523.

⁵ Vgl. NDB, Bd. 9, S. 311 ff.

⁶ Vgl. NDB, Bd. 16, S. 167 f.

⁷ Vgl. ADB, Bd. 28, S. 725 ff. S. auch H.-U. WEHLERS Einleitung zu L. A. v. ROCHAU, 1972. v. Rochau wurde später, als Redakteur der »Constitutionellen Zeitung« in Berlin, aufgrund seiner vehementen Plädoyers für eine kleindeutsche Lösung ausgewiesen und sollte 1853 seine »Grundzüge der Realpolitik« veröffentlichen. Eine solche siebenköpfige Redaktion stellte im Vergleich zu den führenden zeitgenössischen Blättern eine üppige personelle Besetzung dar, die Versprechen, aber zugleich auch Hypothek war. Die »Kölnische«, die »Bonner« und die »Weserzeitung«, alles einflußreiche Blätter der Zeit, mußten sich mit zwei oder drei Redakteuren begnügen, in der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« waren es nie mehr als vier. Vgl. Anm. 1.

⁸ Gervinus an Mathy am 19. 8. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 57. Vgl. auch Bassermann an Gervinus vom 23. 10. 1847: »Höfken aber macht das Schreiben zu seiner Hauptsache und die eigentliche Redaktion zur Nebensache«, HH 2523. Ein floskelloser Brief Höfkens an Gervinus aus diesen Monaten zeigt deutlich die negative Stimmung, die sich zwischen ihnen entwickelt hatte. Zu Kompromissen waren beide Seiten zu diesem Zeitpunkt wohl nicht mehr bereit: »Was berechtigt Sie, mich der Unverträglichkeit anzuklagen? Der Umstand, daß ich Ihnen meine Überzeugung nicht opfern kann? ... davon läßt sich gut nach einer angenehmen erheiternden Reise denen predigen, die mittlerweile die ganze Last des Geschäfts getra-

wirtschaftspolitische Artikel. Die internen Spannungen wurden auch nach außen sichtbar, als bereits im Oktober 1847 die Kopfzeile mit den Herausgebernamen ersatzlos wegfiel. Am Jahresende stand im wesentlichen jedoch eine positive Bilanz. Die Auflage hatte sich von 1 500 auf 2 200 Exemplare gesteigert, das Blatt »an Frische und Lebendigkeit sehr gewonnen«⁹ und die allgemein gute Resonanz gipfelte im Kommentar eines Karlsruher Abonnenten: »Man kann eben keine andere Zeitung mehr lesen«.¹⁰

Die personellen Differenzen unter Gervinus' dominanter Führung hielten jedoch an. Der im Januar 1848 angestellte Dr. Adolf Wiesner, ein österreichischer Berufsjournalist, kündigte bereits vier Monate später, da er »keine eigene Meinung haben dürfe«.¹¹ Zum gleichen Zeitpunkt verließ auch der fähige v. Rochau die Redaktion und sein Nachfolger wurde Dr. Karl Mitzenius, ein junger Berufsjournalist aus Darmstadt, von dessen guten Draht zu Gervinus seine zahlreichen Briefe ein lebendiges Zeugnis ablegen.¹²

Die alle Erwartungen übersteigende Märzrevolution schuf dann völlig neue politische Verhältnisse, veränderte schlagartig auch Stimmung und Atmosphäre in Deutschland. Von einem neuen Frühling, von Aufbruch war die Rede, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit machte sich breit, das seinen Ausdruck in Vereinen, Umzügen, in der Presse und immer wieder auf der Straße fand. Ereignisse und Stimmungen berührten die Deutsche Zeitung als politische Stimme ebenso wie als wirtschaftliches Unternehmen. Gervinus als Mitglied des 17er Ausschusses und später der Nationalversammlung war jetzt meist abwesend, doch seine Artikel berichteten in diesen Frühjahrswochen fast täglich aus der Frankfurter Paulskirche. Seit Mai leitete der umgängliche Ludwig Häusser die Redaktion und steuerte zunehmend auch redaktionelle Beiträge bei. Durch das rapide anwachsende Bedürfnis der Bevölkerung, über den Verlauf der Revolution und des ersten deutschen Parlaments informiert zu sein, schnellte auch die Auflagenhöhe der DZ rasch in die Höhe und erreichte Ende Juni ihren Höchststand von 4 000 Exemplaren.¹³

Zwei Entwicklungen lösten im Sommer 1848 den ersten, grundlegenden Wechsel aus, was Redaktionsleitung und Eigentumsverhältnisse anging. Einmal eröffneten sich der oftmals relativ geschlossenen Opposition mit dem Zusammentreten der Nationalversammlung weitgefächerte Polarisierungsmöglichkeiten und auch Bassermann und Gervinus entfernten sich in ihren politischen Standpunkten jetzt voneinander. Gervinus empfand zunehmend Enttäuschung über die Politik der Paulskirchenliberalen und

gen haben. Wären Sie in meiner Lage und ich in der Ihrigen, so würde ich vielleicht der Heitere sein und Sie der Mißmutige!« Brief o. D., HH 2539.

⁹ Bassermann an Gervinus am 6. 12. 1847, HH 2523.

¹⁰ Bassermann an Gervinus am 6. 1. 1848, ebd.

¹¹ E. SCHULZE, 1930, S. 72. Vgl. zu Wiesner WURZBACH, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, 1888, Bd. 56, S. 78.

¹² 40 Briefe von Mitzenius an Gervinus im Nachlaß Gervinus, HH 2528.

¹³ Diese Zahl in einem Brief Bassermanns (wahrscheinlich) an J. B. Bekk am 10. 7. 1848, Kleine Erwerbungen Nr. 474, StA Mannheim.

drängte immer vehementer darauf, mit einer präzisen Definition von Grenzen, Staatsoberhaupt und Wahlrecht endlich die eigentlichen Fundamente des neuen Deutschlands zu legen. Seine zunehmende Isolierung auch von den ehemaligen Parteiliebes ging so weit, daß er im Juli 1848 sein Mandat und zugleich die Chefredaktion der Deutschen Zeitung niederlegte.¹⁴ Gervinus' Ausscheiden aus der Tagespolitik nahm seinen späteren gänzlichen Rückzug aus dem aktiven politischen Leben vorweg und war zugleich erstes Signal der später vollzogenen Linkskehre. Zunächst waren es wohl mehr Überdruß und Verzweiflung, die ihn den Sommer über nach Italien reisen ließen.

Bassermann dagegen ging den umgekehrten Weg und schaltete sich aktiv ins politische Leben ein. Im Sommer 1848 wurde er Staatssekretär des neuen, gesamtdeutschen Innenministeriums und entwickelte dabei eine zunehmend konservativere Haltung. Parallel zu den Unterschieden in der politischen Orientierung, welche zwischen Chefredakteur und Verleger jetzt aufbrachen, entwickelte sich auch die wirtschaftliche Situation des Unternehmens in eine Richtung, die Bassermann jetzt vermehrt an Verkauf denken ließ. Bereits seit Monaten hatte der Verleger, der primär den wirtschaftlichen Ertrag im Auge behielt, gegenüber Gervinus das unzureichende Anzeigenvolumen, die vielen teuren Beilagen sowie zu hohe Honorare kritisiert. Immer wieder forderte er zum Sparen auf und über diesem leidigen Thema, das die DZ zeit ihres Lebens verfolgen würde, stellten sich weitere Spannungen ein, die über die politischen noch hinauswiesen.¹⁵

Bassermann empfand das Unternehmen zunehmend als Belastung nicht nur seiner Finanzkraft, sondern auch seiner Arbeitskraft. Als sich die Gelegenheit bot, die Zeitung an den Leipziger Buchhändler Karl Reimer zu verkaufen, der bereits im Vorfeld der Zeitungsgründung eine Rolle gespielt hatte, handelte er rasch. Für 12 000 Gulden ging die Deutsche Zeitung am 1. August 1848 in den Besitz Karl Reimers über und wurde Eigentum dessen Weidmannscher Verlagsbuchhandlung. Mit dem Verkauf wurde auch die Umsiedlung der Zeitung nach Frankfurt beschlossen. Vor dem Hintergrund des neu erwachten und durch keine Zensur mehr behinderten politischen Interesses breiter Schichten beurteilte der geschäftstüchtige Reimer Frankfurt, den Sitz der deutschen Nationalversammlung, als erheblich günstigeren Standort zur Erhöhung der Absatzchancen.

¹⁴ Vgl. Gervinus an Dahlmann am 14. 6. 1848: »Gewiss, meine Natur paßt entweder nicht zur Tagespolitik oder meine Politik nicht zu den Menschen; ich weiß nicht, wie es ist, aber ich fühle mich innerlichst entfremdet.« Sowie am 30. 10. 1848: Der Urlaub »hat mir aber auch den Dienst gethan, mich aus einer Thätigkeit zu erlösen, bei der kein Dank und keine Frucht zu ernten war. Ich meine damit die Zeitung und den Reichstag zugleich.« Beide Briefe in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 320ff. Vgl. detailliert zu seinen Gründen G. HÜBINGER, 1984, S. 188–197.

¹⁵ Vgl. Bassermann an Gervinus am 23. 10. 1847: »Wir sind also zum Sparen aufgefordert! ... darum auch dürfen Beilagen nur in den äußersten Notfällen gegeben werden«, oder am 11. 1. 1848: »Führen Sie so fort, so macht dies pro Jahr eine Mehrausgabe von ... über 4000 Gulden. Daß wir dies unter keinen Bedingungen dürfen, sagt die Zahl für sich selbst.« Beide Briefe in HH 2523.

Zum 1. Oktober 1848 erschien die Deutsche Zeitung in Frankfurt. Mit Besitz- und Ortswechsel waren auch personelle Konsequenzen verbunden. Als leitender Redakteur stellte Reimer den jungen Dr. Wilhelm Kiesselbach ein, der bereits vor Beginn »seiner gänzlichen Unkenntniß in der technischen Seite der Arbeiten ... Rechnung zu tragen« bat.¹⁶ Hermann Margraff, der mehr durch »Stille und Geldgier« aufgefallen zu sein schien¹⁷, ging zurück nach Augsburg, und die politischen Schwergewichte Gervinus, Häuser und Mathy schrieben von nun an als freie Mitarbeiter für die DZ. Das Kiesselbachsche Zwischenspiel bewährte sich indes nicht, – neben Mathy äußerten auch Leser Unmut über die sinkende Qualität der Zeitung¹⁸ – und fand bereits nach zwei Monaten seinen Abschluß. Mit dem Eintritt von Dr. Heinrich Kruse, einem jungen Philologen, der nach Hauslehrerjahren in England zunächst für DuMonts »Kölnische Zeitung« gearbeitet hatte, sowie durch das erneute Engagement Gervinus' und Mathys begann sich das Blatt kurzfristig zu wenden. Gegen Jahresende – die Auflage hatte sich bei rund 3 000 Exemplaren stabilisiert – konnte Reimer berichten, »die Zeitung gewinnt ... wieder täglich an Kredit und ich glaube, wir können dem neuen Jahr mit gutem Muthe entgensehen«.¹⁹

Reimers Hoffnungen sollten sich nicht bewahrheiten. Parallel zu Abwechslungsreichtum, Lebendigkeit und Informationsgehalt nahm auch die Auflage ab und sank im Sommer 1849 auf bedrohliche 2 000 Exemplare. Primär verantwortlich waren dafür der Mangel an professionellen, erfahrenen Kräften, organisatorisches Chaos sowie äußere Gegebenheiten wie das erlahmende Interesse einer von der Paulskirche zunehmend enttäuschten Bevölkerung. Mitzenius und Kruse waren allein für die gesamte redaktionelle Koordination verantwortlich und mußten in letzter Minute oft selber noch Leitartikel aufs Papier werfen, um das Titelblatt zu füllen. Einer Aufgabe, die im Jahr zuvor ein siebenköpfiges Team bewältigt hatte, waren sie zu zweit nicht gewachsen. Zum sinkenden inhaltlichen Niveau kam der Mangel an Anzeigen, der immer eklatanter wurde und den Journalisten Rudolf Haym im Mai 1849 berichten ließ: »Die Zeitung schwebt in großer Gefahr. Reimer ist hier, hat monatlich 1000 Thaler zugesetzt, will sie los sein ... wir sind nun bemüht, ihn davon abzubringen«.²⁰ Mit »wir« waren wohl die Reste der erbkaiserlichen Partei gemeint, Protagonisten vor allem des rechten Zentrums, die in diesen Tagen eine Zusammenkunft in Gotha planten, um die verbliebenen Chancen für einen deutschen Nationalstaat zu

¹⁶ Brief Kiesselbachs vom 20. 5. 1848, HH 2628.

¹⁷ Bassermann an Gervinus vom 23. 10. 1847, HH 2523.

¹⁸ Vgl. einen Brief an Mathy vom 16. 10. 1848: »Die Kiesselbachsche Deutsche Zeitung will aber nicht gefallen; wenn Reimer keine anderen Kräfte gewinnen kann, so wird er bei diesem Unternehmen keine Seide spinnen«, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 40, sowie Fallenstein an Gervinus am 26. 11. 1848: »Dagegen habe ich Reimer gesprochen, der morgen zu Ihnen kommen wird; der scheint mir mit seiner D.Z. fix und fertig zu sein; Kiesselbach hat, wie man hört, seine Demission angenommen«, HH 2525.

¹⁹ Reimer an Gervinus o. D., HH 2528.

²⁰ Brief Hayms vom 26. 5. 1849, in: R. HAYM, Paulskirche, 1925, S. 70.

diskutieren. Gotha sollte nicht nur den Anfang einer organisierten liberalen Partei bedeuten, sondern auch für die DZ den entscheidenden Wendepunkt ihrer Geschichte markieren.

Die Niederlage der Paulskirche bedeutete für den konstitutionellen Liberalismus auch die Niederlage seiner Politik. Zunehmend breitete sich die Überzeugung aus, dieses Scheitern rühre wesentlich auch aus der organisatorischen Schwäche der liberalen Bewegung. Auf dem Gothaer Treffen im Juni 1849 drängte das Organisationsproblem bald den ursprünglichen Kernpunkt der Tagesordnung, die Diskussion der Unionsverfassung, in den Hintergrund.²¹ Jedoch schlug die Zurückhaltung der konstitutionellen Liberalen gegenüber allem, was nach straffem Vereinsnetz auf breiter, organisierter Basis roch, auch hier wieder durch. Parteientwürfe, die ein durchstrukturiertes Vereinsnetz als wirksamstes Mittel vorschlugen, ein breiteres Wählerreservoir zu erreichen, wurden abgelehnt. Statt dessen sollte ein Zentralkomitee nur die Verbindung zwischen einzelnen Parteimitgliedern, nicht etwa zwischen den bereits bestehenden konstitutionellen Vereinen, aufrechterhalten.²² Eine direkte Kontaktaufnahme zu breiteren Bevölkerungsschichten wurde damit erneut vermieden; die nötige Breitenwirkung sollte statt dessen durch das indirekte Medium der Presse hergestellt werden. Daß sich die in Gotha anwesenden Liberalen personell in hohem Maße mit dem sozialen Umfeld der Deutschen Zeitung deckten sowie Karl Mathys Wahl zum Geschäftsführer des Zentralkomitees erklären den Entschluß, die Deutsche Zeitung zum »Centralorgan« der Gothaer Partei umzuwandeln.²³

Damit gab das Blatt seinen unabhängigen Status als außerparlamentarischer Vorposten des konstitutionellen Liberalismus auf, das bisher freie Zusammenspiel zwischen Fraktion und Bewegung wurde institutionalisiert, und die DZ avancierte zum Vorkämpfer der gothaschen Unionspolitik. Der Alternative eines organisierten Vereinsnetzes auf breiter sozialer Basis ging der gemäßigte Liberalismus damit auch nach der Verfassungsniederlage aus dem Weg und gab stattdessen dem Medium Presse als indirektem Kommunikationskanal zwischen Führung und Basis den Vorrang.

Der Gothaer Beschluß schrieb Ideen fest, an denen Mathy und seine politischen Freunde bereits im Frühjahr 1849 gearbeitet hatten. Schon vor dem Treffen hatte die Gruppe um Mathy, Dahlmann und die Gagernbrüder ein Rundschreiben publiziert, in dem zur Sanierung der Deutschen Zeitung durch Aktienkäufe aufgerufen wurde.²⁴ Die Aktienbeteiligungen, zu denen

²¹ Vgl. M. BOTZENHART, 1977, S. 717 ff., J. P. EICHMEIER, 1986, S. 194–201.

²² Die Mitglieder dieses Zentralkomitees waren Max und Heinrich v. Gagern, August Hergenhausen, Karl Mathy und Theodor Reh, alle dem Umkreis der DZ zugehörig.

²³ Ein Provisorischer Ausschuß wurde mit der Umwandlung der DZ zum Parteiblatt betraut. Ihm gehörten Karl Mathy, Ludwig Häusser, Eduard Souchay, J. E. de Bary und F. Schlemmer an. Der entsprechende Beschluß lautete: »Die gehörige Benutzung der Presse ist von der wesentlichsten Bedeutung für die Förderung unserer Sache. Es ist in Gotha verabredet worden, die »Deutsche Zeitung« für unsere Partei zu erwerben und zum Centralorgan zu machen.« In: F. D. BASSERMANN/K. MATHY, 1882, S. 275.

²⁴ Das Original des Aufrufs befindet sich im Nachlaß H. v. Gagern, BAFfm.

alle Abonnenten sowie Freunde und Bekannte aus dem liberalen Umfeld aufgefordert wurden, erbrachten jedoch nicht die notwendige Summe, um Reimer die Zeitung zur Gänze abkaufen zu können. Anfang August 1849 waren erst rund 170 statt der geplanten 500 Anteile verkauft worden.²⁵ Deshalb übernahm die Gothaer Partei zunächst nur die Verantwortung für den redaktionellen Bereich, der nun einschneidenden Veränderungen unterworfen wurde. Artikel von Mitgliedern des Zentralkomitees mußten in Zukunft zwingend aufgenommen werden; abzulehnen waren all jene, die nicht dem Sinn des Gothaer Parteiprogramms entsprachen, wobei in Zweifelsfällen das letzte Wort nicht mehr der Redaktion sondern dem Parteiausschuß oblag.

Diese Bedingungen stellten faktisch eine völlige Knebelung der vormals unabhängigen Redaktion dar, erschwerten auch den technischen Ablauf, da Rücksprachen mit den oft abwesenden Ausschußmitgliedern nicht immer kurzfristig möglich waren, Artikel dadurch verschleppt wurden und die Aktualität der Berichterstattung, von der Meinungsvielfalt ganz abgesehen, darunter empfindlich zu leiden begann.²⁶ Die betroffenen Redakteure schätzten die weitreichenden Konsequenzen dieser Beschlüsse richtig ein, Kruse sprach gar von »einem in der Geschichte der Presse beispiellosem Attentat«.²⁷ Briefliche Vermittlungsversuche der Redakteure schlugen fehl und den Beschluß, »neben der Redaktion die präventive Zensur eines Komitees einzuführen«, konnten beide nicht akzeptieren. Die Konsequenz des Streits war, daß Kruse und Mitzenius gemeinsam die Redaktion verließen und auch Gervinus sich definitiv von der zum Parteiorgan avancierten Zeitung lossagte. Eine öffentliche Erklärung in der Tagespresse besiegelte den Bruch zwischen ihm und seinem publizistischen Ziehkind.²⁸

Kruses Gleichnis von der Zeitung als Uhr, »die bald etwas vor, bald etwas nach (geht), und man würde das Uhrwerk beschädigen, wollte man deshalb beständig in dessen Lauf eingreifen«, sollte sich bald bewahrheiten. Seit September 1849 erschien die DZ jetzt mit dem Impressumszusatz »Unter Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses« und wurde redaktionell von Robert Heller geleitet, einem sächsischen Journalisten, der bisher die Parlamentsberichte für die DZ geschrieben hatte. Hellers 1849 anonym erschie-

²⁵ S. ebd. auch das zweite Rundschreiben vom 3. 8. 1849. Vgl. Mathy an Beckerath am 30. 7. 1849, in: F. D. BASSELMANN/K. MATHY, 1882, S. 273 ff.

²⁶ Ein solches Szenario, das sich später bewahrheiten würde, malte Heinrich Kruse in einem langen Brief an Gagern vom 6. 8. 1849, als er von den neuen Beschlüssen erfuhr. Zur Frage der vorherigen Kontrolle: »Daß alle Artikel vorher, ehe sie gedruckt werden sollten, dem Ausschuß zur Billigung vorgelegt werden sollten, kann nicht gemeint sein, und würde sich in vielen Fällen, namentlich bei leitenden Artikeln, oft genug durch den Drang des Geschäftes von selbst verbieten.« In: Teilnachlaß Mathy, BAFm.

²⁷ Kruse schlug beispielsweise vor, die Artikel der Ausschußmitglieder mit einer besonderen Chiffre zu kennzeichnen. Vgl. seinen Brief vom 6. 8. 1849 wie Anm. 26, ebd. auch das folgende Zitat.

²⁸ Vgl. Mitzenius an Gervinus am 25. 9. 1848: »Die gestrige Nummer der DZ mit Kruses Erklärung ist Ihnen wohl schon zu Gesicht gekommen. Die kombinierten Erklärungen werden wohl auch nächste Tage in der Kölnischen Zeitung und der Augsburger Allgemeinen erscheinen, an die ich sie geschickt habe.« HH 2528, dort auch das folgende Zitat.

nenes Buch »Brustbilder aus der Paulskirche« hatte viel Aufsehen erregt, sein Autor war ganz auf die gothasche Linie eingeschworen. Der Zeitung ging es unter dem strengen Regiment des Gothaer Ausschusses immer schlechter. Mathy, der neue Geschäftsführer des Zentralkomitees, übernahm bald die Führung, entschied über die Auswahl der Artikel, schrieb selber viel und muß den nachgiebigen Heller zunehmend zur Seite gedrängt haben.²⁹ Sein intensives Engagement verhinderte jedoch nicht, daß immer weniger Korrespondenzen eintrafen, die Berichterstattung oft »out of date« war, und das intellektuelle Niveau von einst dem Blatt als Parteizeitung verloren ging.

Unterschiedliche Faktoren zeitigten eine negative Wechselwirkung: Sinkende Auflagen und immer weniger Anzeigen ritten das Unternehmen tiefer und tiefer in wirtschaftliche Probleme hinein. Die verzweifelte Lage veranlaßte Mathy schließlich, bei der preußischen Regierung um finanzielle Unterstützung nachzusuchen. Einzelheiten über diese »Tragödie einer liberalen Zeitung« sind erst in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts bekannt geworden.³⁰ Unter völliger Geheimhaltung hatten Mathy und Reimer der preußischen Regierung im November 1849 eine Beteiligung an dem Zeitungsunternehmen angeboten. Auf das Interesse der preußischen Regierung, das Gothaer Parteiblatt zu stützen, solange Preußen an der Unionspolitik festhielt, konnte man rechnen. Ein interner Bericht des preußischen Regierungsrates Freiherr v. Meusebach illustriert, daß der Frontenwechsel der DZ auch in offiziellen Kreisen registriert worden war: »Die Deutsche Zeitung hat in der inneren Politik stets eine Oppositionsstellung gegen die preußische Regierung eingenommen. Nur in der deutschen Frage hat sie seit der Gothaer Versammlung für die preußische Politik Partei genommen. Die vorgeschlagene Aktienbeteiligung würde ... wohl aber soviel Einfluß sichern, um eine entschieden feindliche Haltung zu verhindern und durch Berliner Korrespondenzen einzuwirken.«

Meusebachs Grundgedanke wurde vom preußischen Innenminister v. Manteuffel begrüßt, der zwei Wochen später den Kauf von zwanzig Aktien aus den Fonds des Außen- und Innenministeriums veranlaßte. Die Aktienzeichnung lautete auf Meusebachs Namen und erleichterte ihm so auch die Aufnahme »eigener« Artikel. Daß deren Verfasser in Wirklichkeit vorwiegend im Literarischen Kabinett der preußischen Regierung saßen, blieb der Öffentlichkeit verborgen. Zum anderen wurde vereinbart, daß das Justiz-, Handels- und Finanzministerium amtliche Bekanntmachungen nach Möglichkeit in der DZ unterbringen sollten. Schließlich garantierte die preußische Regierung noch eine Festabnahme von 200 Exemplaren jeder Ausgabe, die im süddeutschen Raum Verbreitung finden sollten.

²⁹ Vgl. Clothilde Koch-Gontard, die Gastgeberin Mathys während seines Frankfurter Aufenthalts, am 13. 11. 1849 über ihn: »Die Deutsche Zeitung ist eine Art Lieblingskind von ihm geworden, was ganz natürlich ist, wenn man bedenkt, was sie ihm verdankt.« In: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 117.

³⁰ O. JÖHLINGER, 1920, dort auch das folgende Zitat.

Trotz strenger Geheimhaltung – Mathy wußte um die abschreckende Wirkung, die eine Regierungsbeteiligung auf viele von Preußen enttäuschte Korrespondenten ausüben mußte – drangen Gerüchte von dem neuen Aktionär doch an die Öffentlichkeit und bereits im November schrieb Clothilde Koch-Gontard an Heinrich v. Gagern: »Seit ich gehört habe, daß in Preußen Schritte durch Heller oder Reimer geschehen sind, um Unterstützung der ... (DZ) nachzusuchen, ist es mir ein Greuel, Euren Namen darunter stehen zu sehen.«³¹ Die gerüchteweise nach außen gedrungene Assoziation mit der preußischen Regierung war sicher einer der ausschlaggebenden Gründe, weshalb eine Reihe profilierter, Preußen jedoch kritisch gegenüberstehender Korrespondenten der Deutschen Zeitung jetzt zunehmend ihre Feder versagten. Im Kreise der Gothaer wurde dieses Manko durchaus gesehen und ein letzter Versuch unternommen, hochkarätige Stimmen für das Blatt zurückzugewinnen.

Anfang Dezember 1849 trafen sich Gagern und der badische Liberale Alexander v. Soiron in Deidesheim mit Gervinus und Häusser, um die Heidelberger Professoren für eine erneute Beteiligung an dem lahmdenden Unternehmen zu gewinnen. Die Anlehnung an Preußen suchte Soiron ihnen mit starken Vergleichen zu erklären: »Die deutsche Einheit betrachte ich als meine Braut, die ich durchaus erringen will. Ich steige durchs Fenster und selbst auf Manteuffels Schultern, um diese Braut zu erlangen.«³² Das Treffen verlief jedoch ohne Resultat, Gervinus und Häusser hatten der Zeitung innerlich wohl bereits Ade gesagt, und Soiron konnte ihnen nur noch im Vertrauen konzedieren: »Wir gewöhnlichen Privatmenschen bleiben in unserem Privatleben, was wir sind, auch wenn wir politische Böcke geschossen; wir besteigen, wenn wir den praktischen politischen Kampfplatz verlassen, keine andere Rednerbühne mehr: Kathedermenschen und Schriftsteller von Profession müssen schon vorsichtiger sein, weil ihr geistiges Leben in ihrer Tätigkeit auf dem Katheder und in der Literatur besteht.«³³

Aktive Unterstützung war hier nicht mehr zu erwarten, auch die preußischen Finanzspritzen schienen nur kurzfristig wirksam zu sein, und interne Probleme taten ein Übriges: Heller schien sich als Chefredakteur nicht sonderlich zu bewähren, die scharfzüngige Clothilde Koch-Gontard klagte Gagern als Mitglied des Zentralkomitees an, »ungesehen zu verantworten, was ein Robert Heller unter Ihrem Schutz in die Welt sendet«.³⁴ Vor allem aber begann sich die Redaktion der Deutschen Zeitung in den unterschiedlichsten, nun einzuhaltenden Loyalitäten zu verzetteln: Loyalitäten gegenüber dem Gothaer Ausschuß, Loyalitäten gegenüber der Preußischen Regierung, Loyalitäten gegenüber den Vertretern der Unionspolitik und nicht zuletzt Loyalitäten gegenüber ihren Aktionären: All das mußte zu einer Verengung

³¹ Koch-Gontard an Gagern am 13. 11. 1849, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 117.

³² Aus dem Tagebuch der Serafine Jordan, ebd., S. 120.

³³ Soiron an Gagern am 4. 11. 1849, Teilnachlaß Mathy, BAFm.

³⁴ Koch-Gontard an Gagern am 16. 4. 1850, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 156.

des Horizonts führen, zur Ausschließlichkeit einer erlaubten Meinung, welche dem Charakter der Zeitung einen einheitlich grauen Farbton verlieh. Von vielen Seiten hallten jetzt Kommentare über die »in Rücksichten erstikende Manier der Deutschen Zeitung«, die wohl vor allem Mathy zuzuschreiben war.³⁵ Der überlastete Geschäftsführer des Gothaer Ausschusses war in erster Linie für die immer strenger werdende innere Zensur verantwortlich, die jeglichen Meinungspluralismus im Keim ersticken mußte und das Blatt nach Meinung vieler Leser »langweilig und noch lange nicht gut genug machte, um als Organ der Gothaer Partei zu gelten, was in den Augen der Welt ihr Hauptverdienst ist«. ³⁶ Auch Karl Ludwig Aegidi, ehemaliger DZ-Mitarbeiter und zeitweilig selber in preußischen Diensten, beklagte die Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen und mokierte sich über das orthodoxe Preußentum des Badeners Mathy mit den Worten, »er fühle (sich) deutsch genug und brauche deshalb keine schwarz-weiße Germanisierungsanstalt zu beziehen«. ³⁷

Öffentliches Urteil und innere Zustände schienen weitgehend deckungsgleich gewesen zu sein. ³⁸ Erneute Finanzspritzen sowie die Zusage telegraphischer Benachrichtigung über wichtige Ereignisse seitens der preußischen Regierung fruchteten wenig und ein weiteres Rundschreiben »durch thätige Verwendung im Kreise Ihrer Freunde und Bekannten für die Erhaltung der Deutschen Zeitung zu wirken« verhallte ohne nennenswertes Echo. ³⁹

Auch der Erfurter Reichstag, von dessen Erfolg auch der Erfolg des Parteiorgans abhing, vermochte das preußische Unionsprojekt nicht wiederzubeleben. Parallel zu Österreichs immer aggressiverem Eintreten für eine Restitution des Deutschen Bundes sanken auch die Chancen der Unionspolitik. Mit weniger als 1000 Abonnenten und laufendem Defizit war die Situation im Frühsommer 1850 so kritisch geworden, daß Reimer das verlustreiche Unternehmen im Juni an die Brönnersche Buchhandlung in Frankfurt verkaufte, hinter deren Namen der Heidelberger Buchhändler Winter stand. Bereits Ende Mai fiel der Impressumszusatz »Unter Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses« weg und die Partei zog sich allmählich von ihrem sinkenden Flaggschiff zurück. Heller verließ die Redaktion und Marggraff und Mitzenius waren noch einmal bereit, in die Bresche zu springen. Vor allem Mitzenius muß sich nach Kräften bemüht haben, die Zeitung wieder flott zu machen, ihm erschien »der gegenwärtige

³⁵ Haym an Richard Schrader am 28. 2. 1850, in: R. HAYM, Paulskirche, 1925, S. 80.

³⁶ Koch-Gontard an Gagern am 22. 6. 1850, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 172.

³⁷ Aegidi an Gervinus am 25. 2. 1850, HH 2523.

³⁸ Heller berichtete im Frühjahr 1850 immer wieder von Überlastung und chaotischen Zuständen in der Redaktion. Eine weitere Vorschußbitte in Höhe von über 5000 Talern lehnte Mantuffel ab. Mathy kennzeichnete die prekäre Situation gegenüber Reimer in einem Brief vom 7. 2. 1850: »Wir sind außerstande, die Korrespondenzen vom letzten Semester zu bezahlen, zu welchen wir mit täglichen Briefen gemahnt werden, wir wissen nicht, woher am Schlusse des Februars den ... Monatsbedarf nehmen. Von Berlin sind weder Aktien noch Abonnementbeträge gekommen.« In: GLA 48/1037.

³⁹ Aufruf vom 20. 6. 1850, Nachlaß H. v. Gagern, BAFm.

Augenblick ... für eine Wiederbelebung der Zeitung bei dem grellen Vorschreiten der Reaktion, vor dem die preußische Unionspolitik allmählich verschwindet wie ein Schattenspiel vor dem Licht, nicht völlig ungünstig.«⁴⁰

Zunehmend distanzierte sich die DZ jetzt von der preußischen Unionspolitik, nicht zuletzt deshalb, weil »das Publikum der Sache so müde (ist), wie sie jeden, der sich näher damit befassen muß, mit Ekel und Überdruß erfüllt«. Mitzenius war der Ansicht, daß nur »wenn die Zeitung sich der Reaktion entgegenwirft, sie möge kommen, woher sie wolle, und die liberalen Grundsätze wieder zu ihrem Mittelpunkt macht, so wird sie am leichtesten wieder in ihren alten Ton hineinkommen und auch da eine Partei um sich sammeln«. Die eh schon prekäre finanzielle Lage verschärfte sich noch dadurch, daß Winter nicht bereit war, in das Blatt zu investieren, sondern statt dessen zu Sparmaßnahmen aufrief.⁴¹ Erschwerend kam hinzu, daß die preußischen Zuschüsse der Zeitung, die jetzt nicht mehr Parteiblatt war, nun versagt blieben.

Die Verbindung von finanziellem Desaster und einem politischen Programm, dessen Erfolgsaussichten gegen Null tendierten, sollte das Schicksal des Blattes bald besiegeln. Als das endgültige Scheitern der Verfassungsbeziehung nicht mehr zu übersehen war, zudem noch mit der Niederlage in Schleswig-Holstein und der Olmützer Kapitulation vor der österreichischen Machtpolitik gekoppelt war, wurden die Chancen des Blattes noch einmal diskutiert. Gervinus, der an dieser Frankfurter Besprechung teilnahm, »stimmte unbedingt für ihren Untergang ... und hatte die überraschende Erfahrung, daß sehr loyale Senatoren und Bankiers sich einen Stein vom Herzen genommen fühlten, als man ihnen eine Überzeugung keck aussprach, die sie selbst bereits in sich aufgenommen, nur sich und anderen noch nicht gestanden hatten.«⁴² Gerüchte einer erneuten Weiterführung erwiesen sich als luftleer und zum Jahresende 1850 stellte die Zeitung ihr Erscheinen ein.

Es sind nur dreieinhalb kurze Jahre, in denen die Deutsche Zeitung erschien, jedoch Jahre, in denen das Gegeneinander von freiheitlich-demokratischen Bewegungen und restaurativer Beharrungspolitik in Deutschland besonders dicht und dramatisch erfahrbar wurde. Aus der Entwicklungsgeschichte des Blattes kristallisieren sich im Überblick drei unterschiedliche Phasen heraus: Zunächst behauptete die DZ einen unabhängigen und individuellen Kurs, dem die starke Persönlichkeit Gervinus' Form und Charakter verlieh. In

⁴⁰ Mitzenius an Gervinus am 27. 9. 1850, HH 2528. Über die Situation berichtete Mitzenius an Gervinus ebd.: »Die Zustände der Zeitung bei meinem Eintritt zu schildern, wird nicht nötig sein. Sie haben sie ja im Laufe des Sommers gelesen und können daraus den Schluß machen.« Dort auch das folgende Zitat.

⁴¹ Mitzenius an Gervinus am 27. 9. 1850 ebd.: »Der Verleger ... ist keinesweges gesonnen, die Zeitung auf eigene Hand zu halten, und große Mittel darauf zu verwenden. Er rechnet auf erneute Unterstützung und auf Einsparungen. Was zur würdigen Führung des Blattes gehört, davon hat er, wie ich fürchte, keine Ahnung.«

⁴² Gervinus an Haym am 7. 12. 1850, in: R. HAYM, Briefwechsel, 1930, S. 122.

diesen ersten anderthalb Jahren bot sie den vielfältigen liberalen Stimmen der Zeit über alle staatlichen Grenzen hinweg eine gemeinsame Plattform, auf der ein gesamtdeutscher Dialog stattfand. Auf informelle Weise scharte sie die Trägerschichten des national orientierten Liberalismus um sich und trug so wesentlich dazu bei, die schnelle personelle Besetzung und Arbeitsfähigkeit der ersten deutschen Nationalversammlung möglich zu machen.

Ein Intermezzo war dann die Phase, in der die Zeitung das freie Zusammenspiel von Fraktion und Bewegung orchestrierte. Nicht mehr unter einheitlicher politischer Führung, aber unabhängig und kritisch berichtete sie über die Geschicke des ersten deutschen Parlaments, wobei sie vor allem die Politik des rechten Zentrums unterstützte. Vom Spätherbst 1848 bis in den Sommer 1849 hinein prägte der Charakter des außerparlamentarischen Vorpostens der Casino-Fraktion die Deutsche Zeitung.

Mit ihrer Übernahme durch die Gothaer Partei trat die DZ in ein Stadium institutionalisierter Berichterstattung. Als deren »Centralorgan« avancierte sie zur ersten offiziellen Parteizeitung in den Annalen der deutschen Parteiengeschichte. Mit der neuen Aufgabe, jetzt Sprachrohr einer bestimmten Partei, nicht mehr einer Bewegung zu sein, wichen Meinungspluralismus und Farbe einem verengten politischen Horizont und zunehmender Langeweile. Finanzielle Abhängigkeiten vom Träger dieser Politik verstärkten die Gebundenheit. Diese Phase fand im wesentlichen mit dem Ende der Deutschen Zeitung im Dezember 1850 ihren Abschluß.

Von den unterschiedlichen Entwicklungslinien, welche die Geschichte der Deutschen Zeitung prägten, ging die größte Wirkung von der ersten aus. Das politische Programm der DZ schien hier eine nationale Zukunft anzukündigen, für die man zunehmend breitere Schichten der deutschen Gesellschaft zu gewinnen hoffte. Welche Rolle der Deutschen Zeitung in ihrer kurzen Glanzzeit bei der publizistischen Ausleuchtung dieser Zukunftschancen zufiel, formulierte mit Enthusiasmus ihr politischer Gegner: »Die Zeitung ist das beste Oppositionsblatt, das jemals in Deutschland erschien und muß als solches schon in der nächsten Zeit einen Einfluß ausüben, der weit über alle Berechnungen hinausgehen dürfte.«⁴³

3. Das Korrespondentennetz der Deutschen Zeitung

In der Gesellschaft des deutschen Vormärz entstanden weitgespannte Handlungsräume politischer und kultureller Art, in denen die Staatsnation entworfen wurde. Welcherart Räume dies waren und wie ihre Protagonisten aussahen, ist im Laufe der letzten fünfzehn Jahre deutlicher geworden. Historiker haben die Träger liberalen Engagements sozial und beruflich zu

⁴³ Aus dem literarischen Bericht eines Geheimagenten Metternichs vom 24. 9. 1847, in: K. GLOSSY, 1912, S. 296.

differenzieren begonnen, haben ihr Organisationsverhalten in Teilaspekten erforscht und suchen sie heute auch verstärkt in ihren regionalen Lebenswelten auf.¹ Wie notwendig es ist, die Annahme liberaler Klassenbindung schichtenspezifisch zu überprüfen, wurde gesehen, doch aller Anerkennung der Sozialgeschichtsschreibung und wiederholten Aufrufen Lothar Galls, Dieter Langewiesches, Wolfgang Schieders und James Sheehans zutrotz sind wirklich weiterführende Studien selten geblieben und »Programmatik und soziale Leitbilder des frühen Liberalismus (nach wie vor) besser erforscht als seine sozialen Trägergruppen und Erfahrungsräume.«² Auch im Zeichen zunehmender Konkurrenz an politischen Deutungsangeboten, die ja schon den späten Vormärz kennzeichnet, erscheinen präzise sozialgeschichtliche Analysen, welche bürgerlichen Schichten der liberalen Orientierung folgten, unverzichtbar.

Da die Bedeutung binnenliberaler Differenzierung durchweg erkannt wird, gilt es jetzt auch, zwischen dem Sozialprofil der liberalen Führungsschicht und dem seiner breiteren Anhängerschaft zu unterscheiden. Nur so kann erkennbar werden, ob eine kleinbürgerliche Prägung nur für die Basis galt, während die Führungspositionen meist »Männer von Bildung und Besitz« einnahmen, wie es für Preßverein und Philhellenismus Cornelia Foerster und Christoph Hauser beobachtet haben, oder ob andere liberale Erfahrungsräume möglicherweise ein viel flacheres Milieugefälle aufwiesen. Das in dieser Frage weiterhin herrschende Defizit ist oft auch dem Fehlen geeigneter Quellen zuzuschreiben, das viele dieser Räume zu kennzeichnen scheint. Für die Deutsche Zeitung ließ sich Personenmaterial jedoch in einem Umfang rekonstruieren, der zuverlässige, quantifizierbare Aussagen über die Träger des nationalen Liberalismus ermöglicht.

Der Aufsichtsrat des Blattes konnte erste, marginale Hinweise auf sozialen Hintergrund und Qualifikationskriterien liberaler Führungsschichten liefern. Weitaus aussagekräftiger ist jedoch das zahlenmäßig breit gelagerte Mitarbeiternetz. Unter dem angesprochenen Gesichtspunkt, das Verhältnis zwischen Führung und Basis sozialgeschichtlich zu präzisieren, werden im Laufe der Untersuchung die Mitarbeiter als aktive Träger und damit als Kerngruppe von Nationsbildnern den Lesern als breiterer und meist passiver Anhängerschaft gegenübergestellt. Zunächst konnte von einem Mitarbeiterverzeichnis mit 372 Namen plus Wohnort und meist auch Berufsangabe ausgegangen werden, das Ludwig Bergsträsser 1937 veröffentlicht

¹ Vgl. C. FOERSTER, 1982; D. DÜDING 1984; Ch. HAUSER, 1990; P. MÜLLER, 1990. Vgl. zum derzeitigen Forschungsstand in den einzelnen Staaten und Städten: L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Liberalismus und Region*, 1995; L. GALL (Hrsg.), *Stadt*, 1993. Vgl. als Überblick auch D. LANGEWIESCHE, *Frühliberalismus*, 1997.

² P. NOLTE, *Gemeindeliberalismus*, 1991, S. 57. Leider kommt Nolte in seiner Arbeit über den badischen Gemeindeliberalismus der eigenen Diagnose kaum nach. Vgl. ohne empirische Auswertung P. NOLTE, *Gemeindebürgertum*, 1994, v. a. Kap. III., wo man diese erwartet hätte. Zum Thema vgl. auch W. SCHIEDER, *Probleme einer Sozialgeschichte des frühen Liberalismus in Deutschland*, in: DERS., (Hrsg.), *Liberalismus*, 1983, S. 9–21; J. SHEEHAN, *Wie bürgerlich...*, 1988; W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988.

hatte.³ Seine Charakteristik gründete auf einer Honorarliste aus dem Jahre 1849, die er im Stadtarchiv Wiesbaden gefunden hatte. Die Durchsicht aller vorhandenen Redaktionskorrespondenzen sowie diverser Nachlässe, Memoiren und Briefesammlungen aus dem Umfeld der DZ ermöglichte dann die über Bergsträssers Material hinausreichende Feststellung von 118 weiteren Korrespondenten. Auch für diese Personen ließen sich Wohnort und weitgehend auch Beruf ermitteln. Damit liegt nun eine Quellengrundlage von 490 Personen vor, anhand derer sich die räumliche Verteilung, die soziale Zusammensetzung, die politische Bandbreite und partiell auch die konfessionelle Prägung national agierender Liberaler nachzeichnen läßt. Der Liberalismus wird dabei nicht auf seiner lokalen, regionalen oder einzelstaatlichen Ebene erfaßt, sondern es geht um jene Sozialkreise, die bereits zur Politik auf nationaler Ebene fähig waren und deren Wurzeln noch im Dunklen liegen.⁴

a) Raummuster

Die Datenauswertung zielte zunächst auf die geographische Verteilung und die einzelstaatliche Dichte der Mitarbeiter, wofür deren Wohnorte ausgewertet wurden.⁵ Parallel wurden die Mitarbeiter nach überregionalen Einzugsgebieten erfaßt, um die Raummuster auch großflächig zu veranschaulichen. Die Konturen der aktiven Trägerschaften, wie sie hier sichtbar werden, galt es dann angemessen in die liberale Landschaft des deutschen Vormärz einzuordnen. Dazu wurden als vergleichende Parameter vor allem die Beiträge des Bandes »Liberalismus und Region« herangezogen, der die liberale Orientierung in den deutschen Einzelstaaten nachzeichnet, sowie die flächendeckenden Studien Botzenharts und Obenaus zum (vor)märzlichen Parlamentarismus.⁶

³ L. BERGSTRÄSSER, 1937.

⁴ Die Arbeiten Hausers, Foerstlers und Müllers untersuchen den Liberalismus auf überregionaler, einzelstaatlicher und städtischer Ebene. Wenn auch Preßverein und Philhellenismus bereits über einzelstaatliche Grenzen hinweg verbindend wirkten, so kann von einem nationalen Anspruch hier noch kaum die Rede sein. Allenfalls Treskows Briefpublikation der Rotteckschen Korrespondenz weist ein nationales Einzugsgebiet aus, das aber noch der sozialgeschichtlichen Analyse harrt, vgl. R. v. TRESKOW, 1990/92.

⁵ Die stark differierenden Bevölkerungszahlen in den einzelnen Staaten wurden dabei in der Interpretation berücksichtigt.

⁶ L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995; M. BOTZENHART, 1977; H. OBENAU, 1984.

Tabelle 1: Die räumliche Verteilung der DZ-Mitarbeiter im Deutschen Bund und im Ausland⁷

Staaten	Anzahl der Mitarbeiter	Verteilungsdichte in v. H.	Überregionales Einzugsgebiet in v. H.
Bayern	36	7,3	
Baden	38	7,6	<i>Süddeutschland</i>
Württemberg, Hohenz.	33	6,7	32,8
Hessen-Darmstadt	27	5,5	
Frankfurt	28	5,7	
Thüringen	29	5,9	
Kurhessen, Nassau	20	4,0	<i>Mittelddeutschland</i>
Königreich Sachsen	13	2,6	12,5
Hannover	13	2,6	
Braunschweig	6	1,2	
Oldenburg	9	1,8	<i>Norddeutschland</i>
Mecklenburg	2	0,4	12,0
Hansestädte	15	3,0	
Schleswig-Holstein	15	3,0	
Preußen			
Rheinland	31	6,3	
Westfalen	5	1,0	
Prov. Sachsen	11	2,2	
Brandenburg	1	0,2	<i>Preußen</i>
Berlin	19	3,9	21,1
Schlesien/Posen	18	3,7	
Pommern	7	1,4	
Westpreußen	5	1,0	
Ostpreußen	7	1,4	
Österreich	18	3,7	
Ausland	79	16,1 (davon 7,5 % Schweiz)	

Zunächst wird deutlich, daß die süddeutschen Staaten Spitzenwerte liberaler Kommunikation aufweisen. Daß Baden die Skala mit 7,6 Prozent anführt, ist sicherlich der personellen Konzentration um den Erscheinungsort der Zeitung zuzuschreiben, doch auch der Tatsache, daß die liberale »Herrschaftssicherung« trotz der früh sichtbaren Korrosion durch die Demokraten hier überwiegend noch funktionierte.⁸ In Bayern rekrutierten sich Korrespondenten vorwiegend aus jenen Gegenden, in denen auch traditionell königstreue Kreise bereits in Opposition zum Herrscherhaus standen, näm-

⁷ Die Tabelle geht von dem ermittelten Gesamtvolumen von 490 Mitarbeitern aus. Für 99 % dieser Mitarbeiter ließen sich geographische Angaben recherchieren. Das fehlende Prozent (5 Mitarbeiter) erscheint nicht tabellarisch, ist aber rechnerisch überall berücksichtigt.

⁸ D. HEIN, Die bürgerlich-liberale Bewegung in Baden 1800–1880, in: L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995, S. 28.

lich aus der linksrheinischen Pfalz, aus Franken und vor allem aus München.⁹

Der hohe Wert von 5,5 Prozent für ein vergleichsweise kleines Land wie Hessen-Darmstadt ist auch personell den umfassenden Aktivitäten Heinrich v. Gagerns zuzuschreiben, dessen Rekrutierungsstrategien symptomatisch für bürgerliche Elitenbildung erscheinen. Die auffallend dichte »liberale Besiedelung« in Frankfurt ließ zunächst auf einen starken Anteil von Abgeordneten schließen, die wegen der Nationalversammlung hier ihren Wohnort nahmen. Jedoch stellte sich heraus, daß von den 28 Frankfurter Mitarbeitern nur 6 aufgrund eines Abgeordnetenmandats dort wohnten. Plausibler erklärt sich die hohe Verdichtung demnach mit der starken kommunalbürgerlichen Opposition Frankfurts, die sich primär aus dem liberalen Handels- und Bildungsbürgertum rekrutierte und erst während der Revolution in unterschiedliche Gruppierungen und Vereine zerfiel, unter denen die Demokraten dominierten.¹⁰

In allen süddeutschen Ländern ließ sich ein gleichmäßiges Stadt-Land-Gefälle feststellen.¹¹ Primär sind es Residenz- und Verwaltungsstädte, Universitätsorte oder Zentren regionaler Wirtschaft, in denen sich personelle Ballungen finden. In Bayern beispielsweise sind 51 Prozent der dortigen Mitarbeiter in München wohnhaft, 40 Prozent verteilen sich auf größere Städte wie Augsburg, Nürnberg, Erlangen oder Bayreuth, und nur 3 Korrespondenten, das sind rund 9 Prozent, kommen aus ländlichen Gebieten. Insgesamt bestätigen die süddeutschen Werte, welche die Rangliste liberaler Dynamik unbestritten anführen, zunächst den Forschungsstand, daß sich »nur Staaten mit parlamentarischen Gremien, deren Kompetenzen verfassungsrechtlich geregelt waren, zu Schwerpunkten des Frühliberalismus entwickelten.«¹² Daß gerade im Umfeld der Kammeroppositionen liberale Beziehungsnetze besonders gut gedeihen konnten, hatten ja auch die Facetten der Zeitungsgründung bereits illustriert.

Unter den mitteldeutschen Staaten ragen vor allem im Verhältnis zu ihren Einwohnerzahlen die thüringischen Staaten und Kurhessen mit besonders dichten Kommunikationssträngen hervor. Diese vielen kleinen Fürstentümer, welche zumeist ebenfalls auf bestehende Verfassungen zurückblicken konnten, fallen weitgehend unter den gleichen Zusammenhang von Verfassungsleben und liberaler Entfaltung. Aus Kurhessen und Nassau, die trotz der Politisierungswelle der 40er Jahre doch überwiegend noch einem kleindimensionalen und wirtschaftspolitisch traditionalem Denken verhaftet blieben, kam mit 20 Mitarbeitern immerhin 4 Prozent der gesamten Mitarbeiterschaft, ein Umstand, der vermutlich auch auf die Aktivitäten des DZ-Korrespondenten und späteren Märzministers Carl Wippermann zurückzu-

⁹ Vgl. M. BOTZENHART, 1977, S. 216.

¹⁰ Vgl. R. ROTH, Liberalismus in Frankfurt am Main 1814–1914, in: L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995, v. a. S. 53–60.

¹¹ Vgl. auch die »Städtetypen« in Galls Einleitung zu L. GALL (Hrsg.), Stadt, 1993, S. 3 ff.

¹² D. LANGEWIESCHE, Frühliberalismus, 1997, S. 119.

führen ist.¹³ In Sachsen dagegen, wo starke feudale Kontinuitäten den konstitutionellen Liberalismus in seiner »Manövrierfähigkeit« beschränkten¹⁴, und wo die Demokraten schon früh den industriell-gewerblichen Mittelstand anzuziehen vermochten, ist auch die Mitarbeiterdichte verhältnismäßig gering.

Den hohen Werten in Süddeutschland und den mitteldeutschen Staaten steht ein insgesamt schwacher Mitarbeiterstamm in den norddeutschen Ländern gegenüber. Dies ist einmal der marginalen Entwicklung städtischer Kulturen zuzuschreiben, zum anderen auch der Verbindung von zäh verteidigten Adelsprivilegien und monarchischer Rückschrittlichkeit, wie sie gerade in Hannover besonders sichtbar war.¹⁵ Daß die vehemente Parteinahme der DZ für ein geeintes Schleswig-Holstein ihr dagegen dort zahlreiche Mitarbeiter zuführte, ist nur plausibel. Höhere Verdichtungen finden sich auch in den Hansestädten, ein weiterer Beleg für die Offenheit des städtischen Bürgertums gegenüber dem liberal-konstitutionellen Programm. Daß trotz zunehmender vereinspolitischer Fraktionierung die politische Macht in Hamburg und Bremen von einer homogenen sozialen Schicht ausgeübt wurde, in der DZ-Mitarbeiter wie Christian Wurm, Arnold Duckwitz oder der Bremer Bürgermeister Johann Smid den Ton angaben, kann die personelle Konzentration sozialgeschichtlich erklären; daß die Märzforderungen der Hansestädte in hohem Maße dem Verfassungskompromiß der Paulskirche glichen, hinter dem auch die DZ mit voller Überzeugung stand, macht die dortige Verdichtung auch in programmatischer Hinsicht verständlicher.

Was Preußen angeht, so hat Herbert Obenaus darauf hingewiesen, daß sich vor allem in den beiden preußischen Flügelprovinzen auch unter dem Einfluß einer lebhaften Oppositionspresse eine starke liberale Dynamik entwickelte, die überwiegend konstitutionellen Zuschnitts war.¹⁶ Daß das Rheinland hier mit 6,3 Prozent der Mitarbeiter die höchste liberale Verdichtung aufweist, bestätigt erneut dessen Rolle als liberales Gravitationszentrum in Preußen. Wie gerade das Wirtschaftsürgertum hier an der Zielvorgabe eines parlamentarischen Nationalstaats festhielt, konnte die Studie Heinrich Bests belegen¹⁷; daß parallel dazu der Provinziallandtag als »Bühne liberaler Selbstdarstellung«¹⁸ zahlreiche Mitarbeiter zu vermitteln vermochte, bestätigen auch die Korrespondenzen aus dem rheinischen Raum.

¹³ Vgl. H. SEIER, Liberalismus in Kurhessen 1815–1866, in: L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995, v. a. S. 116–118.

¹⁴ R. MUHS, Zwischen Staatsreform und politischem Protest, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983, S. 237.

¹⁵ Vgl. M. JOHN, Kultur, Klasse und regionaler Liberalismus in Hannover 1848–1914, in: L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995, v. a. S. 168–173.

¹⁶ Vgl. H. OBENAU, 1984, S. 620, ebenso H. BEST, Männer, 1990, S. 236.

¹⁷ H. BEST, Interessenpolitik, 1980.

¹⁸ D. LANGEWIESCHE, Frühliberalismus, 1997, S. 119. Vgl. für die DZ: J. HANSEN (Hrsg.), 1942; F. D. BASSERMANN/K. MATHY, 1882; H. OBENAU, 1984, S. 713 ff. Vgl. auch E. FEHRENBACH, Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983; sowie R. BOCH, 1990.

Dieser spezifisch rheinische, wirtschaftlich orientierte Liberalismus, der seine Wurzeln vor allem in den französisch geprägten, städtischen Milieus hatte, kooperierte intensiv mit der süddeutsch geprägten Verfassungsbewegung und fand programmatische Kompromisse über die »geistige Mainlinie« Deutschlands hinweg. Zugleich treten damit auch die Konturen eines nationalen Liberalismus stärker hervor, der bereits vor 1848 gesamtdeutsch vernetzt war.

Für das Rheinland bestätigte sich Obenaus Beobachtung einer starken liberalen Dynamik; in den altpreußischen Provinzen dagegen stieß das Programm der DZ nur auf schwachen Widerhall. Neben der dünnen Besiedlung und den vorwiegend agrarischen Strukturen ist dies sicherlich auch der geographischen Entfernung vom Verlagsort zuzuschreiben, die beispielsweise für den ostpreußischer Gutsbesitzer v. Farenheid zum Grund wird, die Mitarbeit abzulehnen, denn man habe »übersehen, daß ich vier Meilen von der Grenze, am Ende des gebildeten Europas wohne, wo alles gemeinnützige (Streben) nur langsam fließt«. ¹⁹

Westfalen, Pommern und Brandenburg weisen die niedrigsten Werte der gesamten Skala auf, was neben ähnlichen Strukturproblemen sicherlich auch dem Charakter der dortigen landständischen Vertretungen zuzuschreiben ist, die als »konservativer Block« gegen Pressefreiheit, reichsständische Verfassung und Öffentlichkeit der Landtagsitzungen stimmten ²⁰, jenen Katalog also, den die DZ so leidenschaftlich verfocht. Im dichter besiedelten Schlesien dagegen spiegelte sich die Existenz einer starken Opposition, die bereits seit Beginn der 40er Jahre fortschrittliche Landtagseingaben formuliert hatte, auch in einem starken Engagement für die DZ wider, wobei ein Großteil der Korrespondenten aus Breslau kam, einer »Hochburg des altpreußischen Liberalismus.« ²¹

Berlin wiederum als Zentrum von Verwaltung und Heer, universitärer Mittelpunkt und Hort freier Intelligenz schlug mit 3,9 Prozent zu Buche, einem mittleren Ergebnis, welches aber doch zeigt, daß das von Heidelberg aus formulierte Programm hier Fuß gefaßt hatte und sich eine konstante Achse zwischen süddeutschem, rheinischem und preußischem Liberalismus herauszubilden begann.

Österreich war mit 3,7 Prozent der gesamten Mitarbeiterzahl vertreten, was für einen Staat strengster Zensur, in dem schon der Bezug der DZ verboten war, einen recht erheblichen Anteil darstellt. Vom bisherigen Forschungsstand weicht einmal die Tatsache ab, daß sich die liberale Anhängerschaft hier nicht auf das städtische Milieu Wiens beschränkte, sondern mehr als ein Drittel der österreichischen Korrespondenten aus Bozen, Meran, Triest oder Oberösterreich schrieben. Deutlich wird vor allem, daß die

¹⁹ v. Farenheid auf Angerapp an die DZ am 3. 4. 1847, HH 2539.

²⁰ Vgl. H. OBENAU, 1984, S. 570f.

²¹ M. HETTLING, Von der Hochburg zur Wagenburg. Liberalismus in Breslau von den 1860er Jahren bis 1918, in: L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995, S. 256. Vgl. auch H. OBENAU, 1984, S. 624.

Deutsche Zeitung im Gegensatz zu anderen Organisationen mit nationaler Stoßrichtung, wie Turnern, Sängern und freireligiösen Gruppen, Österreich nicht mehr aussparte, sondern eine Wirkung ausüben konnte, die auch sozial in das österreichische Bürgertum hineinreichte. Die Vorstellung liberaler »Kirchhofsruhe«, die hier bis 1848 geherrscht habe, kann der österreichische Mitarbeiterstamm damit für den ausgehenden Vormärz modifizieren.²²

Auch der internationale Diskurs, den die Ausdehnung des von der DZ aufgespannten Kommunikationsnetzes belegt, erscheint im zeitgenössischen Vergleich beachtlich. Rund 16 Prozent aller Mitarbeiter berichten aus dem Ausland, davon allerdings fast die Hälfte aus der Schweiz. Dieser hohe Wert rührt primär von der Intensität her, mit der die Deutsche Zeitung den Schweizer Sonderbundskrieg auf der Seite der liberalen Tagsatzung verfolgte und die sich auch in hohen Leserzahlen niederschlagen sollte. Hinzu kam, daß die Schweiz ein beliebter Zufluchtsort ausgewiesener deutscher Intellektueller war, die hier auch personell stark vertreten waren.

Für das übrige Ausland ist die Korrespondentendichte recht einheitlich. Belgien, Frankreich, Holland, Ungarn, Polen und der Balkan sind jeweils mit bis zu 5 Korrespondenten vertreten. Etwas höhere Werte erreichen Italien mit 7, England mit 8 Mitarbeitern, wobei in Italien auch regionale Stützpunkte wie Neapel, Mailand und Livorno Korrespondenten aufwiesen, in England hingegen 90 Prozent aller Mitarbeiter aus London berichteten. Für Amerika ließen sich drei Korrespondenten feststellen, die aus New York und dem südamerikanischen La Guayra schrieben.

Damit läßt sich für die Führungsschicht dieses nationalen Liberalismus, wie ihn die DZ repräsentiert, festhalten, daß der Anspruch eines gesamtdeutschen Kommunikationsraums durchweg eingelöst wurde. In allen Staaten des Deutschen Bundes ließen sich Mitarbeiter mobilisieren, wobei die bekannten liberalen Gravitationszentren wie die süddeutschen Staaten, das Rheinland, Frankfurt, Leipzig und Breslau sowie bedingt Hamburg und Bremen wiederum die stärkste Wirkung ausstrahlten. Doch auch Österreich war bereits vor Ausbruch der Revolution punktuell und auf der Führungsebene in die liberale Kommunikation eingebunden. Am wirkungsmächtigsten erscheint im Überblick eine Affinität von liberaler Dynamik und einem fortschrittlichen Verfassungsleben, die sich abgestuft auch auf politische Ersatzforen wie die preußischen Provinzialkammern erstrecken konnte. Den derzeitigen Forschungsstand, daß die Hochburgen der aktiven Nationsbildner im konstitutionellen Deutschland und im Rheinland lagen, kann die DZ weiter bestätigen.²³

Damit stehen die Protagonisten der Deutschen Zeitung in der Kontinuität der neuen bürgerlichen Gesellschaft, die sich nur dort entwickeln konnte,

²² Vgl. auch K. KOCH, Frühliberalismus in Österreich bis zum Vorabend der Revolution 1848, in: D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 64–70, sowie D. LANGEWIESCHE, Nationswerdung, 1991.

²³ Vgl. E. FEHRENBACH, 1992, S. 35, H. BEST, Männer, 1990, S. 236.

wo auch ihre politische Mitwirkung verrechtlicht wurde.²⁴ Auch die Bedeutung städtischer Kultur für eine starke liberale Verankerung wird am Mitarbeiternetz der DZ erneut sichtbar. Schließlich illustrieren die liberalen Räumuster, daß der Schwerpunkt des national orientierten Liberalismus zwar im Süden lag, die Thesen territorialer Mobilitätsbarrieren²⁵ und eines primär süddeutsch geprägten Liberalismus gleichwohl nicht durchweg haltbar sind. Um die Deutsche Zeitung gruppierte sich ein soziales Spektrum, in dem süddeutsche, rheinische und preußische Opposition bereits vor 1848 zu einem gemeinsamen, nationalen Liberalismus zusammenflossen.

b) Sozialprofile

Für die Frage, aus welchen bürgerlichen Gruppen DZ-Mitarbeiter kamen, bieten deren Berufsangaben den entscheidenden Hinweis, zumal sich die Berufe innerhalb einzelner Erwerbsbereiche auch schichtenspezifisch einordnen lassen. Mit der sozialen Konturierung auf Führungsebene ist auch die Grundlage des angestrebten Milieuvvergleichs von Führung und Basis im national orientierten Liberalismus gegeben. Gilt für diese aktiven Wortführer, was Dieter Langewiesche im vormärzlichen Liberalismus beobachtet hat, nämlich »je höher die Ebene, je nationaler der Anspruch, desto bildungsbürgerlicher die Repräsentanten«?²⁶ Oder weisen die Anzeichen mehr auf eine soziale Durchlässigkeit hin, die nach Paul Nolte das Verhältnis zwischen Führungsriege und breiterer Anhängerschaft prägt? Und trifft demnach auch Noltés Schlußfolgerung zu, daß der Begriff einer Elitenkultur zumindest für den badischen Frühliberalismus obsolet erscheint?²⁷

Ebenso interessiert die konfessionelle Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft, die es gerade dann abzufragen gilt, »wenn die Liberalen die Konfession für unerheblich erklärten.«²⁸ Schließlich geht es auch um die Frage elitenbildender Möglichkeiten, die vor allem Heinrich Best mit seiner Abgeordnetenanalyse »Männer von Bildung und Besitz« aufgeworfen hat. Verdichteten sich frühliberale Eliten primär entlang einer berufsständischen und traditionellen Prestigeordnung und trifft auch für die DZ-Korrespondenten Bests Beobachtung einer »Durchstaatlichung« zu?²⁹ Der Anteil späterer Abgeordneter unter den Mitarbeitern kann die mögliche Verflechtung frühliberaler Eliten weiter verifizieren.

Notwendig ist es aber auch, die sozialgeschichtliche Analyse kollektivbiographisch zu illustrieren. Denn durch Personen oder ihre brieflichen Äußerungen treten neben den sozialen Schwerpunkten auch die Umrisse

²⁴ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Frühliberalismus*, 1997, S. 117 ff.

²⁵ So H. BEST, *Männer*, 1990, S. 236.

²⁶ D. LANGEWIESCHE, *Frühliberalismus*, 1997, S. 82.

²⁷ P. NOLTE, *Gemeindebürgertum*, 1994, v. a. S. 171–182.

²⁸ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Region*, in: L. GALL/DERS., (Hrsg.), *Liberalismus und Region*, 1995, S. 12 f.

²⁹ H. BEST, *Männer*, 1990, S. 238.

bürgerlicher Lebenswelten klarer hervor, in denen sich Bürgertums- und Liberalismusforschung überkreuzen. Nicht zuletzt kann eine solche biographische Erweiterung dazu beitragen, die immer wieder und jüngst von Elisabeth Fehrenbach geäußerte Feststellung einer starken Rechtslastigkeit zu überprüfen, die die Korrespondenten der Deutschen Zeitung angeblich prägte.³⁰

Einen Teil der Berufsangaben hat Bergsträsser in seiner Gesamtcharakteristik geliefert. Weitere Daten konnten den Mitarbeiterbriefen des Heidelberger Faszikels »Papiere der Deutschen Zeitung« entnommen oder durch biographische Nachschlagewerke ergänzt werden. Aus diesen Quellen ließen sich für 389 Mitarbeiter, und damit für rund 95 Prozent der Mitarbeiter im Gebiet des Deutschen Bundes, berufliche Sozialprofile rekonstruieren.³¹ Fehlten Berufsangaben, konnte mit gewisser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß es sich vorrangig um Schriftsteller und Journalisten ohne feste Anstellung handelte sowie um kleinere Angestellte und Beamte, die mit ihrer Berufsangabe wenig Prestigegewinn erzielen konnten und deshalb dazu tendierten, sie zu verschweigen. Das gesamte Spektrum erweitert sich durch diese Gruppe, die mit 5,3 Prozent zu Buche schlug, sozial tendenziell nach unten. Zunächst wurden die Personenendaten nach Erwerbsbereichen geordnet.

Tabelle 2: Zusammensetzung der deutschen DZ-Mitarbeiter nach Erwerbsbereichen³²

Erwerbsbereich	Anzahl der Mitarbeiter	Anteil am Gesamtvolumen in v. H.
Verwaltung und Justiz	122	29,7
Bildung und freie Intelligenz	238	57,9
Kaufmännischer Sektor	12	2,9
Handwerk	4	1,0
Agrarsektor	13	3,2

Deutlich wird, daß der agrarische und kaufmännische Sektor mit ähnlich niedrigen Werten vertreten ist, wobei in beiden Bereichen Berufe dominieren, die an der jeweiligen Obergrenze des Sektors angesiedelt sind. Adlige Gutsbesitzer wie der ehemalige ostpreußische Oberpräsident Theodor v. Schön oder der westpreußische Abgeordnete Friedrich v. Gordon aus Schwetz bestimmen den Agrarsektor vorrangig. Im kaufmännischen Erwerbsbereich finden sich primär selbständige Unternehmer wie der badische Bankier Adolf v. Zimmern, aber auch einige kleinere Angestellte wie

³⁰ Vgl. E. FEHRENBACH, 1992, S. 36.

³¹ Die Erhebung beschränkte sich auf die Mitarbeiter im Deutschen Bund, da hier primär die Sozialstruktur des deutschen Liberalismus interessiert. Hinzu kommt, daß die Daten der außerdeutschen Mitarbeiter für repräsentative Aussagen zu lückenhaft waren.

³² In den Tabellen 2, 3 und 4 beziehen sich die prozentualen Werte auf das Gesamtvolumen von 411 Mitarbeitern im Deutschen Bund (= 100%). Die 22 Mitarbeiter ohne Berufsangaben (5,3 %) wurden nicht gesondert ausgewiesen, sind aber rechnerisch überall berücksichtigt.

der Rechnungsführer der Pfälzisch-Ludwigshafener Schiffahrtsgesellschaft, L. A. Kemm, welcher sich über einen Abgeordneten empört, »der sich in seinem hiesigen Winkelblättchen nicht entblödet, über die großen Männer Deutschlands herzufallen, um damit seine Nichtigkeit bei den Wählern in ein besseres Licht zu setzen.«³³

Das Handwerk ist mit dem Tiefstwert der gesamten Skala vertreten. Singular bleibt, daß ein Bauingenieur namens August Sprenger um honorarfreie Aufnahme eines Artikels über »Die Münzeinheit für Deutschland« bittet³⁴ oder der Bremer Schiffsbaumeister Andresen Siemens einen Beitrag einsendet. Daß Angehörige des Handwerks für den nationalen Liberalismus der DZ nicht zu gewinnen waren, war einmal sicherlich Folge seiner progressiven Gewerbepolitik, die traditionale Interessen nur marginal berücksichtigte, scheint andererseits aber auch in die Vorstellung des ausgehenden Frühliberalismus als einer sozialen Pyramide hineinzupassen, mit deren sozialer Verdünnung nach oben auch der politische Anspruch immer nationaler wurde.

Zwei Erwerbsbereiche, Bildungsberufe und freie Intelligenz sowie die Beamtenschaft, dominieren die Mitarbeiterschaft. Um diese Bereiche transparenter zu machen, ist ihre Binnendifferenzierung nach Berufen hilfreich.

Tabelle 3: Berufliche Zusammensetzung der DZ-Mitarbeiter im Erwerbsbereich Verwaltung und Justiz

Berufe	Anzahl der Mitarbeiter	Anteil am Gesamtvolumen in v.H.
Richter/Staatsanwälte/ Höhere Verw.beamte	46	11,2
Mittlere Verw.beamte/ Bürgermeister	59	14,4
Diplomaten	3	0,7
Offiziere/Angehörige der Armee	14	3,4

Diplomaten und Angehörige der Armee erreichen verhältnismäßig geringe Werte, was einmal durch den hier geforderten Mobilitätsanspruch erklärlich wird, der mit regelmäßiger Korrespondententätigkeit aus einem Ort kaum zu vereinbaren war. Ebenso kann vermutet werden, daß vor allem in den oberen Rängen dieser Berufe die Loyalität gegenüber dem Staat besonders ausgeprägt war, stärker beispielsweise als bei Verwaltungsbeamten, und deshalb zu einer gewissen Zurückhaltung in der öffentlichen, politischen Äußerung führte. Ein unterer Armeeangehöriger wie der Königlich preußische Divisionsschreiber F. Weissbrodt aus Düsseldorf mag sich vermutlich freier gefühlt haben, um »gnädigste Aufnahme meines Berichts ›An die Politik und Geschichte Verleugnenden, in deutschen politischen Kinderschuhen

³³ L. A. Kemm o. D. an die DZ, HH 2539.

³⁴ August Sprenger an die DZ am 17. 4. 1848, ebd.

Gehenden« zu bitten³⁵ als der bayerische Generalleutnant und Direktor der Pagerie, August von Lerchenfeld, der sich zwar »erlaubt, sich zum Korrespondenten der DZ aufzudrängen«, dabei aber wiederholt um strengste Wahrung seines Incognitos bittet.³⁶

Mittlere und höhere Beamte schlagen mit 25,6 Prozent zu Buche, dem höchsten Wert der gesamten Berufsskala, und lassen sich überwiegend dem oberen Rand der bürgerlichen Mittelschicht zuordnen. Beruflich ist ihre Bandbreite weitgespannt: Da schreibt der kurhessische Ministerialrat Wilhelm Wippermann, der später Finanzchef in Kassel wird, ebenso wie der Meininger Staatsminister v. Krafft oder der Präsident des Hamburger Handelsgerichts, Christian Halle, für die DZ, da senden der Darmstädter Oberforstrat G. v. Wedekind, der Karlsruher Hofbibliothekar Johann Döll oder der Darmstädter Kreissekretär Hans Kuchler ebenso Beiträge wie der Bürgermeister der kleinen Stadt Remda in Thüringen, A. Schulze, oder der herzogliche Postregistrator in Braunschweig, A. Freylach. Die auffallend starke Partizipation, welche diese Beispiele illustrieren, zeigt zunächst, daß viele Beamte ihre Mitarbeit an einem liberalen, zunächst regierungskritischen Tendenzblatt durchaus in Einklang mit ihrem Beamtenstatus bringen konnten, indem sie sich als reformorientierte Staatsdiener verstanden. Die Tatsache, daß so viele Korrespondenten Träger mittlerer und hoher Ämter waren, welche die administrative, richterliche oder universitäre Praxis aus eigener Anschauung kannten, verlieh der Deutschen Zeitung ein Sachwissen, das andere zeitgenössische Blätter in diesem Maße nicht erreicht haben.

Die hier sichtbare, starke Verankerung des nationalen Liberalismus in der Bürokratie des deutschen Vormärz belegt einmal die Kontinuität staatsdienerlicher Partizipation, die sich bereits in früheren liberalen Handlungsräumen wie Philhellenismus, Preßverein oder Sängerbewegung beobachten ließ.³⁷ Die These einer neueren Arbeit über die preußische Richterschaft, daß sich ein reformorientierter Liberalismus in der Justiz seit 1818 durchweg behauptete, können die Sozialprofile dieser Beamten für die Jahrhundertmitte nur bestätigen.³⁸ Zugleich wiederholt sich auf der Führungsebene der DZ, was Heinrich Best bereits für die parlamentarischen Führungsgruppen Deutschlands festgestellt hat, nämlich die hohe »Durchstaatlichung« dieser bürgerlichen Eliten³⁹, und weist damit auf eher homogene Rekrutierungsfelder des national agierenden Liberalismus hin.

Den Löwenanteil der gesamten Mitarbeiterschaft machen mit 57,9 Prozent jedoch Personen aus Bildungsberufen und der freien Intelligenz aus, weshalb auch hier eine Binnendifferenzierung zur Transparenz beitragen kann.

³⁵ F. Weissbrodt an die DZ am 31. 5. 1848, HH 3777.

³⁶ August v. Lerchenfeld an die DZ am 3. 12. 1847, HH 2539.

³⁷ Vgl. Ch. HAUSER, 1990, S. 141–157; D. DÜDING, 1984, S. 249–257; C. FOERSTER, 1982, S. 165 ff.

³⁸ Vgl. Ch. v. HODENBERG, 1996, S. 332 ff.

³⁹ Vgl. Anm. 29.

Tabelle 4: Berufliche Zusammensetzung der DZ-Mitarbeiter im Erwerbsbereich Bildung und freie Intelligenz

Berufe	Anzahl der Mitarbeiter	Anteil am Gesamt- volumen in v.H.
Universitäts- und Gymnasialprofessoren	47	11,4
Lehrer	24	5,8
Pfarrer	17	4,1
Advokaten	32	7,8
Ärzte	12	2,9
Schriftsteller/Journalisten	73	17,8
Studenten	8	2,0
Akad. ohne Berufsangabe	25	6,1

Studenten repräsentieren knapp 2 Prozent dieser Gruppe. Dies ist einmal ein Hinweis auf die Alterstruktur der Mitarbeiterschaft und läßt sich primär durch das hohe Niveau des Blattes erklären, das ungeschulten Kräften wenig Möglichkeiten bot. Auch Ärzte finden sich nur wenige unter den Mitarbeitern; der bekannte Frankfurter Arzt und Politiker Dr. Georg Varrentrapp⁴⁰ oder der Oberarzt einer Kuranstalt in Boppard, Dr. Hallmann, der Gervinus zahlreiche Bekannte als potentielle Mitarbeiter vorschlug, sind zwei Beispiele.⁴¹ Pfarrer sind mit 4,1 Prozent unter den Mitarbeitern vertreten, davon ist der überwiegende Teil protestantisch wie beispielsweise der Hamburger Hauptpfarrer an St. Michael, Johannes Geffken, oder der thüringische Pfarrer und Kirchenrat Dr. Theodor Wohlfahrt aus Rudolstadt, der die DZ mit regelmäßigen Beiträgen beliefert.

Lehrer rangieren mit 5,8 Prozent in der Skala und erweisen sich als recht schreibfreudige Gruppe. Der Direktor des Braunschweiger Gymnasiums, Dr. Wilhelm Aßmann, wurde der DZ über seinen Freund, den dortigen Justizbeamten August Spohr an die DZ vermittelt, dessen eigene »öffentliche Stellung leider nicht unabhängig genug ist« für die politische Äußerung⁴², und begrüßte die Aufforderung zur Mitarbeit mit den Worten: »Ihr Programm ist mir aus der Seele geschrieben.«⁴³ Advokaten sind mit 7,8 Prozent der Mitarbeiter vertreten, worunter sich auch einige Demokraten finden wie der Führer der Braunschweiger Linken und Vorstand des dortigen Volksvereins E. Lucius, der »den Grundsätzen der reinen Demokratie huldigt« und sich mit der Bitte an die Redaktion wendet, »obwohl ich glaube, daß die Aufnahme von Gedichten nicht in der Tendenz Ihres Blattes liegt, so machen Sie doch vielleicht mit den inliegenden Versen eine Ausnahme.«⁴⁴ Die Angehörigen all dieser Berufsstände, Lehrer, Pfarrer, Advokaten und Ärzte, lassen sich innerhalb des Erwerbsbereichs Bildung am ehesten dem mittlere-

⁴⁰ Vgl. zu Varrentrapp: R. ROTH, *Liberalismus*, S. 55, wie oben, Anm. 10.

⁴¹ Vgl. Dr. E. Hallmann an Gervinus am 21. 2. 1847 sowie weitere Briefe in: HH 2539.

⁴² August Spohr an die DZ, ebd.

⁴³ Dr. Wilhelm Aßmann an die DZ am 19. 6. 1847, ebd.

⁴⁴ E. Lucius an die DZ am 24. 12. 1847, ebd.

ren Bürgertum zuordnen mit gelegentlichen Tendenzen ins Kleinbürgertum.

Mit 11,4 Prozent aller Mitarbeiter stellen Professoren einen sehr hohen Anteil innerhalb der Bildungsberufe. Universitätsprofessoren wie der Erlanger Jurist Karl v. Gerber, der Kulturhistoriker Rudolf v. Raumer, der Tübinger Jurist Robert v. Mohl oder der österreichische Orientalist und »Hofdolmetsch« Joseph Hammer v. Purgstall wie auch die im Rampenlicht stehenden Kieler Hochschullehrer Droysen und Waitz dominieren diesen Bereich und lassen sich sozial der bürgerlichen Oberschicht zurechnen. Daß die Mitarbeiterwerbung der Herausgeber gerade in deren eigenem beruflichen Umfeld auf fruchtbaren Boden fiel, ist plausibel und wird durch zahlreiche Leserbriefe erhärtet. Weiter verantwortlich für die starke Repräsentanz von Hochschullehrern unter den Autoren ist sicherlich auch der abgewogene, reflektierende Duktus des Blattes, der gerade diese Bildungsbürger zur Mitarbeit animieren konnte.

Den zweithöchsten Teil der gesamten Mitarbeiter nehmen, nach der Beamtenschaft, mit 17,8 Prozent Berufsschriftsteller und Journalisten ein. Dabei handelt es sich in der Mehrheit um Männer, die zunächst eine akademische Ausbildung durchliefen und sich aus politischem Interesse dann dem Journalismus zuwandten. Daß diese Gruppe so stark vertreten ist, rührt aus den natürlichen Ansprechpartnern einer Tageszeitung her und bedarf keiner weiteren Erklärung. Erstaunlich ist jedoch die politische Bandbreite, welche sich hier unter dem Zeitungsprogramm versammelt. Neben konstitutionell gesinnten Publizisten wie Paul Pfizer, Gustav Rümelin oder dem Herausgeber der »Neuen Speyerer Zeitung«, Georg Kolb, schreibt auch der politisch ganz links stehende Dr. Alexander Ringler, Vorsitzender des bayerischen Zentralmärzvereins und Redakteur der radikalen »Leuchtkugeln«, für die DZ, und neben Eduard Cohen aus Hamburg, nach eigenen Angaben »Redakteur des Wochenblattes Phoenix, Blätter der Gesellschaft für soziale und politische Interessen der Juden«, oder Franz Schuselka, dem Wortführer der deutsch-nationalen Bewegung in Österreich, finden sich auch Demokraten wie Heinrich Simon, der spätere Führer der Fraktion Westendhall, und Dr. Julius Stein, die beide aus Breslau berichten. In Ostpreußen stehen sich an den Enden dieses breit verstandenen liberalen Spektrums dann Ludwig Walesrode, radikal-demokratischer Journalist und Freund Johann Jacobys, sowie der streng konstitutionell-monarchisch gesinnte Theodor v. Schön gegenüber.

Auch aus den übrigen europäischen Ländern berichten zahlreiche Korrespondenten, die es zumeist beruflicher Verpflichtungen wegen, gelegentlich auch aufgrund politischer Verfolgung dorthin verschlagen hat, und deren politisches Spektrum weit gefächert ist. Aus der Schweiz berichtet regelmäßig der großdeutsche Demokrat Wilhelm Schultz, den seine politische Haltung eine Darmstädter Advokatur gekostet hatte, sowie der deutsche Emigrant Ludwig Snell, mittlerweile zum Schweizer Radikalismus gehörend, daneben aber auch zahlreiche Schweizer wie beispielsweise Peter

von Planta, Herausgeber des Churer »Alpenboten«, oder Dr. Lorenz Gredig, der Gründer des Kurorts Pontresina. Ein Amsterdamer Korrespondent, der Kaufmann A. Schätzler, berichtet nur selten, »da wir in einem höchst uninteressanten Land leben, namentlich in bezug auf politische Angelegenheiten«⁴⁵, wohingegen der Führer der flämischen Bewegung, Professor Johann Jakob de Laet, häufig aus Antwerpen schreibt und »Deutschland zur Wiederanknüpfung inniger Beziehungen die Bruderhand reichte«.⁴⁶ In Ungarn ist August v. Trefort, Nationalökonom und Staatssekretär, für die DZ tätig, aus Konstantinopel berichtet unter anderem ein Dr. A. Mordtmann, Geschäftsführer der dortigen hamburgischen Gesandtschaft, sowie aus Athen Johannes Ziegler, ein deutscher Hauptmann im Ingenieurkorps der griechischen Armee. In Italien hat die Deutsche Zeitung einen Dr. Karl Schnars sitzen, der in Neapel als Arzt der deutschen Kolonie tätig ist, und aus New York erklärt sich der eigentlich in Frankfurt ansässige amerikanische Generalkonsul Dr. Karl Graebe zur Mitarbeit bereit.

Das konfessionelle Profil ließ sich für 43 Prozent der deutschen Mitarbeiter ermitteln. Aufgrund seines geringen Umfangs kann dieser Wert nur einen Trendindikator darstellen. Von diesen Mitarbeitern waren 75,6 Prozent protestantisch, 17,6 Prozent katholisch, und 6,8 Prozent jüdisch. Deutlich wird, daß trotz des wiederholten Bekenntnisses zu konfessioneller Neutralität zumindest in der sozialen Praxis wieder die Dominanz des Protestantismus durchschlug, was den derzeitigen, freilich noch dünnen Forschungsstand bestätigt.⁴⁷ Daß der Protestantismus für die Rezeption moderner Welt- und Ordnungsvorstellungen und vor allem für die Nationalstaatsidee weitaus empfänglicher war als der Katholizismus, der seiner Natur nach entweder international oder auf einzelstaatlicher Ebene operierte, kann das unterschiedliche, und auf katholischer Seite spannungsreiche Verhältnis zur Nation auf der kirchlich-theologischen Ebene verständlicher machen.⁴⁸ Bests Untersuchung zeigt für die parlamentarischen Führungsgruppen, daß sich diese Spannung in der politischen Praxis jedoch nur bedingt niedergeschlagen hat: In der Paulskirche standen 54,6 Prozent Protestanten 43,1 Prozent Katholiken gegenüber, ein Verhältnis, das vor dem Hintergrund der konfessionellen Bevölkerungsstruktur für Best doch eine »Distanz des katholischen Bevölkerungsteils gegenüber den Formen ... partizipativer Politik« widerspiegelt.⁴⁹ Diese Distanz schlägt im Mitarbeiterstab der Deutschen Zeitung indes weit stärker durch und ist wesentlich wohl auch ihrer kleindeutsch-preußischen Ausrichtung zuzuschreiben. Dennoch weist der Anteil katholischer Mitarbeiter, unter denen sich führende Persönlichkeiten

⁴⁵ A. Schätzler an die DZ am 4. 5. 1848, in: L. BERGSTRÄSSER, 1937, S. 361.

⁴⁶ de Laet an die DZ o. D. ebd., S. 362.

⁴⁷ Vgl. Ch. HAUSER, 1990, S. 141–157; H. BEST, Männer, 1990, S. 155–164.

⁴⁸ Vgl. auch R. v. THADDEN, Protestantismus und Liberalismus zur Zeit des Hambacher Fests 1832, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983, S. 95–114; F. EYCK, Liberalismus und Katholizismus in der Zeit des deutschen Vormärz, ebd., S. 133–146.

⁴⁹ H. BEST, Männer, 1990, S. 158.

des Zeitungsumfelds wie Max v. Gagern, Karl Mittermaier oder Alexander v. Soiron befanden, darauf hin, daß auch der national orientierte Liberalismus kirchentreue Katholiken durchaus noch zu integrieren vermochte.

Daß 14,6 Prozent aller Mitarbeiter dem Adel angehörten, worunter etwa ein Viertel auf Beamtenadel entfällt, kann als Beleg für den recht erheblichen Rückhalt liberaler Ideen vor allem im fränkisch-bayerischen und altpreußischen Adel gesehen werden. Schließlich ließ sich unter den insgesamt 490 Korrespondenten eine erstaunliche politische Bandbreite beobachten, die von Karl Augusts v. Wangenheim's Eintreten für Großdeutschland oder Karl v. Vinckes konservativ-ständischem Weltbild über den klassischen Kleindeutschen Dahlmann bis zum Breslauer Demokraten Heinrich Simon und den Königsberger Radikalen Ludwig Walesrode reichte. Das Urteil einer starken Rechtslastigkeit, welche die DZ-Mitarbeiterschaft prägte⁵⁰, ist angesichts der hier sichtbaren Bereitschaft, die geistige und politische Bandbreite des deutschen Frühliberalismus personell voll zu nutzen, so nicht aufrechtzuerhalten.

Im Überblick lassen sich an den Sozialprofilen der Mitarbeiter bestimmte Merkmale ablesen, die für die Führungsebene des national agierenden Liberalismus neue Hinweise auf seine soziale Reichweite und seine spezifischen Formen von Elitenbildung liefern: Die eigentliche Agrarbevölkerung sowie die Angehörigen von Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe waren für das Programm der Deutschen Zeitung kaum zu gewinnen. Von überwältigender Dominanz erwiesen sich dagegen die Beamtenschaft, Bildungsberufe und die freie Intelligenz, deren Mitglieder überwiegend in protestantischen, städtischen Milieus verwurzelt waren. Eine »enge Verflechtung nach unten«, die Paul Nolte für die liberale Führungsspitze Badens festgestellt hat und anhand derer er eine Dichotomie von »Volk« und »Elite« zu widerlegen versucht⁵¹, ließ sich hier nicht beobachten. Vielmehr weist die soziale Zusammensetzung der DZ, deren Personal sich mit der Spitze der einzelstaatlichen Oppositionen weitgehend deckte, darauf hin, daß die Deutsche Zeitung auf Führungsebene die Sozialstruktur des ersten deutschen Parlaments vorwegnimmt, und auch die spezifischen Rekrutierungsfelder wie Rechtsprechung, Verwaltung und Universität sich ähneln. Trotz gewisser Abstufungen gilt für den aktiven Kern der DZ damit auch, was Best für die parlamentarische Elite feststellen konnte, daß nämlich »die Kulturturnation den Kommunikationsraum bildete, in dem die Staatsnation sich vorbereiten ließ.«⁵²

Die Annahme, daß die DZ einen Drehpunkt konstituierte, um den sich eine national ausgerichtete, liberale Elite formieren konnte, wird weiterhin dadurch erhärtet, daß 12 Prozent der deutschen Korrespondenten später in die Paulskirche gewählt wurden. Im Vormärz, so macht das Korresponden-

⁵⁰ Vgl. E. FEHRENBACH, 1992, S. 36.

⁵¹ Vgl. P. NOLTE, *Gemeindebürgertum*, 1994, v. a. S. 171–182.

⁵² H. BEST, *Männer*, 1990, S. 234.

tennetz der DZ deutlich, existierten neben den bekannten, regional vermittelnden Kommunikationsebenen in Vereinen und einzelstaatlichen Kammern bereits nationale Plattformen, auf denen die späteren Protagonisten der nationalen Bewegung schon vorher in einen gesamtdeutschen Dialog eintraten. Zumindest für die Führungsebene dieses nationalen Liberalismus zeichnet sich dabei eine starke Bindung an das Bildungsbürgertum ab, die den Anspruch einer klassenübergreifenden Vertretung, den die Deutsche Zeitung programmatisch stellte, fraglich erscheinen läßt.

4. Die Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen

Die Welt des 19. Jahrhunderts wird zu einer »Welt der freigesetzten Neugier«. ¹ Von dem steigenden Bedarf nach Neuigkeiten, Information und Orientierung, den die wiederholte Lektüre weniger Bücher nicht mehr befriedigen kann, profitiert neben der Buchproduktion vor allem das Zeitungswesen. Erstmals lassen sich mit dem gedruckten Wort, mit der gedruckten Neuigkeit auch finanzielle Gewinne erzielen. Nach der Jahrhundertmitte etablieren sich zunehmend Großverlage, deren Gewinne auf Massenproduktion beruhen, doch im Vormärz bringen meist individuelle Unternehmer, die Verleger und Besitzer in Personalunion sind, ihre Zeitungen in zehn bis zwanzigtausend Exemplaren auf den Markt. Die Deutsche Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen bot indes ein anderes Bild.

Dissens herrschte zunächst in der Frage, wie das neue Unternehmen zu finanzieren sei. Anhänger einer Aktiengesellschaft, zu denen auch Bassermann gehörte, waren der Ansicht, daß »ein einzelner Verleger ein zu großes, ausschließlich pekuniäres Interesse an der großen Verbreitung des Blattes (habe), als daß er nicht aus Furcht vor einem Verbote – wie Cotta in bezug auf Österreich – solche Rücksicht im Inhalt des Blattes nachsagte.« ² Hinzu kamen Bedenken, ein einzelner Verleger könne von Regierungsseite viel stärker unter Druck gesetzt werden als eine Aktiengesellschaft. Nicht zuletzt erhoffte man sich von der »materiellen Beteiligung vieler Mitarbeiter« auch eine »größere Bürgerschaft für deren intellektuelle Mitwirkung«.

Auf der anderen Seite wurde dafür Partei ergriffen, die Zeitung als Verlagsunternehmen unter einem einzigen Eigentümer zu finanzieren. Damit vermied man die Gefahr, daß »bei einem (Aktienunternehmen) den Aktionären Einfluß auf den Geist des Blattes zugestanden werden muß, was für unzulässig erachtet wurde,« wie Heinrich von Gagern es formulierte. ³ Der

¹ Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 587.

² Bassermann an Gervinus am 7. I. 1847, HH 2523, dort auch das folgende Zitat.

³ Gagern an seinen Vater am 11. I. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 356.

durch langjährige Berufserfahrung mit beiderlei Argumenten vertraute Gustav Höfken erwog in seinen Briefen an Gervinus sorgfältig das Für und Wider. Die Nachteile des reinen Verlageigentums sah er vor allem darin, daß »die reiche Buchhandlung ... gute Honorare (zahlt), ... den Redaktoren sogar im Alter eine Pension (gibt); doch dabei wird die Redaktion leicht ein bloßes Geschäft, unterderhand zu einer sichern Versorgung; selbst strebende Männer gewöhnen sich allmählich, die öffentlichen Angelegenheiten unter einem dem Institut gefälligen Gesichtspunkt aufzugreifen, ... und die Traditionen des Blattes werden Normen, wo nicht Dogmen.«⁴ Als Paradebeispiel einer solchen Entwicklung nannte Höfken die Augsburger »Allgemeine Zeitung«: »Hier gilt ... bei der Cotta'schen Anstalt angestellt zu sein so viel als Staatsdienst, man sieht darin dieselbe äußerliche Gewähr. Das ist rühmlich vielleicht für eine kaufmännische Anstalt, kann aber der öffentlichen Entwicklung, deren Organ und Handhabe die Presse sein soll, oft zum Nachteil ausschlagen.«

Gegen die in Deutschland noch kaum übliche Form einer Aktiengesellschaft äußerte Höfken wiederum das Bedenken, daß »die französische Weise, Zeitungen auf Aktien zu gründen, obwohl der unsrigen vorzuziehen, doch für Deutschland, so lange ihm ausgebildete Staatsparteien und ein großes öffentliches Leben fehlen, noch wenig zum Ziele führen möchte.« Als Beispiel für die möglichen Probleme einer Aktiengesellschaft führte Höfken die »Rheinische Zeitung« an, wo sich die Aktionäre in zwei Cliquen gespalten hätten, deren politische Fehde die Zeitung mit in den Ruin getrieben hätte. Höfken schlug eine finanzielle Kompromißlösung vor, die sich schließlich durchsetzte.

Die am 18. März 1847 unterzeichneten Verlagsverträge legten ein dreistufiges Finanzierungsmodell fest, das die geschäftlichen Beteiligungen regelte. Die Bassermannsche Verlagsbuchhandlung war zunächst die alleinige Eigentümerin der Deutschen Zeitung. Sie allein erhielt Gewinne, ebenso wie sie für entstehende Verluste aufkommen mußte. Daneben unterstand ihr das gesamte finanzielle und technische Management des Unternehmens, was von Raummiete und Büroausstattung über Preisfestsetzung und Vertrieb bis zum Anzeigenmarketing reichte.⁵ Ungewöhnlich an dem Vertrag, den Bassermann mit den Herausgebern abgeschlossen hatte, war im zeitgenössischen Vergleich vor allem, daß der Eigentümer keinerlei inhaltliches Mit-

⁴ Höfken an Gervinus am 29. I. 1847, in: K. KOSZYK, Höfken, 1978, S. 88, dort auch die folgenden Zitate.

⁵ Vgl. den Vertragswortlaut bei A. BECKER, 1937, S. 379: »Die Verlagshandlung mietet ein geeignetes Lokal in Heidelberg für die Redaktion und Expedition der Zeitung, womöglich in dem Hause des Druckers der Zeitung. Sie stellt daselbst jemand an, der die Expedition und die damit verbundenen Bureaugeschäfte besorgt, ferner einen Ausläufer; sie stellt die Requisiten zu dem Bureau, dessen Heizung und Beleuchtung, bezahlt die Porti usw. Die Auszahlung der Honorare an die Redaktoren, Mitarbeiter und Korrespondenten geschieht auf Anweisung des Redaktionsausschusses durch die Verlagshandlung.«

spracherecht besaß: Die redaktionelle Verantwortung lag ausschließlich bei den Herausgebern.⁶

Auf einer zweiten Stufe setzte sich die Form der Aktiengesellschaft durch. Bassermann beteiligte seinerseits stille Aktionäre an dem Unternehmen, die rund 85 Prozent des Betriebskapitals von 60 000 Gulden aufbrachten.⁷ Die verbleibenden 9 000 Gulden übernahm seine Verlagshandlung selber. Die Darlehen der stillen Teilhaber wurden jährlich mit 5 Prozent verzinst, die Aktienpakete waren im Durchschnitt auf je 3 000 Gulden ausgeschrieben. Beteiligt hatten sich Freunde und Förderer aus dem Umfeld der südwestdeutschen Kammeropposition, darunter Bassermanns Vater und der Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Leopold Ladenburg, die Heidelberger Professoren Dittenberger, Pfeuffer und Vangerow, der Mannheimer Kaufmann Wilhelm Helmreich sowie die Weingutbesitzer Franz Peter Buhl und Nikolaus v. Blankenhorn-Krafft und die beiden DZ-Aufsichtsräte Gustav v. Lerchenfeld und David Hansemann. Auch Bassermann und Mathy waren als Privatpersonen mit je 3 000 Gulden beteiligt.⁸ Durch diese finanziellen Beteiligungen – deren Höhe sogar der Gervinus skeptisch gegenüberstehende Treitschke später »für deutsche Verhältnisse unerhört« nennt⁹ – ließ sich vor allem das Problem des notwendigen Betriebskapitals, das schwerlich aus einer Hand fließen konnte, lösen. Zusammen mit Gustav Struves »Deutschem Zuschauer« gehörte die Deutsche Zeitung damit zu den ersten auf Aktienbasis gegründeten Zeitungen Badens im Vormärz.

Auf einer dritten Stufe wurden Gewinnbeteiligungen verankert, deren genossenschaftlicher Charakter für zeitgenössische Presseunternehmen neu war. Gervinus und Mittermaier zahlten zum Betriebskapital jeweils 3 000 Gulden zu, die mit 5 Prozent verzinst wurden. Beide wurden aber, anders als die stillen Aktionäre, mit ihrem Zwanzigstel auch an Gewinn und Verlust des Unternehmens beteiligt. Durch eine solche Beteiligung hoffte Bassermann sie zusätzlich zu motivieren; zugleich schien die gleichberechtigte Stellung von Herausgebern und Verleger damit auch in der Aufteilung finanzieller Verantwortlichkeit durch.

⁶ Neue Mitarbeiter konnten von den Herausgebern jedoch nur im Einverständnis mit der Verlagshandlung eingestellt werden und auch die Festsetzung sämtlicher Gehälter und Honorare wurde erst durch beiderseitige Übereinstimmung wirksam.

⁷ Damit erfüllte Bassermann zugleich eine Klausel des Gründungsvertrags, die besagte, den Herausgebern sei »zur Bestreitung des Aufwands für die Redaktion, für die Honorare der Mitarbeiter und Korrespondenten und für die Anschaffung von Zeitungen« das notwendige Betriebskapital zur Verfügung zu stellen, Verlagsvertrag vom 10. 3. 1847, in: A. BECKER, 1937, S. 378 ff.

⁸ Sämtliche Verträge mit den entsprechenden Summen bei: P. THORBECKE, 1909, S. 98.

⁹ H. v. TREITSCHKE, Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts, 1899, Bd. 5, S. 688. Als Vergleich: Die 1848 in Berlin gegründete »Neue Preußische Zeitung« war als Aktiengesellschaft mit 20 000 Taler Betriebskapital gegründet worden, die »Rheinische Zeitung« der Jahre 1842/43 konnte zu Beginn über ein Kapital von 30 000 Talern verfügen.

a) *Wie verkauft sich nationale Politik? – Eine Fehlkalkulation*

In einer Auflage von 1 500 Exemplaren erschien die erste Nummer der Deutschen Zeitung am 1. Juli 1847 zum Jahrespreis von 10 Gulden.¹⁰ Obwohl zunächst erhebliche Bedenken gegen den ungünstigen Erscheinungstermin bestanden – »es ist verwünscht, daß verlagsmäßig October die beste Zeit ist, Juli die schlechteste, April nicht möglich – doch glaube ich, daß wir das ominöse Juste-milieu hier ergreifen müssen«¹¹ – war Bassermann mit dem wirtschaftlichen Gedeihen des neuen Blattes zunächst zufrieden. Die Auflage stieg im Herbst 1847 kontinuierlich an und überschritt zum Jahresende 2 000 Stück. Vergleicht man sie mit den übrigen konstitutionellen Blättern Badens, die im Schnitt Auflagen von 1 200 erreichten, war die DZ schnell zum Spitzenreiter avanciert¹², gemessen an den Auflagen überregionaler Tageszeitungen wie der »Kölnischen Zeitung« mit 8 000, der Augsburger »Allgemeinen« mit 10 000 oder der »Vossischen Zeitung« mit 20 000, mutet ihre Verbreitung hingegen eher bescheiden an.¹³

Um das Kostengefüge des Unternehmens transparenter zu machen, erschien es sinnvoll, die anfallenden Aufwendungen und Erträge im einzelnen zu analysieren. Aus dem erhalten gebliebenen, ausführlichen Kalkulationsplan, den Hansemann gemeinsam mit Bassermann ausgearbeitet hatte, der Korrespondenz zwischen Bassermann und Gervinus sowie aus diversen Briefen der übrigen Mitarbeiter ließ sich Zahlenmaterial rekonstruieren, das den realen Ausgaben und Erträgen nahekommt. Die hieraus errechneten Beträge erlauben die Aufstellung einer hypothetischen Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Geschäftsjahr vom 1. Juli 1847 bis zum 30. Juni 1848, welche die wirtschaftliche Struktur des Unternehmens verdeutlichen kann.

¹⁰ In Preußen war sie zunächst zum Preis von 5,20 Taler halbjährlich zu beziehen. Seit dem 1. 7. 1848 ermäßigte sich der Preis »in Folge der Dresdner Postconferenz vom 1. Juli dieses Jahres ... bei allen preussischen Postämtern auf 4 Thaler, 28 Sgr. halbjährlich.«, vgl. DZ 1. 7. 1848.

¹¹ Gervinus an Dahlmann am 31. 1. 1847, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 305.

¹² Vgl. H. TAUSCHWITZ, 1981, S. 248.

¹³ Vgl. H.-F. MEYER, 1969, S. 537.

Table 5: Hypothetische Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Zeitung für das Geschäftsjahr 1847/48 in Gulden

Erträge	Aufwendungen		
Abonnement	28 000	Papier	7 400
Anzeigen	6 000	Druck und Satz	7 000
		Gehälter Redaktion	5 000
Anfänglicher Verlust	13 116	Honorare an Korrespondenten	15 000
		Beilagen	3 000
Anteilige Verlustübernahme Gerv./Mitterm. ¹	1 312	Laufende Geschäftskosten ²	
		in Mannheim	2 000
		in Heidelberg	2 300
Verbleibender Verlust	11 804	Fremde Zeitungen	1 200
		Porti	1 000
		Zinsen für Aktionärsdarlehen	2 550
		Abschreibung aus erster Einrichtung ³	666
	47 116		47 116

- 1 Gervinus und Mittermaier hatten sich mit je $\frac{1}{20}$ an Gewinn und Verlust des Unternehmens beteiligt. Aus dem zunächst anfallenden Verlust von 13 116 Gulden, ergibt sich eine 10 %ige Verlustbeteiligung von 1 312 Gulden, welche Gervinus und Mittermaier gemeinsam aus ihren Einlagen zu bestreiten hatten.
- 2 Sämtliche Ausgaben, die hier unter »Laufenden Geschäftskosten« subsummiert wurden, beruhen auf den Zahlen des Hansemannschen Voranschlags.
- 3 Bei den Abschreibungsraten aus der »ersten Einrichtung«, die sich auf drei Jahre erstrecken sollten, blieb im Hansemannschen Voranschlag eine etwaige Verzinsung unberücksichtigt. Die hier erstellte Gewinn- und Verlustrechnung folgt dieser Vorgehensweise.

Grundlage der Herstellung und einer der teuersten Kostenfaktoren der gesamten Produktion war das Papier. Für eine Auflage von 2 500 Exemplaren bei einem Umfang von 8 Seiten wurden jährlich 187 Ballen Papier benötigt, wie Hansemann kalkulierte.¹⁴ Für die durchschnittliche Auflage von 2 800 Stück im ersten Jahr benötigte Bassermann damit rund 210 Ballen Papier.¹⁵ Was die Papierkosten angeht, hatte der Voranschlag noch einen Preis von fl 32 pro Ballen angesetzt, den die steigenden Papierpreise des Jahres 1847 jedoch bald überholt erscheinen ließen.¹⁶ Bassermann notierte Mitte April 1847, er sei »wegen des Papiers ... hier in fleißiger Unterhandlung. Ist mir Winters Ansatz, fl 30 pro Ballen, schon so (niedrig) vorgekommen, daß ich in unserem Budget wenigstens fl 32 annahm, so findet sich jetzt, daß trotz

¹⁴ Die benötigte Papiermenge erhöhte sich nicht ganz gleichmäßig zur Auflage. Dies hing mit dem Format der Papierbogen zusammen. Für eine Auflage von beispielsweise 3 000 Stück lassen sich aus dem Voranschlag 222 Ballen berechnen. Kam die Zeitung auf 4 000 Exemplare waren es rund 294 Ballen. Vgl. den Kalkulationsplan bei A. BECKER, 1937, S. 380.

¹⁵ Hier wurde aus der Auflage von 1 660 am 28. 7. 1847 (Brief Bassermanns an Gervinus, HH 2523) und den ebenfalls durch die Bassermannsche Korrespondenz gesicherten 4 000 Stück am 10. 7. 1848 (Brief Bassermanns an J. B. Bekk, Kleine Erwerbungen Nr. 474, StA Mannheim) der Durchschnitt errechnet und als Grundlage der im folgenden erläuterten Ein- und Ausgaben des ersten Geschäftsjahres benützt.

¹⁶ fl = Gulden.

der Eröffnung der größten Concurrenz wir 10 Prozent mehr bezahlen werden müssen.«¹⁷ Schließlich wird die Verlagshandlung für den Jahresverbrauch 1847/48 einen Preis von rund 7400 fl bezahlt haben. Zu den hohen Kosten mag auch die Qualität des DZ-Papiers beigetragen haben, über das Bassermann urteilte: »Doch ist kein Zweifel, daß das Papier der Augsburger Allgemeinen Zeitung grauer ist als unseres.«¹⁸

Neben dem Papier schlugen Satz- und Druckkosten zu Buche. Die Bassermannsche Verlagsbuchhandlung verfügte über keine eigene Druckerei und gab die DZ zum Drucken an die Heidelberger Buchdruckerei Georg Mohr aus, durch deren Pressen neben der streng konstitutionellen DZ pikanterweise gleichzeitig der republikanische »Volksführer« lief. Die Kosten für den Satz bildeten normalerweise ein Fixum und erhöhten sich nur im Falle von Beilagen, wohingegen die Druckkosten mit der Auflage variierten. Die im Voranschlag überlieferten Beträge umfaßten die Löhne der Drucker und Setzer, sämtliche anfallenden Materialkosten mit Ausnahme des Papiers sowie eine erste Korrektur seitens der Druckerei. Für die Durchschnittsauflage von 2800 Exemplaren im ersten Jahr beliefen sich die Kosten für Satz und Druck auf rund 7000 Gulden.¹⁹

Den größten Kostenfaktor des gesamten Unternehmens bildeten Gehälter und Honorare.²⁰ Bassermann, der beständig über zu hohe Personalkosten klagte, vereinbarte in Abstimmung mit Gervinus die Gehälter der Redakteure stets individuell. Aus seiner Korrespondenz geht hervor, daß Rochau ein Jahresgehalt von 1272 Gulden bezog, Marggraff am Ende des Jahres dagegen nur mit 960 Gulden dastand. Um Marggraffs Einsatzbereitschaft zu erhöhen, schien ihm jedoch eine Gehaltserhöhung in Aussicht gestellt zu werden, schrieb Bassermann doch Ende Oktober 1847 an Gervinus: »Soll Marggraff besser werden, so müßte er für das Gedeihen des Blattes interessiert werden. Dies Interesse ist zweierley, ein moralisches und ein materielles ... Das materielle Interesse aber läßt sich wohl dadurch am besten einflößen, daß man ihm eine Steigerung des Gehalts mit besserem Gedeihen der Zeitung in Aussicht stellt.«²¹ Immer wieder schimmert durch die Korrespondenz des Verlegers sein Bestreben durch, das Unternehmen vor allem durch Einsparungen an Personal- und Honorarkosten ins finanzielle Gleichgewicht zu bringen. So zweifelt Bassermann einmal, »ob es denn richtig sei, daß (Rochau) monatlich fl 106,30 zu erhalten hat. Dies ist eine so große Summe und erscheint mir für seine Arbeit zu viel«²², ein andermal

¹⁷ Bassermann an Gervinus am 15. 4. 1847, HH 2523.

¹⁸ Bassermann an Gervinus am 31. 7. 1847, ebd.

¹⁹ Diese Angabe beruht auf den im Hansemannschen Kalkulationsplan notierten Summen, in: A. BECKER, 1937, S. 381.

²⁰ Das Gehalt eines Redakteurs bei einer großen Zeitung konnte zwischen 1000 und 1400 Gulden pro Jahr liegen. Laut Tauschwitz stellten solche Summen bereits Spitzengehälter innerhalb der Branche dar, vgl. DERS., 1981, S. 286.

²¹ Bassermann an Gervinus am 23. 10. 1847, HH 2523.

²² Bassermann an Gervinus am 6. 1. 1848, HH 2523, dort auch das folgende Zitat.

klagt er über »Höfken, dessen ungeheure Rechnung mich in der That ärgert.«

Für die Herausgeber galt eine gesonderte Vereinbarung. Sie erhielten ein Honorarfixum, das von Person zu Person unterschiedlich ausfiel. Dazu kam die reguläre Vergütung für ihre jeweiligen Artikel. Gervinus beispielsweise erhielt für die »Leitung der Deutschen Zeitung« ein vierteljährliches Fixum von 375 Gulden.²³ Diese Honorare variierten jedoch, für das vierte Quartal 1847 wurden ihm beispielsweise 486 Gulden ausgezahlt.²⁴ Durch die Kombination von Fixum plus Honorare standen sich die Herausgeber finanziell sehr viel besser als die festangestellten Redakteure.

Im Gegensatz zu den individuellen Redakteursgehältern galten für alle freien Mitarbeiter feste Honorarsätze. Im ersten Halbjahr betragen sie für normale Artikel 2 Taler die Spalte, das entsprach in etwa 3,5 Gulden.²⁵ Bei Leitartikeln erhöhte sich der Satz auf 3 Taler die Spalte.²⁶ Mathys Bedenken, ob »sich die Mitarbeiter nicht abschrecken lassen werden, für das angegebene Honorar zu arbeiten«, schien berechtigt gewesen zu sein, denn die Sätze erhöhten sich zum Januar 1848 um beachtliche 75 Prozent.²⁷ Nun wurde die Spalte mit 3,5 Taler honoriert, bei Leitartikeln mit 5,25 Talern. Die Abrechnung und Auszahlung der Honorare erfolgte halbjährlich und auch hier mahnte Bassermann ständig zum Sparen: »Dieses Finanzresultat aber fordert uns auch auf ... Honorare der Artikel und Correspondenzen lieber auszusetzen, wenn sie nicht wirklich interessant, ich möchte sagen, notwendig sind.«²⁸

Es fällt auf, daß der Großteil der nebenberuflichen Mitarbeiter kein Honorar verlangte, sondern allein um Zusendung von Belegexemplaren bat, wogegen die Berufsjournalisten nur gegen Entgelt arbeiteten. Trotz der festen Sätze schienen gelegentlich Abweichungen bei sehr prominenten Autoren oder einer dringend notwendigen Berichterstattung vorgekommen zu sein. So beschwerte sich der aus Rom berichtende Archäologe Dr. August Emil Braun: »So wenig ich diese Correspondenz in Aussicht auf Gewinn übernommen habe, so kann ich mich doch mit dieser Honorierung ... nicht zufrieden geben. Ich habe mich der größten Kürze und Präzision allezeit befleißigt, habe dabei Auslagen gehabt und kann demnach die Sache unmöglich fortführen. Die Opfer an Zeit und materieller ... sind zu bedeutend, als

²³ Bassermann an Gervinus am 4. 11. 1848, ebd.

²⁴ Bassermann an Gervinus am 6. 1. 1848, ebd.

²⁵ 1 Taler (Preußen) entsprach etwa 1,75 Gulden (Süddeutschland). Dieses Umrechnungsverhältnis benützt auch das Formular »Honorarabrechnung«, welches sich in der Bassermannschen Korrespondenz mit Gervinus findet, vgl. HH 2523.

²⁶ In Gulden ausgedrückt waren das in etwa 5,2 Gulden. 8 Folioseiten entsprachen einem Bogen. Der Bogen hatte 16 Spalten, 1 Spalte wiederum 76 Zeilen. Im ersten Halbjahr betrug das Honorar für reguläre Artikel 2 Taler die Spalte, das entsprach in etwa 3,5 Gulden. Bei Leitartikeln erhöhte sich der Satz auf 3 Taler die Spalte. Ab Januar 1848 wurde die Spalte mit 3,5 Talern honoriert sowie bei Leitartikeln mit 5,25 Talern.

²⁷ Mathy an Gervinus am 13. 5. 1847, HH 2541.

²⁸ Bassermann an Gervinus am 23. 10. 1847, HH 2523.

daß ich sie in meiner Stellung ertragen könnte.«²⁹ Gervinus handschriftliche Notiz unter dem Brief deutet daraufhin, daß in Ausnahmefällen mehr bewilligt wurde, heißt es doch hier, »es wäre schade um diesen fleißigen Correspondenten, man sollte meiner Meinung nach doch wenigstens *einen* Correspondenten in Rom haben (hat sie doch selbst der Nürnberger Correspondent!) und hier einige Opfer nicht scheuen.«³⁰

Um die jährlichen Honorarkosten in etwa berechnen zu können, geht man zunächst vom Gesamtumfang des Blattes mit 8 Folioseiten à 2 Spalten aus. Von den insgesamt 16 Spalten jeder Nummer sollten 3 für Inserate und 3 für Abdrucke aus anderen Zeitungen verwendet werden. Es blieben also 10 Spalten übrig, für die Honorar anfiel. Der Kalkulationsplan sah die Honorierung dreier Spalten zu 5,2 Gulden vor, das waren Leitartikel, sowie von sieben Spalten zu 3,5 Gulden für die regulären Artikel vor. Alles in allem läßt sich ungefähr davon ausgehen, daß Bassermann im ersten Geschäftsjahr rund 5 000 Gulden an Gehältern, und 15 000 Gulden an Honoraren für freie Mitarbeiter bezahlt hat.³¹

Auch die Kosten der Beilagen erwähnt der Hansemannsche Voranschlag. In welchem Ausmaß diese das Budget der Deutschen Zeitung im Frühjahr 1848 belasten würden, war jedoch nicht vorauszusehen. Beilagen wurden grundsätzlich im Falle unerwarteter und wichtiger Ereignisse gegeben oder aber, wenn ausführliche Essays den regulären Raum für Neuigkeiten zu stark beanspruchten hätten. Daß gelegentliche Beilagen als normaler Kostenbestandteil angesehen wurden, wird aus dem Voranschlag ersichtlich, wo sie bei einer Auflage von 3 000 Stück mit 1 200 Gulden kalkuliert wurden. Ein Brief Bassermanns liefert weitere Details über die einzelnen Herstellungskosten: Im Dezember 1847 nämlich, für den sich 12 Beilagen feststellen ließen, hatte Bassermann 321 Gulden Extraausgaben gehabt, die sich aus Kosten für Papier, Satz, Druck und Honorare zusammensetzten.³² Diese Summe entsprach ungefähr drei Monatsgehältern eines Redakteurs, und Bassermann schrieb recht erbost an Gervinus: »Führen Sie so fort, so macht dies pro Jahr eine Mehrausgabe von fl 3 850, und da jetzt die Auflage stärker ist, von über fl 4 000. Daß wir dies unter keiner Bedingung dürfen, sagt die Zahl für sich selbst.« Die politische Geschichte des Jahres 1848 sollte solche Kalkulationen jedoch bald über den Haufen werfen.

²⁹ A. E. Braun an die Redaktion der Deutschen Zeitung vom 31. 1. 1848, HH 2540.

³⁰ Ebd. Auf dem Briefumschlag findet sich noch folgender Vermerk: »Herr Gervinus bittet um schnelle Besorgung an Herrn Bassermann wenn derselbe nicht in Mannheim sein sollte, da die Sache keinen Aufschub leidet.« Das zeigt, daß die Angelegenheit ernst genommen wurde.

³¹ Die Summe für Honorare basiert auf der entsprechenden Angabe des Hansemannschen Kostenvoranschlags. Die dort zunächst mit 4 000 Gulden angesetzte Summe für Gehälter muß aufgrund der Abrechnungen in der Bassermannschen Korrespondenz auf 5 000 erhöht werden und liegt damit höchstwahrscheinlich noch an der Untergrenze dessen, was tatsächlich gezahlt wurde.

³² Für die Dezember-Beilage 1847 stellte Bassermann folgende Rechnung auf: »¼ und ½ Bogen = 3½ Bogen Papier macht fl 58 plus Druckkosten von fl 67 plus Honorare von fl 196 ergibt fl 321 für die Dezemberbeilage.« In: Bassermann an Gervinus am 11. 1. 1848, HH 2523, dort auch das folgende Zitat.

Die Revolutionsereignisse des Frühjahrs 1848 kurbelten den Nachrichtenbedarf der deutschen Bevölkerung sprunghaft an. Alle Tageszeitungen, so auch die Deutsche Zeitung, suchten diesen Bedarf durch häufigere und umfangreichere Information abzudecken. Aufgrund der sich oft geradezu überschlagenden Ereignisse, über die berichtet werden mußte, erwiesen sich Beilagen als besonders geeignet, dem neuen Informationsbedürfnis nachzukommen. Beilagen konnten notfalls nach offiziellem Redaktionsschluß fertiggestellt werden, da sie an die bereits angelaufene Produktionskette dann angehängt wurden, mußten nicht dem regulären Layout folgen, auf das der Leser sich eingestellt hatte, und ließen sich deshalb auch schneller produzieren.

Menge und Umfang der DZ-Beilagen des Jahres 1848 geben nahezu einen Gradmesser für Tempo und Tragweite des Revolutionsprozesses ab. In den letzten Februarwochen erschien fast jede zweite Ausgabe der DZ mit einer zwei- bis vierseitigen Beilage, welche die Erhebung in Frankreich kommentierte. Nahezu jede Nummer der ereignisreichen Monate März, April und Mai 1848 wurde dann durch eine meist zweiseitige, oft auch vier- oder sechseitige Beilage ergänzt. Insgesamt lassen sich für das erste Erscheinungsjahr der Zeitung 132 Beilagen feststellen. Da eine Nummer mit Beilage im ersten Halbjahr 1848 fast zur Regel wurde, ist anzunehmen, daß mit der Zeit dafür weniger als im Dezember 1847 bezahlt wurde, wo Beilagen mehr die geplante Ausnahme darstellten. Berücksichtigt man den kostensenkenden »Normalisierungseffekt«, den das fast tägliche Erscheinen einer Beilage im Frühjahr 1848 nach sich zog, erscheint es realistisch, die Kosten für Beilagen im ersten Geschäftsjahr mit rund 3 000 Gulden anzusetzen.

Weitere Kosten verursachte die laufende Geschäftsführung. Die örtliche Trennung von Verlag und Buchhaltung in Mannheim sowie Redaktion und Druckerei in Heidelberg belasteten das Budget zusätzlich. Für den Betrieb der Heidelberger Redaktion subsummierte der Voranschlag den Lohn für einen Boten, Raummiete, Schreibmaterial sowie erhebliche Kosten für das Abonnement fremder Blätter. Für den Bezug der über 30 Zeitungen aus dem In- und Ausland wurden 1 200 Gulden angesetzt.³³ Erhebliche Kosten ließen sich indes beim Bezug der notwendigen Zeitschriften einsparen, welche der Redaktion durch einen vertraglich organisierten Austausch mit dem Heidelberger Lesekabinett »Museum« zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt müssen als laufende Geschäftskosten insgesamt rund 6 500 Gulden veranschlagt werden.³⁴

³³ Dem »Vertrag zwischen dem Museum in Heidelberg und der Redaktion der deutschen Zeitung über gegenseitigen Austausch von Zeitungen und Zeitschriften«, HH 2540, läßt sich entnehmen, daß die Redaktion der DZ mindestens 11 Zeitungen aus England, Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Italien, möglicherweise auch aus Dänemark und Belgien, abonniert hatte. Eine Notiz Häußers im »Aktenbestand und Korrespondenzen der Deutschen Zeitung« (HH 3777) belegt das Abonnement von 21 deutschen Zeitungen. Vgl. auch unten, Kapitel 1, Teil 5.

³⁴ Im Genossenschaftsvertrag vom 18. März 1847 mit Gervinus und Mittermaier werden auch die Kosten der Mannheimer Geschäftsführung detailliert erläutert: »Für Besorgung der Ge-

Bassermann verkannte auch die Bedeutung von Werbung nicht. Sicherlich hat in erster Linie Mundpropaganda im liberalen Lager die Verbreitung des nationalen Tendenzblattes gefördert; daneben wurden aber auch konkrete Maßnahmen ergriffen: Immer wieder annoncierte Bassermann im »Börsenblatt des Deutschen Buchhandels«, und unter dem 29. November 1847 findet sich die Notiz, 600 Freixemplare seien zur Abonnentenwerbung verschickt worden.³⁵ Auch Annoncen, die für den Bezug der DZ warben, wurden in anderen Zeitungen lanciert: »Da jetzt Neujahr herannahet, so machen wir auch weiter den nötigen Anzeigenlärm.« Über die nicht unerheblichen Ausgaben solcher Werbe- und Marketingmaßnahmen sind leider keine Zahlen vorhanden, dennoch müssen sie in der Analyse des Kostengefüges als ein erheblicher Ausgabenfaktor berücksichtigt werden.

Schließlich fielen Verpflichtungen aus den Aktionärsbeteiligungen an. Die Zinsen aus den Aktiendarlehen beliefen sich im ersten Jahr auf 2 550 Gulden. Darüber hinaus wurden die Kosten der ersten Einrichtung – Ausstattung der Geschäftsräume, Ankündigungsblatt, Voranzeigen, eine Probenummer, Redaktionsreisen – mit 2 000 Gulden veranschlagt, die Bassermann auf einen Zeitraum von drei Jahren abschreiben wollte.³⁶ Dies bedeutete eine jährliche Zusatzausgabe von 666 Gulden.

Unter den Einnahmen fallen zunächst die Abonnementerträge auf. Mit 10 Gulden war das Jahresabonnement der DZ vergleichsweise teuer. Für das »Mannheimer Morgenblatt« oder das »Mannheimer Journal« wurde nur die Hälfte verlangt, die republikanische »Mannheimer Abendzeitung« kostete allerdings ebenfalls 10 Gulden, und in ähnlichen Preisklassen bewegten sich auch die großen überregionalen Blätter wie die Augsburger »Allgemeine Zeitung«, die »Vossische Zeitung«, die »Kölnische Zeitung« oder auch die 1849 gegründete »Kreuzzeitung«.³⁷

Zum offiziellen Abonnementpreis kam noch der Aufschlag, den die Postverwaltungen für »Debit und Spedition« berechneten.³⁸ Denn den Großteil der Auflage verkaufte Bassermann, wie andere Verleger auch, direkt an die Post, und nur ein kleiner Teil wurde via Buchhandlungen vertrieben oder im lokalen Umkreis per Boten ausgetragen. Aufgrund der unterschiedlichen

schäftsführung, der Buchführung, der Korrespondenz, des Geldeinzugs, für Anschaffung der Bücher, des Schreibmaterials, für Stellung des Lokals in Mannheim, Heizung und Beleuchtung desselben, für Anstellung der nötigen Hilfspersonen (Commis, Auslaufer) in Mannheim, für Porti der nach Mannheim gerichteten Briefe, für Reisen zwischen Mannheim und Heidelberg erhält die Verlagshandlung eine Vergütung in runder Summe von 2 000 Gulden jährlich.« In: A. BECKER, 1937, S. 382. Was unter die Heidelberger Geschäftsführung fiel, listet der Voranschlag auf: »Commis für die Expedition, Miete, Taglohn für Falzen etc., Auslaufer, Holz, Licht, Schreibmaterial«, ebd., S. 380.

³⁵ Siehe Bassermann an Gervinus am 29. II. 1847, HH 2523, dort auch das folgende Zitat.

³⁶ Siehe Voranschlag, in: A. BECKER, 1937, S. 380f.

³⁷ In den Jahren 1848/49 kosteten zum Vergleich: die AAZ 17 Gulden (= ca. 10 Taler), die »Kreuzzeitung« 6 Taler (= ca. 10,5 Gulden) sowie die »Kölnische« und »Vossische Zeitung« je 5 Taler (= ca. 8,75 Gulden), vgl. J.-F. MEYER, 1969, S. 84 ff.

³⁸ Vgl. dazu G. NORTH, Der Postmeister im Zeitungsgeschäft, in: K. BEYER/M. DALLMEIER (Hrsg.), 1994, S. 172.

Gebühren, welche die jeweiligen Postverwaltungen von Staat zu Staat veranschlagten, galten auch für die DZ unterschiedliche Bezugspreise.³⁹ Im Großherzogtum Baden zahlte der Abonnent 12,26 Gulden für die Hauszustellung durch die Thurn- und Taxische »Zeitungsexpedition«, der Aufschlag der preußischen Postverwaltung war noch erheblich höher, und Bassermann bemerkte im August 1847 gegenüber Gervinus, »denken Sie, daß in London unsere Zeitung weniger kostet als in Preußen.«⁴⁰ Der Preis, den der preußische Leser zu bezahlen hatte, nämlich 10,4 Taler, stieß allerorts auf Mißfallen, war umgerechnet höher als der süddeutsche Guldenpreis, und veranlaßte Dahlmann im Frühjahr 1848 dazu, »bei der Gesandtschaft (zu beantragen), daß der unbillige Preis der deutschen Zeitung in Preußen herabgesetzt wird.«⁴¹ Weniger wohl seines Vorstoßes als der Ergebnisse der Dresdner Postconferenz wegen wurde der Preis in Preußen ab Juli 1848 auf 8,56 Taler gesenkt.⁴² Die Preisbindung sollte sich später ändern, im ersten Erscheinungsjahr galt jedoch ein fester Abonnementpreis von 10 Gulden, der dem Verleger als Reinerlös zufloß. Portokosten – gleichgültig welcher Vertriebsweg gewählt wurde – wurden stets dem Endverbraucher in Rechnung gestellt. Deshalb können für das erste Geschäftsjahr Abonnementeinnahmen in Höhe von 28 000 Gulden angesetzt werden.

Die zweite entscheidende Einnahmequelle und zugleich der zentrale ökonomische Problempunkt des Unternehmens waren Inserate. Eine Zeitung, deren Auflage im nationalen Vergleich recht bescheiden erschien, mußte durch ihr Anzeigenvolumen wettmachen, was ihr an Abonnenterträgen fehlte, um kostendeckend zu arbeiten.⁴³ Immer wieder wies Bassermann auf die zentrale ökonomische Bedeutung eines ausreichenden Anzeigenvolumens hin, so gleich nach Erscheinen der ersten Nummer gegenüber Gervinus: »Nur eine Anzeige, während Sie so viele haben und die Einsender sie ausdrücklich für die erste Nummer sandten! Das kann uns die Hauptquelle, aus welchem die Zeitung ihre Nahrung (speist), ruinieren.«⁴⁴ Und weiter heißt es: »Wir haben beim Budget 2 Seiten für Inserate angenommen. Gottlob, daß wir sie noch ausfüllen können. Dergleichen darf man nicht gering

³⁹ Bis 1850 gab es keine einheitliche Regelung für die Berechnung der jeweiligen Post-Gebühren. Deshalb schwankten die Preise und das Zeitungsabonnement war für auswärtige Bezieher sehr viel teurer als für jene am Verlagsort. Hinzu kam oft noch eine »Stempelsteuer«, eine Art Sonderbesteuerung meist für politische Zeitungen, die vor allem in Preußen enorm hoch war. Die Augsburger »Allgemeine Zeitung« beispielsweise kostete 1848 in Augsburg 10 Taler, in Preußen dagegen 12 Taler, die »Kölnische« in Köln 5 Taler, im übrigen Preußen dagegen 6 Taler.

⁴⁰ Bassermann an Gervinus am 21. 8. 1847, HH 2523.

⁴¹ Dahlmann an Gervinus am 11. 5. 1848, HH 2539/40.

⁴² DZ 1. 7. 1848.

⁴³ Die Anzeigenpreise der DZ muten vergleichsweise moderat an, sie betragen 7 Kreuzer pro Zeile. Der durchschnittliche Preis pro Zeile um 1848 betrug bei den überregionalen Zeitungen Süddeutschlands 9 Kreuzer, in Norddeutschland war er etwas höher, nämlich rund 11 Kreuzer. Vgl. J. F. MEYER, 1969, S. 182.

⁴⁴ Bassermann an Gervinus am 2. 7. 1847, HH 2523, dort auch das folgende Zitat.

anschlagen und wir müssen Sie dringend bitten, den besagten Raum dafür zu gestatten«.

Beim Blättern durch die Zeitungsnummern wird schnell deutlich, daß das Anzeigenvolumen selten an diese Vorgabe herankam. Im Durchschnitt wurde eine halbe Seite, nämlich die letzte, mit Anzeigen ausgefüllt, manchmal nahmen sie mehr, meist aber weniger Raum ein, und gelegentlich erschienen auch Nummern ohne jede Anzeige. Ein konstant zu geringes Anzeigenvolumen zieht sich durch die gesamte Geschichte der Deutschen Zeitung. Die Gründe dafür waren jedoch weniger in Mißmanagement zu suchen, sondern vielmehr struktureller Art. Die Zeitung war, was ihren Inhalt anging, als dezidiert überregionales Tendenzblatt konzipiert. Aufgrund ihrer fehlenden Ortsgebundenheit fielen einmal sämtliche lokale und regionale Anzeigenkunden weg, denen die meisten anderen Blätter der Zeit ihre wirtschaftliche Grundlage verdankten.⁴⁵ In Frage kamen also nur Dienstleistungen oder Produkte, die überregional angeboten oder per Versand zu vertreiben waren. Aufgrund der territorialen Vielfalt des vormärzlichen Deutschlands und, als deren Folge, des Fehlens eines nationalen Marktes waren solche Anbieter jedoch noch nicht in dem Maße vorhanden, wie sie die Zeitung für eine stabile wirtschaftliche Grundlage benötigt hätte.

Die fehlende Anbindung an eine regionale Infrastruktur reflektiert auch der Inhalt der Anzeigen. Da offeriert der Brockhaus Verlag sein 15-bändiges Conversationslexikon, da wird eine »bedeutende Preisreduzierung für die Schriften des Friedrich v. Gentz« angeboten oder zum Bezug des republikanischen »Deutschen Zuschauers« aufgefordert.⁴⁶ Der Teubner Verlag in Leipzig preist ein »historisches Gemälde Ulrich v. Huttens, der Streiter für deutsche Freiheit« an, die Marburger Buchhandlung Bayrhoffer lädt zum Bezug der Sybelschen Schrift »Über das Verhältnis unserer Universitäten zum öffentlichen Leben« ein, und an »Turner, Eltern und Erzieher« wendet sich der Reutlinger Verlag Mäckchen mit seiner Broschüre »Das Turnen als Schutz- und Heilmittel für körperliche Leiden beider Geschlechter.«⁴⁷ Daneben sind Transportunternehmen, Erholungsgebiete und Versicherungen häufige Inserenten. Immer wieder bietet die Rheinische Dampfschiffahrtsgesellschaft Fahrten nach Köln, Mainz und Straßburg an, immer wieder werden preiswerte Reisegelegenheiten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika offeriert, und Bäderorte wie die »Wasser-, Molken- und Trauben-Kuranstalt Gleisweiler bei Landau« werben wiederholt für heilsame Aufenthalte.⁴⁸ Privatanzeigen wie Stellengesuche oder Besitzverkäufe finden sich nur vereinzelt, und wenn, in kleinem Format. Einer der häufigsten Inserenten war die Bassermannsche Verlagshandlung selber, die hier ihre

⁴⁵ Vgl. das zeitgenössische Urteil Aegidis gegenüber Gervinus am 25.2.50: »Damit ein Blatt mächtig werde, muß es ein sicherer, lokales Terrain haben, sonst steht es in der Luft.« HH 2523.

⁴⁶ DZ 1.7.1847

⁴⁷ DZ 9.9.1847.

⁴⁸ DZ 6.8.1847.

Novitäten ankündigte, der Zeitung aber aufgrund des vertraglich gesicherten Anzeigenrabatts von 33 Prozent kaum erhebliche Einnahmen beschert haben konnte.

Die nationale Ausrichtung des Blattes und sein sozial gehobener Leserkreis wirkten auf das Anzeigenaufkommen der Zeitung als scharfes Selektionsraster und minimierten den Kreis interessierter Dienstleister vorwiegend auf Anbieter bildungsbürgerlicher Kulturgüter wie Bücher oder Reisen. Das Anzeigendefizit erscheint daher vor allem als strukturelles Problem, das durch die neuartige politische Ausrichtung der DZ in der territorial zersplitterten Landschaft des deutschen Vormärz ausgelöst wurde, und auch durch offensiveres Marketing kaum zu beheben gewesen wäre.

Als Konsequenz dieser konzeptionellen Schwäche, die der Verleger durchaus erkannte, wurde vermehrt nach staatlichen Anzeigen Ausschau gehalten, für welche die fehlende regionale Anbindung keine so gravierende Rolle spielte. Ein Jahr nach Erscheinen schrieb Bassermann an den badischen Staatschef Bekk, der Verlust, den die DZ täglich mache, »rührt nicht vom Mangel an Verbreitung her, denn im Vergleich zu anderen Blättern ist sie sehr verbreitet ... Aber sie hat im Vergleich zu anderen Blättern zu wenig Anzeigen und dieser Punkt ist bei einem Zeitungsunternehmen von ungeheurem Gewicht ... Ich sollte denken, auch einer wohlgesinnten Regierung müsse daran liegen, daß dieses Organ der Presse aufrecht bleibe; und dazu können Sie leicht beitragen, wenn Sie veranlassen wollten, daß gewisse Anzeigen der Gerichtsstellen, des Finanz- und Kriegsministeriums, des Wasser- und Straßenbaus, ebensogut der Deutschen Zeitung zugewendet werden, als man sie in Frankfurter Blättern und in der Augsburger Allgemeinen Zeitung liest. Soviel Rücksicht dürfte ein inländisches Blatt wohl verdienen, ein Opfer wird ja dadurch vom Staate nicht verlangt.«⁴⁹

Was die Inserateinnahmen aus dem Anzeigengeschäft angeht, war die Nutzung dreier Spalten, das entsprach etwa 20 Prozent der gesamten Fläche, als Anzeigenraum geplant. Bei einer solchen Nutzung ließ sich bei einer Auflage von 2 500 Stück 8 000 Gulden verdienen. Sollte die Auflage auf 4 000 steigen, waren Einnahmen von 14 000 Gulden möglich. Die Realität sah jedoch anders aus. Das tatsächliche Anzeigenvolumen des ersten Jahres kam an die geplanten 20 Prozent nie heran, sondern ist mit rund 10 Prozent der gesamten Fläche schon an seiner Obergrenze angesetzt. Auch die Bassermannsche Korrespondenz bestätigt diese Annahme, moniert der Verleger doch konstant das mangelnde Anzeigenaufkommen und vermerkt im Juli 1848, »daß es uns dieses Vierteljahr mit der Abonnentenzahl schlecht geht und mit den Anzeigen noch viel schlechter ... Wir verlieren schweres Geld«. ⁵⁰ Der Ertrag aus dem Anzeigengeschäft muß nach Durchsicht aller Quellen bei etwa 6 000 Gulden angesetzt werden. Daß diese Summe nicht

⁴⁹ Bassermann an J. B. Bekk am 10. 7. 1848, Kleine Erwerbungen Nr. 474, StA Mannheim.

⁵⁰ Bassermann an Gervinus am 20. 7. 1848, HH 2523.

einmal die Hälfte der anfallenden Honorarkosten deckte, weist bereits auf beträchtliche kalkulatorische Schwächen hin.

Vergleicht man nun Aufwendungen mit Erträgen, wie sie die retrospektive Jahresabrechnung illustriert, läßt sich für das erste Geschäftsjahr ein Verlust von rund 12 000 Gulden ablesen. Ein Brief Bassermanns weist den tatsächlichen Verlust mit rund 15 000 Gulden aus.⁵¹ In die Spanne, welche aufgrund fehlender Quellenbelege offenbleiben mußte, fallen einmal die bereits erwähnten, erheblichen Kosten für Marketing und Werbung, über die leider keine Details überliefert sind. Allein die Herstellung der 600 Freixemplare, deren Versendung der Verleger Ende November 1847 notierte, mußte ihn etwa 1000 Gulden gekostet haben.⁵² Für die im Börsenblatt und anderen Zeitungen geschalteten Werbeanzeigen kann sicherlich ein Mehrfaches dessen angesetzt werden, und Redaktionsreisen blieben bisher ebenfalls unberücksichtigt. Es ist anzunehmen, daß primär diese Aufwendungen die in der Retrospektive offen gebliebene Lücke von 3 000 Gulden ausgefüllt haben.

Angesichts der aufgestellten Rechnung drängt sich für das erste Geschäftsjahr der Eindruck starker konzeptioneller Schwächen des Unternehmens auf. Einnahmen von 34 000 Gulden stehen Ausgaben von rund 47 000 Gulden gegenüber, wobei letztere sich trotz der konstanten Bassermannschen Sparversuche anscheinend nicht wesentlich verringern ließen. Eine höhere Auflage war für den Anfang nicht zu erwarten gewesen, diesbezüglich lauteten die zeitgenössischen Kommentare ja auch durchweg positiv. Dennoch beleuchtet die retrospektiv aufgestellte Rechnung ein Grundproblem des Unternehmens, welches auch seine Gründer durchaus erkannt hatten: Die Zeitung ließ sich erst ab einer Auflage von über 3 000 Exemplaren kostendeckend führen – und damit war noch kein Gewinn gemacht. Bassermann schrieb im Juli 1847 an Gervinus: »Bedenken Sie, daß wir noch 2mal so viele Abonnenten brauchen, als wir haben, um die Kosten zu decken« – und zu diesem Zeitpunkt besaß die DZ gerade 1 500 Abonnenten.⁵³ Überschlägt man die Kosten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und berücksichtigt die bei größerer Auflage steigenden Anzeigeneträge, so muß diese Zahl noch höher angesetzt werden, nämlich bei etwa 3 700 Stück.

Nur durch ein wesentlich höheres Anzeigenvolumen hätte sich dieses immanente Problem, das im Kostengefüge der DZ begründet war, kompensieren lassen. Doch durch seine neuartige Konzeption als Tendenzblatt nationalen Zuschnitts stieß die Zeitung gerade in dieser Beziehung auf strukturelle Hindernisse wie die geringe Anzahl national ausgerichteter Dienstleister als eine natürliche Folge der partikularen Landschaft des deutschen Vormärz.

⁵¹ Wie Anm. 49.

⁵² Bassermann an Gervinus am 29. 11. 1847, HH 2523.

⁵³ Bassermann an Gervinus vom 2. 7. 1848, ebd.

b) *Vom Zuschußbetrieb zum Parteiorgan:
Geschäftliche Gratwanderungen*

Daß konzeptionelle Schwächen, aber auch kaum beeinflussbare, politische Gegebenheiten die Deutsche Zeitung zum Verlustunternehmen abstempelten, sah Friedrich Daniel Bassermann bald selber und beeilte sich, das Blatt abzustoßen. Wörtlich schrieb er, er habe »keinen Sinn mehr für die geschäftlichen Sorgen, sie waren mir eine Last geworden, und ich war erfreut, eines Abends im Englischen Hofe von Herrn Reimer aus Leipzig, der in der Absicht, eine Zeitung zu gründen, nach Frankfurt gekommen war, zu hören, daß er ebenso geneigt sei, die Deutsche zu kaufen.«⁵⁴ Beide Buchhändler schienen schnell handelseinig geworden zu sein. Für 12 000 Gulden ging die DZ am 1. August 1848 in das Eigentum von Karl Reimer über, der bereits im Frühjahr 1847 zu den Interessenten gehört hatte. Der Orts- und Besitzwechsel übte weitreichende Konsequenzen auch auf die wirtschaftliche Seite des Zeitungsbetriebs aus.⁵⁵ Bedauerlicherweise ist für die Jahre 1848 bis 1850 weit weniger Zahlenmaterial vorhanden als für das erste Geschäftsjahr.⁵⁶ Einen ungefähren Eindruck der wirtschaftlichen Lage vermittelt jedoch die Auflagenentwicklung der Deutschen Zeitung, die sich aus zeitgenössischen Briefen und Notizen rekonstruieren ließ.

Tabelle 6: Auflagenentwicklung der Deutschen Zeitung während der gesamten Erscheinungsdauer 1. 7. 1847 bis 30. 12. 1850

Datum	Auflage
Erstauflage Juli 1847 ¹	1 500
Juli 1847 ²	1 660
Oktober 1847 ³	2 120
Dezember 1847 ⁴	2 200
Februar 1848 ⁵	2 800
Juli 1848 ⁶	4 000
August 1849 ⁷	2 100
Dezember 1849 ⁸	2 000
Februar 1850 ⁹	2 150
(incl. 200 Ex. für Preuß. Regierung)	
Mai 1850 (incl. 200 Ex.) ¹⁰	2 100
Dezember 1850 ¹¹	1 700

⁵⁴ F. D. BASSERMANN, 1926, S. 207.

⁵⁵ Vgl. DZ 15. 9. 1848: »Von dem nächsten 1. Oktober an wird die Deutsche Zeitung in Frankfurt am Sitze des deutschen Parlaments erscheinen und dadurch in den Stand gesetzt sein, ihren Lesern bei den in Deutschland so sehr veränderten Verhältnissen ungleich Mehr zu leisten als bisher. Mit dieser Anzeige verbinden wir zugleich die weitere, daß ... das Unternehmen in die Hände der Weidmannschen Buchhandlung in Leipzig übergeht.«

⁵⁶ Das Archiv des Reimer Verlags Berlin/Leipzig wurde durch Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg völlig zerstört. Vgl. Ch. v. WOLZOGEN, Zur Geschichte des Dietrich Reimer Verlages 1845–1985, 1986, S. 73: »Das Haus Wilhelmstraße 29 ging durch zwei Luftangriffe während des Krieges und durch Feuer bei der Einnahme Berlins im April 1945 mit allen technischen Einrichtungen, mit Archiv und Buchhaltung und fast den gesamten Vorräten verloren.«

Quellen zu Tabelle 6:

- 1 Tagebuch Dr. Ladenburgs am 13. 7. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Briefe, 1908, S. 43.
- 2 Bassermann an Gervinus am 28. 7. 1847, HH 2523.
- 3 Bassermann an Gervinus am 9. 10. 1847, ebd.
- 4 Bassermann an Gervinus am 4. 12. 1847, ebd.
- 5 Bassermann an Gervinus am 6. 2. 1848, ebd.
- 6 Bassermann an J. B. Bekk am 10. 7. 1848, Kleine Erwerbungen Nr. 474, STA Mannheim.
- 7 Mathy an Beckerath am 21. 8. 1849, in: J. P. EICHMEIER, 1986, S. 114.
- 8 Mathy an Reimer am 7. 2. 1850, GLA Nr. 48/1037.
- 9 Ebd.
- 10 Rundschreiben des »Provisorischen Ausschusses« am 20. 5. 1850, Nachlaß H. v. Gagern, BAFfm.
- 11 Diese Zahl gibt L. SALOMON, 1900/06, ohne Angabe von Quellen an, S. 430.

Mit der alleinigen Eigentümerschaft Reimers änderte sich zunächst die ökonomische Grundstruktur des Unternehmens. Gervinus und Mittermaier wurden ihre Einlagen teilweise ausbezahlt⁵⁷, wie es mit den Darlehen der dreizehn Aktionäre aussah, ließ sich nicht mehr ermitteln.

Reimer siedelte das Unternehmen zum 1. Oktober nach Frankfurt um. Auch dort wurden Satz und Druck extern besorgt, diesmal von der Brönnerschen Buchhandlung, die Reimers Schwager Winter gehörte.⁵⁸ Substantielle Änderungen betrafen zunächst die Honorarabrechnung. Wurde bisher nur zwischen Leitartikel und regulärem Text unterschieden, so galten jetzt ausschließlich individuelle Vereinbarungen mit den Korrespondenten.⁵⁹ Gervinus, der nun als freier Mitarbeiter für die DZ schrieb, wurde ein Satz von 6,25 Gulden pro Spalte angeboten, was eine erhebliche Steigerung zu den vormaligen Sätzen bedeutete, welche sicherlich nur ganz ausgewählten Publizisten zugute kam.

Die Kosten der doppelten Geschäftsführung entfielen. Über die Gehälter unter dem neuen Eigentümer ist kaum etwas überliefert. Reimer scheint daran jedoch nicht gespart zu haben, wie Mitzenius berichtet: »Von der äußeren Lage gilt dies zwar nicht, hier bin ich wohl so günstig gestellt als ein junger Mensch meines Alters verlangen mag.«⁶⁰ Vielmehr schienen eher

⁵⁷ Der einzige Brief, der hierzu Aufschluß gibt, ist eine von Schreiberhand geschriebene »Vorläufige Rechnungsstellung über das gemeinschaftliche Unternehmen der deutschen Zeitung«. Hierin wird die »Zerrüttung der Buchhändler, eine Folge der politischen Ereignisse der letzten beiden Jahre« als zentrale Ursache für die verwickelten Finanzverhältnisse des Unternehmens angeführt. Aufgrund des »völlig ungewissen Zustands der Buchhandlungen«, der auch das Einlagekapital der Bassermannschen Verlagshandlung zu berühren schien, wird zum Vergleich geraten und Gervinus ein Drittel seiner Einlage bar übersandt. Es ist anzunehmen, daß ein solcher Vorschlag auch an Mittermaier erging und die finanziellen Bindungen beider Herausgeber an die DZ ein verlustreiches Ende fanden. Die Notiz liegt einem Brief Bassermanns an Gervinus vom 18. 12. 1849 bei, HH 2523.

⁵⁸ Probleme mit der Brönnerschen Arbeitsweise schien es indes zu Hauf gegeben zu haben. So klagte Kiesselbach gegenüber Gervinus am 11. 11. 1848, »daß die Mohr'sche Buchhandlung in Heidelberg der Brönner'schen gegenüber ein Ideal an Vollkommenheit ist. Bis jetzt bin ich eigentlich nur Oberfaktor der Setzer gewesen, die Leute hatten Bibeln verfertigt, aber keine Zeitungen...« HH 2526.

⁵⁹ Vgl. Reimer an Gervinus am 28. 11. 1848: »In bezug auf die geschäftliche Anordnung habe ich Ihnen noch mitzuteilen, daß es uns unpassend schien, die Honorarabrechnung ferner nach der Stellung der Artikel im Blatt, statt nach den Einsendern zu machen.« HH 2528.

⁶⁰ Mitzenius an Gervinus am 3. 1. 1849, HH 2527, dort auch das folgende Zitat.

Ausstattungskosten wie das kostspielige Abonnement ausländischer Zeitungen gekürzt worden zu sein, zumal der günstige Austausch mit dem Heidelberger Lesekabinett jetzt wegfiel. Mit den Einnahmen, die das Unternehmen seinem neuen Besitzer bescheren sollte, sah es indes nicht besser als zuvor aus.

Das Emporschnellen der Auflage in den Revolutionsmonaten des Jahres 1848 war für alle großen Blätter der Zeit charakteristisch. Auch die Auflage der DZ gipfelte parallel zum öffentlichen Höchststand politischen Interesses bei 4 000 Stück. Sie vermochte jedoch nicht, wie es anderen Blättern gelang, sich einen Teil dieses Interesses auch nach Abflauen des ersten Emotionsschubs zu erhalten. Dies war wohl vor allem der dezidiert politischen Ausrichtung des Blattes zuzuschreiben sein, das auf leichtere Kost wie Lokalnachrichten, Feuilleton oder Fortsetzungsromane bewußt verzichtete und auch nach der gescheiterten Reichsverfassung am kleindeutsch-konstitutionellen Programm festhielt, das jedoch gleichermaßen schnell an Chancen und Popularität verlor.

Den raschen Fall der Auflage erwähnte Mitzenius bereits im ersten Quartal 1849, als er Gervinus die mißliche Lage des Unternehmens schilderte, von der »auch das Abonnement der DZ Zeugnis abzulegen scheint, das bis jetzt nicht viel Günstigeres verspricht.« Bei rund 2 000 Stück pendelte sich die Auflage, keineswegs kostendeckend, im Sommer 1849 ein. Zusätzliche Probleme erwachsen Reimer aus der Anzeigensuche. Hatte bisher ein stabiler Preis von 10 Gulden für das Jahresabonnement in allen deutschen Staaten gegolten, wobei Porti und Zustellung vom Abonnenten getragen wurden, so unterlief Reimer diese feste Preisbindung jetzt, indem er »für Baden den Preis (der DZ) trotz der größeren Entfernung nicht erhöhen, bzw. die für Baden bestimmten Exemplare der Post um so viel billiger geben (will), wenn er Aussicht hat, dafür die öffentlichen Anzeigen zu behalten.«⁶¹

Reimers Entschluß, von der Preisbindung, die ihm einen Reinerlös von 10 Gulden einbrachte, abzurücken, zielte darauf ab, durch dieses Entgegenkommen gegenüber der badischen Post die staatlichen Anzeigen zu sichern und möglichst auszuweiten. Diese Rechnung ging nur teilweise auf. Die Verluste, die dem Verleger dadurch entstanden, daß die Post für 200 Exemplare jetzt nur zwischen 1 600 und 1 800 Gulden bezahlte, schienen die Anzeigeneinnahmen nicht aufgewogen zu haben.⁶² Zunächst müssen aufgrund dieser Vereinbarung mindestens 15 Prozent der badischen Abommementeinnahmen für das Geschäftsjahr 1848/49 abgeschrieben werden.

Die Nummern der Jahre 1848 bis 1850 weisen immer wieder Inserate badischer Ministerien auf. Da bat am 12. August 1848 das Großherzoglich

⁶¹ Bassermann wohl an Gervinus am 19. 9. 1848, Kleine Erwerbungen Nr. 474, StA Mannheim. Weiter heißt es dort: »Ich habe ihm gesagt, daß ich für Entziehung der letzteren keinen Grund wisse, sobald die Zeitung in Baden ebenso verbreitet bleibe wie bisher und möchte dieses ... um so mehr befürworten als die deutsche Zeitung von Frankfurt aus sogar noch mehr Publikum in Baden finden kann als bisher.«

⁶² O. JÖHLINGER, 1920.

Badische Bezirksamt Eppingen alle etwaigen Gläubiger, sich zur Aufteilung der Konkursmasse des »Adlerwirths Konrad Beck von Stebbach« einzufinden, das Großherzoglich Badische Bezirksamt Buchen gab Suchanzeigen nach desertierten Soldaten auf, und die Direktion der Großherzoglichen Posten und Eisenbahnen forderte alle Eigentümer verlorenen Frachtguts auf, »die betreffenden Gegenstände auf dem Bahnhof in Karlsruhe in Empfang zu nehmen.«⁶³ Die Einnahmen aus solchen Inseraten konnten Aufschwäche und fehlende Privatanzeigen jedoch nicht kompensieren und bereits gegen Ende des Jahres 1848 bemerkte Gervinus' Freund Fallenstein, »Reimer scheint mir mit seiner D.Z. fix und fertig« zu sein.⁶⁴

Zu Beginn des neuen Jahres 1849 änderten sich Erscheinungsweise und Preis. Die Zeitung erschien jetzt zweimal täglich, wobei das morgendliche Hauptblatt mit 8 Seiten herauskam und im Laufe des Nachmittags zwei Beilagen geliefert wurden, von denen »die erste ... die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in übersichtlicher Darstellung (bringt), die zweite ... vorzugsweise der Besprechung der Tagesfragen gewidmet ist.«⁶⁵ Der Preis der DZ erhöhte sich auf 12 Gulden, wozu noch Transit-, Stempel- und Bestellgebühren kamen. Umfangreichere Information und häufigere Zustellung sollten die Erhöhung rechtfertigen und vor allem den Leserstamm erweitern helfen. Diese Maßnahme, durch welche sich Herstellungs- und Vertriebskosten erheblich verteuerten, schien jedoch nicht von Erfolg gekrönt zu sein, sah sich der Verleger doch seit Mai 1849 gezwungen, monatlich 1000 Gulden zuzuschießen, um das Unternehmen überhaupt über Wasser zu halten.

Im Frühjahr 1849 wurde das Blatt von der Gothaer Partei übernommen. Reimer, der die Verluste bis dahin durch eigene Zuschüsse aufgefangen hatte, war entschlossen, das Verlustunternehmen abzustoßen. Um das Sprachrohr ihrer Politik nicht zu verlieren, rief eine Gruppe ehemaliger Casino-Abgeordneter, darunter Dahlmann, Mathy, Gagern, Hergenhahn, Soiron, Haym und Gervinus, zur Sanierung des Blattes auf. 500 Aktienbeteiligungen im Nennwert von 40 Talern sollten verkauft werden, um das Blatt in den Besitz der sich gerade formierenden Gothaer Partei zu bringen. Von einer Verzinsung der Aktien wurde offiziell abgesehen, stattdessen eine Dividendenzahlung versprochen, »wenn sich ein Reinertrag ergibt und dieser nicht vollständig zur Tilgung der Kapitalschuld verwendet werden soll.«⁶⁶

Daß sich nach dieser wenig verheißungsvoll klingenden Ankündigung wirklich nur Liberale beteiligten, »denen an der Förderung der Sache gelegen ist«, kaum indes an der Mehrung ihres monetären Einsatzes, ist anzunehmen. Auch nach der offiziellen Umwandlung der DZ in das Parteiorgan der Gothaer im August 1849 waren erst 166 Aktien verkauft worden. Lud-

⁶³ DZ vom 12. 8. 1848.

⁶⁴ Fallenstein an Gervinus am 26. 11. 1848, HH 2523.

⁶⁵ DZ vom 28. 3. 1849.

⁶⁶ Aufruf vom 31. 5. 1849 zum »Ankauf und Betrieb der Deutschen Zeitung«, Nachlaß H. v. Gagern, BAFm., dort auch das folgende Zitat.

wig Häusser, der dem in Gotha gebildeten »Provisorischen Ausschuß« nicht angehörte, kommentierte die Vorgehensweise der Gothaer recht kritisch: »Man findet die Bedingungen so, daß die Leute nicht darauf eingehen wollen. Es wird eingewandt, daß der Rest des Aktienkapitals nach Abzug des Kaufpreises für eine sehr kurze Zeit zu einer spärlichen Unterstützung des Unternehmens selbst ausreiche ... Ich fürchte, der Widerstand wird auch von anderen Seiten kommen, die Aktienzeichnung scheitern und Reimer dann die Zeitung ohne Entschädigung aufgeben oder sich schlechtere Verkaufsbedingungen gefallen lassen müssen.«⁶⁷

Ein weiteres Rundschreiben vom 3. August 1849 teilte den Aktionären, die auch nach eigenem Verständnis hier mehr Spender als Teilhaber waren, mit, daß »durch Vertrag vom Heutigen mit der Verlagshandlung der provisorische Ausschuß aus den vorhandenen Mitteln den Verlust bei dem Betriebe des Blattes durch monatliche Zuschüsse deckt.«⁶⁸ Im Gegenzug zur Gothaer Unterstützung, die aus dem gesammelten Aktienkapital floß, gab Reimer die Unabhängigkeit der Redaktion preis – ein Schachzug, der dem Blatt nicht zum Vorteil gereichen sollte.⁶⁹ Da das Kapital aus den verkauften Aktien längst nicht ausreichte, die Zeitung ganz zu erwerben – Häusser berichtete, »daß (Soiron) mit seinen Werbungen für Aktien für die DZ ... auf Schwierigkeiten stoße«⁷⁰ – wurde der Erwerb, wie es diplomatisch hieß, »dem Zeitpunkte vorbehalten, welcher die Übernahme als thunlich und rathsam erscheinen läßt«, und weiter zur Zeichnung von Aktien aufgerufen.⁷¹ Seit dem 24. September 1849 mit dem Impressumszusatz »unter Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses,« verlautbarte die DZ offiziell, ihr »Bestehen ... sei gesichert durch die geistigen und materiellen Mittel der Partei.«⁷² Daß zumindest die materiellen Mittel zur Konsolidierung nicht ausreichten, zeigte sich bald.

In den Sommermonaten des Jahres 1849 erschienen viele Nummern ganz ohne Anzeigen, auch die geänderte Erscheinungsweise hatte kaum neue Leser anzuziehen vermocht, und die Auflage stagnierte bei keineswegs kostendeckenden 2000 Exemplaren. Ähnlich wie Bassermann im Jahr zuvor, begann Reimer nach neuen Geldquellen Ausschau zu halten. Am 15. November 1849 bot er der preußischen Regierung eine Beteiligung an dem Zeitungsunternehmen an. Wenig später war der Kauf von 20 Aktien vereinbart, darüber hinaus garantierte die preußische Regierung eine Festabnahme von 200 Exemplaren, für die 400 Gulden mehr als der normale Abonnementpreis bezahlt wurde. Die Motive dieser Abmachung sind erläutert wor-

⁶⁷ Häusser an Mathy am 14. 7. 1849, in: Teilnachlaß Mathy, BAFfm.

⁶⁸ Aufruf vom 3. 8. 1849, Nachlaß H. v. Gagern, BAFfm.

⁶⁹ Vgl. den Wortlaut des Aufrufs vom 3. 8. 1849: Dem provisorischen Ausschuß »wird in Verbindung mit dem Centralausschuß von Gotha Mitwirkung bei der Redaktion, bei der ökonomischen Einrichtung und Aufnahme der Artikel, welche der Centralausschuß einsendet, zugesichert.« Ebd.

⁷⁰ Häusser an Mathy am 14. 7. 1849, Teilnachlaß Mathy; BAFfm.

⁷¹ Aufruf vom 3. 8. 1849, Nachlaß H. v. Gagern, BAFfm.

⁷² DZ vom 24. 9. 1849.

den, hier geht es um deren wirtschaftliche Konsequenzen. Zunächst sollte das zu größter Sorge Anlaß gebende Anzeigengeschäft von der preußischen Beteiligung profitieren. Die preußischen Justiz-, Handels- und Finanzministerien hatten Annoncen zugesagt, und Mathy bat Ende September 1849 um weitere »Inserate der Schuldentilgungskasse, der Seehandlung, der Eisenbahndirektionen, der Bank, gerichtliche Kundmachungen und dergleichen«. ⁷³

Die Ausgaben der nächsten Monate illustrieren, daß solchen Gesuchen nur sehr vereinzelt stattgegeben wurde. Am 27. Dezember 1849 erschien als erstes preußisches Inserat eine Suchanzeige des Königlichen Stadtgerichts Berlin, das nach Inhabern vermißter Pfandbriefe und Staatsschuld-scheinen fahndete. Gleich am nächsten Tage annoncierte das Königlich Preußische Kreisgericht Erfurt eine »Edictal-Vorladung« und auch die preußische Rentenversicherungsanstalt meldete sich mit gelegentlichen Anzeigen zu Wort, aber schon im Frühjahr 1850 versiegten diese Quellen wieder. Nur das Abonnement der 200 Exemplare wurde immer wieder erneuert. Die Bitte Reimers um einen Vorschuß von über 5000 Talern lehnte Mantuffel mit den Worten ab, »ein Abonnement auf einige hundert Exemplare unter der Bedingung, daß dieselben von der Redaktion kostenfrei kolpor-tiert würden, wäre das Höchste, was ich für die Zeitung tun könnte«. ⁷⁴

Die preußische Unterstützung konnte das finanzielle Desaster nicht mehr aufhalten. Immer breiter wurde die Kluft zwischen geringer Auflage und fehlenden Anzeigen sowie kaum verringerbaren Kosten für Herstellung und Honorare. Im Februar 1850 waren 213 Aktien gezeichnet worden; es ist anzunehmen, daß ihr Reinertrag von 4260 Talern in erster Linie für die Deckung der bisherigen monatlichen Verluste verwendet wurde. Da Reimer seit Mai 1849 gezwungen war, monatlich 1000 Taler zuzuschießen, und dieser Betrag ab September 1849 vom gesammelten Aktienkapital gedeckt wurde, läßt sich die Erschöpfung dieser Mittel zeitlich auf den Beginn des Jahres 1850 datieren. Diese Annahme bestätigt auch ein Schreiben Mathys an Reimer vom 7. Februar 1850, in dem er offen eingesteht, sie seien »außerstande, die Korrespondenzen vom letzten Semester zu bezahlen, zu welchen wir mit täglichen Briefen gemahnt werden, wir wissen nicht, woher am Schlusse des Februars den ... Monatsbedarf nehmen.« ⁷⁵

Die Lage spitzte sich so zu, daß mittlerweile auch vor geschäftlichen Gratwanderungen nicht mehr Halt gemacht wurde. Daß es vereinzelt sogar zu Bestechungsversuchen kam, dokumentiert ein Brief Clothilde Koch-Gontards, die »nicht das Gefühl (hat), daß die Erhaltung jenes Blattes für die gute Sache so wesentlich ist ... Herr von Stosch oder wie er heißt, wirkt

⁷³ Mathy an Beckerath am 24. 9. 1849, in: F. D. BASSERMANN/K. MATHY, 1882, S. 285.

⁷⁴ O. JÖHLINGER, 1920.

⁷⁵ Mathy an Reimer am 7. 2. 1850, GLA 48/1037. Die Idee, zur Deckung der offenen Beträge nun den zweiten Teil des Aktienbetrages einzuziehen, gaben die Zeitungsmacher bald auf, da »bei der jetzigen Stimmung die Aufforderung zur Einzahlung der 2. Hälfte des Aktienbetrages nur mangelhaften Erfolg haben (dürfte), ... daß viele die Zahlung verweigern würden.« Ebd.

auch in diesem Sinne und hat, unter uns gesagt, Moritz Bethmann durch meinen Mann einen preußischen Adlerorden dritter Klasse geboten, wenn er sich bei dieser Sache stark beteiligen wolle.«⁷⁶ Es scheint nicht zu einer Bethmannschen Beteiligung gekommen zu sein, und obwohl die preußische Regierung ihr Abonnement von 200 Stück Ende Mai 1850 noch einmal verlängerte – Clothilde Koch-Gontard notierte, »die Deutsche Zeitung habe so viel Moschus einbekommen, daß sie noch eine Weile fortvegetieren wird«⁷⁷ – erschien der wirtschaftliche Zusammenbruch vorprogrammiert.

Reimer verkaufte das Blatt zum 1. Juli 1850 an die Brönnersche Buchhandlung, hinter der sein Schwager Winter aus Heidelberg stand. Die Autoren eines letzten Rundschreibens, mit dem noch einmal eindringlich zur Unterstützung jenes Organs aufgerufen wurde, das »den nationalen Einheitsgedanken treu bewahrt, siegreich vertheidigt und beharrlich der Verwirklichung entgegenführen hilft,« waren von ihrer eigenen Partei längst überholt worden, die sich aus der Verbindung mit der DZ jetzt zurückzog und den Impressumszusatz »unter Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses« Ende Mai hatte streichen lassen.⁷⁸

Unter Winter gewann das Blatt seinen unabhängigen Status zurück, doch staatliche Zuschüsse und Inserate blieben jetzt aus. Mitzenius, seit kurzem wieder Redakteur des Blattes, malte ein aussagekräftiges Szenario der mißlichen Verhältnisse: »Die Finanzzustände sind die schlimmsten. Die disponiblen Mittel sind erschöpft, und um den Fortbestand möglich zu machen, muß der Verleger das Risiko des Ausfalls übernehmen ... Winter aus Heidelberg ist keinesweges gesonnen, die Zeitung auf eigene Hand zu halten und große Mittel darauf zu verwenden. Er rechnet auf erneute Unterstützung und auf Einsparungen. Was zur würdigen Führung des Blattes gehört, davon hat er, wie ich fürchte, keinen Begriff. Sie mögen sich also die peinliche Lage der Redaktion denken, die neues Interesse für ein gesunkenes Blatt erwecken, Neues und Gehaltvolles bieten soll, während sie auf der anderen Seite mit den äußersten Einsparungsrücksichten zu kämpfen hat.«⁷⁹ Seine interne Einschätzung wird durch das Urteil Fallensteins bestätigt, der Ende September 1850 gegenüber Gervinus bemerkte: »Die DZ wird kaum das letzte Quartal dieses Jahres durchleben und ich habe vorgestern den guten Mitzenius hoffnungslos und muthlos gefunden.«⁸⁰ Weiteres Zahlenmaterial ließ sich für das zweite Halbjahr 1850 nicht ermitteln, doch die Kommentare der Zeitgenossen zeigen die Richtung klar an, in welche die ökonomische Lage wies. Zum Jahresende stellte Winter die Deutsche Zeitung ein. Das Ende eines mißglückten wirtschaftlichen Experiments bestand »in der

⁷⁶ C. Koch-Gontard an H. v. Gagern am 17. 5. 1850, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 169f. Ebd. ihr Kommentar zu diesem Bestechungsversuch: »Ich liebe solche Mittel und Wege nicht, und glaube auch nicht, daß sich die Zeitung gewaltsam halten läßt.«

⁷⁷ C. Koch-Gontard an H. v. Gagern am 22. 5. 1850, ebd., S. 175.

⁷⁸ Aufruf vom 20. 6. 1850, Nachlaß H. v. Gagern, BAFfm.

⁷⁹ Mitzenius an Gervinus am 27. 9. 1850, HH 2527.

⁸⁰ Fallenstein an Gervinus am 22. 9. 1850, HH 2525.

Hinterlassung einiger Tausend Taler Schulden, zu deren Zahlung sich niemand berufen oder verpflichtet glaubte.«⁸¹

Die Geschichte der Deutschen Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen ist eine Geschichte des Mißerfolgs. Dafür waren einmal betriebswirtschaftliche Schwächen verantwortlich wie der konstante Mangel an gewinnbringenden Anzeigen. Ein Anzeigenertrag, der knapp zwölf Prozent der Gesamtkosten ausmachte, konnte nicht einmal im Ansatz kostendeckend wirken. Daß dieses Grundproblem des Kostengefüges wesentlich durch volkswirtschaftliche Gegebenheiten wie die geringe Anzahl nationaler Dienstleister und Produktanbieter ausgelöst wurde, ist deutlich geworden.

Daneben schien auch die neue Erscheinungsweise ab Januar 1849 ein planerischer Fehler gewesen zu sein. Zwar sind keine detaillierten Kosten der neuen Doppelausgabe vorhanden, doch aus der zeitgenössischen Korrespondenz läßt sich eine deutliche Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage herauslesen. Die erheblichen Zusatzkosten für Herstellung, Honorare und Vertrieb, welche eine Morgen- und Abendausgabe mit sich brachte, hatten sich nicht durch neue Abonnenten abfangen lassen. Die Hoffnung, den Leserkreis durch mehr und häufigere Neuigkeiten zu erweitern, erwies sich als betriebswirtschaftliche Illusion.

Schließlich dominierte die politische Wirklichkeit das wirtschaftliche Gedeihen der Deutschen Zeitung zu stark. Die DZ war als national ausgerichtetes Programmblatt konzipiert, trat entschieden für einen kleindeutsch-konstitutionellen Liberalismus ein und wurde zum Sprachrohr der Gothaer Partei. Von dieser, im zeitgenössischen Vergleich neuen, dezidiert nationalliberalen Orientierung fühlte sich jedoch nur ein Publikum angesprochen, das politisch erst im Entstehen begriffen war und das sich sozial aus einem begrenzten bürgerlichen Umfeld rekrutierte, welches quantitativ nur einen Bruchteil der vormärzlichen Gesellschaft darstellte. Daß das Programm dieser Liberalen sowohl politisch wie auch sozial über zu wenig Rückhalt verfügte, brach der Zeitung schließlich ihr ökonomisches Rückgrat.

Die Deutsche Zeitung als wirtschaftliches Unternehmen hat dieses Geflecht sich überkreuzender Bedingungen nicht überlebt. Wie stark die politische Geschichte der Revolutionsjahre sich auf die ökonomische Geschichte der Zeitung auswirkte, kommt auch in der politischen Trauer einer Leserin zum Ausdruck, die in den letzten Erscheinungstagen des Blattes einem Freund gegenüber bemerkt, »es ist, lieber Buhl, in mir eine große Wehmut, ein tiefer Schmerz über unsere vaterländischen Angelegenheiten. Preußen hat seine Aufgabe nicht verstanden und hat uns damit vernichtet. Es wird noch mancherlei kommen, was uns nicht gefallen kann.«⁸²

⁸¹ L. SALOMON, 1900/06, S. 428.

⁸² C. Koch-Gontard an Franz Peter Buhl am 3. 12. 1850, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 220

5. Redaktionelle Organisation und Vertrieb

Berufsethos und Arbeitsdisziplin werden tragende Bestandteile bürgerlicher Kultur im 19. Jahrhundert. Seit den 40er Jahren begleiten Arbeitsteilung, Professionalisierung und allmählich auch marktwirtschaftliche Vernetzung die beginnende Industrialisierung in den deutschen Staaten. Bergbau, Textil- und Maschinenindustrie erleben Modernisierungsschübe, die Eisenbahn beginnt die vielen Landesgrenzen zu überwinden, und Banken und Versicherungen entwickeln sich schrittweise zu modernen Organisationen.

Für das Zeitungswesen wird der Durchbruch zu modernen Unternehmensformen indes nach der Jahrhundertmitte angesetzt und auch zu diesem Zeitpunkt erst von der Existenz einer hauptamtlichen Redaktion gesprochen.¹ Die Entwicklung von Arbeitsteilung und Rollenspezifizierung am Arbeitsplatz im Zeitungsbereich erst parallel zur beginnenden Hochindustrialisierung anzusetzen, muß Vorläufer innerbetrieblicher Modernisierung unberücksichtigt lassen. Ihre interne Organisation von Nachrichtenbeschaffung und -auswahl über Präsentation bis zum gesamtdeutschen Vertrieb weist die Deutsche Zeitung jedoch als einen solchen Vorläufer aus. Die unterschiedlichen Abläufe dieser Produktionskette im einzelnen zu beleuchten, kann klären, inwieweit auch die betriebliche Alltagspraxis bereits von jenen Modernisierungsimpulsen erfaßt war, die schon die erste Jahrhunderthälfte so nachhaltig prägen.²

Im Vertrag Bassermanns mit den Herausgebern vom 10. März 1847 legte § 2 fest, daß »die Herren Mittermaier, Gervinus und Häusser in Gemeinschaft mit Herrn Carl Mathy ... die Leitung der Redaktion dieser Zeitung übernehmen ... sollen. Sie bestimmen sowohl die Richtung der Zeitung überhaupt als auch die einzelnen Artikel, welche darin aufgenommen werden sollen.«³ Die Einstellung neuer Mitarbeiter sowie die Festsetzung von Gehältern hatte in Abstimmung mit dem Verleger zu erfolgen. Eine solche Aufteilung redaktioneller und personeller Verantwortung hob sich scharf von den ansonsten praktizierten Arbeitsverhältnissen der Branche ab, wo nur der Eigentümer Personalentscheidungen vornahm und fast immer auch die redaktionelle Richtung bestimmte.⁴

¹ O. GROTH, 1948, S. 378 f.

² In allen neueren deutschen Pressearbeiten blieb diese Thematik weitgehend unberücksichtigt, vgl. N. DEUCHERT, 1983, H. MÜLLER, 1986, J. FRÖLICH, 1990; H. TAUSCHWITZ, 1981; M. v. RINTELEN, *Zwischen Revolution und Restauration*, 1994. Angelsächsische Autoren dagegen integrieren den betrieblichen Alltag in ihre Verlags- oder Zeitungsstudien, vgl. J. POPKIN, *News*, 1989, Kap. 4 und 5; R. DARNTON, 1979, Kap. 5.

³ Vertrag in HH 2539/40 sowie abgedruckt bei: A. BECKER, 1937, S. 378 ff.

⁴ Bei der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« beispielsweise schien Johann Georg Cotta mehr wie ein Patriarch geherrscht zu haben, er kündigte und stellte nach eigenem Belieben ein und setzte auch die Honorare nach persönlichem Ermessen fest. Vgl. Höfkens Briefe an Gervinus in: HH 2539, abgedruckt auch in: K. KOSZYK, Höfken, 1978, S. 88–103.

a) Nachrichtenbeschaffung

Der erste Schritt in der Zeitungsproduktion der DZ war die Nachrichtenbeschaffung. Früh, vielleicht gegen 6.30 Uhr, schien Höfken, dem die technische Koordination unterstand, in die Redaktion gekommen zu sein, um die eingetroffene Post zu bearbeiten.⁵ Das Reservoir an Neuigkeiten, welches für das Gedeihen der Zeitung unverzichtbar war, speiste sich aus fünf unterschiedlichen Quellen.

Erste und wichtigste Quelle der Nachrichtenbeschaffung waren die professionellen Korrespondenten der Deutschen Zeitung. Mit professionell werden heute hauptberufliche und spezifisch ausgebildete Mitarbeiter assoziiert, doch für den Vormärz galten diese Kriterien noch nicht. Die Mitarbeiter der Deutschen Zeitung übten diese Tätigkeit überwiegend nebenberuflich aus und gingen tagsüber anderen Berufen nach; waren sie Publizisten, schrieben sie meist auch für andere Blätter. Bei der Rekrutierung von Korrespondenten dominierten als Auswahlkriterien liberale Verdienste und bürgerliche Beziehungen. Welche Bedeutung dem »politischen Kapital«, wie Wolfgang Kaschuba es hier genannt hat⁶, dabei zufiel, kann ein Brief des Braunschweiger Juristen August Gottlieb Spohr illustrieren, der im Juni 1847 bedauerte, dem Antrag »Korrespondent der Deutschen Zeitung zu werden, aufgrund meiner öffentlichen Stellung nicht nachkommen (zu können), (die) leider nicht unabhängig genug ist.«⁷ Statt dessen schlug er drei andere Männer vor, die »freisinnig und voll (bereit), dem Fortschritt im öffentlichen Leben zu dienen.« Diese drei, der Gymnasiallehrer Wilhelm Assmann, der Hofrat Dr. Liebe und der Anwalt E. Lucius, alle in Braunschweig ansässig, empfiehlt Spohr ausdrücklich aufgrund ihrer beruflichen Stellung sowie ihrer politischen Meriten.

Neben fachlichen und politischen Verdiensten spielten auch private Beziehungen bei der Anwerbung von Mitarbeitern eine Rolle, wenn auch in geringerem Umfang. So war der preußische Generallandschaftsrat Alfred v. Auerswald Gervinus durch den ehemaligen preußischen Oberpräsidenten Theodor v. Schön vermittelt worden, dessen Schwager er war.⁸ Als Anknüp-

⁵ Höfken schien ganz in der Nähe, vielleicht sogar im selben Haus zu wohnen. Vgl. seinen Brief an Gervinus am 24. 3. 1847: »In Heidelberg hätte ich mich also für Juni, Juli, August und September jungesellenmäßig einzumieten, eine Arbeits- und eine Schlafstube würden genügen (recht still gelegen, wo möglich in der Nähe des Redaktionslokals, wenn nicht gar bei demselben).« In: K. KOSZYK, Höfken, 1978, S. 101.

⁶ W. KASCHUBA, Deutsche Nation, 1988, S. 102. Vgl. zur Verwendung des Kapitalbegriffs grundlegend P. BOURDIEU, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: R. KRECKEL (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, 1983, S. 183–198.

⁷ Vgl. Spohr an die DZ am 26. 6. 1847, sowie die Briefe der drei Empfohlenen, alle an die DZ gerichtet: Dr. Wilhelm Assmann am 19. 6. 1847, E. Lucius am 24. 12. 1847 und Dr. Liebe am 15. 9. 1847, alle in: HH 2539.

⁸ Vgl. Bardeleben an Gervinus am 18. 4. 1847: »Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir im Auftrage meines Onkels, des Generallandschaftsrats v. Auerswald, als Erwiderung auf ihr geehrtes Schreiben vom 10. d. M. eine genaue Darlegung der bis zu diesem Augenblick hier stattgefundenen Ereignisse zu übersenden.« Als Nachschrift fügte Auerswald selbst hinzu: »indem ich

fungspunkte konnten verwandtschaftliche Beziehungen, ebenso aber auch gemeinsames Studium, Vereinsmitgliedschaft oder persönliche Freundschaft dienen. Beim Aufbau eines weitgespannten Korrespondentennetzes scheint in der Deutschen Zeitung jedoch der Nachweis liberaler Gesinnung, also das »politische Kapital«, jenes »soziale Kapital« aus Verwandtschaft oder bürgerlichen Geselligkeitsformen weit überlagert zu haben.⁹

Neben den Korrespondenten hatten auch die Herausgeber wesentlichen Anteil an der Beschaffung von Nachrichten. Mathy lieferte regelmäßig Berichte der badischen Kammerverhandlungen¹⁰, Höfken verfaßte umfangreiche wirtschaftspolitische Stellungnahmen, und Gervinus war es, der im ersten Erscheinungsjahr den größten Teil der Leitartikel schrieb, ab Februar 1848 sogar fast täglich die Feder auf der ersten Seite führte,

Als zweite Quelle der Nachrichtenbeschaffung dienten Korrespondenzbüros in Berlin und Paris. Neben dem Pariser Büro Delaire spielte vor allem das Berliner Büro eine wichtige Rolle. Dieses Serviceunternehmen, das auch andere Zeitungen bediente, lieferte der DZ vor allem Berichte über die Debatten der Berliner Nationalversammlung.¹¹

Als dritte Nachrichtenquelle wurden andere Zeitungen und Zeitschriften sowie die Berichte großer Handelshäuser herangezogen. Ähnlich wie die meisten überregionalen Blätter übernahm auch die DZ Teile ihrer Berichterstattung aus bereits anderswo veröffentlichten Artikeln. Eine Aktennotiz Ludwig Häussers belegt, daß alle überregionalen deutschen Tageszeitungen morgens in der DZ-Redaktion eintrafen, darunter die Augsburger »Allgemeine Zeitung«, die »Weserzeitung«, der »Hamburger Correspondent«, die »Oberpostamtszeitung«, die »Vossische« und die »Königsberger Zeitung«.¹² Ein Vertrag mit dem Heidelberger Lesekabinett »Museum« regelte darüber

diesen Worten meines Neffen, eines Sohnes des preussischen Abgeordneten v. Bardeleben noch meinen ergebensten Dank ... abstatte ... glaube ich, daß ... Ihnen das Vorstehende nicht unangenehm sein werde.« In: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 213 ff.

⁹ Vgl. W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 102. Unter den Korrespondenten gab es auch Mistföner, wie mehrere Briefe an die Redaktion bescheinigten. Vgl. ein Schreiben des Berner Korrespondenten Dr. Snell an Mathy am 1. 12. 1847: »Ihr Baseler Korrespondent ist ein Erzwindbeutel«, sowie am 30. 12. 1847: »Es ist sehr zu bedauern, ... daß ein Artikel – »* vom Neckar« in Nr. 169 – das Vertrauen in dieses Blatt zwar nicht ganz zerstört, aber doch sehr gemindert hat. Die Redaktion ist hier von einem Mephistopheles getäuscht worden ... Warnen Sie doch Gervinus vor solchen Korrespondenten. Diese sind verkappte feile Schergen der Diplomatie.« Beide Briefe in: L. MATHY (Hrsg.), *Nachlaß*, 1898, S. 70 ff.

¹⁰ Vgl. DZ vom 15. 1. 1848: »Infolge eines Übereinkommens mit den Herausgebern der ›Deutschen Zeitung‹ wird der Herausgeber der ›Landtagszeitung‹, (Karl Mathy) die Berichte über die Kammerverhandlungen künftig in der ›Deutschen Zeitung‹ liefern. Die ›Landtagszeitung‹ erscheint daher nicht mehr.«

¹¹ Vgl. die »15 lithographisch vervielfältigten Berichte des Berliner Korrespondenzbureaus«, HH 3777.

¹² Daneben wurden abonniert: Nürnberger Correspondenz, Fränkischer Merkur, Münchner politische Zeitung, Schwäbischer Mercur, Karlsruher Zeitung, Oberrheinische Zeitung, Kölner Zeitung, Aachener Zeitung, Bremer Zeitung, Frankfurter Journal, Deutsche Allgemeine Zeitung, Allgemeine preussische Zeitung, Breslauer Zeitung. Angaben alle nach dem »Verzeichnis Häussers aller Zeitungen, die zur Übernahme von Artikeln in die DZ in Frage kommen«, Nr. 46 in HH 3777.

hinaus den »gegenseitigen Austausch von politischen Tageblättern und Zeitschriften« des Auslands.¹³ Das »Museum« überließ der DZ unter anderem die »Times«, den »Moniteur«, das »Journal des Débats« und den »National« für eine dreistündige Durchsicht.

Im Laufe des frühen Vormittags werden Höfken, Rochau und Marggraff diese Blätter auf Interessantes hin durchgesehen und daraus exzerpiert haben. Doch möglichst vor Mittag noch mußten die Zeitungen dem »Museum« zurückgegeben werden, wobei »die Redaction der ›deutschen Zeitung‹ ... sich verbindlich (macht), das Dienstpersonal zur möglichsten Pünktlichkeit anzuhalten.«¹⁴ Etwas weniger Eile war mit den ausländischen Revuen und Zeitschriften geboten, darunter die »Revue des Deux Mondes«, »Revue Indépendante«, »Edinburgh Review«, »Foreign Quarterly Review« und die »Janusboten«, welche erst drei Tage später an das »Museum« zurückgegeben wurden. Daneben hatte die DZ-Redaktion noch zahlreiche ausländische Tageszeitungen abonniert, darunter den »Morning Chronicle«, den »Constitutional«, den »Observateur Bordelais«, das »Amsterdamer Handelsblad«, die belgische »Indépendance« und das »Eco del Commercio«, welche im Gegenzug wieder an das »Museum« ausgeliehen wurden.¹⁵

Bei der Sammlung ausländischer Nachrichten aus diesen Quellen fällt das Übergewicht der englischen und französischen Presse auf. Neben der politischen Vorbildfunktion dieser Länder war auch der ökonomische Aspekt von Bedeutung, daß die großen Zeitungen aus Paris und London auch überseeische Ereignisse behandelten und sich das kostspielige und meist unpünktliche Abonnement eines nordamerikanischen Blattes damit erübrigte. Zeitungen aus den Niederlanden, aus Belgien, Spanien und Italien wurden in geringerer Anzahl gehalten, osteuropäische Blätter gab es kaum. Neben der nur schwach ausgeprägten Presselandschaft waren vor allem die politischen Verhältnisse im Osten für die schlechte Nachrichtenversorgung verantwortlich, wie ein Brief des Breslauer Historikers und DZ-Korrespondenten Richard Roepell illustriert: »Eine Hauptschwierigkeit finde ich zunächst darin, daß selbst hier an der äußersten Grenze unseres deutschen Lebens es ... bisher so gut wie unmöglich gewesen ist, zuverlässige Nachrichten über Zustände und Vorgänge in jener Welt zu erhalten. Der Verkehr mit dem Osten ist so gut wie ausschließlich auch hier nur ein Handelsverkehr ... Der letztere Ort ist der äußerste Punkt dieses Verkehrs: weiter nach Osten, nach den Donauprovinzen, nach Odessa besteht eben so wenig eine Verbindung irgend welcher Art, als nach Ungarn. Mit dem Königreich Polen, nach Warschau also, Wilna u. s. w. hat unsere Kaufmannswelt gleichfalls nur eine höchst schwache Verbindung ... Neben diesem doch immer sehr beschränk-

¹³ Siehe »Vertrag zwischen dem Museum in Heidelberg und der Redaction der deutschen Zeitung über den gegenseitigen Austausch von Zeitungen und Zeitschriften«, in: HH 2540.

¹⁴ Ebd., §6.

¹⁵ Daneben auch: La Presse, Spectator, Union Catholique, Arnheimer Zeitung, Contemporaneo, Telineo. Die Aufzählung in: H. MÜLLER, 1986, S. 236, ist hier unzuverlässig und führt falsche Namen auf.

ten Handelsverkehr findet aber kein anderer statt ... Auch glaube ich nicht, daß sich neue Verbindungen der Art mit Rücksicht auf die Zeitung werden anknüpfen lassen. Nicht leicht wagt es in Warschau und dem Königreich jemand über politische Verhältnisse irgend ein Wort niederzuschreiben oder gar einem Briefe ins Ausland anzuvertrauen ... die Fäden wieder anzuknüpfen wird es längere Zeit bedürfen und ein Deutscher darf nicht hoffen in diese Geheimnisse eindringen zu können«. ¹⁶

Aus Roepells Brief wird klar, daß zuverlässige Nachrichten aus dem Baltikum, aus Polen, Rußland und anderen slawischen Gebieten, wenn überhaupt, nur über den Handelsweg erhältlich waren. Doch gerade diese Quelle gelang es der Redaktion mit Hilfe ihres Frankfurter Korrespondenten Georg Varrentrapp anzuzapfen. Handelsberichte angesehenen Handelshäuser waren als Nachrichtenquellen grundsätzlich erstrebenswert, da sie meist schnell und zuverlässig über entfernte Ereignisse informierten und dabei oft Gegenden abdeckten, in denen auch große Zeitungen keinen Korrespondenten sitzen hatten. Varrentrapps Vermittlung ermöglichte es, jetzt auch die »meist gedruckten oder lithographierten, ... alle 1, 2 bis 4 Wochen ausgegebenen Berichte« der großen Handelshäuser in Antwerpen, Amsterdam, LeHavre und Bordeaux sowie in Stettin, Rostock, Rotterdam, London, Marseille, New York zu beziehen. ¹⁷ Daneben wurde die DZ mit Handelsberichten aus Petersburg, Riga, Odessa und Triest beliefert, welche die fehlende osteuropäische Nachrichtenversorgung in Teilen kompensieren konnten.

Als vierte Quelle der Nachrichtenbeschaffung dienten der DZ offizielle und inoffizielle Verbindungen zu staatlichen Stellen und Ministerien. Die soziale Verankerung ihrer Korrespondenten im mittleren und gehobenen Bürgertum, die sich auch in zahlreichen guten Verbindungen zu Ministern, hohen Beamten, Diplomaten und führenden Militärs niederschlug, trug wesentlich dazu bei, diese Form der Nachrichtenbeschaffung zu ermöglichen. Vor allem aus solchen Kanälen schöpfte die Redaktion, wenn auch spärlich, so oft die interessantesten und aktuellsten Nachrichten, die von »normalen« Journalisten so nicht erhältlich gewesen wären

Unter diese Nachrichtenquelle fiel einmal der hochkarätig besetzte Aufsichtsrat. Der Briefwechsel des lange Zeit eng mit dem preußischen Kronprinzen befreundeten Karl v. Vincke mit Gustav v. Below, einem königli-

¹⁶ R. ROPELL, 1950, S. 307 ff.

¹⁷ Varrentrapp an Gervinus o. D. in: HH 2528. Zur Qualität der Berichte vgl. Varrentrapp, ebd.: »Ich bin ... mit Hilfe meines Bruders ... gern erböthig, der Redaktion ... die Handelsberichte der angesehensten Handelshäuser ... zuzuschicken... Die aus den sechs zuerst genannten Städten werden sehr gut sein. Aus Manchester und Leeds wird das Haus meines Schwagers duFay & Co. seine monatlichen Berichte an die mir anzugebende Adresse in Heidelberg direkt einsenden, diese Berichte sind schon im Parlament als besonders gut erwähnt worden ... Aus diesen und ähnlichen Berichten entnehmen auch die 2 besten deutschen Handelszeitungen ... ihre Notizen; ihre Artikel sind größtenteils aus jenen Berichten pure abgedruckt. Sehr gut wäre es, wenn man sich noch von dem Hause Suse & Sibeth in London dessen Berichte erbäte, die ganz ausgezeichnet sind.«

chen Adjutanten, belegt, daß Vincke es für legitim hielt, der DZ »die es wirklich gut mit Preußen meint, mitunter einen gut unterrichteten Artikel zuzusenden oder von anderen zusenden lassen.«¹⁸ Vincke selbst schrieb unter Pseudonym für die Zeitung und verteidigte gegenüber Below den Wert solch inoffizieller Information mit den Worten: »Sie erinnern sich des Artikels in der Deutschen Zeitung, den Sie mir (mißbilligend) in Berlin zeigten, und der im Bodelschwingschen Sinne die Frage über die Rechtsbeständigkeit des Patents durch die Wahlen für entschieden ... erklärte. Infolge dieses Artikels, der mir offenbar aus einer halboffiziellen Quelle geflossen zu sein scheint, um der öffentlichen Meinung an den Puls zu fühlen, folgte aus Berlin, vom Rhein, aus Schlesien, aus Pommern eine Reihe sehr kräftiger Artikel dagegen; ich hoffe, daß, wenn jener erste Artikel aus solcher Quelle geflossen, die Erwiderungen darauf nicht ohne nützliche Folgen geblieben sein werden.«¹⁹

Inoffizielle Nachrichtenkanäle ergaben sich auch durch hochgestellte Korrespondenten wie den Prinzen Löwenstein in London, der sich »als Angestellter der hiesigen, preußischen Gesandtschaft ... im täglichen Austausch mit dem Prinzen befinde(t)« und im gleichen Schreiben um Aufnahme seines beiliegenden Artikels bat.²⁰ Auch der gute Draht der DZ-Herausgeber zur badischen Regierung sollte diesbezüglich Früchte tragen. Als beispielsweise ein hoher badischer Beamten eine demokratische Stellungnahme zugunsten Heckers abgegeben hatte, beriet sich Ministerpräsident Bekk persönlich mit Mathy, wie die Regierung sich zur Publikation des Falles stellen sollte: »Sprechen Sie darüber mit Mittermaier, Gervinus und Mohl und teilen Sie mir die Ansicht gefälligst mit.«²¹

Auch nach der Übersiedlung des Unternehmens nach Frankfurt schienen die inoffiziellen Kanäle nicht zu versiegen. Karl Mathy wandte sich im Herbst 1849 an seinen Gesinnungsfreund, den rheinischen Industriellen Hermann Beckerath mit der Bitte, ob »sich nicht ein Weg finden (sollte), um sichere Nachrichten zu erhalten, bei deren Benutzung auf die größte Discretion gerechnet werden darf.«²² Ganz direkt endete Mathy mit dem Hinweis, »die Mittheilung wichtiger Kammerbeschlüsse und anderer Nachrichten auf telegraphischem Wege würde uns vor den Blättern der Gegner einen bedeutenden Vorschub geben; der Telegraph steht unter der Leitung Ihres Freundes, des Herrn v. der Heydt.« Solche Versuche, inoffizielle Kanäle stärker heranzuziehen, um Aktualität und Qualität der Nachrichten zu verbessern, finden sich immer wieder in der Geschichte der Deutschen Zeitung und illustrieren redaktionelle Methoden, die nur auf der Grundlage

¹⁸ Vincke an Below am 29. 11. 1847, in: K. v. VINCKE, 1902, S. 98 f.

¹⁹ Ebd., S. 99 f.

²⁰ Löwenstein an Gervinus am 8. 5. 1848, HH 2539.

²¹ Bekk an Mathy am 3. 7. 1848, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 325.

²² Mathy an Beckerath am 24. 9. 1949, in: F. D. BASSERMANN/K. MATHY, 1882, S. 284, dort auch das folgende Zitat.

eines hochkarätigen, politisch einflußreichen Mitarbeiternetzes möglich waren.

Fünftens flossen der Zeitung unzählige unaufgeforderte Berichte zu. Meistens reduzierte eine zu lokale und unprofessionelle Darstellungsweise den Gebrauchswert solcher Zuschriften erheblich, gelegentlich ließen sich aber auch »Edelsteine« herausfiltern, wie beispielsweise die Zuschrift des Sachsen-Meininger Staatsraths Dr. Brandis: »Die Deutsche Zeitung vom 28. dieses Monats greift in einem Aufsatz »aus dem Meiningsischen« den Geheimrath ... wegen einer ... Regierungsmaßregelung in einer Weise an, welche zu unrichtiger Beurtheilung führen muß. Erlauben mir Euer Wohlgeboren, den Sachverhalt genauer mitzuthemen ... Ich tue es nicht bloß im Interesse des hiesigen Ministeriums (dem ich als Mitglied angehöre), sondern auch aus Interesse für die DZ selbst, deren Reinhaltung von schiefen oder gehässigen Darstellungen ich aufrichtigst wünsche.«²³

b) Nachrichtenauswahl

Während sich die Redakteure im Laufe des Tages durch die eintreffenden Posthaufen arbeiteten, während der Museumsbote die ausländischen Zeitungen zur Durchsicht brachte und gelesene Revuen abholte, ging es jetzt darum, diejenigen Nachrichten auszuwählen, die in vorgegebene Kategorien paßten. Denn welchen Nachrichtentypus es abzudrucken galt, sollte nicht täglichem Wechsel unterliegen, sondern einem festen, programmatischen Schema folgen.

Grundsätzlich gab es vier unterschiedliche Kategorien, deren wichtigste, der umfangreiche Leitartikel, primär deutsche Politik zum Gegenstand haben sollte. Die Kriterien hierfür waren streng: Solche Artikel sollten »so entfernt als möglich von breiter Methode und gelehrter Behandlung, so selten als möglich von allgemein doctrinärer Natur, so oft und so sehr als möglich von den unmittelbaren Fragen des Tages angeregt sein«, und mußten, was ihre politische Tendenz anging, »in ganzer rückhaltloser Übereinstimmung mit dem aufgestellten Programm geschrieben sein, so daß ihre Bearbeiter solidarisch mit der Redaction auftreten und im Namen des Blattes reden.«²⁴

In der Presselandschaft des deutschen Vormärz waren Leitartikel noch völlig unüblich, ganz im Gegensatz zu England und Frankreich, wo eine früher entwickelte politische Öffentlichkeit dazu geführt hatte, politische Meldungen mit einem Tendenzartikel zu kommentieren. Noch 1847 erklärte dagegen der Redakteur der Frankfurter »Oberpostamtszeitung«: »Die öffentliche Aussage einer Meinung ist immer ein Wagstück und täglich

²³ Dr. Brandis an Gervinus am 5. 1. 1848, HH 2539.

²⁴ Ankündigungsschreiben vom 8. 5. 1847, vgl. dort auch: »Um von Seiten des Lesers immer ein frisches Interesse, von Seiten des Schreibers jene Unmittelbarkeit der Auffassung zu verbürgen, die den leitenden Artikeln französischer und englischer Blätter einen so großen Reiz gibt.« In: Kleine Erwerbungen Nr. 39, StA Mannheim.

zum Publikum zu reden, ist ein kühnes Beginnen, vielleicht ein vermessenes.«²⁵ Von den großen deutschen Tageszeitungen brachte allein die »Kölnische Zeitung« gelegentlich Leitartikel; die bedeutende Augsburger »Allgemeine Zeitung« lehnte diese Form der Meinungsvermittlung dagegen ab.²⁶

Neben der formalen Etablierung eines täglichen Leitartikels, die im Vormärz einmalig war, trug auch dessen inhaltliche Ausrichtung dazu bei, die DZ »kurzfristig zur modernsten deutschsprachigen Tageszeitung« zu machen.²⁷ Von der zensurbedingten Tradition, das Für und Wider deutscher Politik nie offen zu diskutieren, sondern nur verhüllt in der Kritik an auswärtiger Politik anklingen zu lassen, wurde hier dezidiert Abschied genommen. Vielmehr wollte die DZ der Diskussion nationaler Verhältnisse oberste Priorität einräumen, indem sie eine eigene Nachrichtenkategorie dafür etablierte. Auch auswärtige Politik wurde in Leitartikeln überwiegend dann thematisiert, wenn sie Symbolwirkung für deutsche Verhältnisse ausüben konnte.²⁸ Schließlich praktizierte die DZ mit ihrem täglichen Leitartikel erstmals im deutschen Vormärz eine offene Trennung von Nachricht und Meinung. Die bisher übliche Vermischung von Quelle und Vermittlung wurde aufgehoben und die angestrebte politische Beeinflussung des Lesers als solche offen gekennzeichnet.

Neben Gervinus, der in den bewegten Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1848 fast täglich die Feder zückte, traten viele andere prominente Publizisten wie Häusser, Dahlmann, Georg Beseler, Waitz, Droysen oder gelegentlich auch Ernst Moritz Arndt als Autoren hervor. Die Themen der Leitartikel hatten zumeist Kernforderungen kleindeutscher Liberaler zum Gegenstand und orientierten sich stark an den Revolutionsereignissen der Jahre 1848 und 1849. Folgeserien handelten komplexe Themen ab; eine vierteilige Artikelfolge im November 1847 kommentierte beispielsweise »Die deutsche Bundesverfassung I-IV«, und unter dem Titel »Drei politische Gänge« setzte sich die DZ im September 1847 mit der Frage Konstitutionalismus versus Monarchismus auseinander.²⁹ Vor allem, wenn es um nationale Bewegungen in nichtdeutschen Staaten ging, nahmen sich Leitartikel auch

²⁵ Zit. n.: E. SCHULZE, 1930, S. 64 f.

²⁶ So schrieb Cotta im Jahr 1848 an den Metternichschen Publizisten Zedlitz: »Ihre Ansicht, daß die Allgemeine Zeitung sich jetzt als Macht gerieren und mit täglichen leitenden Artikeln vorgehen müsse, kann ich nicht teilen. Die Allgemeine Zeitung hat die leitenden Artikel von jeher geradezu ausgeschlossen und zwar aus dem einfachen Grunde, daß sie sich nie über die Geschichte stellen zu dürfen glaubte ... Sollte sie sich von dieser Linie entfernen und versuchen, selbst Geschichte zu machen, die Geister in diese oder jene Richtung hineinzuziehen durch irgendwelche Redaktionsweisheit?«, in: E. SCHULZE, 1930, S. 65.

²⁷ G. HÜBINGER, 1984, S. 162.

²⁸ Vgl. das Programm vom 8. 5. 1847: »Wir gedenken der löblichen Sitte französischer und englischer Zeitungen zu folgen und unser eigenes Land zum Mittelpunkt unserer Mitteilungen zu machen und die öffentlichen Verhältnisse anderer Länder nur in allgemeinen Übersichten ... zu besprechen und vorzugsweise nur die Verhältnisse, die zu unseren Angelegenheiten in engerer Beziehung stehen.« In: L. MÜLLER, 1905/06, S. 179 ff.

²⁹ DZ 3.-5.9.1847, DZ 4.-7.11.1847,

der Außenpolitik an. So besprach eine mehrteilige Artikelserie im Dezember 1847 die »Politik der Mächte in der Schweizer und Neuenburger Sache«³⁰, und zwei Monate später wurden die europäischen Nationalbewegungen unter dem Titel »Aussichten der Reformen und Revolutionen in Europa« in drei Teilen erläutert.³¹

Während der Leitartikel ganz auf Meinungsbildung und -beeinflussung abhob, umfaßte eine zweite Kategorie kürzere Artikel aus dem In- und Ausland, die primär berichtender Natur waren. Solche »Tagesneuigkeiten, Correspondenzen und Bearbeitungen fremder Zeitungen«³² konnten vom Sechszweiler aus Bayern des Inhalts, »daß die Ernennung der Lola Montez zur Gräfin Landsfeld im neuesten ... Regierungsblatt erschienen (ist), aber vorerst noch nicht durch Zeitungen veröffentlicht werden« darf³³, über wörtliche Auszüge aus anderen Zeitungen, wie einem Bericht der AAZ über eine sizilianische Bauernerhebung, bei der »60 Landleute ... sich der Stadt und des Kastells ohne Blutvergießen bemächtigten und sogleich eine provisorische Regierung errichteten«³⁴, bis zu Berichten über einen chinesischen Angriff auf Hong Kong reichen, »welcher einen neuen Krieg mit ungeheurem Blutvergießen ... unvermeidlich (erscheinen) läßt.«³⁵ In diese Kategorie fielen auch die ausführlichen badischen Kammerberichte, die meist Karl Mathy verfaßte, oder auch die als Beilage erscheinenden aktuellen Parlamentsberichte aus Frankfurt. Die »verehrten Correspondenten« wurden für solche Artikel »lediglich auf die Worte des Programms und die dort empfohlene Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit der Berichte« hingewiesen.³⁶ Erläuternd wurde hinzugefügt, es sei »durchaus im Plane der Deutschen Zeitung begründet, liberal verbunden zu gehen mit allen, die in den wesentlichen Grundsätzen übereinstimmen, nur aus den leitenden Artikeln wünscht die Redaction jede bedeutende Modification derselben auszuschließen.«

In einer dritten Kategorie erschienen Rezensionen wichtiger Neuerscheinungen aus den Gebieten Politik, Geschichte, Recht, Volkswirtschaft und Literatur. Dieser Teil sollte »in keiner Weise ... einen exclusiv wissenschaftlichen oder gelehrten Charakter annehme(n)«, sondern nur grundlegende Werke aus den genannten Bereichen dem Leser vorstellen und dabei »den eigentlichen politischen Charakter (des Blattes) in keinem Theile verleugnen«. Hier konnten die »staatsrechtlichen Bemerkungen über den königlichen dänischen offenen Brief vom 8. 7. 1846, die Erbfolge in den Herzog-

³⁰ DZ 23.-26. 12. 1847.

³¹ DZ 11.-13. 2. 1848

³² Vgl. das Ankündigungsschreiben vom 8. 5. 1847, Kleine Erwerbungen Nr. 39, StA Mannheim.

³³ DZ 13. 9. 1847.

³⁴ DZ 22. 9. 1847.

³⁵ DZ 3. 9. 1847.

³⁶ Vgl. das Ankündigungsschreiben vom 8. 5. 1847 wie Anm. 32: »In diesen Raum denkt die Redaction sodann auch solche Artikel allgemeinen Inhalts zurückzuschicken, die sich vielleicht ihrer Natur nach zu leitenden Artikeln eignen würden, die aber nicht durchgehend in der Consequenz der leitenden Ansichten des Blattes liegen.« Dort auch die folgenden Zitate.

tümern betreffend von E. A. v. Kamptz« in sieben Folgen besprochen³⁷ oder die Frage flämischen Unterrichts an französischsprachigen Schulen in Belgien aufgerollt werden.³⁸ Die zunehmende Bedeutung politischer Berichte drängte diese meist »Literatur« überschriebene Kategorie jedoch bereits Ende 1847 zurück.

Eine letzte, räumlich kleiner ausfallende Nachrichtenkategorie war der Wirtschaft gewidmet. »Handels- und Börsennachrichten« berichteten über wichtige Ereignisse des europäischen Wirtschafts- und Finanzmarktes und gaben die aktuellen Kurse europäischer Aktien und Wertpapiere an.

Angesichts dieser vier Nachrichtenkategorien, welche die Deutsche Zeitung etablierte, fällt das Fehlen eines Feuilletons auf. Gerade in Baden galt den Behörden ein Feuilleton als bildungspolitisch riskant. Indem sich die DZ diesen Vorbehalten formal fügte, sie aber geschickt dergestalt uminterpretierte, daß ein Feuilleton »in politisch fortgeschritteneren Ländern die angemessene Erholung« vom politischen Alltag darstelle, in Deutschland aber reine Zeitverschwendung sei, da es hier gerade darum gehe, »sich in die ernstere Beschäftigung mit den Staatsangelegenheiten erst einzulernen«³⁹, gewann sie dem Verzicht einen nahezu staatsfördernden Charakter ab. Ebenso wurde auf einen Lokalteil verzichtet, der im Südwesten für eine stärkere Auflage gesorgt, doch die grundlegende nationale Ausrichtung des Blattes verwässert hätte. Im Verzicht auf wirtschaftlich weitaus ertragreichere, weil populärere Nachrichtenkategorien wie Lokalteil und Feuilleton dokumentiert sich die Konsequenz, mit der die Deutsche Zeitung auch formal an ihrer inhaltlichen Zielvorgabe eines nationalen Verfassungsstaats festhalten wollte. Daß in solcher Konsequenz die Gründe des späteren finanziellen Desasters bereits angelegt waren, ließ sich zunächst nicht erkennen.

Wie die DZ ihre Nachrichtenkategorisierung praktisch umsetzte, erscheint nicht nur wegweisend für eine fortschrittliche innerbetriebliche Aufgabenteilung, sondern auch für eine moderne Personalpolitik. Gervinus hatte bereits früh die Idee geäußert, die gesamte Berichterstattung auf spezifische Ressorts aufzuteilen und jedes dieser Ressorts einem entsprechenden Fachmann zu unterstellen.⁴⁰ Gegenüber Dahlmann betonte er, »daß von dem *Redacteur* (nicht) ganz so viel abhängt, wie Sie meinen, sondern von den *Redacteurs*. Wir müssen für jedes Hauptfach ... einen *Redacteur* haben, sonst ist es unmöglich, frisch zu bleiben und die Sache zu etwas mehr als einem Sammelwerk von disparaten Correspondenzen zu machen.«⁴¹ Die jeweilige Ressortverantwortlichkeit wurde schließlich folgendermaßen fest-

³⁷ DZ 24. – 30. 7. 1847.

³⁸ DZ 15. 7. 1847.

³⁹ Programm der DZ, 1847, S. 186.

⁴⁰ Vgl. H. v. Gagern an Hans-Christoph v. Gagern am 11. I. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 353.

⁴¹ Gervinus an Dahlmann am 17. 12. 1846, in: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 296 ff. Gervinus spielte mit dem Ausdruck »Sammelwerk« ganz deutlich auf die Augsburger »Allgemeine Zeitung« an.

gelegt: Gervinus war für die allgemeinen politischen Artikel speziell der Innenpolitik verantwortlich, Mathy und Höfken kümmerten sich um Industrie- und Handelsfragen, daneben war Höfken noch mit der technischen Koordination betraut. Mittermaier verantwortete Rechts- und Verwaltungspolitik, und Ludwig Häusser unterstand die Gestaltung des Rezensionsteils. Auch was die Auslandsberichterstattung anging, wurde die Verantwortung je nach Kenntnisstand verteilt: Häusser betreute Frankreich, Höfken die Niederlande, Belgien und Spanien⁴², und von den Redakteuren wurde Wiesner für die italienischen, Marggraff für die englischen Artikel herangezogen.

Die Schaffung getrennter Ressorts und deren Betreuung durch Fachleute zielte darauf ab, die Qualität der Berichterstattung zu erhöhen, die Effizienz der Redaktionsarbeit durch sinnvolle Arbeitsteilung zu verbessern und das spezifische Fachwissen der Mitarbeiter optimal auszunutzen. Andere zeitgenössische Blätter hatten eine solche Differenzierung von Arbeitsabläufen je nach individuellem Können bisher nicht verwirklicht.⁴³ Die von der DZ praktizierte Ressortverteilung mit vertraglich gesicherter Eigenverantwortlichkeit des Leiters setzte Maßstäbe für moderne Verantwortungsdelegation und effiziente Arbeitsteilung innerhalb der Zeitungsredaktion.

Einer Kategorisierung im engeren Sinne entzog sich ein bestimmter Nachrichtentypus, der den Charakter der Deutschen Zeitung ebenso prägte. Vor allem in den ersten Jahren publizierte die DZ eine Reihe oppositioneller »Adressen«, offene Briefe einer bestimmten politischen, gesellschaftlichen oder religiösen Lobby, die spezifische Mißstände anprangerten. So hatte die DZ im Januar 1848 eine Denkschrift der Elbinger Stadtverordneten veröffentlicht, mit der die »hohe Staatsregierung ersuchte (wurde), den Strafgesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, zurückzunehmen und ihn umgearbeitet, vervollständigt und von einem Gesetzentwurf über das Verfahren im Kriminalproceß begleitet, dem nächsten Vereinigten Landtag wieder vorzulegen.«⁴⁴ Indes blieb es nicht bei der Publikation. Einem Brief des rheinischen Liberalen Merckens läßt sich entnehmen, daß die »Expedition der Deutschen Zeitung ... einen besonderen Abdruck dieser Denkschrift liefern

⁴² Als Höfken sich aufgrund des Krachs mit Gervinus zurückziehen mußte, bemerkte Bassermann gegenüber Gervinus: »Belgien ist nun auf einmal zu auffällig vernachlässigt.« Bassermann an Gervinus am 6. 12. 1847, HH 2523.

⁴³ Auch in der innovativen »Rheinischen Zeitung« von 1842 waren Lokales, Politik und Wirtschaft bunt durcheinander gegangen. Nur von der »Allgemeinen Zeitung« schien der Gedanke der Ressortaufteilung ansatzweise verwirklicht worden zu sein. Gustav Höfken verdanken wir eine lebendige Schilderung des dortigen Redaktionsalltags, wobei dem Chefredakteur dort viel umfassendere Entscheidungskompetenzen zustanden. Vgl. Höfkens Brief an Gervinus vom 3. 2. 1847: »Möchte ich Ihnen ... kurz vorlegen, wie sich die Redaktionsgeschäfte bei der Allgemeinen Zeitung verteilen. Kolb führt die allgemeine Leitung, empfängt die Briefe, liest, sichtet, ändert, ordnet die Aufeinanderfolge der Artikel und das Ganze. Mebold bearbeitet den französischen, Altenhöfer den englischen Artikel ... auch wählen (beide) das Passende, welches Kolb dann noch, vielleicht weniger der weiteren Sichtung als der Redaktionseinheit wegen, vorgelegt wird.« In: K. Koszyk, Höfken, 1978, S. 93 f.

⁴⁴ DZ 28. 1. 1848.

(wird), wovon Mevissen 1000 Stück erwerben und gratis unter die Leute bringen wird.«⁴⁵ Ein andermal wurde eine Beschwerde Breslauer Bürger, gerichtet an den Magistrat ihrer Stadt, veröffentlicht, der die Verletzung protestantischer Glaubensfreiheit zum Inhalt hatte⁴⁶, ein weiteres Mal der Protest brandenburgischer Bauern unter der Führung des Gutsbesitzers v. Holtzendorff gegen das königliche Patent vom 3. Februar 1847 publiziert.⁴⁷ Neben politischen Eingaben veröffentlichte die DZ auch soziale Appelle wie beispielsweise eine großangelegte Spendensammlung für die Opfer der schlesischen Hungersnot im Winter 1847. Eine erhaltene Spendenquittung belegt, daß diese Spendenaufrufe schließlich eine Summe von 1264 Talern erbrachten, die nach Schlesien überwiesen wurde.⁴⁸ Solcherart »Nachrichten« entzogen sich zwar den vorgegebenen Kategorien, prägten das öffentliche Bild der Zeitung aber wesentlich mit.

All die Nachrichten, die der Redaktion täglich ins Haus flatterten, konnten beileibe nicht gedruckt werden. An der endgültigen Auswahl lassen sich Werte und Wertverschiebungen politischer Inhalte gut ablesen. Die Auswahl war zunächst eine Frage der Quantität, worauf Ludwig Häusser in einer Notiz Bezug nahm: »Sowohl bei Tagesneuigkeiten als auch bei informierenden Artikeln herrscht in den Deutschen Zeitungen eine beliebte Breite und tautologische Weitschweifigkeit, die teils aus den Honorarverhältnissen entspringt, theils der Censur, die Pillen möglichst eingewickelt bringen soll. Im Interesse der Deutschen Zeitung müßten solche Beiträge nur auszugsweise, oft nur in summarischem Inhalte angegeben werden.«⁴⁹ Was die Reihenfolge anging, mit der ja auch politische Prioritäten gesetzt wurden, schlug Häusser vor, mit Preußen zu beginnen, worauf Österreich, Bayern und die »Länder des Deutschen Bundes, in der Reihenfolge, welche (sie) in der Hierarchie des Deutschen Bundes einnehmen,« folgen sollten. Was das Ausland angeht, erwähnte Häusser nur cursorisch England, Frankreich, die Schweiz, Griechenland, die skandinavischen und slawischen Länder sowie den Orient.

Welchen Ländern tatsächlich Priorität eingeräumt wurde, ließ sich statisch erfassen, indem für die gesamte Erscheinungsdauer jede dritte Zeitungsausgabe auf den Ursprungsort ihrer Nachrichten hin geprüft wurde.

⁴⁵ Merkens an Camphausen am 31. I. 1848, in: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 420.

⁴⁶ DZ 5. 12. 1847.

⁴⁷ DZ 29. 10. 1847. Ein weiteres Beispiel ist der von der DZ besorgte Sonderdruck der Schrift »Über die Verbrechen der Geistlichen nach dem neuen Entwurfe des preußischen Strafgesetzbuches. Eine freimütige Kritik«, der in 2000 Exemplaren im Rheinland verteilt wurde. Vgl. J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 420, Anm. 5.

⁴⁸ HH 3777, Nr. 20: »Quittung über 1264 Taler, 20. 2. 1848, an Hermann Nicolaus Friedrich Graf v. Burghauss für Unterstützung der Notleidenden in Oberschlesien.«

⁴⁹ Notiz Häussers, HH 3777, Nr. 46, dort auch das folgende Zitat.

Dabei wurde davon ausgegangen, daß Ursprungsort und Gegenstand der Berichterstattung identisch sind.⁵⁰

Tabelle 7: Nachrichtenauswahl der Deutschen Zeitung nach Ländern von 1847–1850 in v.H.

Land	1847	1848	1849	1850
Deutscher Bund	13,5	18,7	17,3	19,3
Frankreich	13,5	17,0	16,1	18,5
Großbritannien	13,2	16,7	16,0	15,4
Italien	10,3	12,6	11,8	7,2
Schweiz	12,9	11,7	9,7	10,9
Spanien	9,0	3,0	5,0	3,0
Dänemark	–	3,0	3,3	6,1
Amerika	4,8	2,9	2,8	5,1
Niederlande	3,5	2,9	2,8	1,0
Polen	3,3	2,6	1,7	2,3
Griechenland	3,0	2,2	2,2	2,3
Belgien	5,0	1,1	2,8	0,5
Rußland	3,1	1,6	2,4	2,8
Türkei	1,3	1,6	2,8	2,6
Portugal	2,6	0,5	0,6	1,0
Schweden/Norw.	0,2	1,6	0,8	1,0
Asien (Fernost)	0,2	0,1	1,2	0,6
Vorderer Orient	0,4	0,1	0,7	0,3
Afrika	0,2	0,1	–	0,1

Am umfangreichsten wurde über die Staaten des Deutschen Bundes, über Frankreich und Großbritannien berichtet, die alle über eine eigene Rubrik auf den ersten Seiten verfügten. An erster Stelle standen dabei die außer-österreichischen Staaten des Deutschen Bundes mit rund 56 Prozent der gesamtdeutschen Berichterstattung. Gemessen an dem theoretischen Anspruch, »das eigene Land zum Mittelpunkt unserer Mitteilungen zu machen,« deutet diese Gewichtung eine kleindeutsche Vorentscheidung bereits an.⁵¹ Doch schlug sich das starke Interesse für Revolution und Gegenrevolution in Österreich, an deren Verlauf die DZ-Liberalen ja auch die Chancen ihres nationalen Entwurfs bemaßen, im erheblichen Anteil von durchschnittlich 44 Prozent der deutschen Berichterstattung nieder. Dahinter standen nicht nur Tatsachenberichte aus der Habsburgermonarchie, sondern auch zahlreiche Kommentare, die das schwierige Verhältnis zum deutschen Bruderstaat beleuchteten, wie beispielsweise eine sechsteilige Leitartikelserie »Deutschland und die österreichische Presse« im Sommer 1848⁵², die achteilige Folge »Die österreichische Frage vor der Nationalversammlung« des Januars 1849⁵³ sowie eine Fülle von Einzelartikeln zu Themen wie

⁵⁰ Sämtliche Nachrichten, die aus einem Land kamen, wurden nur einmal unter dem entsprechenden Land klassifiziert. Der Fall, daß ein Land mit mehreren Berichten in einer Ausgabe vertreten war, mußte dabei unberücksichtigt bleiben.

⁵¹ Programm der DZ, 1847, S. 186.

⁵² DZ 4./5.7.1848, 15./16.7.1848, 5./8.8.1848.

⁵³ DZ 19./20./22./23./24.1.1849 (jeweils drei Ausgaben brachten Doppelfolgen).

»Die deutschen Staaten und Österreich« oder »Österreichs deutsche Stellung«. ⁵⁴ Mit Anbruch der Gegenrevolution ließ sich ein Rückgang der österreichischen Berichterstattung beobachten, der prozentual durch das Vordringen Ungarns in der Nachrichtenauswahl kompensiert wurde. 1849, im Jahr des ungarischen Nationalkriegs, nimmt das zuvor kaum berücksichtigte Land nahezu 40 Prozent der k. u. k. Berichterstattung ein.

Dicht auf die Staaten des deutschen Bundes folgten Frankreich und Großbritannien, deren Vorbildfunktion in Sachen Verfassung und Parlamentarismus sich auch im Volumen der Berichterstattung niederschlug. Die revolutionären Erschütterungen in Europa spiegelten sich auch hier in einer Verschiebung der Prioritäten wider. So erweiterte sich die in der Regel vier bis sechs Berichte umfassende Rubrik Frankreich ab März 1848 kurzfristig auf bis zu fünfzehn Berichte. Die Berichterstattung über Großbritannien und das »herrliche englische Volk« war im Vergleich dazu vor allem wirtschaftspolitisch geprägt. ⁵⁵

Die Anteile Italiens, Spaniens und der Schweiz bewegten sich bei fallender Tendenz um die zehn Prozent. Dem Umfang ihrer nationalen Bewegung entsprechend rangierten Italien und die Schweiz dabei ganz vorne, wobei während des Schweizer Bürgerkriegs fast täglich ein Artikel die liberale Schweizer »Tagsatzung« unterstützte. Das von revolutionären Unruhen verhältnismäßig unberührte Spanien fiel dagegen bald auf 3 Prozent zurück.

Über eine Schwelle von drei Prozent kamen die übrigen Länder kaum hinaus. Die mangelnde Präsenz Osteuropas in der Berichterstattung ist einmal der liberalen Gegnerschaft zum russischen Absolutismus zuzuschreiben, zum anderen auch den erschwerten Möglichkeiten der dortigen Nachrichtenbeschaffung. Belgien als ein zentrales außenpolitisches Vorbild der *DZ* fällt von seinem anfänglichen Spitzenplatz im Jahr 1847 bald herab und spielt, ähnlich wie die Niederlande, in der *DZ* nur noch eine untergeordnete Rolle. Auch den USA als wichtigem politischem Vorbild gelingt es nur gelegentlich, in die vorderen Spalten der Berichterstattung zu kommen, sei es mit seiner aus liberaler Perspektive vorbildlichen Verfassung, sei es mit technischen Erfindungen wie der des elektrischen Telegraphen oder auch mit dem Phänomen des kalifornischen Goldrauschs.

Im Überblick verläuft das Volumen der Berichterstattung, einmal, parallel zu den Gravitationszentren der europäischen Revolutionen. Wo die nationale Bewegung ein Land am stärksten erschütterte, wo sie auch das europäische Gleichgewicht am heftigsten ins Wanken brachte, von dort wurde am breitesten berichtet. Zweitens setzt sich ein Primat der Innenpolitik durch. Der Fall, daß ein Land mit mehreren Berichten in einer Ausgabe vertreten ist, wurde tabellarisch nicht erfaßt, trifft für die Staaten des Deutschen Bun-

⁵⁴ Vgl. *DZ* 16.7.1847, *DZ* 2./3.10.1847, *DZ* 17.3.1848, *DZ* 1.6.1848, *DZ* 27.11.1848, *DZ* 2.12.1848, *DZ* 12.12.1848, *DZ* 27.12.1848, *DZ* 13.2.1849ff., *DZ* 14.3.1849, *DZ* 24.3.1849, *DZ* 27./28.3.1849.

⁵⁵ *DZ* 17.4.1848.

des aber in hohem Maße zu. Der Berichterstattung aus diesen Ländern wurde knapp zwei Drittel des gesamten Zeitungsraums zugemessen, womit die Deutsche Zeitung die bisher übliche Dominanz der auswärtigen Berichterstattung aufgab und sich schon durch die Quantität deutscher Nachrichten zum Anwalt nationaler Interessen machte. Drittes Kriterium ist der Grad der Vorbildfunktion, den bestimmte Länder der westlichen Welt für diese national orientierten Liberalen einnahmen. Hier rangierten England und Frankreich aufgrund ihrer fortgeschrittenen parlamentarischen Systeme und ihrer Bedeutung im europäischen Mächtekonkordanz ganz vorne. Daneben können sich spezifische Vorlieben, zumeist für national geeignete Verfassungsstaaten wie Belgien oder Spanien, in einem prozentualen Anteil niederschlagen, welcher über deren faktische Bedeutung in der europäischen Staatenwelt des 19. Jahrhunderts hinausgeht.

c) Präsentation und Layout

War die Nachrichtenauswahl getroffen und die einzelnen Artikel den entsprechenden Kategorien zugeordnet, endete die redaktionelle Arbeit. Von Drucktechnik oder dem Geschäft der Setzer verstanden die Herausgeber wenig. Vermutlich waren es zu Anfang Gustav Höfken und später Mitzenius, die sich um die Koordination zwischen Redaktion und Druckerei kümmerten. Doch Bassermanns Korrespondenz mit Gervinus belegt, daß der inhaltlichen und gestalterischen Präsentation der Nachrichten große Bedeutung eingeräumt wurde.

Die Deutsche Zeitung erschien in einem Quartformat, das etwa der heutigen DIN A4 Größe entspricht und während der gesamten Erscheinungsdauer beibehalten wurde.⁵⁶ Zu den acht Seiten Standardumfang kamen ab 1848 häufig Beilagen, die im Schnitt vier Seiten umfaßten. Ab Januar 1849 versorgte die DZ ihre Leser auch mit den Parlamentsberichten, die als Nachmittagsausgabe versandt wurden. Die Aufmachung des Blattes sollte Dezent und Gediegenheit vermitteln, vermied fette Überschriften, wechselnde Typographie oder Abbildungen, und verbannte sämtliche Anzeigen nach Möglichkeit auf die letzte Seite. Hauptblatt und Beilagen wurden in derselben Schrifttype gesetzt, deren Größe sich fast nie veränderte. Nur wenn Nachrichten von europäischer Bedeutung eintrafen, wie der Ausbruch der Revolution in Frankreich und Deutschland, entschloß sich die Redaktion zur Anwendung einer größeren Type. Typographische Fehler sind in den Anfangsjahren selten, auch in dieser Hinsicht suchten die Herausgeber ihrem Blatt eine Vorbildfunktion zu verleihen.⁵⁷ Erst mit dem

⁵⁶ Die genauen Maße: 21,5 cm breit, 30 cm hoch.

⁵⁷ Vor allem im ersten Jahr schienen die Setzer streng überwacht zu werden. Vgl. Mathys Schreiben an Gervinus vom 13. 5. 1847: »Mit der Korrektur des Ankündigungsblattes bin ich noch nicht zufrieden, die Anzeigen wimmeln von Fehlern ... Bei der Zeitung genügt natürlich die Druckereikorrektur nicht. Diese (reinigt) bloß den Satz von den schlimmsten Buchstabenfehlern, die zweite Korrektur oder Revision muß, wenn nicht von der Redaktion, doch jedenfalls

Qualitätsverlust der DZ ab 1849 stellten sich Druckfehler und Falschnumerierungen häufiger ein.

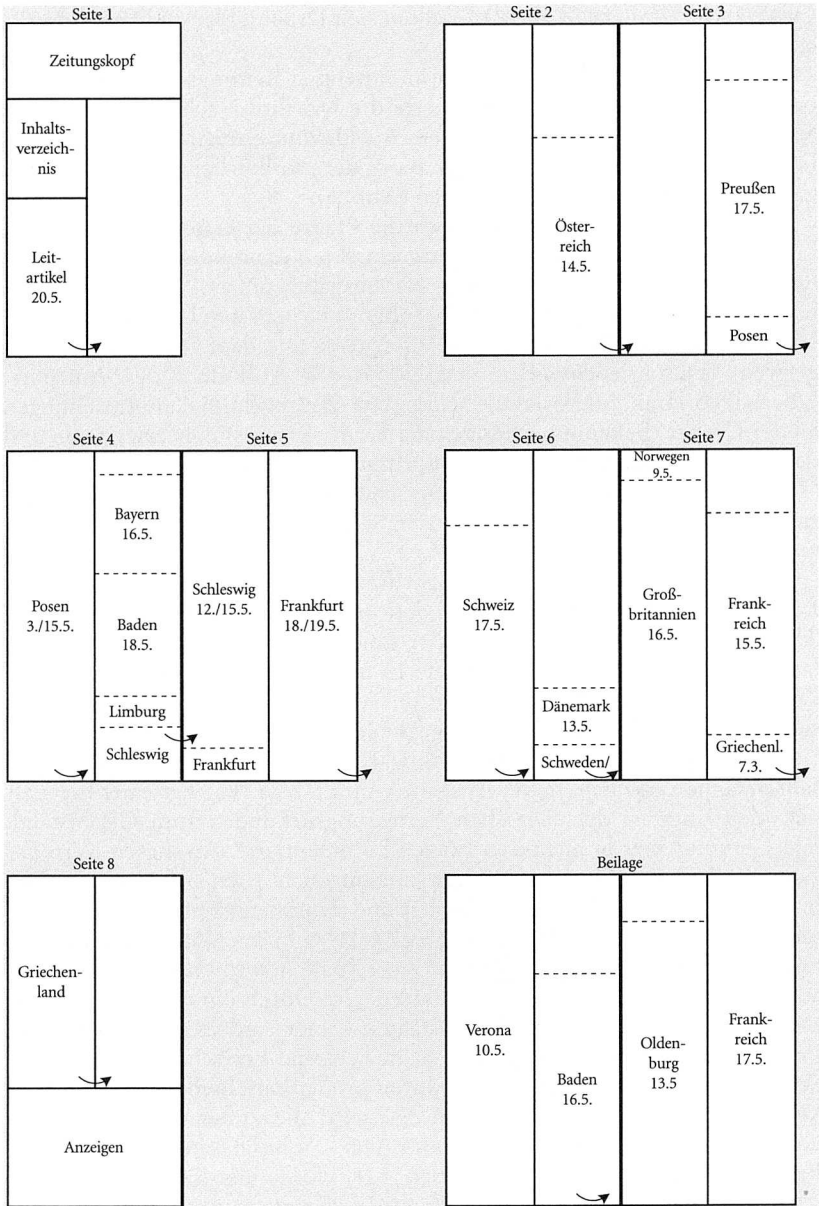
Im Gegensatz zu dem moderner anmutenden Zeitungsdesign englischer oder holländischer Blätter präsentierte die DZ ihre Nachrichten in einem Stil, dessen Homogenität stark an ein Buchlayout erinnert. Wie die inhaltliche Aufteilung aussah, kann das Layout der (willkürlich gewählten) Ausgabe vom 21. Mai 1848 verdeutlichen (Abb. 6).

Das Inhaltsverzeichnis nahm etwa die Hälfte der ersten Spalte ein und informierte den Leser unter dem fettgedruckten Land kurz über die behandelte Thematik. So erfuhr der Leser der Ausgabe vom 21. Mai 1848, daß ihn unter dem Stichwort »Berlin« Details über »Die neuesten Demonstrationen. Dr. Jung. Briefwechsel zwischen Camphausen und dem Obersten der Bürgerwehr. Die Friedensverhandlungen. Neues Auflodern des Aufruhrs. Überfall von Buk. Mieroslawski. Russische Maßregeln. Bekanntmachungen an der Grenze. Bekanntmachungen der Demarkationslinie« erwarteten und daß er unter dem Stichwort »Großbritannien« diesmal Einzelheiten über »Parlamentsverhandlungen: Die dänische Frage. Humes Motion. Regierungsvorschläge für Verbesserung der Schifffahrtsgesetze. Ein Hofzirkel« zu erwarten hatte.

Die Artikel selber ließen Überschriften vermissen. Auch der Titel des Leitartikels war fast immer nur aus dem Inhaltsverzeichnis ersichtlich. Die Themen der Beilage wurden unter der gleichnamigen Rubrik zusammengefaßt. Die Aufteilung der Sachgebiete in unterschiedliche Ressorts, die die DZ erstmals etabliert hatte, wurde im äußeren Aufbau des Blattes nicht sichtbar, hier wurde nach Ländern gegliedert.

Herzstück der Deutschen Zeitung war ihr Leitartikel, der in den ersten Jahren täglich erschien. In der Ausgabe vom 21. Mai 1848 hatte der Leitartikel »den Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde« zum Gegenstand, den Gervinus hier in mehreren Folgen kommentierte. An diesen Kern der Zeitung, der meist über drei Spalten einnahm, schlossen sich unter der Rubrik »Deutschland« Korrespondenzen und Tagesneuigkeiten aus den Staaten des Deutschen Bundes an. Die Ausgabe vom 21. Mai räumte der Berichterstattung über Österreich fast zwei Spalten ein, wobei im einzelnen aus Wien, Prag und Bozen berichtet wurde. Im Durchschnitt nahmen Nachrichten aus den deutschen Bundesstaaten – hier sind es jetzt Österreich, Preußen, Bayern, Baden, Limburg, Schleswig und Frankfurt – drei bis vier Seiten des Gesamtumfangs ein und waren primär berichtender Natur. In der Verschiebung der internen Reihenfolge wird die zunehmende Ablösung vom österreichischen Bruderstaat indes auch graphisch erkennbar. Im ersten Erscheinungsjahr, bis etwa September 1848, wurde meist zuerst aus Österreich berichtet und dann aus Preußen. Mit Einsetzen der österreichischen

von einem tüchtigen Mann besorgt werden. Übrigens habe ich schon durch unseren Commis neulich G. Mohr das ... über die schlechte Korrektur bemerken lassen, werde selbst noch weiter mit ihm sprechen.« In: HH 2528.



Layout der Deutschen Zeitung vom 21. Mai 1848

Gegenrevolution ab Herbst 1848 und möglicherweise auch unter dem Eindruck der antiösterreichischen »Briefe vom Rhein«, die Gervinus jetzt in den hinteren Spalten des Blattes veröffentlichte, verschob sich diese Reihenfolge dann zugunsten Preußens. Ab Winter 1848 führen fast immer Nachrichten aus Frankfurt und Berlin die deutsche Berichterstattung an, wiewohl außerösterreichische und österreichische Nachrichten bis zur letzten Nummer gemeinsam unter der Rubrik »Deutschland« firmieren.

Die Auslandsberichterstattung umfaßte durchschnittlich drei Seiten, Handelsnachrichten und Börsenkurse machten den Schluß. Der Literaturteil, in dem wichtige Neuerscheinungen rezensiert wurden, verschwand allmählich aus dem Erscheinungsbild der Zeitung. Anzeigen, die selten mehr als eine Seite umfaßten, wurden stets am Ende des redaktionellen Teils untergebracht, Beilagen druckten meist essayistische Artikel oder Denkschriften ab, die oft in Briefform abgefaßt waren. In der Ausgabe vom 21. Mai 1848 wurde der Brief eines österreichischen Offiziers, der eine kriegerische Auseinandersetzung in Verona aus eigener Anschauung schilderte, mit den Worten eingeleitet: »Aus einem uns vom Empfänger freundlichst mitgetheilten, ursprünglich englisch geschriebenen Privatschreiben eines im österreichischen Heer als Officier angestellten Engländers. Den aufgedunsenen und prahlenden Mailänder Bulletins gegenüber sind solche Briefe von Augenzeugen, die den unmittelbaren Eindruck des Ereignisses frisch und wahr wiedergeben, von doppeltem Werth.«⁵⁸

Der Beilagenumfang pendelte sich zunächst bei etwa vier Seiten ein, ab 1849 wurden dann zwei Beilagen publiziert, deren erste über die Verhandlungen der Paulskirche berichtete, deren zweite weiterhin »ausführlichere Aufsätze« veröffentlichen sollte.⁵⁹ Im Jahr 1849 erreichte der Umfang der DZ damit oft bis zu 16 Seiten.

Die Aktualität der Artikel hing von der Entfernung zu ihrem Entstehungsort ab. Der Leitartikel stammte fast immer vom Vortag, bei den deutschen Korrespondenzen lagen je nach Entfernung durchschnittlich zwei bis neun Tage zwischen Abfassung und Publikation. Für Nachrichten aus dem Ausland ließen sich durchschnittliche Laufzeiten zwischen vier und vierzehn Tagen feststellen, wobei die Grenze nach oben offen war. Ein Bericht über die Verhandlungen der Livländischen Stände in Riga vom 14. Oktober 1848 brauchte sogar einen ganzen Monat, um in der Ausgabe vom 14. November 1848 zu erscheinen. Ähnlich verhielt es sich mit Nachrichten aus den USA, aus Afrika, dem Vorderen Orient und aus Fernost, die alle mehrwöchige Beförderungswege durchliefen.

Die Identität ihrer Verfasser verrieten die meisten Artikel nicht. Zwar hatte DZ-Aufsichtsrat Gustav v. Lerchenfeld noch im Januar 1847 leidenschaftlich dafür plädiert, »die Aufsätze der einzelnen Mitarbeiter zu unterzeichnen, (um) Madame Zensur in manche Verlegenheit (zu) bringen«, doch

⁵⁸ DZ 21. 5. 1848.

⁵⁹ So die Ankündigung der neuen Beilagen in DZ 1. 1. 1849.

diesen Wunsch teilten nur wenige Korrespondenten.⁶⁰ Gerade den zahlreichen Beamten lag viel an der Wahrung ihres Inkognitos, wie ein Brief des preußischen Generallandschaftsrat Alfred v. Auerswald verdeutlicht: »Ich darf um die Verschweigung meines Namens dringend bitten, nicht aus Rücksicht für meine Person, sondern um meine geringe Wirksamkeit für die gute Sache nicht zu beschränken.«⁶¹ Mit Namen zeichneten gelegentlich Ernst Moritz Arndt oder Christoph Friedrich Dahlmann, deren politischer Spielraum etwas weiter gefaßt war; die meisten Artikel wurden jedoch nur durch Chiffre autorisiert. Diese Vorgehensweise unterstützte schließlich auch die Absicht der Herausgeber, das Blatt nicht zum Tummelplatz subjektiver Stimmen zu machen, sondern einen einheitlichen, nationalliberalen Tenor erkennen zu lassen und, wie Gervinus gegenüber Hansemann mit gewisser Selbstironie bemerkte, »um der Redaktion ihren Nimbus zu erhalten, erlauben Sie, daß wir Ihren Namen dabei nicht nennen; derselbe besteht ja wesentlich darin, daß sie sich mit fremden Federn schmückt.«⁶²

d) Vertriebswege

Hatten die Setzer der Mohrschen Druckerei ihr Tagwerk vollbracht, galt es, die Zeitung durch ganz Europa zu schicken. Erst die Kommunikationsverdichtung, als eine Folge der heraufziehenden Industrialisierung, ließ den Zeitungsvertrieb in dem europäischen Umfang möglich werden, der für die Deutsche Zeitung charakteristisch werden sollte. Die fünfzigtausend Kilometer Straßen und fünftausend Kilometer Schienen, die Deutschland 1847 aufwies, wurden vom Verleger der Deutschen Zeitung in vielfältiger Weise genutzt.

Zunächst gab es die Post. Bis 1820 war für den Zeitungsvertrieb noch der Postmeister persönlich verantwortlich gewesen und hatte dafür eine individuelle Vergütung vom Verleger erhalten.⁶³ Erst 1822 wurde der Zeitungsverband einheitlich geregelt und den staatlichen Postverwaltungen übertragen. Zeitungen konnten zwar, mußten aber nicht über die Post bestellt werden. Dies schuf Lücken primär für zensurgefährdete Exporte. Voraussetzung des Postvertriebs war der sogenannte »Debit«, die Erlaubnis der jeweiligen Regierung, eine Zeitung innerhalb ihrer Grenzen und durch ihre Postämter vertreiben zu lassen. Die Deutsche Zeitung hatte für alle deutschen Staaten einen solchen Debit erhalten, nur in Österreich war sie sofort verboten worden und der offizielle Beförderungsweg über die Post fiel da-

⁶⁰ Lerchenfeld an Pfeuffer am 20. 1. 1847, in: P. THORBECKE, 1909, S. 213.

⁶¹ Auerswald an Gervinus am 18. 4. 1847, in: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 213 ff.

⁶² Gervinus an Hansemann am 26. 10. 1847, ebd., S. 363.

⁶³ Die Postmeister schickten die Zeitung zwar über die reguläre Postverbindung, aber nicht als ausgewiesenes Postpaket. Der Zeitungsbezieher mußte eine Provision bezahlen, welche sich die Postmeister am Verlags- und Absatzort dann teilten. Vgl. G. NORTH, Der Postmeister im Zeitungsgeschäft, in: K. BEYRER/ M. DALLMEIER (Hrsg.), 1994, S. 171 ff.

her hier aus.⁶⁴ Friedrich Daniel Bassermann und später Karl Reimer verkauften ein erhebliches Kontingent jeder Auflage direkt an die deutschen Postämter. Bei diesen konnte der individuelle Interessent dann bestellen; und die Postämter waren es auch, die dem Abonnenten den Endbetrag plus Zustellgebühr in Rechnung stellten. Die DZ konnte bei jedem deutschen Postamt bestellt werden, ihre Versendung erfolgte primär durch die Fürstlich Thurn und Taxissche Zeitungsexpedition.

Dann gab es Buchhandlungen. Vor allem, wenn der Vertriebsweg über die staatliche Post, wie in Österreich, verschlossen blieb, konnten Buchhandlungen eine inoffizielle Alternative bieten. Alle deutschen und einige ausgewählte Buchhandlungen des europäischen Auslands nahmen Abonnements auf die DZ an und der Kunde holte sich sein Blatt meist persönlich dort ab. Leserbriefe belegen, daß vor allem österreichische Caféhäuser, die das offizielle Verbot umgehen wollten, sich so behalfen.⁶⁵ Neben ihrer Rolle als Zwischenhändler dienten Buchhandlungen der DZ auch zur Beförderung auswärtiger Korrespondenzen, die den Zensurbehörden nicht in die Hände fallen sollten. So berichtete Bassermann Ende Juli 1847 an Mittermaier: »Die Buchhandlungen Heckenart, Hartleben und Kilian in Pesth werden alle mit gleicher Bereitwilligkeit Briefe an uns befördern. Ebenso ist die Zeitung durch jede ungarische und sonstige Buchhandlung mit Umgehung der Post zu beziehen, wie wir dann auch auf Buchhändlerwege nach Österreich und Rußland eine Anzahl versenden.«⁶⁶

Die Buchhändlerbranche galt es, in ihren unterschiedlichen Spielarten zu nützen. So wandte sich Gervinus im Juli 1848 mit der Bitte an Bassermann, vor allem Bahnhofsbuchhandlungen stärker als Vertriebspartner heranzuziehen: »Tun Sie dann aber auch das Ihrige in geschäftlicher Beziehung. In dieser Hinsicht scheint mir eigentlich nichts zu geschehen. Wir wollen suchen, hier das Blatt auch am Bahnhof einzuführen. Brockhaus soll dadurch mit seiner elenden Allgemeinen Zeitung täglich 10 Taler machen!«⁶⁷ Wie notwendig es im Zeichen beginnenden Konkurrenzdenkens war, alle Vertriebsmöglichkeiten auszuschöpfen, verdeutlicht auch Gervinus' Schlußbemerkung: »Ich bitte Sie, bieten Sie alles auf und glauben wir gegenseitig nicht, daß sich das Blatt hielte, weil es seinen Titel und mich zum Redakteur hat. Wir müssen anbieten.«

⁶⁴ In Bayern hatte das Debit einige Wochen auf sich warten lassen. In einem Schreiben an Kolb vermutete Mathy schon eine Intrige der Konkurrenz dahinter, so am 16. 7. 1847: »Noch immer keine Debiterlaubnis für Bayern ... Manche vermuten einen Einfluß von G. Cotta, der im Geheimen gegen die DZ operiert, gegen welche die Augsburger sich äußerlich anständig verhalten.« In: Nachlaß Kolb, BAFfm.

⁶⁵ Vgl. Dr. Philip Weiss an die DZ im September 1848, HH 2539.

⁶⁶ Bassermann an Mittermaier am 28. 7. 1847, HH 2746.

⁶⁷ Gervinus an Bassermann am 25. 7. 1848, Teilnachlaß Bassermann, BAFfm. (dort auch das folgende Zitat). Hier liegt möglicherweise eine Verwechslung von Gervinus vor, da nicht Brockhaus, sondern Cotta der Eigentümer der »Allgemeinen Zeitung« war. Möglich ist aber auch, daß Gervinus die »Deutsche Allgemeine Zeitung« in Stuttgart meinte.

Drittens gab es die DZ im Direktvertrieb. Jedoch nur der lokalen Klientel konnte Bassermann die Zeitung direkt aus der Druckerei zustellen lassen. Als der Frankfurter Arzt Dr. Wilhelm Stricker das unter Reimer geführte Blatt, wie offiziell gebeten, direkt bei der »Expedition der Deutschen Zeitung, Buchgasse, im Brönnerschen Hause« bestellt hatte, wurde ihm die DZ allmorgendlich, vermutlich gegen acht Uhr, nach Hause zugestellt.⁶⁸

Einen vierten Vertriebsweg baute Bassermann für die zahlreichen Auslandsabonnenten auf. Bestimmte, zentral gelegene Agenturen wurden mit der Weiterleitung des Blattes beauftragt. In Großbritannien waren für diesen Service anfänglich die »Herren Ewer and Kemp, 72 Newgate Street, London«, später die »Herren Williams & Norgate, 14 Henrietta Street, Coventgarden in London« zuständig. Für Abonnenten in Frankreich, Spanien, Portugal und in allen überseeischen Länder diente ein Monsieur G. A. Alexandre aus Straßburg sowie eine Pariser Adresse als Ansprechmöglichkeit. Zahlreiche Leserbriefe illustrieren, daß die Zustellung über solche Agenturen meist gut funktionierte. Vor allem in den europäischen Metropolen Paris und London schienen DZ-Leser pünktlich und zuverlässig beliefert worden zu sein. Schwieriger war es wohl mit dem Vertrieb in Südeuropa bestellt. Nach Griechenland brauchte die DZ zwar nur zwei Wochen⁶⁹, doch in die großen italienischen Städte fiel der Weg deutlich länger aus. Wiederholt monierte Bassermann die mangelhafte Beförderung nach Livorno, Rom und Venedig, bis er sich dazu entschloß, aufgrund der immensen Zustellkosten und der großen Unzuverlässigkeit des dortigen Spediteurs die Zeitung nach Mailand zu schicken und dem Kunden die Restkosten zu vergüten.⁷⁰

Durch Nutzung unterschiedlicher Vertriebswege konnte die Deutsche Zeitung ihrem europäischen Abonnentenstamm durchweg gerecht werden. Durch einen funktionierenden Vertrieb erweiterte sich die Leserschaft jedoch noch nicht. Vielmehr galt bereits den Zeitgenossen Werbung als unverzichtbares Mittel, den Leserkreis kontinuierlich auszuweiten.

Lange vor Erscheinen der ersten Nummer war es Mathy gelungen, zwei werbende Artikel »über das Projekt einer neuen Zeitung, womit man sich hier beschäftigt«, in die »Allgemeine Zeitung« zu lancieren, deren Abonnenten sich vom sozialen Zuschnitt her auch gut für die Deutsche Zeitung eigneten.⁷¹ Ganz anders vermochte Gervinus die allgemeine Neugierde zu wecken, als er drei Monate vor Erscheinen der DZ seine Kritik am preußischen Verfassungspatent veröffentlichte. Die in hoher Auflage erscheinende

⁶⁸ Vgl. Stricker am 15. 1. 1848 an die DZ, HH 3777.

⁶⁹ Vgl. ein Schreiben des griechischen Korrespondenten Johannes Ziegler an Mathy am 4. 7. 1848, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 52 f. Den Bericht, den Ziegler am 4. 7. aus Athen losschickte, wurde am 19. 7. in der DZ abgedruckt. Da der Postweg über Triest immer derselbe war, läßt sich von einer ungefähren Beförderungsdauer Heidelberg-Athen von 14 Tagen ausgehen.

⁷⁰ Vgl. Bassermann an Gervinus am 28. 8. 1847, HH 2523.

⁷¹ Augsburger »Allgemeine Zeitung« vom 26. / 27. 1. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 4 ff., S. 7 ff.

Schrift wurde vom interessierten Publikum durchweg auch als erster konkreter Hinweis auf die politische Ausrichtung der angekündigten neuen Zeitung verstanden. Kritische Stimmen mokierten sich jedoch, »daß eine Zeitung außer Prospectus und Ankündigung, drei Monate vor ihrem Erscheinen ein Manifest erlassen mußte, sehe ich noch nicht vollkommen ein.«⁷² Auch die Absage prominenter preußischer Liberaler, die für den Aufsichtsrat gewonnen werden sollten, war eine Folge der preußenkritischen Veröffentlichung, weshalb ihr Marketingwert für die DZ ambivalent erscheint.

Die wichtigste Werbemaßnahme in der Vorlaufphase war die Publikation des Programms vom 8. Mai 1847. Hier wurde die politische Linie des neuen Blattes erstmals ausführlich vorgestellt und zu konkreten politischen Problemen Stellung bezogen – so mit dem Verlangen nach einer aktiven deutschen Außenpolitik, nach Förderung von Industrie und Handel oder einer erweiterten preußischen Wehrverfassung, um »das Gefühl der Gemeinsamkeit und Einheit der deutschen Nation zu stärken.«⁷³ Das Programm war vor allem für potentielle Mitarbeiter und Aufsichtsräte gedacht, sollte aber auch mögliche Leser ansprechen und wurde in hoher Auflage flächendeckend versandt. Den zahlreich erhaltenen Antwortschreiben läßt sich entnehmen, daß der Inhalt bei einem breiten, liberalen Spektrum in allen deutschen Staaten auf positive Resonanz stieß, daß Länge und Umständlichkeit der Schrift aber auch kritische Echos erzeugten: »Was soll ich nun zu dem Prospectus sagen, den ich nicht nur mit Aufmerksamkeit gelesen, sondern mit Noten und Fragzeilen versehen habe? Es ist darin eben alles enthalten, weniger praktisches Staatsrecht ... als ein ganzes Kompendium der Sittenlehre: eine geröstete, id est verzuckerte Mandel«⁷⁴ – weswegen Bassermann noch ein kurzes Ankündigungsblatt verschicken ließ, das »dem Sinne und Geiste nach mit dem Prospekt übereinstimmen werde, aber bedeutend kürzer gefaßt werden solle, damit sich die Leser alle durcharbeiten und einen günstigen Totaleindruck gewinnen, und nicht viele, von der Länge abgeschreckt, vorerst die Ankündigung und später die Zeitung ungelesen lassen, weil sie aus der Ausdehnung der ersten auf den Umfang der Artikel in der letzteren schließen.«⁷⁵

Die Korrespondenz Bassermanns mit Gervinus dokumentiert den weiteren Verlauf des Marketings, nachdem die Vorabwerbung beendet war. Den

⁷² Wilda an Gervinus am 9. 4. 1847, HH 2328.

⁷³ Programm der DZ, 1847, S. 181.

⁷⁴ Hans-Christoph v. Gagern an seinen Sohn Heinrich am 13. I. 1847, in: H. v. GAGERN, 1959, S. 359.

⁷⁵ Mathy an Gervinus am 30. 3. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 20f. Weiter heißt es da: »Eine klassische Ankündigung, deren natürlich folgender reicher Gedankengang durch einfachste Form und Weglassung alles Entbehrlichen edel gehoben würde, scheint uns nicht unwesentlich, um das Publikum günstig für das Unternehmen zu stimmen.« Vgl. auch Mathy an Gervinus am 13. 5. 1847: »Unsere Ankündigung zur Zeitungsbeilage ist an das Frankfurter Journal, die Kölnische, die Weserzeitung, den schwäbischen Merkur abgegangen und geht an die anderen in dem Maße, wie die Druckerei fertig wird.« In: HH 2528.

steilen Anstieg der Verkaufszahlen von 1 500 auf 2 210 Exemplare innerhalb von drei Monaten hatte Bassermann durch zahlreiche Anzeigen im »Börsenblatt des deutschen Buchhandels« unterstützt. Annoncen in anderen auflagenstarken Blättern wie der »Allgemeinen Zeitung«, der »Vossischen«, der »Weserzeitung«, der »Kölnischen« oder der »Neuen Speyerer Zeitung« sollten auch Leser anderer Zeitungen auf das neue Blatt aufmerksam machen. Daß Bassermann seinen Werbeetat saisonal differenzierte, bescheinigt ein Brief vom November 1847, wo es heißt: »Da jetzt Neujahr herannaht, so machen wir auch weiter den nötigen Anzeigenlärm.«⁷⁶ Im Spätherbst 1847 initiierte der Verleger eine gezielte Werbeaktion, indem er 600 Freixemplare an potentielle Abonnenten verschicken ließ, wobei ihm vermutlich auch die Kundenkartei seines Verlages als Adreßpool diente.

Umsatzfördernd speziell im badischen Raum wirkte sich sicherlich auch die Übernahme der badischen Landtagsberichte aus, die vormals in Mathys »Rundschau« erschienen waren. Ähnlichen Aufschwung versprach sich der neue Verleger Reimer ein Jahr später von den Verhandlungsberichten der Paulskirche, die ab 1849 als Beilage erschienen.

Ein Werbeschachzug, den die zeitgenössische Presse bisher nicht praktiziert hatte, bestand darin, die vierteljährlich wiederkehrende Bezugsaufforderung auf der Titelseite mit prominenten Namen zu schmücken. So pries sich das Blatt am 15. Dezember 1848 mit den Worten an: »Die Theilnahme und Mitwirkung ausgezeichneter Männer – unter denen es uns gestattet ist, die Herren Gervinus, Dahlmann, Häusser, Wilhelm Beseler und Paul Pfizer zu nennen – läßt uns hoffen, daß die Deutsche Zeitung fortfahren wird, sich der Beachtung des gebildeten Deutschlands zu erfreuen.«⁷⁷ Der wirtschaftlich immer prekärer werdenden Situation der Jahre 1849 und 1850 suchte Reimer weiterhin mit Werbeanzeigen im »Börsenblatt« und großen Tageszeitungen zu begegnen. Für ein zugkräftiges, aggressives Marketing, wie Bassermann es gelegentlich vorgemacht hatte, so auch mit seinem Weihnacht mailing, blieb in diesen Jahren jedoch kein finanzieller Spielraum mehr. Parallel zur Einförmigkeit der politischen Aussage sank auch die Werbestrategie unter Reimer und der Gothaer Partei auf ein Niveau, das über halbherzige und konventionelle Methoden nicht mehr hinauskam.

e) Zensur

Alle Marketingbemühungen blieben indes vergebens, wenn die Zensurbehörden ihre harte Hand walten ließen. Im ausgehenden Vormärz erschien das Zensursystem der gebildeten Öffentlichkeit sowieso, zunehmend aber auch vielen Regierungen anachronistisch. Nicht nur in Baden wurden bereits vor 1848 neue, offensivere Methoden der Kontrolle diskutiert wie die

⁷⁶ Bassermann an Gervinus am 29. 11. 1847, HH 2523.

⁷⁷ DZ 15. 12. 1848.

Subventionierung loyaler Organe, doch diese Diskussion verlief hier besonders heftig und wurde zudem auch von staatlicher Seite gefördert.⁷⁸

Die konkrete Haltung der badischen Regierung gegenüber der Deutschen Zeitung blieb von der allgemeinen Stimmung einer ermattenden Zensurpolitik nicht unberührt. Der badische Regierungschef Bekk stand dem Blatt seiner politischen Freunde wohlwollend gegenüber, bat gelegentlich selbst um anonyme Aufnahme seiner Artikel und schien das Erscheinen einer nationalen angelegten, liberalen Tageszeitung auf badischem Boden begrüßt zu haben: »Du fragst, wie mir die Deutsche Zeitung gefalle? Ich erkenne ihre Vorzüge und halte das Blatt im allgemeinen für sehr gut, wenn ich gleich noch mancherlei in politischer Beziehung vermissen.«⁷⁹ Das Wohlwollen Bekks, für das der gemäßigte Konstitutionalismus der DZ die wichtigste Garantie abgab, belegt auch der Bericht eines Metternichschen Geheimagenten, der Ende September 1847 nach Wien berichtete: »Der badischen Regierung gereicht es, wie man uns versichert, zu nicht geringer Freude, daß in ihrem Lande ein Organ erscheint, an dem die gefeiertsten Männer in allen Fächern der Wissenschaft tätig sind, und man darf versichert sein, daß der Deutschen Zeitung niemals die geringsten Zensurschwierigkeiten werden bereitet werden, wenn nicht geradezu darauf gedrungen werden sollte.«⁸⁰

Bekks Verhalten war aber auch Ausfluß der pressepolitischen Konzeption der badischen Regierung, die innenpolitisch recht weiten Spielraum zugestand – »die tunlichste Freiheit zu lassen, weil ein System der Niederhaltung freier Meinungsäußerung nicht mehr haltbar ist«⁸¹, – sich außenpolitisch jedoch zu strengerer Vorgehensweise gezwungen sah, um Beschwerden anderer deutscher Regierungen zu vermeiden. Letzteres kam in dem etwas schärferen Ton zum Ausdruck, den Bekk angesichts der vehementen Parteinahme der DZ im Schweizer Sonderbundskrieg anschlug: »Der jetzige Augenblick ist ein Moment der Verwicklung und der Politik und es wäre vielleicht gerathen, der deutschen Zeitung ... einige Warnungen zugehen zu lassen. Wenn die Großmächte in der Schweizer Sache noch zu handeln entschlossen sind, so werden sie ... sich das Konzept von der deutschen Zeitung nicht geduldig corrigieren lassen und wir werden bei fortgesetzten Artikeln wie ihn Nr. 176 vom 23. Dezember enthält, schwere Noten über den

⁷⁸ In Baden konnten Zeitungen nicht verboten werden, es konnte nur die Konzession für eine Druckerei verweigert werden. Diese Gesetzeslücke wurde als entscheidender Ansatzpunkt von der Opposition entsprechend genutzt, s. N. DEUCHERT, 1983, v.a. Kap. 2. Vgl. auch W. SIEMANN, Politische Polizei, 1985.

⁷⁹ J. B. Bekk an Mittermaier am 30. 7. 1847, zit. n.: L. MÜLLER, 1905/06, S. 145 f. Vgl. auch Gerwinus Schreiben an Dahlmann vom 9. 12. 1846: »Auch andere Vortheile bietet der Platz unstreitig. Die Regierung hat am Bund auf ein Preßgesetz angetragen und trotz Österreichs schnödem Anfahren ist Dusch beharrlich und hat selbst den Großherzog zum Festbleiben gebracht. Ich glaube, wenn Dusch bleibt, daß wir von ihm alle Hilfe zu erwarten hätten.« In: E. IPPEL (Hrsg.), 1885/86, S. 295, sowie am 17. 12. 1846: »In Karlsruhe scheint man die Sache gern entstehen zu sehen, und wäre auch törricht, es nicht zu thun.« Ebd., S. 299.

⁸⁰ Zit. n. K. GLOSSY, 1912, S. 296 ff.

⁸¹ Ministerium des Inneren an das Stadttamt Mannheim am 5. 2. 1848, GLA 236/250.

Ton und die Anmaßung des Blattes zu erwarten haben ... Die deutsche Zeitung kann übrigens wahrlich nicht pochen auf ihre früheren Artikel über die Schweiz, Sie war und ist darin nur zu sehr ein Parthei-Blatt und täuscht sich über Recht als über Zustand der Schweiz.«⁸² Solche Töne blieben indes in der Minderzahl. Auch in der Auseinandersetzung mit anderen deutschen Staaten über das Maß redaktioneller Freiheit erwies sich die persönliche Unterstützung hoher badischer Regierungskreise als unverzichtbare Hilfe.

Vor allem bei der preußischen Regierung stieß Gervinus' kontinuierliche Kritik an deren aktueller Politik auf Mißbilligung, und bereits drei Wochen nach Erscheinen der ersten Nummer schrieb er an David Hansemann: »Wir wissen aus bester Quelle, daß nach den vier ersten Nummern in Berlin die Rede vom Verbot war und daß Herr v. Radowitz dazu schürte ... Treten wir nicht so auf, daß wir jede kleinste Handhabe darzubieten vermeiden, so ist das Blatt in Preußen unmöglich gemacht.«⁸³ Die redaktionelle Zitterpartie hielt bis ins Frühjahr 1848 an, wie DZ-Aufsichtsrat Karl v. Vincke an den preußischen General v. Below berichtete: »Über das drohende Verbot in Preußen schreibt Gervinus mir kürzlich, daß er von dem badenschen Ministerium offiziell auf Veranlassung einer Kommunikation aus Berlin gewarnt worden wäre ... Er fürchtet sehr ein Verbot in Preußen, ein solches würde die jetzt sehr verbreitete und viel gelesene Zeitung zu einem bloß süddeutschen Blatte herabdrücken.«⁸⁴

Ausgangspunkt der preußischen Verärgerung waren zwei politische Adressen, welche die DZ im Spätherbst 1847 abgedruckt hatte, nämlich eine, mit der Breslauer Bürger gegen die Neuregelung der Kirchenverhältnisse Einspruch eingelegt hatten, sowie eine weitere, mit der 40 Brandenburger Bauern unter Führung des Gutsbesitzers v. Holtzendorff das preußische Patent vom 3. Februar 1847 scharf kritisiert hatten.⁸⁵ Auf eben diese Veröffentlichungen hatte der preußische Gesandte v. Arnim in seiner offiziellen Beschwerde Bezug genommen, welche Gervinus beschuldigte, »sein Blatt zu böswilligen und sogar verbrecherischen Veröffentlichungen hin(zu)geben.«⁸⁶ Die badische Regierung wurde darin ersucht, »dem Redakteur der deutschen Zeitung in geeigneter Weise eröffnen zu lassen, daß nach ganz sicheren Auskünften die Arbeit (seines) Blatte(s) in den preußischen Staaten werde verboten werden, falls (es) nochmal in (seiner) Haltung gegen Preußen die durch die Bundescensurgesetze vorgeschriebene Grenzen überschreite.« Gervinus verhielt sich in der Angelegenheit hartnäckig und suchte mit kaustischen Argumenten die Sache abzuschwächen.⁸⁷ Mehr dem ge-

⁸² J. B. Bekk an die DZ, o. D., HH 2540.

⁸³ Gervinus an Hansemann am 22. 7. 1847, in: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 308 f.

⁸⁴ Vincke an Below am 10. 2. 1848, in: K. v. VINCKE, 1902, S. 101 f.

⁸⁵ DZ 5. 12. 1847 und DZ 29. 10. 1847.

⁸⁶ Bericht v. Arnims am 4. 1. 1848, HH 2540, dort auch das folgende Zitat.

⁸⁷ Darauf deutet ein Manuskript ohne Bezeichnung, Datum und Unterschrift, das sich im Faszikel HH 2540 fand. Dem Inhalt nach könnte das Schreiben ein Rechtfertigungsversuch von Gervinus zu den Arnimschen Vorwürfen sein, auch weil das dortige Stichwort »verbrecherisch« hier ausführlich aufgenommen wird: »Ohne zu sagen, daß die ... bewußten zwei Arti-

schickten Taktieren der badischen Regierung und der Fürsprache einiger hochgestellter preußischer Aufsichtsräte mag es zu verdanken sein, daß es zu dem angedrohten Verbot nie kam.⁸⁸ Schließlich lehnte die badische Regierung die preußische Beschwerde mit der freisinnigen Begründung ab, »wenn auch mitunter eine etwas wieder zu scharfe Kritik in dem Blatte erscheinen sollte, so wird daraus die k. Preußische Regierung bei dem im Allgemeinen sonst soliden Gang der Zeitung wohl nicht so leicht Anlaß nehmen, den Debit derselben zu verbieten. Ein Blatt, welches auf die öffentliche Verhältnisse einwirken will, muß wohl eine (mitunter unangenehme) freie Sprache führen, sonst genießt es das Vertrauen nicht, welches nöthig ist, um in geeigneten Fällen die etwas gesteigerte öffentliche Meinung in eine gemäßigte Bahn zu führen.«⁸⁹

Weniger leicht ließen sich die Zensurklagen der kurhessischen Regierung abweisen, die sich im November 1847 beschwerte, daß »die in Heidelberg gedruckte deutsche Zeitung ... es schon seit längerer Zeit sich zum Geschäft gemacht (hat), feindselige und aufhetzende Artikel gegen die kurfürstliche Regierung in ihre Blätter aufzunehmen.«⁹⁰ Indem auf konkrete Artikel des Kasseler Korrespondenten abgehoben wurde, teilte die kurfürstliche Regierung den Entzug des Debits mit und forderte zur »gefälligen Ermittlung und Haftbarmachung ergebenst« auf.⁹¹ Die badische Regierung überwies den Fall zunächst an die zuständige Stadtbehörde Heidelberg, die die Zensurlücke mit Ausflüchten entschuldigte.⁹² Damit nicht zufrieden, erhob Kassel im Februar 1848 Beschwerde vor dem Deutschen Bundestag und forderte die badische Regierung auf, ihrer Zensurpflicht angemessener nachzukommen.

Die gelassene Antwort der badischen Regierung belegt erneut die allmähliche Aushöhlung der Zensurpolitik im späten Vormärz – auch in Regierungskreisen: »Die kurhessische Regierung scheint übrigens den Verhältnis-

kel wirklich etwas Verbrecherisches enthalten, kann ich doch den aufgestellten Satz nicht als richtig anerkennen. Wenn ich einen verbrecherischen Akt, z. B. einen Mord öffentlich in der Zeitung erzähle, so verübe ich damit nicht selbst einen Mord, noch verteidige ich die verbrecherische Wirkung. Wenn ich dagegen ein verbrecherisches Aktenstück, das nicht nur ein Verbrechen *erzählt*, sondern dessen Inhalt das Verbrechen selbst ausmacht (eine Verleumdung, eine Aufforderung zum Hochverrath) öffentlich mitteile, so *verübe* ich eben damit das Verbrechen selbst.«

⁸⁸ Vgl. v. Vincke an Below am 10. 2. 1848: Gervinus »hat auch an Schwerin und Auerswald deshalb geschrieben und gebeten, beide möchten sich für die Erhaltung des Blattes verwenden.« In: K. v. VINCKE, 1902, S. 101 f.

⁸⁹ Mitteilung des Innenministeriums am 13. 2. 1848, GLA 236/5752.

⁹⁰ Schreiben des Kurfürstlich-Hessischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, gez. Doernberg, an das Großherzoglich-Badische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Karlsruhe am 10. 11. 1847, GLA 233/34712.

⁹¹ Ebd.

⁹² Vgl. den Gehorsamsten Brief des Oberamts Heidelberg vom 22. 12. 1847, wo es heißt, »daß jene beiden Artikel in der deutschen Zeitung gerade in der Zeit erschienen, da nach Versagung des früheren Censors, Großherzoglicher Amtmann Lauer, noch kein anderer Censor ernannt war und dieses Geschäft bald von diesem, bald jenem Beamten versehen werden mußte.« GLA 233/34712.

sen unserer Zeit nicht die gebührende Rechnung zu tragen, indem sie glaubt, es sei in einem Verfassungsstaat, in welchem sich das öffentliche Leben bis zu einem gewissen Punkt entwickelt hat, möglich, freimüthig tadelnde oder mißbilligende Äußerungen der Presse über Vorfälle zu unterdrücken, die nun einmal bezüglich auf Kurhessen vorliegen, und bei ihrer Natur die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen mußten. Die Verhältnisse der Bundesstaaten sind sich in bezug auf die Presse nicht gleich, und was Kurhessen in demselben ohne Gefahr für die Ruhe seines Landes oder doch ohne Gefahr des Verlustes des Vertrauens der Regierung im Lande unterdrücken zu können glaubt, können wir bei den Verhältnissen unseres Staates oft nicht mit gleicher Beruhigung verhindern.«⁹³ Die Märzrevolution sollte den fruchtlosen Wortwechsel bald beenden.

Wieder anders sah es in Österreich aus. Metternich hatte im Juli 1847 das Verdict ausgesprochen, »daß diese dem modernen Konstitutionalismus in höherer Potenz huldigende Zeitschrift zur Admittierung in die K. K. Staaten nicht geeignet ist.«⁹⁴ Zur Verweigerung des Debites kam Anfang September noch der Bescheid, daß der Bezug allen österreichischen Beamten verboten sei.⁹⁵ Einzelne Exemplare fanden dennoch ihren Weg in die Donaumonarchie, wie mehrere Leserbriefe belegen, und über Buchhandlungen eröffnete sich auch Privatpersonen eine Möglichkeit, das verbotene Blatt zu beziehen. Dennoch hemmte das offizielle Verbot in der k. u. k. Monarchie die dortige Verbreitung des nationalliberalen Programms ganz wesentlich und muß als eine Ursache der dort recht schwachen Leserdichte entsprechend berücksichtigt werden.

Deutlich wird, daß das Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren ein weitgehendes Fehlen zensorischer Repressalien bewirkte. In einer Zeit, welche die anachronistische Wirkung politischer Zensur bereits erkannt hatte, verdankte die Deutsche Zeitung ihrer gemäßigten Tonart und damit ihrem politischen Kapital sowie ihren guten Verbindungen zu badischen Regierungskreisen und damit auch ihrem sozialen Kapital einen großzügigen politischen Spielraum, der sich auch gegen andere Länder des Deutschen Bundes verteidigen ließ. In ihrem Angebot freier Aussprache klang das vorläufige Ende der Zensurepoche bereits an.

⁹³ Erklärung des badischen Innenministeriums an das badische Außenministerium am 5. 2. 1848, GLA 236/250.

⁹⁴ Brief Metternichs vom 29. 7. 1847, zit. n.: H. MÜLLER, 1986, S. 239

⁹⁵ DZ 3. 9. 1847.

Die Zeitung als politisches Programm

1. Staatsgründung und Verfassungspolitik

Im vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts werden aus politischen Ideen politische Parteien. Von links und gemäßigter Linke über ein katholisches Zentrum und die große liberale Bewegung bis hin zu den Konservativen entwickelt sich ein Parteienspektrum, das sich bis in die Weimarer Republik hinein erhalten wird. Die Gründe für die Ausbildung dieses Spektrums sind vielschichtig, doch einiges kann die politische Geschichte der Deutschen Zeitung zu ihrer Erklärung beitragen. Immer wieder haben Historiker der DZ einen entscheidenden Anteil an der Trennung von Liberalen und Demokraten am Vorabend der Revolution zugewiesen, so kürzlich Elisabeth Fehrenbach, die dem Blatt bescheinigte, »nicht die Einheit der Opposition, sondern ihre parteimäßige Aufspaltung gefördert« zu haben.¹ Nur ganz vereinzelt wurde es als »Organ des ganzen Liberalismus« gesehen.² Ob die Deutsche Zeitung im ausgehenden Vormärz mehr zur Spaltung oder zur Sammlung des deutschen Frühliberalismus beitrug, kann ihr verfassungspolitisches Programm klären helfen.

Konstitutionelle und nationale Frage sind im deutschen Liberalismus der vierziger Jahre untrennbar miteinander verknüpft. Inwieweit das Einheitspostulat jenes der Freiheit zu überwölben begann, wird kontrovers beurteilt, eine neuere Arbeit zum Nationalismus badischer Liberaler setzt für die vierziger Jahre einen radikalen Wandel des Nationsbegriffs weg von der Freiheit hin zur Macht an.³ Demnach wäre »Nation« zur Gründungszeit der DZ schon kein Schlagwort mehr im Kampf um mehr Partizipation, sondern eine primär nach außen abgrenzende Kategorie. Wird dieser Wandel auch im politischen Kurs der Deutschen Zeitung am Vorabend der Revolution sichtbar? Gerade vor dem Hintergrund ihres verfassungspolitischen Programms läßt sich ausleuchten, welcher Bedeutungsgehalt für den vormärzlichen Liberalismus repräsentativer ist.⁴

¹ E. FEHRENBACH, 1992, S. 36. Vgl. auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 37; W. BOLDT, 1973, S. 561.

² Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 388.

³ Vgl. M. MEYER, 1994, S. 202. Vgl. auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 32; L. GALL, *Nationalstaat*, 1978, S. 292; E. R. HUBER, 1978, S. 383 f.

⁴ Der politische Kurs der Deutschen Zeitung wird im folgenden ausschließlich anhand von Leitartikeln und kommentierenden Beilagen untersucht, da nur hierin die spezifische politi-

a) *Am Vorabend der Revolution: Liberale Prinzipien – deutsche Nation*

Das Legitimationsprinzip politischer Herrschaft ist die konstitutionelle Monarchie, und definiert wird sie als »Theilhabende des Volkes an der Gesetzgebung«. ⁵ Mit dieser knappen Formel grenzte sich die DZ klar gegen Konservative und Radikale ab. Durch die Forderung nach Teilung der Staatsgewalt erfolgte eine erste Frontstellung gegen den Absolutismus; durch die Begrenzung der politischen Mitbestimmung auf die Gesetzgebung stellte sie sich dann den Demokraten entgegen, die eine Ausweitung der Volksherrschaft auf Legislative, Judikative und Exekutive forderten. Die Notwendigkeit des politischen Systemwechsels hin zur konstitutionellen Staatsform ergab sich für die DZ zwangsweise aus dem Lauf der Zeit, aus historischer Bedingtheit. Denn die Zeiten hätten sich geändert: »Volkskraft trat an die Stelle der Fürstenkraft, die politische Bildung begann sich auszubreiten ..., ein Geist der Aktion, der Selbstständigkeit und des Selbstgefühls durchdrang wieder die Massen.« ⁶ Und daß die konstitutionelle Staatsform den »menschlichen und staatlichen Entwicklungen die wünschenswertheiten Bürgschaften bietet«, erweise sich auch daran, daß die Zeitgeschichte klar auf ihre Verbreitung hinliefe. ⁷ Es sind viel weniger theoretische Überzeugungen als vielmehr praktische Überlegungen – es tut dem Volk am besten – sowie historische Notwendigkeit – zur Zeit gibt es keine andere Möglichkeit –, welche die Durchsetzung des Konstitutionalismus erforderlich machen.

Das monarchische Prinzip blieb für die DZ insofern gewahrt, als Besitz und Ausübung der Staatsgewalt beim Fürsten als dessen traditionelle Legitimationsgrundlage verblieb. Das konstitutionelle Prinzip wurde durch die Selbstbindung des Monarchen an die Verfassung sowie durch die Mitentscheidung einer repräsentativen Volksvertretung gewährleistet. ⁸ Auch was das Zustandekommen dieser Verfassungen angeht, stand die DZ streng auf dem Boden der hinlänglich bekannten Liberalismustheorie: Verfassung ging nicht aus einem einseitigen Fürstenoktroi hervor, Verfassung wurde aber

sche Stoßrichtung und Parteinahme erkennbar wird. Die reine Berichterstattung hat durch Anlehnung an andere Presseorgane und häufige Übernahme fremder Artikel dagegen primär faktischen Informationswert, den andere zeitgenössische Blätter ebenso bieten können.

⁵ DZ 28. 7. 1848.

⁶ DZ 22. 9. 1847.

⁷ DZ 28. 7. 1848, dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch ebda: »Es (ist) der Konstitutionalismus in der Verfassungsbildung der zivilisierten Völker Europas für unsere Zeit ... das Normale der Entwicklung ebenso, wie ... es der Absolutismus in den drei letzten Jahrhunderten war ... Diese Beobachtung hat daher für den praktischen Staatsmann etwas Nöthigendes, ... er wird desto zuversichtlicher seinen inneren Überzeugungen folgen, wenn er sie mit den Wegen des Schicksals im Einklang weiß.«

⁸ Vgl. D. GRIMM, 1988, S. 113f.; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 20ff.; Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 286ff. Über das Ungleichgewicht zwischen Monarch und Volksvertretung, das die staatsrechtliche Einordnung der konstitutionellen Monarchie bis heute erschwert, s. D. GRIMM, 1988, S. 138ff. Die diesbezügliche Kontroverse Huber-Bokenförde zeichnet E. FEHRENBACH, 1992, S. 71 ff. nach.

auch nicht vom Volk »genommen,« sondern sie entstand durch Vereinbarung zwischen Monarch und Ständen.⁹

Eine solche Verfassung schrieb bestimmte Grundrechte fest. Konstitutionelle Liberale wie Demokraten sahen darin neben der freiheitssichernden Funktion auch ein strategisches Mittel, die Regierungspolitik in Maßen zu beeinflussen: Zugunsten von Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, Judenemanzipation, Glaubens- und Lehrfreiheit und der Freiheit des Eigentums. Neben diesen Individualrechten vertrat die DZ, auch was ihre Kernforderungen für einen liberalen Rechts- und Verfassungsstaat anging, den bekannten Reformkatalog: Mündlichkeit, Öffentlichkeit und Anklageprinzip des Gerichtsverfahrens, Ministerverantwortlichkeit, eine Reform des Justizwesens, Ablösung grundherrlicher Lasten, Einführung einer Einkommensteuer sowie gleichmäßigere Verteilung der Steuerlast, Volksbewaffnung und schließlich Verbesserung des Schulwesens.¹⁰

Eng gekoppelt mit der konstitutionellen Frage war die nationale Frage. Bereits im recht vage gehaltenen Grundsatzprogramm der DZ vom 8. Mai 1847 tauchte »das Gefühl der Gemeinsamkeit und Einheit der deutschen Nation ... zu stärken« als zentrales Motiv der Gründung auf¹¹, und verstärkte sich im Laufe des ersten halben Erscheinungsjahres hin zu dezidierten Forderungen nach einem deutschen Nationalstaat, der, wie Lothar Gall es formuliert, »zum Rahmen, zum Träger und zum Instrument aller Reformbestrebungen werden und ihnen zum Durchbruch verhelfen« sollte.¹² In diesem politischen Herzstück, der Forderung nach einem geeinten Deutschland, waren sich alle Strömungen des vormärzlichen Liberalismus bis hin zum radikalen Flügel einig, Unterschiede brachen hingegen auf, wenn es um die Frage der Verwirklichung ging.

Das politische Glaubensbekenntnis der DZ-Liberalen lief einmal darauf hinaus, daß Preußen zur Vormacht in Deutschland berufen sei. Dies wird durch seine historische Mission wie auch durch seine geographische Lage begründet: »Etwas Schicksalvolles und Vorherbestimmtes liegt wohl in der Stellung Preußens zu Deutschland und im Gang seiner Entwicklung, ja selbst in der Zusammensetzung der Gebietsteile dieser Monarchie,« schrieb Gervinus im Juli 1847, und stützte den Verlauf der deutschen Geschichte vom Ende des 30jährigen Krieges über Friedrich II. bis hin zu den Befreiungskriegen als klaren Beleg dafür zurecht, daß es schon immer, und so auch jetzt, Preußens Aufgabe und Vermächtnis sei, den Deutschen zu einem geeinten Vaterland zu verhelfen.¹³ Eine borussische Geschichtsdeu-

⁹ Vgl. DZ 24. 10. 1847: »Denn unser Liberalismus ist weit genug vorgerückt, um einzusehen, welch größerer Segen in der Vereinigung der Volks- und Fürstenkraft liegt als in dessen Trennung ... und eben auf Vereinbarung ruht alles konstitutionelle System.«

¹⁰ Vgl. DZ 4.-6. 8. und 11. 10. 1847.

¹¹ Programm der DZ, 1847, S. 181.

¹² L. GALL, Bürgertum, 1989, S. 259.

¹³ DZ 7. 7. 1847. Vgl. zur »deutschen Mission Preußens« für die DZ: G. HÜBINGER, 1984, S. 131 ff. sowie allgemein: D. LANGEWIESCHE, Reich, 1992, S. 361 ff.; H.-U. WEHLER, Nationalismus, 1994, der eine solche als »grandiose, historische Erfindung« charakterisiert, S. 173.

tion, die später in der Einigung von 1871 das eigentliche Endziel deutscher Geschichte sieht, klingt hier unüberhörbar an.

Was waren die Vorbildfunktionen, welche die DZ Preußen zumaß, und wie sollte die deutsche Einheit realisiert werden? Aus dem Zeitungstext dieser Monate kristallisiert sich ein spezifisches Drei-Phasen-Modell heraus, das in unterschiedlichen Abstufungen und Schattierungen den Grundtenor des Blattes vor Ausbruch der Revolution verkörpert: Preußen ist der Staat, von dem Signalwirkung auf alle deutschen Länder ausgeht. Auf einer ersten, kurzfristigen Stufe muß daher die Konstitutionalisierung Preußens erreicht werden, da »bei der preußischen Verfassungsfrage kein bloßer Einzelkampf um ein Bruchstück von Freiheit gekämpft wird ... sondern ... eine Schlacht geschlagen wird, welche über die Zukunft des konstitutionellen Systems in Deutschland entscheidet, und ... was hier errungen wird, ganz Deutschland angehöre.«¹⁴ Diese Einschätzung erklärt auch, weshalb dem preußischen Verfassungskonflikt in den ersten zwei Erscheinungsmonaten so viel Platz eingeräumt wurde.

Die Debatten des Vereinigten Landtags hatten sich schnell zu einem verfassungspolitischen Grundkonflikt zugespitzt. Die ständische Verweigerung der Geldbewilligung für den Ostbahnbau hatte Friedrich Wilhelm IV. mit dem Stop der Bauarbeiten und der Schließung des Landtags beantwortet. Zu wirklichen Ergebnissen war es nicht gekommen. Die anfänglich skeptische Beurteilung des preußischen Verfassungspatents wich in der DZ bald einem von pragmatischen Gesichtspunkten geleiteten positivem Urteil. Obwohl das Patent weder Pressefreiheit noch Mitbestimmung in der Gesetzgebung versprochen, nur minimale Bewilligungs- und Petitionsrechte fixiert, und schließlich das Kernziel der ostpreußisch-rheinischen Opposition, die Periodizität, verweigert hatte, überwog für Gervinus, der alle Leitartikel über den Landtag schrieb, letztlich anderes: Vom Standpunkt des positiven Rechts sei die Einberufung der acht Provinziallandstände die legitime Vertretung des preußischen Volkes, der Weg der Verständigung sei nach wie vor offen, und nicht, *was* das Patent gebe, sondern, *daß* es gegeben worden sei, sei doch entscheidend.¹⁵ Mit dieser Beurteilung wich Gervinus von seiner Schrift »Die preußische Verfassung und das Patent vom 3. 2. 1847« in einigen Punkten ab.¹⁶ Hatte er noch im März 1847 die erwähnten Versäumnisse für so wesentlich gehalten, daß sie eine Inkompetenzklärung der Versammlung rechtfertigten, so überwiegt in seinen DZ-Arti-

¹⁴ DZ 7. 7. 1847. Vgl. ebd.: »Der Entschluß Preußens, die erste konstitutionelle deutsche Macht zu werden, wäre demnach das Mittel, um die Einheit Deutschlands ... und die Freiheit Deutschlands ... so miteinander zu versöhnen, daß beide sich in Zukunft wechselseitig unterstützen; und die vereinigte Wirkung dieser beiden Richtungen zum Wiederaufbau eines Reiches deutscher Nation wird umso unwiderstehlicher werden.«

¹⁵ DZ 6. 7. 1847.

¹⁶ Vgl. dazu G. HÜBINGER, 1984, S. 133 ff.

keln die pragmatische Überlegung, daß »ein Weniger in der Wirklichkeit doch umso schwerer wiegt als jenes Mehr auf dem bloßen Papier.«¹⁷

Daß die konstitutionelle Grundposition dabei erhalten bleiben konnte, zeigt sich einmal in der Kritik am preußischen Konservativismus. Denn die preußische Regierung habe durch den einseitigen Erlass »das Wesen allen Konstitutionalismus, ... das Prinzip« verletzt.¹⁸ Die »Theilnahme des Volkes an seiner Gesetzgebung existiert nicht eigentlich, wenn es bei dem Fundament aller Gesetzgebung, ... bei seinem Grundgesetz nicht mitreden darf.« Indem Gervinus die Einberufung als solche positiv bewertete, stellte er sich aber auch in direkte Frontstellung zu den Konservativen, die bereits in der Tatsache der Einberufung »ein fatales Zugeständnis der Krone« sahen.¹⁹ Eine überwiegend positive Bewertung des Landtags hielt jedoch die Tür für weitere Schritte in Richtung Konstitutionalismus offen.²⁰ Und das gab für die DZ den Ausschlag.

Würde Preußen auf gesetzlichem Wege konstitutionell, folgten sukzessive alle nichtkonstitutionellen deutschen Staaten nach, und jene, die bereits eine Verfassung hatten, würden ermutigt, ihr System weiter auszubauen. Diese These bildete die zweite, mittelfristige Stufe des Drei-Phasen-Modells der DZ und zielte darauf ab, die Reformen in den Einzelstaaten so weit wie möglich voranzutreiben, um zunehmend eine politische Ähnlichkeit der deutschen Staaten zu erreichen.²¹ Durch ihre Betonung auf *Gleichartigkeit*, nicht *Gleichheit* einzelstaatlicher Verfassungen als »Mittel der Einheit« grenzte sich die DZ gegen den Vorwurf aus konservativer Feder ab, ihr Konstitutionalismus sei doktrinär und unrealistisch, und pochte auf »die volle Anerkennung des Prinzips«, das den einzelnen Staaten genügend Spielraum gewähre.²² Diese mittelfristige Zielvorstellung einer annähernd ähnlichen föderativen Verfassungslandschaft schlug sich programmatisch in zahlreichen Leitartikeln über deutsche Einzelstaaten nieder. Das Muster dieser Leitartikel war meist dasselbe: Einem geschichtlichen Abriss über Politik und Verfassungsentwicklung schlossen sich Beschwerden, Wünsche und Forderungen aus liberaler Sicht an. Diese Maßnahmenkataloge waren individuell auf jedes Land zugeschnitten, repräsentierten aber im wesentlichen die bereits erwähnten liberalen Kernforderungen. Wird in Kurhessen die übertriebene Polizeikontrolle der Meinungsfreiheit moniert, die sogar bis in den Ständesaal reiche, so ist in Bayern die Dominanz der katholischen Partei in allen Lebensbereichen, in Hannover die mit unfähigem Adel über-

¹⁷ DZ 6.7.1847.

¹⁸ DZ 28.7.1848, dort auch das folgende Zitat.

¹⁹ G. HÜBINGER, 1984, S. 133.

²⁰ Das hat auch die marxistische Forschung betont, vgl. H. ASMUS, 1972, v. a. S. 102 ff.

²¹ Vgl. DZ 7.7.1847: »Je höher nämlich durch das Einlenken in die konstitutionelle Bahn die Bedeutung und das Ansehen Preußens steigt, desto mehr muß in den mindermächtigen deutschen Staaten das konstitutionelle System an Wirksamkeit ... schon darum gewinnen, weil mit dem größeren Maß an Freiheit ... die Popularität und der Bestand aller Regierungen in den reindeutschen Staaten aufs engste zusammenhängt.«

²² DZ 28.7.1847.

füllte Bürokratie der Ansatzpunkt liberaler Kritik, und in Nassau kann das dann die mangelnde Durchsetzung der schriftlichen Verfassungsgrundsätze sein. Hervorzuheben im Kanon dieser einzelstaatlichen Würdigungen ist die umfangreiche und von großer Publizität begleitete Artikelserie »Württembergische Briefe« aus der Feder Sigmund Schotts, die sich vor allem der wirtschaftlich-sozialen Misere in Süddeutschland annahm und hier weitreichende Vorschläge machte.²³

Die Tatsache, daß primär Staaten, die bereits über eine Verfassung verfügten, einer kritischen Würdigung unterzogen wurden, und die altständisch gebliebenen Freien Reichsstädte damit unberücksichtigt blieben, kann auch als Fingerzeig auf den Typus der Staatsrechtslehre verstanden werden, welche die DZ mit Robert v. Mohl und Heinrich Albert Zachariäe unter ihren Mitarbeitern vertrat. Galt einem die Verfassung als rational entworfene, zwischen Souverän und Volk vereinbarte schriftliche Herrschaftsgrundlage, dann bildete sie auch den Mittelpunkt der vormärzlichen Staatstheorie.²⁴ Konsequenterweise beschäftigte man sich dann nicht, wie es andere wissenschaftliche Flügel taten, mit dem öffentlichen Recht des Deutschen Bundes oder der Entwicklung eines allgemeinen Staatsrechts, sondern man widmete sich primär der Erläuterung einzelstaatlicher Verfassungen. Dieter Grimm unterscheidet diese Ausrichtung dadurch, daß ihr Thema »fast ausnahmslos die modernen Repräsentativverfassungen sind, während Darstellungen des Staatsrechts der altständischen oder absolutistisch regierten Staaten kaum vorkommen.«²⁵ Diesen staatsrechtlichen Typus vertritt die DZ in ihrer programmatischen Behandlung der deutschen Einzelstaaten ohne Einschränkung.

Schließlich, und darauf hat Dieter Langewiesche hingewiesen, grenzte die Tatsache, daß die deutschen Einzelstaaten überhaupt für reformfähig gehalten wurden, entschieden von den Demokraten ab, die »Reformen im Gehäuse der bestehenden Fürstenstaaten ablehnten.«²⁶ Indem die DZ dezidiert für einzelstaatliche Reformen eintrat, begab sie sich automatisch in Frontstellung zum Unitarismus – denn der bedeutete notwendigerweise Revolution.

Ihr drittes, jetzt langfristiges Ziel, aufbauend auf den vorangegangenen Entwicklungen, sah die DZ im Zustandekommen eines nationalen Verfassungsstaats. Wann sich der Begriff »Nationalstaat« im politischen Vokabular der Deutschen eingebürgert hat, ist bisher kaum geklärt. Meyer weist in seiner Studie darauf hin, daß »Nationalstaat« bereits 1841 von Paul Pfizer im Sinne »rechtlicher Normalität« sowie eines Gebildes, in dem »Volk und Staat eins« sind, gebraucht wurde.²⁷ Hans-Ulrich Wehler setzt den Ge-

²³ Vgl. DZ 13./14./15. 10. 1847, 25. 10. 1847, 9. 11. 1847, 18./20./21. 12. 1847, 3./4. 1. 1848, 14./15. 2. 1848.

²⁴ Vgl. D. GRIMM, 1988, S. 171.

²⁵ Ebd., S. 172 f.

²⁶ D. LANGEWIESCHE, Reich, 1992, S. 350.

²⁷ M. MEYER, 1994, S. 196 f.

brauch des Begriffs noch früher an, nämlich ab 1800 im Kielwasser des entstehenden Nationalismus.²⁸ In der zeitgenössischen Sprache scheint »Nationalstaat« aber entgegen dieser Terminierung noch gar nicht üblich gewesen zu sein, denn in der Deutschen Zeitung, dem publizistischen Sammelbecken seiner eifrigsten Verfechter, fällt der Begriff zwischen 1847 und 1850 kein einziges Mal. Zwar verwenden die liberalen Autoren Worte wie »Nationalleben« – darunter verstehen sie die »volle Verschmelzung der Interessen und Vereinigung der Gemüther«²⁹ – oder auch »Nationalbildung«, durch welche der »Gang des Ganzen der Nation nach einer natürlichen Fortentwicklung« befördert würde.³⁰ Prozesse einer solchen Nationalbildung seien vor allem »der Drang nach Öffentlichkeit, nach Tätigkeit, nach Verbesserung, die Beschäftigung der Menschen mit politischen Gegenständen, das ... Verlangen nach einer würdigeren, äußeren Stellung der Nation, der Wetteifer ... auf allen Gebieten, in kirchlicher, politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Richtung ... in allen Kreisen und Ständen«, womit wesentliche semantische Bestandteile unseres heutigen Verständnisses von Nationsbildung bereits genannt sind.³¹

Auch »Nationalbewußtsein« gehört zu den Wortschöpfungen, die jetzt entstehen und die politische Sprachkultur erweitern. »Nationalbewußtsein« wird in der DZ zunächst verneinend gebraucht, nämlich als fehlendes »Gefühl des Zusammenhangs mit denen da außen im Reich«³², womit die Österreicher gemeint sind. Den Begriff verknüpft die Zeitung in allen Bezügen immer mit der »deutschen Sache und der deutschen Sprache«, definiert ihn somit politisch als auch kulturell. Im Gegensatz zu diesen neuen Sprachgebilden, die oft erklärt werden und nicht allen Lesern geläufig zu sein schienen, wird »Nation« ganz unbefangen und in fast jedem Leitartikel gebraucht, wobei als Definition gilt: »Denn das Volk war uneins und zerrissen, es war keine Nation.«³³

Was sprachliche Neuschöpfungen mit »Nation« angeht, so illustriert auch der Text der Deutschen Zeitung, daß ältere, einer vornationalen Welt entstammende Traditionen jetzt schrittweise ausgetauscht werden sollten. Die Tatsache, daß die nationale Avantgarde, wie sie die DZ-Autoren repräsentierten, mit dem Praefix »Nation« aber eher sparsam umging und der Terminus »Nationalstaat« auch in der Revolution noch nicht zu ihrem politischen Vokabular zählte, weist jedoch darauf hin, die »Nationalisierung der Traditionen«³⁴ später anzusetzen, als dies bisher getan wurde: Zumindest auf sprachlicher Ebene schien sie vor der Jahrhundertmitte gerade den Kinderschuhen entwachsen.

²⁸ Vgl. H.-U. WEHLER, Integrationsideologie, 1994, S. 75.

²⁹ DZ 24. 10. 1848.

³⁰ Programm der DZ, 1847, S. 180.

³¹ Ebd., S. 179.

³² DZ 16. 7. 1847, dort auch das folgende Zitat.

³³ DZ 28. 3. 1849.

³⁴ So H.-U. WEHLER, Integrationsideologie, 1994, S. 75.

Die verfassungsrechtliche Grundlage des neuen Staates sollte eine konstitutionelle Monarchie sein – unter preußischer Führung. Daß dieses Endziel für die gemäßigten Liberalen nur auf gesetzmäßigem, evolutionärem Wege erreicht werden sollte, ist bekannt und wird auch im Zeitungstext durch wiederkehrende Topoi des steten Voranschreitens ohne Hetze und ohne Verharren belegt: »Die Übereilungen dort, die Zögerungen hier unterbrechen den ruhigen Gang der Dinge, gehen aber ... beide ihrer Ziele selbst verlustig; indem man dort beschleunigen will, hat man bisher immer die Hemmungen der Reaktion hervorgerufen, indem man hier anhalten will, hat man die Hast der Agitation nur gefördert.«³⁵

Die Frage, welche Grenzen das neue Deutschland für diese Liberalen haben sollte, berührt einen heiklen Punkt der Forschung. Denn der über viele Jahrzehnte dominierende Trend, Vormärz, Revolution und vor allem die Jahre bis 1866 primär unter kleindeutschen Gesichtspunkten darzustellen – parallel dazu herrschte auf österreichischer Seite eine habsburgisch gefärbte Geschichtsschreibung vor – wurde erst in den letzten Jahren kritischer gesehen, und neben James Sheehan hat vor allem Dieter Langewiesche dazu aufgefordert, »Nationalgeschichte bis 1866 ... aus einer weiten mitteleuropäischen Perspektive zu schreiben.«³⁶

Nationsbildung ist ein Prozeß, der auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene ablaufen kann.³⁷ Auch die DZ sah die Wirkungskraft des Phänomens, das sie mit »Nationalbildung« umschrieb, breitgefächert. Doch wie weit reichte diese Kraft aus ihrer Perspektive? Und hielten diese Liberalen die Nationsbildung schon für so fortgeschritten, daß sie unter Deutschland nurmehr die außerösterreichischen Staaten des Deutschen Bundes verstanden? In der Forschung dominiert die Ansicht, bis Herbst 1848 sei die gesamte Paulskirche großdeutsch eingestellt gewesen, eine andere Option habe nicht existiert.³⁸ Liefert die DZ den Gegenbeweis, daß Liberale ein Deutschland ohne Österreich schon sehr viel früher ernsthaft diskutierten?

Die Notwendigkeit politischer Reformen in der Donaumonarchie wird in ähnlicher Stoßrichtung dargestellt wie dies für die nichtösterreichischen Staaten des Deutschen Bundes der Fall war. Verstärkt weist die DZ aber auf die mangelnde Repräsentativität der österreichischen Stände hin, die Bürgertum und Bauernstand kaum berücksichtigten, und fordert eine zeitgemäße Erneuerung des ständischen Instituts. Ungleich vehementer als bei den übrigen deutschen Staaten ist auch die Kritik an der Regierung. Die Idee

³⁵ Programm der DZ, 1847, S. 180. Vgl. auch DZ 18. 3. 1848: »In solcher Zeit thut allerdings Besonnenheit Noth, aber ebenso als Besonnenheit auch rascher und fester Entschluß.« Vgl. auch die detaillierte Darstellung der Gervinusschen Revolutionstheorie bei G. HÜBINGER, 1984, S. 154 ff.

³⁶ D. LANGEWIESCHE, Nationswerdung, 1991, S. 757; vgl. auch DERS., Reich, 1992.

³⁷ Vgl. dazu grundlegend K. DEUTSCH, Nationenbildung, 1972 v. a. S. 16–49, DERS., Communication, 1966.

³⁸ Vgl. H. LUTZ, 1985, S. 301; D. LANGEWIESCHE, Reich, 1992, S. 358 f.; Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 656; ähnlich auch H. SCHULZE, Staat, 1994, S. 222.

der Omnipotenz müsse aufgegeben werden, der Polizeistaat habe sich maßlos ausgedehnt, schwäche alle produktiven Kräfte, und Österreich sei dadurch in Europa isoliert.³⁹ In diesem politischen Entwicklungsstau sieht die DZ den primär verantwortlichen Faktor für das politische Auseinanderdriften zwischen Österreich und Deutschland.⁴⁰ Das Fazit der verfassungspolitischen Ungleichzeitigkeit ist nüchtern, deutet jedoch schon an, wohin der Kurs des Blattes geht: »Ein enges Zusammenschließen Österreichs mit Preußen kann nicht mehr ein Herüberziehen Preußens in österreichische Kreise, sondern nur ein Annähern und Übergehen Österreichs in die preußische Staatsbewegung bedeuten.«⁴¹ Auch im wirtschaftlichen Bereich konstatiert die DZ eine Fehlentwicklung: Die chronische Finanzmisere der k. u. k. Monarchie, verursacht durch die immensen Kosten des Polizeistaats und eines absolutistischen Systems, bedeute zugleich auch eine Schwächung der Macht, denn »Zerstörung des Kredits ist aber Zerstörung der Macht.« Die einzige Alternative sei auch hier eine Systemveränderung, da nur eine konstitutionelle Monarchie »für den Staatshaushalt eine erschöpfende Grundlage bilde.«

Mit die größte Schuld aber am fehlenden Gefühl der Gemeinsamkeit trage die kulturelle Kluft, die sich zunehmend verstärke.⁴² Daß bereits diese zeitgenössischen Liberalen die kulturelle Ausformung des Nationalgefühls – die DZ nennt es »Nationalbewußtsein« – ausnahmslos an die Spitze jener Prozesse setzten, die zur deutsch-österreichischen Nationsbildung beitragen konnten, belegt die Berechtigung, mit der sich die gegenwärtige Forschung stark auf die psychisch-kulturelle Ebene nationaler Identitätsstiftung konzentriert. Das kulturelle Auseinanderdriften zwischen Deutschland und Österreich habe seit 1818 kontinuierlich zugenommen, wofür die Kopplung von absolutistischem System und kirchlicher Dominanz in allen Lebensbereichen verantwortlich sei. Daß die protestantisch gefärbte deutsche Wissenschaft und Kunst der katholischen an Qualität weit überlegen sei, klingt hier ebenfalls an. Neben der österreichischen Vernachlässigung von Kunst, Literatur und Wissenschaft sieht die DZ vor allem im Verfall der deutschen Sprache eines der großen Hindernisse, die einem gemeinsamen Nationalbewußtsein entgegenstünden.⁴³ In zahlreichen Artikeln wird die Verdrängung der deutschen Sprache durch das Vordringen der magyari-

³⁹ Vgl. DZ 20. 7. 1847 und 31. 12. 1847.

⁴⁰ Vgl. DZ 16. 7. 1847.

⁴¹ DZ 31. 12. 1847, dort auch die folgenden Zitate.

⁴² Vgl. DZ 16. 7. 1847: »Aber weit das Schlimmste war die Beschaffenheit der geistigen Zustände. Das mächtige Zusammenwirken von Kirche, Schule und Regierungssystem lähmte den Selbsttrieb des geistigen Lebens; ... die Gestalt des ganzen Privatlebens in Österreich blieb um ein Jahrhundert zurück, ... und das Land ... ist jetzt in der Masse ... durch einen Abstand der Bildungsverhältnisse von dem übrigen Deutschland getrennt, der Viele verzweifeln macht, daß er jemals ausgeglichen werden könne.«

⁴³ Vgl. DZ 16. 7. 1848: »Die Stärke des Nationalbewußtseins, das Gefühl des Zusammenhangs mit denen »da draußen im Reich« ist in Österreich in dem Maße zurückgeblieben, daß sogar die ... deutsche Sprache in dem vielvölkriegen Staate gefährdet erscheint.« Die Leitartikel zu Österreich stammen primär von Gervinus.

schen, slawischen und italienischen Kultur kritisiert, welche durch den katholischen Klerus und die Indolenz der österreichischen Verwaltung noch begünstigt werde. In ihrer Begründung eines deutschen Nationalstaats orientiert sich die DZ, wie hier ersichtlich wird, zunächst stärker an kulturellen Kriterien als an staatlich-verfassungspolitischen.

Für die Frage, ob die DZ Österreich trotz der ungleich verlaufenden Nationsbildungsprozesse dennoch zu »Deutschland« zählte, lieferten zunächst die formalen Einordnungskriterien einen Hinweis: Im Inhaltsverzeichnis führte die DZ unter der Rubrik »Deutschland« sämtliche nichtösterreichischen Staaten des Deutschen Bundes auf sowie die deutschsprachigen Provinzen Österreichs; alle anderssprachigen österreichischen Landesteile wurden dagegen unter k. u. k. oder Österreichischer Monarchie genannt, Ungarn erhielt sogar eine eigene Rubrik. In der inhaltlichen Ausfüllung dieses formalen Konzepts ließ sich vor der Revolution ein gradueller Wandel der politischen Einschätzung beobachten. Im Sommer 1847 hatte Gervinus geschrieben, gerade wegen des fortschreitenden Auseinanderdriftens müsse man an einer Annäherung der Verhältnisse arbeiten, auch wenn dieses Ziel zur Zeit als »eitle Chimäre« erscheine.⁴⁴ Zwar galt, »man will Österreich keineswegs von der Zukunft Deutschlands abgetrennt denken«, doch schon dieses Diktum erscheint ambivalent: Denn subtil implizierte es, man wolle zwar nicht, müsse aber doch vielleicht. Ein halbes Jahr später bringt der Sylvesterartikel des Jahres 1847 auf den Punkt, was im Juli noch offen geblieben war: Vor allem das staatlich selbständige Ungarn, aber auch die übrigen nichtdeutschen Landesteile verhinderten eine national einheitliche Repräsentation der Stände. Österreichs »Kern und Zukunft« könnten daher nur in seinen deutschen Landesteilen liegen, und nur im Rahmen dieser Grenzen sei ein gesamtdeutscher Reichstag in Wien möglich, der den »Abschluß deutscher Gemeinschaft und Einheit« bilden solle.⁴⁵ Hier klingt ein großdeutsches Programm an, auf das auch die redaktionellen Kriterien zunächst hinweisen, und welches für einen Großteil deutscher Liberaler bis in den Spätherbst 1848 hinein verbindlich bleiben wird.

Doch bereits am 25. Februar 1848, wenige Tage vor Ausbruch der Revolution in Deutschland und Österreich und deutlich unter dem Eindruck der Pariser Ereignisse, erfährt dieses großdeutsche Programm eine massive Beschneidung. Aufgrund des Axioms, daß Freiheit durch Macht und Macht durch Freiheit erhalten wird, müsse Österreich ein Ultimatum gestellt werden: Gewährt es keine Freiheit und verharret es in seinem kleinlichen Absolutismus, so fragt die DZ, »sollen wir dann in Deutschland zufrieden dreinsehen, daß ... sich für österreichische Rathlosigkeit preußische, deutsche Kräfte vergeuden? Nimmermehr!«⁴⁶ Vor allem im Fall russisch-öster-

⁴⁴ DZ 16. 7. 1847, dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch DZ 17. 7. 1847: »Und der erste Schritt zu einer solchen wesentlichen Umgestaltung unserer Lage zu Österreich ... müßte die große Gleichstellung der geistigen Zustände sein.«

⁴⁵ DZ 31. 12. 1847.

⁴⁶ DZ 25. 2. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

reichischer Komplikationen gehe es darum, absolute Neutralität zu wahren, Österreich »seinen Kampf alleine ausfechten zu lassen, ... es zu isolieren; und uns mit einem dreifachen Schild der Entschlossenheit zu waffnen, seine inneren Zustände und Verwicklungen nicht zu uns herüber greifen zu lassen.« Über diese eindeutige Aussage wird zwar noch der Mantel der »deutschösterreichischen Freundschaft« gebreitet, doch unverkennbar zeichnet sich hier ein politischer Kurs ab, der eine völlige Abtrennung Deutschlands von Österreich nicht mehr ausschließt. Festzuhalten bleibt, daß die DZ die Problematik der unterschiedlich verlaufenden Nationsbildungsprozesse schon lange vor Ausbruch der Revolution thematisierte und bereits zu Beginn des Jahres 1848 einen Kurs ansteuerte, den die Forschung gemeinhin erst ab Herbst dieses Jahres virulent erscheinen läßt: den Kurs der Liberalen hin auf eine Abtrennung Österreichs von Deutschland und auf einen kleindeutschen Nationalstaat.⁴⁷

An die Skizzierung dieses spezifischen nationalliberalen Forderungskatalogs knüpft sich die Frage, wie das Ziel der deutschen Einheit konkret vorangetrieben werden sollte: Durch eine Bundesreform oder durch den Zollverein, denn nur diese Optionen gab es im liberalen Lager.⁴⁸ Daß für eine Reform des Deutschen Bundes durchaus Handlungsspielräume bestanden und solche von der deutschen Nationalbewegung auch gesehen wurden, ist erst wieder stärker in den Blickwinkel der Geschichtswissenschaft gerückt, seitdem die deutsche Frage nicht mehr einseitig von 1871 rückwirkend beantwortet wird.⁴⁹ Mit der Option Bundesreform betonte man eher die »partizipatorische Funktion des Nationalismus«⁵⁰, die Zollvereinsvariante implizierte dagegen eine stärkere Abgrenzung gegenüber den Westmächten und Anerkennung der preußischen Hegemonie. Das war vor allem dem linken Flügel der liberalen Opposition ein Dorn im Auge, und auf deren Treffen in Offenburg wurde entsprechend für eine Nationalvertretung im Deutschen Bundestag plädiert. Auf die in der Literatur oft untergewichtete Tatsache, daß auch der linke Flügel eine Reform des Deutschen Bundes befürwortete und sich damit von den Reformvorstellungen vieler Konstitutioneller, was den »staatsorganisatorischen Kern« anging, kaum unterschied,

⁴⁷ Auf Gervinus' spezifische Tendenz, »dem zur Modernisierung augenscheinlich unfähigen Österreich mit dem Ausschluß zu drohen«, welche die spätere Position mancher Paulskirchenliberalen präjudiziert, hat auch G. HÜBINGER, 1984, explizit hingewiesen, S. 139.

⁴⁸ Die Triasvariante, ein Bund des konstitutionellen Deutschlands, bildete 1847 für diejenigen Liberalen, welche auf eine Konstitutionalisierung der beiden Großmächte, v.a. Prußens, setzte, keine Option mehr. Vgl. dazu P. BURG, 1989, v.a. S. 355 ff. sowie DERS., Die Triaspolitik im Deutschen Bund. Das Problem einer partnerschaftlichen Mitwirkung und eigenständiger Entwicklung des Dritten Deutschland, in: H. RUMPLER (Hrsg.), 1990, S. 136–161.

⁴⁹ Mit dieser Entwicklung ging auch eine Aufwertung des Deutschen Bundes einher, die ihren Niederschlag in zahlreichen, neueren Studien fand. Vgl. H. RUMPLER (Hrsg.), 1990; W. D. GRUNER, 1985. Daß die Repräsentanten der deutschen Nationalbewegung den Bund nicht a priori als untaugliches Instrument der Reform ansahen, hat für die marxistische Forschung H. MÜLLER, Deutscher Bund und deutsche Nationalbewegung, HZ 248 (1989), S. 51–78, betont.

⁵⁰ M. MEYER, 1994, S. 263.

hat Jörg-Detlev Kühne vor einiger Zeit hingewiesen.⁵¹ Das Heppenheimer Treffen und die Gründung der Deutschen Zeitung markieren in der Forschung fast ausnahmslos Eckpunkte einer gemeinsamen Abgrenzung gegen die Demokraten.⁵² Ob diese These vom programmatischen Kurs der Deutschen Zeitung völlig gedeckt wird, wurde bisher jedoch kaum gefragt und lohnt der Erörterung.

Durch den Zeitungstext des zweiten Halbjahrs 1847 zieht sich zunächst eine gewisse Kontinuität in der Bevorzugung der Zollvereinsvariante. Der gegenseitigen Kräftigung von Einheit und Freiheit wurden dort die größten Chancen eingeräumt, wo »innere und äußere Politik am unmittelbarsten sich berühren: ... das Gebiet des Handels und der gewerblichen Anliegen, die im deutschen Zollverein vertreten sind.«⁵³ Öffentlichkeit der Verhandlungen, der parlamentarische Ausbau des Zollvereins und vor allem eine gemeinsame Vertretung nach außen werden als geeignetes Instrumentarium gesehen, das »Deutschland zugleich dem letzten großen Ziele konstitutioneller Einigung näherbringt.« Interessant ist diese Begründung auch im Hinblick auf das bereits skizzierte deutsch-österreichische Verhältnis. Denn für die DZ ist der Deutsche Bund »eine Wiederherstellung dessen, was von dem Verhältnis Österreichs zu Deutschland wiederherstellbar war«, der Zollverein dagegen »maßgebend und bezeichnend für das Verhältnis Preußens zum eigentlichen Deutschland.«

Eine mehrteilige Artikelserie über »Die Bundesverfassung« belegt dann en detail, wie die DZ zur Option einer Bundesreform stand.⁵⁴ Zunächst wurde der Bundesverfassung der Vorwurf gemacht, ihrer ursprünglichen Aufgabe nicht gerecht zu werden. Statt die Verfassung eines gemeinsamen Vaterlands zu repräsentieren, sei sie ein bloßer Pakt souveräner Fürsten, denen jede Bereitschaft fehle, zugunsten eines festeren Bündnisses etwas von ihrer Souveränität zu opfern. Der Bund vereine die Nachteile von Aristokratie und Monarchie, indem an seiner Spitze keine Einheit, sondern eine aristokratische Versammlung ohne Entscheidungskraft herrsche, und diese nicht einmal repräsentativ, geschweige gar zeitgemäß sei. Verlöre die Bundesverfassung noch ihre letzten Verfassungsreste, sänke sie bald auf das Niveau einer bloßen diplomatischen Verbindung der Höfe herab. Die Kritik der Deutschen Zeitung konzentriert sich dabei vor allem auf das Verhältnis des Bundes zum Ausland. Er sei nach außen nicht geschlossen, da fremde Monarchen aufgrund ihrer deutschen Besitzungen Bundesmitglieder seien. Die Forderung nach Nationalität werde weiter unterlaufen, indem die Neuaufnahme fremder Monarchen durch Erbrecht und Abtretung möglich sei. Patrimoniales Prinzip und dynastisches Interesse seien jedoch mit den nationalen Interessen Deutschlands unvereinbar. Vor allem aus der Stellung

⁵¹ J.-D. KÜHNE, 1985, S. 32, ähnlich W. BOLDT, 1973, S. 565. Über das Heppenheimer Programm berichtete die DZ am 15. 10. 1847.

⁵² Vgl. Anm. 1.

⁵³ DZ 7.7. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

⁵⁴ DZ 4.-7. 11. 1847.

der beiden Großmächte als Bundesmitglieder und zugleich europäische Mächte könnten sich Komplikationen ergeben: Da Krieg zwischen den zwei Großmächten bundesgesetzlich nicht ausgeschlossen sei, eröffne sich hier die Möglichkeit »einer Sprengung des ganzen Bundes.«⁵⁵ Abgesehen von diesem Extremfall sei schon ein Konflikt einer der beiden Großmächte mit dem Ausland bedenklich, da auch im Fall eines Angriffskrieges der ganze Bund zu den Waffen greifen müsse, ohne daß die Rechtsverhältnisse geprüft wären. Die friedenssichernde Funktion des Bundes sei daher nicht gewährleistet.⁵⁶ Der negative Grundtenor dieses Kommentars, der auch die Reformierbarkeit des Bundes bezweifelte, setzt sich bis zum Februar 1848 fort und wird auch im Rückblick auf das Jahr 1847 deutlich, wo eine Reform der Bundesverfassung mit der Begründung vertagt wird, »wir halten dies nicht für eine geeignete Zeit, diese Punkte besonders zu treiben.«⁵⁷

Dennoch erschien Ende November 1847 eine Artikelserie »Ein deutsches Unterhaus«, die sich für eine Reform des Bundes einsetzte und aller Wahrscheinlichkeit nach von Friedrich Daniel Bassermann stammte.⁵⁸ Bassermann, der ja bereits in Heppenheim gegen die Zollvereinsvariante gestimmt hatte, argumentierte hier, die monierte mangelnde Geschlossenheit des Bundes nach außen treffe ebenso für die Entwicklung des Zollvereins zu einem europäischen Freihandelsbund zu. Eine Einigung über Handelsfragen lasse die großen Nationalanliegen unberücksichtigt und auch der in Heppenheim geäußerte Vorwurf geringer Realisierungschancen einer Bundesreform sei hinfällig: »Wegen der Sprödigkeit des Materials am Gelingen zu verzagen, gezieme erleuchteten Politikern nicht«. Mit seinem konkreten Vorschlag einer ständischen Vertretung aller deutschen Staaten am Bundestag nimmt Bassermann in der Deutschen Zeitung den Welckerschen Antrag von 1831 erneut auf und seine eigene, bundesweit Furore machende Motion vom 12. Februar 1848 vorweg. Das Urteil, Friedrich Daniel Bassermann sei von seiner eigenen Forderung um des Heppenheimer Konsenses willen abgerückt⁵⁹, kann der Zeitungstext hier revidieren: Fünf Wochen nach Heppenheim postuliert Bassermann öffentlich, wo er die Alternative sah und wo sie auch die politische Linke in Offenbach gesehen hatte: in einer Reform des Deutschen Bundes durch eine ständische Vertretung aller deutschen Staaten.⁶⁰ Die Tatsache, daß die Deutsche Zeitung trotz ihrer Bevorzugung der Zollvereinsvariante diesem Vorschlag so breiten Raum zugestand, bestätigt die Einschätzung, daß auch der gemäßigte Liberalismus dem Bund als Reformalternative vor 1848 durchaus noch Chancen einräumte.⁶¹

⁵⁵ DZ 7. 11. 1847.

⁵⁶ Vgl. dazu W. D. GRUNER, 1985, S. 235 ff.

⁵⁷ DZ 1. 1. 1848.

⁵⁸ Der Artikel wurde von der DZ mit dem Zusatz publiziert, »er stamme nicht aus der Redaktion.« S. DZ 21. / 22. 11. 1847, dort auch das folgende Zitat.

⁵⁹ So L. GALL, Bürgertum, 1989, S. 267.

⁶⁰ Vgl. W. BOLDT, 1973, S. 568.

⁶¹ Vgl. M. MEYER, 1994, S. 262. Sicherlich hatte Bassermann als Verleger auch gewisse Einflußmöglichkeiten auf die Aufnahme eigener Artikel. Angesichts von Gervinus' dominanter Füh-

Schließlich gilt es, das Verhältnis von Einheit und Freiheit in der DZ zu beleuchten. Gangolf Hübinger ist der Meinung, Gervinus, der im ausgehenden Vormärz den Großteil der innen- und nationalpolitischen Leitartikel schrieb, habe »schrittweise kulturelle durch machtsstaatliche Deutungsmuster ausgewechselt,« wobei das Gewicht der Nationsbildung, die er anfänglich gesellschaftlich-kulturell definierte, ab 1846 durch den Machtstaatsgedanken ersetzt werde.⁶² Manfred Meyer vertritt in seiner Arbeit die ähnliche Auffassung, daß sich im badischen Liberalismus der vierziger Jahre der Akzent auf die Einheit als Grundlage der Freiheit verschiebe, daß zentraler Begriff nationaler Politik schließlich nicht mehr die Freiheit, sondern die Macht sei, und daß »die Deutsche Zeitung ... ein wichtiger Beleg für die Wendung (ist), die der liberale Nationalismus angesichts der sozialen Frage bereits damals gegen allzu weitgehende Fortschritte in der Verfassungsfrage zu nehmen begann.«⁶³ Zwischen Gervinus' Aussagen als autonomer Publizist und »dem« Nationalismus badischer Liberaler sowie der Grundposition der Deutschen Zeitung muß jedoch präziser unterschieden werden. Denn einer Analyse aller vorrevolutionären Leitartikel hält diese Deutung einer bereits vormärzlichen Rechtswendung des Liberalismus nicht stand.

Daß machtsstaatliches Denken immer mehr in den Vordergrund trat, ist unbestritten und klang ja bereits in der Bevorzugung des Zollvereinausbaus an, welcher die außen- und damit machtpolitische Stellung Deutschlands ungleich stärker festigen könne, als dies einem erneuerten Deutschem Bund je möglich wäre. Daß auch kulturelle Kräfte als Antriebsmotor der Nationsbildung sehr hoch eingeschätzt wurden, belegte die Bewertung des kulturellen Gefalles zwischen Deutschland und Österreich. Daß jedoch Macht als zentrale Kategorie die der Freiheit ablöst, erscheint in dieser Schärfe nicht haltbar. Denn für die Deutsche Zeitung, dem bedeutendsten Sammlungsorgan nationaler Liberaler, ist »ein Axiom unserer und wir glauben, jeder gesunden Politik, daß Freiheit ohne Macht – und Macht ohne Freiheit in der Mitte ... Europas halbe und gänzlich ungesicherte Besitze sind ... Freiheit wird durch Macht und Macht durch Freiheit erhalten.«⁶⁴ Aus dieser Perspektive sei geradezu vorhersehbar, daß Österreich und Rußland an Macht verlören, da sie der Freiheit keine Chance ließen. Das Diktum: »Denn wie lebhaft wir auch die Einheit unseres Vaterlands wünschen, sie soll die Freiheit nicht gefährden, vielmehr sie kräftigen«⁶⁵, welches repräsentativ für viele ähnlich lautende Kommentare steht, illustriert nur, worauf bereits der Primat der preußischen Konstitutionalisierung im Drei-Phasen-Modell der

rungspersönlichkeit, der zu dieser Zeit Meinungen, die von der seinen stark abwichen, kaum zu Worte kommen ließ, deutet jedoch viel mehr darauf hin, daß Bassermanns Vorschlag ohne Ansehen der Person als ernstzunehmende Alternative gewertet und deshalb für veröffentlichungswürdig gehalten wurde.

⁶² G. HÜBINGER, 1984, S. 144.

⁶³ M. MEYER, 1994, S. 201 ff., bzw. S. 254.

⁶⁴ DZ 25.2.1848.

⁶⁵ DZ 5.7.1848.

DZ hinwies: Einheit und Freiheit haben das gleiche Gewicht und beide gilt es mit unterschiedlichen Mitteln parallel durchzusetzen.⁶⁶ Den Vorwurf einer nachrangigen Gewichtung von Freiheit im vormärzlichen Liberalismus kann das verfassungspolitische Programm der DZ somit entkräften.⁶⁷

Elisabeth Fehrenbach vertritt die Ansicht, die DZ habe nicht die Sammlung, sondern die Spaltung der liberalen Opposition vorangetrieben – und dieser Spaltung messen einige Historiker einen größeren Anteil am Mißlingen der deutschen Revolution zu als dem Gegensatz traditionaler und revolutionärer Kräfte oder der Doppelaufgabe, Freiheit und Einheit gleichzeitig durchzusetzen.⁶⁸ Auch Gangolf Hübinger hat dem Chefredakteur der DZ bereits vor Revolutionsausbruch »Defensivstrategien« und ein »Innehalten auf dem liberalen Reformkurs« zugesprochen.⁶⁹ Daß die DZ eine zweifache Frontstellung gegen Revolution und Reaktion einnahm, ist unübersehbar.⁷⁰ Jedoch erfährt die Abgrenzung gegen rechts, gegen Reaktion und Absolutismus, vor der Revolution eine ungleich stärkere Gewichtung als die gegen links. Eine quantitative Differenzierung aller Leitartikel, die politische Feindbilder zum Gegenstand haben, ergab, daß sich über zwei Drittel dieser Artikel mit »rechten« Feindbildern beschäftigen, wogegen nur knapp ein Drittel »linke« Feindbilder thematisieren. Diese ungleichmäßige Abgrenzung wird durch ein Selbsturteil am Neujahrstag 1848 bestätigt, wo die Redaktion den allgemeinen Vorwurf, sie habe über der einseitigen Frontstellung gegen rechts ganz die Abwehr nach links vernachlässigt, als berechtigt anerkennt, jedoch argumentiert, »man kann aber nicht Alles zu einer Zeit,

⁶⁶ Vgl. E. R. HUBER, 1978, S. 384: »So war die liberale Bewegung, die sich in ihrem Anfang zur *Freiheit von Macht* bekannte, durch Erfahrung zu der Einsicht genötigt, daß *Freiheit ohne Macht* nicht möglich, daß vielmehr die Bedingung der Freiheit die Eroberung und der Besitz von freiheitsschaffender und freiheitssichernder Macht sei ... Damit die Nation die Freiheit zur Schaffung der Einheit nutzen könne, bedurfte sie der Macht, ebenso wie sie der Macht nicht entbehren konnte, um die in Freiheit gewonnene Einheit gegen Gefahren von innen und außen abzusichern.« Huber weist hier auch auf die Tatsache hin, daß das Machtstaatsprinzip in Frankreich, England, der Schweiz und den USA ebenfalls eine zentrale Rolle für die Entwicklung von Freiheit spielte.

⁶⁷ Hübingers Urteil, die Einheit habe in der DZ vor der Freiheit rangiert, wird nur durch den Jahresrückblick vom 1. 1. 1848 belegt, wo vom »Hauptzweck, das Gemeingefühl und den Einheitssinn der deutschen Nation zu ... stärken« die Rede ist. Allein daraus läßt sich jedoch nicht die These ableiten, »die Einheit habe vor dem Verfassungsprinzip rangiert«, so DERS., 1984, S. 165.

⁶⁸ Vgl. E. FEHRENBACH, 1992, S. 36. Vgl. für ersteres D. LANGEWIESCHE, Republik, 1980, für letzteres Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 668; H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, 1987, S. 768 ff.; W. HARDTWIG, Der deutsche Weg in die Moderne, in: DERS./H.-H. BRANDT (Hrsg.), 1993, S. 18 ff.

⁶⁹ G. HÜBINGER, 1984, S. 165.

⁷⁰ Vgl. DZ 25. 2. 1848: »Je unerschütterlicher unser Grundsatz ist, diese beiden Extreme der Revolution und Reaktion in unseren Bestrebungen ... auszuschließen, desto unerschütterlicher müßten wir gegen jede ... politische Kombination ... stehen, die zu einem derselben unvermeidlich hinleiten wird.«

und ... die vorliegenden Thatsachen wiesen uns zuerst auf unsere absolutistischen Gegner.«⁷¹

Inhaltlich verkörpert die Deutsche Zeitung ohne Einschränkung jene Prinzipien und Strategien des konstitutionellen Liberalismus, wie sie die Forschung für den Vormärz herausgearbeitet hat. Daß ihre personelle Zusammensetzung hingegen auch Demokraten umfaßte, ließ sich bereits zeigen; und auch, was ihre sprachliche Propaganda betrifft, kann von einer vorrangigen Frontstellung gegen die Demokratie, welche Hübinger und Fehrenbach betonten, im Vormärz noch keine Rede sein.⁷² Statt von einer Zeitung zu sprechen, welche die liberale Spaltung förderte, erscheint es in Zukunft daher angemessener, die DZ als ein Organ zu charakterisieren, das die konstitutionelle Sammlung vorantrieb.⁷³

b) Der Weg zur Paulskirche

Kaum eine neuere Darstellung der deutschen Revolution kommt mehr ohne den Begriff der Handlungsebene aus.⁷⁴ Und in der Tat ist vor allem das Gleichzeitige, ineinander Verschränkte und Dezentrale der unterschiedlichen Abläufe ein spezifisches Merkmal dieser gesamtdeutschen Erhebung. Wieviel Gewicht den unterschiedlichen Ebenen zuzumessen ist, wird hingegen kontrovers beurteilt und ist nicht zuletzt auch ein Indiz für den jeweiligen politischen Standpunkt. Hiervon macht auch die Deutsche Zeitung keine Ausnahme. Ihre zeitgenössische Kommentierung der Revolution und des Weges zur Paulskirche berücksichtigt primär die Ebene der neu geschaffenen revolutionären Gremien, berücksichtigt die Handlungsebene der traditionellen Gewalten und in geringerem Ausmaß jene einzelstaatliche Ebene, auf der die Revolution schnell verrechtlicht wurde. Der ganze Bereich der spontanen Revolution, der Straßenbarrikaden und Protestversammlungen wird in Leitartikeln kaum thematisiert. Ähnlich steht es mit Bauernrevolten und sozialem Protest. Hier herrscht ein kommentatorisches Defizit, das den inhaltlichen und formalen Vorrang verfassungsrechtlicher Fragen, die ja fast immer mit geplanten Aktionen Hand in Hand gingen, noch stärker heraushebt. Deshalb kann die Darstellung des Zeitungskurses der Mo-

⁷¹ DZ 1. 1. 1848.

⁷² Vgl. die positive Wertung des Begriffs in der DZ 22. 9. 1847: »Haben die Erfahrungen der letzten 30 Jahre gegen die Anerkennung dieses demokratischen Geistes der Zeit, gegen die Einführung der konstitutionellen Formen, gegen die Mitbetheiligung des Volkes an seiner Gesetzgebung gesprochen? Vielmehr haben sich Gefahren und Aufruhr nur dort gezeigt, wo man diesem erwachenden Volksleben gewaltsam entgegentrat!«

⁷³ So auch H. LUTZ, 1985, S. 230, der die DZ als »Sammelpunkt der gemäßigten Liberalen« beurteilt und ihre Abgrenzungsstrategien im obigen Sinne gewichtet: »Auf der anderen Seite nahm man eine desto schärfere Abgrenzung nach rechts vor – gegen Konservative und Katholiken, aber auch gegen die demokratische Linke.«

⁷⁴ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 59 f.; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 49; Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 595, H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 1987, S. 703.

nate März bis Mai 1848 auch nur jenen Bereichen Rechnung tragen, die tatsächlich im Mittelpunkt der Berichterstattung standen.

Unter dem Eindruck der in ganz Deutschland ablaufenden Volksversammlungen, Demonstrationen und Adressen ist bereits Anfang März ein erster Kurswechsel der *DZ* zu beobachten. Nicht mehr den Ausbau des Zollvereins gilt es jetzt zu verfolgen, sondern die Reform des Deutschen Bundes ist zum »Losungswort des Tages« geworden.⁷⁵ In ihrem Realisierungskonzept wich die *DZ* von der Heidelberger Versammlung, welche die Regierungen zu Wahlen aufforderte und einen Ausschuß mit der Einberufung eines Vorparlaments beauftragte, deutlich ab. Sie schlug vielmehr vor, daß dieser 7er-Ausschuß mit Hilfe der deutschen Öffentlichkeit einen präzisen Verfassungsentwurf ausarbeite. Die deutschen Ständeversammlungen sollten daraufhin ein Zehntel ihrer Abgeordneten als Deputierte wählen, die den Entwurf beraten, gegebenenfalls modifizieren und dem Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit vorlegen sollten. Mit einem solchen »zwischen verfassungspolitischen Initiativgruppen, der Öffentlichkeit und den alten politischen Institutionen vermittelnden Vorschlag«⁷⁶, der den Gegenentwurf zum Vorparlament darstellt, wollte die *DZ* zwei Probleme gleichzeitig vermeiden, die dann tatsächlich eintraten: die unausgewogene regionale Repräsentativität der Abgeordneten, welche Österreich und Preußen benachteiligte⁷⁷, und den »Kompetenzwirrwarr«⁷⁸, der sich durch die parallel formulierten Vorschläge von »unten« und »oben« entwickelte.

Wichtig im Hinblick auf das Verhalten der *DZ* in diesen Wochen ist eine Initiative Max v. Gagerns, durch Vereinbarung mit den deutschen Regierungen eine Bundesreform zu erzielen und die vorläufige Exekutive Preußen zu übertragen. Jener »Mittelweg zwischen Revolution und evolutionärem Reformismus«⁷⁹, wie Heinrich Lutz ihn beschreibt, basierte auf dem Gedanken, den Bundestag in ein Zweikammersystem umzuwandeln: Das Oberhaus sollte aus Gesandten der deutschen Regierungen bestehen, ein Unterhaus von den Ständevertretern aus dem deutschen Volk gewählt werden. Dieser Gedanke war der Bassermannschen Motion nicht unähnlich, schloß jedoch die faktische Beteiligung der gerade entstandenen revolutio-

⁷⁵ *DZ* 8. 3. 1848. Zum Kurswechsel vgl. *DZ* 1. 3. 1848: »Die Frage nach einer Bundesrevision wird eine drängendere Tagesfrage ... Wir hatten sie beim Beginne des Blattes, wir hatten noch am Anfang dieses Jahres diese Frage als unpraktisch vertagt. Noch als unser Bassermann seine Motion begründete, war unsere Absicht, ... den Erfolg dieses Pulsfühlers bei der Nation erst abzuwarten ... Aber jetzt drängt eine äußere Gefahr natürlich und ungekünstelt auf diese Frage hin.«

⁷⁶ G. HÜBINGER, 1984, S. 169.

⁷⁷ Vgl. *DZ* 8. 3. 1848: »Es wäre selbstverständlich nicht nur zu wünschen, sondern auch darauf zu bestehen, daß ganz Deutschland ... auch Österreich, auch die Provinz Preußen, auch Schleswig bei dieser Zusammenkunft vertreten seien.« Ähnlich auch *DZ* 15. 3. 1848.

⁷⁸ G. HÜBINGER, 1984, S. 169.

⁷⁹ H. LUTZ, 1985, S. 249.

nären Gremien aus und wollte den unaufschiebbaren verfassungspolitischen Wandel durch einen Verfassungsoktroi von oben erzielen.⁸⁰

In einem Leitartikel vom 11. März 1848 – Max von Gagern war gerade unterwegs zu den süddeutschen Höfen – wertet die DZ die Gagernsche Zirkulargesellschaft positiv, schränkt sie jedoch in einem entscheidenden Punkt ein: Eine Bundesreform könne nicht mehr alleine von den alten Gewalten ausgehen, die Revolutionsbewegung müsse miteinbezogen werden und am erfolgversprechendsten sei eine gleichberechtigte Kooperation zwischen dem 7er-Ausschuß und jenen süddeutschen Regierungen, die sich mit dem Gagernschen Programm einverstanden erklärten. Im Gegensatz zu dem Legalisten Max von Gagern, der die »beratenden ... Versammlungen von Privaten«⁸¹ am liebsten verhindert hätte, erkennt die DZ die Berechtigung privater Aktionen – denn das sind die revolutionären Gremien vom Standpunkt der Legalität zunächst – durchweg an. Diese anfangs noch zögerliche Haltung verstärkt sich unter dem Eindruck der Wiener Revolution und mündet in der Überzeugung, »Presse, Stände und Privatthätigkeit sollten nun in Einmütigkeit darauf dringen, daß ... ein konstituierender Bundestag nach Frankfurt berufen werde, mit dem die Fürsten ... das Werk der Regeneration des Bundes auf dem Wege des Vertrages festsetzten.«⁸²

Dieser Kurs einer Partialreform des Deutschen Bundes dauerte bis zum 18. März 1848. Dann kamen die Barrikadenkämpfe, die Straßenschlachten und der militärische Einsatz in Berlin. Die blutigen Ereignisse dieser Tage hatten einen substantiellen Schwenk in der politischen Ausrichtung der DZ zur Folge. Ein »tiefer, schwarzer Schatten« sei über die preußische Monarchie und damit die Sache der deutschen Nation gefallen und rechtfertige einschneidendere Maßnahmen: Friedrich Wilhelm IV. solle abdanken, und sein Neffe Friedrich – der spätere 99-Tage-Kaiser – den Thron übernehmen. Die Bedeutung der preußischen Krone für Deutschlands Zukunft sei zwar unverändert groß, knüpfe sich aber nicht mehr an die Person des Königs.⁸³

⁸⁰ Den besten Zugang zur »Mission Gagern« mit zahlreichen Briefen der Brüder Max und Heinrich bietet L. v. PASTOR, 1912, S. 176 ff. Langewiesche kritisiert an diesem Versuch, »der deutsche Nationalstaat (war) entgegen den intensiven Bemühungen der liberalen Wortführer nicht an der Revolutionsbewegung vorbeizuschaffen«, s. DERS., Liberalismus, 1988, S. 41; ähnlich Th. NIPPERDEYS Urteil, Deutsche Geschichte, 1983, S. 606.

W. BOLDT, 1973, weist der Deutschen Zeitung einen entscheidenden Anteil an der publizistischen Unterstützung dieses Projekts zu. Diese Zuschreibung hält einer Analyse der DZ-Leitartikel nicht stand, denn bei der von ihr gewünschten Bundesreform sollten jene revolutionären Organe, die vom Standpunkt der Legalität noch private Veranstaltungen waren, ja explizit einbezogen werden.

⁸¹ L. v. PASTOR, 1912, S. 206. In ähnlichem Sinne hat sich damals auch Heinrich v. Gagern geäußert: »So gewinnt die Sache Fortgang und bleibt in den Händen der Regierungen, wenn auch gleichzeitig teils am Bunde die alten geregelten Wege eingeschlagen werden, teils von seiten der nationalen Opposition beratende Zusammenkünfte stattfinden ... Vor diesen fürchte ich mich jetzt nicht mehr...«, ebd., S. 204.

⁸² DZ 24. 3. 1848.

⁸³ DZ 25. / 27. 3. 1848.



Rück- und Fortschritte der Presse

Spottbild auf jene Zeitungen, die trotz der Gewährung von Presse- und Gewerbefreiheit ihre im Revolutionsjahr 1848 wesentlich erweiterten Handlungsspielräume kaum nützten.

Statt der Partialreform des Deutschen Bundes rückt nun seine Totalrevision als Handlungsmaxime ins Blickfeld.⁸⁴ Das Blatt setzt sich zunehmend mit zeitgenössischen Verfassungsentwürfen auseinander, welche die bestehenden Bundeseinrichtungen nur noch geringfügig berücksichtigten.⁸⁵ Dennoch erscheint es überzeichnet, einen Verfassungsentwurf Karl Welckers, der ein alternierendes Bundesoberhaupt als Kompromißlösung vorschlug, als »verfassungsrechtliche Grundvorstellung der südwestdeutschen Liberalen« zu bezeichnen, wie es Jörg-Detlef Kühne tut.⁸⁶ Für die Deutsche Zeitung, die ja zu dieser Zeit Stimmführerin der südwestdeutschen Majorität war, liegt Welcker gerade in der Hauptfrage des neuen Deutschland, der Frage der exekutiven Gewalt, falsch: Nur ein erbliches Oberhaupt sei imstande, das partikulare Eigeninteresse aller deutschen Staaten in den Griff zu bekommen sowie Deutschland nach außen stark und einheitlich zu vertreten. Zur Stärkung der Freiheit sei der Vorschlag Welckers geeignet, zur Stärkung der Einheit keineswegs.⁸⁷ Die Annahme, der südwestdeutsche Liberalismus habe geschlossen hinter dem Welckerschen Kommissionsbericht gestanden, muß aufgrund dieses vehementen Plädoyers auf den grundrechtlichen Teil des Entwurfs beschränkt werden.

Das Vorparlament und seine Beschlüsse markieren einen weiteren Meilenstein, an dem der graduelle Wandel der DZ-Liberalen hin zur Anerkennung der neuen Entscheidungsgremien sichtbar wird, ebenso aber auch ihre verstärkte Abgrenzung nach links. Noch vor der Entscheidung des Vorparlaments plädiert die DZ, was den Wahlmodus für das zukünftige Parlament angeht, für Wahlkollegien, die aus eigenen Urwahlen hervorgehen. Zwar sei die indirekte Wahl weitaus praktischer, aber »die große Ungleichheit« der Wahlgesetze würde vollkommene Ungleichheit in die Bedingungen bringen.⁸⁸ Ihren Vorschlag, das Wahlverhältnis von Wahlmann zu Urwählern auf 1 : 100 000 festzulegen, – er wurde nicht realisiert – begründet die DZ damit, daß eine Versammlung von über 500 Abgeordneten zu schnellen Entscheidungen kaum mehr fähig sei. Die später fixierte, indirekte Wahl bejahte die DZ, wogegen sie die Bedingung der Selbständigkeit, deren Zustandekommen auch in der Forschung strittig bleibt, ablehnte: Wahlmodi dürften zurecht kontrovers diskutiert werden, über das Wahlrecht hingegen, »das

⁸⁴ Vgl. DZ 1. 5. 1848: »Als aber die Volksforderungen größer und größer wurden, ... da sah man wohl, daß es sich nicht mehr um eine Revision, kaum um eine Reform, eigentlich um eine völlige Revolution, eine totale Umgestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse handelte.« Vgl. auch J.-D. KÜHNE, 1985, S. 32 ff.

⁸⁵ Vgl. DZ 13. 4. 1848: »Zu einer bedeutenden Wirksamkeit aber wird der Bund in seiner jetzigen Form nicht mehr gelangen ... Wir sehen den bisherigen Bundestag als einen Sterbenden an.«

⁸⁶ Vgl. J.-D. KÜHNE, 1985, S. 34.

⁸⁷ Vgl. DZ 29. 3. 1848.

⁸⁸ DZ 1. 4. 1848. Vgl. ebd.: »Derselbe in allen Eigenschaften gleiche Mann würde es (das Wahlrecht) an dem einen Orte besitzen, der am Andern davon ausgeschlossen wäre, da doch hier Alles darauf ankommt, alle Verschiedenheit in Wählern und Gewählten zu tilgen.«

nicht vom Besitz, nicht vom Stande, nicht von der Konfession abhängt, sollte fortan in Deutschland keine Differenz der Meinungen aufkommen.«⁸⁹

Den entscheidenden Schritt zur Anerkennung der revolutionären Gewalten tut die Zeitung erst nach Abschluß des Vorparlaments. Dieses Gremium, von der DZ zunächst mißtrauisch beäugt, da es ohne staatliche Legitimation zusammentrat, hatte die Grundsatzfrage Republik oder Konstitutionelle Monarchie der einzuberufenden Nationalversammlung überlassen. Diese Entscheidung richtete sich gegen die äußerste Linke und zugleich gegen einen Teil der Konstitutionellen um Heinrich v. Gagern, die beide aus unterschiedlichen Motiven jene Grundsatzfrage sofort beantwortet wissen wollten. Werner Boldt hat die Vertagung dieser Hauptfrage, welche auf einen Antrag Alexander v. Soirons zurückging, hingegen als einen Sieg über die Konstitutionellen bezeichnet, da »der bisher gültige Rechtsboden nun zugunsten der Volkssouveränität verlassen (sei).«⁹⁰ Der Gehalt dieser These, welche die Gagern-Gruppe mit »den Konstitutionellen« gleichsetzt, wird durch die Stellungnahme der DZ jedoch entkräftet, deren Mitarbeiter Soiron zudem noch war. Zwar galt ihr »der Schritt, den man mit Berufung dieser Versammlung tat, ... der Form nach (als) revolutionär«⁹¹, doch gerade der Beschluß, alle weiteren Verfassungsfragen nun einer vom Volk gewählten Nationalversammlung anzuvertrauen, macht den Fortgang der Sache für die DZ gesetzlich: Denn »nicht die Fürsten sollen uns eine Verfassung oktroyieren, sondern die konstituierende Versammlung soll sie uns geben.«⁹²

Mit ihrer Befürwortung der Nationalversammlung und deren Machtausstattung verläßt die DZ den Boden des bislang verfolgten traditionellen Legalitätsprinzips und schwenkt ein auf die Linie der »Legalisierung des Neuen durch Wahrung der Rechtskontinuität.«⁹³ Boldts Behauptung, die Konstitutionellen seien gegen den Soironschen Antrag gewesen, gilt es zu revidieren: Die Gruppe um Gagern war zunächst dagegen, die DZ-Liberalen befürworteten hingegen die Verwirklichung der Volkssouveränität, die sie durch Einberufung der Nationalversammlung gewahrt sahen.⁹⁴ Das Vorparlament wirkt auf den DZ-Kurs in zweierlei Hinsicht als wichtige Zäsur: Das Blatt argumentiert nicht mehr mit herkömmlichen Legalitätsvorstellungen, sondern gesteht jetzt auch einem vom Volk gewählten Parlament Legitimität zu. Daneben verschärft sich die Abgrenzung zur äußersten Linken, wogegen gemäßigte Demokraten weiterhin Anerkennung und Respekt erfahren.⁹⁵

⁸⁹ DZ 21. 4. 1848.

⁹⁰ W. BOLDT, 1973, S. 589.

⁹¹ DZ 6. 4. 1848.

⁹² DZ 7. 4. 1848, dort auch das folgende Zitat.

⁹³ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 44 f. Langewiesche weist darauf hin, daß diese Linie auch von den Demokraten sowie von der außerparlamentarischen Märzbewegung verfolgt wurde.

⁹⁴ Außer Gervinus waren alle damaligen Herausgeber der DZ Mitglieder des Vorparlaments, Mittermaier sein Präsident.

⁹⁵ Vgl. DZ 6. 4. 1848.

Drei Themen gilt es noch zu betrachten, deren Behandlung den Zeitungskurs im Vorfeld der Paulskirche weiter präzisieren kann: Die Haltung zum Verfassungsentwurf des 17er-Ausschusses, der Ende April 1848 vorlag, das Verhältnis zu Österreich sowie die Gewichtung liberaler Feindbilder. Zunächst zum Verfassungsentwurf: In einer 18teiligen Artikelserie, die übereinstimmend Gervinus zugeschrieben wird, setzt sich die DZ mit der Kritik der unterschiedlichen politischen Lager am 17er-Entwurf auseinander.⁹⁶ Daß der Entwurf der vom Bundestag beauftragten »Vertrauensmänner« auf eine »totale Umgestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse« hinauslief, haben die Zeitgenossen sofort gesehen.⁹⁷ Vor allem von zwei Seiten hat der Entwurf, der die Befugnisse des Gesamtstaats verstärkte sowie einen erblichen Kaiser als Oberhaupt vorsah, Kritik erfahren: von der demokratischen Linken und von den einzelstaatlichen Regierungen.⁹⁸ Nach rechts argumentierte die DZ, welche den Entwurf guthieß, daß eine persönliche Vertretung der Fürsten im Oberhaus inkonsequent und vor allem nicht mehr zeitgemäß sei. Denn dann müßte auch den übrigen Oberhausmitgliedern ein lebenslanger Sitz zustehen, da eine paritätische Stellung sonst nicht gewährleistet sei. Der Vorwurf der Partikularisten, die Selbständigkeit der Fürsten sei zu stark beschnitten, parierte die DZ, indem sie auf die Stimmverteilung im Oberhaus hinwies, welche das Übergewicht größerer Staaten zugunsten der kleineren relativierte, sodann betonte, daß der ersten Kammer dasselbe Initiativ- und Vetorecht zustehe wie Oberhaupt und Volkshaus, und schließlich auf die Tatsache hinwies, daß fast der gesamte Bereich der inneren Verwaltung und des Kultus bei den einzelstaatlichen Regierungen verbleibe. Von links wurde am 17er-Entwurf meist der Wegfall der wenigen sozialen Forderungen, die das Vorparlament erhoben hatte, sowie das erbliche Oberhaupt moniert. Auf ersteres ging die DZ kaum ein⁹⁹, auf letzteres kontierte sie mit der bereits skizzierten Bedeutung der Erbmonarchie für die Verbindung von innerer Freiheit und äußerer Macht.¹⁰⁰

Damit ist zugleich die heikle Frage des deutsch-österreichischen Verhältnisses angesprochen, welche die Diskussion über das erbliche Oberhaupt

⁹⁶ Vgl. DZ zwischen 1. und 25. 5. 1848: »Der Entwurf der deutschen Verfassungsurkunde«, I-XVIII; zur sicheren Autorschaft Gervinus' vgl. L. BERGSTRÄSSER, 1937, S. 371; G. HÜBINGER, 1984 S. 228f. Außerdem war Gervinus Mitglied des 17er-Ausschusses und bezog seine Informationen somit aus erster Hand. Vgl. die ausführliche Darstellung und Interpretation dieser Artikelserie ebd., S. 175 ff.

⁹⁷ Vgl. DZ 1. 5. 1848. Auch bei J.-D. KÜHNE, 1985, läuft der 17er-Entwurf unter »Totalrevisionsbestrebungen«, S. 41 ff. Zur Frage der personellen Deckung: Bassermann und Gervinus sowie die DZ-Aufsichtsräte Jaup und Max v. Gagern gehörten dem 17er-Ausschuß an, Bassermann war Vizepräsident.

⁹⁸ Vgl. J.-D. KÜHNE, 1985, S. 41.

⁹⁹ Vgl. nur DZ 3. 5. 1848: »Die plumpe Blöße wollen wir dazu nicht einmal rechnen, die der Entwurf in aller Breite darbietet, daß nämlich den Kommunisten und Socialisten darin gar Nichts geboten ist.«

¹⁰⁰ Vgl. auch DZ 2. 5. 1848: »Daß die deutsche Nation zu ihrer Freiheit auch eine Macht begehre, bringen sie nicht in Anschlag; ... daß diese Kraft eine stetige Lenkung bedürfte und nicht einen launigen Wechsel der Richtungen.«

erneut aufwarf. Im Plädoyer der DZ für einen preußischen Erbkaiser läßt sich jetzt eine Verschärfung jenes Standpunkts beobachten, der bereits vor der Revolution eine kleindeutsche Lösung nicht ausgeschlossen hatte. Die österreichische Anwartschaft auf einen deutschen Thron wird neben der Begründung, daß Österreichs Schwerpunkt außerhalb Deutschlands liegt, vor allem mit den starken Autonomiebestrebungen der Italiener, Ungarn, Tschechen, Slawen und Tiroler abgelehnt.¹⁰¹ Erneut kommt eine historische Geschichtsdeutung hier ins Spiel, welche die aufkommenden Nationsbildungsprozesse in den nichtdeutschen k. u. k.-Besitzungen als natürlich und unvermeidbar ansieht.¹⁰² Demzufolge liegt Österreichs Aufgabe jetzt allein im Osten, dort gelte es, die unterschiedlichen Nationen in einen konstitutionellen Bundesstaat einzugliedern und den russischen Einfluß durch die Förderung von Freiheit und nationaler Entwicklung zurückzudrängen.¹⁰³

Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß die Nationalversammlung sich auf kein Oberhaupt einigen könne, rate der politische Instinkt zu einer anderen Lösung, die das Blatt in dieser Schärfe bisher nicht formulierte: Nämlich »den kleinen, engen Weg, den (Preußen) im Zollverein gegangen ist, noch einmal größer, imposanter zu gehen.«¹⁰⁴ Preußen müsse sich sogleich mit den mittleren Staaten verbinden und so auch das proösterreichische Bayern zu sich herüberziehen. Eine solche innerdeutsche Spaltung sei zwar bedauerlich, aber was dafür steht, überwiege: »Dies war der Gang, den wir Alle, wir Gegner von Radowitz, Preußen schon lange gehen sehen. Dies ist der Gang, den Preußen noch jeden Tag gehen kann. Und wir wollen es offen sagen: wenn wir zuweilen fürchteten, es möchte ... über dem ersten Versuch der deutschen Einheit, zu einer großen Spaltung kommen, so haben wir unseren einzigen ... Trost darin, daß Preußen diesen Gang gehen *muß* und gehen *wird* und dadurch den letzten Bruch und Schaden in Deutschland heilen wird.« Deutlicher läßt sich die Verschärfung der politischen Gangart kaum belegen, den die DZ jetzt einlegt: Weg von einem kritisch eingestellten, aber zunächst doch großdeutschen Programm im ausgehenden Vormärz und hin zur Bevorzugung einer kaum mehr verhüllten kleindeutschen Lösung am Vorabend der ersten Paulskirchensitzung. Die in der Forschung überwiegende Ansicht, der konstitutionelle Liberalismus sei bis zum Herbst 1848 entschieden großdeutsch eingestellt gewesen¹⁰⁵, sollte angesichts der

¹⁰¹ Vgl. oben, S. 10 sowie DZ 7. 5. 1848: »An der Spitze Deutschlands können wir nur eine Macht sehen, ... die nicht von Außen her ihre Anregungen empfängt, nicht durch Rücksichten auf fremde Verhältnisse zum Handeln oder zum Unterlassen ... gezwungen werden kann; eine Macht, mit einem Worte, die rein, offen und ehrlich deutsch, die ganz deutsch ist.«

¹⁰² Vgl. DZ 8. 5. 1848: »Alle Geschichte weist darauf hin, daß ... die Stämme und Völker sich nach ihrer Sprache und Sitte zu trennen, sich organisch zu gliedern, die Bevormundung fremder Übermacht abzuschütteln ... streben: es lösen sich die Elemente der zusammengesetzten Staaten auf in ihre natürlichen Theile; die Revolution der Zeit wird mitbewegt von dem Rufe nach Völkerrechten und Stammunabhängigkeit.«

¹⁰³ Vgl. DZ 8. / 9. 5. 1848.

¹⁰⁴ DZ 10. 5. 1848, dort auch das folgende Zitat.

¹⁰⁵ Vgl. Anm. 38.

Programmatik seines maßgeblichen Sprachrohrs modifiziert werden: Bereits vor Einberufung der Nationalversammlung standen wesentliche Teile des konstitutionellen Liberalismus einer kleindeutschen Lösung offen gegenüber, ja präferierten sie sogar.

Verschoben sich auf dem holprigen Weg zur Paulskirche auch die Feindbilder der DZ? Gangolf Hübinger beobachtet eine Rechtswende bereits Ende März 1848, wo er der DZ eine Phobie vor Radikalen, Revolution, Anarchie und Chaos bescheinigt.¹⁰⁶ Daß Gervinus als Haupteitartikler sich ab März 1848 zunehmend nach rechts abgrenzte, ist unstrittig. Betrachtet man jedoch den Weg der DZ bis zur Einberufung des Parlaments in großräumiger Perspektive, erscheint Hübingers Zäsur überzeichnet. Zwar hatte das Verhalten der äußersten Linken im Vorparlament bei den Konstitutionellen dazu geführt, jetzt stärker die Abgrenzung nach links zu betonen. Gemäßigte Demokraten wie Blum und Jacoby wurden hingegen durchwegs noch respektiert: »Gegen Männer wie Blum, Jacoby, Raveaux, die die parlamentarische Würde überall behaupteten, war die Achtung selbst unter ihren politischen Gegnern so groß.«¹⁰⁷ Mit dieser Unterscheidung vollzieht die DZ die Trennung der Linken in Demokraten und Radikale auch publizistisch mit. Die Radikalen sind ihr seitdem Inbild »eines wüsten Terrorismus, einer factiösen Unduldsamkeit, einer unverhohlenen Verachtung des Willens der Majorität ... und man wird in Zukunft Republikaner und Anarchisten schärfer voneinander scheiden, als es bisher der Fall war.«¹⁰⁸

Diese Differenzierung des politischen Gegners wird im April 1848 durch den Hecker-Putsch grundsätzlich erschüttert. Der badische Aufstand wirkte auf die DZ als Signal, die bisherige Schattierung ihrer Polemik aufzugeben und nun einheitlich gegen die gesamte Linke Front zu machen.¹⁰⁹ Für die vernichtende Beurteilung des badischen Aufstands ist vor allem ausschlaggebend, daß gerade in der momentanen Krisensituation, wo das Lavieren zwischen traditionellen Gewalten und revolutionärer Bewegung sowie die kriegerische Verwicklung in Schleswig-Holstein schon genug Angriffsfläche bietet, eine radikale Minderheit jetzt zusätzlich die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschwöre. Der Vorwurf »gänzlicher Verantwortungslosigkeit« kulminiert dann in einer wahren Schmähschrift vom 3. Mai 1848, wo den Republikanern en gros bescheinigt wird: »Alles, was feig und charakterlos ist, schließt sich diesem großen Zug an.«¹¹⁰ Jetzt wird nicht mehr zwischen linken Fraktionen unterschieden, sondern die gesamte Linke gerät zu einem monolithischen Feindbild, gegen das sich weit stärker abgegrenzt

¹⁰⁶ Vgl. G. HÜBINGER, 1984, S. 169 ff.

¹⁰⁷ Vgl. DZ 6. 4. 1848, ähnlich DZ 28. 4. 1848.

¹⁰⁸ DZ 9. 4. 1848.

¹⁰⁹ Vgl. DZ 3. 5. 1848: »Die wenigen ehrlichen Republikaner, denen diese Staatsform eine Sache der Überzeugungen ist, ... gehen gleichfalls im Gefolge dieser Gruppe, wie verschieden nach Charakter und Denkart sie von ihr erscheinen.« Ähnlich auch DZ 28. 4. 1848.

¹¹⁰ DZ 3. 5. 1848.

wird als gegen die Reaktion.¹¹¹ Damit bestätigt die Deutsche Zeitung, daß Vorparlament und vor allem der Hecker-Putsch den Bruch zwischen Linken und Gemäßigten fast unheilbar verschärft habe.¹¹² Für die DZ gab es erst jetzt keine Brücke mehr zu den Demokraten.

c) Erster Parlamentarismus und Beginn der Gegenrevolution

Ende Mai 1848 traten in Frankfurt und Berlin die gewählten Nationalversammlungen zusammen. Beide sollten eine Verfassung stiften, erstere war zusätzlich mit der Herkulesarbeit betraut, einen Staat zu gründen. Mit dem Inkrafttreten dieser neuen parlamentarischen Nationalvertretungen – Österreich folgte Ende Juli – erweitern sich zunächst, und verschieben sich dann auch die Handlungsebenen, welche die Deutsche Zeitung berücksichtigt.

Nach wie vor konzentriert sich der Leitartikel auf das nationale Geschehen in Frankfurt. Daneben spielen die Ereignisse in Berlin eine wichtige Rolle, da Preußen weiterhin Hoffnungsträger der DZ ist. Von den drei parlamentarischen Handlungsebenen, welche die Revolution geschaffen hat, wird einzig der Reichstag in Wien wenig berücksichtigt. Und obwohl das Verhältnis der neuen Reichsgewalt zu den deutschen Einzelstaaten jetzt zunehmend in den Mittelpunkt der publizistischen Diskussion gerät, erfährt auch die Politik dieser Staaten kaum mehr Beachtung.

Parallel zu den offiziellen Gremien deutscher Politik entwickeln sich starke außerparlamentarische Bewegungen, die in steter Wechselwirkung miteinander stehen und deren Anteil am Verlauf der deutschen Revolution die jüngere Forschung erneut herausgearbeitet hat.¹¹³ Die Deutsche Zeitung realisiert diese Aktivitäten, bewertet sie positiv als Beitrag zur Nationsbildung – »diese Erregung der Geister ist vielleicht die beste Frucht dieser Zeiten ... Mittheilungs- und Reiselust ist allenthalben rege, Journale und Vereine wachsen als Symptome davor hervor und fördern eine friedliche Circulation des Geistes«¹¹⁴ – aber sie kommentiert sie bis Ende 1848 nicht als eigenständige politische Symptome. Wenig Veränderung läßt sich an den übrigen Handlungsebenen beobachten: Die »alten« Gewalten, der entmachtete Bundestag und der preußische König, werden vor allem berücksichtigt, spontane Revolutionsakte dagegen kaum kommentiert. Auch die Radikalisierung im Herbst 1848 ändert daran nichts.

Eine erste parlamentarische Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage der Zentralgewalt, die als Provisorium die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte. Zunächst erschien der DZ ein solches Provisorium überflüssig-

¹¹¹ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 46.

¹¹² Vgl. Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 608. Dagegen H. U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 1987, S. 725, der die Spaltung schon im Vormärz als unüberbrückbar einstuft.

¹¹³ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 90–124, 175–192.

¹¹⁴ DZ 4. 10. 1848

sig, da es den Antrieb, ein Definitivum zu schaffen, schwäche. Denn würde sich die Nationalversammlung allein ihrer Aufgabe, der Verfassungsgebung, widmen, könne die Exekutive für drei Monate auch dem jetzt nachgiebigen Bundestag übergeben werden.¹¹⁵ In der Paulskirche wie auch in der deutschen Öffentlichkeit hatte sich der Gedanke einer neuen Exekutive indes bereits so durchgesetzt, daß daran nicht mehr vorbei zu argumentieren war. Von den diversen, im Umfeld der Paulskirche kursierenden Modellen favorisierte Gervinus, aus dessen Feder die DZ-Leitartikel überwiegend stammten, jenes der Casino-Fraktion: Ein Dreier-Direktorium solle von der Nationalversammlung in Vereinbarung mit dem Bundestag gewählt werden und ein Reichsministerium einberufen, das alleine dem Parlament verantwortlich wäre.¹¹⁶ In einem entscheidenden Punkt wich er jedoch vom Casino-Modell ab, daß nämlich das Ministerium der Nationalversammlung *und* dem Bundestag gegenüber verantwortlich sein müsse, und erwies sich auch hier wieder als vehementer Verfechter des Vereinbarungsprinzips, eine Position, die ihn nun zusehends von seinen liberalen Freunden zu entfremden begann.

Es kam anders, als die DZ es gewollt hatte: Gagerns »kühner Griff« schloß die Regierungen von jeglicher Teilnahme aus und die neue Exekutive wurde allein von der Nationalversammlung gewählt. Daß Gervinus hier eine Grundsatzfrage entschieden sah, die auch das Zustandekommen einer späteren, definitiven Regierung präjudiziere – »der ganze Kampf um die Centralgewalt ward mehr und mehr ein Principienstreit ... Die zwei großen Principien der konstitutionellen Monarchie und der Republik ... traten sich mehr und mehr entgegen und man bezog die Hauptfragen ... auf diese Principien zurück«¹¹⁷ – bestätigt zunächst Dieter Langewiesches Auffassung, daß es vor allem die Gegenpole Republik oder Konstitutionelle Monarchie waren, um die sich das Fraktionswesen der Paulskirche gruppierte.¹¹⁸ Daß der Reichsverweser sein Amt allein einem demokratisch-parlamentarischen Konsens verdankte, nahm Gervinus als verantwortlicher Leitartikler nicht, wie die meisten Konstitutionellen, als Zugeständnis für ein monarchisches Oberhaupt, sondern sah darin »ein rein republikanisches Prinzip.«¹¹⁹ Sein Motiv hinter dieser streng legalistischen Fassade gründete jedoch in der Furcht vor dem Erstarken der Einzelstaaten, die seiner Meinung nach nur durch Integration von der Bekämpfung der revolutionären Errungenschaften abzuhalten seien.¹²⁰ Immer wieder erinnern spätere Leitartikel an die Unzufriedenheit der DZ mit der Wahl des Reichsverwesers, die durch Jo-

¹¹⁵ Vgl. DZ 2. 6. 1848.

¹¹⁶ Vgl. G. HILDEBRANDT, Die Liberalen um Heinrich v. Gagern in der Phase der Vorbereitung und Konstituierung der Frankfurter Nationalversammlung, in: H. BLEIBER (Hrsg.), 1977, S. 286.

¹¹⁷ DZ 28. 6. 1848.

¹¹⁸ Vgl. D. LANGEWIESCHE, Republik, 1980, S. 350.

¹¹⁹ DZ 29. 6. 1848.

¹²⁰ Vgl. DZ 2. 7. 1848: »Denn wie oft soll man es wiederholen, daß unsere Einzelstaaten noch Mächte sind und unsere Einheit noch keine.«

hanns Unkenntnis deutscher Politik und sein mangelndes Personalgeschick noch geschürt wurde: »Die steirischen Berge geben einen ganz anderen Gesichtskreis als die Niederungen des deutschen Westens und Nordens.«¹²¹ Dennoch läuft die Linie der DZ jetzt auf eine kontinuierliche, publizistische Unterstützung der Zentralgewalt hinaus. Denn nur eine starke Regierung könne das Verfassungswerk zu einem raschen Abschluß bringen und die Bestrebungen von Republikanern, Partikularisten und Reaktionären erfolgreich abwehren. Denn diese drei Gruppen verkörperten die neuen Feindbilder des Blattes.

Neben der Frage der Zentralgewalt erhitzten sich die Gemüter vor allem an der Grundrechtsdebatte. Daß in den Freiheitsrechten kaum Dissens aufkam, ist bekannt; daß jedoch in der Auseinandersetzung um Eigentum, Gewerbefreiheit und Niederlassungsrecht erneut die Grundsatzfrage Republik contra Konstitutionelle Monarchie durchkam, spiegelt auch die DZ deutlich wider. Gerade in diesem Bereich schienen ihr die starken zentralistischen Eingriffe, welche eine Republik vorausgesetzt hätte, das föderale System zu bedrohen. Leidenschaftlich plädierte sie daher für bloß normierende Grundsätze, die jedem Staat seinen eigenen Spielraum ließen: Die Unitarier »würden Gewohnheiten erschüttern, die dem Volk lieb geworden sind, geordnete Verhältnisse stören, mit denen man zufrieden ist, eine Centralisation schaffen, gegen die man in Frankreich kämpft, den Polizeistaat ganz im Großen fördern, gegen den man unter uns so eifert.«¹²²

Relevanter als die dünne inhaltliche Kommentierung erscheint hier die Bewertung der Prioritätenfrage. Daß der Zeitverlust, welcher der Paulskirche durch die monatelange Grundrechtsdiskussion entstand, zu ihrem Machtverfall mit beitrug, ist in der Forschung unstrittig. Diese Prioritätensetzung wird meist mit der integrativen Wirkung der Grundrechte, den von vielen Abgeordneten am eigenen Leib erfahrenen Freiheitsverletzungen und dem durch das Provisorium geschaffenen politischen Spielraum begründet und in letzter Zeit für den Verlauf der Revolution überwiegend sekundär bewertet.¹²³

Die DZ argumentiert jedoch umgekehrt: Immer heftiger kritisiert sie die monatelangen Beratungen und betont den absoluten Vorrang der Staatsgründung vor der Freiheitsstiftung. Hätte man, so ihre Handlungsmaxime, ohne lange Beratung zunächst die Märzforderungen übernommen – und der Konsens dafür war ja da –, so hätten die Regierungen dem nichts entgegenzusetzen können und die Nationalversammlung wäre »bei ihrem Hauptwerke, der Verfassung« geblieben.¹²⁴ Unbedingte Priorität der Staatsorganisation vor Freiheitschaffung und Bürgerrechten: Dieses Credo verschärft sich unter dem Eindruck von Malmö und dem Septemberaufstand noch und wird

¹²¹ DZ 20. 7. 1848.

¹²² DZ 30. 7. 1848.

¹²³ Vgl. H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 1987, S. 745 f.; W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 136 f.; J.-D. KÜHNE, 1985, S. 44.

¹²⁴ DZ 29. 7. 1848.

zum zentralen Kritikpunkt der DZ- Liberalen am Verlauf der Revolution: »Wird man in der Paulskirche einsehen, wieviel kostbare Zeit man damit versäumt hat, papierne Dinge zu machen, statt Maßregeln vorzunehmen? Wird man der unbegreiflichen Verschleppung der arg gemessenen Zeit endlich ein Ziel setzen und Deutschland die Verfassung und definitive Gewalt geben, derer es bedarf?«¹²⁵

Neben der großen, ja zentralen Bedeutung, welche die DZ der Prioritätenfrage zumißt, unterscheidet sich auch ihre Begründung von heutigen Analysen. Thomas Nipperdey hat den Grundrechten eine »elementare, emotionale, populäre Realität« zugebilligt, die das Leben besonders einschneidend verändern könne, und damit versucht, ihre Voransetzung zu erklären.¹²⁶ Die DZ bestätigt zwar die Berechtigung dieser weithin vertretenen Ansicht, auch für sie greifen Grundrechte »am tiefsten in die altüberlieferten Gewohnheiten des Volkslebens ein.«¹²⁷ Gerade deshalb sei es jedoch wichtig, hier besonders langsam vorzugehen und der Bevölkerung Zeit zur Umgewöhnung zu geben. Den Fragen der Staatsgründung gebühre nicht zuletzt Vorrang, weil sie primär »wenige, gebildete Individuen« berühren und daher viel leichter durchzuführen seien.¹²⁸ Was hier anklingt und vom heutigen Forschungsstand durchweg bestätigt wird, ist der Gedanke, daß politische Nationsbildungsprozesse nach einer bestimmten sozialen Hierarchie ablaufen, nämlich von einer kleinen gebildeten Elite ausgehend allmählich auf breitere Bevölkerungsschichten übergreifen. Diese unterschiedlichen politischen Mentalitäten gelte es, so die DZ, in der Reihenfolge politischer Reformen auch angemessen zu berücksichtigen. Den Willen zur Veränderung bei den traditionellen Gewalten setzte die DZ, retrospektiv betrachtet, jedoch zu hoch an. Hingegen erkannte und verurteilte sie die Doppelbelastung der Nationalversammlung, die neben der Verfassungsgebung zunehmend durch die drängenden Fragen des politischen Alltags absorbiert wurde.¹²⁹ Ihr steter Aufruf, die Zentralgewalt zu stärken, damit die

¹²⁵ DZ 20. 9. 1848. Vgl. auch ebd.: »Es wurde auf die dringende Nothwendigkeit hingedeutet, den neuen Bau wenigstens in seinen Grundmauern aufzurichten, ehe man die einzelnen ... Zimmer mit minutiöser Sorgfalt ausstatte – aber statt dessen hat man in der Paulskirche mit einer Ausdauer, die für Deutschland verderblich werden könnte, eine Arena für theoretische Disputationen eröffnet, deren Ende wir heute noch nicht absehen können.«

¹²⁶ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 616.

¹²⁷ DZ 29. 7. 1848.

¹²⁸ Ebd., vgl. die gesamte Stellungnahme: »Wenn Deutschland nur Ein Heerwesen und nur Eine diplomatische Vertretung haben soll, so fordert dies keinerlei Entwöhnung im Volksleben, keinerlei Mißstimmung in den Massen, nur die Fürsten bringen ein bisheriges Recht und eine Gewöhnung zum Opfer ... Mit dieser Entäußerung wird allen ... Ständen ... des Volkes ein Beispiel gegeben sein, das sie mahnt, ähnliche Opfer in alten Gewohnheiten und Rechten zu bringen ... Und dies Beispiel wird nothwendig sein. Denn die niedern Stände sind zäh und langsam, eine alte Gewöhnung zu lassen, eine Gewöhnung ist auch ganz anders eingewurzelt in ungebildeten Massen, als in wenigen Individuen der gebildeten Stände. Dort ist es billig und nöthig, Vorurtheile zu schonen und langsam in Veränderungen vorzuschreiten, während man hier allenfalls die Nothwendigkeit einer plötzlichen Revolution einsehen kann.«

¹²⁹ Vgl. W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 132 f.

ursprüngliche Aufgabenteilung zwischen Exekutive und Legislative aufrechterhalten werden könnte, erscheint aus dieser Perspektive nur konsequent.

Neben der Grundrechtsdebatte belasteten zwei weitere Ereignisse die von der DZ berücksichtigten parlamentarischen Handlungsebenen stark: der Malmöer Waffenstillstand und der Septemberaufstand in Frankfurt. Dem deutsch-dänischen Waffenstillstand gegenüber, den der Großteil deutscher Liberaler mit Entrüstung aufgenommen hatte, legte die DZ zunächst eine eigentümliche Meinungslosigkeit an den Tag, die graduell einer positiven Würdigung wich. Mit der publizistischen Schonung eigentlich aller deutschen Beteiligten – Zentralgewalt, Paulskirche und preußische Regierung – setzte sich die DZ stark gegen die Dahlmann-Gruppe ab und schwenkte ein auf den bekannten Kurs der Preußen-Schonung zwischen Malmö und Staatsstreich.¹³⁰ Bereits wenige Tage nach der endgültigen Annahme des Waffenstillstands sprach sich das Blatt für die sofortige Anknüpfung eines völkerrechtlichen Verhältnisses zu Dänemark sowie für Friedensverhandlungen unter englischer Aufsicht aus. Daß die Position von Nationalversammlung und Zentralgewalt nach innen und außen zu bröckeln begann, wurde dabei nicht verhehlt.

Noch schwankender wird deren Position für die DZ dann durch den zweiten Revolutionsschub im September 1848. Der »sittlichen Verwilderung«, welche seine radikalen Protagonisten kennzeichne, sei nur »mit strengen Gesetzen, Gewaltmaßregeln, Belagerungszustand und Standrecht« beizukommen, doch pocht die DZ auf die Ausnahmegeltung dieser Maßnahmen: »Aber man wird damit auf Dauer nicht regieren wollen; man wird es vorziehen, Zustände zu begründen und zu festigen, die alle Ausnahmeregeln überflüssig machen.«¹³¹ Auf Dauer helfe nur die Festigung der Regierung und eine abgeschlossene Verfassung, denn einen zweiten bürgerkriegsähnlichen Kampf überlebten die fragilen konstitutionellen und parlamentarischen Gewalten nicht. Schließlich trägt der Septemberaufstand auch dazu bei, die Abgrenzung nach links zu zementieren und Bürgerkriegsphobien bestätigt zu sehen. Dennoch klagt das Blatt weniger die Radikalen als vielmehr »das alte System« an, denn »nur in einer Epoche dreißigjährigen Drucks konnte jene innere Auflösung beginnen, die schlimmer ist als alle Revolutionen, weil sie ... die Lebensbedingungen unserer künftigen Existenz zu zerstören droht.«¹³² Diese Schuldzuweisung überrascht, siedelten Liberale den Urheber spontaner Revolten doch meist im radikalen Lager an, mag aber auch dem Weggang des temporär rechtslastigen Gervinus zuzuschreiben sein.

Unter den Faktoren, die für die DZ zur Schwächung der neuen Regierung beitragen, fällt jetzt ein neuer, gewichtiger Gegner auf, der immer dominan-

¹³⁰ Vgl. Th. NIPPERDEY, Kritik, 1976, S. 274.

¹³¹ DZ 20. 9. 1848.

¹³² DZ 30. 8. 1848.

ter in den Mittelpunkt der Kommentare rückt: der wieder erstarkte Partikularismus in den deutschen Staaten. Dabei trennt die DZ scharf zwischen politischer Reaktion, die nur auf Rückkehr zum Gehabten aus sei und sozial vor allem in den ehemaligen Führungsschichten verankert wäre, und einem Partikularbewußtsein, das primär durch die sichtlichen Schwierigkeiten der Einigung neu aufgebrochen sei und seine Wurzeln vorrangig in der Masse des Volkes habe. Entstanden sei »dies neue Schreckbild«¹³³ vor allem durch ein zu schnelles und zu zentralistisches Vorgehen von Reichsregierung und der Berliner Nationalversammlung – die DZ denkt da an den Berliner Verfassungsentwurf –, das überkommene Sitten und Loyalitäten zu wenig berücksichtigt habe.¹³⁴

Mit großer Sensibilität differenziert die Zeitung hier zwischen einem politischen und einem kulturellen Partikularismus. Ersteren, dessen spezifisch preußische Variante hohe Militärs wie General Grisebach, den Autor der Schrift »Gegen Demokraten helfen nur Soldaten«, ebenso wie die linken Abgeordneten der Berliner Nationalversammlung kennzeichne, müsse man mit aller Kraft bekämpfen. Die preußische Politik, die wir heute stärker von der konservativen Kamarilla beeinflusst sehen, als die DZ es tat, war ja vor allem auf Beibehaltung von Heeresverfassung und Diplomatie fixiert gewesen. Daß Preußen sich dem militärischen Huldigungseid widersetzt hatte, sah die DZ mittlerweile gelassen, handele es sich dabei doch nur »um formale Akte, die zur tatsächlichen Begründung der Einheit wenig beitragen.« Gravierend sei jedoch, daß die Einzelstaaten sich weigerten, ihre diplomatischen Vollmachten an die neue Reichsgewalt zu übertragen – denn darin bestünde ein Meilenstein zur schnellen Verrechtlichung der Revolution. Die Problematik, daß der preußische Partikularismus stark auch in preußischen Hof- und Regierungskreisen verankert war, daß politischer Partikularismus und Reaktion also nicht durchweg zu trennen waren, ja durchaus zusammenfallen konnten, bleibt unkommentiert und erlaubt so die weitere Schonung Preußens als deutschem Hoffnungsträger.

Anders steht es mit dem kulturellen Partikularismus. Diesem gegenüber, mit seiner »alten, in langer Gewohnheit fußenden Stammesverschiedenheit«, der die DZ »psychologische Notwendigkeit« zubilligt, gilt es, Geduld und Einfühlungsvermögen aufzubringen – das klang ja bereits in der Nachrangigkeit der Grundrechtssicherung an.¹³⁵ Die wiederholte Aufforderung,

¹³³ DZ 25. 8. 1848.

¹³⁴ Vgl. DZ 3. 10. 1848: »Je mehr die ersehnte Einheit aus der abstracten Höhe des Gedankens zur Wirklichkeit hinabstieg, desto mehr ungeahnte Hindernisse fand sie auf ihrem Weg ... Selbst ein Kenner ... der Volksnatur durfte überrascht sein, wie er sah, wie die separatistischen Erinnerungen an die Zeiten des alten Reichs sich regten.« Dort auch das folgende Zitat.

¹³⁵ DZ 25. 8. 1848, dort auch das folgende Zitat. Das Differenzierte dieser Haltung weicht nach dem preußischen Staatsstreich einer etwas härteren Beurteilung des partikularen Phänomens, die auch seine kulturelle Ausprägung nicht mehr freispricht. Auch der breiten Bevölkerung weist die DZ jetzt wesentliche Schuld daran zu und macht – nicht zu Unrecht – auf England und Frankreich aufmerksam, wo der Nationalstaat ja schon viel früher gewalt-

sich über regionale Lebensgewohnheiten, Bildung und Anschauungsweisen nicht rücksichtslos hinwegzusetzen, geht einher mit der Überzeugung, daß »staatliche Einigung ... aus dem Volksbewußtsein selbst emporwachsen muß; (und) sich nicht mit Machtansprüchen ... plötzlich hervorrufen (läßt).« Damit läßt sich die herkömmliche Vorstellung eines Landessitten, Heimatverwurzelung und Lokalpatriotismus unsensibel gegenüberstehenden Liberalismus stärker differenzieren. Daß dieser Charakterzug im Liberalismus der Jahrhundertmitte überwog und wesentliche Ursache für den bröckelnden Rückhalt in breiteren Bevölkerungsschichten war, hat bereits James Sheehan betont: »They also assumed that the profound advantages of nationhood would dissolve the parochial loyalties men felt toward their own state ... Liberals failed to see that what they regarded as the marvelous freedom to be a German might appear to other as the compulsion to stop being Austrian, Bavarian and so on.«¹³⁶ Daß die Deutsche Zeitung jedoch schon im Frühsommer 1848 wiederholt auf dieses zentrale Problem hinwies und sich hierin von der liberalen Majorität deutlich unterschied, ist ein Anstoß, das Bild des deutschen Liberalismus in der Revolutionszeit diesbezüglich stärker zu schattieren.

Die fast ausschließliche Konzentration auf die parlamentarischen Handlungsebenen in Berlin und Frankfurt ist deutlich geworden. Es stellt sich die Frage, wie die Deutsche Zeitung dem entstehenden Parlamentarismus gegenüberstand, betonen doch gerade neuere Studien das lange übersehene, funktionierende Wechselspiel zwischen Parlament und Regierung. Die Position der DZ bleibt hier ambivalent: Die Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament akzeptierte sie vorbehaltlos, in Frankfurt ebenso wie in Berlin.¹³⁷ Auch die Tatsache, daß sich in der Paulskirche schnell ein Parteienspektrum ausdifferenziert hatte, erkannte sie als natürliche Folge des Parlamentarismus an. Schwerer tat sie sich mit Zweckbündnissen quer durch die Parteien und vor allem mit der Aufspaltung ihrer eigenen Partei in Fraktionen.¹³⁸ Denn nicht »die Ziffern einer charakterlosen und zusammengewürfelten Majorität« gäben einer Partei Stärke, sondern nur das stete Beharren auf Prinzipien.¹³⁹ Gerade die Schwächung des konstitutionellen La-

sam durchgesetzt wurde; in Deutschland dagegen sei das »Ablegen mittelalterlicher Sondierungen« jetzt pure Überzeugungsarbeit und daher: »ein schwieriges Werk!« (DZ 24. 12. 1848). Vgl. auch H. SCHULZE, Staat und Nation, 1994, S. 212.

¹³⁶ J. SHEEHAN, German Liberalism, 1978, S. 72. Vgl. dort auch: »Here again, liberals greatly overestimated the universality of their own image of emancipation and underestimated the strength of rival loyalties and institutions.«

¹³⁷ Vgl. DZ 15. 9. 1848: Das Ministerium »sollte stürzen, wie jedes Ministerium stürzen soll, weil dies die Aufgabe der Opposition ist, die, wenn sie auch durch den Sturz noch nicht selbst hoffen darf, auf die verlassenen Bänke sich zu setzen, doch eine nächste Anwartschaft dadurch erwirkt.«

¹³⁸ Vgl. M. BOTZENHART, 1977, S. 306f., der darauf hinweist, daß die Konservativen die Notwendigkeit von Zweckbündnissen leichter akzeptierten und weniger prinzipielle Vorbehalte dagegen hatten.

¹³⁹ DZ 17. 7. 1848, dort auch: »Und das ist es, was Parteien Nachdruck und Stärke gibt, ... daß sie sich selbst treu bleibe(n) und gerade in Principien unerbittlich sei(en).«

gers nach Malmö brachte die DZ dazu, sich vehement für eine inner- wie außerparlamentarische Sammlung des gesamten Konstitutionalismus einzusetzen und ihren Ruf nach starker Führung zu verstärken. Trotz dieser Vorbehalte überwiegt im Zeitungstext die kontinuierliche Befürwortung des parlamentarischen Systems und bestätigt damit die vorherrschende Ansicht, daß auch für den konstitutionellen Liberalismus Monarchie und Parlamentarismus vereinbar waren.¹⁴⁰

Die komplexe Bedeutung, welche die DZ Nationsbildungsprozessen zumal, klang bereits in der deutsch-österreichischen Thematik an. Doch auch in den außerösterreichischen Staaten des Deutschen Bundes registriert das Blatt solche Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen: Angehörige gleicher Berufe verbinden sich in überregionalen Interessengruppen, politische Vereine gründen sich und überall ist »die unsichtbare Kirche der Patrioten gegenwärtig«, Kontaktfreude und Reiselust wachsen, und Soldaten aus Hamburg und Baden werden sich bewußt, »wenn auch mit verschiedenem Ton, (so) doch (die gleiche) Sprache zu sprechen.«¹⁴¹ All diese kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen – die DZ definiert sie als »die Arbeit des Volkes in seinem eigenen Kreise« – wertet sie als »vollkommen sicheres und gewissermaßen einziges Mittel zur wahren Einheit und Freiheit.«

Damit verweist bereits der zeitgenössische Text auf spezifische Veränderungen, die Karl Deutsch in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts als relevante und quantifizierbare Kriterien zur Messung nationsbildender Prozesse nutzte und worauf die Nationsforschung seitdem wesentlich aufgebaut hat.¹⁴² Für Deutsch geht die meiste Schubkraft in der Nationsbildungsphase von der Entstehung unterschiedlicher Gruppeninteressen aus, in deren Folge sich allmählich das Bewußtsein verdichtet, individuelle Interessen in Gruppen erfolgreicher verfolgen zu können. Mit ihrem wiederholten Bezug auf die psychologische Bedeutung von Vereinsgründungen, Festen und Tagungen, welche über deren sachliche Funktion weit hinausreiche, dokumentiert die DZ, wie hoch bereits Zeitgenossen die Rolle solcher Kommunikation für die Nationsbildung veranschlagten.

Für Karl Deutsch tragen zum anderen neue, jetzt eben gemeinsame Ideen, Träume und Lebensauffassungen zu einer Zunahme geographischer und sozialer Mobilität bei. Im Verlauf dieses Prozesses spielen Entwurf und Akzeptanz spezifischer nationaler Symbole eine wichtige, gemeinschaftsstiftende Rolle. Auch in der DZ fällt ja wiederholt der Begriff der »unsichtbaren Kirche« für die Nation, wobei Kommunikationsfreude und Reiselust als wesentliche Begleiterscheinungen gesehen werden, welche die nationale Idee ankurbeln und stabilisieren helfen. Daß die DZ solchen psychisch-kulturellen Abläufen, die auch für Deutsch entscheidende Konstitutionsfaktoren

¹⁴⁰ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 53.

¹⁴¹ DZ 4. 10. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

¹⁴² Vgl. K. DEUTSCH, *Nationenbildung*, 1972, v. a. S. 16–49.

ren der Nation darstellen, einen so hohen Stellenwert bei der Herausbildung der Nation beimißt, kann ein Anstoß sein, das Bild des Liberalismus in der Revolutionszeit weiter zu nuancieren: Zwar legt die kommentatorische Fixierung der *DZ* auf die parlamentarischen Handlungsebenen der Revolution zunächst nahe, hier erneut eine Übergewichtung der Verfassungspolitik zu vermuten, die den Liberalen ja häufig zur Last gelegt wird. Die sensible Einschätzung territorialer Verwurzelung und vor allem die hochrangige Einstufung kulturell-psychischer Nationsbildungsprozesse weisen die Perspektive dieser Liberalen jedoch als weitaus komplexer und keineswegs konstitutionell fixiert aus: Die mentalen Probleme, denen sich die große Masse der deutschen Bevölkerung in der plötzlichen Konfrontation mit einem Nationalstaat gegenüber sah und die erst die Forschung der letzten Jahre schrittweise ans Licht bringt¹⁴³, empfanden bereits die Liberalen um die Deutsche Zeitung als zentral.

Reichsgewalt und Paulskirche waren geschwächt und die Gegenrevolution hatte bereits lange Schatten geworfen. Auch die Kommentare der *DZ* konzentrierten sich im Herbst 1848 vorrangig auf die beiden Nationalversammlungen in Frankfurt und Wien, wo sich die Spannungen zwischen radikaler Linke, bürgerlicher Mitte und königstreuem Militär zunehmend verschärften. Was die *DZ* beiden Versammlungen ankreidete, war mangelnde Konzentration auf ihre eigentliche Aufgabe, die rasche Vereinbarung einer Verfassung. Vor allem in Berlin habe sich die Versammlung »bald mit allen möglichen Dingen beschäftigt« und zunehmend auch stark in die Verwaltung eingegriffen.¹⁴⁴ Der Gedanke, »den ganzen Staat von Grund auf neu aufzubauen« habe immer stärkere Wurzeln geschlagen und einen Anspruch auf Mitregierung ausgelöst, der dem von der *DZ* propagierten Vereinbarungsprinzip mit seiner »wohlthätigen Abgrenzung der Gewalten« völlig zuwiderliefe. Auch die heutige Forschung sieht in der Neigung der Berliner Versammlung, »über die Verfassungsberatungen hinaus Verfassungspolitik zu betreiben,« eine wesentliche Ursache für die wachsende Fraktionsaufsplitterung und damit auch für die folgenschwere Schwächung des Gremiums.¹⁴⁵

Für den Sieg der Reaktion in Wien wurde ganz überwiegend die Politik der hochadeligen Kamarilla verantwortlich gemacht und schärfstens verurteilt: Hier »werden mit kalter Grausamkeit diejenigen hingerichtet, welche bloß die Waffen des Geistes gebraucht haben.«¹⁴⁶ Bei der Beurteilung der Berliner Gegenrevolution wird hingegen stärker differenziert. Zunächst fällt

¹⁴³ Vgl. L. GALL/D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Liberalismus und Region*, 1995; W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988; D. LANGEWIESCHE, *Nation*, 1995.

¹⁴⁴ *DZ* 29. 11. 1848, dort auch die folgenden Zitate. Vgl. auch *DZ* 13. 11. 1848: »Dazu endlich noch das Mißverhältnis, welches daraus entsteht, daß diese Landesversammlung alle Rechte einer konstituierenden in Anspruch nimmt und doch ... vielmehr die Befugnisse einer gesetzgebenden, ja mitregierenden Körperschaft ausübt.«

¹⁴⁵ W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 142.

¹⁴⁶ *DZ* 2. 12. 1848.

auf, daß der Ton gegenüber Preußen schärfer als je zuvor wird und eigentlich alle handelnden Gruppen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Dem König wurde schon lange vor dem Verfassungsoktroi sein antikonstitutioneller Rückfall angekreidet – »er gebärdet sich plötzlich wieder wie ein unumschränkter Herrscher, ... (was) in unserem Jahrhundert nur noch den Spott (reizt)«¹⁴⁷ – und nach Vertagung der Berliner Versammlung sieht ihn die DZ endgültig »der Partei zuneigen, deren ganze Staatsweisheit in einem Staatsstreiche besteht.« Formal besitze er zwar durchaus das Recht, die Versammlung aufzulösen, doch dieses Recht auszuüben, sei Unrecht: »Der König von Preußen hat alle herkömmlichen Formen des verfassungsmäßigen Königthums beobachtet, aber das Wesen derselben ganz und gar verkannt und aufs schwerste verletzt.«¹⁴⁸

Am stärksten rückte jedoch das neue Ministerium Brandenburg und die preußische Hofkamarilla in den Mittelpunkt der Kritik. Reiner Eigennutz kennzeichne ihre Handlungen, sie allein seien dafür verantwortlich, daß »die militärische Gewaltherrschaft ... noch despotischer geworden« ist, daß Presse- und persönliche Freiheit verletzt seien und ungesetzliches Kriebsrecht wiederholt angewendet werde. Auch für die Verlegung der preußischen Nationalversammlung gebe es keinen stichhaltigen Grund, da rigide Sicherheitsmaßnahmen ja bereits erlassen wurden. Die Verurteilung des reaktionären Ministeriums kulminiert schließlich im Vorwurf des Gesetzesverstößes und in der Forderung nach sofortigem Rücktritt.¹⁴⁹

An die Verurteilung primär dieser Gruppen – österreichische Kamarilla, Kabinett Brandenburg und die Berliner Nationalversammlung – knüpft sich die dünne Handlungsalternative der DZ: Die Reichsgewalt müsse sich endlich einschalten! In Wien war Abwarten »traurige Notwendigkeit« gewesen, im Berliner Fall aber müßten die Gesandten jetzt entschieden die Neueinberufung der preußischen Versammlung verlangen.¹⁵⁰ Auch den übrigen beteiligten Gruppen gegenüber wird nicht mit Kritik gespart. Die Bürgerschaft sei »feig, charakterlos, ... ebenfalls eingeschüchtert durch die Furcht vor der Rache des Pöbels und durch allerhand, zum Teil abenteuerliche Vorstellungen von drohender Reaktion« – »Thermidorstimmung« schimmert hier durch¹⁵¹ –, der Pöbel dagegen wird als politischer Hebel der Anarchisten gebrandmarkt. Das ist nicht neu, aber neu ist die Gleichmäßigkeit, mit der das liberale Blatt jetzt die »Massen« wie auch bürgerliche Schichten angreift.

¹⁴⁷ DZ 31. 10. 1848, dort auch das folgende Zitat.

¹⁴⁸ DZ 16. 11. 1848, dort auch das folgende Zitat.

¹⁴⁹ Vgl. DZ 16. 11. 1848: »Zwischen dem König und seinem Volk steht bis jetzt nur ein Schatten: seine Minister. Sie müssen abtreten und der Versuch, das Volk gegen seinen Willen zu regieren, muß für immer aufgegeben werden, denn er verträgt sich vielleicht mit der Form der Verfassung, aber nicht mit deren Geiste.«

¹⁵⁰ DZ 13. 11. 1848.

¹⁵¹ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 651.

Am 5. Dezember 1848 löste Friedrich Wilhelm den Rest der Berliner Nationalversammlung auf und oktroyierte eine Verfassung. Nach dem Fall von Wien bedeutet dieser Oktroi den zweiten großen Sieg der Gegenrevolution. Nun, da die Würfel in Preußen gefallen sind, macht sich in der DZ eine eigentümliche Zurückhaltung breit. Entscheidend war zunächst, daß die Krone weder das Recht hatte, die Versammlung aufzulösen, noch eine Verfassung einseitig zu erlassen, denn beides verletzte den liberalen Grundgedanken einer aus Vertrag hervorgegangenen Verfassung. Dennoch wird dieser Punkt nicht sonderlich ausgereizt: Da ihre Form schwere Bedenken hervorrufe, müsse die neue Verfassung sich durch ihren Inhalt legitimieren: Auch hier erhoben sich Einwände, denn der König war nach wie vor einer von Gottes Gnaden, die Zusammensetzung der ersten Kammer unzulänglich – »lauter reiche, alte Herren«¹⁵² – und das Zensuswahlrecht viel zu hoch. Beklagenswert sei auch, daß kein Gesetz den »zur Zeit gebräuchlichen Belagerungszustand« regele, mehr noch, daß die Verfassung nur von Ministern unterzeichnet sei: »Wir schweigen, daß wir (dabei) schwitzen.« Dennoch handele es sich im großen und ganzen um ein freisinniges Dokument, das mit den Frankfurter und Berliner Entwürfen viel Ähnlichkeit aufweise.¹⁵³ An dieser Stellungnahme fällt vor allem der Positionswechsel dieser nationalen Liberalen auf, die bis Anfang Dezember noch mit ungewohnter Härte gegen preußische Krone und Regierung Front machten, als der befürchtete Oktroi dann eintrat, jedoch verhältnismäßig milde urteilten, und »selbst eine oktroyierte Verfassung segnen (wollten), wenn sie ... (zum) Wohl des Vaterlands gereiche.«¹⁵⁴ Daß auch die Liberalen formal und inhaltlich durch den Oktroi desavouiert waren, thematisiert die DZ kaum mehr, einmal sicherlich um der liberalen Verfassungsbestandteile willen, wesentlich aber wohl, um die preußische Karte weiter im Spiel zu behalten.

d) Die Frage deutscher Grenzen

Die Frage der deutschen Grenzen hat den Verlauf der Revolution wesentlich mitbestimmt. Da staatliche und ethnische Grenzen keineswegs identisch waren, standen mit Ausbruch der Revolution und ihrer Kernforderung nach einem geeinten Deutschland plötzlich deutsche Ansprüche denen nicht-deutscher Bevölkerungsgruppen gegenüber. Nationalpolitische Konflikte waren damit geradezu vorprogrammiert, zumal dies nicht mehr nur Deutschland anging, sondern auch die europäische Machtbalance herausforderte. Wer zur Nation gehören sollte, war umstritten, und unterschiedliche Grundsätze prallten in der Paulskirche aufeinander. Man konnte den Nationalismus, aber eben nicht nur den deutschen, grundsätzlich als Befreiungs-

¹⁵² DZ 9. 12. 1848, dort auch das folgende Zitat.

¹⁵³ Ähnlich auch J.-D. KÜHNE, 1985, S. 74f.

¹⁵⁴ DZ 19. 12. 1848.

instrument gegen die europäische Reaktion auffassen oder aber für nationale Prestige, für einen integrativen Nationalismus und für Machtdemonstration nach außen eintreten. Doch diese Meinungen waren parteipolitisch nicht säuberlich zu trennen, vermengten sich vielmehr in der politischen Praxis und schufen dadurch zusätzlichen Zündstoff.¹⁵⁵

Neben dem überkommenen deutsch-österreichischen Dualismus stand die Frage nationaler Zugehörigkeit konkret in fünf Gebieten, wo die nationale Gemengelage besonders prekär war, zur Debatte: in Posen, Südtirol, Böhmen und Mähren, in Limburg und in Schleswig-Holstein.¹⁵⁶ Posen und Schleswig-Holstein seien für den Kurs der Deutschen Zeitung exemplarisch in den Blick genommen, zumal das Blatt hierzu besonders extensiv Stellung bezog.

Posen stand seit 1815 unter preußischer Herrschaft, gehörte aber nicht zum Deutschen Bund. Die allgemeine Polensympathie des Frühliberalismus, die sich auf die Formel bringen läßt: »Polenfreundschaft stand für politischen Fortschritt«¹⁵⁷, war bereits vor Ausbruch der Märzrevolution im Abflauen begriffen, was auch der Zeitungstext illustriert. Bis zum März 1848 wird hier ein Kurs verfochten, der den Polen am Verlust ihrer Freiheit ein Gutteil eigene Schuld zuspricht und ihnen eine nationale Wiedergeburt mittels Kultur, Bildung und Moral empfiehlt.¹⁵⁸ Die tatsächliche Wiederherstellung des polnischen Staates in den Grenzen von 1772 stünde zur Zeit nicht zur Debatte, doch eine »geistige und sittliche Restauration« könne zur Wiedergeburt polnischer Nationalität wesentlich beitragen. Diese Einstellung nimmt die spätere Polandistanz in Deutschland vorweg und entspricht weithin jener »Vision der durch Sprache und Kultur bestimmten Nation«, die Andrzej Brozek als Notersatz für jene Nation, die mit ihrem wirklichen Territorium deckungsgleich ist, beobachtet hat.¹⁵⁹ Brozek setzt diese Entwicklung erst in den 60er Jahren an, doch in der DZ markiert diese Sichtweise bereits weit früher den Beginn ihrer starken Wandlungen unterworfenen Polenpolitik.

Mit Ausbruch der deutschen Revolution wird die polnische Frage dann innerhalb von Tagen brandaktuell. Daß die Deutsche Zeitung dem mehrfachen Kurswechsel der deutschen Liberalen als publizistischer Schrittmacher

¹⁵⁵ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 147.

¹⁵⁶ Zum Gesamtkomplex vgl. G. WOLLSTEIN, *Großdeutschland*, 1977. Zu Posen vgl.: H. H. HAHN, 1987; A. BROZEK, *Die Nationalbewegung in den Teilungsgebieten Polens*, in: H. TIMMERMANN (Hrsg.), 1993; L. TRZECIAKOWSKI, *Die Polnische Frage in Ideologie und Politik der deutschen Liberalen vor 1870*, in: K. ZERNACK (Hrsg.), 1987; M. G. MÜLLER/B. SCHÖNEMANN, *Die »Polen-Debatte« in der Frankfurter Paulskirche*, 1991. Zu Limburg vgl.: H.-G. KRAUME, *Außenpolitik 1848. Die holländische Provinz Limburg in der deutschen Revolution*, 1979. Zu Schleswig-Holstein vgl. Anm. 180. Zu Südtirol s. demnächst eine Regensburger Dissertation »Zwischen Deutschland, Österreich und Italien. Liberalismus in Tirol 1848–1873« von Th. GÖTZ.

¹⁵⁷ W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 149. Vgl. auch E. KOLB, 1975.

¹⁵⁸ Vgl. DZ 19./20. 10. 1847, dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch die marxistische Interpretation des Zeitungskurses bei H. MÜLLER, 1977, S. 242.

¹⁵⁹ A. BROZEK, 1993, S. 85, wie Anm. 156.

teils vorausgeht, ihn teils begleitet, hat 1986 erstmals Lech Trzeciakowski angedeutet, und eine genaue Analyse des Zeitungstextes kann den Gehalt dieses Hinweises nur bekräftigen.¹⁶⁰ In den Frühjahrsmonaten 1848 erschien den deutschen Liberalen die Möglichkeit einer russischen Intervention zunächst als primäre Bedrohung – daß Rußland ebenso wie England zu diesem Zeitpunkt kein prinzipieller Gegner einer staatlichen Einigung Deutschlands war, hat erst die Forschung der Nachkriegszeit herausgearbeitet.¹⁶¹ Aus diesem mehr fiktiven Gefühl der Bedrohtheit heraus wandelte sich der distanzierte Kurs der DZ kurzfristig in sein Gegenteil. Ein polnischer Staat sollte jetzt als Bollwerk gegenüber dem Osten dienen, eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland erschien damit unausweichlich und wurde als »Befreiungsschlag« gar begrüßt. Hans Henning Hahn hat Motive und Realitätsgehalt dieses Plans, der auf eine Denkschrift des späteren Außenministers Heinrich v. Arnim zurückging, eingehend dargestellt.¹⁶² Auch die konstitutionellen Liberalen um die DZ begrüßten diesen Plan einige Wochen lang. »Polens Herstellung ist Krieg mit Rußland«¹⁶³, stellt die Zeitung im März 1848 lakonisch fest und begründet den Wert eines Pufferstaats damit, endlich »eine Zufluchtsstätte der Freiheit und der beginnenden Civilisation zwischen uns und Rußland zu haben.«¹⁶⁴ Die »nationale Reorganisation« dagegen, mit der die Berliner Märzregierung den in Posen lebenden Polen neue staatliche Strukturen und eigene Streitkräfte versprach, paßte zwar in diese Politik des Augenblicks, wurde von der DZ indes skeptisch betrachtet.¹⁶⁵

Immer wieder haben sich Zeitgenossen und später auch die Forschung mit der Frage beschäftigt, wie ein potentieller deutscher Nationalstaat mit Minderheiten umgehen sollte, und oft dominierten die volltönenden Worte eines Wilhelm Jordan dabei das Bild des deutschen Liberalismus.¹⁶⁶ In einem Kommentar vom 23. Februar 1848 nimmt die DZ zum Umgang mit Minderheiten ausführlich Stellung. Kritisch geht sie zunächst mit der Politik Friedrich Wilhelms IV. gegenüber den Posener Polen ins Gericht und moniert die »rücksichtslose Germanisierung«, welche den Aufbau neuer polnischer Schulen sowie die Errichtung einer polnischen Universität verhindert hatte: »Wenn irgendetwas (die demokratische Bewegung) aufzuhalten geeignet gewesen, so war es eben eine Berücksichtigung gerechter Wünsche, und

¹⁶⁰ L. TRZECIAKOWSKI, 1987, S. 64, wie Anm. 156.

¹⁶¹ Vgl. R. STADELMANN, 1948, S. 122 ff.; W. E. MOSSE, 1958, S. 13–48; sowie auch G. WOLLSTEIN, *Großdeutschland*, 1977, S. 102 ff. Zum Forschungsstand über die Debatte siehe A. DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Frage*, 1993, S. 88 f.

¹⁶² Vgl. H. H. HAHN, 1987, S. 1–19.

¹⁶³ DZ 26. 3. 1848.

¹⁶⁴ DZ 8. 4. 1848.

¹⁶⁵ Vgl. DZ 8. 4. 1848: »Besser als diese gezwungene Vereinigung, bei der nur die Suprematie der Nationalitäten gewechselt wird, ist eine scharfe Scheidung, nach der jeder einzelne von den zersprengten Nationalen mit Sicherheit weiß, woran er ist.«

¹⁶⁶ Vgl. P. BOROWSKY, 1992, S. 81 ff.; Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 624.

wenn irgendetwas ... die Bestrebungen der Gemäßigten zu nichte gemacht, so war es wiederum nur die Nichterhörung der Bitten.«¹⁶⁷

Diese Befürwortung eines polnischen Pufferstaats, die auch das Vorparlament demonstriert hatte, währte indes nicht lange. Kaum hatte sich die Gefahr eines russischen Eingreifens verflüchtigt, kaum war die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie in greifbare Nähe gerückt, drehten auch die DZ-Liberalen von ihrem Kurs, dessen nationaldemokratischer Charakter primär auf instrumentellen Motiven aufruhete, wieder ab. Hahn hat in diesem Zusammenhang zu Recht auf die Interdependenz zwischen polnischer und deutscher Frage hingewiesen: Wenn die Monarchen in Deutschland nicht mehr die eigentlichen Gegner waren, sondern zu Vereinbarungspartnern wurden, mußte sich automatisch auch das liberale Verhältnis zur polnischen Nationalbewegung wandeln, deren natürliche Gegner die drei Teilmächte waren. Jetzt hatte sich die Stellung auf der politischen Bühne dahingehend verschoben und partizipatorische Forderungen verbanden sich neu mit einem integrativen Nationalismus, dem Macht nach außen immer mehr zum Anliegen wurde.¹⁶⁸

Bereits Ende April 1848 trat die Deutsche Zeitung dann in jene Phase einer zunehmend distanzierenden bis feindseligen Haltung gegenüber der polnischen Nationalbewegung, die den allgemeinen Umschwung des deutschen Liberalismus einleitete und bis zur Einstellung des Blattes 1850 bestimmend bleiben sollte.¹⁶⁹ Die gängige Vorstellung, die polnischen Aufstände im Mai 1848 und deren Niederwerfung durch preußische Truppen seien ursächlich für die zunehmende Distanz in Deutschland gewesen, hat Hahn berechtigterweise zu revidieren gesucht. Vielmehr sieht er die Auseinandersetzungen zwischen Polen und Deutschen, die ja stark auch auf die zivile Ebene umschlugen, nur als äußerlichen Auslöser eines Antagonismus, der das gegenseitige Verhältnis lange Zeit bestimmen sollte. Die wirkliche Ursache sei vielmehr in der grundsätzlichen Neubewertung der Interdependenz von polnischer und deutscher Frage zu sehen, welche der deutsche Liberalismus, die konstitutionelle Monarchie plötzlich in greifbarer Nähe wärend, jetzt vornahm.¹⁷⁰ Die Berechtigung dieser Annahme wird durch den Zeitungstext weiter gestützt. Bereits im April 1848 bezeichnet die DZ ihre polenfreundliche Haltung der Vormonate als Fehler und bekennt, »sich in den Polen geirrt zu haben.«¹⁷¹ Die Diffamierungen, mit denen sie die Polen und ihre Sache dann den Frühling und Sommer 1848 hindurch bedenkt, sind be-

¹⁶⁷ DZ 23. 2. 1848. G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, spricht dagegen von einer »Versöhnungsära« unter Friedrich Wilhelm IV., in welcher bestehende Ressentiments weitgehend überwunden seien. Eine von ihm vermerkte Quelle belegt dagegen das Fortbestehen repräsentativer Maßnahmen auch nach der Resignation des reaktionären Oberpräsidenten Flotwell 1841, ebd., S. 23.

¹⁶⁸ Vgl. H. H. HAHN, 1987, S. 17. Vgl. zu dieser Entwicklung auch den Forschungsüberblick bei D. LANGEWIESCHE, Nation, 1995, v. a. S. 205–210.

¹⁶⁹ Auch L. TRZECIAKOWSKI verweist explizit auf die tragende Bedeutung der DZ bei der Propagandakampagne gegen die polnische Opposition, s. DERS., 1987, S. 64, wie Anm. 156.

¹⁷⁰ Vgl. H. H. HAHN, 1987, S. 16 ff.

kannt: Daß Polen über kein Bürgertum verfüge und für einen Nationalstaat noch nicht reif sei, gehört neben der eigenwilligen Behauptung, die überragende Macht der polnischen Frauen wirke sich negativ auf die Mentalität des Volkes aus, zu den wiederkehrenden Topoi der Argumentation.

Das militärische Vorgehen Preußens in Posen wird jetzt bejaht und die Durchsetzung einer Demarkationslinie, welche faktisch eine erneute Teilung Polens darstellte und die Niederlage der polnischen Nationalbewegung besiegelte, kontinuierlich unterstützt. Das »Prinzip der Achtung der Nationalitäten« instrumentalisiert die DZ nun dahingehend, daß weite Teile Posens und darunter auch solche, die nicht überwiegend deutsch besiedelt waren, Preußen zugeschlagen werden müßten.¹⁷² Dieser Umschwung der Deutschen Zeitung, der repräsentativ auch für die Haltung des parlamentarischen Liberalismus ist, wird ebenso an der veränderten Bewertung der Germanisierung deutlich, welche ganz im Gegensatz zur Berichterstattung des Vorjahrs plötzlich nur kurzdauernd und wenig schädlich verlaufen sei.¹⁷³

Die große Polendebatte der Paulskirche ist zu Genüge erforscht und muß hier nicht rekapituliert werden.¹⁷⁴ Von den wilden Tönen eines Jordan oder Kerst ist die DZ in diesen Tagen indes weit entfernt. Sie nimmt die nationalen Ungerechtigkeiten, welche eine Teilung aufgrund der nationalen Durchmischung Posens unvermeidlich aufwirft, realistisch in den Blick, macht Kompromißvorschläge zugunsten eines erweiterten polnischen Territoriums, verharrt aber zugleich auf ihrer »nationalantagonistischen« Argumentationslinie¹⁷⁵, wie Siemann diese Tendenz zum integrativen Nationalismus genannt hat: »Wir möchten, daß dem Prinzip der Nationalberechtigung in aller Strenge gehuldigt werde.«¹⁷⁶

¹⁷¹ DZ 19. 4. 1848. Auf die DZ geht auch G. WOLLSTEIN, *Großdeutschland*, 1977, S. 124 ff., ein: Die als Beilagen veröffentlichten Briefe E. M. Arndts hat er zu Recht als »Gegenangriff gegen die Sache Polens« gewertet, ebd., S. 127. Repräsentativ für den DZ-Kurs sind sie jedoch nicht und werden daher hier nicht weiter berücksichtigt.

¹⁷² DZ 23. 7. 1848. Vgl. auch DZ 23. 7. 1848: »Schon den tiefsten Ausschnitt des östlichen Polens zu verlieren, das zur Reorganisation bestimmt ist, ist ... herb genug.«

¹⁷³ Ebd., vgl. dort auch: »Diese deutsche Einwanderung, die deutsche Kultur, ist von jeher der Gegenstand gewesen, der den polnischen Haß gegen Preußen geschürt hat; ... Wie kurzdauernd die eigentliche systematische Germanisierung in Posen betrieben wurde und wie wenig Erfolg jene Kabinettsordre von 1833 gehabt hat, ... das ist notorisch ... Deutsche und Juden, welch letztere überall in Posen in ihrem Familienleben deutsche sind, (füllten) seit langer Zeit in den Städten die mittlere Lebenssphäre, den Betrieb von Handel und Handwerken aus, den der Pole verschmäht ... Die Germanisierung mag ein Fluch sein, der aus jener Theilung Polens stammt, ... aber so wenig kann die Verdeutschung jener Provinzen ungeschehen gemacht werden, auch wenn sie mit den barbarischsten Mitteln betrieben worden wäre.«

¹⁷⁴ Vgl. G. WOLLSTEIN, *Großdeutschland*, 1977, S. 98–188; s. auch Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 626 ff.

¹⁷⁵ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 147.

¹⁷⁶ DZ 22./23. 7. 1848. Vgl. auch DZ 24. 7. 1848: »Es ist ja bei der ganzen Operation Übelstand genug, daß der Deutsche in dem polnischen Theile und der Pole in dem deutschen von den Wohlthaten der beabsichtigten Trennung ausgeschlossen ist, daß er nur ihre Nachtheile zu leiden hat (und diese nur aus dem Grunde, weil er einer Minorität angehört).«

Günter Wollstein hat festgestellt, daß die »Ansätze eines bilateralen Interessenausgleichs«, die Gervinus in der Deutschen Zeitung neben das Prinzip des *sacro egoismo* stellte, nach Jordans berüchtigter Paulskirchenrede keinerlei Realisierungschance bei der emotional aufgestachelten Nationalversammlung mehr besaß.¹⁷⁷ Dem ist jedoch hinzuzufügen, daß die DZ ihre kontinuierliche Verteidigung der Posener Demarkationslinie auch weiterhin mit dem vergrößerten Spielraum deutschen *und* polnischen Nationalitätsbewußtseins begründete: »Denn ... eine annähernd gerechteste Abgrenzung und Sonderung der nationalen Elemente durch Trennung der Verwaltungen (gäbe) die Aussicht auf baldige Beschwichtigung beider Nationalitäten und Concentration derselben auf den ihnen eigenthümlichen Gebieten.«¹⁷⁸

Mit ihrem einhelligen Plädoyer für die Anwendung des Nationalitätenprinzips auf den Fall Posen und mit ihrer aktiven Propaganda für eine Teilungspolitik, welche die deutsch-polnischen Beziehungen in den folgenden Jahren schwer belasten sollte, läßt sich die Deutsche Zeitung im Posener Nationalitätenkonflikt als publizistischer Schrittmacher der Paulskirchenmehrheit einordnen. Im Gegensatz zum nationaldemokratischen Standpunkt, der im Fall Posen, anders als in Schleswig-Holstein, durch die Linke vertreten wurde, repräsentiert die Deutsche Zeitung hier den nationalantagonistischen Standpunkt der Frankfurter Versammlung. Als Vertreter eines aggressiven Nationalismus, dem Macht vor Recht ging, kann sie jedoch nicht bezeichnet werden, zumal ihre bis zum Herbst 1848 dauernden Vermittlungsvorschläge innerhalb der liberalen Mehrheit, die den Teilungsbeschluß trug, die Ausnahme darstellten.

Zum nationalpolitischen Konflikt mit den massivsten Folgen für Deutschlands Stellung in Europa wuchs sich die Frage deutscher Grenzen in Schleswig-Holstein aus. Nipperdeys Urteil, daß hier »die Revolution mit Europa zusammenstieß« kann stellvertretend für die Bedeutung stehen, die Historiker dem Schleswig-Holstein-Konflikt nach wie vor für den Verlauf der deutschen Revolution beimessen.¹⁷⁹ Die Forschung hat sich mit diesem »Modellfall« nationalpolitischer Ambition reichlich beschäftigt¹⁸⁰, so daß eine knappe Analyse des DZ-Standpunktes genügen kann.

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein waren durch Personalunion mit dem dänischen Königreich verbunden, Holstein im Gegensatz zu Schleswig Mitglied des Deutschen Bundes. Dazu kam, daß in Dänemark die weibliche Erbfolge galt, im Herzogtum Holstein dagegen nicht, in

¹⁷⁷ G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 170.

¹⁷⁸ DZ 24. II. 1848.

¹⁷⁹ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 624.

¹⁸⁰ A. DOERING-MANTEUFFEL, Deutsche Frage, 1993, S. 25. Vgl. zum Thema: G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 23–97; W. E. MOSSE, 1958, S. 18–31; G. GILLESSEN, 1961, S. 30–44, 77–81; Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 622–630; W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 153–157; sowie für die ältere Literatur A. SCHARFF, Schleswig-Holsteinische Geschichte, 1960.

Schleswig wiederum das Erbrécht umstritten war, und der dänische Thronfolger kinderlos blieb. Die komplizierte Rechtslage vereinfachte sich in der Tagespolitik zu der Frage, ob Schleswig zu Dänemark oder zu Deutschland gehören sollte. Daß die deutsche Nationalbewegung Schleswig-Holstein nicht erst 1848, sondern bereits seit den frühen 40er Jahren auf ihr Banner geschrieben hatte, ist erst in letzter Zeit verstärkt gesehen worden.¹⁸¹ Was die Wortführer dieser national übergreifenden Bewegung angeht, so läßt sich eine starke personelle Übereinstimmung mit den führenden Mitarbeitern der Deutschen Zeitung feststellen. Die Verfechter eines deutschen Schleswig auf dem Germanistentag 1846 waren allesamt eng der DZ verbunden. Gervinus war der Autor der bekannten »Heidelberger Adresse« desselben Jahres gewesen, Ludwig Häusser hatte eine populärwissenschaftliche Darstellung dazu beigesteuert und Wilhelm Beseler schließlich, treibende Kraft der deutschen Schleswig-Holstein Bewegung, arbeitete lange Zeit als Berichterstatter für die Deutsche Zeitung.¹⁸²

Neben der sozialen Verankerung weist auch die historische Argumentation der Schleswig-Holstein-Bewegung starke Ähnlichkeit mit derjenigen der Deutschen Zeitung auf. Ohne die bekannten Thesen hier wiederholen zu müssen, ging es im wesentlichen um den territorialen Zusammenhalt, den der Ripener Vertrag von 1460 garantierte – und damit auch die Unabhängigkeit von Dänemark. Im Gegensatz zur dogmatischen Argumentation der »Schleswig-Holsteiner«, die die Verbundenheit beider Herzogtümer und damit Schlesiws Anrecht auf Mitgliedschaft im Deutschen Bund gleichsam zum Landesrecht hochstilisierten, blieb die Deutsche Zeitung diesem anfechtbaren territorialen Anspruch gegenüber realistisch und spielte viel stärker die nationale Karte aus: »Wir wissen sehr wohl, daß wir juristisch, staatsrechtlich kein Recht auf Schleswig in diesem Sinne geltend machen können. Aber es gibt im Laufe der Geschichte noch ein höheres Recht als das juristisch staatsrechtliche – ein Recht, das man nicht gerade mit der Gewalt der Waffen geltend zu machen suchen darf ... das Recht der natürlichen, angeborenen Zusammengehörigkeit nach Völkern und Stämmen ... In diesem höheren historischen Sinn hat Schleswig ein Recht, zu fordern, daß es in den deutschen Bund aufgenommen werde.«¹⁸³ Ein gewisser Unterschied zur späteren Position der parlamentarischen Mehrheit, die im Fall Schlesiws mit dem Territorialprinzip, im Fall Posens mit dem Nationalprinzip argumentierte, klingt hier bereits an. Ansonsten herrscht bei stärkerer Sachlichkeit und Kompromißbereitschaft vor Ausbruch der Revolution inhalt-

¹⁸¹ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 51 f.

¹⁸² Vgl. G. WOLLSTEIN, *Großdeutschland*, 1977, S. 31 f.

¹⁸³ DZ 19. 5. 1848. Als wirksamste Methode, deutsches Rechtsbewußtsein in der Schlesiwiger Bevölkerung zu erhalten, propagierte die Deutsche Zeitung die kontinuierliche Demonstration deutscher Gesinnung durch die gebildete Schicht, die Pflege dieses Rechtsbewußtseins in der Familie sowie in der Gemeinde. Eine Reform der scharf kritisierten Kommunalverfassung könne dazu führen, das öffentliche Interesse an der Schlesiwischen Sache weiter zu fördern, vgl. DZ 8. 1. 1848.

lich weitgehende Übereinstimmung zwischen der nationalen Schleswig-Holstein-Bewegung und dem Programm der Deutschen Zeitung.

In der ersten Paulskirkhendebatte über die Grenzfrage im Norden Deutschlands zeigten sich dann bereits subtile Abweichungen von der Bedingungslosigkeit, welche die Position der Mehrheit kennzeichnete.¹⁸⁴ Was die Legitimität des deutsch-dänischen Krieges und die Einschätzung der dänischen Militärmacht betrifft, ging die DZ nach wie vor mit dieser Mehrheit konform. Unterschiede brachen hingegen auf, was die Möglichkeit anging, den stärker dänischsprachigen Teil Schlesiws abzutreten. Im eklatanten Gegensatz zur Rhetorik Dahlmanns, der noch nie einen Schleswiger gesehen haben wollte, der eine partielle Abtrennung befürwortete, sprach sich die DZ in gemäßigtem Ton für eine etwaige Abtrennung aus: »Wir werden nicht gegen eine billige Scheidungslinie protestieren, haben doch auch die Schleswigholsteiner selbst sich zu einer solchen nicht unwillig erklärt; und wenn dies auch eine in mancher Hinsicht schmerzliche Trennung von lange Zusammengehörigen werden mag – bei einer Ehescheidung reißen ja immer auch manche Herzensfasern auseinander, die schon recht fest und innig ineinander verwachsen schienen... Wie (die Scheidungslinie) ausfallen werde, das lassen wir vorerst ganz dahingestellt sein, nur um das Prinzip derselben ist es uns zu thun; daß dies Princip der freie Volkswille sei, ... daß nur derjenige Theil Schlesiws dänisch werde, der dänisch sein will, nur derjenige deutsch werde, der deutsch sein will.«¹⁸⁵ Diese Tendenz zu einer weit moderateren Sichtweise als die meisten Parlamentarier bei ähnlich intensivem Empfinden, die »Sache Schlesiws als Angelegenheit der deutschen Nation« aufzufassen, kennzeichnet den Tenor des Blattes bis zum Malmöer Waffenstillstand.

Die Bedingungen seiner schließlichen Annahme sind bekannt, ebenso die Aufspaltung der Paulskirkhenmehrheit in zwei divergierende Parteien, für die das Verhalten Dahlmanns und Waitz symptomatisch waren.¹⁸⁶ Den von nationaler Empörung begleiteten Waffenstillstand nimmt die DZ dagegen zum Anlaß, ruhige Reflexion anzumahnen: »Wir glauben keinem nachzustehen in tiefem Gefühl für nationale Ehre, aber auch besonnenes Handeln und weiser Rath macht dem Vaterland Ehre.«¹⁸⁷ Im Gegensatz zur parlamentarischen Majorität aus Demokraten und Teilen der Rechten stimmt die DZ gegen Sistierung und hat sich damit, ebenso wie ihr früherer Verleger Friedrich Bassermann, »von dem national-deutsch orientierten Standpunkt«¹⁸⁸ gelöst: »Um nationale Kraft und Ehre zu bewahren, bedarf es nicht der Energie des Willens allein, sondern auch der richtigen Leitung der Dinge und der Gunst der Umstände, die durch Nichts sich ersetzen

¹⁸⁴ Die Debatte fand am 9. 6. 1848 statt, vgl. G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 41 ff.; dort, S. 45, auch das folgende Zitat.

¹⁸⁵ DZ 19. 5. 1848, dort auch das folgende Zitat.

¹⁸⁶ Vgl. G. WOLLSTEIN, Mitteleuropa, 1983, S. 241 ff.

¹⁸⁷ DZ 7. 9. 1848.

¹⁸⁸ G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 72.

läßt ... Der Waffenstillstand war da, nicht glänzend, nicht, wie er hätte sein können, aber, das ist nicht zu läugnen, jedenfalls nicht schmachvoll.«¹⁸⁹

Wollstein hat darauf hingewiesen, daß im Verlauf der Malmöebatten die außenpolitische Perspektive der großen Mehrheit der Abgeordneten völlig aus dem Blick geriet.¹⁹⁰ Im Gegensatz dazu zeichnet sich in der Deutschen Zeitung jetzt ein Aufbruch weg von einem bedingungslosen Nationalismus und hin zu einer realistischen nationalen Perspektive ab, die den europäischen Kontext des Konflikts wieder stärker in den Vordergrund stellt. Denn im Kanon emphatischer Nationalpropaganda kann es durchaus als Ausnahme gelten, wenn die DZ in diesen Tagen wiederholt auf die Einbindung Deutschlands in Europa hinweist: »Von jeher haben selbst die größten Mächte nicht verschmäht, zur Erreichung eines gewissen Zwecks untereinander Bündnisse einzugehen; und es wäre Vermessenheit, wenn wir aus uns angeborener Isolierungssucht ... uns nach und nach alle Staaten dieses Kontinents durch »kühne« Griffe entfremdeten oder in Feinde verwandeln wollen.«¹⁹¹

Daß die innere Abwehr revolutionärer Kräfte neben der europäischen Perspektive ein weiteres Motiv für die Annahme des Waffenstillstands war, macht der Zeitungstext ebenfalls deutlich. Grundsätzlich gilt es festzuhalten, daß die Deutsche Zeitung mit ihrer Rechtfertigung Malmö die Handlungsalternative Preußen überließ und sehenden Auges einkalkulierte, damit den Rückhalt der Bevölkerung zu verlieren.¹⁹² Andererseits stellte sie einem aggressiven Nationalismus, der sein Verlangen nach nationaler Macht auch auf Kosten nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen und der möglichen Gefahr eines europäischen Krieges umsetzen wollte¹⁹³, ein realpolitisch getöntes Nationalbewußtsein entgegen, welches den Machtwillen dem Primat völkerrechtlicher Bindungen unterordnet: »Wir stimmen demnach für ... sofortige Anknüpfung eines völkerrechtlichen Verhältnisses zu Dänemark, für gemeinsame Regelung der ... beanstandeten Punkte, ... für Eröffnung der Friedensverhandlungen unter englischer Vermittlung.«¹⁹⁴

Bis April 1849 schwelte der Konflikt nur unter der Oberfläche weiter, um nach Ablauf des Malmöer Waffenstillstand wieder neu aufzubrechen. Der Gedanke eines autonomen Schleswigs, welcher primär auf einen Vorschlag Lord Palmerstons zurückging, wurde von der DZ ebenso wie von der

¹⁸⁹ DZ 7. 9. 1848.

¹⁹⁰ G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 69.

¹⁹¹ DZ 12. 9. 1848.

¹⁹² Vgl. DZ 12. 9. 1848: »Die politische Bildung der Masse liegt bei uns leider noch im Rohen, was in so stürmischen Zeiten wie den unsrigen, etwas Bedenkliches hat ... man hat bei ihr gewonnenes Spiel, wenn man ihr bemerkt: die Ehre Deutschlands sei geschändet; dies Wort wirkt tumultuarisch selbst auf die, welche weder von Ehre noch von Deutschland eine wirkliche Vorstellung haben.«

¹⁹³ Vgl. zur tatsächlichen Unwahrscheinlichkeit dieses vielbeschworenen großen Krieges neben Anm. 161 auch B. MANN, Soldaten gegen Demokraten?, in: D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Revolution und Krieg. Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert, 1989, S. 107f.

¹⁹⁴ DZ 14. 9. 1848.

Schleswig-Holsteinischen Bevölkerung rundweg abgelehnt.¹⁹⁵ Vielmehr plädierte das Blatt jetzt noch vehementer für eine Teilung Schlesiwijs nach Nationalitäten, ein Vorschlag, der ebenfalls aus England stammte und den Thomas Nipperdey als »vernünftig« charakterisiert hat.¹⁹⁶ Der kompromißbereite Ton, mit dem das Blatt jetzt auch territoriale Verluste hinzunehmen bereit ist, resultierte sicherlich auch in der Enttäuschung über die mißglückte Verfassungsgebung sowie der Erkenntnis, daß Deutschland, international geschwächt, wie es dastand, seine Ansprüche im ursprünglichen Ausmaß nicht mehr aufrechterhalten könne. So heißt es im Frühjahr 1849 dann, »wenn die Herzogthümer auf der von der Statthalterschaft bezeichneten Grundlage der Unzertrennlichkeit beständen, so müßten sie zu allen sonstigen Opfern bereit sein. Dazu gehört das Aufgeben der nördlichen dänischen Teile. Es freut uns, daß man von allen Seiten jetzt zu dieser stets von uns empfohlenen einzig dauernden Lösung der Frage zurückkommt. Es handelt sich nur um die Grenze, und da müssen wir vor übertriebenen Ansprüchen warnen ... Die deutschen Sprachinseln können nicht gerettet, das Opfer, so schmerzlich es fällt, muß gebracht werden. Die Theilung muß wirklich nach den Nationalitäten vorgenommen werden.«¹⁹⁷

Von neueren Forschungen wird die Schleswig-Holstein-Debatte meist als Forum gesehen, auf dem nationale Machtambitionen, die bereits Schatten auf das zweite Kaiserreich werfen, besonders konturenscharf hervortreten, und vor dessen Hintergrund sich der deutsche Liberalismus zugunsten eines Primats der Macht vor der Freiheit ausspricht.¹⁹⁸ Den öffentlichen Flotten- und Hilfsspenden für Schleswig-Holstein, zu denen auch die Deutsche Zeitung regelmäßig aufrief, spricht Wolfram Siemann den Charakter einer im Ansatz »nationalen Mobilisierung mit imperialistischer Tendenz« zu.¹⁹⁹ Nur vereinzelt wurde daran erinnert, daß voluminöse Rhetorik auch nicht überschätzt werden solle und »das Kernziel ein deutscher Nationalstaat und nicht ein Imperium« blieb.²⁰⁰

Beide Schwerpunkte dieser Deutungen lassen sich in der Deutschen Zeitung nachlesen. Das führende Blatt der deutschen Konstitutionellen argumentiert deutsch-national und mit allem Pathos der verletzten »Ehre«. Ähnlich wie im Fall Posen vertritt die DZ einen durchaus integrativen Nationalismus, der auch bundesfremde Gebiete mit vorwiegend deutscher Bevölkerung zum legitimen Anspruch eines deutschen Nationalstaats dekla-

¹⁹⁵ Vgl. G. GILLESSEN, 1961, S. 77 ff. Vgl. auch DZ 23, I. 1849: »Wer Schleswig-Holstein kennt, der weiß, wie sehr eine solche Losreißung alle Lebensnerven der Herzogthümer durchschneiden würde ... Ihre Gemeinschaft erstreckt sich nicht bloß auf öffentliche Einrichtungen, auf Verwaltung, Rechtspflege, Kirchenverfassung, Zölle und dergleichen, sondern auch auf die kleinsten Dinge des gewöhnlichen Lebens.«

¹⁹⁶ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, S. 625.

¹⁹⁷ DZ 3, 6. 1849.

¹⁹⁸ Vgl. G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 334; W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 156 f.; verstärkt findet sich diese Sichtweise jetzt bei M. MEYER, 1994, S. 177 ff.

¹⁹⁹ W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 153.

²⁰⁰ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 630.

riert. Doch früher als die große Mehrheit der Paulskirche schlägt es mit dem Vorschlag, Schleswig zu teilen, einen realpolitischen Kurs ein, der auch den europäischen Kontext des Konflikts nicht aus den Augen verliert.

Damit klingt bereits hier an, was in der schwierigen Frage des deutsch-österreichischen Dualismus dann besonders deutlich werden sollte: Der Liberalismus, wie ihn die DZ vertrat, blieb auch im Schleswig-Holsteiner Nationalitätenkonflikt trotz allem verbalen Getöse einer realpolitischen Sichtweise verbunden. Mit der bereits früh ausgesprochenen Bereitschaft, Schleswig zu trennen, demonstrierte das Blatt Distanz zu allen imperialen Tendenzen und stellte das Nationalitätsprinzip zugleich mit europäischer Anbindung seinem Programm voran.

Es gab Posen und es gab Schleswig-Holstein. Doch von zentraler Bedeutung sollte sich die Frage deutscher Grenzen im deutsch-österreichischen Dualismus erweisen.²⁰¹ Ein deutscher Nationalstaat ohne Österreich war ja zunächst keiner, aber wie ließ sich die deutsche Nationalität mit einem übernationalen Gebilde wie der k. u. k. Monarchie vereinbaren? Das Grenzproblem sollte sich hier zur größten Belastung des werdenden Nationalstaats auswachsen. Indes stellte es sich nicht erst im Herbst 1848. Mit der Kernforderung der Revolution nach einem geeinten Deutschland stand diese Frage von Beginn an auf der politischen Tagesordnung. Doch erst im Oktober 1848, als die Wiener Revolution durch Windischgrätz' Truppen bereits niedergeschlagen wurde, rückte sie tatsächlich auf die Agenda der Paulskirche und damit ins Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit. Die Tatsache, daß die Deutsche Zeitung schon weit vor den Frankfurter Verhandlungen auf die Problematik des politischen, wirtschaftlichen und vor allem kulturellen Gefalles zwischen Deutschland und Österreich hingewiesen hatte, ist bereits angesprochen worden, und auch, daß sie – im Gegensatz zur Paulskirchenmajorität – in diesen ungleich verlaufenden Nationsbildungsprozessen den wesentlichen Grund für eine Gefährdung, wenn nicht gar Blockade eines großdeutschen Staates sah. Der hier berücksichtigte Zeitraum Oktober 1848 bis März 1849 war für den Ausgang dieser zunächst offenen Frage entscheidend, und nahezu täglich nahm die Deutsche Zeitung zu den sich aufdrängenden Problemen Stellung. Dabei wird eine Kontinuitätslinie in ihrem politischen Kurs deutlich, die dazu beitragen kann, an einige wesentliche Fragen zur nationalen Entwicklung von Deutschland und Österreich um die Jahrhundertmitte anzuknüpfen.²⁰²

Bereits im Herbst 1848 deckten sich formales und inhaltliches Verständnis der Begriffe Deutschland und Österreich nicht mehr. Zwar liefen im In-

²⁰¹ Über die Gewichtung dieses Problems sind die Meinungen kontrovers, vgl. D. LANGEWIESCHE, Republik, 1980; Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 668; H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, 1987, S. 768 ff., W. HARDTWIG, Der deutsche Weg in die Moderne. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen als Grundproblem der deutschen Geschichte 1789–1871, in: DERS./H.-H. BRANDT (Hrsg.), Weg in die Moderne, 1993, S. 8 ff.

²⁰² Vgl. dazu D. LANGEWIESCHE, Nationswerdung, 1991; DERS., Reich, 1992; P. KATZENSTEIN, 1976, v. a. S. 35–65.

haltsverzeichnis des Blattes die deutschsprachigen Teile Österreichs nach wie vor unter »Deutschland« und die anderssprachigen Provinzen unter »Österreichische Monarchie«; doch das inhaltliche Verständnis entsprach dieser Kategorisierung, die auch den Vorrang einer kulturell-sprachlichen Definition von Nation dokumentierte, schon lange nicht mehr. Waren die deutschen Provinzen schon vor Revolutionsausbruch nur noch halbherzig zu Deutschland gezählt worden, so klangen seit Sommer 1848 immer deutlichere Abtrennungstöne an.²⁰³ Am 24. Oktober, also noch vor der großen Österreich-Debatte der Paulskirche und vor der Kremsierer Erklärung publizierte die DZ einen »Vorschlag zur Lösung der österreichischen Frage«, der das kleindeutsche Programm im Grunde vorwegnahm: Ein nationaler Bundesstaat, wie Deutschland es werden sollte, konnte keine Teile umfassen, die mit einem anderen Staat organisch verbunden sind. Aus der Unmöglichkeit, daß die deutschen Provinzen Österreichs von Zentralgewalt, Nationalversammlung und dem zu zwei Dritteln nichtdeutschen Wiener Reichstag gleichzeitig Befehle empfangen, ergäbe sich klar, »daß das deutsche Österreich unmöglich zum deutschen Bundesstaat gehören kann.«²⁰⁴

Hinzu kam, daß die deutschen Länder in der großen Mehrzahl nicht aus dem österreichischen Verband heraustreten wollten. Um die Jahrhunderte lang bestehenden Verbindungen nicht gänzlich zu kappen, sollten deshalb zwischen dem neuen deutschen Bundesstaat und der österreichischen Monarchie folgende Abmachungen getroffen werden: Völlige Freizügigkeit von österreichischen und deutschen Staatsangehörigen in beiden Staatsgebieten inklusive Gewerbefreiheit und dem Eintritt in Staatsämter, das Recht auf volle Erhaltung ihrer Nationalität für alle Bewohner der deutschen Gebiete Österreichs, gegenseitige Handelsbegünstigung sowie ein Friedensvertrag, der Krieg gegeneinander ausschloß und im Falle eines Angriffs den Beistand des Partners erforderte. Durch solche Regelungen, die »doch ein ungleich innigeres, dauernderes und festeres Band knüpften,« als ein völkerrechtlicher Vertrag es je könne, sah die DZ die Selbständigkeit beider Staaten gewahrt. Mit dem Aufruf an die Nationalversammlung, ihr »Recht auf Einverleibung des deutschen Österreichs aufzugeben« und Verhandlungen über einen solchen Unionsvertrag zu beginnen, stellt die DZ das kleindeutsche Programm bereits vor der Parlamentsdebatte erstmals öffentlich zur Dispo-

²⁰³ Vgl. DZ 9. 5. 1848. Daß Gervinus mit seiner antiösterreichischen Stoßrichtung der politischen Entwicklung weit voraus gewesen war, darauf verweist er am 2. 3. 1849 selber: »Ich habe deshalb neulich schon eine solche Selbstbetrachtung angestellt, indem ich auf die Ansicht zurückgriff, die ich schon im März vorigen Jahres über die österreichische Frage äußerte, als keine menschliche Seele sonst an die Verwicklungen dachte, die zwischen Deutschland und Österreich unausweichlich eintreten mußten ... Ich greife also noch einmal weiter zurück, und lese zu meiner eigenen Erbauung nach, was ich im Juli 1847 bereits, als noch die Welt im tiefsten Frieden ... lag, über die Verhältnisse Österreichs zu Deutschlands in diesem Blatte schrieb, nicht wie sie in dem Zustand der Ruhe waren, sondern wie man sich ihre Gestaltung bei dem Eintritte großer Ereignisse und Veränderungen denken würde ... Das Ergebnis meiner damaligen Betrachtung war, daß sich Deutschland von Österreich faktisch getrennt hatte ... daß dies Abtrennen der Zug unserer ganzen Geschichte sei.«

²⁰⁴ DZ 24. 10. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

sition. Die vorherrschende Ansicht, daß zu diesem Zeitpunkt »von einer Alternative zwischen einer kleindeutschen und einer großdeutschen Option ... noch gar keine Rede (war)«²⁰⁵, gilt es dahingehend zu revidieren, daß wesentliche Teile des deutschen Liberalismus die Möglichkeit einer völligen Abtrennung bereits weit vor der Wiener Gegenrevolution ernsthaft in Erwägung zogen.

Den Begriff »Kleindeutschland«, den wir heute differenzierend verwenden, lehnten diese nationalen Liberalen jedoch als »Schimpfwort ... und Erfindung solcher, welche aus unbegrenzter Liebe zu dem ganzen, dem Groß-Deutschland, lieber kein Deutschland wollten, als das unter den gegebenen Umständen mögliche« ab.²⁰⁶ Begründet wird dies einmal mit der Bevölkerungszahl eines von Österreich losgelösten Deutschlands, das mit 32 Millionen »ein nicht so geringfügiges Reich bilde ... wie es auf einmal vielen großdeutschen Patrioten scheint, die bis zum Jahre 1848 in kleinstaatlicher ... Behaglichkeit schwammen und stolz von dem baierischen »Reich«, der baierischen »Nation« sprachen.« Immerhin stünden dem von der DZ gewünschten nichtösterreichischen Deutschland mit seinen über dreißig Staaten auf österreichischer Seite nur vier Staaten gegenüber. Vor allem aber argumentiert das Blatt mit der politischen Umwandlung der außerösterreichischen Teile des Deutschen Bundes in einen deutschen Bundesstaat, welcher der Deutsche Bundestag im Juli 1848 selbst zugestimmt habe. Dieser neue Staat mache implizit wertende Sprachbildungen wie Klein- oder Großdeutschland obsolet. Wohl aus Mangel an Optionen gebraucht auch die DZ die Begriffe zwar gelegentlich weiter, ihren wertenden Beigeschmack lehnt sie jedoch ab, um den neuen Staat auch durch sprachliche Diminutionen nicht vorzeitig zu desavouieren.

Die große Debatte der Paulskirche über die Fragen deutscher Grenzen endete am 27. Oktober 1848 mit einem unangefochtenen Sieg der großdeutschen Majorität. Die DZ beschränkte sich in diesen Tagen auf eine bloße Wiedergabe der unterschiedlichen Reden und schloß mit der Bemerkung, die unveränderte Annahme der relevanten Paragraphen sei ein »va banque (Spiel), ... welches sehr wahrscheinlicher Weise die deutschen Provinzen Österreichs uns nicht näher, sondern ferner rücken werde.«²⁰⁷

Der ganze Ton der DZ in der deutsch-österreichischen Debatte war bisher deutlich, aber moderat gewesen. Mit der Rückkehr Gervinus' auf die publizistische Bühne Ende November 1848 änderte sich dies. Gervinus führte in dieser, seiner letzten journalistischen Tätigkeit vor der »Linkskehre« einen einzigen konsequenten Generalsturm gegen das wiedererstartete Österreich.²⁰⁸ Seine »Briefe vom Rhein« schlugen jetzt einen weitaus schärferen Ton an, lasen sich sehr viel persönlicher als zuvor, und zeugten kaum

²⁰⁵ H. LUTZ, 1985, S. 301; vgl. auch D. LANGEWIESCHE, Reich, 1992, S. 358 f.; Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 656; ähnlich auch H. SCHULZE, Staat und Nation, 1994, S. 222.

²⁰⁶ DZ 29. 12. 1849, dort auch die folgenden Zitate.

²⁰⁷ DZ 28. 10. 1848.

²⁰⁸ Über Ursachen und Verlauf seiner Linkskehre, vgl. G. HÜBINGER, 1984, S. 187 ff.

mehr von jener »chefredakteurlichen« Distanz, die er sich bis zum Juli 1848 doch überwiegend auferlegt hatte. Von früherer Rücksichtnahme befreit, aber geprägt zugleich von seiner wachsenden persönlichen Enttäuschung über den Verlauf der Revolution, zieht Gervinus jetzt kräftig vom Leder, und sein Angriffsziel heißt Österreich.

Am Tage der Kremsierer Erklärung faßt er die vorhandenen Pläne zur Lösung der deutsch-österreichischen Frage noch einmal zusammen: Gegen die Verschmelzung der gesamten k. u. k. Monarchie mit Deutschland, gegen ein solches 70-Millionen-Reich in der Mitte Europas, sind die europäischen Mächte. Das Eintreten der deutschen Landesteile Österreichs in den neu zu schaffenden Bundesstaat wird von den österreichischen Machthabern nicht gebilligt, da es die Teilung der Monarchie voraussetzt. Übrig bleiben Gergens Vorschlag einer staatenbündischen Verbindung Österreichs mit dem deutschen Bundesstaat oder der von deutscher Seite vertretene Gedanke der völligen Abtrennung. Den Doppelbund lehnt Gervinus ab, da Deutschland damit erneut in die Nationalitätenkonflikte des multinationalen Österreichs hineingezogen werde. In Betracht komme deshalb nur die letzte Option, und Gervinus Aufforderung dazu markiert bereits die jetzt nur noch in Nuancen variierende Österreich-Politik der DZ bis zur Verabschiedung der Reichsverfassung: »Jeder Einfluß Österreichs auf Deutschland ist von Verderben ... Sprechen wir die Abtrennung von Österreich aus!«²⁰⁹

In der Kremsierer Erklärung lehnte Schwarzenberg jede Einschränkung der staatlichen Einheit Österreichs ab. Damit erledigte sich die Möglichkeit einer Personalunion endgültig. Auf die daraus resultierende Verschiebung des Frankfurter Parteienspektrums in Großdeutsche und Kleindeutsche, die den Gegensatz zwischen Demokraten und Konstitutionellen zu überlagern begann, ging die DZ jedoch kaum ein. Das »Ausscheiden Deutschlands aus Österreich«²¹⁰, welches Schwarzenbergs Zug impliziere, müsse vielmehr zur Folge haben, daß Österreich sich jetzt auch »jeden Anteils an der Reichsgesetzgebung und Reichsregierung enthalte.«²¹¹ Der österreichische Ministerpräsident Schmerling müsse zum Rücktritt veranlaßt werden und die österreichische Regierung ihre Abgeordneten abberufen. Diese erste Forderung erfüllt sich im Dezember, die zweite bleibt zunächst auf dem Papier und wird dem Leser bis in den März 1849 hinein in unzähligen Varianten einzuhämmern versucht.

Im Winter 1848, nachdem Schwarzenberg sein anachronistisch anmutendes 70-Millionen-Projekt ultimativ vorgestellt hatte, und eine kaiserliche Note vom 10. Februar 1849 diese Politik zementiert hatte, verschärfte sich der Ton der DZ noch weiter bis hin zu einem – allerdings nur rhetorisch gemeinten – Appell zum »Bürgerkrieg« aus Gervinus Feder.²¹² Die wieder-

²⁰⁹ DZ 27. 11. 1848.

²¹⁰ DZ 2. 12. 1848.

²¹¹ DZ 13. 12. 1848.

²¹² DZ 14. 12. 1848.

holt geübte Kritik am ehemaligen Bruderstaat läßt sich jetzt zu folgenden Punkten verdichten: »Innenpolitisch« waren es vor allem die Auswüchse der österreichischen Gegenrevolution, welche die DZ anprangerte: »Unsere Freiheit? ... Soll sie unter den Schutz Österreichs gestellt weden? Unter den Schutz eines Staates, der durch den Belagerungszustand regiert wird, der die Presse unterdrückt, Religionsgesellschaften verfolgt, die Universitäten schließt, Journalisten und Schriftsteller unter das Militär steckt, aus dem uns von Hinrichtungen, Konfiskationen und barbarischen Strafen tagtäglich Kunde kommt?«²¹³ Was das deutsch-österreichische Verhältnis angeht, so verurteilte die DZ, daß Österreich die Verkündigung der Reichsgesetze zurückwies, daß es seine Gesandten in Kopenhagen beließ, auf Truppenangebote nicht reagierte, und achtzig Wahlbezirke der Wahl zur Nationalversammlung nicht gefolgt waren.

Hinzu trat die rechtliche Seite des Verhältnisses: Gegen die österreichische Behauptung, die Bundesakte von 1815 sei noch in Kraft, argumentierte die DZ, Österreich habe den neuen, revolutionären Rechtsboden anerkannt, indem es Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben hatte, welche laut Bundestag »das deutsche Verfassungswerk zwischen Volk und Regierungen zu Stande bringen sollte« sowie die Übertragung der Bundesgewalt an die Zentralgewalt einstimmig beschlossen hatte.²¹⁴ Aber auch wenn man von einer Fortdauer des Bundestags ausgehe, so habe Österreich zwar Anspruch auf die Fortdauer seiner Rechte als Bundesglied, nicht aber ein Recht, die »übrigen Mitglieder jenes Bundes zu hindern, unter sich noch ein zweites, engeres Bündnis einzugehen.« Der geplante Bundesstaat enthalte nichts, was die Sicherheit des alten Bundes gefährde, und auch die Unterordnung deutscher Staaten unter eine Zentralgewalt sei mit der Wiener Schlußakte vereinbar.

Schließlich erläuterte die DZ auch die Problematik, welche die unterschiedlichen Nationsbildungsprozesse ihrer Völker für die österreichische Monarchie mit sich brachten. Goutierte man nämlich die Staatsbildung der deutschen Nation, war es nur konsequent, auch die Staatsbildung anderer Nationalitäten nicht zu blockieren. Die österreichische Monarchie aber mußte diese verhindern, wollte sie ihre staatsrechtliche Einheit aufrechterhalten. Hinzu kam, daß die erstarkten Nationalbewegungen, vor allem in Ungarn und Italien, auch parlamentarische Souveränität für sich forderten und damit nicht nur die Einheit des Gesamtstaats, sondern diesen auch politisch in Frage stellten. Gervinus, der sich dieses doppelten Konflikts durchaus bewußt war, plädierte kontinuierlich für eine nationale *und* selbständige Entwicklung der österreichischen Staaten innerhalb der Monarchie, für Schutz und Erhaltung ihrer »Sitten, Sprachen und Freiheiten«, die eine deutsche Herrschaft nicht gefährdet dürfe.²¹⁵ Sein argumentativer Schachzug

²¹³ DZ 13. 2. 1849.

²¹⁴ DZ 7. 1. 1849, dort auch das folgende Zitat.

²¹⁵ DZ 20. 1. 1849, dort auch das folgende Zitat.

bestand darin, daß diese große Aufgabe – die Entwicklung eigenständiger Nationen und gleichzeitig freiwillige Integration durch deutsche Kultur – viel leichter als »häusliche österreichische Angelegenheit« zu bewältigen sei. Hinge auch noch das deutsche Reich an der Monarchie, würde die Wucht dieses reindeutschen Einflusses jeden Mut zur eigenständigen Entwicklung lähmen.²¹⁶ Deshalb sei, was die österreichischen Nationalitätenkonflikte angeht, eine Abtrennung auch für Österreich nur von Vorteil. Gervinus' gelegentlich giftverspritzende Feder scheut jetzt auch vor starken Ausdrücken gegen »jene kompakte Liga ... (aus) Pfaffenfreunden, Partikularisten und Reaktionären« nicht mehr zurück: »Jetzt wird man von Ferne begreifen, was erst in Österreich werden wird, wenn der Adel sich wieder fest im Regimente weiß, wenn die Geistlichkeit wieder zu Athem kommt, wenn das Heer der feilen Unterbeamten aus seinen Löchern kriecht.«²¹⁷ Diese kontinuierliche antiösterreichische Haltung legt es nahe, die wiedererstarke Habsburgermonarchie jetzt als viertes Feindbild der DZ neben Partikularismus, Reaktion und radikaler Linken einzuordnen.

Am 4. März 1849 löste Franz Joseph den Kremsierer Reichstag auf und oktroyierte eine Verfassung, welche die staatsrechtliche Einheit der gesamten Monarchie festschreibt. Daß dies auch die Stoßrichtung der DZ zementiert, erstaunt nicht mehr. Statt Wien zur Abberufung der österreichischen Abgeordneten aufzufordern, solle die Nationalversammlung die Abgeordneten jetzt eigenhändig ausschließen. Die Beurteilung der neuen Verfassung ist negativ, bleibt im Ton aber moderat: Mit dem Prinzip strengster Staatseinheit seien die Grundpfeiler der Zentralisation geschaffen und statt des Volkshauses »die vormärzliche Volksvertretung am Bundestag im magersten Sinne« eingeführt. Der differenzierte Zensus eigne sich zwar, die Schwierigkeiten einer so inhomogenen Volksvertretung zu mindern, doch letztlich zeigten die »Fallen und Hinterthüren« des oktroyierten Dokuments, darunter vor allem der »Grundrechte verschlingende Belagerungszustand« allzu deutlich, wie wenig der Konstitutionalismus hier verankert sei.²¹⁸ Die heutige Einschätzung, daß die oktroyierte Verfassung primär »Waffe im Kampf gegen die Paulskirche ... und Fassade, die den Willen zur Wiederherstellung des Absolutismus verbarg« war²¹⁹, wird vom zeitgenössischen Urteil der DZ bestätigt: Das Dokument diene »den Politikern nur (als) ein Werkzeug zum Fortkommen, eine Art von Rekurs an die öffentliche Meinung«, folge aber ansonsten nur der herkömmlichen Herrschaftspraxis.²²⁰

Besonders empört zeigte sich die DZ, als kurz vor der ersten Debatte über das erbliche Oberhaupt österreichische Abgeordnete en masse nach Frank-

²¹⁶ Vgl. DZ 20. I. 1849.

²¹⁷ DZ 23. 12. 1848.

²¹⁸ DZ 15. 3. 1848. Vgl. dort auch: »Es erhebt sich also eine neue Frage, ... Sind die Minister des redlichen Willens, ... im Sinne dieser Verfassung und im Geiste der neuen Zeit zu regieren? Nach den bisherigen Erfahrungen muß diese Frage unbedingt verneint werden.«

²¹⁹ Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 641.

²²⁰ DZ 15. 3. 1849.

furt kamen, um die Abstimmung zu beeinflussen: »Wir sind vor dem ganzen Ausland prostituiert.«²²¹ Auf die Umbildung der Fraktionen und das Zweckbündnis Simon-Gagern geht das Blatt hingegen mit keinem Worte ein. Als am 27. März 1849 jene Fassung hauchdünn verabschiedet wurde, die das Ausscheiden aller österreichischen Landesteile aus Deutschland festschrieb und ein deutsches Kaisertum für Preußen zur Disposition stellte, reagierte die DZ eher zurückhaltend – »wir sind zu erschüttert von Allem, was in diesen letzten Tagen vor unseren Augen geschehen ist«²²² – und auch Gervinus beschränkte sich darauf, den »Sieg der Vernunft« zu konstatieren.

Die verfassungspolitische Linie der DZ in der deutsch-österreichischen Frage regt dazu an, einige grundsätzliche Fragen zur nationalen Entwicklung von Deutschland und Österreich während der Revolution aufzugreifen und neu zu deuten. Entscheidend sind zunächst die Gründe, mit denen diese Liberalen die Abspaltung befürworten: Einmal seien die nichtdeutschen Provinzen des österreichischen Vielvölkerstaats mit einem deutschen Bundesstaat unvereinbar, zum zweiten sei die gesamte k. u. k. Monarchie nicht-konstitutionell, worauf bereits im November 1848 alles hingedeutet hatte. Drittens und am wichtigsten wäre das kulturelle, konfessionelle, politische und wirtschaftliche Gefälle zwischen Österreich und Deutschland unüberwindbar. Immer wieder hatte die DZ ja auf die spezifischen Prozesse hingewiesen, die eine Nationsbildung bedinge und die sich in Deutschland jetzt so rapide entwickelten, doch allesamt an der österreichischen Grenze endeten. Solche Prozesse dokumentierten sich für die DZ einmal in Reiselust und Kommunikationsfreude, zum anderen in den sozial übergreifenden Vereinsgründungen. Sie konnten sich in der Herausbildung einer überregionalen Presse äußern, die gesamtdeutsche Kommunikationsnetze aufspannte, oder auch in der Organisation gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen wie dem Deutschen Zollverein.

All solche Entwicklungen, die Karl Deutsch als eine wachsende Teilnahme der Bevölkerung an ökonomischen, politischen und geistigen Entwicklungen eines Landes definiert hat²²³, betrachtete bereits die DZ als grundlegende Voraussetzung zur Bildung einer Nation. Dazu trat notwendig das Element der gemeinsamen deutschen Sprache. Da diese Entwicklungen im Vormärz und in der Revolution flächendeckend in Deutschland vorangeschritten waren, in Österreich dagegen gar nicht oder nur geringfügig Fuß gefaßt hatten, forderte die Deutsche Zeitung dazu auf, Österreich jetzt auch formal aus Deutschland auszuschließen, da es inhaltlich schon lange nicht mehr dazugehöre.

Diese zeitgenössische Haltung legt eine Deutung nahe, die von der gegenwärtigen Einschätzung des Revolutionsverlaufs, was die Nationsbildung im

²²¹ DZ 24. 3. 1849.

²²² DZ 28. 3. 1849, dort auch das folgende Zitat.

²²³ K. DEUTSCH, *Nationenbildung*, 1966, S. 37.

Deutschen Bund angeht²²⁴, abweicht: Erstens konstatierte auch die Deutsche Zeitung, daß die soziale und geographische »Ausweitung der deutschen Nationsbildung« an den österreichischen Grenzen haltgemacht hatte.²²⁵ Und gerade weil sie, und mit ihr wesentliche Teile des konstitutionellen Liberalismus, diesen Entwicklungsstau in allen Bereichen für so ausschlaggebend hielt, trat sie seit Sommer 1848 für eine völlige Abtrennung Österreichs von Deutschland ein. Zweitens trifft die Einschätzung, daß die politischen Meinungsführer in Frankfurt auch nach der knappen Entscheidung für einen kleindeutschen Nationalstaat Österreich weiterhin zur deutschen Nation zählten, nur partiell zu. Ein führender Teil des deutschen Liberalismus empfand Erleichterung über den Verzicht und betrachtete ihn als sine qua non für einen freien, deutschen Nationalstaat.

Die Kenntnis dieses politischen Kurses, den die Deutsche Zeitung und damit das repräsentativste Organ des gemäßigten Liberalismus und Vertreterin einer national orientierten Bildungselite vertrat, trägt dazu bei, die Vorstellung eines im Grunde großdeutsch gebliebenen Liberalismus zu revidieren und sein Potential für flexible und realistische Lösungen stärker zur Geltung zu bringen. Die Liberalen um die DZ schätzten die kleindeutsche Option schon im Sommer 1848 als die erfolgversprechendere Chance ein, schnell zu ihrem Ziel eines föderativen Nationalstaats zu kommen. Die Tatsache, daß sie einen Weg ohne Österreich früher für gangbar hielten, als bisher angenommen wurde, und dabei auch das Durchsetzungsvermögen der Habsburgermonarchie keineswegs unterschätzten, soll nicht etwa eine kleindeutsch fixierte Sichtweise wiederbeleben, sondern vielmehr dazu beitragen, die unterschiedlichen – eben auch stark kleindeutsch und realpolitisch geprägten – Facetten des deutschen Liberalismus angemessen ins Blickfeld zu rücken.

e) Die Reichsverfassung und ihr Scheitern

Die Reichsverfassung der Paulskirche ist den Deutschen Verfassungsvorbild bis in die Gegenwart geblieben.²²⁶ Daß vor allem ihr Grundrechtskatalog eine echte »Chance staatsbildender Tradition« bietet²²⁷, wurde jedoch lange Zeit verkannt und erst neuere Forschungen haben die Ausstrahlung ihres Gedankenguts auf das deutsche Rechtsleben wieder eindrucksvoll in unser Blickfeld gerückt. Ähnlich übersehen wurde über Jahrzehnte hinweg, daß die Abgeordneten der Paulskirche durchaus über »politische Reife« verfügten, daß sie ohne Erfahrung mit einem parlamentarischen System imstande waren, unter großem Druck ein so ausgewogenes Gebilde wie die erste gesamtdeutsche Verfassung zu verabschieden. Doch diese Leistung wird bei

²²⁴ Vgl. D. LANGEWIESCHE, Nationswerdung, 1991; DERS., Reich, 1992.

²²⁵ D. LANGEWIESCHE, Nationswerdung, 1991, S. 763.

²²⁶ Vgl. J.-D. KÜHNE, 1985, S. 30; H.-U. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, 1987, S. 779;

W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 198.

²²⁷ J.-D. KÜHNE, 1985, S. 30.

der Beurteilung der Revolution von 1848/49 seit einigen Jahren zunehmend gewürdigt.

Die Wurzeln abwertender und, wie sich herausgestellt hat, unrichtiger Urteile sind indes auch im zeitgenössischen Umfeld der Paulskirche zu finden.²²⁸ Aus Enttäuschung und Frustration über den Fehlschlag ihres politischen Traums haben Liberale selber dazu beigetragen, eine negativ gefärbte Sichtweise der großen parlamentarischen Leistung von 1848/49 zu verbreiten. Welche Stellung die Deutsche Zeitung hier bezog, kann dazu anregen, unsere oft in Klischees erstarrte Meinung über die »Politik der Mitte« neu zu überdenken.²²⁹

Im Oktober 1848 wandte sich die Paulskirche den konkreten Fragen der Staatsorganisation zu. Vor allem drei große Problemfelder beschäftigten das Plenum bis in den März hinein: der Umfang des neuen Reichsgebiets, seine innere Machtverteilung und die Frage des Oberhauptes. Welche Haltung die DZ zur zentralen Frage, ob mit oder ohne Österreich, einnahm, ist erläutert worden. Wie aber standen diese Liberalen zur komplexen Frage der Machtverteilung im neuen Staat? Die Diskussion darüber entzündete sich primär an den Vorschlägen des Verfassungsausschusses, der sich mit dem Mitarbeiterstab der DZ weitgehend deckte: Von den dreiundzwanzig ständigen Mitgliedern des Ausschusses waren rund 65 Prozent der DZ als freie Mitarbeiter verbunden, bei den fünfzehn zeitweiligen Mitgliedern waren es 40 Prozent.²³⁰ Solche Zahlen legen eine gewisse Übereinstimmung des Zeitungskurses mit den Vorschlägen des Verfassungsausschusses nahe, die es indes nachzuprüfen gilt.

Daß das neue Deutschland ein Bundesstaat sein sollte, war unstrittig. Disput entstand über die Gewichtung föderaler und unitarischer Elemente, wobei Konservative und gemäßigte Linke mehr erstere berücksichtigt sehen wollten, der rechten Mitte eher letztere am Herzen lagen. Der Kurs der DZ bestätigt hier im wesentlichen die herrschende Meinung, plädierte sie doch leidenschaftlich für jene »strenge Form der Einheit«, die der gegenwärtigen gefahrvollen Lage viel mehr entspräche, und monierte am Verfassungsentwurf den fehlenden Zugriff der Zentralgewalt auf alle nationalen Institutionen.²³¹ Den Föderativstaat, wie er in Nordamerika und der Schweiz verwirklicht war, definierte die DZ als »einen Bund von gleichartigen Territorien in lockerer Form mit wechselndem Oberhaupt, wo es sich um die

²²⁸ Vgl. L. GALL, *Bürgertum*, 1989, S. 316 f., D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 66.

²²⁹ Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 664.

²³⁰ Von den Mitgliedern des Verfassungsausschusses schrieben für die DZ: Georg Beseler, Friedrich Chr. Dahlmann, Johann Detmold, Gustav Droysen, Max v. Gagern, August Hergenahn, Carl Jürgens, Ernst v. Lassaulx, Karl Mittermaier, Friedrich Römer, Heinrich Simon, Alexander v. Soiron, Georg Waitz, Karl Welcker, Wilhelm Wippermann. Vgl. die Ausschlußbesetzung bei J.-D. KÜHNE, 1985, S. 544 ff., sowie zur DZ L. BERGSTRÄSSER, 1937.

Von den 15 zeitweisen Mitgliedern waren für die DZ tätig: Franz v. Andrian-Werburg, Friedrich D. Bassermann, Hermann v. Beckerath, Robert v. Mohl, Paul Pfizer, Theodor Reh. DZ 24. 10. 1848, dort auch das folgende Zitat. Vgl. E. R. HUBER, 1978, S. 792; Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 653; G. HÜBINGER, *Gervinus*, S. 130.

Thatsache der Einheit nicht mehr handelt, sondern abwechselnd, je nach dem Spiel der Parteien, die föderalen oder centralen Interessen überwiegen.« Diese Staatsform eigne sich viel besser für Völker, »die über das verfügen, was der Deutsche noch nicht hat, gereifte, politische Bildung, ausgebildetes Parteileben, von keinem nahen Feind bedrohte Lage.«²³² Eine föderative Sperre, um sich vom Einheitsstaat abzugrenzen, sah die DZ im Staatenhaus gegeben, das die vereinigte Gesetzgebungsgewalt der Einzelstaaten repräsentieren sollte.

Das Problem der Machtverteilung im neuen Staat spitzte sich konkret an der Frage des Vetos zu, und auch der Parteiendisput verlief hier besonders heftig. Denn am Vetorecht ließ sich die Haltung zum Parlamentarismus deutlich ablesen. Wollte man Stärke und Handlungsfähigkeit von Regierung und Oberhaupt betonen und gleichzeitig die Kontrollfunktion des Parlaments begrenzen, so trat man, wie es Konservative und Rechtsliberale taten, für das absolute Veto ein, also für ein Einspruchsrecht des Reichsoberhauptes gegenüber Parlamentsbeschlüssen. Faßte man dagegen die legislative Willensbildung allein als Sache der gewählten Volksrepräsentation auf, die von der Regierung nurmehr ausgeführt wurde, betonte man vielmehr die Macht des Parlamentes, dann engagierte man sich für das suspensive Veto – ein nur aufschiebender Einwand der Reichsspitze gegenüber Parlamentsbeschlüssen. Dies tat vor allem die demokratische Linke. Als nach taktischen Absprachen schließlich das suspensive Veto durchging, äußerte sich die DZ erstmals zu dieser Frage. Prinzipiell war sie gegen das suspensive Veto, da es »der Monarchie ohne Nutzen eine moralische Weihe raubt«.²³³ Dennoch stufte die DZ die Bedeutung der Entscheidung weit geringer ein, als dies später oft gesehen wurde. Denn das Gleichgewicht der Gewalten sei nur scheinbar aufgehoben, da das Veto ja auch gegenüber dem Staatenhaus ausgeübt würde. Vor allem die Zusatzklauseln, an die dieses aufschiebende Veto gebunden war, wirkten so einschneidend, daß es zu einer zwangsweisen Annahme von Parlamentsbeschlüssen durch das Oberhaupt gar nicht kommen könne. Auch später, als das suspensive Veto oft als Grund für die Ablehnung Friedrich Wilhelms IV. angeführt wurde, stellte sich die DZ weiter dahinter, da eine Verfassungsänderung ohne kaiserliche Genehmigung völlig unwahrscheinlich sei: »Daß ganz Deutschland von der Nordsee verschlungen würde, ist dagegen gehalten, ein sehr wahrscheinlicher Fall.«²³⁴

Trennschärfer lassen sich Demokratieverständnis und vor allem die sozialen Zielvorstellungen der Fraktionen an der Wahlrechtsfrage ablesen. Daß die Ängste vor einem allgemeinen Wahlrecht – welches nur »corruptionsfähige umsturzlustige Massen« begünstige²³⁵ – sich primär bei Konservativen und der gesamten liberalen Mitte fanden, hat die Revolutionsforschung

²³² DZ 21. 11. 1848

²³³ DZ 31. 3. 1849.

²³⁴ DZ 15. 5. 1849. Vgl. ebd.: »Die Aachener Zeitung hat Recht, wenn sie die ganze Frage über das suspensive Veto geradezu kindisch nennt.«

²³⁵ Zit. n. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 55.

übereinstimmend betont und an dieser geschlossenen Opposition eine »Mittelstandsideologie« festgestellt, die die politische Herrschaft allein dem besitzenden und gebildeten Bürgertum zusprach.²³⁶ Mit dieser bisher kaum widersprochenen These einer rigiden Abschottung des konstitutionellen Flügels gegen unterbürgerliche Schichten versperrt man sich jedoch den Blick auf abweichende Einstellungen innerhalb des Liberalismus, welche die gängige Vorstellung seiner sozialen Unterversorgung ins Wanken bringen können. Eine solche Einstellung findet sich in der Deutschen Zeitung, dem bedeutendsten konstitutionellen Sammlungsorgan der Revolutionszeit.

Die Kommentare zur Wahlrechtsfrage sind an einer Hand abzuzählen, erscheint der DZ doch die österreichische Frage in dieser Zeit weitaus dringlicher.²³⁷ Doch in den entscheidenden Wochen des Frühjahrs 1849 wird dann dezidiert Stellung bezogen. Was die nachrangige Frage anging, ob geheime oder öffentliche Wahl, so plädierte die DZ ohne Einschränkung für erstere. Gerade in England, ansonsten einem europäischen Vorbild der DZ, zeige sich der häufige Mißbrauch der öffentlichen Wahl nur zu deutlich: »Das Volk wird zum Wahlort getrieben, wie Schaafa zu Schlachtbank und das Gefühl der Selbständigkeit wird in ganzen Klassen vernichtet.«²³⁸ Nicht zuletzt böte die geheime Wahl dem preußischen König keine Handhabe zur Ablehnung, da er diese Wahlart im eigenen Land eingeführt habe.

Brisant wird es dann bei der Verteidigung des allgemeinen Wahlrechts gegen den Verfassungsentwurf, gegen Bassermann, den eigenen Verleger, und gegen den Großteil der eigenen Parteifreunde. Der Verfassungsausschuß ging davon aus, daß nur Selbständige das Wahlrecht ausüben dürften. Der Begriff der Selbständigkeit, so argumentiert die DZ, sei jedoch schwer zu definieren und nicht von der materiellen Stellung des Einzelnen ableitbar. Wenn überhaupt bestimmte Klassen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürften, dann nur aufgrund einer fehlenden »sittlichen Verbindung mit dem Staat.«²³⁹ Der Staat aber werde schwerpunktmäßig durch Familie, Besitz und Bildung – in dieser Reihenfolge – erhalten. Daher – so lautet zunächst der überraschende Vorschlag der DZ – solle nur demjenigen, der keines dieser drei Attribute vorweisen könne, das Wahlrecht abgesprochen werden.

²³⁶ M. BOTZENHART, 1977, S. 672. Vgl. J.-D. KÜHNE, 1985, S. 417f.; W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 199; Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 654f.; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 199f.; H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 1987, S. 749; M. BOTZENHART, 1977, S. 663 ff. Botzenhard weist allerdings auf die sehr knappe Mehrheit hin, mit der der Verfassungsausschuß zunächst ein Besitzwahlrecht vorschlagen konnte und betont auch, daß die Fraktion letzteres keinesweges goutierte, vgl. ebd., S. 668 ff.

²³⁷ Vgl. DZ 23. 2. 1849: »In dem Augenblicke, wo das Höchste und Wichtigste von allem, was das Jahr 1848 uns bringen sollte, ernstlich gefährdet ist, ... da berät man in der Paulskirche mit aller gründlichen Weitläufigkeit – über das Wahlgesetz! Spricht sich darin wirklich nur die naive Harmlosigkeit unserer Volksrepräsentanten aus, die wie Archimedes Figuren zeichnen, indeß der Feind an die Pforten klopft?«

²³⁸ DZ 31. 3. 1849.

²³⁹ DZ 17. 2. 1849, dort auch die folgenden Zitate.

Implizit – und das widerspricht der Vorstellung eines sich sozial nach unten abgrenzenden Liberalismus – geht die Deutsche Zeitung auch auf die Frage des Sozialstatus der Wähler ein. Als Rechtfertigung für die Ausschließung unterer Klassen werde ja oft deren Infiltration mit sozialistischem Gedankengut angeführt. Doch gerade wenn dies der Fall sei, »dürfte man sie umso weniger vom Staate ausschließen, damit sie die Erfüllung ihrer Wünsche nicht im Umsturz des Staates sehen.« Der Ansicht eines demokratischen Abgeordneten, wenn ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit vorhanden sei, so solle man ihn nicht zum Gesetz erheben, sondern vielmehr versuchen, ihn »durch gemeinsame Einrichtungen auszugleichen«, schließt sich die DZ vorbehaltlos an und stimmt auch dem Resumée daraus zu: »Jede Ausschließung bestimmter Klassen führe zu einer Regierung der Interessen.« Die aber sei instabil und ohne Wurzeln im Volk.

Daß einem so streng konstitutionellen Organ wie der DZ die Entscheidung in dieser Frage nicht leicht fiel, verwundert nicht, und entsprechend weist sie auf »fast gleich schwebende Waagschaalen« hin, welche diese Entscheidung erschwerten. Plädiert sie noch am 17. Februar 1849 dafür, den Selbständigkeitsbegriff auf all jene auszudehnen, die über eine eigene Familie verfügen, so ist sie sich am 24. Februar dann endgültig sicher, »daß sich das erbliche Kaisertum mit dem Allgemeinen Wahlrecht ... ebensowohl verträgt, als mit dem Oberhause des Reichstags.«²⁴⁰ Die Sparsamkeit der Artikel und deren dezente Unterbringung meist in Beilagen und Parlamentsberichten deutet darauf hin, daß sich die Blattmacher vollauf bewußt waren, mit dieser Haltung Gräben zwischen sich und ihrer Fraktion aufzureißen. Die Aussage hingegen ist klar und für die Liberalismusforschung überraschend. Es gilt, die Vorstellung eines Liberalismus, der durch das Ventil der Wahlrechtsfrage unterbürgerliche Schichten systematisch von der politischen Mitbestimmung fernzuhalten suchte, einer Revision zu unterziehen: Auch innerhalb des gemäßigten Liberalismus erhoben sich Stimmen, die dezidiert für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht eintraten und in diesem Freiheitsrecht das geeignete Instrument sahen, die sichtbaren sozialen Klassendivergenzen zumindest auf rechtlicher Ebene aufzuheben. Mögen solche Stimmen auch vereinzelt gewesen sein, so fordert ihre Existenz doch dazu auf, unser oft einseitig auf die Mittelstandsideologie fixiertes Liberalismusbild in Zukunft wieder stärker zu schattieren.

Das größte Problem für die Paulskirche – und Brennpunkt zugleich der gegenläufigen Parteiinteressen – war die Frage des Oberhauptes. Daß die Deutsche Zeitung sich ohne Wenn und Aber einen preußischen König auf ihre Fahnen geschrieben hatte, braucht kaum mehr erwähnt werden. Indes haben sich für die Forschung gerade aus dem parlamentarischen Hin und Her des Winters 1848/49 und den sich überkreuzenden Machtverhältnissen zahlreiche Fragen ergeben, zu denen der Zeitungstext weiteren Aufschluß geben kann.

²⁴⁰ DZ 24. 2. 1849.

Durch die österreichische Politik hatte sich ein habsburgisches Kaisertum erübrigt. Die Beratungen liefen im Grunde auf den preußischen König als realistische Alternative hinaus, zumal auch die vielen überzeugten Großdeutschen ihre Politik nur mehr negativ definieren konnten. Wie Friedrich Wilhelm IV. einzuschätzen war, hat Historiker gerade in den letzten Jahren wieder neu interessiert.²⁴¹ Wolfram Siemann hat die Ambivalenz seines Verhaltens betont, das einmal den Konstitutionellen eine Hand zu reichen schien, um sich dann wieder Österreich in die Arme zu werfen. Heute, vor allem auch durch die Kenntnis seiner privaten Briefe an den englischen Gesandten Bunsen, kennen wir seine wahre Einstellung, die sich von mittelalterlicher Reichsromantik nicht lösen konnte, doch damals schien es »auch Gründe zur Hoffnung zu geben, ... zumal wenn sich die Leidenschaften vermischten.«²⁴²

Wie die DZ seine Bereitschaft einschätzte, an die Spitze eines konstitutionellen Deutschlands zu treten, interessiert gerade im Zeichen der neu entfachten Aufmerksamkeit für die Person dieses rätselhaften Königs. Schließlich ist den Konstitutionellen immer wieder eine Fehleinschätzung der Lage vorgeworfen worden. Bernhard Mann beispielsweise sieht ihre Politik so stark auf die »fixe Idee eines hohenzollernschen Erbkaisertums« hin verengt, daß sie »das Problem seiner praktischen Durchführung darüber fast ganz aus den Augen verloren«, und auch Huber betont ihre Realitätsferne gegenüber der preußischen Regierungspolitik.²⁴³ Nicht zuletzt wird ihnen zur Last gelegt, den Widerstand der Einzelstaaten als »quantité négligeable« eingeschätzt zu haben, ein Verhalten, das gemeinhin mehr der Linken angekreidet wurde.²⁴⁴

Mit den meisten Aufschluß kann hier der Kommentar über die königliche Note vom 23. Januar 1849 geben. In ihrer Befürwortung eines Doppelbunds hat man zumeist einen kurzfristigen Kurswechsel des Königs gesehen und damit zugleich den Beleg für die Berechtigung der neu entfachten Hoffnungen des erbkaiserlichen Flügels.²⁴⁵ Die Deutsche Zeitung beurteilt diese Note hingegen negativ. Ein schlechtes Vorzeichen sei bereits, daß Friedrich Wilhelm darin den Kaisertitel ablehnte. Zwar sei der Titel selbst, der überdies »der bürgerlichen Neigung und Sitte dieser Zeit nicht entspreche,« nur von sekundärer Bedeutung; er sei aber nun einmal von der Paulskirche für ihr Werk gewählt worden und dieser Beschluß als »Grundlage des Verständnisses« werde einfach negiert.²⁴⁶ Am schwersten wiege die Unklarheit, ob die preußische Regierung die Kaiserwürde für wesentlich oder unwesentlich halte. Allein die Verklausulierung dieser Würde als »eine Form, deren aus-

²⁴¹ Vgl. W. BUSSMANN ZWISCHEN PREUSSEN UND DEUTSCHLAND: FRIEDRICH WILHELM IV., 1990; D. BLASIUS, Friedrich Wilhelm IV. Psychopathologie und Geschichte, 1992.

²⁴² W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 202.

²⁴³ B. MANN, 1972, S. 268 f., E. R. HUBER, 1978, S. 811 f.

²⁴⁴ B. MANN, 1972, S. 269.

²⁴⁵ Vgl. W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 202; E. R. HUBER, 1978, S. 811.

²⁴⁶ DZ 31. I. 1849, dort auch die folgenden Zitate.

schließliches Anstreben ... der Einigung wesentliche Hindernisse in den Weg legen würde« stehe der gewünschten Verständigung im Wege, »ist mithin gegen den richtigen Geist des eigenen Vorschlags und erregt uns jene zweifelhafte, gemischte, heterogene Empfindung, die das Aktenstück seiner besten und wahren Absicht nach durchaus nicht hervorbringen sollte.« Noch kritischer beurteilt die DZ die königliche Stellungnahme zur österreichischen Frage. Die Note hatte »eine engere Verbindung nach Analogie des Zollvereins innerhalb des bestehenden« als Aufgabe definiert. Doch dies sei ja gerade nicht das Ziel der Märzbewegung und weise eher auf ein Festhalten an den alten Bundesverhältnissen hin. Gerade an entscheidenden Punkten wie einer einheitlichen Außenpolitik ließe die Note den Leser im Stich und werfe »einen Schatten von Unklarheit und falscher Politik auf den Lebenspunkt des Verfassungswerks.«

Diese pessimistische Sichtweise wird zwei Tage später von Gervinus noch verschärft. In einer Beilage weist er pointiert auf jene Passagen hin, die eine ablehnende Haltung des Königs vermuten lassen und kommt zu dem vernichtenden Resumée: »In mir hat (diese Note) den allerältesten Widerwillen erregt, den ich gegen die deutsche Art, Politik zu treiben ... empfand. Nach dieser Note ... sehe ich die ganze Arbeit mit einem großen Flickwerk enden.«²⁴⁷ Auch die Leitartikel des Frühjahrs bleiben auf diesem skeptischen Kurs gegenüber der preußischen Politik. Die mittelalterlich anmutende Reichsromantik Friedrich Wilhelms IV. wird angeprangert²⁴⁸ und das preußische Interesse an einem konstitutionellen Nationalstaat nüchtern eingeschätzt: »Auf wen darf (der Bundesstaat) zählen? Preußen wird an ihm halten, sagt man ... Aber Preußen bedarf dieses Bundesstaats nicht.«²⁴⁹ Auch die weiteren Artikel dieses Frühjahrs belegen, wie skeptisch die DZ den Willen des preußischen Königs beurteilt, eine deutsche Krone anzunehmen. Zwar schlägt sie einen Ton der Hoffnung an, und zweifellos ist das Erbkaisertum ihre einzige Alternative, doch von Realitätsferne, Fehleinschätzung und illusorischer Fixierung kann zumindest für diese nationalen Liberalen keine Rede sein.²⁵⁰

Unter größten strategischen Mühen kommt es am 27. März 1849 zur Verabschiedung der ersten deutschen Reichsverfassung. Die Kompromisse sind bekannt, die Antwort des Königs ebenso. Am 3. April lehnt Friedrich Wilhelm die Kaiserwürde in dunstigen Phrasen ab, wenige Wochen später spricht er sich dann offen gegen Reichsverfassung und Kaiserkrone aus. Damit brach für die Deutsche Zeitung das Grundgerüst ihrer Politik zusam-

²⁴⁷ DZ 2. 2. 1849.

²⁴⁸ Vgl. auch W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 201, der von »pseudosakraler Fürsteherrlichkeit« Friedrich Wilhelms IV. spricht. S. dazu DZ 28. 2. 1849: »Auch der König ... wurzelte noch mit seinen Gedanken im Mittelalter, während er eine neue Zeit hinaufbeschwor.«

²⁴⁹ DZ 31. 1. 1849.

²⁵⁰ Vgl. dagegen MANNs Einschätzung: »Die den erbkaiserialen Parteiführern bekannte Abneigung Friedrich Wilhelms IV. gegen den Kaisertitel, die in der preußischen Zirkularnote vom 23. 1. 1849 ihren offiziellen Ausdruck gefunden hatte, störte sie wenig.«, s. B. MANN, 1972, S. 268.

men. Wie es weitergehen und welche Stellung das Parlament einnehmen solle, waren die drängenden Fragen des politischen Alltags. Dabei zeichnete sich ein zwar dezenter aber durchweg sichtbarer Wandel ihrer Identifikationsfiguren ab, den die DZ jetzt sukzessive vollzog. Zwar blieb Preußen nach wie vor die Idealbesetzung eines deutschen Kaiserthrons, aber mehr und mehr rückte jetzt die abgeschlossene Reichsverfassung zur zentralen Identifikationsfigur auf. Trotz ihrer zahlreichen demokratischen Bestandteile stellte sich die DZ ohne jeden Einwand auf den Boden der neuen Verfassung und betonte, wie es auch die heutige Forschung wieder tut, ihre ausbalancierte Konstruktion, die volle Berechtigung der Nationalversammlung zu ihrer Verabschiedung sowie die wertvolle Kompromißformel, die damit gefunden wurde.²⁵¹ Ihre rückhaltlose Anerkennung der Reichsverfassung sowie ihre Kampfansage gegenüber deren Gegnern legen es nahe, die fällige Frage der Feindbilder und ihrer möglichen Verschiebung erneut aufzugreifen. Hat auch die DZ, wie es der erbkaiserialen Fraktion so oft vorgehalten wird, den Widerstand der Einzelstaaten unterschätzt und als pure »quantité négligeable« abgetan?²⁵²

Daß Österreich und sein reaktionäres Ministerium als Feindbild den ersten Rang belegen, wurde bereits erläutert. Daran ändert sich auch im Frühjahr 1849 nichts. Auch das hochkonservative preußische Ministerium stellt für die DZ nach wie vor eine gravierende Bedrohung dar, und diese Einschätzung verschärft sich nach Ablehnung der Kaiserwürde und später nach der Auflösung der Berliner Nationalversammlung noch. Die DZ beurteilt das Ministerium Brandenburg als gänzlich antikonstitutionell, bereits aus seinen Vorlagen werde deutlich, »daß es ... nicht im Stande ist, sich in die zur Herrschaft gelangten Grundsätze der neuen Zeit zu finden,«²⁵³ und sie wirft ihm darüber hinaus schlichte Unfähigkeit vor: »Graf Brandenburg sagte vor Uebernahme seines Postens, er verstehe nichts von Politik und hat es glänzend bewiesen.«²⁵⁴ Den König jedoch, der ja schließlich das Zentrum dieser kontinuierlich bekämpften Regierung bildete, spart die DZ in ihrer Kritik aus. Alle Leitartikel dieser Monate bemühen sich, ihn von der Mitschuld am Scheitern der Verfassung freizusprechen und statt seiner das Ministerium dafür verantwortlich zu machen. Einzig Gervinus äußert sich in einem seiner letzten Artikel weniger diplomatisch und personalisiert die

²⁵¹ Vgl. dazu DZ 29. 3. 1849: »Aber alle Fehler, welche Einzelne oder ganze Parteien im Laufe der Verhandlungen begangen haben, können die Versammlung als Körperschaft ihrer Rechte nicht berauben ... die neue Würde darf nicht durch ihren Ursprung herabgesetzt werden ... Einen edleren Ursprung hat die Kaiserkrone, welche jetzt dem Hause Hohenzollern dargeboten wird, ja den edelsten von allen: den freien Willen freier Männer.« Sowie DZ vom 10. 4. 1849: »So hat die Versammlung ihren Auftrag erfüllt und darf darauf Anspruch machen, daß nicht durch Antastung ihres Werkes der Zweck desselben von neuem in Frage gestellt werde.« und: »Die Versammlung ... fand das Mittel ... ihr Werk zu beendigen ... in der Vereinigung der Parteien, denen es mit der Einheit und der bundesstaatlichen Verfassung nach den deutlichen Volkswünschen von 1848 Ernst war.«

²⁵² B. MANN, 1972, S. 269.

²⁵³ DZ 3. 4. 1849.

²⁵⁴ DZ 8. 4. 1849.

königliche Verantwortung unverhüllt: »Das Unheil hat der König von Preußen über uns gebracht.«²⁵⁵ Zum Herzstück des offiziellen Zeitungskurses wird hingegen der Ruf nach Rücktritt des Ministeriums.

Drittes Feindbild bleibt zwar die Linke, doch das Zustandekommen der Reichsverfassung markiert für die DZ den Wendepunkt ihres Verhältnisses zu deren gemäßigtem Flügel. War dieser seit Zusammentritt der Nationalversammlung die Zielscheibe erbitterter Kritik gewesen, so weicht dieses Feindbild durch den gefundenen Kompromiß jetzt kontinuierlich auf. Die DZ sieht im Verfassungswerk »einen Akt der Versöhnung der Parteien in und außer dem Hause.«²⁵⁶ und gesteht sogar die Berechtigung des Kompromisses ein: »Es war nicht einmal wünschenswerth, daß unter den großen politischen Parteien, in welche die Bewegung des vorigen Jahres Deutschland getheilt hat, eine einzige in der Verfassung einen ganz vollständigen Sieg erfocht. Ganze Staaten würden sich sonst in diesem Augenblicke bereits im heftigsten Widerstand gegen das Werk der Einheit erhoben haben, während jetzt innerhalb und außerhalb der Paulskirche Versöhnung auf dem Boden der Verfassung die Losung aller Parteien geworden ist.«²⁵⁷ Analog dieser Sichtweise sieht das Blatt im Zusammengehen mit den gemäßigten Demokraten die einzige Möglichkeit, die Reichsverfassung auf gesetzlichem Wege durchzusetzen.²⁵⁸ Spät zeichnet sich hier ein Koalitionsangebot der Konstitutionellen an die demokratische Linke ab, das in Teilen bis in den Sommer 1849 hinein verwirklicht wurde. Der Kompromiß der Reichsverfassung erschien den DZ-Liberalen so tragfähig, daß weitere gemeinsame Schritte mit der gemäßigten Linken zu ihrer Durchsetzung nicht mehr ausgeschlossen wurden. Der republikanische Flügel verkörpert indes weiterhin einen Gegner ersten Ranges und wird im Verlauf der Reichsverfassungskampagne sogar noch schärfer angegriffen als bisher.

Viertes Feindbild sind jetzt jene Mittelstaaten, welche die Reichsverfassung nicht anerkennen. Bereits bevor die Verfassung zur Disposition stand, hatte die DZ sich immer wieder mit jenen Ländern auseinandergesetzt, in denen schon die Einführung der Grundrechte auf Schwierigkeiten gestoßen war und die grundsätzlich stärker auf Wahrung ihrer Selbständigkeit bedacht waren. Der Partikularismus blieb auch in dieser Phase einer der zentralen Gegner der Deutschen Zeitung. Neu ist jetzt nur, daß sie ihren Kampf auf jene Staaten verengt, die gegen die Reichsverfassung agierten. Ausmaß und Schärfe dieser Kritik müssen die Behauptung, die erbkaiserialche Partei habe den Widerstand der Einzelstaaten völlig unterbewertet, jedoch re-

²⁵⁵ DZ 24. 5. 1849.

²⁵⁶ DZ 14. 3. 1849.

²⁵⁷ DZ 19. 4. 1849.

²⁵⁸ Vgl. DZ 3. 5. 1849: »Wir wollen heute die Wege anzudeuten versuchen, auf denen wir, wenn wir einmal für unsere Partei sprechen dürfen, hoffentlich in Gemeinschaft mit der Linken, unser großes Ziel, die Aufrechterhaltung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung zu erreichen, für möglich halten.«

dieren.²⁵⁹ In zahlreichen Leitartikeln des Frühjahrs 1849 nimmt die DZ immer wieder Stellung zum Problem des einzelstaatlichen Widerstands gegen die Einheit, und dabei rangieren Bayern, Sachsen, Hannover und anfänglich Württemberg neben der preußischen Regierung an vorderster Stelle: »Wie soll das deutsche Volk den Glauben an seine Fürsten bewahren, wenn diese selbst sich zum großen Hinderniß derjenigen Einheit machen, an deren Zustandekommen den Fürsten doch wahrlich ebensoviel gelegen sein muß als dem Volke?«²⁶⁰ Als gefährlichsten Gegner stuft die DZ dabei den bayerischen Königshof ein, der »in der wichtigsten Frage, welche Deutschland beschäftigt ... gar kein Gewissen« habe.²⁶¹ Diese kontinuierliche, scharfe Kritik an den deutschen Mittelstaaten fordert dazu auf, meinungsprägenden Teilen des konstitutionellen Liberalismus eine realistische Einschätzung ihrer gefährlichsten Gegner, darunter ganz vorne die deutschen Königreiche, nicht mehr abzuerkennen.

Mit der Publikation der Reichsverfassung war diese für die Liberalen in Kraft getreten, war gültiges, gesamtdeutsches Recht. Doch die jetzt nicht mehr zu verkennende Weigerung des preußischen Königs sowie der anhaltende Widerstand der deutschen Königreiche ließen die Situation nebulös erscheinen. Wie sollte man verfahren? Zwei Entwicklungsprozesse prägen die mentale Verfassung der DZ-Liberalen. Enttäuschung und Zorn über die fehlende Anerkennung der Verfassung bringen sie dazu, sich peu à peu von ihrer Fixierung auf das Vereinbarungsprinzip zu lösen und den Fürsten das Recht der Mitsprache abzuerkennen. In der Tat hatte die Nationalversammlung die Verfassung einseitig verabschiedet; den Grundsatz des Kompromisses, die Vereinbarungspolitik, sahen die Konstitutionellen dann im Erbkaiserium verwirklicht.²⁶² Auf Legalität und Legitimität dieses einseitigen Verfassungsabschlusses wird jetzt immer stärkeres Gewicht gelegt, mag es heißen: »Die Entscheidung über die deutsche Nationalversammlung steht mitnichten bei den Königen, wie diese auch wähnen mögen, sie steht bei der deutschen Nation«²⁶³, oder auch: »Wenn die Nation die Reichsverfassung anerkennt, so ist der mächtigste deutsche Fürst zu ohnmächtig, um sie zu verwerfen«²⁶⁴, oder noch deutlicher: »Mag es hart genannt werden, daß der Ausdruck der persönlichen Überzeugung gekrönter Häupter in Staats-sachen in anderer Form als mit der Gegenzeichnung verantwortlicher Räte

²⁵⁹ Vgl. DZ 5. 1., 6. 1., 25. 1., 8. 2., 28. 2. 1849.

²⁶⁰ DZ 8. 2. 1849. Vgl. auch DZ 6. 1. 1849: »Wir wenden uns jetzt zu denen, welche in Deutschland selbst der Einheit entgegenarbeiten. Es sind besonders die Fürsten der mittleren Staaten, deren Eitelkeit sich sträubt, ein Reichsoberhaupt über sich anzuerkennen.« Zu Württemberg schreibt die DZ: »Aber aufrichtiger wäre es gewesen, wenn er statt aller Antwort auf die große Königskrone gezeigt hätte, welche der kleine König von Württemberg über seinem Schloß hat anbringen lassen.«

²⁶¹ DZ 6. 1. 1849.

²⁶² Vgl. E. R. HUBER, 1978, S. 842 f., D. GRIMM, 1988, S. 201.

²⁶³ DZ 27. 4. 1849.

²⁶⁴ DZ 19. 4. 1849.

der Krone nicht zulässig ist – es ist so; nur um diesen Preis ertragen politisch gebildete Völker heutzutage die Monarchie.«²⁶⁵

Zum anderen argumentiert die Deutsche Zeitung verstärkt mit Appellen an die Bevölkerung, die zunehmend als der wahre Souverän erscheint. Immer häufiger werden jetzt Begriffe wie »der Wille der Bevölkerung«, »das deutsche Volk«, »der Nationalsinn« oder »die Einmütigkeit des Volkes« als Waffe im Kampf für die Reichsverfassung angeführt.²⁶⁶ Trotz aller Enttäuschung empfindet die DZ das Verzweifelte der Lage auch als Anstoß zu verstärkter nationaler Solidarität und damit als Beitrag zur Nationsbildung: »Und das ist das Schöne in diesen Tagen der Gefahr, wo das Schicksal von ganz Deutschland nicht an Einer Stelle, sondern hier und dort und überall entschieden wird, daß wir uns alle als ein einig Volk von Brüdern fühlen, daß der Nationalsinn geweckt wird.«²⁶⁷

Neben solchen Bewußtseinsveränderungen stehen auch konkrete Vorschläge, wie der enge politische Spielraum zu nützen sei, auf dem Programm. Nach Friedrich Wilhelms IV. unmißverständlicher Absage stellt sich die DZ zunächst auf den Standpunkt, daß das Reich auch dann ins Leben tritt, wenn sich nicht alle deutschen Staaten ihm anschließen. Auf der nach wie vor primär berücksichtigten parlamentarischen Handlungsebene in Frankfurt solle deshalb »alles darauf ankommen, einen Schritt zu thun, welcher einerseits die Durchführung der Verfassung auch ohne Preußen möglich macht, andererseits jedoch einen neuen Antrieb für Preußen erhält, sich dem Reiche anzuschließen und dieses Reiches Spitze zu bilden.«²⁶⁸ Tatsächlich war die Frage der Anerkennung mittlerweile kein rein rechtlich mehr zu lösendes Problem, sie war zur Machtfrage geworden. Und wie man sich jetzt verhalten sollte, war auch unter den Liberalen Gegenstand heftigsten Disputs. Den »Schritt zur politischen Aktion« tat nur eine hauchdünne Mehrheit der Paulskirche²⁶⁹, vehement unterstützt indes von der Deutschen Zeitung. Bereits vor dem offiziellen Beschluß vom 4. Mai 1849 plädierte die DZ für die Ausschreibung von Wahlen als geeignetes Mittel, »das wirkliche Zustandekommen des Reiches einzuleiten.«²⁷⁰ Parallel zur Durchführung der Wahlen solle sich die Reichsversammlung – die DZ spricht jetzt nurmehr von Reichsversammlung, nicht mehr von Nationalversammlung – vertagen, um Reibungen zwischen Versammlung und Regierungen zu verhindern und den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, in der Bevölkerung für die Reichsverfassung zu werben.

Damit ist schon das neue große Thema angesprochen, das jetzt in den Mittelpunkt des politischen Alltags rückt: die Reichsverfassungskampagne. Die historische Forschung hat sich mit dieser Bewegung lange Zeit nur am

²⁶⁵ DZ 25. 4. 1849.

²⁶⁶ DZ 19. 4. 1849 und 24. 4. 1849.

²⁶⁷ DZ 24. 4. 1849.

²⁶⁸ DZ 3. 5. 1849.

²⁶⁹ W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 205.

²⁷⁰ DZ 3. 5. 1849.

Rande beschäftigt, und erst in jüngerer Zeit wurde sie verstärkt als Indikator gesehen, Ausmaß und Integrationskraft dieser dritten Revolutionsbewegung, gerade auch im Vergleich zur Märzbewegung, genauer bestimmen zu können.²⁷¹ Welche sozialen Trägerschichten die Bewegung trugen, welche organisatorische Rolle der Zentralmärzverein dabei spielte und ob das Fehlen eines politischen Zentrums für ihr Scheitern gravierend waren, sind nur einige der hier relevanten Fragen.

Mit dem Aufruf zur Durchführung von Wahlen hatte sich die Nationalversammlung über die Regierungen hinweggesetzt und die ganze Bevölkerung bis hin zur kleinsten Gemeinde angesprochen. Auch die DZ betonte in diesen Wochen immer wieder, die Paulskirche habe ihre Schuldigkeit getan, jetzt sei es an der Nation, zu handeln.²⁷² Als nach Gagerns Rücktritt die Nationalversammlung langsam auseinanderzufallen begann und die Regierungen ihre Abgeordneten sukzessive abberiefen, stellte sich zunehmend die Frage, ob jetzt auch außerparlamentarische Aktionen gerechtfertigt wären. Vor allem die Liberalismusforschung hat sich lange mit dem Problem auseinandersetzen müssen, warum die bei den Demokraten so erfolgreiche Vereinsbildung für die Konstitutionellen lange mit dem Hautgout des Illegitimen, Bedrohlichen und Subversiven behaftet war und dementsprechend nie richtig Fuß fassen konnte.²⁷³

Auch für die Zeitgenossen blieb die Frage des Mitteleinsatzes an vorderster Stelle. Bis zum Mai 1849 rief die DZ die Abgeordneten der Zentren dazu auf, in der Nationalversammlung, jetzt »der letzte Mittelpunkt der Einheit in Deutschland«, zu verbleiben, um von dort die Durchsetzung der Reichsverfassung auf gesetzlichem Wege voranzutreiben und so die drohende Gefahr einer Konterrevolution abzuwenden.²⁷⁴ Die Handlungsmaxime der DZ für Parlament und Nation hieß konkret: »Die Durchführung der Reichsverfassung soll geschehen mittels des Ausschreibens neuer Wahlen, und durch unbeschränkte Ausübung der durch die Grundrechte gewährten freien Presse, des Petitions-, des Versammlungs- und Associationsrechts, und die Benutzung der konstitutionellen Mittel, den Willen der Majorität zur Geltung zu bringen.«²⁷⁵ Deutlich wird, daß die DZ der Paulskirche bis zu diesem Zeitpunkt noch Handlungsfähigkeit zutraute und in der Kopplung von parlamentarischer und legaler, außerparlamentarischer Aktivität eine Chance erblickte, der Verfassung doch noch zur Anerkennung zu verhelfen. Als Ende Mai der Großteil der Casinofraktion die Paulskirche verließ, sah auch die DZ die Reichsversammlung dann »in der That nicht mehr

²⁷¹ Vgl. Ch. KLESSMANN, 1974; W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 208f., sowie auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 59f.

²⁷² Vgl. auch DZ 19. 4. 1849: »Wenn der zornige Donnerruf von einem Ende Deutschlands zum anderen schallt, wenn er sich durch die Straßen der Hauptstädte wälzt und durch die klirrenden Fenster der Paläste schlägt, so wird kein Widerstand versucht werden.«

²⁷³ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Parteien*, 1978, S. 348ff. sowie DERS., *Liberalismus*, 1988, S. 59.

²⁷⁴ DZ 16. 5. 1849.

²⁷⁵ DZ 22. 5. 1849.

die ganze Nation (vertretend), für welche sie doch Beschlüsse fassen will« und vollzog den allgemeinen Kurswechsel mit.²⁷⁶

Entschiedener als die magere Handlungsalternative, welche die DZ für die parlamentarische Ebene skizziert – und für die sicherlich auch die schwache Personaldecke dieser Monate verantwortlich war – muten die letzten Artikel Gervinus an, bevor dieser die politische Bühne endgültig verließ. Ausdruck seiner »fundamentalen politischen Irritation«, wie Hübinger Gervinus' Stimmung charakterisiert²⁷⁷, belegen sie nochmals deutlich, welchen Weg Gervinus im Gegensatz zu seinen einstigen Parteifreunden eingeschlagen hatte. An der Frage des Mitteleinsatzes für die Reichsverfassung, einer Frage, die dann ja auch weite Teile des Bürgertums zu entzweien vermochte, wurden die gegnerischen Fronten sogleich sichtbar. Denn Gervinus gab die Sache der Monarchie jetzt endgültig verloren und wandte sich an seine früheren Parteifreunde mit der skeptischen Frage: »Sie selbst werden mit Ihrem Blatte noch erst die Erfahrung machen müssen, ob Sie in Ihrer mittleren Stellung sich werden behaupten können. Wenn die Extreme so heftig anschwellen, ist die Zerquetschung der Mitte unvermeidlich.«²⁷⁸ Offen warb er für Anschluß an die außerparlamentarische Bewegung und scheute dabei auch vor dem Einsatz illegaler Mittel, ja vor Gewalt, nicht zurück: »Die Republik wird uns zu einem geläuterten Monarchismus führen, während die Reaktion ihn aufs Neue verdirbt ... Träte jeder mit dieser Ansicht der Bewegung zu, so würde sich ihr schlimmster Charakter schnell mildern und andere Leiter würden an ihre Spitze treten.«²⁷⁹ Doch Gervinus vertrat hier schon lange nicht mehr die Politik der DZ, und der politische Bruch, der das Bürgertum durchzog, wird durch seine Randposition auch im Sprachrohr der liberalen Mitte deutlich.

Die Reichsverfassungskampagne nahm ihren Ausgang in jenen Staaten, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt hatten: in Bayern und vor allem in der Pfalz, in Württemberg, Sachsen, Hannover und Preußen. Auf diese Länder richtete auch die DZ ihr besonderes Augenmerk. In der Reichsverfassungskampagne sah sie eine Bewegung, deren Ziele vor allem in Baden weit über die Verfassung hinausreichten, diese teilweise sogar negierten.²⁸⁰ Als Beleg für eine auch heute überwiegend so gesehene Ventilfunktion der Kampagne führt die DZ immer wieder den »Sonderfall« Baden an, da sich die Regierung hier ohne Zögern für Grundrechte und Reichsverfassung ausgesprochen hatte und der Aufstand hier dennoch am heftig-

²⁷⁶ DZ 24. 5. 1849.

²⁷⁷ G. HÜBINGER, 1984, S. 187.

²⁷⁸ DZ 24. 5. 1849.

²⁷⁹ DZ 30. 5. 1849. Vgl. zu Gervinus' Linkskehre G. HÜBINGER, 1984, S. 187 ff.

²⁸⁰ Vgl. DZ 18. 5. 1849: »Daß die Bewegung ... nicht der Durchführung der Reichsverfassung galt, daß nur die baarste Unkenntniß aller Verhältnisse und die steigende Konfusion der Zustände etwas der Art voraussetzen kann, dies zu erweisen, genügen wenige Andeutungen«, sowie auch DZ 21. 5. 1849.

sten verlief.²⁸¹ Von der Forschung wird die Reichsverfassungskampagne überwiegend als eine Bewegung eingestuft, in der sich politische und sozioökonomische Motive vermischten. Die DZ dagegen sieht primär politische Beweggründe als ausschlaggebend an. Ihrer Ansicht nach kämpften die Protagonisten der Kampagne im wesentlichen für die Durchsetzung der Republik. Anarchische Gelüste, der Umsturz der bestehenden Ordnung, in Baden noch überwölbt durch separatistische Gedanken, darin bestand ihrer Meinung nach der Kern der Bewegung.²⁸² Für die Unterstützung der Kampagne durch übergelaufene Bataillone macht die DZ heeresinterne Strukturprobleme verantwortlich, die eher aus individueller Unzufriedenheit herühren, denn aus wahrer Begeisterung für den Gedanken einer Republik: »Von Republik und dergleichen wußten sie ... wenigstens im Zustand der Nüchternheit nichts.«²⁸³ Ob nicht auch soziale Mißstände einen entscheidenden Anteil an der Heftigkeit der Aufstände hatten, thematisiert die DZ mit keinem Wort.

Mehr Aufschluß liefert der Zeitungstext auf die Frage nach den sozialen Trägerschichten der Bewegung. In Korrelation zu ihrer Bestimmung der wichtigsten Motive sieht die DZ die Bewegung in Baden zu wesentlichen Teilen vom mittleren und Kleinbürgertum getragen, weniger indes vom Handwerk, wie Siemann annimmt.²⁸⁴ Exakte Angaben über den sozialen Hintergrund der Bewegung kann die Zeitung natürlich nicht liefern, doch sie benennt die berufliche Besetzung der Bewegung: »Advokaten, Literaten, Aerzte ohne Praxis, verdorbene Kandidaten und Studiosen« und als Gefolgsleute »bramarbasierende Freischaaren«.²⁸⁵ Auch die Tatsache, daß beträchtliche Teile der badischen Bürokratie zu der neuen Regierung überliefen, bestätigt die Zeitung wiederholt.²⁸⁶ Läßt man den pejorativen Beiklang dieser Einordnung einmal außer Acht, so bestätigt sich zunächst die Annahme Kleßmanns, daß die Reichsverfassungskampagne einen starken sozialen Rückhalt im mittleren Bürgertum und dabei vor allem bei bürgerlichen Intellektuellen fand.²⁸⁷

²⁸¹ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 208. S. DZ 1. 6. 1849: »Der Provisorische Landesausschuß ... wirft einer Regierung, welche die Grundrechte zuerst publiciert ... und in Wirksamkeit gesetzt hat ganz dreist vor, es sei nichts für die Durchführung der Grundrechte geschehen.«

²⁸² Diese Sichtweise bestätigt Siemanns Einschätzung, die Reichsverfassungskampagne hätte eine »Tendenz zum republikanischen Umsturz« gehabt, so DERS., *Revolution*, 1985, S. 208.

²⁸³ DZ 18. 5. 1849. Die Analyse der militärischen Probleme v. a. in DZ 16./18. 5. 1849 bestätigt Kleßmanns Darstellung in: DERS., 1974, S. 322 f.

²⁸⁴ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 215.

²⁸⁵ DZ 29. 5. 1849.

²⁸⁶ Vgl. DZ 29. 5. 1849: »Die Cassen sind leer, das Heer in Auflösung, die Beamtenwelt zum Theil unbrauchbar, die bürgerliche Gesellschaft zu einem guten Teil jeder politischen Zucht entwachsen.« Und DZ 29. 5. 1849: »Daß die einzelnen untergeordneten Werkzeuge der früheren Bürokratie von der neuen Gewalt gebraucht und sogar sichtbar gesucht werden ...«, sowie ebd.: »Dies Regiment der von den Straßen aufgelesenen Commissäre, diese fürs Erste gemüthliche, bald sehr ungemüthliche Anarchie extemporierte Behörden.«

²⁸⁷ Vgl. Ch. KLEßMANN, 1974, S. 333; so auch D. GRIMM, 1988, S. 206.

Fragt man nach den Formen dieser Partizipation, hält Kleßmann das Bild einer sozialen Pyramide bereit: Die politische Führung der Bewegung übernahmen in erster Linie Akademiker, den tatsächlichen Kampf bestritten vor allem Handwerker, Arbeiter oder Tagelöhner. Für Baden, und nur hierfür liefert die *DZ* konkrete Angaben, kann der Zeitungstext den ersten Teil dieser Annahme bestätigen. Jedoch ortet die *DZ* als eigentliches Fundament der badischen Bewegung keineswegs Handwerker oder Arbeiter, sondern primär übergelaufene Soldaten und Freischärler, was zunächst auf die Vorstellung einer Militärrevolte als Ursprung des badischen Aufstands hindeuten könnte.²⁸⁸ Bei aller Vorsicht, die die pauschalen und politisch gefärbten Texte der Zeitung gebieten, deutet ihre Aussage jedoch an, daß, während in Sachsen, der Pfalz und den preußischen Gebieten politische und sozioökonomische Motive zu gleichen Teilen für die Reichsverfassungskampagne ausschlaggebend waren, in Baden politische Beweggründe die sozialen überlagert zu haben scheinen. Durch geschickte Ausnutzung militärpolitischer Schwachstellen vermochten bildungsbürgerliche Anführer der Bewegung zu einer breiten und lange Zeit schlagkräftigen Basis zu verhelfen.

Auf das bereits angesprochene Problem, welche Rolle die politischen Vereine, allen voran der Centralmärzverein, bei der Kampagne spielte, finden sich in der *DZ* keinerlei Hinweise. Auch die Frage der konstitutionellen Vereinsbildung wird mit keinem Wort gestreift, was wiederum eine Aussage eigener Art über den Stellenwert liberaler Organisation ist. Die kontrovers diskutierte Frage, ob ein einheitlicheres und radikaleres Vorgehen der Nationalversammlung der Reichsverfassungskampagne wesentlich hätte den Rücken stärken können, gewichtet die *DZ* eher nachrangig.²⁸⁹ Ihr politisches Credo ist wieder und wieder die Einhaltung des gesetzlichen Weges: Illegale Mittel führten unweigerlich zu Bürgerkrieg und letztlich zur Konterrevolution der äußersten Rechten. Der Handlungsspielraum, den die *DZ* der Paulskirche zumißt, erschöpft sich in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen sowie in persönlicher Werbung durch die Abgeordneten. Die aktivere Rolle müßten jetzt Ständekammern und die Presse einnehmen und sich gemeinsam mit der Nation einhellig, aber gewaltlos hinter die Verfassung stellen: »Eine unblutige Erhebung der Millionen (ist) der beste und sicherste Weg, um die Reichsverfassung durchzuführen.«²⁹⁰

Das Beispiel Württembergs zeigt, daß dem Gedanken eines gebündelten, gesetzlichen Widerstands eine gewisse Plausibilität nicht abgesprochen werden kann, primär jedoch dann, wenn die legale Regierung zugleich die

²⁸⁸ Vgl. Ch. KLESSMANN, 1974, S. 328.

²⁸⁹ Kleßmann sieht im Fehlen eines echten politischen Zentrums eine entscheidende Ursache für das Zusammenbrechen der Bewegung, s. DERS., 1974, S. 336. B. Mann dagegen bewertet die Rolle der Nationalversammlung grundsätzlich gering und sieht nur in der Koordination inner- und außerparlamentarischer Aktivitäten eine realistische Chance, wie die Reichsverfassung möglicherweise hätte durchgesetzt werden können, s. DERS., 1972, S. 307.

²⁹⁰ *DZ* 8. 5. 1849, vgl. auch *DZ* 1. 6. 1849: »Gegen die friedliche Agitation, wenn sie mit Ausdauer und Macht ganz Deutschland ergriffe, mußten der alten Politik zuletzt die Mittel und Kräfte versagen.«

nationale Bewegung unterstützte und die außerparlamentarischen Kräfte im Bewußtsein politischer Legitimität und Legalität zu integrieren vermochte.²⁹¹ Mit ihrer Auffassung, das Württemberger Beispiel hätte sich auch auf die übrigen widerstrebenden Staaten übertragen lassen, das verfügbare gesetzliche Instrumentarium sei mithin stark genug, sich gegen die Kräfte der Gegenrevolution durchzusetzen, verharrt die DZ im streng legalistischen Denken des gemäßigten Liberalismus und verdeutlicht einmal mehr das Dilemma der in dieser zentralen Frage gespaltenen bürgerlichen Kräfte.

f) Abgesang der Revolution: Das preußische Unionsprojekt

Mit dem Epochenbegriff »Reaktion« charakterisieren Historiker das Jahrzehnt nach der gescheiterten deutschen Revolution.²⁹² Doch auch wenn dahinter zunächst das Ziel stand, zur alten Ordnung, zu traditionellen Herrschaftsformen zurückzufinden, so war doch nichts mehr wie vorher, hatten sich die Deutschen, ob beteiligt oder nicht, verändert, waren »Menschen nach der Revolution« geworden.²⁹³ Deshalb wurde die Reaktion keine Restauration, deshalb entwickelte sie sich zu einer Epoche, in der trotz aller staatlichen Beschränkung und Illiberalität die Fundamente einer modernen Gesellschaft gelegt wurden. In ihrer Bedeutung sind diese »eminent dynamischen« Jahre jedoch erst in jüngster Zeit von der Forschung gewürdigt worden und haben als eigenständiger Teil des langen 19. Jahrhunderts Interesse und Beachtung erfahren.²⁹⁴

Indes beginnt die Epoche nicht mit einem Paukenschlag und auch nicht mit der Ablehnung der Kaiserwürde. Vielmehr betont Wolfram Siemann an der im Frühjahr 1849 einsetzenden nationalen Verfassungspolitik Preußens den Brückenschlag von der Revolution zur Reaktion.²⁹⁵ Mit der Ablehnung der Verfassung durch Friedrich Wilhelm IV. war die Politik »von unten« gescheitert. Preußen setzte jetzt auf eine Politik »von oben«, auf Vereinbarung mit den deutschen Fürsten. Bereits am 26. Mai 1849 kam es zum Bündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover mit dem Ziel, einen deutschen Bundesstaat ohne Österreich auf diplomatischem Wege zu errichten. Die sogenannten Unionsstaaten verabschiedeten einen Verfassungsentwurf, dessen Echo in der politisch interessierten deutschen Öffentlichkeit ambiva-

²⁹¹ Vgl. B. MANN, 1972, S. 308.

²⁹² Vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 65–84; DERS., Fortschritt, 1989, W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 25–88; Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 674–748; H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1995, S. 196–251.

²⁹³ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 675.

²⁹⁴ H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1995, S. 196. Zur Reaktionsepoche vgl. v. a. W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, 1994; Sh. NA'AMAN, Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, 1987. Aus älterer Perspektive: W. REAL, Der deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, 1966.

²⁹⁵ Vgl. W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 28.

lent blieb. Von der Frankfurter Reichsverfassung wich einmal das geplante Fürstenkollegium ab, das gleichberechtigt neben Oberhaupt, Staaten- und Volkshaus treten sollte, zum zweiten das absolute Vetorecht des Reichsoberhauptes sowie drittens ein Dreiklassenwahlrecht, das breite Bevölkerungsschichten von der Stimmabgabe ausschloß. Bei der Lektüre neuerer Urteile über das Echo dieses Entwurfes drängt sich der Eindruck auf, die Erbkaiserlichen hätten sich einstimmig geradezu darauf gestürzt, repräsentiere dieser Entwurf doch klar ihre ursprünglichen Positionen.²⁹⁶ Hier kann der Zeitungstext einiges revidieren.

Bereits in der Wahlrechtsfrage war die DZ keineswegs mit der liberalen Mehrheit konform gegangen und hatte auch dem suspensiven Veto kaum Widerstand entgegenzusetzen für nötig befunden. Auf dieser Linie liegt auch ihre erste Reaktion auf den neuen Verfassungsentwurf: »Gegen einen solchen Plan erhebt ganz Deutschland den entschiedensten Protest.«²⁹⁷ Mit der Etablierung eines Fürstenkollegiums sank das Volkshaus für die DZ »zur berathenden Stimme und zum Scheinleben herab,« da die Zustimmung der Fürsten für alle Reichstagsbeschlüsse erforderlich war, ihre Mehrheit damit Entscheidungen verwerfen konnte, die Volks- und Staatenhaus gefaßt hatten.²⁹⁸ Da dem Fürstenkollegium darüber hinaus die Gesetzesinitiative zustand, wäre der entsprechende Fachminister nurmehr »Handlanger, der das Material liefert, oder ... Sekretär, der die Beschlüsse redigiert.« Das abschließende Urteil der DZ über den geplanten Fürstenrat, der ja in seinen Grundzügen dem von manchen Liberalen befürworteten Reichsrat glich, ist vernichtend: »Damit fällt das ganze konstitutionelle Staatsgebäude über den Haufen.«²⁹⁹

Ähnlicher Couleur ist ihre Kritik am Besitzwahlrecht des preußischen Entwurfs, das für viele Liberale ihren ursprünglichen Vorstellungen mehr entsprach als das allgemeine Wahlrecht der Paulskirche. Für die DZ indes ist das neue Klassenwahlrecht politisch gefährlich und technisch unausführbar.³⁰⁰ Ohne Einführung einer neuen Gemeindeordnung wäre die Teilnahme aller bisherigen Urwähler unmöglich und nur »unendlich wenige Personen« überhaupt noch wahlberechtigt. Auch hier ist ihr Resumée eindeutig: »Diese Bestimmung grenzt an Willkür.«

²⁹⁶ Vgl. W. SIEMANN, *Gesellschaft*, 1990, S. 29; DERS., *Revolution*, 1985, S. 219; bedingt D. LANGWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 66. M. Botzenhart betont mehr die zwiespältige Aufnahme des Entwurfs bei den Konstitutionellen, s. DERS., 1977, S. 722.

²⁹⁷ DZ 5. 6. 1849.

²⁹⁸ DZ 6. 6. 1849, dort auch das folgende Zitat.

²⁹⁹ DZ 3. 6. 1849.

³⁰⁰ Vgl. DZ 5. 6. 1849 (dort auch die folgende Zitate): »Diese Unausführbarkeit beruht theils auf der Eintheilung der Wähler in drei Steuerklassen, ... theils in den Bedingungen der Wahlberechtigung, die fast von Niemand erfüllt werden können.« Vgl. dort auch: »Das Wahlgesetz (ist) ein wunder Punkt des Entwurfs«, sowie DZ 14. 6. 1849: »Das Ganze beschränkt die Wahlberechtigung auf eine wahrhaft lächerliche Weise« und am 9. 6. 1849: »Bei Aufzwingung seines Wahlgesetzes (steht) nichts weniger auf dem Spiele als ein bleibender Spalt zwischen Süd- und Norddeutschland.«

Die Abänderung des Vetorechts thematisiert die DZ kaum, zumal sie ja schon vorher dem absoluten Veto zugeneigt war. Einen Wortbruch verkörpern hingegen die ganze Vorgehensweise, die deutsche Nationalvertretung jetzt plötzlich von der Zustimmung möglichst vieler Regierungen abhängig zu machen: »Deutschland kann nicht von den Königen mit einer Verfassung begnadigt werden.«³⁰¹ Angesichts dieses empörten Protests, der den Zeitungstext die nächsten Wochen durchzieht, lassen sich diese Liberalen nicht ohne weiteres in die Reihe derer einordnen, die im Unionsentwurf ihre ursprünglichen, mittelständisch geprägten Vorstellungen wiederfanden und bedingungslos zu ihm überliefen.³⁰² Die gab es auch, doch wesentliche und meinungsprägende Teile des konstitutionellen Flügels, wie sie die Deutsche Zeitung vertrat, scheuten vor solch einer »eklatanten Abwendung vom Verfassungskompromiß der Nationalversammlung« zunächst zurück.³⁰³ Auch hier scheint es erneut geboten, statt einer vermeintlich geschlossenen Gesinnungsgemeinschaft stärker die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des Liberalismus, seine liberalen Varietäten, zu betonen.

Ein Bruch beginnt jetzt im Text sichtbar zu werden, der zunächst mehr organisatorischer Art war. Die DZ war im Herbst 1849 in die Hände der Gothaer Partei übergegangen, und schon seit Juni bestimmten nicht mehr Kruse und Mitzenius die politische Gangart, sondern Mathy, Reh, Gagern und Soiron, alles Gründungsmitglieder der Gothaer Partei und spätere Abgeordnete in Erfurt. Die liberalen Facetten, welche die Position der DZ bisher gekennzeichnet hatten, wichen seit dem Frühsommer 1849 einer kontinuierlichen, einseitigen Parteinahme und Propaganda für die Positionen der Gothaer, die auch Zeitgenossen gelegentlich zu langweilen begannen.³⁰⁴

Den neue Kurs, welchen Ludwig August v. Rochau später als »Realpolitik« charakterisieren wird³⁰⁵, läuten die neuen Herausgeber zunächst vorsichtig ein. Da das politisch-nationale Optimum, der in der Reichsverfassung gefundene Kompromiß, nicht durchsetzbar ist, gilt es, sich stärker als zuvor am Maßstab des Machbaren zu orientieren. Und das tut die DZ. So heißt es einmal: »Der Entwurf vom 28. Mai entspricht unseren Wünschen in namhaften Punkten viel weniger. Aber er ist das einzige, was uns jetzt überhaupt noch geboten ist, und so ... dürfen wir (ihn) nicht ohne Weiteres verwerfen«³⁰⁶ oder an anderer Stelle: »Wir sind keine Idealisten, die mit dem Kopf durch die Wand rennen wollen. Wir erkennen es an, daß die erste

³⁰¹ DZ 17.6.1849.

³⁰² Vgl. Anm. 296.

³⁰³ M. BOTZENHART, 1977, S. 722.

³⁰⁴ Vgl. C. Koch-Gontard am 22.6.1850 an Heinrich v. Gagern: »Die Deutsche Zeitung hat soviel Moschus einbekommen, daß sie noch eine Weile fortvegetieren wird. Ich freue mich nicht darüber. Sie ist mir langweilig und noch lange nicht gut genug, um als Organ der Gothaer Partei zu gelten, was in den Augen der Welt ihr Hauptverdienst ist.« In: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 172.

³⁰⁵ Vgl. A. L. v. ROCHAU, 1972, sowie H.-U. Wehlers Einleitung, S. 7–21.

³⁰⁶ DZ 27.6.1849.

oder wenigstens die letzte Frage bei dem Unternehmen die sein muß: Ist es möglich?»³⁰⁷

Auf dem ersten Parteitag in Gotha, wo die Protagonisten des erbkaiserialen Flügels die weitere Vorgehensweise besprachen, entschied man sich trotz aller Bedenken dafür, den Unionsplan der preußischen Regierung zu unterstützen. Als oberstes Motiv dafür nennt Dieter Langewiesche die liberale Überzeugung, durch die Unionsverfassung ein »Bollwerk gegen Reaktion und Revolution« aufzubauen, gefolgt von der Hoffnung, durch ein geeintes Deutschland auch der Wirtschaft wieder Schwung zu geben.³⁰⁸ Dem Zweifrontenkampf der Liberalen spricht er dabei Schlagseite nach links zu, wo die Konstitutionellen noch immer Revolution witterten.

In der Deutschen Zeitung werden die Motive indes anders gewichtet. An vorderster Stelle steht hier die Überzeugung, daß nur ein geeintes Deutschland die nationalen Interessen nach innen und außen verteidigen und jene angestrebte »Bürgschaft für Freiheit« abgeben könnte.³⁰⁹ Dieses unendlich variierte Argument führt die Verteidigung der Unionspolitik an, von ihrer Funktionalisierung als Blockade gegen Reaktion und Anarchie ist hier jedoch nicht die Rede. Eher am Rande streift die DZ die wirtschaftlichen Vorteile einer Union sowie den Aufschwung, den die Volkswirtschaft durch ein gemeinsames Zoll- und Handelsgebiet und eine gemeinsame Wirtschaftsgesetzgebung nehmen würde. Doch die politische Argumentation wiegt weitaus schwerer. Dabei merkt man den praktischen Handlungsalternativen den Qualitätsverlust der Zeitung deutlich an: »Von Preußen aber wird es abhängen, die Besorgnis, die das Interim ... hervorzurufen geeignet ist, zu verbannen, *durch Einberufung des Reichstags*. Das ist das ceterum censeo jedes Patrioten.«³¹⁰

An der Frage der Wahlen waren die Gegensätze zwischen Demokraten und Konstitutionellen erneut aufgebrochen: Während die Demokraten aus Protest gegen das ausgrenzende Besitzwahlrecht zur Wahlenthaltung aufriefen, plädierte die Deutsche Zeitung, jetzt »realpolitisch« gefärbt, für den Gang zur Urne: »Wer sich eines politischen Rechts nicht bedient, weil die Regierung von der Verfassung abgewichen, wer den Gegnern das Feld

³⁰⁷ DZ 5. 6. 1849. Vgl. auch DZ 13. 7. 1849: »Wir dürfen uns weder in Abstractionen, Principienstreit, kleinlicher Kritik verlieren, noch muthlos vor den Hindernissen stehen bleiben; wir haben endlich die Ereignisse und die Politik nach ihren Beziehungen zu der nationalen Aufgabe ... zu beurteilen, nicht nach persönlichen Gefühlen.« Vgl. auch ebda.: »Das deutsche Volk überwindet sich selbst. Um die Verwirrung nicht ins Unendliche zu steigern, entschließt es sich in immer weiteren Kreisen, jenen Entwurf der Könige nicht feindlich entgegenzutreten, ... sondern nach Kräften zu wirken, daß jener Entwurf ins Leben trete.«

³⁰⁸ D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 66.

³⁰⁹ DZ 22. 9. 1849. Vgl. auch DZ 7. 8. 1849: »Darüber kann sich Niemand mehr täuschen, daß das Einlenken in die constitutionelle Bahn in Preußen für Deutschland eine Bürgschaft der Entwicklung zu politischer Freiheit und zu einer nationalen Politik bieten werde.«

³¹⁰ DZ 16. 10. 1849.

räumt, ... weil er an Formen Anstoß nimmt, der scheint uns die ersten Elemente politischer Bildung noch nicht begriffen zu haben.«³¹¹

Immer wieder wurde den Konstitutionellen zur Last gelegt, nach ihrem parlamentarischen Scheitern die Paulskirchenverfassung zunehmend verleugnet zu haben.³¹² Dies scheint jedoch nur bedingt der Fall zu sein, blättert man durch die Leitartikel des Gothaer Parteiorgans. Rein faktisch und aus Mangel an Alternativen verfocht das Blatt den Unionskurs. Doch nach wie vor war es die Reichsverfassung, und das bis in den Winter 1850 hinein, die immer wieder als Vorbild und eigentliches Ziel gilt. Bereits in der dezidierten Kritik an der Unionsverfassung kam diese Einstellung zum Tragen, gewichtiger noch erscheint ihre Kontinuität zu einer Zeit, in der die politische Wirklichkeit die Liberalen längst auf die Unionspolitik eingeschworen hatte. Denn auch jetzt noch wurde die Reichsverfassung als eigentliches Sinnbild der deutschen Einheit hochgehalten: »Der Rechtsboden, wenn nur auf seinen Formen die Zukunft Deutschlands erbaut werden dürfte, ist die Reichsverfassung vom 28. März«³¹³, heißt es im September 1849, und im Januar 1850 dann nochmal: »Das Recht der Nationalversammlung, die innere Güte und die Schwierigkeit ... einer besseren Reichsverfassung sprechen für die Frankfurter Verfassung.«³¹⁴

Die Brücke zur faktischen Bejahung der Unionspolitik schlägt die DZ dann durch den taktischen Winkelzug, die Unionsverfassung als legale Fortsetzung der Paulskirchenverfassung zu interpretieren. Preußen und seine Verbündeten, so heißt es jetzt wohl auch aus wahlstrategischen Gründen, hätten das Werk der Nationalversammlung aufgenommen und fortgesetzt.³¹⁵ Und die Unterschiede in den substantiellen Punkten werden dabei immer stärker verwischt, je eindeutiger die DZ zum Parteiorgan der Gothaer avanciert: »War auch ihr Werk, die deutsche Reichsverfassung vereitelt, so bot sich ihr doch in dem Verfassungsentwurfe des Dreikönigsbündnisses ein neuer Anhaltspunkt für Erreichung ihres großen Ziels und mit Selbstverleugnung, mit patriotischer Weisheit entschloß sie sich, für den im Wesentlichen gleichen Zweck auch unter einer wesentlich veränderten Form weiter zu kämpfen.«³¹⁶ Dennoch bleibt der Eindruck bestehen, daß die

³¹¹ DZ 12. 7. 1849. Vgl. auch DZ 29. 6. 1849: »Wenn man nicht wählt, regiert das Ministerium mit Minoritätskammern. Fortgesetzter, passiver Widerstand führt zur Revolution, fortgesetzter parlamentarischer Widerstand führt nach einiger Zeit zum Sieg des konstitutionellen Systems.« Die einzige Abwechslung ihres Schlachtrufs nach baldigen Wahlen bestand darin, daß den Ländern, »welche das oktroyierte Wahlgesetz nicht durchführen können« – damit sind wohl alle gemeint, die am Entwurf zunächst keinen Anteil hatten – individuelle Änderungen erlaubt sein sollten, so DZ 17. 6. 1849.

³¹² Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 66; W. SIEMANN, *Gesellschaft*, 1990, S. 29.

³¹³ DZ 16. 9. 1849.

³¹⁴ DZ 9. 1. 1850. Vgl. dort: »Bei den ... unabsehbaren Erschütterungen des Vaterlands ... kann in der That die Frankfurter Reichsverfassung das Panier zur Rettung und sehr wirksam werden.«

³¹⁵ Vgl. auch M. BOTZENHART, 1977, S. 723.

³¹⁶ DZ 29. 12. 1849.

Reichsverfassung trotz mancher Kritik auch nach Gotha das verfassungspolitische Ideal des konstitutionellen Liberalismus verkörpert.

Im Hinblick auf den Kurswechsel, den die Deutsche Zeitung als Parteiorgan jetzt vollzieht, interessieren vor allem die aktuellen Feindbilder, zumal sich damit auch an die Frage der neu berücksichtigten Handlungsebenen anknüpfen läßt. Denn das politische Parkett ist ein anderes geworden. Nicht mehr die Verhandlungen der Paulskirche können die Leitartikel der DZ ausfüllen, vielmehr ist es der glatte Boden der Regierungshöfe, der zusehends in den Mittelpunkt der Berichterstattung rückt. Die preußischen Initiativen stehen dabei an vorderster Stelle. Mit dem Festhalten an der Unionsverfassung trotz aller Anfeindungen durch Österreich und die Königreiche sowie mit der tatsächlichen Ausschreibung von Wahlen versuchte Preußen bis zum Frühjahr 1850, den nationalen Verfassungsstaat zwar auf staatspolitischem Wege, aber auch nicht gänzlich undemokratisch doch noch durchzusetzen.

Über den Ernst dieser Bemühungen, die nach Ablehnung der Reichsverfassung unglaublich wirken konnten, gehen die Ansichten auseinander. Wolfram Siemann hat zuletzt die Ernsthaftigkeit des preußischen Versuchs und den zeitweilig vorhandenen Willen des Königs und einiger Minister, einen deutschen Verfassungsstaat zu errichten, neu betont.³¹⁷ Auch die DZ vollzieht jetzt eine überraschende Kehrtwendung, was ihr lang gehegtes Feindbild, das preußische Ministerium, betrifft. Die preußische Regierung – der König dabei immer ausgenommen – hatte ja bereits seit Sommer 1848 eine bevorzugte Zielscheibe der Zeitungskritik abgegeben, und dieser Kurs hatte sich mit Voranschreiten der Gegenreaktion zunehmend verschärft. Im Zuge der neuen Politik des Durchsetzbaren, und sicherlich auch unter dem Druck der Finanzspritzen des preußischen Innenministeriums, wich die massive Kritik rapide einer positiven Beurteilung der ministeriellen Politik. Jetzt, da das ersehnte Ziel wieder in greifbare Nähe rücke, sei es politisch notwendig, »systematische Opposition zu vertagen.«³¹⁸ Dabei wird auf folgende Rechnung gesetzt: Solange Preußen für die Union kämpft, braucht es Hilfe. Diese stellt zunächst vor allem das Ministerium, weshalb Stände und Presse letzteres jetzt unterstützen müßten: »Da Deutschland nicht ohne Preußen zur Einheit kommen kann, so muß jetzt ein Gang eingehalten werden, der die Mehrheit in Preußen, die entscheidende Elemente für sich hat.«

Auch in der Beurteilung der DZ spiegelt sich die »fortdauernde nationale Verfassungspolitik«, welche Siemann der preußischen Regierung zuspricht³¹⁹, deutlich wider. Daß diese Politik von einem streng konstitutio-

³¹⁷ Vgl. W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 32.

³¹⁸ DZ 7.8.1849, dort auch das folgende Zitat. Vgl. ebd: »Wenn das Ministerium ... unsere früheren Hoffnungen für die deutsche Frage unerfüllt gelassen hat, so kann kein Ministerium jetzt in Aussicht gestellt werden, welches sichere Bürgschaften böte, den Widerstand gegen die Lösung der deutschen Frage im Sinne der Verfassungsvorlagen zu beseitigen.«

³¹⁹ W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 27. Ähnlich auch H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1995, S. 198.

nell-nationalen Organ wie der Deutschen Zeitung unterstützt wird, lädt dazu ein, sie in der Tat als zweiten Versuch der Nationalstaatsgründung, diesmal von oben, aber durch Wahlen halbwegs demokratisch legitimiert, einzuordnen. Die Stellungnahme der DZ trägt demnach dazu bei, die Unionspolitik stärker als bisher in den Revolutionsverlauf einzubeziehen, den Übergang zur Reaktion fließender aufzufassen, und ihr tatsächliches Einsetzen erst mit Olmütz zu datieren.

Unübersehbar ist, daß Handlungsebenen und Feindbilder sich nach Auflösung der Paulskirche massiv verschieben. Berlin und seine Politik rückten vorrangig wieder ins Zentrum der Kommentare, jetzt nicht mehr Zielscheibe bissiger Kritik, sondern umgekehrter Hoffnungsträger einer letzten Einigungsanstrengung. Parallel dazu erfahren auch die deutschen Mittelstaaten wieder große Beachtung und werden in zahlreichen Leitartikeln unter die unionsorientierte Lupe genommen. Analog zum neuen Kurs der DZ, in dessen Verlauf das preußisch-ministerielle Feindbild im Eilverfahren aufgeweicht wird, verschärft sich rapide der Feindbildcharakter dieser Länder. Neben der Überlegung, ob die von der Union wegstrebenden Königreiche nicht auch echte, föderale Motive gehabt haben, gilt es der Frage nachzugehen, ob der Kampf der Liberalen gegen Reaktion und Revolution sich auch während der Unionszeit einseitig nach links verlagert hatte, wie Dieter Langewiesche es sieht.³²⁰

Eine zehnteilige Artikelserie, betitelt »Der deutsche Bundesstaat und seine Aussichten« widmet sich en detail jenen vier Königreichen, welche der Union den Laufpaß gaben.³²¹ Als zentrales Motiv für die Abkoppelung vom preußischen Unionsplan führt die DZ immer wieder partikularistische Sonderinteressen und die Angst vor Souveränitätsverlust ins Feld. Mit einer Politik des »Verneinens, Nichsthuns und Abwartens«³²² arbeiteten die Königreiche auf »Trennung und Zerreißung Deutschlands hin«, wobei Bayern allen anderen den Rang ablief.³²³ Viel weiter wird hier nicht differenziert, und daß auch echtes föderales Denken oder eine konstruktive großdeutsche Politik, wie Siemann sie dem sächsischen Ministerpräsidenten, Graf Beust, zuspricht³²⁴, hier mit im Spiele sein könnte, darauf verweist nicht ein Kommentar.

In sehr viel geringerem Maße sieht die DZ auch wirtschaftliche Motive als konstitutiv für den einzelstaatlichen Widerstand an. Die süddeutschen Länder hätten zu wenig Vertrauen zum Zollverein und setzten fälschlicherweise auf die österreichische Karte. Doch Österreich, so argumentiert die DZ nicht ohne Berechtigung, habe nicht das geringste Interesse daran, seine Zollschränken für Bayern und Württemberg zu öffnen, wenn es einem deutschen Bundesstaat nicht beitrete. Allein ein »großes Marktgebiet und eine

³²⁰ Vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus, S. 66.

³²¹ DZ zwischen 5. und 31. 8. 1849.

³²² DZ 12. 11. 1849.

³²³ DZ 29. 12. 1849. Zur bayerischen Politik s. vor allem DZ 12. 11. 1849.

³²⁴ Vgl. W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 30.

richtige, feste Leitung des auswärtigen Verkehrs« garantiere Handel und Gewerbe den nötigen Aufschwung; daher seien die Befürchtungen primär Württembergs, mit dem Unionsbeitritt materielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, widersinnig.³²⁵ Auch hier sind es wiederum nur partikulare Eigeninteressen, welche die DZ hinter dem Widerstand der Mittelstaaten sieht. In der Breite und Schärfe ihrer Kritik an den fürstlichen Widersachern spiegelt sich jedoch deutlich die Bedeutung wider, die sie dem zeitgenössischen Partikularismus einräumt, und welche ja auch die heutige Forschung wieder stärker betont. Die Bissigkeit ihrer Propaganda gegen die Königreiche als »Inbegriff der Reaktion« erreicht jetzt ein Ausmaß, welches es rechtfertigt, diese Vorstellung der partikularen Reaktion als oberstes Feindbild dieser Liberalen einzuordnen.³²⁶

Doch welche Rolle spielt dann die Linke daneben, in der Historiker ja meist den wesentlich stärker beschossenen Gegner des konstitutionellen Liberalismus sehen? Ganz deutlich wird zunächst, daß der in der Reichsverfassung gefundene Kompromiß, welcher Demokraten und Konstitutionelle temporär zu verbinden vermocht hatte, schnell wieder zerbrach, als sich der demokratische Widerstand gegen den Unionsplan abzeichnete. Die Tatsache, daß die gemäßigte und äußerste Linke ihre wohlorganisierte Anhängerschaft zum Wahlboykott gegen Erfurt aufrief, verhärtete die kurzfristig überbrückte Gegnerschaft sogleich wieder. Wie zuvor beschuldigt die DZ die Linke des Anarchismus und Revolutionstaumels, dessen Konzeptlosigkeit dem Ziel der deutschen Einigung massiv schade.³²⁷ Die Sprache ist bissig und starke Ausdrücke fallen durchaus, doch den eigentlichen Gegner dieser Zeit sieht die DZ woanders: »Ja, wollte man zwischen Beiden (Reaktion und Revolution) eine Parallele ziehen, so müße man die radikale Partei und ihre Organe in der Presse, wenn auch nicht für besser, aber für weniger schädlich als die reactionäre erklären.«³²⁸ Die Utopien der Republikaner fänden in der Mehrzahl der Bevölkerung keine Basis mehr, die Leserzahlen ihrer Zeitungen sanken und die DZ gesteht letzteren sogar zu, »auch finden sich in ihnen ... hier und da wenigstens einige wahre und zeitgemäße Ideen vor, durch die sie mit dem wirklichen Geiste der Gegenwart zusammen hängen.« Schlimmer und leider auch effektiver sei dagegen die konservative Presse, deren Ideen »zwar genauso verderblich, aber dabei viel verführerischer und blendender« dargestellt würden. Dies zielt vor allem auf die preußische Kreuzzeitung, welcher die DZ den Erfolg nicht absprechen kann: »Dies alles macht den bunten Inhalt ... der Neuen Preußischen Zeitung aus, wodurch sie auf einen Theil des Publikums, der mehr empfindet als denkt, und mit der Lage der Welt ... wenig bekannt ist, einen fascinierenden

³²⁵ DZ 7. 9. 1849.

³²⁶ DZ 29. 12. 1849.

³²⁷ DZ 3./4. 12. 1849. Vgl. zur Konzeptlosigkeit DZ 10. 11. 1849: »Aus der Freiheit und der Republik, meinen sie, müsse sich die Einheit, die Größe, Macht und Ehre Deutschlands von selbst entwickeln.«

³²⁸ DZ 9. 1. 1850, dort auch die folgenden Zitate.

Eindruck hervorbringt.« Hier deutet sich schon an, und das quantitative Verhältnis von Kommentaren über Partikularisten gegenüber jenen über Demokraten belegt dies zusätzlich, daß die Deutsche Zeitung der Linken jetzt eine weniger wichtige und auch weniger gefährliche Rolle zuschreibt als der einzelstaatlichen Reaktion der deutschen Königreiche.

Diese Ausrichtung ist sicherlich nicht für den gesamten Liberalismus der Zeit repräsentativ, doch daß das Parteiorgan der Konstitutionellen den Feind jetzt eher rechts sieht, nämlich in der aufziehenden Reaktion, kann dazu beitragen, die oft verzeichnete Schlagseite nach links, welche den Kampf der Konstitutionellen vorrangig prägte, deutlich abzumildern. Ein Zitat vom Dezember 1849 versammelt die Gegner der DZ recht anschaulich, und daß Reihenfolge hier zugleich Wertigkeit dieser Gegner bezeichnet, mag die Notwendigkeit einer Wahrnehmungskorrektur noch einmal verdeutlichen: »Ein paar Schritte weit gingen das dynastische Interesse, der Stammespartikularismus, das Ganzdeutschenthum (ohne Preußen) und die Demokratie in jubelnder Eintracht Hand in Hand.«³²⁹

Ein immer wieder akutes Thema der Liberalismusforschung ist der geringe Organisationsgrad der Liberalen. Die Erwartung, daß die Deutsche Zeitung als Parteiorgan der Gothaer hier über das hinausweisen kann, was über konstitutionelle Parteibildung und deren Probleme bereits bekannt ist, erfüllt sich jedoch nicht.³³⁰ Akribisch wird über das Zusammentreffen in Gotha berichtet und eine sechsteilige Artikelserie »Die deutsche Partei« vom Winter 1849/50 setzt sich mit den Schwierigkeiten liberaler Organisation durchaus offen auseinander.³³¹ Vor allem die Tatsache einer fehlenden, flächendeckenden Vereinskultur wird selbstkritisch gesehen – »Mit einer gewissen Selbstgenügsamkeit schloß sich die deutsche Partei in Frankfurt ab, während die demokratische ihr Netz, namentlich mittels der ... Märzvereine, über alle Gauen Deutschlands mit unermüdlicher Betriebsamkeit ausbreitete«³³² – doch der mangelnde Wille dazu schlägt sich in den mageren Handlungsalternativen des Blattes ebenso nieder. Die DZ bekennt – und damit wird der Forschungsstand bestätigt –, die liberale Partei habe die »politisch-nationale Forderung als Waffe«³³³ eigentlich nur im Parlament, in den Kammern der Einzelstaaten und in der Presse benützt, und sei dadurch in einen natürlichen Rückstand zu den Demokraten gefallen.³³⁴ Doch zu mehr als dem Appell, in der Presse jetzt intensiver auf soziale Fragen einzugehen und auch die Wissenschaft stärker als bisher zur Parteiwerbung

³²⁹ DZ 4. 12. 1849.

³³⁰ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Parteien*, 1978; DERS., *Liberalismus*, 1988; H. GEBHARDT, 1974; M. BOTZENHART, 1977; J. P. EICHMEIER, 1986.

³³¹ Sechsteilige Serie in DZ zwischen 10. 11. 1849 und 5. 2. 1850.

³³² DZ 19. 12. 1849.

³³³ DZ 23. 1. 1850.

³³⁴ Vgl. DZ 23. 1. 1850. Vgl. auch DZ 20. 1. 1850: »Es mangelt der deutschen Partei an Geschick und Eifer, ihren Ideen ... durch glücklich gewählte Mittel der Darstellung und Empfehlung Eingang zu verschaffen.«

heranzuziehen, kommt es nicht.³³⁵ Den Vorwurf, mit dem Einsatz ihrer Mittel den Nerv des Volkes nicht zu treffen, erkennt die DZ als berechtigt; daß es jedoch auch ihr Programm sei, welches im Volk keine Wurzeln fände, lehnt sie mit der nicht weiter ausgeführten Begründung ab, die Einheit brächte gerade den unteren Volksschichten immense materielle Vorteile. Diese stärker ins Blickfeld zu rücken, habe die Partei allerdings versäumt.

Wir erfahren also nichts Neues hier. Allerdings bestätigt der Zeitungstext auch die Annahme nicht, daß die Übernahme fester Organisationsformen nach demokratischem Vorbild hauptsächlich deshalb vermieden wurde, um die »Annäherung an die reaktionären Regierungen« nicht zu gefährden.³³⁶ Vielmehr verrät die Sprache der Leitartikel eher einen ganz grundsätzlichen Widerwillen gegen »Clubwesen« und der damit einher gehenden »Wählerrei« und bestätigt damit die heute herrschende Einschätzung, daß den Liberalen Parteibildung im Sinne direkter Kontakte zwischen parlamentarischer Fraktion und außerparlamentarischen Vereinen aus anderen Motiven zuwider war: Von der Vereinsebene befürchteten sie Kontrolltendenzen gegenüber den Parlamentariern und letztlich eine innerparteiliche »Gegenregierung«.³³⁷ Dem mangelnden Organisationswillen der Liberalen konkrete taktische Motive zu unterstellen, erscheint jedoch kaum gerechtfertigt.

Das Erfurter Parlament trat im Frühjahr 1850 zusammen, um den Verfassungsentwurf der Union zu beraten. Die Verhandlungen dieser letzten konstitutionellen Versammlung haben in der Literatur nur wenig Beachtung gefunden, nicht zuletzt deshalb, weil sie erfolglos blieben, und allein Botzenhart verzeichnet einen »eigentümlichen Reiz«, der vor allem den Debatten zwischen Konservativen und Liberalen über die staatliche Machtverteilung anhafte.³³⁸ Mit Erfurt rückte kurzfristig wieder eine parlamentarische Handlungsebene in den Mittelpunkt der DZ-Kommentare. Viel mehr, als was über den Gothaer Kurs dieser Monate schon bekannt ist, vermögen letztere jedoch nicht zu vermitteln, zumal die redaktionelle Qualität des Blattes kontinuierlich sank, wochenlang oft nicht einmal mehr Leitartikel erschienen. Der Handlungsspielraum dieses letzten Parlamentes war gering. Das sah auch die DZ und zeigte sich dennoch erfreut über die schnelle Beratung des Verfassungsentwurfs, die in wohlthuendem Gegensatz zur Weit-schweifigkeit der Frankfurter Verhandlungen stehe. Inhaltlich rief das Blatt kontinuierlich dazu auf, die en-bloc Annahme des Unionsentwurfs durchzusetzen, um zumindest seitens des Parlamentes alles Menschenmögliche zu tun, den Unionsplan zügig zu verwirklichen. Mit dem Abschluß der Ver-

³³⁵ Vgl. zur Presse DZ 23. 1. 1850: »Und hier dürfte ihre Wirksamkeit eine um so erfolgreichere sein, je mehr es ihr gelingt, die vielgestaltigen Interessen des Volkes von verschiedenen Seiten her anzusprechen, die materiellen Anliegen und Bedürfnisse, die industriellen und socialen Fragen, ... Armuth und innere Mission in den Bereich ihrer nationalen Anschauungsweise zu ziehen, und zu bestähigen, daß die Deutschgesinnten mit Herz und Kopf, mit klarer Einsicht und warmem Gefühl an all diesen Problemen theilnehmen.«

³³⁶ H. GEBHARDT, 1974, S. 161.

³³⁷ D. LANGEWIESCHE, Parteien, 1978, S. 349 f.

³³⁸ M. BOTZENHART, 1977, S. 767.

handlungen und der Vertagung des Parlamentes Ende April 1850 lagen die Karten jetzt beim preußischen König. Wie beurteilte die DZ dessen Bereitschaft, die Union auch gegen Österreich durchzusetzen?

Die preußische Regierung bildete die zweite, wichtige Handlungsebene, welche die DZ im Jahr 1850 vorrangig berücksichtigte. Mit dem Unionsprojekt stand Friedrich Wilhelm IV. gegen die Mittelstaaten, gegen das Vierkönigsbündnis, und vor allem: gegen die wiedererstarke und handlungsfähige Habsburgermonarchie. Was die Deutsche Zeitung von der preußischen Regierung forderte, hätte Friedrich Wilhelms entschlossene Bereitschaft vorausgesetzt, die Union trotz dieser vielfältigen Widerstände durchzusetzen. Wieder und wieder verlangte sie die sofortige Herstellung eines Definitivums, indem man die Verfassung öffentlich verkünde, Fürstenkollegium und Ministerium bilde und »die Organe des Bundesstaates in verfassungsmäßige Thätigkeit setze.«³³⁹ Ein solches entschiedenes Vorgehen Preußens, indem es zuerst den Bundesstaat schaffe und sich dann den erforderlichen Revisionen zuwende, hätte zwangsläufig auch dessen spätere Anerkennung durch die übrigen Staaten zur Folge.

Preußens wankelmütige Politik ist bekannt, und auch, daß Friedrich Wilhelm IV. vor den konstitutionell-parlamentarischen Konsequenzen der Union letztlich zurückscheute. Doch für Zeitgenossen war der Kurs von König und Ministerium, wie schon im Jahr zuvor, schwerer zu entschlüsseln. Auf der Berliner Konferenz der Unionsstaaten im Mai 1850 wurde ein erneutes Provisorium verabschiedet. Die Tatsache, daß von sechundzwanzig anwesenden Staaten sich nur zwölf vorbehaltlos zur Union bekannten, gewichtet Heinrich Lutz bereits als deutlichen Fingerzeig auf »den Anfang vom Ende der Union.«³⁴⁰ Auch die DZ kommt schließlich zu dem Schluß, daß das »Verschleifen der Entscheidung« die Union ernstlich gefährde: »Ein entschiedener Schritt, welcher die Union in ihrem Anfange als unabänderliche Thatsache hinstellt, wird nicht nur die niederschlagenden Wirkungen der Berliner Verhandlungen aufheben, sondern das Verlangen nach dem Anschlusse an einen Kern deutscher Einigung wecken und verbreiten.«³⁴¹

Anlaß für einen echten Kurswechsel, was ihre Beurteilung der preußischen Politik angeht, fand sich jedoch anderswo. Im Berliner Frieden vom 2. Juli 1850 wurden die Schleswig-Holsteinischen Herzogtümer Dänemark zugesprochen, und Preußen erkannte die Fortexistenz des Deutschen Bundes vorbehaltlos an. Damit verriet es letztlich »seine gesamte Politik in der deutschen Sache«, wie Huber den Schwenk beurteilt.³⁴² Daß die Deutsche Zeitung über den Abschluß dieses Friedens, der faktisch den Status quo von 1847 wiederherstellte, empört war, kann nicht überraschen. Erst in Kombination mit einem Redaktionswechsel erweist sich das Datum des Berliner

³³⁹ DZ 11. 5. 1850.

³⁴⁰ H. LUTZ, 1985, S. 315.

³⁴¹ DZ 31. 5. 1850.

³⁴² E. R. HUBER, 1978, S. 905, ähnlich H. LUTZ, 1985, S. 387.

Vertrages jedoch als Ausgangspunkt für einen erneuten politischen Kurswechsel, den die DZ jetzt vollzieht. Im Juni 1850 ging das lahmende Unternehmen in andere Hände über; der bereits in der Gründungsphase interessierte Heidelberger Buchhändler Winter übernahm sie, und der Zusatz »Unter Mitwirkung des in Gotha erwählten Ausschusses« fiel weg. Die bisher bestimmende, ganz auf Gotha eingeschworene harte Linie von Mathy, Soiron und Gagern wechselte nun zugunsten eines großzügiger bemessenen konstitutionellen Spielraums, wie ihn die bereits zuvor für die DZ tätigen Redakteure Mitzenius und Marggraff befürworteten.³⁴³ Peu à peu kam es in den letzten Monaten des Blattes noch zu einem verhaltenen redaktionellen Aufschwung, der sich vor allen in kritischeren, unabhängigeren Leitartikeln widerspiegelte. Und auch in einer veränderten Beurteilung der preußischen Regierung sollte der Redaktionswechsel seinen Niederschlag finden.

Das Scheitern des Unionsprojektes wird jetzt erstmals in Erwägung gezogen, und Preußen als langjähriger Hoffnungsträger verliert nach dem Berliner Frieden erstmals seine Leuchtkraft.³⁴⁴ Matter und matter klingt der an Preußen gerichtete Appell, an der Union festzuhalten, Druck auf ihre Mitglieder auszuüben und nötfalls durch Provisorien den Unionskurs fortzusetzen. Auch der durchaus nicht abwegige Gedanke, durch den geeinten Widerstand des Dritten Deutschlands wirksam Protest gegen die österreichische Politik einzulegen, findet in der DZ keinen Widerhall.³⁴⁵ Gleichzeitig avanciert Preußen erneut zur Zielscheibe konstitutioneller Kritik. Bereits die en-bloc Annahme des Verfassungsentwurfs habe es fast als Meuterei angesehen, gegen die abfallenden Königreiche Sachsen und Hannover wenig Stärke gezeigt, und daß es die Einsetzung reaktionärer Minister wie Hassenpflug und Bülow begünstige, »erschien wie ein ... Wüthen gegen die eigene Sache.«³⁴⁶ Was hier herrsche, seien »dynastische Launen auf Kosten der Nation« und die Folge dieser dem Absolutismus verpflichteten Politik ganz klar: »Die Union scheint am Scheitern.«

Mit Anbruch des Winters versickern etwaige Handlungsalternativen für die preußische Politik jetzt ganz. In das nationale Wehgeschrei über Olmütz, ein Vertrag, den Historiker heute als weit weniger nachteilig für Preußen sehen als die Empörung der Zeitgenossen vermuten ließ³⁴⁷, stimmt die DZ mit ein, doch ohne Reflexion, die über die sattsam bekannten Argumente hinausginge. Eine Zäsur bildet im Überblick primär der Kurswechsel des Blattes, das bereits im August 1850 und nicht erst nach Olmütz die Union

³⁴³ Bis jetzt mußten Artikel von Mitgliedern des Gothaer Ausschusses zwingend aufgenommen werden; darüber hinaus mußten alle Leitartikel der Gothaer Erklärung zweifelsfrei entsprechen, vgl. oben, 1. Kap., Teil 5.

³⁴⁴ Vgl. DZ 20. 8. 1850: »Sollte die Union, was wir nicht hoffen, später gänzlich scheitern.«

³⁴⁵ Vgl. W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 31.

³⁴⁶ DZ 29. 8. 1950, dort auch das folgende Zitat.

³⁴⁷ Vgl. H. LUTZ, 1985, S. 389; E. R. HUBER, 1978, S. 919f.; W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 35.

verloren gab und Preußen die lange Jahre publizistisch verfochtene Rolle als Bannerträger nationalliberaler Hoffnungen nun endgültig aberkannte.

Erwähnenswert ist allenfalls noch eine grundsätzliche, auch sozial-psychologisch argumentierende Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Partikularismus, der wie schon 1849 auch in diesem Jahr die Republik als Feindbild auf den zweiten Rang verweist: Durch die Aufteilung der Nation in einzelne kleine Länder würden personelle Enge und Abhängigkeit voneinander gefördert und damit »die knechtische Hingabe an die Macht«³⁴⁸; zum anderen schlage sich diese Enge auch im Denken der Menschen nieder, so daß »Spießbürgerlichkeit und kleinlicher Provinzialgeist, Hochmut, Neid und Argwohn« gediehen. Mit der Fortdauer der Kleinstaaterie seit 1815 hätten sich die Menschen allmählich daran gewöhnt, hätten sich in deren Formen eingelebt und sich »geistig und sittlich von ... der Gesamtnation ausgeschlossen.«³⁴⁹ Bemerkenswerterweise weist die DZ gerade dem Partikularismus und dem damit einhergehenden Mangel großer gemeinsamer Interessen die entscheidende Rolle bei der beobachteten Atomisierung der Gesellschaft zu: »Die Kleinstaaterie hat Alle auch sittlich vereinzelt, erkältet, entnervt ... In nichts fanden die selbstsüchtigen Fürsten lebhafteren Anklang bei ihren Unterthanen als in ihrer Gleichgültigkeit ... gegen ein deutsches Vaterland.«

Widerwillig wird vor allem dem neu belebten Deutschen Bundestag in den Herbst- und Wintermonaten 1850 Bedeutung eingeräumt. Mit der Frankfurter Konferenz sandte Schwarzenberg ein unübersehbares Zeichen seiner Entschlossenheit, den alten Bundestag zu rekonstituieren und wieder auf den Boden der alten Ordnung zurückzukehren. Die DZ zeigte sich empört, daß dieser Schritt in der Öffentlichkeit so wenig Beachtung fand – »so weit ist die Erstarrung des politischen Bewußtseins und Willens gediehen«³⁵⁰ – und zog als unmißverständliches Fazit aus dem Schwarzenbergschen Schachzug: »Um diese österreichische Politik zu begrüßen, muß man ... die Jahre 1848 und 1849 aus der Geschichte streichen.«³⁵¹ Verfassungsrechtlich argumentiert die DZ, daß im Frühsommer 1848 sämtliche Regierungen einschließlich Österreichs den Deutschen Bundestag für immer aufgehoben hatten und die provisorische, bundesstaatliche Regierung auch durch die Etablierung der Reichsverweserwürde anerkannt hatten – dieser Argumentation wird auch heute ihre Berechtigung nicht abgesprochen.³⁵² Die Grundsatzfrage dahinter war ja die, ob der Bundestag sich mit diesem Beschluß nur suspendiert oder endgültig aufgelöst hatte, und plau-

³⁴⁸ DZ 8./10. 3. 1850, dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch DZ 22. 11. 1850: »Wenn wir mit offenen Augen nicht sehen, wenn wir durch die Selbstsucht des Partikularismus bis ins Mark angefressen sind, so ist Deutschland gefallen« und am 13. 12. 1850: »Zwei Hauptfeinde stehen der deutschen Entwicklung ... im deutsch-nationalen Sinne entgegen: Rußland und der Partikularismus.«

³⁴⁹ DZ 8. 3. 1850, dort auch das folgende Zitat.

³⁵⁰ DZ 4. 5. 1850.

³⁵¹ DZ 9. 5. 1850.

³⁵² Vgl. E. R. HUBER, 1978, S. 900.

sible Argumente gab es für beide Fälle. Die DZ beurteilt die Wiederbelebung des Bundestags eindeutig als ungesetzlich: Das Reich deutscher Nation habe zu keiner Zeit aufgehört zu existieren, die Bundesverfassung bilde daher nur eine Periode in der Geschichte seiner Verfassung, und nach ihrer Auflösung 1848 sei eine neue Gestaltung des Vaterlandes angestrebt. Ohne hier weiter ins Detail zu gehen, verfolgt die DZ das Wiedererstehen des Bundestags und sein Eingreifen in Holstein und Kurhessen auf dieser Linie mit.

So arm an Alternativen, wie sich die Deutsche Zeitung auf den geschilderten Handlungsebenen präsentiert hat, so realitätsnah zeigt sie sich auf der außerparlamentarischen Ebene liberaler Parteibildung. Ausgangspunkt einer umfangreicheren Betrachtung wenige Tage nach Olmütz war die Gewißheit, daß »Preußen ... nicht mehr unser Feldgeschrei, die Parole von Gotha nicht mehr unser Erkennungszeichen sein kann.«³⁵³ Aus den gemachten Fehlern gelte es zu lernen, wobei die Charakterisierung dieser Fehler im wesentlichen dem heutigen Kenntnisstand entspricht. Zum einen wird der gravierende Mangel an durchgreifender Parteiorganisation beklagt, der den Konstitutionellen das Wasser abgegraben habe. Auch innerhalb der Partei hätten partikularistische Launen vorgeherrscht und persönliche Eitelkeiten manch falsche Entscheidung verursacht. Die exklusive Konzentration auf Preußen hätte manche Anhängerschaft in den übrigen deutschen Staaten verprellt und sich zudem von den Demokraten, welche »keinen Unterschied des Stammes und Landes machten«, sehr unvorteilhaft abgehoben. Aus diesen Gründen, so heißt es lapidar, müßten »die Konstitutionellen ... sich organisieren wie die Demokraten.«³⁵⁴

Zum anderen, und auch das ist mittlerweile Gemeingut der Revolutionsforschung, habe die konstitutionelle Partei bei der Verankerung ihrer Ideen in der breiten Masse des Volkes versagt. Denn überall dort, wo die nationale Bewegung mit Erfolg gekämpft habe – in Irland, in den slawischen Ländern, in Dänemark – stand die gesamte Nation hinter ihr, in Deutschland dagegen habe die national-liberale Bewegung nur das mittlere und gehobene Bürgertum angesprochen, in der Masse des Volkes jedoch kaum Fuß fassen können. Vor allem die industriell-kaufmännisch-handwerklich geprägten Bevölkerungsgruppen hätten sich aus Angst vor dem Zollverein und seiner Begünstigung Preußens der nationalen Idee versperrt. Was auf Seiten des Handwerks als Motiv weit virulenter war, nämlich die Furcht vor dem Wegfall korporativer Bindungen, die ja auch Schutz bedeutet hatten, erwähnt das Blatt jedoch nicht.³⁵⁵

³⁵³ DZ 10. 12. 1850, dort auch die folgenden Zitate.

³⁵⁴ Dies bestätigt erneut die von Langewiesche vertretene Anschauung, daß die konstitutionelle Vereinsbildung sich erst als Reaktion auf das durchorganisierte Parteiwesen der Demokraten entwickelte, gleichsam aus der Defensive heraus. Vgl. D. LANGEWIESCHE, Parteien, 1978, S. 353 f.

³⁵⁵ Vgl. auch H. BEST, Interessenpolitik, 1980, der die Unterstützung der nationalen Idee gerade durch diese Gruppen belegen kann.

Die soziale Charakterisierung jener Bevölkerungsschichten, welche die Nationsbildungsprozesse der 40er Jahre in Gang brachten und weitertrieben, läuft auf folgenden Gedankengang hinaus: Da jede Nation gemeinsame, übergreifende Interessen zur Nationsbildung benötigt, fallen Bevölkerungsschichten, die solche kaum haben oder nicht artikulieren können, aus dem Nationsbildungsprozeß zunächst heraus. Demnach ließen sich gesamtdeutsche Brückenschläge für die DZ zunächst nur dort realisieren, wo gemeinsame Berufserfahrungen und vor allem das Interesse am gegenseitigen Austausch vorausgesetzt werden konnte, wie es primär bei »Standes- und Berufsgenossen« der Fall sei. Gilt es auch, solche Kommentare nicht überzubewerten, so können sie doch einigen Aufschluß über den Blickwinkel geben, aus dem bereits liberale Zeitgenossen die Nationsbildungsprozesse ihrer Zeit betrachteten: »Wenn auch Standes- und Berufsgenossen, Landwirte, Philologen, Naturforscher, Germanisten und Sänger sich auf Zusammenkünften und Tagen als Brüder, als Genossen einer Nation begrüßten und fühlten: In die Masse des Volkes drangen solche Festtagsempfindungen nicht ein.«³⁵⁶ Daher rühre auch das Fehlschlagen so vieler Hoffnungen, »namentlich das Mißlingen der Unionsbestrebungen.«³⁵⁷

Jetzt, so resumiert das Blatt, müsse man praktisch vorgehen und »nicht vergessen, daß nicht bloß Meister, sondern auch Gesellen und Tagelöhner bei dem Bau des Hauses mitwirken müssen und laßt uns auch diese untergeordneten Mitarbeiter am gemeinsamen Werke nicht gering schätzen.« Die Partei habe sich gegenüber der Masse des Volkes zu exklusiv verhalten und deren brennende Anliegen in keiner Weise aufgegriffen: »Die Organe unserer Partei ... gehen fast wie absichtlich den sozialen Fragen aus dem Wege, die sich doch überall von selbst aufdrängen, jede politische Combination kreuzen und abgewiesen mit zehnfacher Gewalt anstürmen.« In Zukunft müßten die Konstitutionellen diesen sozialen Fragen in der Presse, in den einzelstaatlichen Parlamenten und auf privaten Veranstaltungen viel stärker nachgehen. Das zentrale Problem, solche Prozesse über die bildungsbürgerliche Klientel hinauszutragen, wird hier erkannt, jedoch kaum weiter bearbeitet.

Diese Bemerkungen belegen, daß kritische Liberale die Probleme ihrer Partei durchaus erkannten und jetzt auch als ursächlich für das Scheitern des Einheitsprojekts ansahen. Über die Aufforderung, in Presse und Parlament den konstitutionellen Gedanken wieder stärker zu verteidigen und auch die sozialen Probleme der Gegenwart in den konstitutionellen Diskurs einzubeziehen, geht die Handlungsalternative jedoch nicht hinaus. Auch der Appell zur Organisation nach demokratischem Muster wird nicht weiter

³⁵⁶ DZ 8. 3. 1850.

³⁵⁷ DZ 10. 12. 1850, dort auch das folgende Zitat. Vgl. ebd.: »Man sehe hin nach dem Westen und nach dem Osten, überall, wo Männer kämpfen, nicht für besondere Parteizwecke, sondern für die nationale Sache, steht ihnen die Nation zur Seite, denn es ist ihr Erstes gewesen, das Volk aufzusuchen, in die Hütten zu gehen, zu der großen Masse zu reden von ihren Bedürfnissen, von ihren Rechten und von ihren Pflichten.«

ausgeführt und von Vereinen ist in diesem Zusammenhang kein einziges Mal die Rede. Daß den Konstitutionellen die Verbindung von parlamentarischer Fraktion und außerparlamentarischen Vereinen hin zur Partei auch nach dem Trauma der gescheiterten Revolution noch immer schwer fiel, bestätigt sich hier ein weiteres Mal.³⁵⁸ Ein abschließender Kommentar veranschaulicht die Verfassung, in der viele Liberale der anbrechenden Reaktionszeit entgegensahen, recht deutlich: »Jedenfalls aber ist es zweckmäßiger, daß wir offen und frei und mit besonnener Resignation unsere Schwächen und Versäumnisse selbst eingestehen.«³⁵⁹

Ein letzter Artikel, in dem die DZ ein Fazit der vergangenen Jahre zieht, lohnt die Betrachtung, zumal das zeitgenössische Urteil für die scharf diskutierte Grundsatzfrage, welche Faktoren zum Scheitern der Revolution vorrangig beigetragen haben, weitere Anregung bietet.³⁶⁰ Im Leitartikel »Zur Ermuthigung« vom 13. Dezember 1850 wird die Revolution von 1848/49 als deutsches Drama in drei Akten interpretiert. Im ersten Akt, der Märzrevolution und ihren Folgen, sei die nationale Bewegung der einzige Protagonist auf der Bühne gewesen, »die Fürsten traten nur als Figuranten auf.«³⁶¹ Die Bewegung scheiterte, weil die Macht des Partikularismus bei weitem unterschätzt worden war, und weil sich »zu viele Brauseköpfe« der Demokratie in die Arme geworfen hätten. Davon abgestoßen, habe sich die konservative Partei den Fürsten mit einem Vertrauen angenähert, welche diese in keiner Weise verdienten. Die Spaltung Deutschlands in die nationale Bewegung und ihre konservativ-reaktionären Gegenspieler habe zu seiner Ohnmacht geführt und es leichte Beute der Fürsten werden lassen. Als sich der Vorhang über der deutschen Bühne zum zweitenmal öffnet, nämlich nach Ablehnung der Kaiserwürde, seien allein die Fürsten Handelnde, hätten sich jedoch bald als ebenso unfähig erwiesen, wie es im ersten Akt die Nation getan habe. Im dritten Akt, und das ist jetzt Zukunftsmusik, müßten Nation und Fürsten gemeinsam ans Werk gehen. Wären letztere dazu nicht bereit, würde eine erneute, gewaltige Revolution ihre Throne endgültig verschütten.

Das eigentlich Aufschlußreiche dieser Deutung ist die Zuschreibung von Verantwortlichkeit. Weder der großdeutsch-kleindeutsche Dualismus, dessen Unlösbarkeit Thomas Nipperdey als ausschlaggebend ansieht, erweist sich für die DZ als so wesentlich, noch die Aufsplitterung der nationalen Opposition in Liberale und Demokraten, die Dieter Langewiesche als entscheidenden Auslöser für das Scheitern ansieht, um nur zwei Grundpositionen der Forschung zu nennen. Vielmehr ist es die ungeheure Zähigkeit partikularer Traditionen, vor allem bei den Fürsten, aber auch in der Masse des

³⁵⁸ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Parteien*, 1978, S. 345 ff.

³⁵⁹ DZ 10. 12. 1850.

³⁶⁰ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Republik*, 1980; Th. NIPPERDEY, *Kritik*, 1976, DERS., *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 663 ff.; H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, 1987, S. 759 ff.; W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 225 ff.; H. LUTZ, 1985, S. 320 ff.

³⁶¹ DZ 13. 12. 1850, dort auch das folgende Zitat.

Volkes, welche das Scheitern der Revolution verursacht hätten. Was die heutige Revolutionsforschung als weiteren Grund anführt, daß nämlich das Bürgertum in divergierende Interessengruppen zerfiel, wird damit keineswegs ausgeklammert. Doch daß es für die liberalen Zeitgenossen und Teilnehmer der Revolution allem voran verkrustete partikuläre Traditionen in weiten Sozialkreisen der deutschen Gesellschaft waren, welche das nationale Experiment zum Scheitern brachten, kann der wieder entfachten Diskussion um die Integrationskraft des deutschen Nationalismus einen neuen Anstoß aus zeitgenössischer Perspektive liefern.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts setzt die anlaufende Industrialisierung komplexe gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang. Kaum eine Bevölkerungsgruppe bleibt davon verschont, und wer noch nicht betroffen ist, kann die Auswirkungen beim Nachbarn bereits beobachten. Deshalb wird die Industrialisierungsdebatte in den deutschen Staaten zum Teil bereits prospektiv geführt – vor allem mit Blick auf England.¹ Gerade die Liberalen als regional wie sozial übergreifende Oppositionsbewegung waren gezwungen, sich mit den vielschichtigen Problemen der Industrialisierung auseinanderzusetzen. Und diese Auseinandersetzung verlief ambivalent. Die große Mehrheit beobachtete die Aufhebung traditioneller Beschränkungen mit Skepsis und Sorge, weshalb die liberale Orientierung entlang des Zukunftsbilds einer Harmonie mittlerer Existenzen heute kaum mehr strittig ist.²

Daß gerade zwischen Handwerk und Liberalismus im Vormärz eine starke Affinität bestand, haben mehrere Arbeiten programmatisch wie sozialgeschichtlich belegen können.³ Im Zeichen der beginnenden Industrialisierung erscheint jedoch nicht ausreichend geklärt, wie lange das Handwerk als Träger der liberalen Bewegung fungierte, und welcher spezifischen Ausformung dieser weitgefächerten Opposition es sich zugehörig fühlte. Denn daß Handwerker sich von der Revolution in erster Linie die »Wiederherstellung handwerklicher Wertmuster und Wirtschaftsformen« versprachen, ist unstrittig⁴, wirft aber zugleich die Frage auf, ob es Verbindungslinien zu jenen bildungsbürgerlich geprägten Liberalen, denen die Nation bereits zentrale Zielvorgabe war, überhaupt noch geben konnte.

¹ Vgl. R. MUHS, 1988.

² Vgl. L. GALL, *Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«*, 1975.

³ Vgl. zur Situation des Handwerks: F. LINGER, 1988; H.-G. HAUPT/F. LINGER, 1988; H.-U. THAMER, *Emanzipation und Tradition. Zur Ideen- und Sozialgeschichte von Liberalismus und Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), *Liberalismus*, 1988, S. 55–73; H. SEDATIS, 1979; P. MÜLLER, 1990.

⁴ H.-U. THAMER, S. 71, wie Anm. 3.

Deren soziale Zusammensetzung, wie sie die Führungsschicht der DZ illustrierte, deutete bereits auf eine nur mehr minimale Integration handwerklich und kleingewerblich geprägter Gruppen hin. Belegt das Gesellschaftsmodell der DZ, und vor allem ihre Behandlung der Sozialen Frage, auch programmatisch, worauf die empirische Vorentscheidung hinwies? Und verkörpert die Deutsche Zeitung dann mehr die wirtschaftlich progressive Seite jener Ambivalenz, die für James Sheehan das sozioökonomische Denken vormärzlicher Liberaler kennzeichnet?⁵

Die Frage nach »einfacher Marktgesellschaft« oder »grenzenlosem Wachstum« als liberale Zukunftsvision, um die Positionen zuzuspitzen⁶, kann jedoch nicht bei der Gewerbepolitik stehen bleiben. Auch den Kanon sozialpolitischer Maßnahmen, mit dem die DZ Pauperismus und Massenarbeitslosigkeit bekämpfen wollte, gilt es abzufragen und dessen staatlicher Abfederung nachzugehen. Schließlich sollen agrarische und industrielle Reformvorschläge sowie handels- und steuerpolitische Konzepte in den Gesamtzusammenhang zeitgenössischer liberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebettet werden, zumal sich daraus weiterer Aufschluß hinsichtlich der häufig festgestellten Differenz von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus erwarten läßt. Neuerdings wird in Abgrenzung zur älteren Forschung vermehrt eine Übereinstimmung industrieller, gewerblicher und nationaler Interessen betont, wie sie so den von Heinrich Best untersuchten Interessenverband der Schutzzöllner kennzeichnete.⁷ Zu fragen, inwieweit sich auch in der DZ eine Kongruenz von politisch wie wirtschaftlich »modern« denkendem Liberalismus niederschlug, kann ihren Standort in der liberalen Debatte, die von den Zeitgenossen mit Vehemenz geführt wurde, weiter verdeutlichen und schließlich auch die übliche regionale Zuordnung, die wirtschaftlichen Fortschrittsglauben primär im Rheinland ansiedelt, auf ihren Gehalt überprüfen.

a) Antwort auf die Soziale Frage:

»Rationeller Landbau«, Gewerbeordnung und Industriepolitik

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung, die Ende der 40er Jahre ihren Höhepunkt erreichte, hatte sich primär an der Sozialen Frage, dem Problem des rapide wachsenden Pauperismus entzündet. Ursache dieser kollektiven Armut war das zunehmende Mißverhältnis zwischen explosivem Bevölkerungswachstum einerseits und Mangel an Arbeitsplätzen und Nahrung andererseits. Die letzte große Agrarkrise Deutschlands 1846/47 ließ die Lebensmittelpreise auf nie gekanntes Niveau schnellen. Beim Pauperismus handelte es sich primär um ein ländliches Phänomen, obwohl auch die Überbesetztheit des städtischen Handwerks viele Gesellen ins Proletariat

⁵ Vgl. J. SHEEHAN, *German Liberalism*, 1978, v. a. S. 19–34; DERS., *Wie bürgerlich war ...?*, in: D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, 1988, S. 36.

⁶ Vgl. H. SEDATIS, 1979, S. 117; R. BOCH, 1990.

⁷ H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 284 ff.

abdrängte, nicht aber, wie die meisten Zeitgenossen und lange auch noch die ältere Forschung annahm, um eine Folge der aufkommenden Industrialisierung.⁸

Gerade angesichts der langwährenden Vorwürfe an die liberale Adresse, die sozialen Probleme der Zeit nachrangig eingestuft und primär sich selbst überlassen zu haben, interessiert einmal, wo die DZ-Liberalen die Ursachen des Pauperismus lokalisierten, sodann, welche Berufsgruppen sie für pauperisiert hielten, und schließlich, was für Lösungskonzepte sie anboten. Vor diesem Hintergrund sei kurz auf die fünf wesentlichen Gründe hingewiesen, die zeitgenössische Analysen als Auslöser des Massenelends anprangerten⁹: Ein tiefgreifender Mentalitätswandel habe zu moralischer Auflösung geführt, Gewerbefreiheit die Konkurrenz entfesselt und den Niedergang des Handwerks ausgelöst, und die Industrialisierung schließlich Schachergeist, Ausbeutung und Lohnverfall heraufbeschworen. Staats- und Rechtspolitik hätten mit ausufernder Armenpflege den Müßiggang noch verstärkt und das überbordende Bevölkerungswachstum die wirtschaftlichen Möglichkeiten überfordert.

Im Gegensatz zu diesem Ursachenkanon, den das Gros süddeutscher Liberaler durchweg teilte, sah die DZ die Auslöser des Problems ganz woanders: Heimische Industrie und Gewerbe seien dem Druck der ausländischen Konkurrenz so schutzlos preisgegeben, daß sich die inländische Misere zwangsläufig einstellen mußte: »Diese tiefliegende, allgemeine Quelle der Verarmung wird am Ende allerdings einen Umschwung für die deutsche Nationalökonomie gegenüber dem Ausland herbeiführen.«¹⁰ In der Kleinstaaterei liege ein zweiter, wesentlicher Grund der Verarmung, da sich hierdurch ein erhebliches Mißverhältnis zwischen dienstleistenden und produktiven Klassen entwickelt habe. So sei »deshalb bei einer Bevölkerung von kaum vierzig Millionen Seelen eine Nahrungslosigkeit entstanden ..., welche jährlich Tausende von redlichen Bürgern ins Ausland treibt und selbst Fälle von unläugbarem Hungerstode vorkommen läßt.«¹¹ Schuld an solchen Krisen seien die unzähligen einzelstaatlichen Administrationen, deren Ausgaben so hoch seien, »daß selbst bei der reichsten Civilliste und dem glänzenden Hofstaate ein Kaiserthum mit einem Ministerium, einer Heeresverwaltung, einem Gesandtschafts- und Konsularsystem, einer Postverwaltung u. s. w. bei weit größerer Wirksamkeit für das Gesamtwohl dem deutschen Lande kaum auf die Hälfte der Summe zu stehen kommt, welche es gegenwärtig für seine staatlichen Einrichtungen auszugeben gezwungen ist; und mit dieser ersparten Hälfte können wir dann zur Linderung der Noth in den einzelnen Klassen der Gesellschaft mehr ausrichten...«. Die

⁸ Vgl. dazu K.-J. MATZ, 1980, S. 58; H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, 1995, S. 281 ff.; R. KOCH, *Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert*, in: K. HOLL u. a. (Hrsg.), 1986, S. 18.

⁹ Vgl. K.-J. MATZ, 1980, S. 45 ff.

¹⁰ DZ 27. I. 1848.

¹¹ DZ 14. 6. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

Situation werde noch dadurch erschwert, daß der Wechsel vom Staatsdienst zur Privatwirtschaft für Beamte nahezu unmöglich sei, da diese ihr ganzes Vermögen in ihre Ausbildung gesteckt und deshalb kein Kapital für eine selbständige Existenz übrig hätten. Überdies brächten sie weder Fähigkeit noch Flexibilität mit, ihr Auskommen in der freien Wirtschaft zu finden: »Denn ... das Schreiberleben (ist) von allen anderen Existenzarten zu verschieden, als daß unter hunderten zehn selbst bei dem besten Willen im Stande wären, ihr Pult zu verlassen und als Kaufleute, Fabrikanten oder Landleute sich mit Erfolg zu setzen.«

Drittens unterlägen Landwirtschaft, Handwerk und Industrie viel zu vielen staatlichen Beschränkungen, als daß die Wirtschaft Schubkraft gewinnen könne. An der staatlichen Bevormundung liege es primär, daß im Ackerbau »die eigentliche Tragbarkeit unseres Bodens noch gar nicht ermessen werden« konnte, an den »vielfachen Hemmnissen in der Ausübung seiner Arbeit« sowie der »manchmal ins Lächerliche gehenden Begrenzung in den zu bearbeitenden Stoffen und Gebrauchsgegenständen,« wenn Handwerker kein Auskommen fänden.¹² Auch der entstehenden Industrie würden von Beamtenseite ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen, weshalb sie »noch bei weitem nicht die Stellung in dem Körper der Gesellschaft eingenommen, welche ihr als stoffveredelndem Organ nothwendig gebührt.«

Zeitgenössische Anschauung und der Ursachenkanon, den die Deutsche Zeitung hier formuliert, differieren grundlegend. Als zentraler Unterschied kristallisiert sich heraus, daß das rapide Bevölkerungswachstum von der DZ keineswegs als Ursache der überall sichtbaren Verarmung beurteilt wird. Vielmehr sei der Produktions- und Nahrungsspielraum, den Boden, Gewerbe und Industrie liefern könnten, bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Diese behebbare, wirtschaftliche Barriere sei in erster Linie für das Pauperismusproblem verantwortlich.¹³

Welche Bevölkerungsschichten sah die DZ als pauperisiert an oder zumindest davon bedroht? Lange hat sich in der Geschichtswissenschaft der historiographische Mythos erhalten, von der Sozialen Frage sei zuvorderst das entstehende Industrieproletariat betroffen. Mittlerweile sind sich Historiker jedoch einig, daß es viel mehr darum gehen muß, die ominöse, und oft wenig differenziert beurteilte Soziale Frage in unterschiedliche Problemfelder, nämlich die Agrarfrage, die Frage von Handwerk und Gewerbe und die Arbeiterfrage aufzugliedern.¹⁴ Wie berechtigt dieses Anliegen ist, läßt sich bereits in der Deutschen Zeitung nachlesen: »Denn nicht bloß der abhängige

¹² DZ 21. 6. 1848, dort auch das folgende Zitat.

¹³ Vgl. ebd.: »Es kommt uns gegenwärtig allein darauf an, ... unsere Leser zu der Überzeugung zu bringen, daß Deutschland noch gar nicht nöthig hat, an ein künstliches socialistisches Experimentieren zu denken, so lange alle seine bisher gefesselten Kräfte noch nicht auf einfache Weise freigegeben worden sind und in enger Verbrüderung untereinander bei nachhaltiger Unterstützung zeitgemäßer Staatseinrichtungen die ganze Ausbildung erlangt haben, zu der sie die Natur berechtigt.«

¹⁴ Vgl. Anm. 8.

Fabrikarbeiter, nicht bloß der nahrungslose Gewerbsmann ist zur traurigen Klasse der Proletarier herabgesunken, sondern ebensowohl der ärmliche, verschuldete Kleinhäusler mit seinen unzureichenden Grundbesitz.«¹⁵ Welche Konzepte zur Lösung der Sozialen Frage die DZ formulierte, soll anhand der genannten Berufsgruppen im einzelnen aufgeschlüsselt werden und so dazu beitragen, ihren Standort innerhalb des vormärzlichen Liberalismus präzise zu vermessen.

Kernanliegen der Deutschen Zeitung, was die Agrarfrage anging, war die Befreiung von allen noch bestehenden Abgaben und Diensten, die der bäuerlichen Bevölkerung jede Motivation nahmen. Der volkswirtschaftliche Verlust aus den Feudallasten rühre daher, »daß die vielen Frohdienste und sonstigen Leistungen der Landleute den Berechtigten kaum zwei Drittheile von dem Preise werth sind, auf welchen sie den Verpflichteten zu stehen kommen, woraus ... jährlich eine äußerst beträchtliche Summe von geradewegs verschwendeten Boden- und Armkräften erwächst.«¹⁶ Drückende Steuern und Abgaben, wie der in Süddeutschland noch bestehende Zehnt, gestatteten selbst dem fleißigsten Landwirt nicht, ein gewisses Kapital anzuhäufen. In England dagegen ermöglichten niedrige Zinsen dem Bauern, seinen Boden zu verbessern sowie Vorschüsse wieder abzutragen. Doch benötige eine produktive Landwirtschaft ebenso Kapital wie jedes andere Gewerbe auch. Nur dadurch könne der deutsche Bauer potentiell über eine Subsistenzwirtschaft hinauswachsen. Der Staat müsse hier endlich eingreifen und die noch vorhandenen Feudal- und Grundlasten gesetzlich abschaffen.

Zum zweiten sah die DZ in der Bodenaufteilung eine zentrale Ursache der ländlichen Verelendung. Realteilung und das enorme Anwachsen der unterbäuerlichen Landbevölkerung hatten dazu geführt, daß viele Kleinbauern und Häusler völlig überschuldet auf winzigen Grundstücken lebten, deren Ertrag kaum das notwendige Existenzminimum abdecken konnte. Die DZ bezieht sich hier primär auf Württemberg, doch läßt sich ihr Reformvorschlag durchweg überregional lesen: »Das einzige Mittel aber zur Erhaltung eines eigentlichen Bauernstandes ist irgendwelche Fürsorge gegen die Güterzerstückelung, und sowenig unsere Zeit wieder in die Gebundenheit des Lehenskomplexes der Bauerngüter zurückgreifen kann, ebenso wenig sollte doch die Gesetzgebung selbst ... die in's Kleinste gehende Zerstückelung, mittels der Vererbung der Grundstücke ... zu einer Notwendigkeit machen.«¹⁷ Konkret schlug die DZ vor, daß alle »denkenden« Landwirte gemeinsam daran arbeiten sollten, »die Zusammenlegung aller über die Ortsmarkung hingewürfelten Grundstücke jedes Besitzers zu Stande zu bringen und die ohnedem nicht mehr lange aufschiebbare Ablösung der

¹⁵ DZ 28. 1. 1848.

¹⁶ DZ 21. 6. 1848.

¹⁷ DZ 28. 1. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

Grundlasten damit in Verbindung zu setzen ... So einschneidend für den Augenblick eine ... Güterzusammenlegung sein mag, es wäre dies eine der wohlthätigsten Reformen fürs ganze Land.« Längerfristige Folge einer solchen Reform sei die Erhöhung der Produktion, vergrößerte Anbauflächen zum Anbau neuer Produkte und insgesamt ein »rationeller Landbau«, der verarmten Kleinhäuslern und Tagelöhnern neue Arbeitsplätze böte.

Die Klage über zu weit gehende Bodenaufteilung war gängiger Bestandteil der öffentlichen Diskussion¹⁸, und auch der Liberalismus der DZ präsentierte sich hier als Partei der Bauernbefreiung. In der Frage, wie den sozialen Folgen der Bodenaufteilung zu begegnen sei, weist er jedoch über die Reformvorschläge der Zeitgenossen hinaus. Der Vorschlag der DZ, Individualeigentum genossenschaftlich zu binden, wenn es zum Selbsterhalt nicht ausreiche, erscheint nicht rückwärtsgewandt, sondern vielmehr von praktischer Alltagserfahrung und genauer Kenntnis der süddeutschen Agrarsituation geprägt. Das liberale Gesellschaftsbild der Selbständigkeit möglichst Vielen wird dahinter zwar noch gewahrt, seine Umsetzbarkeit aber bereits in Frage gestellt: »Auch wir wünschen keinen Tagelöhnerstand, der ohne Schutz ... in die Hände einer reichen, grundbesitzenden Bauernaristokratie gegeben ist, auch wir möchten, daß selbst der ärmste Tagelöhner noch sein eigenes Grundstück hätte ... aber daß eben die Möglichkeit eines eigenen freien Güterbesitzes bei einer ins Unendliche gehenden Güterzerstückelung immer mehr verschwinden muß, ... daß Hand in Hand mit der Überschuldung und Unfähigkeit der Familie, sich vom Grundstückchen zu nähren, die Unselbständigkeit und die unbegrenzte Abhängigkeit der Ortsbürger gehen muß – das hat niemand treffender geschildert als Friedrich List.«¹⁹

Auch auf die Lage des Handwerks und Kleingewerbes hatte sich die Bevölkerungsexplosion einschneidend ausgewirkt. Zur Überbesetzung vor allem im Gesellenbereich kam die Abhängigkeit von der Landwirtschaft sowie industrielle Baissen, die den handwerklichen Arbeitsmarkt zusätzlich belasteten. Zwar hatte die Dekorporierung Meister und Gesellen gleichermaßen betroffen, doch den Meistern blieben die Zünfte als Organisationsform erhalten, wogegen das Gesellenleben sich zunehmend entritualisierte. Vor Ausbruch der Revolution hatte die Proletarisierung weite Teile des Handwerks bereits erfaßt und die Mehrzahl seiner Vertreter dazu gebracht, Defensivstrategien zu formulieren.

Die Frage der Gewerbeordnung spielte in der zeitgenössischen Pauperismusdebatte wohl die größte Rolle. Die Forschung ist sich mittlerweile darüber einig, daß ein Plädoyer für Gewerbefreiheit noch nicht unbedingt Signum für Fortschrittlichkeit sein mußte, und daß man umgekehrt Zünfte und zugleich politische Reformen fordern konnte.²⁰ In der DZ stand bei

¹⁸ Vgl. R. KOCH, S. 20, wie Anm. 8.

¹⁹ DZ 28. 1. 1848.

²⁰ Vgl. Anm. 3.

der Diskussion handwerklicher Reformen zunächst die Linderung sozialer Not im Vordergrund. Das Blatt befürwortete die Gewerbefreiheit, wollte sie in der Mehrzahl ihrer Kommentare jedoch staatlich einschränken. Unbegrenzte Gewerbefreiheit stellte hier eine nur gelegentlich vertretene Randposition dar. Das Hauptproblem der Dekorporierung sahen die Zeitungsautoren im Fehlen gesetzlicher Bestimmungen, die dem Handwerk »seine Stelle anwiese(n) in der gemeinsamen Idee des Staatsganzen,« und ihm auch die Möglichkeit böten, sich als selbständige Interessengemeinschaft zu organisieren.²¹ Mittels einer gesetzlichen Gewerbeordnung sollte ein Genossenschaftsverband »als Vereinigung von Freiheit und Ordnung« geschaffen werden und sein Zugang »an eine geordnete, gewerbliche Bildung (ge)knüpft« werden. Dieser Vorschlag zielte einmal darauf ab, die »Überschwemmung des Gewerbslebens« mit unfähigen Kräften zu verhindern, zum anderen die ehemalige Aufgabe der Innung als integrierende und ausbildende Institution neu zu beleben. Genossenschaftliche Verbände könnten ihren Mitgliedern damit einen institutionalisierten Raum ermöglichen, »ihre Angelegenheiten selbst zu leiten und zu regeln.«

Parallel zur Forderung nach öffentlichen Meisterprüfungen, verbandsinternen Schiedsgerichten und Unterstützungskassen, die sich alle im Rahmen zeitgenössischer Reformkonzepte bewegten, formulierte die DZ auch sehr viel progressivere Ideen. Einmal sprach sie sich für unbedingte Freizügigkeit aus: »Wer zur genügenden Ausübung eines Gewerbes sich herangebildet hat, der muß auch das Recht haben, dasselbe allenthalben im ganzen Vaterlande ausüben zu können; ja es muß ihm freistehen, wenn er nur eine gewerbliche Bildung genossen und den Nachweis seiner Fähigkeit dazu gegeben hat, mehrere Gewerbe zu betreiben und von einem zum anderen übergehen zu können.« Dem Widerstand vieler Städte und Gemeinden gegenüber völliger Freizügigkeit suchte die DZ damit zu begegnen, daß sie gewerbliche und ortsbürgerliche Niederlassung trennen, den Gewerbebetrieb damit vom Bürgerrecht unabhängig machen wollte und als Kompensation vorschlug, »daß der des Ortsbürgerrechts nicht theilhaftige Gewerbsmann gleichwohl seinen Antheil an den Gemeindegeldern seines Wohnorts zu übernehmen habe.«²² Defensivstrategien wie Produktionsverbote für Fabriken oder Verarbeitungsbeschränkungen bei bestimmten Materialien – alles Gedanken die auf dem deutschen Handwerkerkongreß im Juli 1848 eine positive Resonanz gefunden hatten – lehnte die DZ als »beschränkten Egoismus« harsch ab.²³

Zum anderen würden die sehr hohen Steuern ein lebhaftes Gewerbeleben blockieren: »Zu lange hat der schwere Druck der so ungleich vertheilten

²¹ DZ 28. 1. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

²² Ebd. Ähnlich auch DZ 21. 6. 1848.

²³ DZ 21. 6. 1848, dort auch die folgenden Zitate. Vgl. den Kontext: »Man darf sich bei der Beurteilung der hier einzuschlagenden Gegenstände nicht durch den beschränkten Egoismus, wie er trotz unserer zu Opfern für das Gesamtwohl so bereitwilligen Zeit kürzlich in Hamburg auf dem Gewerbekongreß zum Ausbruche gekommen ist, beirren lassen.«

Besteuerung, die nicht von den Ergebnissen der Arbeit den Staat seinen nötigen Anteil nehmen läßt, sondern die Arbeit selbst, also das Kapital statt der Zinsen derselben heranzieht, auf dem Gewerbsmann gelastet. « Schnelle legislative Hilfe sei unumgänglich, zumal der Anachronismus der Gesetzgebung und die bürokratische Mentalität neben dem handwerklichen Traditionalismus die entscheidenden Wurzeln des Problems darstellten.²⁴ Welche Maßnahmen die DZ hier konkret vorschlug, wird im Rahmen der Steuerpolitik erläutert werden.

Neben dieser gewerbepolitischen Grundposition, der sich DZ-Autoren in der Mehrheit verpflichtet fühlten, gewährte die Zeitung auch Mindermeinungen Raum, die sehr viel aggressiver argumentierten. Grundbedingung aller volkswirtschaftlichen Verbesserung, so heißt es in einem Artikel vom 5. Mai 1848, sei die unumschränkte Gewerbefreiheit, deren soziale Kosten eine »tüchtige Volksbildung« abfangen solle. Der allgemeine Fortschritt dürfe nicht um der Interessen Einzelner willen aufgehalten werden. Volle Gewerbefreiheit und expansive Industrialisierung, auch wenn dies den Untergang traditioneller Branchen bedeute, sei das Gebot der Stunde. Denn deren »Todeskampf« solle man nicht künstlich verlängern, zumal neu entstehende Industrien wieder neue Arbeitsplätze böten. Diese Stimme, wiewohl aus Süddeutschland²⁵, nähert sich deutlich den wirtschaftspolitischen Vorstellungen rheinischer Liberaler an und deutet darauf hin, daß wesentliche Strömungen des deutschen Liberalismus sich bereits vor der Jahrhundertmitte von der Vorstellung einer kleingewerblichen Mittelstandsgesellschaft weit entfernt hatten.²⁶

Neben der Frage, inwieweit die Gewerbekonzeptionen der Deutschen Zeitung sich überhaupt noch in die Vorstellungen des süddeutschen Liberalismus einfügten, stellt sich auch die Frage zeitlicher Zäsuren. Denn ihr gewerbepolitisches Programm, welches unbeschränkte Freizügigkeit sowie Gewerbefreiheit bei gesetzlicher Abfederung durch Genossenschaften rundheraus befürwortete, scheint eine Modifizierung des nachmärzlichen Liberalismusbildes nötig zu machen. Im Gegensatz zu seiner vormärzlichen Ausprägung habe erst der nachmärzliche Liberalismus, so Friedrich Lenger, »Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Genossenschaft« zu den »drei wenig

²⁴ Ebd., vgl. dort auch die Kritik der bürokratischen Mentalität: »Denn nicht nur, daß im Einzelnen der Beamte dem gewerbetreibenden Bürger gegenüber sich als Hauptperson im Staate ansah, und in diesem Bewußtsein durch die mannigfachen Plackereien der Schreiberstube veranlaßte Zeitvergeudung und unnützen Kostenaufwand störend in die individuelle Betriebsamkeit eingriff, sondern auch die gesamte Kaste mit den Regierungen als ihrem Gipfelpunkte blieb meistens entweder taub bei den lauten Klagen und Forderungen ihrer producierenden Unterthanen oder stemmte sich vollends kleinlicher Rücksichten wegen gegen die von jenen auf eigene Hand versuchten Abänderungen und neuen Schöpfungen.«

²⁵ Hinter der Chiffre »H Heidelberg« verbarg sich mit hoher Wahrscheinlichkeit Gustav Höfken, der bis in den Mai 1848 hinein noch als freier Mitarbeiter für die DZ tätig war. Höfken verwendete diese Chiffre zumindest in anderen Artikeln, die ihm mit Sicherheit zugeschrieben werden können.

²⁶ Vgl. dazu G. HÜBINGER, 1984, S. 165 f.; ähnlich auch R. BOCH, 1990, S. 220 f.

²⁷ H.-G. HAUPT/F. LENGER, 1988, S. 306.

umstrittenen Pfeilern« seiner Wirtschaftskonzeption gemacht.²⁷ Die Position der DZ weist jedoch darauf hin, daß es bereits vor 1850 meinungsprägende liberale Stimmen gab, die lautstark auf eben diese drei Grundbausteine liberaler Gewerbepolitik pochten.

Mit dem rapiden Anwachsen von Fabriken und Großbetrieben entstand ein neuer Arbeitstypus: der lohnabhängige Fabrikarbeiter. Auf die Lebenssituation dieser Arbeiter richtete sich die Aufmerksamkeit des reformorientierten Publikums besonders, obwohl die Pauperisierung diese Gruppe nicht am stärksten bedrohte. Doch das Erleben der Industriellen Revolution, die Mitte der vierziger Jahre einsetzte²⁸, hatte in der Gesellschaft des deutschen Vormärz einen durchweg ambivalenten Eindruck hinterlassen, und das neue, vielen umheimliche »Maschinenwesen« wurde von den Zeitgenossen oft als zentraler Auslöser der sichtbaren Verarmung gewertet. Daß in der Industrie letztlich die Chance zur Überwindung der erlebten Hungerkrisen lag, sahen damals nur ganz wenige. Begriffe wie »Organisation der Arbeit«, »Assoziation«, »Selbsthilfe« und »Bildung« dominierten die zeitgenössischen Lösungsansätze und wurden je nach Standpunkt mit unterschiedlichem Gehalt gefüllt. Obwohl vor allem im noch schwach industrialisierten Süden Deutschlands zahlreiche Kritiker gegen die Bedingungen einer industriekapitalistischen Gesellschaft Front machten, fand das Modell einer *heureuse médiocrité* im Liberalismus des ausgehenden Vormärz keine ungeteilte Zustimmung mehr.

Auch die DZ sah im Gegensatz zur großen Mehrheit konservativer und liberaler Autoren in der Industrialisierung nicht die Ursache der Massenverelendung, sondern vielmehr ein übergreifendes Mittel zur Lösung dieses Problems. Denn nur industrielles Wachstum könne neue Arbeitsplätze schaffen und langfristig weitaus mehr Beschäftigung als die manuell arbeitenden Branchen gewährleisten: »Es ist endlich Zeit, die Vorurtheile gegen das Maschinenwesen fahren zu lassen ... Will man bedauern, daß die Druckerpresse unmöglich macht, daß nicht Millionen Menschen mit dem Bücherabschreiben ein kümmerliches Leben fristen? Beschäftigt jetzt die Druckerpresse nicht weit mehr Menschen, als einst das Abschreiben von Schriften, und dabei sind diese so wohlfeil geworden, daß sie nicht mehr das Privilegium sehr Weniger bilden.«²⁹ Daß technische Innovationen und als deren Folge die fundamentale Umwandlung der Arbeitsverhältnisse große soziale Lasten mit sich brachte, betont die DZ immer wieder. Deshalb mußten diese mehr als Übergangsphänomene eingestuft Probleme durch private und staatliche Maßnahmen abgefedert werden. Oder, so die rhetorische Frage, »will man aus Furcht vor den Gefahren des Industrialismus die

²⁸ Diese Zäsur bei H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, 1995, S. 613 f. Vgl. zur kontroversen Frage der Terminierung H.-W. HAHN, Zwischen Fortschritt und Krisen, München 1995.

²⁹ DZ 5. 5. 1848.

deutsche Industrie selbst verkümmern lassen und durch unbestimmtes Schwanken oder Stehnbleiben auf halbem Wege den Pauperismus nahezu heraufbeschwören?»³⁰ Denn »jede neue Maschine, jede Verbesserung, in der Volkswirtschaft wie im Staate, wieviel edlere Kräfte als die abgedankten sie zur Thätigkeit aufrufen mag, setzt doch einzelne Hände außer Arbeit, legt einzelne Kräfte vorübergehend brach.«³¹

Die Industrialisierung sei jedoch nur dann imstande, neue Arbeitsplätze schaffen und damit der sozialen Not entgegenwirken, wenn sie von den vielen staatlichen Beschränkungen befreit würde. Als Haupthemmnis wertet die DZ Gleichgültigkeit und Mißtrauen von staatlicher Seite, das Konzessionswesen und die zu hohe Besteuerung, welche für mangelnde Investitionsanreize oder im Extremfall für die fehlende staatliche Unterstützung krisengeschüttelter Großbetriebe verantwortlich sei: »Der Beamtenstaat (glaubt) gemeinnützigen Unternehmungen Hindernisse in den Weg legen zu müssen, weil nicht ausschließlich die Staatskasse, sondern auch die Unternehmer Nutzen daraus ziehen könnten. Es ist derselbe Glaube, welcher die Industrie anfeindet, weil sie die Fabrikanten bereichere, der aber dabei übersieht, daß sie Arbeit schafft, derselbe Gedanke, welcher Gewerbskonzessionen verweigert, und dem Nachsuchenden verbietet, sich mit einem Geschäft zu ernähren, aus Besorgnis, der Versuch könne ihm mißlingen; es ist das nämliche verkehrte Bevormundungssystem, welches Tausende von Deutschen über den Ozean treibt, weil sie die Hemmung ihrer Erwerbsthätigkeit in der Heimat dem Bettelstab entgegenführt.«³² Das staatliche Verhalten in einem solchen Extremfall, dem drohenden Bankrott dreier badischer Textilfabriken Anfang 1848, riß den DZ-Herausgeber Karl Mathy sogar zu dem anschaulichen Bild hin: »Die Freunde der Industrie werden dagegen den Antrag so ansehen, als ob ein Mann, der am Ufer geht, einem Ertrinkenden, der um Hilfe ruft, antworten wollte: Verweilen Sie gefälligst noch ein Stündlein im Wasser; ich eile auf die Polizei, um ... anzufragen, ob es erlaubt ist, Sie zu retten.«³³

Die staatliche Förderung der Industrialisierung erscheint hier vor allem als funktionale Maßnahme, um die Volkswirtschaft zu beleben, Arbeitsplätze zu schaffen und die soziale Balance zu erhalten. Darüber hinaus äußern DZ-Autoren aber auch Gedanken, die der Industrialisierung eine eigenständige Rolle ganz jenseits ihrer Funktionalität zugestehen und eher kulturellen Charakter tragen: »Der Grund der unermesslichen Wichtigkeit von Maschinen liegt in den beiden unbestreitbaren Sätzen, daß sie mehr und mehr die mechanische Arbeit dem Menschen abnehmen und dadurch die Veredelung und Vergeistigung der menschlichen Thätigkeit möglich machen, daß sie dabei zugleich die materielle Gütermasse ungemein vermehren.«³⁴ In der

³⁰ DZ 30.7.1847.

³¹ DZ 5.5.1848.

³² DZ 29.12.1847.

³³ DZ 16.2.1848.

³⁴ DZ 5.5.1848.

willkürlichen Beschränkung technischen Fortschritts sieht dieser ungenannte Autor auch einen Widerspruch zum natürlichen Streben des Menschen nach mehr Wissen und damit, ganz im Geiste der Aufklärung, nach mehr Freiheit. Die hier deutlich werdende kulturelle Überhöhung von Wissenschaft und Technik stellte im süddeutschen Liberalismus zweifellos eine Randposition dar.³⁵ Daß ein liberales Blatt wie die DZ solchen Gedanken überhaupt Raum zugestand, verstärkt jedoch den Eindruck, daß das wirtschaftliche Denken dieser Frühliberalen sich nicht ausschließlich auf die Projektion einer harmonischen Gesellschaft kleiner Selbständiger reduzieren läßt.

Das kontrovers diskutierte »Recht auf Arbeit«, das während der französischen Revolution in den Pariser Nationalwerkstätten ansatzweise praktiziert worden war, lehnte die DZ jedoch kategorisch ab.³⁶ Jede vom Staat garantierte Arbeit müßte unvermeidlich die teuerste sein, da jeglicher Wettbewerb von ihr abpralle. Als Folge verringere sich damit nur das Volkseinkommen, der private Konsum ginge zurück und die allgemeine Erwerbstätigkeit würde gedrückt. Aber die DZ fürchtete auch die mentalen Folgen staatlich garantierter Arbeit: »Die Sorge der Selbsterhaltung, die mächtigste Spannkraft menschlichen Willens und Wirkens«³⁷, würde genommen, Apathie und Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Leben heraufbeschwört und eine demoralisierende Wirkung auf den einzelnen wie auch auf die Gesamtgesellschaft ausgeübt.

Schließlich, so resumiert das Blatt seine Argumente, könne kein Recht im Grundrechtskatalog Eingang finden, dessen Erfüllung nicht direkt einklagbar sei.³⁸ Als Kronzeugen dafür zitiert sie den Protagonisten der Linken, Robert Blum, mit dessen Antwort auf die Frage staatlicher Arbeitsgarantie: »Das ist nichts Anderes als eine Versprechung, die Sie zwar geben, für deren Erfüllung Sie aber nichts thun können.«³⁹ Dem überall benutzten Zauberwort der Zeit, der »Organisation der Arbeit«, geht die Deutsche Zeitung, wenn sich dahinter ein Recht auf Arbeit verbirgt, konsequent aus dem Weg und entspricht damit dem Gros liberaler Beschäftigungskonzepte im deutschen Vormärz.

Neben dieser negativ definierten Position formuliert sie aber auch positive Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitersituation. Zwar will sie die Schaffung von Arbeitsplätzen in erster Linie der Privatwirtschaft überlassen und dem Staat nur die Aufgabe einer investitionsfreundlichen Gesetzgebung

³⁵ Vgl. zur Sinngabe der Industrialisierung im rheinischen Wirtschaftsbürgertum: R. BOCH, 1990, S. 222 f.

³⁶ Vgl. dazu W. SIEMANN, *Wirtschaftsliberalismus*, 1976, v. a. S. 410 ff.; R. BOCH, 1990, S. 231 ff.; s. auch J.-D. KÜHNE, 1985, S. 273 f.

³⁷ DZ 18. 3. 1848.

³⁸ Vgl. auch DZ 21. 10. 1848: »Man kann zugeben, daß jeder Mensch die Pflicht zu arbeiten habe; man kann auch einräumen, daß ein jeder das Recht habe, von seinen Nebenmenschen Arbeit zu fordern, aber doch wahrhaft nur, soweit diese selbst im Stande sind, sie herbeizuschaffen.«

³⁹ DZ 11. 2. 1849.

zumessen⁴⁰, doch den arbeitenden Klassen müsse die Möglichkeit gegeben werden, sich als Interessengruppen zu organisieren.⁴¹ Nur durch Zusammenschluß der Arbeiter könne dem Lohndruck, der vor allem in großen Städten herrsche und dort den Lebensstandard oft auf ein Existenzminimum herabdrücke, begegnet werden. Unseren heutigen Begriff der »Tarifpartei« verwendet die Zeitung natürlich noch nicht, doch er entspricht dem Gehalt ihres Votums, »daß Arbeiter-Assoziationen selbst zum Zwecke der Vereinbarung mit den Arbeitgebern über einen angemessenen Lohn fortan ebenso wie in England gestattet sein und die Strafbestimmungen, welche dagegen in unseren Gesetzbüchern noch bestehen, wegfallen (müssen).«⁴² Mit ihrer Bejahung gesetzlich zugelassener Arbeitnehmervertretungen zum Zweck der Lohnfestsetzung weist die DZ hier deutlich über die gängigen arbeitspolitischen Vorstellungen deutscher Frühliberaler hinaus.

Schließlich rekurriert die Zeitung immer wieder auf den Grundrechtskatalog der Paulskirche, dessen soziale Bestimmungen so weitreichend seien, »daß der ersten deutschen Reichsverfassung (nicht) der Vorwurf gemacht werden kann: sie sei dem Arbeiterstand nicht gerecht geworden.«⁴³ Die Frage, inwieweit die Paulskirchenverfassung den sozialen Problemen der Zeit Rechnung trug, hat in der Forschung vor einigen Jahren eine Neubewertung erfahren. Über Jahrzehnte überwog in der historischen und juristischen Literatur die Ansicht, die Verfassung habe die soziale Verpflichtung des Staates unterbewertet.⁴⁴ Jörg-Detlef Kühne hat in seiner Analyse der ersten deutschen Reichsverfassung dagegen versucht, die sozialen Dimensionen des Verfassungsentwurfs herauszuarbeiten und hat die vermeintliche »soziale Enthaltsamkeit« des Liberalismus erst ab Beginn der 60er Jahre für virulent erklärt.⁴⁵

Grundrechte, in denen der Staat seiner Sozialverpflichtung nach Meinung der DZ nachkam, waren einmal die auf Freizügigkeit, Heimatrecht und Gewerbebetrieb, alles Rechte, die speziell dem Mittelstand zugute kommen sollten und bereits 1847 zu den gewerbepolitischen Forderungen der DZ gehört hatten. Ebenso wie der Verfassungsentwurf wollte die Zeitung den Beitritt zu den neuen Gewerbevereinen freiwillig gestalten, die Aufnahme jedoch an gewerbliche Bildung knüpfen. Dabei lehnte sie den sogenannten »großen Befähigungsnachweis« ab, der später Verfassungsbestandteil wur-

⁴⁰ Vgl. dazu auch DZ 18. 3. 1848: »Vielleicht ist es aber auf diesem direkten Wege unmöglich, kleine Mißverhältnisse zu beseitigen und die allzu schroffen Mißverhältnisse in den Schichten der Gesellschaft auszugleichen, während der Staat als solcher der dichter werdenden und hiermit ungleich sich schichtenden Gesellschaft gegenüber nur für Erwerbsfähigkeit nach Innen und Abfluß einer eintretenden Überbevölkerung nach Außen sorgen kann.«

⁴¹ Vgl. R. BOCH, 1990, S. 234 f., der im rheinischen Liberalismus keine Ansätze für eine gesetzlich auszuhandelnde Lohnvereinbarung feststellt.

⁴² DZ 11. 2. 1849.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Vgl. W. SIEMANN, *Wirtschaftsliberalismus*, 1976, S. 409 ff.; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 64; J.-D. KÜHNE, 1985, S. 247, Anm. 355.

⁴⁵ J.-D. KÜHNE, 1985, S. 246 ff.

de, und eine erhebliche Beschneidung der Gewerbefreiheit darstellte.⁴⁶ Den »sozialen Grundton«, den Kühne den geplanten Unterstützungskassen zuspricht⁴⁷, sah auch die DZ gewährleistet, ebenso wie sie die übrigen Regelungen der Berufsausübung und die gewerbliche Interessenvertretung, welche die Verfassung verankerte, als soziale Abfederung des bedrohten Mittelstands begriff.

Die Reichsverfassung hatte freien Volksschulunterricht, Rechtssprechung durch kollegial gewählte Richter sowie Auswanderungs- und Preßfreiheit festgeschrieben, alles Rechte, die die DZ auch als soziale Maßnahmen interpretierte. Die freie Schulbildung komme vor allem den Kindern bereits proletarisierter Familien zugute, durch Versammlungsfreiheit und vor allem durch das allgemeine Wahlrecht könne die Organisation der Arbeiter vorangetrieben werden: »Flößt den arbeitenden Klassen durch wirksame Mitbeteiligung an dem Gemeinwesen Vertrauen in die öffentliche Leitung ein, und Ihr werdet in ihnen gerade die festesten Stützen der gesetzlichen Freiheit finden, denn die Arbeit ist sittlich, ist religiös, ist konservativ.«⁴⁸ Diese Haltung weist über den vormärzlichen liberalen Grundkonsens, der den besitzlosen Bevölkerungsschichten volle politische Partizipationsrechte meist aberkannte, weit hinaus, und grenzt die Zeitung hier auch vom wahlrechtlich konservativen Denken rheinischer Liberaler entschieden ab.⁴⁹

Handwerker und Kleingewerbler, Bauern und Landwirte sowie Fabrikarbeiter waren die Berufsgruppen, welche die Deutsche Zeitung von der Pauperisierung am stärksten betroffen sah. Wenn sie dabei ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Situation der Bauern und Handwerker richtete, so entsprach dies gerade im noch wenig industrialisierten Süddeutschland voll auf der historischen Realität. Denn diese war vor 1850 primär durch ländliche Pauperisierung gekennzeichnet. Den wirksamsten Lösungsansatz sah die DZ in einer Verbindung agrarischer, gewerblicher und industrieller Reformen, die direkt im jeweiligen Beschäftigungsbereich ansetzen sollten. Der Staat wurde dabei primär als Garant stimulierender Rahmenbedingungen gesehen.

Damit zeichnet sich hier eine Strömung ab, die im vormärzlichen Liberalismus bisher nur als Randposition berücksichtigt wurde: Das Gesellschaftsbild dieser nationalen Liberalen orientierte sich nicht mehr an den Kategorien einer »einfachen Markt- und Handwerker-gesellschaft«⁵⁰, der sich das Gros der Vormärzliberalen weitgehend noch verpflichtet fühlte. Vielmehr bot die DZ vor dem prospektiven Hintergrund einer »sich un-

⁴⁶ Ebd., S. 235.

⁴⁷ Ebd., S. 240.

⁴⁸ DZ 5. 7. 1847. Vgl. auch DZ 11. 2. 1849: »Namentlich das freie Vereinigungsrecht wird der starke Hebel sein, durch welchen die arbeitenden Klassen fortan *selbst* auf die Verbesserung ihrer Lage hinwirken können.«

⁴⁹ Vgl. R. BOCH, 1990, S. 246 f., der für das rheinische Wirtschaftsbürgertum nachweist, daß der Arbeiterstand hier von jeglicher politischer Partizipation ausgeschlossen bleiben sollte.

⁵⁰ G. HÜBINGER, 1984, S. 167.

gleich schichtenden Gesellschaft«⁵¹ eine Palette wirtschaftspolitischer Instrumente an, die von gewerblichen Genossenschaftsverbänden über forcierte Industrialisierung bis hin zur Extremposition unbeschränkter Gewerbefreiheit reichen konnte. Entgegen der Position Lothar Galls, dem die Forschung mit gutem Grund darin fast ausnahmslos gefolgt ist, scheinen meinungsprägende, national orientierte Teile des Frühliberalismus die Zukunftsvision einer Gesellschaft mittlerer Existenzen jedoch schon vor der Revolution ernsthaft in Frage gestellt zu haben.

b) Liberale Sozialfürsorge

Im Zeichen langwährender Vorwürfe an die liberale Adresse, Sozialpolitik meist als ungeliebtes Stiefkind behandelt zu haben, interessieren besonders die sozialpolitisch einzustufenden Maßnahmen, mit welchen DZ-Liberale die kollektive Masse der Pauperisierten in den Blick nahmen. Im ausgehenden Vormärz mit seiner Pauperisierungsfurcht wurde vor allem die Frage öffentlicher Armenfürsorge umfassend und oft hitzig diskutiert.⁵² Sah das Mittelalter den Armen noch als integralen Bestandteil der Gesellschaft, so führte der fundamentale Mentalitätswandel seit der Reformation dazu, ihn im 19. Jahrhundert mehr als sozialen Außenseiter zu betrachten, der die Gesellschaft potentiell bedrohe. Mit diesem Wandel gesellschaftlicher Kategorisierung ging eine veränderte Einstellung zu Armut und Armenunterstützung einher. Armut wurde mehr und mehr als selbstverschuldet empfunden, als persönliches Schicksal, für das man subjektiv verantwortlich war. Dementsprechend wurde Armenfürsorge zur moralischen Kontrolle umgedeutet, deren Ausübung zunehmend den Gemeinden unterlag. Um die Jahrhundertmitte hatten Arme in Süddeutschland gegenüber ihrer Heimatgemeinde einen Unterstützungsanspruch, arbeitsfähige Arme wurden überlokalen Arbeitshäusern zugewiesen. Diese Leistungen wurden fast ausschließlich von den Gemeinden finanziert und erregten vor allem während der Hungerkrisen der ersten Jahrhunderthälfte immer wieder öffentlichen Protest.

Die DZ schlug zunächst eine Reorganisation der kommunalen Armenpflege zugunsten stärkerer gemeindlicher Selbstverwaltung und Autonomie vor. Jede Gemeinde sollte mehrere Armenpfleger wählen, deren Aufgabe es sei, gemeinsam mit Lehrern und Pfarrern »die verwahten und sich selbst überlassenen unehelichen Kinder (zu) überwachen und (zu) berathen, dem Bettelwesen, dem Müßiggang und der Frechheit, die so häufig sind unter der Armenklasse, zu steuern ... und der Hilflosigkeit sich anzunehmen.«⁵³ Zustände, welche die gemeindlichen Möglichkeiten überstiegen, sollten von einem Bezirksarmenverein geprüft werden. Diesem Verein obliege auch die

⁵¹ DZ 18. 3. 1848.

⁵² Vgl. K.-J. MATZ, 1980, S. 45 ff.

⁵³ DZ 25. 1. 1848.

Entscheidung, wo Kirche oder Staat unterstützend eingreifen müßten. Mit einer solchen, von unten nach oben gehenden Entscheidungshierarchie sollte auch »der Übermacht einer dem nationalen Charakter des deutschen Volkes fremden und denselben abstoßenden Centralisation, ... der ausschließlichen Herrschaft eines von oben herab normierten Staats- und Kirchendienstes« entgegengewirkt werden.

Die zeitgenössische Tendenz zur moralischen Kontrolle des Armen schimmert indes auch in der Konzeption dieses Bezirksarmenvereins durch, der auch ermitteln sollte, »in welchem genauen Zusammenhang Wohlleben und Verschwendung mit der begonnenen Verarmung stehen, mit welcher Frechheit arbeitsscheue, liederliche Gemeindeangehörige auf ihr Unterstützungsrecht auf Gemeindegeldern pochen, wo und wie Spar- und Hilfskassen einzurichten seien, welche Spekulationen Einzelner und ganzer Gesellschaften gemeinschädlich und auf den Ruin ihrer Mitbürger berechnet seien.«⁵⁴ Zum anderen sollte das neue Organ die staatliche Reglementierung eingrenzen, aufgrund derer Beamte zu oft ohne genaue Kenntnis der lokalen Situation einschritten, es dagegen unterließen, wenn es wirklich notwendig war, da »unter dem bestehenden Centralisationssystem mit hundert und tausend Anträgen, Bescheiden und Streitsachen überladen und unter dem Formenwesen endloser Schreibereien und bevormundender Vielregiererei erdrückt.«⁵⁵

Die in allen deutschen Ländern geäußerten Klagen über die Überlastung kommunaler Kassen, teilt auch die DZ, indem sie für größere Projekte wie regionale Arbeitshäuser Staatshilfe für nötig hielt: »Man errichte auf Staatskosten die erforderliche Anzahl von Beschäftigungsanstalten für alle diejenigen ..., welche arbeiten können ..., und gebe dem Grundsatz gesetzliche Geltung: wer sich selbst nicht fortzubringen weiß und darum der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt, kann sich nicht beschweren, wenn ihm die Gelegenheit für eine gemeinnützige Beschäftigung eröffnet wird.«⁵⁶ Humane Behandlung und vor allem die Nutzung solcher Anstalten für Erziehung und Bildung verwaarloster Kinder müßten dabei garantiert sein. »Mit einer Quote je nach Zahl ihrer untergebrachten Armen« sollten sich die Gemeinden an solchen Institutionen beteiligen; eine Armensteuer als allgemeine Zwangsabgabe der Begüterten lehnte die DZ jedoch kategorisch ab. Statt dessen plädierte sie für unverzinsliche Darlehen, Hilfskassen für verarmte Handwerker und Bauern sowie finanzielle Unterstützung bei der Auswanderung, wogegen sie grundsätzlich, »was die Errichtung von Anstalten und dergleichen betrifft, überall lieber die Praxis der Privaten und Gemeinden dem großen Experimentieren des Staates vorausgehen sähe.«

Vor allem die Kirche sollte personell wie finanziell stärker als bisher zur Armenpflege herangezogen werden, zumal sich damit ein Betätigungsfeld

⁵⁴ DZ 27. I. 1848.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ DZ 27. I. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

anböte, dessen Neutralität die verschiedenen und bisher verfeindeten Konfessionen zusammenführen könne.⁵⁷ Zum anderen wäre nur eine starke kommunale Selbstverwaltung imstande, die Volksschulbildung in allen Gesellschaftsschichten zu verbessern: »Die Vernachlässigung eines so wichtigen Bildungsmittels wie die Volksschule wäre schon deshalb unverantwortlich, weil unserem Volke mit dem Mangel öffentlicher und volksthümlicher Institutionen auch der so mächtig bildende Einfluß derselben seither entzogen worden ist, und die Folgen davon in dem gesamten geistigen Bildungsstande eines so vielfach bevormundeten Volkes nicht ausgeblieben sind.« Daß diese Forderung später Eingang im Grundrecht freien Volksschulunterrichts fand, wurde bereits erwähnt, ihre wiederholte Betonung im Kontext staatlicher Sozialfürsorge bestätigt einmal mehr den liberalen »Glauben an die Macht der Bildung«⁵⁸, der hier zum sozialreformerischen Ansatz umgedeutet wird und damit auch das Fehlen rechtlich verankerter Sozialfürsorge kompensieren sollte.

Um den Standort der Deutschen Zeitung innerhalb der liberalen Diskussion präzise zu bestimmen, ist es jedoch notwendig, nicht bei den faktischen Maßnahmen sozialer Fürsorge stehen zu bleiben, sondern auch der Mentalität nachzugehen, die sich dahinter verbarg. Hier gilt es daher, auch das moralische Verständnis von Armut, Arbeitslosigkeit und Sozialfürsorge zu beleuchten, wofür die zeitgenössische Debatte, in deren Verlauf auch die sozialpolitischen Positionen der entstehenden Parteien konturenscharf hervortraten, den geeigneten Hintergrund bietet.

Die Frage, ob Arbeitslosigkeit selbstverschuldet war oder nicht, korrelierte direkt zur Einschätzung sozialer Unterstützung. Verstand man den Pauperismus als ein begrenztes, primär individuell verursachtes Phänomen, schien es auszureichen, die einzelnen »Fälle« einem primär kommunal gesteuerten Wohlfahrtswesen anzuvertrauen. Sah man die Massenarmut hingegen als eine strukturell neuartige Herausforderung an, die aus Dekorporierung und beginnender Industrialisierung heraus entstanden war und »eine dem Armenwesen und der Armenfürsorge nicht vergleichbare »Klassenlage« schuf«⁵⁹, konnte man den Einzelnen weit weniger für sein Schicksal verantwortlich machen. Vielmehr lag es dann nahe, die Verpflichtung des Staates zur Behebung oder zumindest Linderung dieses »Klassenproblems« zu betonen und gegebenenfalls auch einzuklagen.

Die DZ läßt sich indes nicht trennscharf einem dieser beiden Ansätze zuordnen. Denn sie gestand dem Übergang zu einer industrialisierten Gesellschaft zwar einen völlig neuartigen Charakter zu, der auch mit bisher

⁵⁷ Vgl. DZ 25. I. 1848, dort auch das folgende Zitat.

⁵⁸ G. BIRTSCH, Gemäßigter Liberalismus und Grundrechte. Zur Traditionsbestimmtheit des deutschen Liberalismus von 1848/49, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983, S. 23. Vgl. auch W. SIEMANN, Wirtschaftsliberalismus, 1976, S. 407. Boch stellt dagegen in seiner Arbeit fest, daß rheinische Liberale erweiterten Bildungschancen kein Gewicht bei der Bekämpfung der Sozialen Frage zumaßen, vgl. R. BOCH, 1990, S. 211.

⁵⁹ G. HÜBINGER, 1984, S. 149.

unbekannten Konsequenzen wie dem Untergang traditioneller Branchen verknüpft war. Diese Konsequenzen beurteilte sie jedoch primär als unvermeidbare Nebenwirkungen einer solchen Übergangsphase.⁶⁰

Auf der anderen Seite dominierte ein Verständnis von Armenpflege, das die neuen sozialen Begleiterscheinungen von Dekorporierung und Industrialisierung noch mit dem traditionellen Maßstab eigener Verantwortung maß und ihnen demnach mit kommunaler Fürsorge und Sozialdisziplinierung beizukommen suchte. Überspitzt formuliert begriffen die DZ-Liberalen den gesellschaftlichen Transformationsprozeß von der Marktzur Industriegesellschaft als neuartiges Phänomen, suchten seine sozialen Kosten indes noch mit traditionellen Methoden der »Armenpflege« zu bewältigen.

Damit gewinnt der Standort dieser Sozialpolitik an Kontur: Sozial- und Wirtschaftspolitik gehen in der Deutschen Zeitung weitgehend ineinander über. Durch agrarische, gewerbliche und industrielle Reformen sollten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um die pauperisierten Bevölkerungsgruppen wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. Eine Reorganisation der Armenpflege könne die sachlichen Entscheidungskompetenzen der Gemeinden stärken und die Kirchen stärker in die soziale Pflicht nehmen. Der Staat solle nur dort eingreifen, wo regionale Projekte wie Arbeitshäuser die gemeindlichen Möglichkeiten überforderten. Kostenfreie Volksschulbildung sei ergänzend geeignet, eine frühe Proletarisierung zu verhindern.

In dieser Konzeption hat sich die Auffassung von der Sozialverpflichtung des Staates zunächst erhalten. Zwar wird Massenarbeitslosigkeit nicht als strukturell neues Problem gewertet, die partielle Zuständigkeit des Staates für dessen Linderung dennoch eingefordert. Dem sozialen Liberalismus früher Demokraten wie des Chemnitzer Industriellen Bernhard Eisenstück nähert sich diese Auffassung jedoch höchstens in der Bejahung des allgemeinen Wahlrechts sowie gesetzlicher Arbeitnehmervertretungen zur Lohnvereinbarung an. Ansonsten dominieren Kirche und Kommune als wesentliche Träger öffentlicher Fürsorge. Der Grundrechtskatalog der Reichsverfassung wird als ausreichendes Netz gewertet, die sozialen Kosten von Dekorporierung, Entfeudalisierung und Industrialisierung abzufangen.

Angesichts dieser Ausrichtung, die mehr in Kategorien von »Sozialfürsorge« als von »Sozialpolitik« denkt, läßt sich der Liberalismus der DZ jetzt auch parteipolitisch einordnen. Die Mehrzahl neuerer Studien unterscheidet, angeregt durch die im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Parlaments sichtbar gewordenen Differenzen, meist drei Modelle frühliberaler Gesellschaftspolitik: Einen laissez-faire-Liberalismus, den meist das rechte Zentrum vertrat, einen protektionistischen Standpunkt, dessen Anhänger parteipolitisch breit gefächert waren, und eine demokratische Variante, hinter

⁶⁰ Vgl. DZ 5. 5. 1848.

der primär die Linke stand.⁶¹ Die DZ-Liberalen lassen sich eindeutig dem protektionistischen Standpunkt zurechnen, dessen Vertreter für Schutzzölle nach außen und zugleich für die Beseitigung aller innerdeutschen Zollschranken plädierten, einer möglichen »Erweiterung der Grundrechte ins Soziale« jedoch eine Absage erteilten.⁶² Konturenschärfer noch als im Volkswirtschaftlichen Ausschuß, in dem dieser Standpunkt die Mehrheit besaß, zeichnet sich in der Deutschen Zeitung ein Liberalismus ab, der von konkreter Sozialpolitik weit entfernt war. Zwar forderten auch diese Liberalen die Sozialverpflichtung des Staates ein, und ihr publizistisches Sprachrohr leuchtete die soziale Tragweite der Grundrechte genauer aus, als Zeitgenossen und Historiker dies lange Zeit getan haben, doch dahinter dominierte ein Denken, welches die nötige Sozialfürsorge primär Kirche und Kommune zuschrieb.

Angesichts der sensiblen Einschätzung territorialer Bindungen und dem Bemühen der DZ-Liberalen, die Bevölkerung mit der Zielvorgabe Nation auch kulturell nicht zu überfordern, wäre indes noch eine weitergehende Deutung dieser sozialpolitischen Zurückhaltung vorstellbar. Analog zur Vorsicht auf politischem Gebiet, wie sie im Wunsch nach Hintansetzung der psychologisch so einschneidenden Grundrechte anklang, kam möglicherweise auch auf sozialpolitischem Gebiet der Gedanke auf, der Bevölkerung nicht die vertrauten Instanzen, also Kirche und Kommune, zu nehmen und übergangslos durch fremde, anonyme nationale Institutionen zu ersetzen. Die Möglichkeit, daß man den Staat aus diesem Grund heraus nicht ins Spiel brachte, sondern primär Kirche und Kommune mit der sozialen Aufgabe betrauen wollte, klingt im Zeitungstext zwar nicht konkret an, bleibt aber als eines der hier zugrundeliegende Motive durchaus denkbar.

c) *Handel, Steuern, Banken: Wege zu einem nationalen Wirtschaftsraum*

Ihre handelspolitische Präferenz legte die Deutsche Zeitung eindeutig auf das Schutzzollprogramm, das vor allem Friedrich List in den dreißiger Jahren ausgearbeitet hatte. Eine erste Kursentscheidung fiel bereits mit der Wahl der verantwortlichen Redakteure. Mit Gustav Höfken und Karl Mathy zeichneten zwei Männer für das Wirtschaftsressort verantwortlich, die publizistisch alle wesentlichen Gedanken vertraten, welche List 1830 in seinem »Nationalen System der Politischen Ökonomie« formuliert hatte.

Grundtenor des Blattes war die Forderung nach einem geschlossenen, nationalen Wirtschaftsraum, der vor 1848 durch die Erweiterung des Zoll-

⁶¹ Vgl. W. SIEMANN, *Wirtschaftsliberalismus*, 1976, S. 410; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 63; H. SEDATIS, 1979, S. 89; und auch L. GALL, *Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«*, 1975, der die Strömungen anders benennt, S. 174 f.

⁶² D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 64. Vgl. zur personellen Überschneidung von DZ und Volkswirtschaftlichem Ausschuß: Karl Mathy, Johann Fallati, Gustav Mevissen und Moritz Mohl waren führende Mitglieder im Ausschuß und zugleich dem engeren Kreis um die Deutsche Zeitung verbunden.

vereins durchgesetzt werden und zur politischen Einheit überleiten sollte: »Allein, wenn wir ... aus der Zerspalteneit Deutschlands ... das Bedürfnis eines kräftigen deutschen Handelssystems herzuleiten suchen – eines Systems, das nicht bloß unsere Arbeit mit schützen, unsere erzeugenden Kräfte pflegen und erziehen, sondern auch des Vaterlands Einheit nach außen und Freiheit nach innen mitgründen und befestigen helfen soll – so schwindeln sich unsere Freihandelsgegner über alle diese wirklichen Verhältnisse hinweg.«⁶³ Innerhalb eines solchen Wirtschaftsraums sollte der Staat lenkend eingreifen und durch unterschiedliche, aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Wirtschaft Schwung geben. Ein- und Ausfuhrverbote, Prämien und Begünstigungen förderungswürdiger Branchen sowie vor allem Zölle sollten die deutsche Industrie schützen, ihren Absatz erhöhen und deutschen Unternehmern Anreize zu verstärkter Investitionsbereitschaft und Eigenkapitalbildung bieten.

Neben dem staatlichen Eingriff nach innen, der wesentlich auch der Sozialen Frage zugute kommen sollte, spielten Schutzzölle auch für das Verhältnis nach außen eine bedeutende Rolle. Ein Differentialzollsystem, ein System gegenseitiger Zollpräferenzen, sollte dazu führen, direkte Verbindungen mit internationalen Rohstoffproduzenten aufzunehmen und damit den teuren Zwischenhandel über England und Holland zu vermeiden.

So beklagt die DZ im November 1848 beispielsweise, daß die Schweiz ihre Amerika-Exporte nicht mehr wie ehemals durch Deutschland, sondern aufgrund der immensen Durchgangszölle des Zollvereins und Hannovers jetzt via Le Havre nach Amerika schickte. Auch umgekehrt bringe der Transitverkehr aus den USA in die Schweiz den französischen Speditionsleuten fast eine Million Gulden jährlich ein. Würde man für die neu eingerichtete Dampfschifflinie New York-Bremen sämtliche Durchgangszölle aufheben und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, »so ist es gewiß nicht zuviel gesagt, wenn man annimmt, daß Deutschland jährlich bloß durch den Transportverkehr mit der Schweiz mehrere Millionen verdienen könnte, ein Verdienst, welcher umso wohlthätiger wirken würde, da er sich auf der ganzen Strecke von den Hansestädten bis zur Schweizer Grenze vertheilen und vielen tausenden Brod geben würde.«⁶⁴

Vorschläge wie diese illustrieren, wie Deutschland aus Sicht der DZ allmählich den Vorsprung der übrigen am Welthandel beteiligten Nationen aufholen könne. In einem solchen Programm, das sich vom Hauptstrom frühliberaler Anschauungen weit entfernt hatte, verbanden sich Gedanken, mittels wirtschaftlicher Expansion und Konkurrenzfähigkeit schließlich auch die nationale Einheit und eine äußere Machtstellung zu erreichen, mit politischen Forderungen nach Partizipation und Verfassungsstaat. Darüber hinaus löste sich dieser »moderne Liberalismus«⁶⁵ vom frühliberalen Ideal

⁶³ DZ 18.9.1847.

⁶⁴ DZ 23.11.1847.

⁶⁵ H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 29.

kosmopolitischer Völkerverständigung und plädierte dafür, wirtschaftlichen Erfolg auch im Konflikt mit ökonomisch fortgeschritteneren Staaten durchzusetzen. Auch in der DZ wird das Aufbrechen der »ideologischen Einheit des Liberalismus ... zugunsten erheblicher interventionistischer Modifikationen ... und einer neuen politischen Konzeption, in der sich die Konturen des modernen parlamentarischen Interventionsstaates erkennen lassen«, durchweg sichtbar.⁶⁶

Die praktischen Implikationen dieses Programms erläutert ein Artikel vom 7. Juli 1848, der sich mit den konkreten Bedingungen staatlicher Schutzzollpolitik befaßt. Vier Situationen rechtfertigten den Einsatz von Schutzzöllen: Die erste ergebe sich aus dem Verfall traditioneller Branchen, deren Produkte jetzt anders hergestellt würden. In einer solchen Lage könne »von einer zerstreut lebenden, mit den Fortschritten der auswärtigen Industrie unbekannt und überdem völlig mittellosen Arbeiterklasse die Auf- und Einführung neuer Erwerbszweige oder neuer Methoden nicht erwartet werden und es liegt in solchem Falle dem Staat die Pflicht der Vermittlung dazu ob.«⁶⁷ Handele es sich bei der absterbenden Branche gar um den einzigen Erwerbszweig einer abgelegenen Region, sei es die Pflicht des Staates, neue Industrien selbst zu etablieren und durch entsprechende Schutzzölle zu stimulieren. Die Tatsache, daß die so produzierten Artikel im Zweifel teurer als die bisher von auswärts bezogenen seien, müsse der Konsument akzeptieren. Wichtiger sei es, »daß die Milderung und die in tausendfältige Brüche getheilte Übertragung des öffentlichen Nothstands höher als die Differenz in der Handelsbilanz anzuschlagen sei, abgesehen davon, daß außerdem die Unterstützung ... der Arbeitslosen ebenfalls der Gesamtheit zur Last fallen muß.«

Eine zweite Situation, die den Einsatz von Schutzzoll rechtfertige, ergebe sich, »wenn im Auslande bereits ein großer Vorsprung in der Herstellung (eines wichtigen Erwerbszweigs) erlangt worden ist.« Der Staat müsse dann entweder eigene Fabriken errichten oder mittels hoher Schutzzölle die Privatindustrie für Investitionen gewinnen. Ebenso sei für eine gewisse Übergangszeit die Preisdifferenz zum Ausland hinzunehmen, »wogegen aber sodann der Erwerbszweig für alle Zukunft dem Lande gesichert, der Preis durch die Konkurrenz herabgedrückt und der Gewinn der ausländischen Fabrikanten den inländischen Arbeitern und den Konsumenten selbst zugewendet werden wird.«

Zum dritten könne Schutzzoll die »periodischen Überflutungen anderer Länder« mit billigen Produkten verhindern, welche die heimischen Produzenten in Not geraten lasse und »bei der Wiederholung solcher Operationen zur Aufgabe seines Gewerbes zwingen.« In den immensen Preisschwankungen täglicher Bedarfsartikel liege eine Hauptursache des Pauperismus, die

⁶⁶ Ebd., S. 24.

⁶⁷ DZ 8. 7. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

durch Zölle auf solche ausländischen Produkte wirksam bekämpft werden könne.

Viertens gebe es Rohstoffe, deren Verfügbarkeit »nicht von der Willkür fremder Länder, von Handelskonjunkturen oder vom Zufall abhängig gemacht werden kann.« Baumwolle, Eisen und Leinen galten der DZ als so essentielle Materialien, daß sie mit Hilfe von Differentialzöllen auch im Inland stets verfügbar sein müßten.

Deutlich wird zunächst, daß die DZ das Schutzzollprogramm auch in den Dienst der Sozialen Frage stellte und sich dagegen verwahrte, »daß in dem Schutzzoll ein Monopol zur Bereicherung des Unternehmers zu erblicken sei. Die Folge des Schutzzolls besteht im Gegenteil allem darin, daß die Speculation auf den beschützten Erwerbszweig hingelenkt und daß diesselbe somit einer in der Regel übertriebenen Konkurrenz preisgegeben wird.« Dabei erlag das Blatt jedoch, wie viele Zeitgenossen und lange auch die ältere Forschung, der Versuchung, die ausländische Konkurrenz vor allem Englands für die inländischen Absatzschwierigkeiten verantwortlich zu machen. Der Vorwurf einer »Überflutung« des Inlandsmarktes mit billigen Importen traf jedoch, wie die heutige Forschung übereinstimmend belegt, in der historischen Realität nicht zu.⁶⁸ Zwar führten Absatzkrisen in Großbritannien vorübergehend zu Preisschwankungen auf dem deutschen Markt, waren jedoch keineswegs »absatzpolitischen Motiven seitens der Engländer« zuzurechnen.⁶⁹ Eindeutig stellten Mißernten und Konjunktur-einbrüche in Deutschland die wesentlichen Auslöser der unzureichenden Nachfrage und eines schlechten Investitionsklimas dar. Die zollpolitischen Argumente der DZ unter dem Schlagwort »Schutz der nationalen Arbeit« bestätigen daher die Einschätzung Bests, daß es viel weniger seiner ökonomischen Logik als seiner emotionalen Mobilisierungskraft zuzuschreiben war, daß das Schutzzollkonzept auf national denkende Liberale so überzeugend wirkte.⁷⁰

Schließlich folgte die Deutsche Zeitung Friedrich List auch in der oft vernachlässigten Prämisse, daß Schutzzoll nur der Übergang zum Freihandel sei. Immer wieder bekennt sich das Blatt »in unseren praktischen Endzwecken ... zum Prinzip der Freiheit des Austausches«⁷¹, betont die Bedeutung »natürlicher Lebensbedingungen (für) die Industrie« und verwahrt sich gegen den bekannten »Treibhausvorwurf« der Freihandelsseite: »Fern von uns der Gedanke, Treibhäuser für kränkelnde Pflanzen der deutschen Industrie bauen zu wollen.«⁷² Die Bedingungen uneingeschränkter Freihandels seien aber wirtschaftliche Ebenbürtigkeit und internationale Konkurrenzfähigkeit, und diese ließen sich eben nur durch temporäre Schutzzölle erreichen,

⁶⁸ Vgl. H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 67 ff.; R. TILLY, 1980, S. 201.

⁶⁹ R. TILLY, 1980, S. 201.

⁷⁰ Vgl. H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 80.

⁷¹ DZ 18.9.1847.

⁷² DZ 30.7.1847.

deren Dauer die DZ mit fünfzig Jahren anschlägt: »Durch die Schutzzölle hindurch geht der Weg zur Handelsfreiheit.«⁷³

Wesentlicher Bestandteil des zeitgenössischen Schutzzollprogramms war der Ausbau einer deutschen Handelsflotte. Auf praktische Vorschläge zur Förderung dieser Flotte in Form von Zollvergünstigungen für Waren, die auf deutschen Schiffen transportiert wurden, wurde bereits hingewiesen. Ein weiteres Anliegen war der DZ der preußische Plan eines gesamtdeutschen »Schiffahrts- und Handelsvereins«. Erste Sondierungen im Frühjahr 1847 hatten ergeben, daß Oldenburg, Hannover und Bremen dem Plan positiv gegenüberstanden, wogegen Hamburg dem Gedanken einer national koordinierten Handelspolitik zähen Widerstand entgegensetzte. Mit Gründen, die den Schutzzollargumenten weithin ähnelten, plädierte die DZ in zahlreichen Artikeln für eine solche gesamtdeutsche Koordination; darüber hinaus betonte sie wiederholt, welchen Effekt »das Prinzip nationaler Einheit in Schiffahrts- und Handelsangelegenheiten« auch auf die Beziehungen Deutschlands zum Ausland habe: »Die Küstenländer mögen endlich bedenken, daß eben durch ihren Anschluß ... eine veränderte umsichtige Leitung unserer Handelsinteressen am meisten gefördert wird, und wir gewissermaßen gezwungen werden, einer größeren nationalen Politik näher zu rücken.«⁷⁴ Auch im Vorwurf partikularistischer Besitzstandswahrung an die Hamburger Adresse klingt deutlich an, daß die DZ Handelspolitik in hohem Maße auch als nationale Politik verstand, daß politischer Nationalismus wirtschaftlichen Nationalismus nachzog und beide sich in ihrer Umsetzung ergänzen sollten.

Diese nationale Stoßrichtung hinter den ökonomischen Motiven bestätigt auch Heinrich Bests Einschätzung, daß »die Bemühungen um eine Koordination der Handels- und Schiffahrtspolitik des Zollvereins ... erkennen (lassen), daß die handelspolitischen Debatten der 1840er Jahre nicht nur desintegrierend wirkten, sondern durchaus auch einen Impuls zugunsten nationaler Integrationsbemühungen freisetzen.«⁷⁵ Das nationale und machtpolitische Motiv bringt ein Leitartikel vom Februar 1848 besonders deutlich zum Ausdruck: »Viele europäische wie außereuropäische Länder, die jetzt um das handelsfreie Deutschland sich wenig kümmern, würden eifrig zu einem maritim vereinigten Deutschland begünstigte Beziehungen suchen. Dadurch aber müßten neue, politische Einflußrepräsentationen, gemeinsame Konsulate entstehen und die bisherigen Gesandtschaften eine tiefere Begründung erhalten ... Obwohl diese centralisierte Masse von auswärtigem politischen Einfluß lediglich aus handelspolitischen Gesichtspunkten

⁷³ DZ 7.7.1848. Vgl. auch DZ 30.7.1848: »Aber eben darum sind wir auch weit entfernt, auf den Schutzzoll für unser System mehr als einen vorübergehenden Nachdruck legen zu wollen.«

⁷⁴ DZ 23.9.1847. Vgl. auch DZ 24.9.1847: »Wer könnte verkennen, daß in der Verleugnung der Sonderinteressen ... in dem Gewinn eines großen, durch keinerlei Schranken verkümmerten vaterländischen Handelsgebiets und einer deutschen Politik nach außen eine Fülle von Machtentwicklung gegeben wäre!«

⁷⁵ H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 113 f.

hervorging, so ist doch das für ihren Erfolg gleichgültig. Genug, daß der irgendwie einmal gewonnene Besitz einer universellen Einflußmacht das bisherige Deutschland aus der politischen Passivität erwecken und es zu einer aktiven Rolle in der gesamten Völkerbewegung aufstacheln müßte ... Mit der Erhebung zu einem solchen Mittelpunkt würde auch die ängstliche Bewachung des politischen Kleinlebens in Deutschland bald einer erhabeneren Auffassung ... weichen.«⁷⁶

Ein weiterer Baustein der von der DZ propagierten Handelspolitik waren Steuerreformen, die das Blatt vor allem während des Preußischen Landtags im Juli 1847 diskutierte. Vehement setzte sich die DZ für die Abschaffung indirekter Steuern ein, wobei sie vor allem die Mahl- und Schlachtsteuer im Visier hatte. Neben der Tatsache, »daß Verbrauchssteuern, von Gegenständen der ersten Bedürfnisse erhoben, (im Allgemeinen) die unbilligsten, kostspieligsten und drückendsten Lasten sind«⁷⁷, fiel vor allem ins Gewicht, daß die »unbemittelten Klassen« unter der indirekten Besteuerung von Grundnahrungsmitteln am meisten zu leiden hätten.⁷⁸ Statt dessen müsse eine allgemeine Einkommenssteuer eingeführt werden, die sich primär »zu Gunsten der arbeitenden Klassen« auswirke.⁷⁹ Bei Erhebung dieser neuen Steuer solle zwischen Erwerbs- und Vermögenssteuer unterschieden werden: »Zu wünschen wäre, daß die höheren Klassen, etwa auch die unverheirateten Besitzer, deren Ausgaben verhältnismäßig geringer, auch nach einem höheren Prozentsatze herangezogen würden.«⁸⁰ Dadurch könne die Einkommenssteuer zugleich zur Vermögenssteuer werden. Trotz des gesammelten Widerstands, die diesem Gedanken auf dem Preußischen Landtag entgegenschlug, müsse sie durchgesetzt werden, da nur so jenes Einkommen berücksichtigt würde, »welches durch allgemeine ins Auge fallende Merkmale, also nach Klassen nicht mehr erfaßt werden kann.«⁸¹ Entscheidend sei das Prinzip, »das die Steuerfähigkeit als die Grundlage für die Steuerlast hinstellt.«⁸²

In einer einzigen, allgemeinen Einkommenssteuer sah die DZ auch ein Mittel, ihrem Ziel einer gleichmäßigen, nationalen Besteuerung vorzuarbeiten. Dies brächte allen Zollvereinsstaaten ökonomische Vorteile, sei aber vor allem der weiteren Entwicklung nationaler Einheit förderlich: »Und welche Gewähr für die Einheit deutscher Anliegen liege darin, daß Einheit der Besteuerung nicht bloß an unseren Grenzen, sondern auch, wenigstens dem

⁷⁶ DZ 8. 2. 1848.

⁷⁷ DZ 4. 7. 1847.

⁷⁸ DZ 5. 7. 1847. Vgl. ebd.: »Wenn daher die unbemittelten Klassen bei der jetzigen Besteuerung unzweifelhaft am schärfsten herangezogen werden.«

⁷⁹ DZ 4. 7. 1847. Vgl. auch DZ 15. 7. 1847: »Wir haben uns ... für Einführung der Einkommenssteuer ausgesprochen, weil sie im Prinzip die gerechteste, die einfachste und natürlichste Steuer ist, weil sie zumal in Deutschland am ersten die Grundlage heilsamer Steuerreform und eines gemeinsamen Abgabensystems bilden kann.«

⁸⁰ DZ 4. 7. 1847.

⁸¹ DZ 5. 7. 1847.

⁸² DZ 15. 7. 1847.

Prinzipie nach, im Innern bestände, ...daß endlich völlig freie und ungefesselte Bewegung im Innern das große Gesetz des ganzen würde!»⁸³

Die Einkommenssteuer setzte sich auf dem rheinischen Landtag nicht durch. Die Tatsache, daß die Ablehnung auch eine Niederlage der rheinischen Wirtschaftsliberalen darstellte, die sich mit diesem Reformvorschlag weiter aus dem Fenster gelehnt hatte, als es ihrer eigentlichen Klientel recht war⁸⁴, zeigt, daß süddeutscher und rheinischer Liberalismus auf Führungsebene in der Frage der Steuerreform übereinstimmten. In der Beurteilung, inwieweit Steuerreformen auch der Korrektur sozialen Ungleichgewichts dienen könnte, trennten sich die Wege jedoch. Rudolf Boch betont, daß »der inneren Logik wirtschaftsbürgerlichen Denkens folgend ... in der Steuergesetzgebung der weitaus größte staatliche Handlungsspielraum für soziale Korrekturen« lag.⁸⁵ Diese Aussage sollte hingegen auf den rheinischen Liberalismus begrenzt werden. Denn im Programm der Deutschen Zeitung, und damit des repräsentativsten Sprachrohrs nationaler Liberaler kam dem Handlungsspielraum, den die Steuergesetzgebung bot, eine weit geringere Rolle zu als jenem, der sich auf agrarischem, gewerblichem und industriellem Gebiet eröffnete. Zur Austarierung sozialen Ungleichgewichts dienten Steuerreformen diesen Liberalen nur in zweiter Linie.

Ein weiterer Reformvorschlag galt dem Bankensystem. Private Landesbanken sollten vor allem den »mittleren Handels- und Gewerbestand und die arbeitenden Klassen die wohlthätige Wirkung einer Einrichtung fühlen (lassen), welche vor wucherischer Ausbeutung augenblicklicher Verlegenheiten schützt, für den Umlauf des beweglichen Nationalkapitals wie das Herz für den Umlauf des Blutes wirkt.«⁸⁶ Daneben plädierte die DZ für gesamtdeutsche Kreditanstalten, für eine »mit den Fingern der Filialkomptoire in die entferntesten Gegenden des Landes hinreichende Nationalbank, die überall die Kapitalien in Fluß bringt, das Vertrauen befestigt, den feindlichen Geldoperationen des Auslands oder den Handelserschütterungen entgegenarbeitet.«⁸⁷

Auch die einzelstaatliche Wirtschaftspolitik sollte endlich national koordiniert werden. Im Vormärz kleidet die DZ dieses Verlangen in die Forderung nach einem »preußischen Ministerium für Handel, Industrie und Ackerbau«, das auf eine gemeinsame Handelsgesetzgebung im Zollverein hinarbeiten solle. Während der Revolution propagiert sie dann die Notwendigkeit einer »Staatenkammer für Deutschlands gewerbliche Fragen«.⁸⁸ Die »vielen, in den letzten Jahren angeregten Fragen, Flotte, Schiffsfahrtsakte, Schutzzoll, Durchgangszoll auf Schweizerwaaren, einheimischer Baumwollenmarkt, Umformung der Zunftverhältnisse, Einkommenssteuer, Regelung

⁸³ DZ 5.7.1848.

⁸⁴ Vgl. R. BOCH, 1990, S. 236.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ DZ 29.12.1847.

⁸⁷ DZ 8.7.1848.

⁸⁸ DZ 8.6.1848, dort auch die folgenden Zitate.

der Auswanderung, jusqu'à la mer, Konsularvertretung und alle jene kleineren dazwischen liegenden Volkswünsche« müßten jetzt schleunigst in Angriff genommen werden, ohne die Souveränität des Reichstags zu beschneiden. Bis zur endgültigen Einrichtung eines deutschen Handelsministeriums böte ein solches Centralorgan die Möglichkeit, »das jetzige völlig darniederliegende Geschäftsvertrauen« wieder aufzurichten, »die dadurch gesteigerte Noth der handarbeitenden Klassen mit Hinblick auf die daraus hervordrohende Gefahr« zu lindern und so die drängendsten Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Misere anzugehen.

Neben dem Plädoyer für Banken und ein Wirtschaftsministerium mit nationaler Zuständigkeit formuliert die DZ in extenso den bekannten frühliberalen Forderungskatalog nach Gleichheit von Münz-, Gewichts- und Postwesen sowie nach Ausbau nationaler Verkehrswege, wobei ihr die mentale Wirkung solcher Reformen auf den Nationsbildungsprozeß nie aus dem Blick gerät: »Und doch sind unsere Kulturgegenstände und Bedürfnisse solcher Art, daß wir regelmäßige Verbindungen auch von und nach dünnbevölkerten, wenig industriellen Gegenden nicht entbehren mögen: die Post ist für diese eine Einrichtung für ihre Zukunft, und es wäre eine Härte, sie der Wohlthat und Annehmlichkeit zu berauben.«⁸⁹

Im Überblick fällt an der wirtschaftspolitischen Orientierung der DZ zunächst die Übereinstimmung mit der zeitgenössischen Schutzzollbewegung auf. Heinrich Best hat diese Schutzzolldebatte als ein Feld definiert, auf dem bestimmte Lobbies ihre verteilungspolitischen Ansprüche geltend machten, und hat diese Lobbies regional, sozial und politisch differenziert. Dabei zeigte sich, daß knapp die Hälfte aller Paulskirchenabgeordneten, die hinter dem Schutzzollprogramm standen, fraktionslos war und die andere Hälfte vorwiegend der Linken und dem linken Zentrum angehörte.⁹⁰

Bests Angaben, welche Parteien das Schutzzollprogramm am stärksten vertraten, decken sich mit der politischen Tendenz der meisten Zeitungsmitarbeiter, die überwiegend der Casino-Fraktion, gelegentlich auch dem linken Zentrum zuzurechnen waren, indes nur vereinzelt. Die Diskrepanz, die hier aufscheint, weist vielmehr darauf hin, daß sich im wirtschaftlichen Denken dieser Liberalen ein weitaus »modernerer«, industriebejahender und staatsinterventionistisch orientierter Liberalismus niederschlug als die politische Nähe zum wirtschaftlich konservativen, rechten Zentrum vermuten läßt. An der Deutschen Zeitung und damit einer meinungsprägenden Strömung des deutschen Frühliberalismus läßt sich vielmehr eine Kongruenz von politisch wie wirtschaftlich »modern« ausgerichtetem Liberalismus beobachten. Die Verfassungsbewegung mit ihrer Forderung nach nationaler Einheit und politischer Partizipation ging in der DZ ein Bündnis mit einem ökonomisch progressiven Liberalismus ein, das in

⁸⁹ DZ 31. 10. 1847.

⁹⁰ Vgl. H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 272.

dieser Verbindung für den Vormärz ungewöhnlich war und bereits auf den Nationalliberalismus der wilhelminischen Gesellschaft hinweist.

Der Standort dieses Liberalismus, wie ihn die Deutsche Zeitung verkörpert, fordert dazu auf, die Gewichtung der noch andauernden Debatte über den sozioökonomischen Charakter des deutschen Frühliberalismus neu zu überdenken: Denn sein Gesellschaftsbild ist nicht mehr vorindustriell noch berufsständisch geprägt und der selbständige Kleingewerbler für seine Idee der modernen Gesamtgesellschaft nicht mehr repräsentativ. Vor dem prospektiven Hintergrund einer »sich ungleich schichtenden Gesellschaft«⁹¹ will er deren Vertreter zwar nach wie vor integrieren, doch nicht mehr entlang kleingewerblichen Traditionslinien, sondern vielmehr durch ein groß-angelegtes Industrialisierungsprojekt, das letztlich auch im Dienste eines deutschen Nationalstaats steht.⁹² Damit liefert die Deutsche Zeitung den Beleg, daß zahlreiche Protagonisten des nationalen Liberalismus bereits vor der Revolution von der frühliberalen Utopie einer harmonischen Gesellschaft kleiner Selbständiger Abschied genommen hatte.

3. Kirchen und Konfession

Im 19. Jahrhundert verändert sich der Bezug zur Religion. Einmal treten Kirche und Religion im Bewußtsein vieler Menschen auseinander, zum anderen gewinnt Konfession verstärkt an Bedeutung und stiftet eine neue Identität. Eng verflochten ist der religiöse Wandel mit den politischen Aufbrüchen, mit dem Erbe der Aufklärung, mit Rationalismus und Liberalismus. Ebenso prägen ihn aber auch der Zeitgeist der Restauration und ein neuer Konservatismus, der sich im Pochen auf kirchliche Hierarchie ebenso niederschlagen konnte wie in orthodoxer Frömmigkeit und strengem Festhalten am biblischen Text. Und beide gegenläufige Entwicklungen gibt es in beiden Kirchen.

Daß Religion für die Modernisierungsschübe des 19. Jahrhunderts eine eminent wichtige Rolle spielte, ist von der Geschichtsforschung lange Zeit unterschätzt worden. Stattdessen haben Säkularisierungstheorien und der allgemeine Forschungstrend hin zur Untersuchung von Klassen und Schichten die Religion als Prägekraft zahlreicher Lebensbereiche nahezu ausgeblendet. Wenn überhaupt, wurde sie nur in der Geschichte des verfaßten Kirchentums berücksichtigt. Und auch in der Theologiegeschichtsschreibung dominiert seit Jahrzehnten eine »ideengeschichtliche Engführung«, in deren Folge die Frage nach der sozialen Rezeption von Theologie und Reli-

⁹¹ DZ 18. 3. 1848.

⁹² Vgl. auch R. BOCH, 1990, S. 221.

gion nahezu ausgeklammert wurde.¹ Erst mit der neuen Aufmerksamkeit für Mentalitäten gewann die Rolle der Religion in der Lebenswirklichkeit des Menschen wieder an Interesse. In jüngerer Zeit haben nun Historiker und Theologen – vor allem Thomas Nipperdey, Friedrich Wilhelm Graf und Wolfgang Schieder – zum Brückenschlag von moderner Sozialgeschichte und Religionsgeschichte aufgerufen. Dabei geht es einmal darum, Religionsgeschichte mit der modernen Bürgertums- und Liberalismusgeschichte zu verbinden, zweitens nicht mehr einseitig aus konfessioneller Perspektive zu schreiben, drittens den europäischen Vergleich zu wagen, den Franzosen und Engländer schon lange praktizieren, und viertens, sich nicht auf das verfaßte Kirchentum zu beschränken, sondern auch freie und Säkularreligionen in den Blick zu nehmen.²

Vor dem Hintergrund dieses Forschungsstands, stärker noch durch die religionspolitischen Schwerpunkte, die die Deutsche Zeitung selber setzt, liegt es nahe, diesen Kristallisationspunkt des nationalen Liberalismus auch auf seine religiöse und kirchliche Position hin zu untersuchen. Während die Zeitungsmacher den literarisch-kulturellen Bereich publizistisch ausklammerten, nehmen zahlreiche Leitartikel zu religiösen und kirchlichen Entwicklungen Stellung.³ Parallel zum engen Bezug auf die Träger und Konsumenten dieser Position stellt sich die Frage, ob der Liberalismus der Deutschen Zeitung wirklich überkonfessionell war oder ob er deutsch und protestantisch gleichsetzte. Hier geht es darum, den Gehalt einer oft zeitlich zurückprojizierten Kulturkampflinie zu überprüfen und der immer wieder festgestellten »natürlichen Verbindung« von protestantischer Kultur und politischem Liberalismus kritisch nachzugehen. Auch das konfessionelle Bild der Nation kann dabei nicht ausgeklammert bleiben. Konnte es integrieren, konnten gläubige Katholiken aus liberaler Sicht an der Nationsbildung teilnehmen, obwohl ihre Kirche noch überwiegend anational dachte und den Blick zunehmend nach Rom richtete?

Neben dem Verhältnis von Kirche und Staat interessieren auch die Reform- und Aufbruchbewegungen inner- und außerhalb des verfaßten Kir-

¹ F. W. GRAF, *Protestantische Theologie*, 1990, S. 12.

² W. SCHIEDER, *Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert*, in: DERS., (Hrsg.), *Religion und Gesellschaft*, 1993, S. 11–28. Vgl. Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 403–440; DERS., *Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918*, 1988; F. W. GRAF, *Protestantische Theologie*, 1990, S. 11–54; Vgl. auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Region*, in: L. GALL/DERS., (Hrsg.), *Liberalismus und Region*, 1995, S. 12–14.

³ Vgl. Programm der DZ, 1847, S. 186: »Wir haben die Absicht, dem Gange der gesamten Literatur nicht allein in Geschichte und Politik, in Staats- und Rechtswissenschaft, sondern auch in den übrigen, von den staatlichen Verhältnissen ferner liegenden Gebieten, in Übersichten und Anzeigen der wichtigsten Werke zu folgen; in diesen letzteren Zweigen jedoch nur der Seite, mit der sie sich dem öffentlichen Leben zukehren und den Stand der Gesittung und Bildung charakterisieren helfen. Aber ein Feuilleton wird unsere Zeitung nicht begleiten. In den Ländern, wo die Politik die anschauende Beschäftigung des ganzen Tages ist, mag diese Erholung angemessen sein; wir haben unter den Abspannungen unserer übermächtigen belletristischen Literatur uns in die ernstere Beschäftigung mit den Staatsangelegenheiten erst einzulernen.«

chentums. Welche Haltung die Deutsche Zeitung dazu einnahm, kann Rückschlüsse darauf erlauben, ob Liberale im ausgehenden Vormärz der Segmentierung des Protestantismus vielleicht sogar größeres Gewicht beimaßen als der Abgrenzung zum Katholizismus. Auch gilt es, die Stellung des Blattes zu religiösen Minderheiten, speziell zum Judentum, auszuloten, um seinen nationalen Liberalismus angemessen in die facettenreiche liberale Bewegung einordnen zu können.

Schließlich wurde dem Liberalismus immer wieder Distanz zur institutionalisierten Religion zugesprochen, und in deren Kielwasser eine willige Unterordnung unter den Bildungsprotestantismus eines Wilhelm v. Humboldt und später unter den Kulturprotestantismus der wilhelminischen Gesellschaft.⁴ Ob die Annahme eines weitgehend entkirchlichten Liberalismus bereits für den späten Vormärz zutrifft und inwieweit die Nation für protestantische Liberale als »Kirchenersatz« fungierte, wie neuerdings behauptet wird, gilt es abschließend zu untersuchen.⁵

a) Reformbedarf in Kirchen und Freikirchen

Die Verhältnisse innerhalb der katholischen Kirche werden in der Deutschen Zeitung zumindest quantitativ recht stiefmütterlich behandelt. Ein zweiteiliger Kommentar im Dezember 1848 nimmt eine Würzburger Bischofskonferenz zum Anlaß, ausführlich auf Struktur und Tendenzen der katholischen Kirche einzugehen, »die auch vom allgemeinen politischen Standpunkt aus nicht unbeachtet bleiben dürfen.«⁶ Positiv wertet die DZ zunächst das katholische Interesse am »allgemeinen Ruf nach Freiheit von administrativer Bevormundung« und die Bejahung der im Verfassungsentwurf verankerten, uneingeschränkten Religions- und Glaubensfreiheit. Skeptisch hingegen beurteilt sie die katholische Ablehnung der *communicatio in sanctis*, welche sie über das religiöse Moment hinaus auch als national einigenden Ritus auffaßt: »Diese Gemeinschaft im Heiligen ist freilich weiter Auslegung fähig und ... so kann die Versagung jener Gemeinschaft eine der Einheit deutscher Sitte und Nationalität drohenden Ausdehnung gewinnen.« Die kürzlich ermordeten Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald dürften gemäß katholischer Regelung demnach nicht gemeinsam auf einem Friedhof ruhen, bedauert die DZ.

Der Liberalismus, wie ihn die Deutsche Zeitung vertritt, hält die katholische Kirche jedoch nicht a priori für unreformierbar. Die bischöfliche Zusage an den Klerus, die jahrhundertlang verschobenen Synoden endlich einzuberufen, bewertet sie positiv, umso negativer hingegen die Ausschließung der katholischen Laien dabei: »Wird die Bevormundungskirche sich

⁴ Vgl. G. HÜBINGER, Kulturprotestantismus, Bürgerkirche und liberaler Revisionismus im wilhelminischen Deutschland, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Religion und Gesellschaft, 1993, S. 272–299.

⁵ Vgl. W. ALTGELD, 1992, S. 166.

⁶ DZ 17. 12. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

behaupten können, in einer Zeit, welche dem Bevormundungsstaat so unsanft den Stab gebrochen hat? Möchte es nicht gerathen gewesen sein, jene, unaufhaltsam bevorstehende Mitwirkung der Laien bedächtigt anzubahnen und einzuleiten? Die starre Grenze zwischen Clerus und Volk allmählig flüssig zu machen?»⁷ Die Revolutionsereignisse der vergangenen Monate wiesen unübersehbare Parallelen zum kirchlichen Leben auf, denn auch dort gelte: »So lange das Volk ... von der Mitwirkung bei der Gestaltung seines religiösen Lebens sich ausgeschlossen sieht«, seien die bekannten Kämpfe gegen Kirchengewalt und -kontrolle unvermeidbar. Die erste und notwendigste Reform innerhalb der katholischen Kirche müsse daher eine Synodalisierung sein, welche Mitspracherecht aller Pfarrer sowie die Beteiligung von Laien an kirchlichen Entscheidungen verankere.

Auf einen ganz anderen Bereich zielte ein zweiter Reformvorschlag der DZ: Entschiedene Distanz des Papstes zum Jesuitenorden. Pius IX., dem sie den »besonnenen Ernst ... des Reformators« zusprach und den sie überhaupt als »preiswürdig« einschätzte⁸, stand der Gesellschaft Jesu sehr viel zurückhaltender gegenüber als sein Vorgänger Gregor XIV. Die DZ-Liberalen, deren größtes Feindbild im Katholizismus die ihrer Ansicht nach staatszersetzenden Jesuiten darstellten, drängten vehement darauf, dem Orden auch in der Schweiz, wo er nicht verboten war, jede Arbeitsmöglichkeit zu entziehen: »Einen traurigen Beweis von dem fortwährenden Einfluß des Ordens erblicken auch viele in der Thatsache, daß Pius IX. von der Abberufung der Jesuiten aus der Schweiz ist abgehalten worden, einem Akt, der so ganz seinem milden und versöhnlichen Geist angemessen war und so offenbar ihm und dem apostolischen Stuhl zum ewigen Ruhm gereicht hätte, weil sich in ihm das schönste, einfachste Mittel zeigte, die katholische Religion von der Schmach zu bewahren, daß einer seiner religiösen Orden zum Vorwand eines Bürgerkriegs diene.« Wenn die DZ die Expansion des Ordens in der Schweiz als »Niederlage des Reformgeistes« in der katholischen Kirche interpretiert, bleibt sie damit ganz dem kirchenpolitischen Denken des deutschen Frühliberalismus verhaftet, dessen Grundbuch, das Staatslexikon, die Ziele der Jesuiten darin angelegt sah, »auf den Ruinen der Civilisation das Reich der Finsternis und des Aberglaubens zu begründen und so die Zeit der Barbarei, der Inquisition und Autodafés wieder aufzurichten.«⁹ Angesichts dieser harschen Verurteilung von Extrempositionen im Katholizismus ist es notwendig, auch das liberale Urteil über vergleichbare Positionen im Protestantismus abzufragen, um etwaige »konfessionelle Vorentscheidungen« des deutschen Frühliberalismus aufdecken zu können.¹⁰

⁷ DZ 18. 12. 1848, dort auch das folgende Zitat.

⁸ DZ 15. 11. 1847, dort auch die folgenden Zitate.

⁹ K. v. ROTTECK/C. Th. WELCKER, (Hrsg.), 1834/43, Bd. 8, S. 537f.

¹⁰ D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Region, in: L. GALL/DERS., (Hrsg.), Liberalismus und Region, 1995, S. 13.

Weit ausführlicher als mit der katholischen Kirche setzt sich die Deutsche Zeitung mit den evangelischen Kirchen und ihrer Reformbedürftigkeit auseinander. Hier hatten sich im Vormärz zunehmend innerkonfessionelle Konflikte herausgebildet, die zudem politisch überlagert waren. Einem liberalen Protestantismus, dem Bildung und Pädagogik wichtige Anliegen waren, stand ein antirevolutionärer, konservativ geprägter Protestantismus gegenüber, der auf strenger kirchlicher Überlieferung, subjektivem Frömmigkeitserleben und geistlicher Selbständigkeit seiner Kirche aufbaute.¹¹ Thomas Nipperdey spricht sogar davon, daß sich »der deutsche Protestantismus in zwei neue Konfessionen aufspaltet.«¹² Eine Charakterisierung der dahinter stehenden Milieus mit den Termini liberal und konservativ greift jedoch zu kurz, da zumindest die Vereinskultur des konservativen, neu-lutheranischen Flügels eine ganz spezifische Modernität aufwies.¹³ Wo die DZ den Reformhebel in der evangelischen Kirche ansetzte, muß daher nicht nur vor dem interkonfessionellen Hintergrund, sondern auch vor dem neuen binnenprotestantischen Spannungsverhältnis untersucht werden.

Als ihr Credo formulierte die DZ »die Erhaltung der evangelischen Kirche in ihrer Ganzheit, die Sicherung freier Entwicklung und Fortbildung in ihrem Innern«¹⁴, wohinter sich indes unterschiedliche Reformvorstellungen verbargen: Eine davon war die kirchliche Lehrfreiheit. Die sichtbare Überwindung des religiösen Indifferentismus sei zwar positiv, doch der nun aufkommende »überkirchliche Eifer« – damit nimmt die DZ die neue, konservative Frömmigkeitsbewegung ins Visier – ersticke die »wahre evangelische Freiheit.« Abweichungen vom Buchstaben in Lehre und Liturgie müßten erlaubt sein, so lange der wahre Glaube dahinter gewahrt bleibe; freies Forschen sei notwendig, da das Werk der Reformation nirgendwo für abgeschlossen erklärt sei. Im Gegensatz zur katholischen Kirche könne die evangelische Kirche nur unter Verleugnung all ihrer Prinzipien gegen Geistliche vorgehen, deren Predigten nicht wörtlich am biblischen Text hafteten. Vielmehr gehe sie »in dem Festhalten an dem Buchstaben des Lehrbegriffs ... einer völligen Erstarrung entgegen ... und darin (sei) nicht die Aufgabe der Kirche zu suchen.«¹⁵

Die zweite wesentliche Reformforderung der DZ zielt auf den Hierarchieabbau innerhalb der evangelischen Kirche: »Ja der Liberalismus, wenn er seinen Beruf erkennt, wird sich auf den höhern Standpunkt für die kirchliche Bewegung zu stellen wissen. Dieser aber ist die Geltung des Prinzips einer organischen Gestaltung des Lebens, wie im politischen und nationa-

¹¹ Vgl. F. W. GRAF, *Protestantismus*, 1993, S. 179.

¹² Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 431.

¹³ Vgl. F. W. GRAF, *Protestantismus*, 1993, S. 162 ff.

¹⁴ DZ 23. 10. 1847, dort auch das folgende Zitat.

¹⁵ Ebd. Vgl. auch DZ 6. I. 1848: »Die Freiheit des Geistes, welche keine untergeordnete, willkürliche, negierende und antikirchliche ist, sie ist der Preis, welchen die Reform auf dem kirchlichen Gebiete retten und sicherstellen will.«

len, so auch im kirchlichen Gebiet.«¹⁶ Als leuchtendes Vorbild wird die Presbyterial- und Synodalverfassung gepriesen, welche die westelbische Kirche bereits seit 300 Jahren ausgebaut habe.¹⁷ Mit ihrem energischen Plädoyer für Laienbeteiligung und einem von unten nach oben organisierten Entscheidungsprozeß reiht sich die DZ zunächst in die Linie des deutschen Frühliberalismus ein, dessen Protagonist, Karl v. Rotteck, bereits in den dreißiger Jahren die kirchliche Partizipation des Christen der staatlichen des Bürgers an Bedeutung gleichstellte. Daneben wenden sich diese Liberalen explizit gegen die konservativen Erneuerungsbewegungen des konfessionalistischen Protestantismus.

Mit Distanz beurteilen sie auch den ersten Evangelischen Kirchentag im September 1848, zu dem eine Gruppe konservativer Theologen um Friedrich Julius Stahl und den Politiker Moritz v. Bethmann-Hollweg alle »wahren Freunde der Kirche in Deutschland« eingeladen hatte.¹⁸ Neben inhaltlicher Kritik an dessen Beschlüssen moniert die DZ, daß hier nur »Kirchenbeamte« vertreten gewesen seien, das Recht einfacher Gemeindeglieder auf kirchliche Mitsprache somit völlig übergegangen worden sei: »Man berufe nur einmal einen wirklichen evangelischen Kirchentag, auf dem aber nicht nur Kirchenhäupter und Kirchenbeamte, sondern auch die Kirchenglieder in der ihnen gebührenden Anzahl vertreten sind, und man wird erfahren, daß die evangelische Kirche Deutschlands, wenn man sie von der Vormundschaft des Staates und einflußreicher Kirchenmacher frei läßt, an den Grundrechten deutscher Nation und den neueren staatlichen Bildungsprozessen keinerlei Hinderniß, sondern ein wahres Förderungsmittel für ihre weitere Entwicklung gefunden hat.«

Noch schärfer grenzt sich die DZ von den Teilnahmebedingungen des Kirchentags ab, der »eine feste Bekenntnisbindung« voraussetze.¹⁹ Denn für die DZ ist die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche von der Zugehörigkeit zu einer Landeskirche völlig unabhängig, vielmehr müsse es darum gehen, »in unserer ... Kirche ... das Getrennte zu einen und dadurch zu stärken ... sowie jede neue Spaltung zu verhüten.«²⁰ Auch diese Frontstellung zum stark verkirchlichten Protestantismus konservativer Prägung verdeutlicht, welchem der beiden protestantischen Flügel sich die DZ verpflichtet fühlt: dem vom Rationalismus der Spätaufklärung geprägten,

¹⁶ DZ 7. I. 1848.

¹⁷ Was diese Begriffe für die liberalen Zeitgenossen bedeuteten, definieren auch die gleichlautenden Einträge des Staatslexikons. Ein Presbyterium setzte sich aus dem Ortspfarrer und 3–7 weltlichen Mitgliedern der jeweiligen Gemeinde zusammen. Ihm unterstand primär die Aufsicht der kirchlichen Finanzen sowie des religiösen Schulunterrichts. Was auf Ortsebene das Presbyterium war, dem entsprach auf Bezirks- und Provinzebene die (Diöcesan)Synode, eine Versammlung aller dazugehörigen Geistlichen sowie einer halb so großen Anzahl weltlicher Mitglieder, denen die Entscheidung über religiöse, finanzielle und administrative Veränderungen innerhalb der Kirche oblag.

¹⁸ DZ 5. 10. 1849, dort auch das folgende Zitat.

¹⁹ M. GRESCHAT, Die Kirchen im Revolutionsjahr 1848/49, in: ZBKG 62 (1993), S. 17–35, hier S. 33.

²⁰ DZ 28. 9. 1847.

liberalen Protestantismus mit seiner Betonung auf Wissenschaft, Humanität und Bildung. Darüber hinaus, und darauf hat auch die Forschung immer wieder verwiesen²¹, sehen diese Liberalen ihre kirchlichen Reformvorschläge stets in Parallelität zum anstehenden politischen Programm. Der Forderung nach politischer Partizipation des Bürgers steht auch in der Deutschen Zeitung die Forderung nach kirchlicher Partizipation des Christen gleichberechtigt gegenüber: »Weder die evangelische noch die bürgerliche Freiheit (kann) da gedeihen, ... wo die Kirche das edelste Gut des Christentums, die Freiheit des Geistes, die Grundbedingung alles religiösen sittlichen und nationalen Lebens vernichtet.«²²

Extreme Strömungen im Katholizismus – wie der Jesuitenorden – waren in der DZ zum Gegenstand schärfster Kritik avanciert. Wie steht es mit deren Gegenpart im protestantischen Milieu? Mit dem Aufbruch in eine intensivere Religiosität und Kirchlichkeit, der sich in beiden Konfessionen vollzog, hatte sich im Protestantismus eine gefühlorientierte Erweckungsbewegung entwickelt, die mit dem konservativen Flügel weitgehend parallel ging. Im Bewußtsein christlicher Erweckung und in der Abkehr von aller Intellektualität verbanden sich Orthodoxie und Pietismus und formulierten einen streng auf das biblische Wort bezogenen Glauben. Diese sozial übergreifend erfolgreiche Bewegung läßt sich im Vormärz durchaus als Extremposition innerhalb des Protestantismus verstehen.

Angesichts seiner Stoßrichtung gegen Vernunft und Moderne ist es nicht weiter verwunderlich, daß dieser Neupietismus zum Feindbild der DZ aufrückte. Ihre Kritik zielt einmal auf die pietistisch-konservative Gleichsetzung von antikirchlichen mit antireligiösen Bekenntnissen ab: »Seit wann fällt denn das Heilige, der Kern ... eines wahren Christentums ... in Eins zusammen mit den alten Bekenntnissen der christlichen Kirche? Gibt es denn außerhalb dieser Bekenntnisse absolut keine christliche Wahrheit, kein Weg zur Heiligung?« Zum anderen verurteilt das Blatt die pietistisch-konservative Abwehr aller innerkirchlichen Demokratisierung und Laisierung aufs schärfste: »Das enge Bündnis zwischen dem Staatskirchentum und der pietistischen Orthodoxie (ist) das Allerschlimmste gewesen, was in unseren Tagen der Kirche begegnen konnte, indem gerade dadurch die freieren Elemente, welche die Kirche für ihre innere nothwendig werdende Reform nimmermehr entbehren kann, mehr und mehr ... verdächtigt, verketzert und verfolgt werden ... Zudem beweist der Pietismus seine totale Unfähigkeit zur Umgestaltung des kirchlichen Lebens darin am Offenbarsten, daß er an die Stelle eines geistig freien Glaubens und einer allseitigen versöhnenden Liebe ... eine exclusive Glaubensheiligkeit und Symbolgläubigkeit setzen zu können meint, daß er durch seine finstere Weltanschauung die Gemeindeglieder mit einer Gleichgültigkeit und Verachtung gegen das Weltliche erfüllt, in der nothwendig die vornehmsten Pflichten und Anfor-

²¹ Vgl. Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 433.

²² DZ 5. 1. 1848, dort auch das folgende Zitat.

derungen des kirchlichen und staatsbürgerlichen Lebens verabsäumt werden müssen.«²³

Die Entschiedenheit dieser Kritik, die der am Jesuitenorden nicht nachsteht, weist darauf hin, daß der gemäßigte Liberalismus des ausgehenden Vormärz Orthodoxy im protestantischen Milieu ebenso streng verurteilt wie vergleichbare Extreme im katholischen Milieu. Hier wurde eine konfessionelle Gleichbehandlung praktiziert, die die Vorstellung einer liberalen Bevorzugung jedweden Protestantismus gegenüber dem Katholizismus revidieren kann. Diese Haltung resümiert derselbe Artikel nochmals in besonderer Deutlichkeit: »Wenn aber die pietistische Partei in ihren Hauptwortführern sich gegen eine organische Kirchenverfassung verwahrt, so erklärt sich dies zur Genüge aus dem hierarchischen Fanatismus, dem sie verfallen sind, und diese können nichts Konsequenteres tun, als sich baldmöglichst der ultramontanen Partei der katholischen Kirche einverleiben, der sie ähneln wie ein Haar dem anderen.«²⁴

Die Frage kirchlicher Reformen hörte jedoch nicht beim verfaßten Kirchentum auf. Auch die neuen außerkirchlichen Religionsgemeinschaften, die sich aus Protestantismus wie Katholizismus heraus entwickelt hatten und national Aufsehen erregten, nahm die Deutsche Zeitung kritisch unter die Lupe. Ihre Einstellung zu den freikirchlichen Gemeinden läßt sich zunächst an der Stellungnahme zum Fall Uhlich ablesen.

Leberecht Uhlich, ein freisinniger Magdeburger Pfarrer, der durch seine nicht an Liturgie und Agende klebenden Predigten ein großes, sozial heterogenes Publikum angezogen hatte und zur zentralen Persönlichkeit der »Lichtfreunde« aufgestiegen war, war bald darauf von seinem Amt dispensiert worden. Ausdrücklich stellte sich auch die DZ an die Spitze der für Uhlich demonstrierenden bürgerlichen Oppositionsbewegung und bestätigte damit den breiten bürgerlichen Anhang, den die Forschung für die Anfangsphase der evangelischen Dissidenten festgestellt hat.²⁵ Die Berechtigung einer sich vom Buchstaben lösenden Auslegung erklärt die DZ mit dem Bekenntnis der Reformation zur evangelischen Freiheit in Glaubensfragen. Im Gegensatz zum Katholizismus könne die evangelische Kirche nicht selbst einen Glauben haben, einen solchen ihren Mitgliedern daher auch nicht vorschreiben, sondern ihn »nur erwecken, pflegen und zu erhalten suchen.«²⁶ Diese religiöse Auffassung überträgt die DZ auch auf den kirchlichen Bereich: »Das Wesen einer evangelisch-protestantischen Religionsgemeinschaft kann daher auch in ihrer rechtlichen Auffassung nicht darin bestehen, daß ein sogenannter Kirchenglaube in ihr mit Zwang aufrecht erhalten werde.« Eine Übereinstimmung mit der Fassung der Glaubenslehre könne Bedingung der Kirchengliederung nur dann sein, »wenn man ... die

²³ DZ 6. 1. 1848.

²⁴ DZ 7. 1. 1848.

²⁵ Vgl. J. BREDERLOW, 1976, S. 26 ff.

²⁶ DZ 11. 12. 1847, dort auch die folgenden Zitate.

evangelische Freiheit vernichten und insofern gegen das Wesen ... des evangelisch-protestantischen Glaubens selbst verstoßen will.«

Auf dieser theologischen Grundlage, die in der Forderung nach Lehrfreiheit bereits anklang, beurteilt die DZ auch das Vorgehen des Magdeburger Konsistoriums. Die Abweichung von symbolischen Schriften reiche nicht aus, um einen Geistlichen aus der evangelischen Kirche auszuschließen. Nur wenn ein Geistlicher das Religionsbewußtsein seiner Gemeinde inhaltlich verletzt habe, sei dies zulässig. Die Hauptaufgabe der Kirchenleitung bestehe vielmehr darin, durch Aufrechterhaltung der reformatorischen Freiheit den Frieden in der Kirche zu bewahren, ohne der »freien und lebendigen Entwicklung des religiösen Bewußtseins hemmende Fesseln anzulegen.«²⁷

Hier wird deutlich, wie die DZ-Liberalen die Pflichten der Kirche gerade im Zeichen innerprotestantischer Richtungskämpfe definierten: Nur durch kirchliche Toleranz könne die religiöse Abwanderung freier denkender Gläubigen verhindert werden. Rigides Beharren auf formalen Bekenntnissen provoziere nur das Auseinanderfallen in Sekten. Die primäre Aufgabe der Kirche sei religiöse Integration, Bewahrung innerkirchlichen Friedens und neue Einigung, die nur unter einem weitherzigen, lebendigen Glaubensdach verwirklicht werden könnten.²⁸

Eng mit diesen Forderungen nach protestantischer Toleranz als Voraussetzung kirchlicher Einheit sind auch jene Ideen verknüpft, die die Deutsche Zeitung zur Behandlung der dissentierenden Gemeinden entwickelt. Zwar steht sie deren inhaltlichen Forderungen nach Hierarchieabbau und lebendigem Glaubensleben positiv gegenüber, dies auch noch nach Uhlrichs Kirchenaustritt und der Konstituierung der »lichtfreundlichen« Gemeinden, doch organisatorisch spricht sie sich gegen die Formierung neuer Religionsgemeinden aus: »Wir hoffen darum, daß der bedrohte Geistliche in Magdeburg ... wenn er gezwungen ist, aus der preußischen Landeskirche zu scheiden, an der evangelischen deutschen Kirche unverrückt festhält, daß er nicht eine freie Gemeinde in dem Sinne der bisher entstandenen bildet, daß er an dem Thore der Kirche lagert mit den Seinen, des Augenblicks harrend, wo das Kirchenregiment in sich geht und ihm die Wiederkehr gestattet, daß er, seiner eignen Überzeugung treu, nicht selber Sekten stiftet und ... seine obere Behörde mit seiner größeren, politischen und kirchlichen Weisheit ... beschämt.«²⁹

Die negative Beurteilung der freireligiösen Opposition, wenn sie sich autonom formiert, erscheint angesichts des passionierten Plädoyers dieser Liberalen für die kirchliche Einheit nur konsequent. Zugleich kann dieser li-

²⁷ DZ 12. 12. 1847.

²⁸ Vgl. ebd.: »Nie soll und darf aber die Kirchenleitung im Widerspruch mit ihrem Beruf den Frieden in der Kirche gerade dadurch stören, daß sie ... allen Dienern der Kirche eine Zwangsjacke anlegen und die Widerspenstigen nöthigenfalls mit ihren Gemeinden aus der äußeren Gemeinschaft der sogenannten Landeskirche treiben will.«

²⁹ DZ 23. 10. 1847.

berale Standpunkt die neuere These einer weitgehenden Entkirchlichung des vormärzlichen Protestantismus widerlegen. Wolfgang Altgeld hat in seiner Studie über Christen- und Judentum und ihr Verhältnis zur Nation dem gesamten liberalprotestantischen Milieu des Vormärz »Antihaltungen« zugesprochen: »Gegen Kirchen überhaupt, deren Macht über Menschen, ihren Geist und soziales wie politisches Verhalten.«³⁰ Angesichts des energischen und den gesamten Zeitungstext durchziehenden Plädoyers für eine einige Kirche, die durch protestantische Freiheit die Abspaltung freikirchlicher Gemeinden gerade verhindern soll, ist Altgelds Behauptung einer »postchristlichen Ausprägung« im Protestantismus, worunter er eine »Ablösung vom kirchlichen Christentum versteht«³¹, in dieser Ausschließlichkeit nicht haltbar.

Aus der liberalen Stellungnahme zu Aufbruch und Reform inner- und außerhalb der christlichen Kirchen kristallisieren sich zwei wesentliche Aspekte heraus. Einmal ziehen auch diese Frühliberalen mit ihren kirchlichen Reformvorschlägen immer wieder eine Parallele zu ihrem politischen Programm: »In unserer deutsch-protestantischen Kirche, so in Deutschland überhaupt (gilt es), das Getrennte zu einen und dadurch zu stärken nach Außen und nach Innen, sowie jede neue Spaltung zu verhüten.«³² Die Spannung von Einheit und Freiheit kommt dabei vor allem in der Abgrenzung zu den freikirchlichen Bewegungen durch. Indem deren Forderungen inhaltlich bejaht werden, liegt ein Schwerpunkt auf der protestantischen Freiheit. In der Ablehnung organisatorischer Autonomie wird die Bedeutung kirchlicher Einheit jedoch stärker gewichtet. Obwohl der deutsche Liberalismus im Verlauf des Jahrhunderts säkularer und auch kirchenkritischer wird, überwiegt vor der Jahrhundertmitte, wie die Deutsche Zeitung illustrieren kann, noch ein stark religions- wie kirchenverbundener Liberalismus.

Zum anderen weist die theologische Auseinandersetzung mit den freikirchlichen Bewegungen darauf hin, daß die DZ-Liberalen diese Bewegung weit weniger als sozialen Protest denn als religiöse Absetzung verstanden. Die Auffassung, »Lichtfreunde« und »Deutschkatholiken« seien primär aus der Erfahrung gesellschaftlicher Desintegration heraus gewachsen³³, gilt es daher zugunsten einer stärkeren Betonung der religiösen Motivation zu modifizieren.³⁴

b) Die Kirche im Staat

Das Verhältnis von Kirche und Staat lieferte der liberalen Diskussion besonderen Zündstoff. Selbständigkeit der Kirche vom Staat und vice versa gehörten zu den Kernforderungen des deutschen Frühliberalismus. Doch wo sollte

³⁰ W. ALTGELD, 1992, S. 169.

³¹ Ebd., S. 168.

³² DZ 28. 9. 1847.

³³ So J. BREDERLOW, 1976, S. 81.

³⁴ So auch S. PALETSCHEK, 1990.

diese Selbständigkeit enden und was war kirchenfreier, was staatsfreier Raum? Einig waren sich konservative und liberale Protestanten in der Ablehnung einer völligen Trennung von Kirche und Staat: Selbständigkeit ja, Abtrennung nein, denn das roch nach französischem Vorbild und Revolution und verletzte den religiösen Respekt vor monarchischer Autorität. Stärker noch wandten sich die Katholiken gegen jedes Staatskirchentum, zumal ihre Kirche unter staatlicher Bevormundung im Vormärz sehr viel stärker gelitten hatte. Reibungspunkte zwischen Staat und Kirche entstanden dort, wo staatlicher und kirchlicher Raum sich überschneiden, nämlich vorrangig in den Bereichen Eheschließung, Schule sowie der Anerkennung von Orden und Religionsgemeinschaften.

Das Thema Ehe handelte die DZ sehr kurz ab. Zum kirchlichen Problem wuchs es sich ja nur in der Frage von Mischehen aus. Nach Beilegung des Kölner Konflikts herrschte generell eine kirchenfreundliche Praxis, die der katholischen Kirche das Einsegnen konfessionell unterschiedlicher Paare freistellte. Damit hatte die katholische Kirche ihren Anspruch auf katholische Kindererziehung in Mischehen wieder gefestigt.³⁵ Als die Reichsverfassung dann die allgemeine Gültigkeit der Zivilehe ohne kirchliche Bestätigung verankerte, gab die DZ zu bedenken, daß mit der alleinigen Gültigkeit der Zivilehe jedes »fernere Interesse des Staates an der religiösen Sanktion dieses wichtigen Aktes verneint« ist.³⁶ Der ganze Tenor des Kommentars illustriert die Skepsis dieser Liberalen gegenüber der völligen Lösung und Autonomie des zivilrechtlichen Aktes von seiner kirchlichen Legitimation. Daß sich der Staat hier jeglichen »religiösen Charakters überhaupt entäußere«, galt ihnen als Zeichen für den zunehmenden »staatlichen Indifferentismus«, der die innere Zerrüttung Deutschlands nur fördere und »dem großen Ziel einer Wiederherstellung Deutschlands ... in kirchlich-politischen Fragen« im Wege stehe. Was sich hier abzeichnet und den Forschungsstand bestätigt, ist, daß der konstitutionelle, überwiegend protestantisch gefärbte Liberalismus, wie ihn auch die DZ repräsentierte, in diesem Punkt dem Bündnis aus katholischen Konservativen, linken Liberalen und Demokraten, welche im Plenum die Mehrheit besaßen, deutlich unterlag.³⁷ Denn mit der gesetzlichen Verankerung einer kirchenunabhängigen Ziviltrauung beließ man der katholischen Kirche auch das Recht, ihrerseits über deren Einsegnung durch den Priester zu bestimmen, und genau dieser Punkt hatte ja den Kölner Kirchenstreit mit heraufbeschworen. Trotz ihrer verbalen Appelle zur konfessionellen Versöhnung stellt sich die DZ mit ihrer inhaltlichen Position zur Ziviltrauung den Katholiken entschieden entgegen.

³⁵ Vgl. dazu H. CONRAD, Zur Einführung der Zwangszivilehe, in: H.-C. NIPPERDEY (Hrsg.), Das Deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahrhunderts, 1956, S. 113–130.

³⁶ DZ 21. 8. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

³⁷ Vgl. P. LANDAU, Die Entstehung des neueren Staatskirchenrechts in der deutschen Rechtswissenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Religion und Gesellschaft, 1993, S. 35 ff.

Ein besonders heiß umkämpftes Terrain stellte die Schulfrage dar. Inwieweit Schulen unter kirchlicher Oberaufsicht stehen durften, in welchem Rahmen der Staat mit seiner Erziehung zum Bürger das kirchliche Interesse an der Erziehung zum Christen zulassen mußte, war ein Thema, an dem sich kirchliche und politische Interessen prekär überkreuzten, und welches zunehmend auch konfessionelle Gräben aufriß. Die Position der Deutschen Zeitung lief grundsätzlich auf Selbständigkeit der Schule von der Kirche hinaus.

Unabhängigkeit der Schule von der Kirche sollte einmal bedeuten, daß Geistliche nicht mehr ausschließlich die Oberaufsicht über Volksschulen ausüben sollten. Bisher hatte der Pfarrer die lokale, oft auch regionale Schulaufsicht ausgeübt sowie die Entscheidungskompetenz über alle schulischen Fragen von der Einstellung neuer Lehrer bis zum Unterrichtsplan innegehabt. Vor allem in Bayern, so klagt die DZ, wurde diese Praxis so ausgeweitet, daß allein die katholische Kirche vorschreibe, »was wir glauben, denken, fühlen, was wir für recht und gut halten sollen und was nicht.«³⁸ Um die Schule als »Sache des Staates« dem kirchlichen Einfluß zu entziehen, wollen die DZ-Liberalen die Schulaufsicht einer Kommission weltlicher »Schulmänner« übergeben, die sich mit Abgeordnetenkommission und Kirche über die gemeinsamen Ziele verständigen sollte.³⁹

Unabhängigkeit der Schule von der Kirche hieß zum anderen, daß Geistliche nur für ihr Religionsfach zuständig sein sollten. Gerade in kleinen Orten wurden Lehrerstellen oft mit niederen kirchlichen Ämtern, wie denen des Organisten oder Mesmer der jeweiligen Gemeindekirche, gekoppelt. Hier wandte sich die DZ explizit gegen eine Verlautbarung der katholischen Bischöfe im Winter 1848, welche »das Recht der Lehre und Erziehung ... in allen Zweigen des Unterrichts« umzusetzen wünschten⁴⁰, und bemerkte süffisant, die katholische Kirche beurkunde damit »ihr göttliches Recht zur Erziehung des Menschengeschlechts.« Der starke geistliche Einfluß ließe sich nur durch Besserstellung der Volksschullehrer zurückdrängen. Daß Lehrer vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schlecht bezahlt waren, wenig soziales Prestige besaßen, oft mäßig ausgebildet und ebenso mäßig motiviert waren, belegen Zeitzeugnisse zur Genüge und auch der Zeitungstext nimmt darauf wiederholt Bezug.⁴¹ Nur durch Aufbesserung von Gehalt und Ausbildung, so der Vorschlag der DZ, könne man das Inter-

³⁸ DZ 4. 8. 1847.

³⁹ DZ 22. 6. 1848.

⁴⁰ DZ 18. 12. 1848, dort auch das folgende Zitat.

⁴¹ Vgl. DZ 11. 12. 1849: »Im Allgemeinen ist in ganz Deutschland die Stellung der Volksschullehrer von der Art, daß sie zum Mismuth und zur Unzufriedenheit führen muß und ihre Bildung so beschaffen, daß ihnen dadurch eine befriedigende Stellung in der Gesellschaft erschwert wird. Ihr Einkommen ist an vielen Orten so gering, daß sie mit der ärmeren Volksklasse auf gleicher Linie stehen und doch verlangt ihr Stand, daß sie in Kleidung, Wohnung, Lebensweise sich den gebildeten Ständen anschließen oder doch annähern. Diese Ausnahmestellung, welche die Schullehrer als halbgebildete und oft als Hausarme in der Gesellschaft einnehmen, ist die Hauptquelle ihres Unmuthes, und man darf sagen, ihres Unglücks.«

esse am Lehrberuf wieder beleben, seine Mitglieder gesellschaftlich integrieren, und damit auch den starken Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Pädagogik beschränken.

Unabhängigkeit der Schule von der Kirche bedeutet für die DZ drittens, stärker auf interkonfessionelle Schulen zu pochen und gegen die zeitgenössische Praxis anzukämpfen, die Schulen nach Glaubensbekenntnis zu trennen. Daß Volksschulen konfessionell getrennt wurden, war vor allem auf dem Lande normal. Daß diese Praxis gerade im Zeichen neuer konfessioneller Abgrenzung die Glaubensgräben noch vertiefen konnte, zumal wenn Schulen in Ordenshand übergingen, beobachtete die DZ wiederum vor allem in Bayern: »Die Trennung der Schulen nach Glaubensbekenntnissen, welche früher nur da stattgefunden hatte, wo die Zahl der Kinder ohnehin die Errichtung mehrerer Schulen nöthig machte, ward mit größter Strenge und Beharrlichkeit überall, oft mit drückender Belastung der Gemeinden, durchgeführt.«⁴²

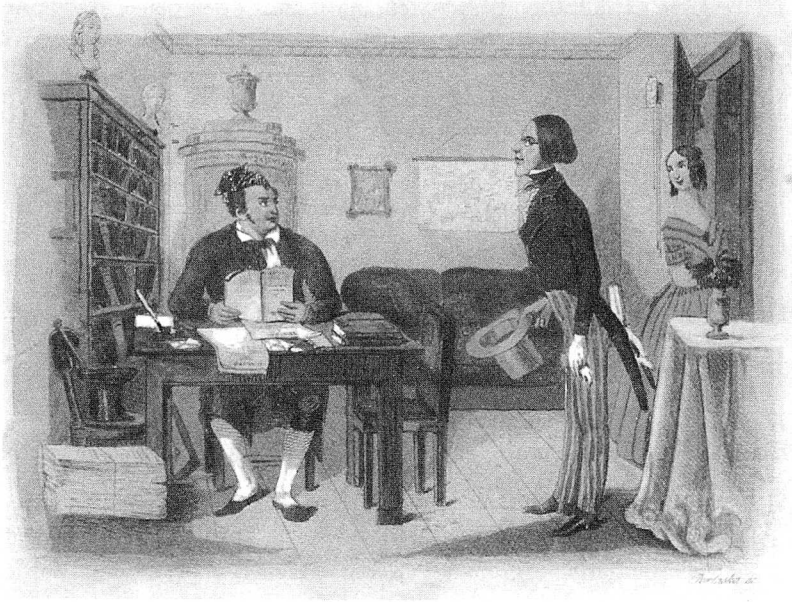
Unabhängigkeit der Schule von der Kirche: Das sollte alles in allem auf die Abschaffung kirchlicher Kontrolle in der Schule, die Beschränkung geistlicher Pädagogik auf den Religionsunterricht, einen laizistischen Lehrerstand und auf gemischtkonfessionelle Schulen hinauslaufen. Damit zeigt sich die DZ in der Schulfrage dem Grundkonsens der Vormärzliberalen verhaftet, welche Volksschulen als eine Sache des Staates ansahen. Da aber vor allem die katholische Kirche ihren Vorrang im schulischen Bereich behaupten wollte, richtete sich der Forderungskatalog der DZ per se stärker gegen den Katholizismus. Trotz ihres Eintretens für konfessionellen Frieden läßt sich ein leichter antikatholischer Grundton hier nicht überhören.

Ein weiteres Thema, an dem sich der Behauptungswille von Kirche und Staat überkreuzte, war die Behandlung von Orden und den neuen außerkirchlichen Religionsgemeinschaften. Zum Thema Ordenszulassung äußert sich die DZ nur im Fall der Jesuiten, und verlangte, wie bereits erläutert wurde⁴³, deren staatliche Ausweisung aus der Schweiz. Denn Jesuiten trügen die größte Schuld an der innerkatholischen Auseinanderentwicklung in Ultramontane und deren Gegner und seien ebenso für die neue konfessionelle Feindseligkeit zwischen Katholiken und Protestanten verantwortlich.⁴⁴ Über protestantische Orden äußert sich das Blatt an keiner Stelle, die Frage des Jesuitenverbots bleibt der einzige Berührungspunkt zwischen Kirche und Staat, der zum Thema Ordenszulassung diskutiert wird.

⁴² DZ 4. 8. 1847.

⁴³ Vgl. oben, S. 227.

⁴⁴ Vgl. DZ 19. 9. 1847: »Wer auch könnte noch läugnen, daß dieser Jesuitismus der gefährlichste Feind einer vom christlichen Geiste der Milde und Versöhnung beseelten, einer wahrhaft katholischen Kirche geworden ist. Er ist es, der nicht nur den fortwährenden widerlichsten Hader zwischen Katholiken und Protestanten unterhält, sondern er hat auch das spaltende, kirchlich-politische Schisma zwischen den Ultramontanen und ihren Gegnern in der Mitte des Katholizismus selbst hervorgerufen.«



Ein Redakteur und ein Mitarbeiter

Durch leistungsfähige Druckerpressen, verbesserte Produktionsverfahren und das steigende Interesse der Menschen an Tagesneuigkeiten erweitert sich vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Umfang der Zeitungen. Zunehmend wird der Redakteur jetzt von Mitarbeitern unterstützt, die teils als bloße Gehilfen, teils auch als »Nebenredakteure« fungieren.

Umfangreicher fällt die liberale Stellungnahme zu den neuen Religionsgemeinschaften der »Deutschkatholiken« und »Lichtfreunden« aus. Vor dem theologischen Hintergrund des protestantischen Freiheitsprinzips baut das Blatt seine Argumentationslinie auf, wie freikirchliche Gemeinden vom Staat zu behandeln seien. Habe das Landrecht nur zwischen öffentlich anerkannten und geduldeten Privatkirchengesellschaften unterschieden, wobei für letztere andere Behandlungskriterien galten als für gewöhnliche, weltliche Gesellschaften, so nivelliere das neue preußische Toleranzedikt vom März 1847 deren Verhältnis auf eine Weise, daß privatkirchliche Gesellschaften staatlicher Kontrolle weit strenger unterworfen seien: Für den Kirchenaustritt genügte nicht mehr, wie im Landrecht, eine bloße Erklärung, vielmehr mußte dem Ortsrichter die Austrittsabsicht vier Wochen vorher bekannt gegeben werden. Der ausgetretene Bürger war weiterhin an der gemeindlichen Kirchensteuer beteiligt, der gesamte Lehrerstand von der Garantie, sein Amt durch einen Kirchenaustritt nicht zu verlieren, ausgeschlossen, und die Regierung hatte sich vorbehalten, manchen der genehmigten Religionsgemeinschaften besondere Rechte einzuräumen.

Mit einem solchen Edikt sah die DZ die Freiheit des individuellen Bekenntnisses, die Freiheit der gemeinsamen Religionsausübung und schließlich auch die bürgerliche Freiheit verletzt: »Nach den Bestimmungen des 30. März (1847), sieht man wohl, tritt der Mann, der über seinen religiösen Glauben mit seinem Gewissen zu Rathe geht, in eine peinliche Wahl. Je mehr er sich freigläubig von der anerkannten Kirche entfernt, desto kleiner wird die bürgerliche Freiheit und die staatliche Toleranz.«⁴⁵ Im Rekurs auf die Suspension des Magdeburger Pfarrers Uhlich wirft die DZ dem preußischen Staat vor, sich zum Richter über die Bekenntnisse aufzuwerfen, die Stelle der Kirche zu übernehmen, indem er nicht nur über »Staats- und Sittengefährlichkeit einer Religionspartei, sondern auch über ihre Christlichkeit« entscheidet. Damit schriebe der Staat den richtigen Glauben vor, von dessen Befolgung die Gewähr vollständiger Staatsbürgerrechte abhinge. Unter einem wahrhaft christlichen Staat jedoch, und hier greift die DZ erstmals das viel diskutierte Wort Friedrich Julius Stahls auf, sei ein Staat zu verstehen, dessen Religion durch den christlichen Glauben bestimmt sei, nicht aber einer, der den vermeintlich richtigen Glauben und das zugehörige Bewußtsein festzulegen versuche. Ganz deutlich spiegelt sich hier die entschiedene Ablehnung wider, welche die DZ der Vorstellung des »christlichen Staates« entgegenbrachte, einem von protestantischen Konservativen im Umkreis Friedrich Wilhelms IV. entwickelten Gedanken, Staat und Kirche enger aneinander zu binden.

Gegenüber dem preußischen Toleranzedikt vertraten diese konstitutionellen Liberalen eine Position, die freie Religionsausübung und bürgerliche Rechte auch den Mitgliedern nichtkirchlicher christlicher Religionsgemeinschaften garantieren wollte. Präziser noch läßt sich ihre Haltung durch die ei-

⁴⁵ DZ 19. 9. 1847, dort auch das folgende Zitat.

nen Blick auf die Kommentierung der Reichsverfassung umreißen. Die entsprechenden Grundrechtsartikel des Jahres 1848 erlaubten die Bildung neuer Religionsgemeinschaften auch ohne staatliche Anerkennung. Keine Religionsgemeinschaft durfte künftig vor einer anderen staatlich bevorzugt werden. Diese Verankerung völliger religionsgesellschaftlicher Parität der Großkirchen mit kleinen Neugründungen wurde in der Forschung zumeist als »Revolutionierung der bisherigen staatskirchlichen Verhältnisse« gesehen.⁴⁶ Daß dabei auch die individuelle Religionsfreiheit Vorrang vor dem Schutz der christlichen Großkirchen genoß, trug der Verfassung häufig den Vorwurf einer weitgehenden Gleichgültigkeit ein.⁴⁷

Ganz im Einklang mit dieser Meinung beurteilt auch die DZ die neue Gesetzgebung als Ausfluß staatlicher Gleichgültigkeit gegenüber der Religion, die negativ auch auf die Großkirchen rückwirke: »So deutet dies doch wohl unzweifelhaft an, daß der Staat von keinerlei Bekenntnis überhaupt Notiz nimmt, ... es deutet mit einem Wort den höchsten Grad von Indifferentismus des Staates gegenüber dem religiösen Element überhaupt an.«⁴⁸ Die Reichsverfassung behandle die unterschiedlichen Bekenntnisse nicht nach ihrer religiösen Aussage und ihrem sittlichen Gehalt, sondern nur nach rein rechtlichen Kriterien. Genau an diesem strittigen Punkt kann die Stellungnahme der DZ dokumentieren, daß sich der konstitutionelle Liberalismus stark an Religion und kirchlicher Bildung orientierte. Denn daß der Staat in der Reichsverfassung sein positives Interesse an der »Religion als Mittelpunkt genossenschaftlicher Verknüpfungen« völlig aufgebe und Religion nurmehr als reine Privatangelegenheit betrachte, kritisiert die DZ als Beleg für einen absoluten Individualismus, der jegliche positive Beziehung des Staates zur Religion negiere.

Deutlich wird, daß sich die DZ-Liberalen in ihrer Bewertung von Religionsgemeinschaften und Kirchen primär an deren inhaltlicher Ausrichtung orientierten, daß sie daneben zwar durchgehend für Selbständigkeit der Kirche vom Staat und vice versa eintraten, eine absolute Trennung, die sich in völliger Parität aller Religionsgemeinschaften niederschlage, jedoch ablehnten: »Liegt es nun ohne Zweifel im Interesse des Staates, den Individuen zwar möglichst viel, aber doch nur so viel Freiheit zu gewähren, daß dabei die Ordnung und das Wohl der Gemeinschaft noch gesichert bleiben, so erscheint eine allem Möglichem, noch Unbekanntem zugesprochene Be-

⁴⁶ J.-D. KÜHNE, 1985, S. 309, Anm. 176. Entgegen der herrschenden Meinung, die darin auch ein deutliches Symptom für die Tendenz der Reichsverfassung, Staat und Kirche zu trennen, erblickt, argumentiert Kühne unter Bezug auf das erhöhte korporative Niveau sämtlicher Religionsgemeinschaften, daß von einer völligen Trennung nach amerikanischem Vorbild hier nicht die Rede sein könne; vgl. ebd., S. 311.

⁴⁷ Vgl. J.-D. KÜHNE, 1985, S. 480ff. Kühne selber widerspricht diesen Auslegungen, spricht von gemäßigttem Individualismus und betont, der Vorwurf einer »rein individualistischen Sicht der Religionsausübung« sei eine »unzulässige Verkürzung«, ebd., S. 487.

⁴⁸ DZ 21. 8. 1848, dort auch das folgende Zitat.

rechtiung nicht als eine wohlbemessene Zuertheilung, sondern als eine Vergeudung von Rechten.«⁴⁹

Zusammengekommen zeichnet sich hier ein kirchenpolitischer Standpunkt ab, der programmatisch wie auch sozialgeschichtlich eine neue Perspektive auf das kontrovers beurteilte Verhältnis zwischen Liberalismus und Kirche erlaubt: Zunächst verweist der kirchen- und religionsverbundene Liberalismus, wie er sich in der Deutschen Zeitung präsentiert, auch auf das soziale Profil bürgerlicher Religiosität. Lucian Hölscher, um die neuere Forschung heranzuziehen, hat den Prozeß der Entkirchlichung bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts angesetzt und ihn sozial und geographisch nachgezeichnet.⁵⁰ Daß die Intensität kirchlichen Lebens im 19. Jahrhundert von einem Süd-Nord-Gefälle geprägt wird, kann die Deutsche Zeitung mit ihrer starken Verwurzelung in Süd- und Mitteldeutschland bestätigen. Die sozialen Zentren religiöser Entwurzelung beobachtet Hölscher primär im gehobenen, städtischen Bürgertum, wogegen das kleine und mittlere Bürgertum der Kirche gegenüber loyaler blieb oder wieder wurde.

Diese gesellschaftliche Lokalisierung von Religions- und Kirchendistanz sollte angesichts der sozialen Milieus, aus denen die Trägerschichten der Deutschen Zeitung stammen, modifiziert werden. Die Protagonisten (und wie noch zu zeigen ist, auch die breitere Anhängerschaft) dieses kirchenverbundenen Liberalismus rekrutierten sich primär aus Bildungsberufen, Beamten und der freien Intelligenz, und damit aus genau jenen Sozialkreisen, denen Hölscher die Vorreiterposition im Prozeß der Entkirchlichung zuspricht.⁵¹ Programmatik und Trägerschaften der Deutschen Zeitung verweisen daher, erstens, darauf, daß der Prozeß der Entkirchlichung durchaus nicht das gesamte gehobene Bürgertum erfaßt hatte, sondern daß wesentliche Teile der bürgerlichen Führungsschicht im ausgehenden Vormärz einen Liberalismus vertraten, der sich als modern und zugleich als »Freund von Kirche ... und Religion« verstand.⁵²

Mit ihrer weitgehend ablehnenden Beurteilung der kirchenpolitischen Elemente der Reichsverfassung bestätigt die Deutsche Zeitung zum anderen, daß diese Plenumsbeschlüsse auf einen »Konsens katholischer und demokratischer Gruppen gegenüber einem erheblichen Teil der Liberalen« zurückgingen.⁵³ Die DZ-Liberalen forderten eine christliche Grundlage des Staates. Denn ohne religiösen Charakter könne der Staat auch seine sittliche Stabilität nicht behaupten. Damit belegt der Zeitungstext, zweitens, die Einschätzung Friedrich Wilhelm Grafs, daß die bürgerlichen Eliten des deutschen Vormärz keine prinzipielle Trennung von Politik und Religion wollten. Daß auch die national ausgerichteten Liberalen der DZ von einem

⁴⁹ DZ 19. 8. 1848.

⁵⁰ Vgl. L. HÖLSCHER, Bürgerliche Religiosität im protestantischen Deutschland des 19. Jahrhundert, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Religion und Gesellschaft, 1993, S. 191–215.

⁵¹ Ebd., S. 199 ff.

⁵² DZ 6. 1. 1848.

⁵³ P. LANDAU, 1993, S. 37, wie Anm. 37.

»konstitutiven Zusammenhang zwischen Religion und Politik, zwischen christlicher Konfession und Stabilität der monarchischen Ordnung« ausgingen⁵⁴, kann die Deutsche Zeitung exemplarisch verdeutlichen.

Schließlich dokumentiert das Zeitungsprogramm auch die tragende Rolle, die konstitutionelle Liberale nicht nur der Religion, sondern auch der Kirche zumaßen. Eine neuere religionsgeschichtliche Arbeit vertritt die These, breite protestantische Kreise hätten im Vormärz »national integrierende zivilreligiöse Einrichtungen« gegen und über die Kirche gestellt.⁵⁵ Doch in der Deutschen Zeitung als nationalem Kristallisationspunkt des liberalen und überwiegend protestantischen Bürgertums wird gerade die Kirche als der Ort definiert, wo konfessionelle Einigung analog zur politischen Einigung stattfinden muß. Von einer bewußten Verlagerung kirchlicher Bindungen hin auf zivilreligiöse Assoziationen zu sprechen, erscheint, drittens, angesichts dieses Plädoyers gegen freikirchliche Autonomie, gegen einen gänzlich säkularisierten Rechtsstaat, und für innerkirchliche Einigung und konfessionellen Frieden nicht weiter haltbar.

c) Die rechtliche Stellung der Juden

Die Rolle der Juden in der Gesellschaft des deutschen Vormärz war umstritten. Die Aufklärung hatte ihnen Integration mehrheitlich dann zubilligen wollen, wenn sie sich all dessen entledigten, was ihre spezifische Identität und Kultur ausmachte: Sprache, Äußeres, Geschäftspraktiken, Eßgewohnheiten und letztlich auch ihre Religionsauffassung.⁵⁶ Den unscharfen Begriff »Emanzipation«, der sich in den dreißiger Jahren einbürgerte, hatten Frühliberale mit unterschiedlichem Gehalt zu füllen gewußt: Die große Mehrheit, allen voran Karl v. Rotteck, forderte als *entrée billet* zur vollen staatsbürgerlichen Gleichstellung zunächst kulturelle und wirtschaftliche Assimilation. In der Praxis hieß das: staatsbürgerliche Garantien ja, politische Rechte nein. Nur eine Minderheit, darunter Rottecks Freund und Gegenspieler Welcker, hielten die sofortige rechtliche Gleichstellung für erforderlich.

Zwiespältigkeit und Zwischentöne kennzeichneten das liberale Verhältnis zum Judentum. Politisch links Stehende konnten gegen die sofortige Gleichstellung argumentieren, Gemäßigte wie Friedrich Daniel Bassermann sich energisch dafür einsetzen.⁵⁷ Einheitlichkeit herrschte allenfalls in der Frage, was Emanzipation auch bedeuten sollte: »Akkulturation« der Juden in der christlichen Mehrheitsgesellschaft, indem die Juden ihre kulturellen Eigenheiten sofort oder allmählich aufgeben würden. Das entsprechende

⁵⁴ F. W. GRAF, *Protestantismus*, 1993, S. 160.

⁵⁵ W. ALTGELD, 1992, S. 168.

⁵⁶ Vgl. dazu A. HERZIG, 1983 sowie DERS., *Die erste Emanzipationsphase im Zeitalter Napoleons*, in: P. FREIMARK u. a. (Hrsg.), 1991, S. 130–147.

⁵⁷ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Judenemanzipation im 19. Jahrhundert*, in: P. FREIMARK u. a. (Hrsg.), 1991, S. 148–163, hier S. 155.

Schlagwort konnte dann sogar heißen: »Entjudet den Juden« – so die württembergische Kammer im Jahr 1828.⁵⁸ Durchdrungen von der Überlegenheit des Christentums lehnten die meisten Liberalen die Integration »des Juden als Juden in Staat und Gesellschaft« ab.⁵⁹

Auf dem rheinischen Landtag von 1843 war erstmals die völlige rechtliche Gleichstellung der Juden gefordert worden. Dennoch brachte die preußische Regierung 1847 einen Gesetzesentwurf ein, der korporative Zusammenschlüsse der Juden vorsah, und damit sogar noch hinter das Edikt von 1812 zurückfiel. Der Vorlage wurde jegliche Zustimmung verweigert. Wie der Rechtsraum für die jüdische Bevölkerung indes positiv abzustecken sei, thematisiert dann ein Leitartikel der Deutschen Zeitung vom 17. August 1847. Die preußische Gesetzesnovelle hatte die Juden in abgeschlossenen Korporationen zusammenfassen wollen. Daß die DZ ebenso wie der Landtag diesen Vorschlag als Ghettoisierung auffaßte und rigoros ablehnte, wird auch durch die personelle Überschneidung von Landtag und DZ-Mitarbeiterstab, dem führende rheinische Abgeordnete wie Hansemann, Mevissen, Graf Schwerin und Beckerath angehörten, plausibel. Errungenschaften, wie die Gültigkeit des Judeneids und der bürgerlichen Ehe zwischen Juden und Christen, welche der Regierungsentwurf zugestanden hatte, seien »an sich werthvolle Konzessionen, verlören aber an Bedeutung, wenn durch eine strenge Abgrenzung der politischen Körperschaft daneben das jüdische Ghetto des Mittelalters wiederhergestellt würde.«⁶⁰

Die DZ wollte Juden zu allen Staatsämtern zulassen mit Ausnahme solcher, die religiöse und kulturelle Aufgaben mit sich brachten. Gerade die Gemeindeämter, welche der alternativ verabschiedete Landtagsentwurf den Juden neben der richterlichen und exekutiven Gewalt vorenthielt, sollte ihnen geöffnet werden. Zum zweiten sollten Juden zu allen akademischen Lehrämtern zugelassen werden, wiederum mit Ausnahme solcher, die den christlichen Glauben erforderten. Drittens befürwortete die DZ, was an der Herrenkurie des Landtags gescheitert war, nämlich die volle Gleichwertigkeit eines jüdischen Eides sowie die bürgerliche Ehe zwischen Juden und Christen. Welcher Konfession die Kinder einer gemischten Ehe angehören sollten, wurde dabei nicht erörtert.

Zur Frage des Eides nimmt hingegen ein Artikel vom 2. August 1849 Stellung, dessen zustimmender Auszug aus der »Edinburgh Review« die Tendenz der DZ lebendig illustriert: »Die Unterschiede zwischen dem Christenthume und dem Judenthum haben sehr viel mit der Qualifikation zum Bischof oder zum Rabbi zu thun. Aber mit der Qualifikation eines Menschen zum Richter, zum Gesetzgeber oder zum Finanzminister haben diese Unterschiede ebensowenig zu thun, wie mit seiner Qualifikation zum Schuster. Die Schuster zu einem Eid auf den wahren Christenglauben zu zwin-

⁵⁸ Ebd., S. 149.

⁵⁹ Ebd., S. 158.

⁶⁰ DZ 17. 8. 1847.

gen, ist noch nie jemandem eingefallen. Jeder von uns würde es vorziehen, seine Schuhe von einem ketzerischen Schuster flicken zu lassen als von einem Manne, der die 39 Oxforder Glaubensartikel zwar unterschrieben hat, der aber niemals einen Pfriem in der Hand hatte. Die Menschen handeln so, nicht weil sie gleichgültig gegen die Religion sind, sondern weil sie nicht einsehen können, was die Religion mit dem Flicken ihrer Schuhe gemein hat. Nun hat aber die Religion gerade soviel mit dem Schuhflicken gemein, wie mit dem Budget und mit den Geldern für Kriegswesen. Wir haben wahrhaftig im Laufe der letzten zwanzig Jahre Gelegenheit genug gehabt zu erfahren, daß ein sehr guter Christ ein sehr schlechter Finanzminister sein kann.«⁶¹

Viertens sprach sich das Blatt für sofortige Zuerkennung auch aller politischen Rechte aus. Damit lassen sich die DZ-Liberalen jener progressiven Minderheit im vormärzlichen Liberalismus zuordnen, die den Juden rechtsstaatliche Garantien *und* staatsbürgliche Teilhabe zugleich sichern wollte. Die positive Aufnahme der entsprechenden Reichsverfassungsartikel, welche die Unabhängigkeit der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechtsstellung vom religiösen Bekenntnis garantierte, rundet dieses Bild nur noch ab.⁶²

Dieter Langewiesche hat darauf hingewiesen, daß sich die Liberalen zwar nicht über die zeitliche Abfolge, mehrheitlich aber über die inhaltliche Ausgestaltung der Emanzipation einig waren: »Für sie bedeutete Emanzipation ... von den Juden zu verlangen, ihr Andersein aufzugeben und sich der Umwelt anzugleichen.«⁶³ Nicht nur in der Forderung nach politischer Partizipation, sondern auch in der Frage der jüdischen »Akkulturation« scheint die DZ die liberale Avantgarde verkörpert zu haben. Denn einmal fällt auf, daß das Thema Taufe – eindeutiger Beleg für den »Erfolg« von Akkulturationsbestrebungen – in diesem Kontext kein einziges Mal berührt wird: Für diese Liberalen war die Taufe keine Alternative. Zum anderen plädierte die DZ ausdrücklich für die Etablierung eines Lehrstuhls für jüdische Theologie und setzte sich daneben für die »Zulassung jüdischer Lehramtskandidaten in christliche Seminarien« ein.⁶⁴ Solche programmatischen Forderungen, zu denen auf sozialgeschichtlicher Ebene der hohe Anteil von fast sieben Prozent jüdischer Korrespondenten korreliert, sind ein deutliches Indiz dafür, daß die Deutsche Zeitung innerhalb der breitgefächerten liberalen Strömung eine Vorreiterposition zugunsten jüdischer Emanzipation im Sinne recht-

⁶¹ DZ 2. 8. 1849.

⁶² Vgl. ebd.: »Daß die deutschen gesetzgebenden Versammlungen diese Frage fast ohne Widerspruch erledigten, ihre jüdischen Mitbürger von den auf ihnen lastenden Unfähigkeiten und Beschränkungen emancipierten und das Prinzip der allgemeinen Religionsfreiheit verkündeten, ist ein großer Ruhm für das deutsche Land.«

⁶³ D. LANGEWIESCHE, 1991, S. 159, wie Anm. 57.

⁶⁴ DZ 17. 8. 1847.

licher und kultureller Gleichstellung einnahm, die sich erst in den 60er Jahren allmählich durchzusetzen begann.⁶⁵

d) Kirchen und Nation

Die kirchlichen Positionen zur Nation schienen im Vormärz klar abgesteckt. Die katholische Kirche, zumal in Deutschland, wo ihr Profil ultramontan war, wandte sich größtenteils gegen die nationale Bewegung und stellte ihre Mitglieder oft vor die Entscheidung: Konfession oder Nation. Der Protestantismus, geprägt durch Reformationsprinzip und Kulturoptimismus, hatte es leichter, zum »religiösen Partner der bürgerlichen Einheits- und Freiheitsbewegung« zu werden.⁶⁶ Damit hört die Übereinstimmung in der Forschung aber meist schon auf, zumal »Zusammenhänge zwischen liberaler Theologie und liberaler Politik« bisher weitgehend unerforscht sind.⁶⁷

Wo die Schnittlinien von Kirche und Nation verlaufen und wie sie konfessionell aussehen, beurteilen Historiker kontrovers. Zumeist herrscht die Ansicht vor, und dies gilt primär für den Protestantismus, daß die aufkommende Nationalbewegung, deren Personal mehrheitlich aus städtischen Bildungsbürgern hervorging, sich zunehmend von kirchlichen Dogmen entfernt und in der Nation eine Art »Ersatzreligion« gefunden habe.⁶⁸ Die Studie Altgelds verlagert diese Einschätzung noch auf eine andere Ebene: Der Nationalismus setze die Nation nicht an die Stelle Gottes, sondern als Ordnung über die Kirchen. Das führe dann dazu, daß »die Nation nicht als Religions- sondern als *Kirchenersatz* erschien.«⁶⁹ Dagegen vertritt Thomas Nipperdey die Ansicht, daß Christentum und Protestantismus für die liberale Nationalbewegung zwar eng verflochten seien, daß aber um die Jahrhundertmitte von einer weitgehenden Identität zwischen Protestantismus und nationalem Liberalismus« noch nicht die Rede sein kann. Vielmehr »sind die Liberalen der Revolution keineswegs antikirchlich, ja argumentieren christlich-protestantisch.«⁷⁰

Für die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Nation muß zunächst geklärt werden, in welchem Ausmaß der politische Liberalismus kirchlich war, und demnach, ob kirchliche und nationale Identität in der vormärzlichen Nationalbewegung überhaupt nebeneinander bestehen konnten. Drei Aspekte, die partiell bereits als eigenständige Ergebnisse vorgestellt wurden, lassen sich hier zu einem einheitlichen Bild verdichten.

Zur Klärung der Kirchenbindung kann einmal die Analyse der konfessionellen Färbung der Korrespondenten beitragen: Von den 176 deutschen

⁶⁵ Vgl. A. HERZIG, 1983, S. 32 ff.

⁶⁶ W. K. BLESSING, 1993, S. 228 f.

⁶⁷ D. LANGEWIESCHE, Frühliberalismus, 1997, S. 113.

⁶⁸ H.-U. WEHLER, Nationalismus, 1994, S. 167.

⁶⁹ W. ALTGELD, 1992, S. 166.

⁷⁰ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1983, S. 437.

Korrespondenten, deren Konfession sich ermitteln ließ, hatten zwölf Prozent ein Pfarramt inne. Dieser hohe Anteil dokumentiert zunächst personell, welche Bedeutung kirchliche Bindung in den liberalen Führungsschichten, wie sie die DZ verkörpert, einnahm.

Zum anderen weist gerade das Plädoyer für innerkirchliche Einigung, das mit Skepsis gegenüber freikirchlicher Abspaltung einherging, darauf hin, daß dem nationalen Liberalismus der Erhalt der Religiosität *innerhalb* der bestehenden Kirchen ein Kernanliegen war: »Ja der Liberalismus, wenn er seinen Beruf erkennt, wird sich auf den höheren Standpunkt für die kirchliche Bewegung zu stellen wissen. Diese aber ist die Geltung des Prinzips einer organischen Gestaltung des Lebens, wie im politischen und nationalen, so auch im kirchlichen Gebiet.«⁷¹

Schließlich dokumentiert der Zeitungstext, daß kirchliche Religiosität für diese Liberalen auch ein wichtiges Element im politischen Entscheidungsprozeß sei. Beklagt die DZ zunächst, daß die Nationalversammlung ohne jede religiöse Feier eröffnet worden sei, »ihren in keiner Weise kirchlichen Charakter« mithin deutlichst manifestiert habe⁷², so klassifiziert sie die Fraktionen dann nach ihren »religiösen Ansichten.« Ihre Folgerung, daß politische mit religiöser Einstellung grundsätzlich nicht konform ging, sondern sich auf unterschiedlichste Weise überkreuzte, stimmt auch mit dem heutigen Forschungsstand überein. Gerade in den politischen Zentren, und damit jenen Fraktionen, auf die der Kompromiß der Reichsverfassung wesentlich zurückging, sei eine gewisse religiöse Gleichgültigkeit der hervorstechendste Charakterzug⁷³, während die politischen Extreme meist auch in religiöser Hinsicht radikal eingestellt waren. Hätte nun, so argumentiert die DZ, das große mittlere Spektrum mehr religiöses und kirchliches Interesse gezeigt, hätte es sich auch weit besser gegen die beiden Extrempositionen durchsetzen können, und das nationale Einigungswerk wäre vielleicht gelungen.⁷⁴ Was sich hier abzeichnet, ist die Überzeugung, daß eine stärkere kirchliche Verankerung des Liberalismus ihn auch politisch wie religiös extremen Gruppierungen gegenüber sehr viel immuner gemacht hätte, das heißt für sie, immuner gegenüber dem orthodox-pietistischen Protestantis-

⁷¹ DZ 7. 1. 1848.

⁷² DZ 24. 10. 1849, dort auch die folgenden Zitate.

⁷³ Vgl. DZ 25. 10. 1849: »Von den Centren läßt sich kein hervortretend religiöser Charakter angeben. Hier waren so ziemlich alle Ansichten gemischt, vom aufgeklärten, den Glauben läuternden, begreifenden oder verwerfenden Philosophen durch den Deutschkatholiken, Lichtfreund und Rationalisten hindurch bis zum überzeugten, frommen Protestanten und Katholiken, neben aufgeklärten Juden – so jedoch, daß ein Hervorkehren des »religiösen Bekenntnisses« nirgends auffallend war. Ungefähr dasselbe wiederholte sich in den einzelnen Ständeversammlungen und wohl auch in der Nation im ganzen.«

⁷⁴ Vgl. ebd.: »Wünsche und Hypothesen nützen nichts mehr; doch sei es erlaubt die Ansicht auszusprechen: vielleicht hätte die politisch nationale Begeisterung ... gesiegt, wenn das Hauptwerk der Einigung rascher hätte in Angriff genommen werden können, und die in kirchlicher und religiöser Beziehung extremen Parteien hätten weniger Einfluß gewonnen, wenn die Mehrheit der Reichsversammlung selbst mehr religiöses Interesse gehabt und bethätigt hätte!«

mus streng konservativer Couleur sowie gegenüber den katholisch geprägten Befürwortern eines großdeutschen Reiches.

Diese unterschiedlichen Beobachtungen weisen darauf hin, daß der nationale Liberalismus der Jahrhundertmitte, einmal, zu wesentlichen Teilen kirchlich geprägt war. Religiosität und nationale Orientierung gingen hier keineswegs ineinander auf. Vielmehr standen in der Deutschen Zeitung, dem zentralen Forum nationaler Liberaler, kirchliche und nationale Identität unangefochten nebeneinander, weswegen die Behauptung eines »Kirchensatzes«⁷⁵, den die Nationalbewegung in der Nation gefunden habe, nicht weiter aufrecht zu erhalten ist. Indem kirchliche Reform auch als Analogie zur politischen und vice versa gesehen wurde, beeinflussten beide einander, wurden aber als jeweils eigenständiger Ausdruck ganz unterschiedlich gelagerten Zugehörigkeitsbewußtseins verstanden, welches das Leben als Bürger und Christ transzendierte.

Es geht zum anderen um das Verhältnis von Konfession und Nation. Daß Konfession integrieren, aber ebenso ausgrenzen konnte, wissen wir. Doch wo die Trennlinie genau verläuft, ab wann »ein kirchentreuer Katholik in Deutschland kein Liberaler mehr sein konnte«, ist bisher kaum abgesteckt worden.⁷⁶ Ob sich im national orientierten Liberalismus ein protestantischer Alleinvertretungsanspruch spiegelte, wie bisher fast ausnahmslos angenommen wurde, kann die personelle Besetzung seines publizistischen Sammlungsorgans weiter erhellen.

Von den 43 Prozent aller Mitarbeiter im Deutschen Bund, deren Konfession sich feststellen ließ, waren 75,6 Prozent Protestanten, 17,6 Prozent Katholiken und 6,8 Prozent Juden. Auch wenn dieses Ergebnis kaum die Hälfte aller deutschen Mitarbeiter berücksichtigt, und damit nur bedingt repräsentativ ist, weist es doch eindeutig auf die starke Verankerung des national orientierten Liberalismus im protestantischen Milieu hin. Der katholische Anteil vermag diese Dominanz etwas zu modifizieren, zumal einige kirchentreue Katholiken zu den führenden Persönlichkeiten des Zeitungsumfelds zählten: der (konvertierte) Max v. Gagern als Aufsichtsrat und Mitarbeiter, Karl Mittermaier als Herausgeber, Alexander v. Soiron, der gerade in der Gothaer Phase der Zeitung an vorderster Front sekundierte und eng mit Gervinus befreundet war oder auch der Münchner Aufsichtsrat und Korrespondent Gustav v. Lerchenfeld. Prozentual aber bestätigt sich erneut die bekannte Präponderanz des Protestantismus in der vormärzlichen Nationalbewegung.

Auf die Frage konfessioneller Ausgrenzung hält auch das kirchenpolitische Programm der DZ eine Antwort bereit. Ihre Forderung nach Synodalisierung und Laienbeteiligung adressierte die DZ explizit an beide Kirchen, sie hielt damit auch die katholische Kirche für reformierbar. Auch beurteilte sie die innerprotestantische Spaltung in Gemäßigte und Orthodoxe ebenso

⁷⁵ W. ALTGELD, 1992, S. 166.

⁷⁶ D. LANGEWIESCHE, Frühliberalismus, 1997, S. 112.

negativ wie die feindliche Spannung zwischen Protestantismus und Katholizismus. Im Verein mit ihrer Anerkennung des päpstlichen Primats läßt sich hier eine recht ausgewogene Haltung zum praktizierenden Katholizismus feststellen. Als roter Faden zieht sich das Plädoyer für innerkirchliche Einigung und konfessionellen Frieden durch den gesamten Zeitungstext. Zugleich aber argumentierte die Deutsche Zeitung, was den Standort ihrer kirchenpolitischen Diskussion angeht, weitgehend vom Boden des aufgeklärtrationalistischen Protestantismus aus und kann daher nicht als wirklich überkonfessionell gelten. Als weiteres Ergebnis läßt sich verbuchen: Nicht Konfession grenzte im nationalen Liberalismus der Jahrhundertmitte automatisch aus, sondern Illiberalität in der Kirche, gleichgültig in welcher. Damit kann auch die These, bereits der Vormärz sei kulturkämpferisch geprägt, für die hier untersuchte Strömung des vormärzlichen Liberalismus ad acta gelegt werden.

Im Zeichen verstärkter Aufmerksamkeit für Prozesse der Nationsbildung interessiert schließlich, ob Katholiken aus liberaler Perspektive an der Nationsbildung teilnehmen durften. Gerade in der Frage der Nation lag eine Entzweiung innerhalb des Katholizismus nahe. Die Schwierigkeit des Einzelnen, sich zu einer Kirche zu bekennen, die gegen Emanzipation und Liberalismus war, sich politisch und gesellschaftlich aber als Liberaler zu definieren, war schwer lösbar und entzog sich auch dem politischen Kompromiß.⁷⁷ Mit diesem Konflikt, der dem Christen im Protestantismus kaum begegnete, setzte sich auch die DZ auseinander.

In der Besprechung eines päpstlichen Rundschreibens heißt es im August 1847: »Haben ja die Herausgeber von Neuem gezeigt, daß keine finstere Unduldsamkeit im Charakter des einer fortdauernden Läuterung sehr wohl fähigen, wenn rein und richtig aufgefaßten Katholizismus liegt; und haben sie doch einem Geiste Bahn brechen helfen, der bei all unseren Konfessionen herrschen muß, wenn nicht die politische Erhebung Deutschlands ... von den absichtlich oder unabsichtlich falsch gewählten konfessionellen Standpunkten aus fort und fort gekreuzt und gehemmt werden soll.«⁷⁸ Was hier anklingt, daß nämlich kirchentreue Katholiken ebenso am Bau des Nationalstaats mitwirken können, macht ein Kommentar zur gescheiterten Reichsverfassung noch deutlicher: »Anerkannt muß daneben werden, daß nicht wenige gläubige und eifrige Katholiken von patriotischer Gesinnung, von politisch nationaler Einheit so erfüllt waren, daß sie trotz einer natürlichen Vorliebe für Österreich, dennoch für den Bundesstaat und für Preußen sich erklärten.«⁷⁹

Im Überblick durchzieht den gesamten Zeitungstext eine Linie, die den Katholiken Recht und Fähigkeit, zur Nationsbildung beizutragen, nirgendwo abspricht. Bedingung ihres Mitwirkens ist jedoch Liberalität und klein-

⁷⁷ Vgl. W. K. BLESSING, 1993, S. 228 f.

⁷⁸ DZ 4. 8. 1847.

⁷⁹ DZ 24./25. 10. 1849, dort auch die folgenden Zitate.

deutsche Gesinnung, die stets abgefragt wird und im Zweifelsfall erst unter Beweis gestellt werden muß, wogegen die DZ beim Protestanten zunächst davon ausgeht. Auf die Frage, ob Konfession national abgrenzte, läßt sich für diese kleindeutsch geprägten, nationalen Liberalen antworten: Nicht Konfession schloß von der Nationsbildung aus, sondern Illiberalität *und* die »falsche« politische Gesinnung. Wie liberale Katholiken indes Kirchentreue mit Liberalität und kleindeutscher Gesinnung in Einklang bringen konnten, verwies die Deutsche Zeitung an den Einzelnen zurück.

Aufschluß, wie Konfession politisch gewertet wurde, gibt auch ein Leitartikel über den konfessionellen Zuschnitt der Paulskirche. Denn für die nationale Erhebung des Jahres 1848 macht die DZ darin vier »leitende Interessen« verantwortlich: ein nationales, ein konstitutionelles, ein gesellschaftlich-soziales sowie ein konfessionelles Interesse. Jenes letztere habe erst spät seine Wirkung entfaltet, dann aber – die DZ spielt damit auf die Oberhauptsfrage an – habe es sich umso massiver ausgewirkt. Politische und konfessionelle Interessen seien hier kaum mehr zu trennen gewesen, und es sei »unaufrichtig, sich selbst und Anderen dies verhehlen zu wollen ... Nur der nicht wirklich Überzeugte, die religiösen Ansichten Anderer für fremdartige Zwecke Mißbrauchende, hat Grund, einen solchen, dann gerechten Vorwurf zu scheuen.« Deutlich wird, daß die DZ-Liberalen dem Kriterium Konfession am Verlauf der deutschen Nationalstaatsbildung wesentlichen Anteil zumaßen, im Urteil aber verhältnismäßig neutral zu bleiben imstande waren. Ein weiteres Mal bestätigt sich hier die Linie konfessioneller Versöhnung, die auch in politischen Fragen gelegentliche antikatholische Spitzen des Blattes deutlich überlagert und vor allem am Schluß des ausgewogenen Kommentars zum Tragen kommt: »Es wäre wohl in jeder Beziehung förderlicher, die in der Natur der Dinge liegende Verschiedenheit der Anschauungsweise und der Bestrebungen bei den verschiedenen Confessionen anzuerkennen, und über Widerstreit und Zusammentreffen politischer und confessioneller Interessen sich gegenseitig offen und freimüthig, aber leidenschaftslos auszusprechen, als in Schweigen und Bitterkeit sich und Andere zu täuschen. Man erörtere einmal offen und rückhaltlos die Gefährdung der religiösen und kirchlichen Interessen der Katholiken und Protestanten im Fall der Oberhauptschaft Österreichs und Preußens, da doch einmal, trotz allen Abläugnens, auch diese Rücksicht einwirkt. Was kann alle politische Erörterung fruchten, wenn man als eine politische Aufgabe ansieht, was im Grunde auf religiösen, confessionellen Grundsätzen oder Vorurtheilen beruht.«

Wie Nation, Kirche und Konfession sich im nationalen Liberalismus des ausgehenden Vormärz überschneiden, konnte die Deutsche Zeitung illustrieren: Die kirchliche Bindung spielte für seine Träger eine wesentliche Rolle, wobei nationale und kirchliche Identität unabhängig nebeneinander bestehen konnten. Obwohl die Repräsentanten dieses Liberalismus überwiegend auf dem Boden eines rationalen Protestantismus standen, wurden Katholiken immer dann integriert, wenn sie den Beleg ihrer Liberalität abgeliefert

hatten. Nicht Konfession, sondern Illiberalität schloß vor der Jahrhundertmitte von der Nationsbildung aus. Zwar weist die soziale Verankerung der Zeitungskorrespondenten erneut auf die Dominanz von Protestanten im Liberalismus hin. Überlagert vom Gedanken konfessioneller Versöhnung belegt ihr Programm jedoch, daß Liberalismus und Katholizismus im ausgehenden Vormärz hier noch durchaus vereinbar waren.

4. Der Blick auf Europa

a) Außenpolitik oder Machtpolitik? – Das neue Deutschland in Europa

Im 19. Jahrhundert wird aus dem europäischen Staatensystem ein Europa der Nationalstaaten. Die Revolution von 1848/49 ist der erste umfassende Versuch der geteilten Nationen, die europäische Landkarte zu verändern. Die Erhebung jedes einzelnen dieser Völker, der Deutschen, Italiener, Ungarn oder Polen, wurde damit zugleich zum europäischen Problem. So stießen auch »Deutschland« und »Europa« in der Revolution aufeinander, und der jungen deutschen Nationalbewegung stand hier ihre erste internationale Bewährungsprobe bevor.

Daß ihre oft ausgreifenden Vorstellungen eines starken Deutschlands in der Mitte Europas der sensiblen Balance der Wiener Ordnung gefährlich werden konnte, sollte sich bald zeigen – daß die deutsche Revolution indes nicht am Widerstand der Großmächte gescheitert ist, hat die Geschichtsforschung nach 1945 überzeugend herausgearbeitet.¹ Weiterhin kontrovers wird hingegen die Frage nach dem macht- und außenpolitischen Charakter der vormärzlichen Nationalbewegung beantwortet. In den 1980er Jahren wurde die Ausrichtung der liberalen Opposition, die im März 1848 an die Macht kam, trotz allen verbalen Pathos² von Macht und Ehre zwar nicht als defensiv, aber doch letztlich als moderat eingestuft.³ Lothar Gall hat bei den Vormärzliberalen eine grundsätzliche Aversion gegen die Außenpolitik, so wie sie von den Kabinetten geführt wurde, beobachtet. Das frühliberale Ziel eines »wirklichen Friedens und (der) Verständigung zwischen den Völkern«, das durch Nichteinmischung und Reduzierung des außenpolitischen Apparats zu erreichen sei, weiche erst nach der Jahrhundertmitte langsam einer mehr zweckgebundenen Außenpolitik, die herkömmliche Methoden jetzt für neue Ziele instrumentalisiere.³

¹ Vgl. als Überblick A. DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Frage*, 1993, S. 88–91, sowie vor allem R. STADELMANN, 1948, S. 122–139; W. E. MOSSE, 1958, S. 13–48.

² Vgl. Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 629f.

³ Vgl. L. GALL, *Liberalismus und auswärtige Politik*, in: K. HILDEBRAND/R. POMMERIN (Hrsg.), *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht*, 1985, S. 39.

Diesen Deutungen haben sich in den neunziger Jahren einige Arbeiten entgegengestellt, die, aufbauend auf Günter Wollsteins Studie⁴, sehr viel stärker das außenpolitische Aggressionspotential im Liberalismus betonen und dessen imperialistische Tendenzen herausstellen. Frank Nägler beispielsweise sieht im Verlauf der Wendung gegen eine klassenlose Bürgergesellschaft auch deren universale Friedensutopie dahinschwinden. Vielmehr zeichne sich bereits seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Bellizismus ab, für den Kriegsverherrlichung und Aggression nach außen konstitutiv seien.⁵ Die Vorstellung eines zunehmend machtorientierten Liberalismus kommt stark auch in Manfred Meyers Studie zum Ausdruck.⁶ Das kosmopolitische Denken der 30er Jahre werde zehn Jahre später, so Meyer, von einem latenten Bedrohtheitsgefühl abgelöst, aus dem heraus ein expansiver Nationalismus als einziges Mittel gesehen wird, Deutschland zur europäischen Hegemonie zu verhelfen. In seiner Studie »Ungeduldige Zuschauer« spricht dann Hans Fenske den deutschen Frühliberalen ungezügelter Expansionsgelüste zu, die sich im Verlangen nach einer Kriegsflotte, Kolonien und einer Weltmachtspolitik niedergeschlagen habe.⁷

Faßt man diese unterschiedlichen Deutungen liberalen Denkens zusammen, so läßt sich die Diskussion auf die Alternative »Außenpolitik oder Machtpolitik« hin zuspitzen. Welche dieser Richtungen für den deutschen Frühliberalismus eher repräsentativ war, kann anhand der Deutschen Zeitung weiter präzisiert werden, zumal das Blatt eine seiner Hauptaufgaben darin sah, dem »fühlbaren Mangel einer tätigen, gemeinsamen äußeren Politik« abzuwehren.⁸ Drei Fragenkomplexe sollen das außenpolitische Denken dieser Liberalen verdeutlichen: Erstens, welche neue europäische Ordnung schwebte ihnen 1848/49 vor? Zweitens, mit welchen Mitteln sollte diese umgesetzt werden? Und drittens, welche Motive waren dafür ausschlaggebend?

Rußland

Die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses basierte auf einem sensiblen, aber haltbaren Gleichgewicht der europäischen Großmächte Rußland, Österreich, Frankreich und England. Die Revolution mit ihrer Kernforderung nach einem deutschen Nationalstaat in der Mitte Europas mußte diese Ordnung notwendigerweise sprengen. Den deutschen Liberalen erschienen Rußland und Frankreich dabei als größte Gegner eines geeinten Deutschlands. Immer wieder weist die Deutsche Zeitung mit unterschiedlichen Argumenten auf die Bedrohung hin, die dem deutschen Nationalstaat von beiden Flügelmächten erwachse: »Nicht nur für Deutsch-

⁴ G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977.

⁵ Vgl. F. NÄGLER, 1990, S. 519–524.

⁶ Vgl. M. MEYER, 1994, S. 269–277.

⁷ Vgl. H. FENSKE, Ungeduldige Zuschauer, 1991, v. a. S. 121–123.

⁸ Programm der DZ, 1847, S. 182.

land, sondern für die ganze, politisch so vielfach ... gegliederte Mitte unseres Welttheils droht die größte Gefahr von den centralisierten Staaten des europäischen Festlands aus: von Frankreich oder vom russischen Reiche, oder von beiden in ihrer Verbindung.«⁹

Daß Rußland für die deutschen Liberalen ein Feindbild ersten Ranges darstellt, ist bekannt. Meyer hat jedoch pointiert darauf verwiesen, daß Rußland in den 40er Jahren nicht mehr als Freiheitsunterdrücker, sondern primär als slawische Bedrohung angeprangert wird und daran seine These einer »vollständigen Ethnisierung des außenpolitischen Denkens« geknüpft.¹⁰ In der DZ spielt die Gegnerschaft zu Rußland als der Vormacht des Slawentums zwar eine Rolle, weit überlagert wird sie jedoch von der Verurteilung Rußlands als Unterdrückerin der Freiheit und Verkörperung einer despotischen und antikonstitutionellen Politik.¹¹ An dieser Begründung, die sich viel stärker am Freiheitsprinzip denn am ethnischen Prinzip orientiert, läßt sich eher eine Kontinuität zum Liberalismus der Rotteck-Zeit beobachten; von einer gänzlichen Ethnisierung außenpolitischen Denkens kann trotz einiger Spitzen gegen die Slawen hier nicht die Rede sein.

Frankreich

Zum zweiten Gegner des erhofften Nationalstaats wird Frankreich. Was den westlichen Nachbarn angeht, bestätigt die Deutsche Zeitung weitgehend die Berechtigung der neueren Forschung, die xenophoben Züge des deutschen Nationalismus stärker als bisher zu betonen.¹² Führen Teile der Demokraten die Tradition der Frankreich-Freundschaft im ausgehenden Vormärz noch fort, so läßt sich im konstitutionellen Lager eine zunehmende Agressivität gegenüber dem ehemaligen Vorbild beobachten.¹³ Zunächst werden vor allem Korruption und moralischer Verfall beklagt, die Revolution hingegen erfährt als europäisches Signal eine überwiegend positive Beurteilung. Es ist vor allem Frankreich in seiner Eigenschaft als territorialer Nachbar, das zur latenten Bedrohung stilisiert wird. Auch die kontinuierliche Parteinahme für die Tagsatzung im Schweizer Bürgerkrieg geht partiell auf diese Einschätzung zurück: Deren Sieg erhofft die DZ nicht nur um der europaweiten Durchsetzung des konstitutionellen Prinzips, sondern ebenso, um mit einer starken, einigen Schweiz auch ein Bollwerk gegen das als

⁹ DZ I. 2. 1848.

¹⁰ M. MEYER, 1994, S. 202

¹¹ Vgl. DZ 9. 10. 1848: »Schwerer als die Welt an seiner kolossalen Macht trägt Rußland an dem Haß der civilisierten und humanen Welt ... Rußland hat Mangel an Kräften und fesselt die vorhandenen.«

¹² Vgl. D. LANGEWIESCHE, Nation, 1995, S. 207f., H.-U. WEHLER, Integrationsideologie, 1994, S. 79.

¹³ So auch M. MEYER, 1994, S. 202. Igelmund dagegen geht auf die ganz unterschiedliche Rezeption Frankreichs bei Demokraten und Konstitutionellen kaum ein, sondern spricht dem gesamten süddeutschen Liberalismus eine ungebrochene Frankreich-Bewunderung bis 1848 zu, vgl. C. IGELMUND, Frankreich und das Staatslexikon von Rotteck und Welcker, 1987, S. 260ff.

angriffslustig empfundene Frankreich zu gewinnen: »Wo wäre auch ein Land in Europa, das im Hinblick auf die möglichen Gefahren von Frankreich her, ein größeres Interesse an einer starken Schweizer Bundesverfassung hätte, als gerade Deutschland und Preußen? ... Indem die Schweiz ihre Neutralität und Unabhängigkeit selbst zu behaupten und zu vertheidigen weiß, hilft sie zugleich Deutschland an seiner verwundbarsten Seite vertheidigen.«¹⁴

Unbedingte Neutralität gegenüber Frankreich sei für einen deutschen Nationalstaat das Gebot der Stunde. Dies betreffe vor allem Elsaß und Lothringen. Würde man hier alte Ansprüche geltend machen, »werde die französische Nation sich nie beruhigen und Europa stets aufs neue gefährden.«¹⁵ Vielmehr gelte es, Deutschland durch konstitutionelle Reformen und nationalen Geist so attraktiv zu machen, daß die Bewohner der Grenzländer von selbst den Wunsch nach engerer Bindung verspürten. Der Wille zur Vermeidung jeder kriegerischen Verwicklung im Westen, welcher Näglers These zunehmender Gewaltapologien im deutschen Liberalismus widerspricht, wird gerade am Beispiel Frankreichs besonders deutlich: »So scheint uns denn: die dauernde Beruhigung der gärenden Volksmassen, der Friede unter den Mächten und die Herstellung eines einheitlichen Deutschlands ... verlangt jedes für sich und verstärkt zusammen: keinerlei Einschreiten in Frankreich, mag da auch geschehen, was wolle.«

Auf die jüngst aufgeworfene Frage, ob sich das xenophobe, gegen das napoleonische Frankreich gerichtete Klima der Befreiungskriege den Vormärz hindurch fortsetzt¹⁶, ist zumindest für den gemäßigten Liberalismus zu antworten: Die im Umkreis des Staats-Lexikons virulente Franzosenfreundschaft der 30er Jahre wird in der Revolutionszeit von erneuter Gegnerschaft abgelöst. Zwar gilt Frankreich weder in ethnischer noch in konstitutioneller Hinsicht als Feind, doch die Tatsache seiner unmittelbaren Nachbarschaft, gekoppelt dann mit dem Auftreten Louis Napoleons, reicht jetzt aus, es als potentielle Bedrohung eines starken Deutschlands in Mitteleuropa einzustufen.¹⁷ Das Gebot des Tages lautet politische Neutralität.

England

Kann also, was Frankreich angeht, von einer Westbindung nicht gesprochen werden, aber auch nicht von einer Kontinuität der »Erbeindschaft«, so ändert sich diese Frontstellung erneut, richtet man den Blick auf England. Wie deutsche Liberale England wahrnahmen, hat in den letzten Jahren eine Neubewertung erfahren. War die Forschung lange Zeit der Auffassung, England sei das politische und wirtschaftliche Vorbild deutscher Liberaler gewesen¹⁸,

¹⁴ DZ 3.2. 1848.

¹⁵ DZ 11. 5. 1849, dort auch das folgende Zitat.

¹⁶ Vgl. Anm. 12.

¹⁷ So auch M. MEYER, 1994, S. 202.

¹⁸ Vgl. R. MUHS, 1988, S. 223 f.

hebt vor allem Meyers Studie ganz darauf ab, daß Liberale das ökonomisch so erfolgreiche Inselreich zunehmend als Bedrohung für Deutschland empfanden.¹⁹ Welche Haltung ein deutscher Nationalstaat gegenüber England einnehmen sollte, wird auch von der DZ gelegentlich ambivalent beurteilt und bleibt einigen Positionswechseln unterworfen.

Zunächst herrscht ein sehr positiver Grundton gegenüber England vor, der sich aus Bewunderung für das dortige konstitutionelle System und der Wahrnehmung mentaler Ähnlichkeit speist: »England und Preußen sind beständige und gleichsam natürliche Bundesgenossen gewesen ... Beide Staaten sind aufeinander hingewiesen durch die Verwandtschaft des Namens, der Sprache, der Sitten, der ganzen Lebensart und Denkweise.«²⁰ Im wesentlichen erhält sich dieser Ton während der gesamten Erscheinungsdauer des Blattes und resultiert im Bestreben, das neue Deutschland mit England freundschaftlich verbunden zu sehen.

Zwei Kritikpunkte unterbrechen diesen anglophilen Kurs. Zum einen ein kurzfristiges Umschwenken, als England in den deutsch-dänischen Krieg vermittelnd eingreift und sich durch prodänische Kompromißvorschläge der deutschen Nationalbewegung entgegenstellt: »Wir Deutsche werden schwerlich von England uneigennütziger und großmüthiger behandelt werden; wir ahnen und wissen, wie beflissen England ist, in den nordischen Seestaaten und namentlich in Preußen das etwa vorhandene Sonderinteresse und die Abneigung gegen die Centralbestrebungen in Frankfurt zu nähren.«²¹ Die im Vorfeld von Malmö immer wieder variierte Vermutung, daß England in ganz Europa gegen die deutschen Interessen konspirierte, daß es gegen die italienische Nationalbewegung Stellung nähme, sich bei den Franzosen einschmeichle und Rußland ein Lächeln zeige, bleibt allerdings Episode. Gegen Ende des Jahres 1848 kehrt die DZ wieder zu ihrer proenglischen Berichterstattung zurück, die zwar keine direkte politische Anlehnung an die Angelsachsen befürwortet, sich von der Nation jenseits des Kanals aber doch dauerhafte Sympathie erhofft: »Wir, die konstitutionelle Partei in Deutschland, sind weit entfernt, auf irgend eine unmittelbare Unterstützung von Seiten Englands zu rechnen. Aber was wir erwarten ... ist, daß die Whigs unparteiisch und gerecht die traurige Lage unseres Vaterlands würdigen.«²²

Der zweite Kritikpunkt, der den proenglischen Kurs immer wieder in leichtes Wanken bringt, gilt der ökonomischen Macht Englands. Symptomatisch für die hinlänglich bekannte Mischung aus Bewunderung und Neid

¹⁹ Vgl. M. MEYER, 1994, S. 202.

²⁰ DZ 31. 3. 1849.

²¹ DZ 3. 11. 1848. Vgl. zur englischen Rolle Englands: A. DOERING-MANTEUFFEL, Wiener Kongreß, 1991, vor allem S. 72–87.

²² DZ 31. 3. 1849. Vgl. die positive Beurteilung der Whigs ebd.: »Die Whigs haben im Allgemeinen eine größere Kenntnis unserer Zustände, mehr Unterscheidung, mehr Billigkeit. Sie hegen aufrichtige Wünsche für die Herstellung eines wahrhaft konstitutionellen Systems in den verschiedenen Ländern Europas.«

kann eine Empfindung stehen, welche die DZ im September 1848 äußert: »Es liegt etwas großes und selbst Furchtbares in dieser Politik, die, obschon auf den bloßen, berechnenden Egoismus gegründet und aller Romantik baar, mit dem Hauptzweck des materiellen Vortheils doch auch wieder die Aufgabe eines Licht und Bildung verbreitenden Kulturvolks so innig zu verbinden weiß.«²³ In welchem Maße Anziehung und Abneigung sich hier die Waage halten, wird im Rahmen europäischer Vor- und Feindbilder noch erläutert werden; hier gilt es nur, den ökonomischen Erfolg Englands als weiteren Auslöser für die gelegentlich ambivalente Haltung deutscher Liberaler zu berücksichtigen.

Grundsätzlich aber läßt sich die angestrebte Haltung gegenüber England als eine Politik mentaler und kultureller Freundschaft sowie politischer Neutralität kennzeichnen. Die These einer bewußten Abgrenzung zu England²⁴ kann für das konstitutionelle Lager nicht aufrecht erhalten werden. Hier gilt vielmehr: Die Westbindung des deutschen Liberalismus wird sichtlich schwächer und Frankreich allmählich daraus herausgelöst; doch kompensieren Liberale diese oft frankophobe Haltung durch ein englandfreundliches Programm, dessen Kontinuität es erlaubt, auch in der Revolutionszeit von einer selektiven Westbindung zu sprechen.

Österreich

Bedrohlich benachbart von Frankreich und Rußland, in friedlicher Neutralität zu England: So sieht die DZ den Platz des neuen Deutschlands, und es schließt sich die Frage nach der vierten europäischen Großmacht an. Welche Rolle sollte Habsburg spielen, wie sich ein kleindeutscher Nationalstaat gegenüber der k. u. k. Monarchie verhalten?²⁵ Zwei immer wiederkehrende Vorstellungen herrschen hier vor: Das ist einmal die unbedingte Durchsetzung konstitutioneller Reformen im gesamten Gebiet der k. u. k. Monarchie. Erst wenn das Prinzip der Freiheit in den unterdrückten Ländern an Boden gewänne, wäre die Zukunft des multinationalen Riesen gesichert, sein Zusammenhalt gewährleistet: »Der Kampf würde vermieden durch die Einigung der Nationalitäten zu einem kräftigen Föderativstaat auf der Grundlage demokratischer Einrichtungen und völliger Gleichberechtigung unter der gemeinsamen Dynastie des alten Österreichs.«²⁶ Die zentrale Bedeutung freiheitlicher Reformen zeigte sich ja bereits daran, daß Österreichs absolutistisches System ein »Großdeutschland« für die DZ-Liberalen schon früh unmöglich machte. Im bewußten Kontrast zu den Arbeiten, welche die liberale Friedensutopie jetzt von aggressivem Machtstaatsdenken überlagert

²³ DZ 29. 9. 1848.

²⁴ So M. MEYER, 1994, S. 202.

²⁵ Vgl. auch den Artikel »Österreich seit 1841« in K. v. ROTTECK/C. Th. WELCKER (Hrsg.), 1834/43, Bd. 12, der das kleindeutsche Programm der Deutschen Zeitung in Teilen bereits vorformuliert.

²⁶ DZ 26. 8. 1848.

sehen, sei erneut auf die enge Verbindung beider Ziele hingewiesen, welche die DZ gerade im Hinblick auf Österreich für unbedingt notwendig erklärt: »Es ist ein Axiom ... jeder gesunden Politik, daß Freiheit ohne Macht und Macht ohne Freiheit in der Mitte einer civilisierten Staatenwelt für jeden Staat halbe und gänzlich ungesicherte Besitze sind ... (Österreich) hat sich der Freiheit enthalten und hat sich damit seine Macht abgethan: es ist durch Unfreiheit ... so machtlos geworden, daß es die Freiheit in seinen Schutzlanden, in Italien ... auf die Länge nicht in seinem Innern abhalten kann.«²⁷

Die zweite zentrale Forderung dieser Liberalen an Habsburg zielte auf die Expansion deutscher Kultur nach Südosteuropa. Deutsche Sprache, deutsche Sitten, deutsche Bildung sollten tief in den Donaauraum hinein importiert werden, staatlich gelenkte Auswanderung die beabsichtigte Germanisierung erleichtern. Nicht zu Unrecht spricht Meyer hier von einem ethnischen Sendungsbewußtsein aus kulturellem Überlegenheitsgefühl.²⁸ Wenn die von ihm konstatierte Ethnisierung außenpolitischen Denkens in der DZ auch sonst nirgends virulent wird, für die Völker Südosteuropas, für Slawen, aber auch die nichtslawische Bevölkerung Siebenbürgens, Ungarns und der Walachei, trifft sie zu: »Österreichs Beruf und Name weist es nach Osten; dort das Russentum zu bekämpfen, ist seine wichtigste Aufgabe. In die slavischen, magyrischen ... Volkselemente jene geistige und moralische Kraft zu pflanzen, die bisher das Übergewicht des deutschen Wesens ausmachte, diese Stämme aus ihrer Gesunkenheit und Verwilderung zu erheben ... und so einen wahren östlichen Gesamtstaat voll junger Lebenskraft ... zu erschaffen, den russischen Einfluß durch den Gegensatz der Freiheit, der Nationalität, der Cultur zu bekämpfen, das war die Aufgabe, die man von einem verjüngten Österreich erwarten durfte.«²⁹

Aussagen wie diese bedürfen kaum weiterer Erklärungen, wie deutsche Liberale die Rolle Habsburgs auffaßten. Hinzuweisen ist höchstens darauf, daß die Deutsche Zeitung ausschließlich von kultureller Expansion spricht; auch subtile Andeutungen, den deutschen Einfluß kriegerisch zu exportieren oder zu befestigen, finden sich nirgends. Darüber hinaus wird immer nur Österreich mit der Aufgabe betraut, den deutschen Einfluß nach Südosten zu erweitern, das außerösterreichische Deutschland, abgesehen von der Möglichkeit, Auswanderer zu stellen, dagegen von jeglicher Mitverantwortung entlastet.

Die beiden dominierenden Vorstellungen über die Rolle Habsburgs neben einem kleindeutschen Nationalstaat sind skizziert worden. Was indes die aktive Haltung dieses neuen Deutschlands gegenüber der ehemaligen Vormacht angeht, so gilt es neben der Befürwortung eines völkerrechtlichen Bündnisses kurz auf das Neutralitätsgebot zu verweisen, das die Zeitung

²⁷ DZ 25. 2. 1848.

²⁸ Vgl. M. MEYER, 1994, S. 202. Dort lassen sich auch die wichtigsten Varianten und Träger sogenannter Mitteleuropakonzepte detailliert nachlesen, vgl. S. 191–197. S. auch G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 272–278.

²⁹ DZ 27. 7. 1848.

immer dringlicher propagiert. Mit der zunehmenden Verstrickung Österreichs in den Freiheitskampf der Ungarn und Italiener verschärft sich der Aufruf zur politischen Abstinenz nur noch: »Auch Österreich muß bereits zum Auslande gerechnet werden ... Mag man nach Osten oder Westen blicken, so ist Österreich in Händel verwickelt, welche uns nichts angehen. Wenn das österreichische Ministerium erklärt, Österreich und Deutschland müßten ihre Angelegenheiten jedes für sich anordnen, so sollten wir mit beiden Händen zugreifen.«³⁰

Mit der Frage, wie sich ein kleindeutscher Nationalstaat gegenüber dem mächtigen Nachbarn verhalten sollte, war unweigerlich auch die Frage nach der Zukunft Ungarns und Italiens verknüpft. Was Italien anging, so bekräftigten die DZ-Liberalen zunächst ihr Credo, allein Freiheit und konstitutionelle Reform könnten die italienischen Erhebungen dauerhaft kanalisieren. Bis zum Winter 1848 macht die DZ keinen Versuch, den österreichischen Anspruch in Italien zurückzuweisen; nur die völlig unzeitgemäße Unterdrückungspolitik dort bleibt Gegenstand ihrer kontinuierlichen Kritik: »Noch jetzt könnte Österreich der Mittelpunkt des politischen Lebens in Italien werden, alle gewaltsamen Potenzen dort bannen und die gesetzliche Freiheit mit dem Zauber der Macht verstärken, wenn es sein bisheriges unhaltbares System änderte und aus dem innersten Bedürfnis der italienischen Nation heraus an die Spitze ihrer konstitutionellen Freiheit träte.«³¹ Im Falle eines österreichisch-italienischen Krieges, so das Blatt noch im Februar 1848, gelte es, strikteste Neutralität zu wahren.³² Mit der Fortdauer dieses bald Wirklichkeit gewordenen Krieges erhöhen sich die liberalen Sympathien für ein freies, einiges Italien; mit dazu bei trägt die immer wieder erwähnte Ähnlichkeit des Kampfes für Verfassung und Einheit sowie das vergleichbare Leiden am Partikularismus.³³ Über Siegeswünsche und Loyalitätsbekundungen geht der Tenor des liberalen Organs hier jedoch nicht hinaus, von der Erörterung einer deutschen Einmischung ganz zu schweigen.³⁴

Als der österreichisch-italienische Krieg dann zugunsten Habsburgs ausgeht, bedauert die DZ dies zwar, zieht sich aber schnell wieder in das Schneckenhaus ihrer Neutralität zurück, die sie jetzt zunehmend instrumentell begründet: »Aber gerade weil wir Deutschland emancipieren ... wollen, dürfen wir Österreich nicht hindern, ... die Theile seiner Gesamt-

³⁰ Vgl. auch die Schilderung der Paulskirchendebatte bei G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 266–306.

³¹ DZ 9. 10. 1847.

³² Vgl. DZ 25. 2. 1848: »Mag sich Österreich dann mit seinem System in einem letzten Wurf versuchen, unser Interesse ist, es seinen Kampf allein ausfechten zu lassen, es zu isolieren.«

³³ Vgl. DZ 7. 11. 1850, wie Anm. 96.

³⁴ Vgl. DZ 22. 8. 1848: »Deutschland vor allem hätte wünschen müssen ein starkes, einiges Italien; ein kräftiges romanisches Reich jenseits der Alpen, von dem es nichts zu fürchten, dessen Existenz aber einen Schwerpunkt auch in jenen Süden gelegt hätte, der bis dahin zum Spielball der Mächtigen geworden.« Vgl. auch DZ 19. 1. 1849: »Was wir also den Italienern wünschen, ist Friede in Innern, Versöhnung der Parteien, dann werden sie stark genug sein, das Joch der Fremden abzuschütteln und jede Einmischung zurückzuweisen.«

monarchie enger zu verbinden. Wollen wir Deutschland im weiteren Bunde mit Österreich, so dürfen wir es nicht in einer Machtentwicklung stören, die nicht auf unsere Kosten vor sich geht, wir dürfen nicht durch einseitige Sympathien mit seinen Gegnern Feindschaft säen, wo wir Freundschaft zu wünschen haben.«³⁵

Das Gebot der Nichteinmischung ist für die Politik der Deutschen Zeitung repräsentativ. Von einem ethnisch bedingten Bedrohtheitsgefühl durch die romanischen Nationen, wie es vereinzelt im süddeutschen Liberalismus beobachtet wurde³⁶, kann hier jedoch keine Rede sein. Vielmehr konstituieren ähnliche Erfahrungen im Kampf um Einheit und Freiheit eine politisch-geistige Gemeinschaft beider Völker: »Italien, durch eine lange, wenn auch traurige Geschichte an Deutschland geknüpft, ihm so verwandt durch Zerrissenheit seiner Stämme, durch innere Kämpfe um Freiheit, die in Absolutismus und Despotismus, hier in absolute Knechtschaft, dort in schmachvolle Unterwürfigkeit und Abhängigkeit von Fremden ausgingen, durch große, herrliche Erinnerungen an Bürgertugenden, an Wißbegier für das Gemeinwohl, an Bestrebungen für die edleren Güter der Menschheit, Kunst und Wissenschaft, ihm ebenbürtig, Italien wäre, frei und unabhängig, ein natürlicher Bundesgenosß für Deutschland geworden.«³⁷ Damit wird deutlich: Der konstitutionelle Liberalismus bleibt zwar faktisch neutral, auf seine Wunschlandkarte Europas projiziert er hingegen ein »starkes, einiges Italien«, das zugleich als Bollwerk gegen Frankreich, als Freiheitsgarant im Süden und als ausgleichender Bestandteil einer neuen europäischen Ordnung gegen die Hegemonie der Großmächte fungieren sollte.

Ungarn

Neben dem italienischen erschütterte ebenso der ungarische Freiheitskampf die k.u.k. Monarchie. Hier plädierte die Deutsche Zeitung für einen noch verhalteneren Kurs. Zunächst sprach sie den Ungarn ebenso wie den Italienern das Recht auf eine freiheitliche Verfassung zu, auf »eine verantwortliche Regierung, Öffentlichkeit in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, freies Assoziationsrecht, freie Presse ... allgemeine Besteuerung Aller, ... Theilnahme aller unadeligen Staatsbürger an der Landesvertretung, Gleichheit vor dem Gesetz.«³⁸ Durch solche Reformen sei das adäquate Maß an Unabhängigkeit jedoch erfüllt, denn »um in Ungarn allein zu herrschen, dazu fehlt es dem Magyarenthum an innerer Stärke.«³⁹ Hier klingt bereits ein erstes Motiv für die Verteidigung der habsburgischen Position in Ungarn an. Hinzu kommt, daß der *DZ* die deutschstämmige Bevölkerung Ungarns ganz besonders am Herzen liegt, daß sie deren Schutz und Erhalt in einem

³⁵ *DZ* 13. 7. 1849.

³⁶ Vgl. M. MEYER, 1994, S. 191.

³⁷ *DZ* 22. 8. 1848, dort auch das folgende Zitat.

³⁸ *DZ* 20. 9. 1848.

³⁹ *DZ* 4. 8. 1848.

ungarischen Nationalstaat nicht ausreichend gewährleistet sieht und sie deshalb zum Instrument einer kulturell-ethnischen Erneuerung des Magyarenthums hochstilisiert.⁴⁰

Als die Waagschalen sich dann zugunsten Österreichs senkten, plädierte die DZ immer wieder für »Milde und Schonung gegenüber den so freventlich mißhandelten Magyaren, denen auch wir volle Gerechtigkeit wünschen.«⁴¹ Trotz aller Verurteilung des österreichischen Vorgehens⁴² wird an der Haltung der DZ doch die Abgrenzung zu den Demokraten in Frankfurt deutlich, deren Vertreter sich lange Zeit für ein wirklich unabhängiges Ungarn einsetzten. Die liberale Mitte hingegen, welche die Deutsche Zeitung verkörpert, verlangte zwar an erster Stelle konstitutionelle Freiheiten für Ungarn, stellte sich aber grundsätzlich gegen einen ungarischen Nationalstaat. Motive wie ethnische Vorurteile und die Zuschreibung mangelnder politischer Reife spielten hier mit hinein, dominierend blieb jedoch die zweckorientierte Überlegung, Österreich nicht durch Solidarität mit dessen Feinden zu verärgern und die Chancen eines kleindeutschen Nationalstaats damit aufs Spiel zu setzen.

Was die Politik der Liberalen in Südosteuropa angeht, so bestätigt sich hier der derzeitige Stand der Revolutionsforschung.⁴³ Das für Deutschland eingeforderte Recht auf nationale Einheit gilt nicht per se für alle Nationen Europas. Denn was das Einheitspostulat anderer Völker angeht, so werden politische und kulturell-ethnische Motive zu jeweils unterschiedlichen Argumentationsketten gebündelt, welche der Durchsetzung des deutschen Nationalstaats in Europa am besten zupafß kommen. Im Fall Ungarns bedeutet das dann ein klares Nein zur Forderung eines Nationalstaats, im Fall Italiens symphatisierende Neutralität. In Absetzung zum Liberalismus der 30er Jahre läßt sich daher sagen: Die Freiheitsvision bleibt vorrangiges Signum der deutschen Liberalen und behält europaweit Gültigkeit; das Einheitsprinzip indes wird für andere Nationen nur noch dort eingefordert, wo es der Einheit Deutschlands in Europa nützt.

⁴⁰ Vgl. DZ 4. 8. 1848: »Es muß, um Deutschland Kraft und Ehre zu bewahren, ein Grundsatz der neuen deutschen Volkspolitik werden: wo ein Stamm deutscher Art und Natur ist, ... da muß er auch von der deutschen Nation hierbei geschirmt und erhalten werden, wenn eine feindliche Macht ihn bedroht.«

⁴¹ DZ 1. 5. 1849. Vgl. auch DZ 24. 4. 1849: »Österreich, will es Österreich bleiben, muß siegen um jeden Preis und es muß entscheidend siegen ... Aber wenn Österreich gesiegt hat, dann möge es Schonung und Milde zeigen, dann möge es bedenken, daß der Feind ein Bürger seines Staates war, dann möge er dem Nationalgefühl, das solcher Energie fähig, Rechnung tragen, dann, aber auch nur dann wird der Sieg seiner Waffen ein wirklicher und dauernder Sieg sein.«

⁴² Vgl. DZ 30. 3. 1849: »Die alte schlimme Politik erficht augenblickliche Siege, aber auf die Dauer verliert sie das Spiel. Denn es wird durchschaut. Die Völker lassen sich nicht mehr als blinde Werkzeuge gebrauchen. Sie begreifen ihr eigenes Interesse.« Zur Reaktion der Paulskirche vgl. G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 274.

⁴³ Vgl. W. SIEMANN, Revolution, 1985, S. 146 ff., 156 f.

Das übrige Europa

Die im wesentlichen auf friedliche Neutralität abzielende Politik gegenüber den europäischen Großmächten ist deutlich geworden. Doch erst der Blick auf die kleineren Staaten Europas vermag das Bild liberaler Außenpolitik im Zeichen des erhofften Nationalstaats zu vervollständigen. Denn ganz im Gegensatz zur bisher vielleicht aufkeimenden Vorstellung einer isolationistischen Politik in der Mitte Europas weist die Deutsche Zeitung in einem grundlegenden Artikel vom Oktober 1848 auf die zweite entscheidende Aufgabe der neuen deutschen Außenpolitik hin: Freundschaft und Bündnisse mit den kleineren Staaten Europas zu entwickeln. War mit den Großmächten »wohl gutes Einvernehmen in ehrenhafter Haltung möglich, aber weder ebenbürtiges Zusammenwirken noch ernstliches Bündnis«, so sei Deutschland den mittleren und kleinen Staaten gegenüber zur »Initiative des Friedens, der Verbindung und der zwanglosen Propaganda gemeinsamer Institutionen« verpflichtet.⁴⁴ Als Grundlage dieser angestrebten Allianzen wird jedoch nirgends eine irgendwie geartete Stammesverwandschaft genannt, sondern ausschließlich politische oder kulturelle Gemeinsamkeiten wie »Gleichheit der Institutionen, Prinzipien und Interessen zu gemeinsamen Schutze.«

Der Eindruck, daß politische Motive die ethnischen bei der Auswahl europäischer Partner überlagern, verstärkt sich noch durch die Bedeutung, welche die DZ Spanien hierbei zuweist. Denn unter die sogenannten »kleinen und Mittelmächte« reiht sie einmal die Schweiz, Holland, Belgien, Dänemark (trotz des Krieges) und Schweden, alles Länder also, deren Bevölkerung den Zeitgenossen als germanisch galt, auch wenn die DZ dieses Kriterium nie thematisiert. Doch auch Spanien steht auf ihrer Solidaritätsliste ganz vorne, wofür politische und – ähnlich wie bei Italien – territoriale Motive geltend gemacht werden: »In den Spaniern lebt ein starkes nationales Gefühl und ein großer Sinn für Freiheit; ... Deutschland aber, das ... alle seine alten wichtigen Beziehungen zu Spanien hartnäckig gestört oder abgebrochen sieht, möge Herz und Augen aufthun, es möge die großen Anliegen erkennen, welche wir jenseits der Pyrenäen nicht minder wie jenseits der Alpen zu unterstützen haben ... Dort leben uns natürliche Bundesgenossen, die wir nicht vernachlässigen dürfen, gegenüber der ausdehnenden Politik der drei Großmächte ... Spanien im Südwesten Europas, kann eine Ecksäule bilden des politischen Gleichgewichts von Europa, einen Fels gegen französische wie britische Übergriffe, einen Naturwall der Freiheit.«⁴⁵

Behält man die Rolle im Blick, welche diese Liberalen Italien und Spanien als südwestlichen Achsenmächten zuwiesen, und die mit einer Allianz konstitutioneller Nationalstaaten in Mittel- und Nordeuropa gekoppelt werden sollte, so erscheint die These eines aggressiv verfochtenen Hegemonialkon-

⁴⁴ DZ 9. 10. 1848, dort auch das folgende Zitat.

⁴⁵ DZ 15. 9. 1847, dort auch das folgende Zitat.

zepts nicht mehr schlüssig. Daß vor allem national orientierte Liberale, wie sie die DZ exemplarisch vertrat, auf ein starkes und mächtiges Deutschland setzten und das Wiener System grundlegend ändern wollten, braucht kaum mehr erwähnt werden – daß sie aber dieses starke Deutschland in eine europäische Allianz kleiner und mittlerer Mächte einbinden wollten, modifiziert die Beobachtung isolationistischer Tendenzen und eines starken Konkurrenzdenkens beträchtlich. Angebrachter erscheint es, in Zukunft von einer außenpolitischen Doppelrolle zu sprechen, die Neutralität gegenüber den vier Großmächten mit Solidarität gegenüber den kleineren Staaten Europas zu verbinden suchte. Klarer als die DZ ihr »Losungswort deutscher Staatskunst« im Oktober 1848 selbst formuliert, läßt sich das außenpolitische Denken kleindeutscher Liberaler kaum mehr auf den Punkt bringen: »Defensive des Rechts und der Unabhängigkeit gegen die Großmächte, Offensive des Friedens und der Freiheit gegen die kleinen und Mittelstaaten.«

Es drängt sich die Frage auf, mit welchen Mitteln diese neue Politik moderater Machtentfaltung durchgesetzt werden sollte. Die Nationalismuskritik hat sich mit dieser Thematik eingehend beschäftigt; hier soll primär danach gefragt werden, ob zwei Beobachtungen der neuesten Forschung sich wirklich auf den gesamten Liberalismus übertragen lassen: Das ist zunächst Näglers These eines im Zeichen des Fortschritts aufkeimenden Bellizismus, der für den Liberalismus des Vormärz charakteristisch sei. Historiker haben ja schon früher mit guten Gründen darauf hingewiesen, daß deutsche Liberale in einem großen europäischen Krieg oft das geeignete Mittel sahen, einen deutschen Nationalstaat in Europa durchzusetzen, und nicht zuletzt ließ auch die Rhetorik der Paulskirche solche Einschätzungen durchaus plausibel erscheinen, wenn dort behauptet wurde: »Die Sprecher und Schreiber konnten uns die deutsche Einheit nicht schaffen, vielleicht bringt sie uns jetzt der Soldat vom Schlachtfeld heim.«⁴⁶

Auch am politischen Milieu der Deutschen Zeitung läßt sich die wohl gesamtdeutsch gültige Ablösung des konstitutionellen Liberalismus von kosmopolitischem Denken und dem Postulat eines europäischen Völkerfrühlings beobachten. Mit der neuen Forderung nach Distanz und Neutralität gegenüber den Großmächten geht jedoch ein vitales Interesse am Erhalt des europäischen Friedens einher. »Der Grundton der Zeit ist friedlich, das Feld der Tätigkeit weit, und Glück mehr Gegenstand des Strebens als Kriegsruhm und gebietende Herrlichkeit,« lautet die eindeutige Aussage des repräsentativsten Sprachrohrs nationaler Liberaler. Eine wachsende »Gewalt- und Kriegsbereitschaft«⁴⁷ im vormärzlichen Liberalismus wird man angesichts dieser Ausrichtung nicht verallgemeinern dürfen: Denn meinungsprägende Teile des deutschen Liberalismus formulierten zwar das

⁴⁶ Zit. n. G. WOLLSTEIN, *Mitteleuropa*, 1983, S. 257. Vgl. die neuere Literatur zur Kriegsbereitschaft im europäischen Nationalismus bei D. LANGWIESCHE, *Nation*, 1995, S. 192–197.

⁴⁷ F. NÄGLER, 1990, S. 524

wachsende Machtbedürfnis eines deutschen Nationalstaats, verloren aber die liberale Friedensutopie darüber keineswegs aus den Augen. Deutsche Macht und europäischer Frieden erscheinen vielmehr als sich ergänzende Bestandteile der neuen Außenpolitik eines geeinten Deutschlands in Europa.

Zum zweiten wurde in letzter Zeit häufig auf imperialistische Züge hingewiesen, die bereits den frühen deutschen Liberalismus nachhaltig prägten. Zwar hob Hans Fenske darauf ab, daß es sich hierbei um eine »Kontinuität des Wünschens und des Wollens« handelte⁴⁸, plädierte aber zugleich dafür, diese Vorgeschichte des modernen Imperialismus in Deutschland nicht zu unterschätzen.⁴⁹ Inwieweit imperialistische Tendenzen für den konstitutionellen Liberalismus der Revolutionszeit wirklich repräsentativ sind, läßt sich anhand des Zeitungstexts konkret untersuchen.

Wichtigster Bestandteil jeden Weltmachtsstrebens war die Existenz einer schlagkräftigen Flotte. Auch in der Revolutionszeit, als sich Hoffnungen auf ein geeintes Deutschland mit der emotionalen Schubwirkung der Schleswig-Holstein-Krise verbanden, geriet die Flottenfrage schnell in den Mittelpunkt der Diskussion. Auch die veränderte Bedeutung von Entfernung durch Dampfschiff und Eisenbahn trug dazu bei, die Menschen für die Perspektiven einer deutschen Flottenpolitik zu sensibilisieren.⁵⁰ Welchen emphatischen Widerhall die Vorstellung einer deutschen Weltmacht zur See fand, wurde nicht nur in vollmundigen Parlamentsreden von »deutscher Seegeltung«, um den zeitgenössischen Duktus aufzugreifen, oder der »Macht der deutschen Kriegsflagge« deutlich, sondern schlug sich auch in einem dreistufigen Flottenplan nieder, den die Paulskirche im Juni 1848 verabschiedete, sowie in städtischen Flottenvereinen, die überall in Deutschland aus dem Boden schossen.

Wie unterschiedlich die Bedeutung einer deutschen Flotte jedoch innerhalb des Liberalismus eingeschätzt wurde, wird über der plakativen Flotteneuphorie oft vergessen. In der Deutschen Zeitung als zentralem Sammelbecken der liberalen Elite macht sich ganz im Gegensatz zu den vorwiegend konstatierten »Ansätzen einer nationalen Mobilisierung mit imperialistischer Tendenz«⁵¹ eine erstaunliche Zurückhaltung gegenüber ausgreifenden Flottenplänen breit, die fast schon an Gleichgültigkeit grenzt. Nicht mehr als drei Artikel, einer davon mehrteilig, und alle nur in Beilagen publiziert, nehmen in dreieinhalb Jahren zur Flottenfrage Stellung. Hinzu kommt, daß die simple Wiedergabe von Denkschriften dabei überwiegt, oft voll technischer Details über die »Salubrität der Luft«⁵², aber kaum je mit eigener Meinung. Signifikant für diese Teilnahmslosigkeit ist bereits das Fehlen jedweden Leitartikels.

⁴⁸ H. FENSKE, *Ungeduldige Zuschauer*, 1991, S. 87.

⁴⁹ DERS., *Imperialistische Tendenzen*, 1978, S. 339.

⁵⁰ Vgl. G. WOLLSTEIN, *Großdeutschland*, 1977, S. 251.

⁵¹ W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 153.

⁵² DZ 31. I. 1849.

Aus dem wenigen, was dem Leser hier geboten wird, läßt sich zunächst eine grundsätzliche Bejahung einer deutschen Flotte ablesen, durchsetzt allerdings von Vorsicht und dem dringenden Rat, internationale Wissensvergleiche einzuholen: »Was uns bei Beginn des großen Unternehmens vor allen Dingen noth thut, ist eine genaue Kenntniss all dessen, was andere Völker auf demselben Felde geleistet haben. Es scheint, daß man diese Notwendigkeit bis jetzt nicht gehörig gewürdigt habe; namentlich nimmt es mich Wunder, daß man noch immer damit angestanden, eine Kommission von Sachverständigen nach England und Frankreich, vielleicht auch nach Nordamerika abzuschicken.«⁵³ Dieser Aufruf zu einer, wie wir heute sagen würden, internationalen Technologieenquete war inmitten einer emotionsgeladenen Atmosphäre, in der »energischer Wille und ein rascher Entschluß« schon als ausreichende Kriterien eines zügigen Flottenbaus galten⁵⁴, eine Rarität. Daß die Deutsche Zeitung sich immer wieder für eine Expansion deutscher Handelsschifffahrt ausgesprochen hatte, ist im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik erläutert worden. Daß sie den Bau von Kriegsschiffen nur im Falle einer erfolgreichen Nationalstaatsgründung guthieß, verdeutlicht ein letzter Kommentar, der erwähnenswert ist: »Kommt nicht ... in nächster Zeit ein einiges Deutschland zur Wirklichkeit, so bleiben Kriegsflotte und Kriegshäfen entweder eitle Wünsche oder doch unvollkommene, ungenügende und unhaltbare Experimente. Wohl wahr das!«⁵⁵

Mehr als durch den Inhalt ihrer Artikel läßt sich der Kurs des Blattes hier durch deren Abwesenheit definieren. Zwar weisen die vielen Anzeigen, für eine schleswig-holsteinische Flotte zu spenden, darauf hin, daß auch den DZ-Liberalen eine gewisse Flottenaffinität nicht abzusprechen war. Der völlige Mangel leitender oder auch nur meinungsprägender Artikel zum Thema Kriegsflotte legt jedoch eher den Schluß nahe, daß wesentliche Teile des konstitutionellen Liberalismus dem Gedanken, durch Flottenexpansion allmählich »imperialistische Bahnen« einzuschlagen⁵⁶, distanziert gegenüberstanden.

Wie sah es mit dem Erwerb von Kolonien aus? Auch dieses Mittel, Deutschland auf das imperiale Niveau Englands oder Frankreichs zu heben, wurde von den Zeitgenossen heftig diskutiert. Für Fenske treten gerade am Verlauf dieser Diskussion die imperialistischen und partiell auch sozial-imperialistischen Züge hervor, die er den Vormärzliberalen durchweg zuspricht und für deren Existenz ihm auch das Programm der Deutschen Zeitung als Beleg dient.⁵⁷ Für die Frage, in welchem Maße imperialistische Tendenzen für den deutschen Frühliberalismus wirklich repräsentativ sind, gilt es einmal, die Motive zu betrachten, aus denen heraus Auswanderung

⁵³ DZ 12. 8. 1848.

⁵⁴ Aus einem Promemoria Droysens vom 10. 4. 1848, zit. n. G. WOLLSTEIN, Großdeutschland, 1977, S. 260.

⁵⁵ DZ 31. 1. 1849.

⁵⁶ H. FENSKE, Ungeduldige Zuschauer, 1991, S. 122

⁵⁷ Ebd., S. 98 f.

propagiert wurde, zum zweiten die Form, in welche diese münden sollte: Sollten mit geschlossenen Siedlungskolonien deutsche Hoheitsgebiete geschaffen werden – das wäre dann ein klarer Beleg kolonialer Absichten – oder sollten die Emigranten sich nach eigener Wahl niederlassen dürfen und somit mehr der »Entlastung« des Heimatlandes dienen?

Nur zweimal in fast vier Jahren Erscheinungsdauer nimmt die Deutsche Zeitung zu solchen Fragen Stellung, und in beiden Fällen ist in der Überschrift dieser Leitartikel nur von einer »deutschen Auswanderungsfrage«, nie von »Kolonien« die Rede. Was hier bereits formal anklängt, nämlich ein sehr verhaltener Kurs gegenüber allen imperialistischen Ambitionen, kann der Zeitungstext inhaltlich nur bestätigen. Das vorrangige Motiv für die DZ-Liberalen, Auswanderungsbestrebungen zu unterstützen, ist der Bevölkerungsreichtum der deutschen Staaten, welcher dringend nach »Abfluß« verlange. Darauf, daß dem in den 40er Jahren besonders virulenten Pauperismusproblem zumeist mit dem Auswanderungsargument begegnet wurde, ist bereits hingewiesen worden. Doch auch im Kontext möglicher weltpolitischer Aspirationen bleibt das zentrale Motiv, deutsche Auswanderer zu ermutigen, dasselbe: »Doch die hauptsächliche Ursache der Auswanderung bleibt die Noth.«⁵⁸ Neben das ökonomische tritt gelegentlich auch das politische Argument, die Auswanderung mit der Freiheitsbeschränkung in den deutschen Staaten zu begründen und auch aus dieser Motivation heraus zu unterstützen.

Auf der Basis solcher sozioökonomischen wie auch politischen Erwägungen wird dann zur Form der Auswanderung Stellung genommen. Jegliche Überwachung oder Lenkung der Emigranten müsse verhindert werden, denn schließlich verließen sie Deutschland ja gerade auch der politischen und wirtschaftlichen Gängelung wegen. Die Auswanderer aus handelspolitischen Gründen an bestimmte Orte zu binden, eine Strategie, die Fenske vorrangig wahrnimmt, galt der Deutschen Zeitung als unzulässig: »So ist es doch zu beklagen, daß noch immer die Erfahrung in Deutschland unbeachtet bleibt, welche lehrt, daß ... die Zeiten von Colonisationen zu Gunsten des Mutterlandes im Sinne des vorigen Jahrhunderts längst vorbei sind.«⁵⁹ Und noch deutlicher heißt es dann: »Wenn man aber gar daran denkt, unsere auswandernden Bauersleute dazu zu benutzen, daß sie noch in der Fremde den deutschen Interessen dienen sollen, so ist das eines Theiles eine Grausamkeit und anderen Theiles eine Thorheit.«

Neben diese Absage an alle Ambitionen, mit geschlossenen deutschen Siedlungen wirtschaftliche Absatzmärkte für heimische Produkte zu schaffen, wird auch dem Gedanken, die Auswanderer zur Erweiterung politischer Macht zu instrumentalisieren, jegliche Berechtigung aufgekündigt:

⁵⁸ DZ 13.6.1849. Vgl. ebd.: »Europa ist überbevölkert; nicht als ob es nicht an sich die doppelte und vielfache Zahl seiner Bewohner nähren könnte, aber übervölkert im Verhältnis zu den jetzigen Mitteln der Erzeugung und den vielfachen Hindernissen, welche auf der Erzeugung lasten.«

⁵⁹ DZ 15.9.1849, dort auch die folgenden Zitate.

»Sind dergleichen patriotische Bestrebungen daher auch noch so gut gemeint, so sollte man sie doch nicht auf unerreichbare Dinge erstrecken und namentlich alle Colonisationsideen vertagen ... Aber in dergleichen Pläne die Absicht zu mischen, die Auswanderer abhängig von dem verlassenem Vaterlande zu erhalten ... das ist eine Verhöhnung unserer menschenfreundlichen Zeit und würde eine Erneuerung der Colonisationsbarbareien vergangener Jahrhunderte gleichkommen.«

Deutlich wird, daß sich die Notwendigkeit der Auswanderung für diese Liberalen primär aus dem Problem der Überbevölkerung ergibt. Dem einzelnen Auswanderer sollte es dabei völlig frei stehen, wo und wie er siedeln wolle. Kursierende Überlegungen, durch geschlossene Kolonien Deutschland neue Absatzmärkte und politische Einflußsphären zu erschließen, lehnte die DZ ab. Mit der hier sichtbaren Distanz gegenüber Machtgelüsten weltpolitischen Ausmaßes lassen sich imperialistische Tendenzen nicht mehr ohne weiteres auf den gesamten Liberalismus hochrechnen.⁶⁰ Angemessener erscheint es, statt von einer imperialistischen Machtpolitik zu sprechen, in Zukunft stärker dessen Primat einer realitätsverbundenen Außenpolitik zu betonen.

Damit sind die wesentlichen Elemente einer gesamtdeutschen Außenpolitik, wie sie meinungsprägende Teile des deutschen Liberalismus vertraten, skizziert: Neutralität gegenüber den Großmächten und Allianzen mit den kleineren Staaten sollten ein neues, europäisches Gleichgewicht bewirken, Italien und Spanien als potentielle Verbündete dessen südwestliche Achsen bilden. Durch einen starken, mitteleuropäischen Block sollte auch der latenten Bedrohung durch Frankreich und Rußland begegnet werden. Diese Vorstellung einer neuen europäischen Ordnung zielte auf ein starkes, jedoch kein imperialistisches Deutschland.⁶¹ Ausgreifenden Flottenplänen oder kolonialen Expansionen wurde eine klare Absage erteilt. Im politischen Denken dieser nationalen Liberalen dominierte eine realitätsverhaftete Außenpolitik, die Deutschland zwar mächtig sehen wollte, die Notwendigkeit einer europäischen Friedensordnung aber dabei nie aus den Augen verlor.

Schließlich gilt es, den möglichen Motiven nachzuspüren, die für die hier skizzierte Prägung außenpolitischen Denkens virulent waren. Während sich die ältere Forschung primär auf die politische Klassifikation und Verlaufs-

⁶⁰ So H. FENSKE, *Ungeduldige Zuschauer*, 1991, S. 122; DERS., *Imperialistische Tendenzen*, 1978, S. 339; ähnlich M. MEYER, 1994, S. 203.

⁶¹ Vgl. zur Betonung eines europäischen Gleichgewichts auch DZ 12. 8. 1847: »Der Begriff eines politischen Gleichgewichts nach einer todtten und bloß mechanischen Abwägung der Kräfte der verschiedenen Staaten gehört bereits der Vergangenheit an. Damit ist jedoch die Idee der Nothwendigkeit eines politischen Gleichgewichts so wenig verschwunden, daß sie sich vielmehr in neuer und großartiger Form zu verwirklichen strebt. Ein Volk nach dem anderen muß aus starrer Absonderung heraustreten; eine lebende Völkerkette mit immer neuen und wachsenden Gliedern schlingt sich zum allseitigen Austausch der materiellen wie der geistigen Güter um den Erdkreis und das Leben jeder besonderen Nation ist nur noch ein Mitleben in der großen Gemeinschaft aller Nationen geworden.«

geschichte des europäischen Nationalismus konzentrierte, erscheint es heute nötiger, seinen spezifischen Erscheinungsformen und emotionalen Beweggründen auf den Grund zu gehen. Dabei konzentrieren sich Historiker vorrangig auf die Erklärung radikaler Nationalismen, wogegen für moderatere Positionen weit seltener nach Erklärungsansätzen gesucht wird. Dieses Ungleichgewicht kann eine Analyse der wesentlichen Motive, die der spezifischen Außenpolitik der DZ-Liberalen zugrundeliegen, abmildern.

In den letzten Jahren wurde, erstens, auf die zunehmende Bedeutung von Ethnie als zentrale Ursache nationaler Aggressivität hingewiesen. Dieses Motiv scheint im außenpolitischen Denken dieser Frühliberalen jedoch nur vereinzelt auf. Daß es eine starke Tendenz gab, deutsche Kulturwerte nach Südosteuropa zu exportieren, die mit kulturellem Überlegenheitsgefühl gegenüber den Slawen einher ging, belegt auch die Deutsche Zeitung.⁶² Zu Recht hat Michael Jeismann darauf hingewiesen, daß die Kategorie des Nationalismus von einem gewissen »Sendungs- (und) Auserwähltheitsbewußtsein« nicht zu trennen ist.⁶³ Weitere Ethnizismen etwa romanischen Völkern gegenüber finden sich im publizistischen Sammlungsorgan dieser nationalen Liberalen jedoch nirgends, und mit der frühzeitigen Ablehnung der großdeutschen Lösung ist auch das Mitteleuropakonzept faktisch erledigt. Der deutschen Nationalbewegung in ihrer Mehrheit eine Ethnisierung des Denkens als vorrangiges Motiv außenpolitischer Aggressivität zuzuschreiben, erscheint daher nicht gerechtfertigt.

Zweitens wird aggressiver Nationalismus heute wesentlich dem Motiv zugeschrieben, von inneren Problemen abzulenken und die auseinanderstrebenden Kräfte neu zu einigen. So sprachen bereits liberale Zeitgenossen dem deutsch-dänischen Krieg auch die Funktion zu, das gesamtdeutsche Engagement für die nationale Sache zu intensivieren und zugleich eine Radikalisierung der Revolution einzudämmen. Einen ähnlichen, »vertrauten sozial-psychischen Mechanismus« lokalisiert Hans-Ulrich Wehler auch in der Frankreichfeindschaft des deutschen Nationalismus.⁶⁴ Eine solche Zuschreibung unter dem Schlagwort »negative Integration« fragt jedoch primär nach den Funktionen des Nationalismus; zur Erklärung seiner Entstehung und emotionalen Kraft kann sie hingegen nur sehr begrenzt beitragen. Dennoch lohnt es, den Zeitungstext auf Spuren solch funktionalistischer Erklärungen abzuklopfen, denn die neuere Forschung, verkürzt gesagt, faßt den Nationalismus ja zunehmend als Artefakt auf, als Erfindung einer gewollten Ordnung, die als solche auch stark auf bereits vorher geschaffenen Funktionalisierungen aufruht.

Von einem nach außen geschlossen auftretenden Nationalismus primär innere Integration zu erwarten, stößt in der Deutschen Zeitung theoretisch zunächst auf Zustimmung, wenn es in der Ankündigung vom 8. Mai 1847

⁶² Vgl. dazu auch H.-H. BRANDT, 1987.

⁶³ M. JEISMANN, *Alter und neuer Nationalismus*, in: DERS./H. RITTER (Hrsg.), 1993, S. 16.

⁶⁴ H.-U. WEHLER, *Integrationsideologie*, 1994, S. 79.

heißt: »Durch den Mangel einer erkennbaren Stellung der Nation nach außen und einer entsprechenden äußeren, tätigen und beratenden Politik, wird in der Ventilation der öffentlichen Dinge ein ausschließliches und übermächtiges Gewicht auf die inneren Verhältnisse geworfen, und unsere Opposition muß notwendigerweise einen bösartigeren Charakter annehmen, als die Opposition all jener Nationen, wo ... auch den inneren Spaltungen dadurch ein mächtiges Gegengewicht gegeben ist, daß sich bei jedem kleinen Anlasse die Gesamtheit des Volkes dem Auslande gegenüber in ganzer Einträchtigkeit zusammenschart; ein Gegengewicht, das uns so gut wie völlig fehlt.«⁶⁵

In kaum einer außenpolitischen Stellungnahme der folgenden Jahre wird jedoch auf diese voluminös angekündigte, innenpolitische Befriedungsfunktion des Nationalismus wieder Bezug genommen. Sogar während der Schleswig-Holstein-Krise verzichtet das Blatt darauf, außenpolitische Aggressivität mit der Dämpfung innerer Gärungen zu begründen. Eigentlich nur an der Frontstellung gegen Rußland und Frankreich, die mal mehr, mal weniger zu Feindbildern der deutschen Nation stilisiert werden, läßt sich eine solche Argumentation beobachten. Nicht ganz zu Unrecht wurde davon gesprochen, daß dieses Bedrohtheitsgefühl den außenpolitischen Einkreisungsmythos des Kaiserreichs in Ansätzen bereits vorwegnimmt. Auch in der Deutschen Zeitung dient die Stigmatisierung anderer Völker zu nationalen Gegnern vereinzelt der Rechtfertigung eigener Machtansprüche. Angesichts einer grundsätzlich moderaten Außenpolitik, wie sie diese Liberalen vertreten, erscheint diese Motivation jedoch nicht ausschlaggebend.

Drittens hat die Forschung radikale Nationalismen mit einschneidenden Modernisierungskrisen begründet.⁶⁶ Dieses Erklärungsmodell scheint auf das außenpolitische Programm der Deutschen Zeitung am ehesten zuzutreffen, und zwar vor allem, weil es abgestuft gültig ist. Werden gesellschaftliche und ökonomische Krisen als weniger gravierend empfunden, sei auch der Nationalismus eines Volkes eher defensiv. Je mehr die Belastungen ansteigen, desto »massiver antwortet der Nationalismus darauf«. Eine solche graduelle Abstufung nationaler Intensität läßt sich auch in der DZ beobachten: Moderate Machtentfaltung, Distanz gegenüber den Großmächten und ein kraftvolles Deutschland in der Mitte Europas – das sind demnach auch Indizien für die bewußte Wahrnehmung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Modernisierungskrisen. Auf der anderen Seite überwiegt in der Deutschen Zeitung keine Machtpolitik, sondern eine gemäßigte und realitätsorientierte Außenpolitik, die sich Allianzen mit mittleren Mächten, eine feste europäische Friedensordnung und die Absage an alle Weltmachtsträume auf ihre Fahnen geschrieben hat: alles Hinweise, daß die Umbruchsituation noch nicht als so bedrohlich empfunden wurde und innenpolitische Lösungen zumindest als wahrscheinlich galten.

⁶⁵ Programm der DZ, 1847, S. 182.

⁶⁶ H.-U. WEHLER, Integrationsideologie, 1994, S. 82, dort auch das folgende Zitat.

Wenn eine solche Deutung keine ganz eindeutige Aussage zuläßt, dann deshalb, weil auch die außenpolitischen Konzeptionen der DZ die zeitgenössische Ambivalenz liberaler Positionen reflektieren. Eine Bewertung ist dennoch möglich: Die konstitutionellen Liberalen, wie sie die Deutsche Zeitung repräsentierte, waren sich der massiven gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umbruchsituation bewußt, die sich abzuzeichnen begann. Doch sie hielten sie für bewältigbar, entsprach man nur dem drängenden Bedürfnis nach konstitutioneller Freiheit und nationaler Einheit. Diese Antwort übertrugen sie auch auf ihr außenpolitisches Denken, das sich weit weniger an der Vorstellung eines aggressiven Machtstaats als am Ziel eines freien, deutschen Nationalstaats in einer europäischen Ordnung orientierte.

b) Lernen von den Nachbarn? – Vorbilder und Feindbilder in Europa

In ganz Europa ging Nationalismus mit der Beschwörung von Feindbildern einher. Und was für Deutschland galt, war ebenso für die übrigen Nationen gültig: Je aggressiver der Nationalismus sich gebärdete, desto giftiger wurden die Feindbilder. Daß es vor allem negative Bilder waren, die bereits den frühen Nationalismus nachhaltig formten, hat die Forschung in jüngster Zeit herausgearbeitet⁶⁷, wobei sich die festgestellte Ambivalenz von »Partizipationsverheißung und Gewaltbereitschaft« auch durchweg in das neuere Verständnis des vormärzlichen Liberalismus fügt.⁶⁸ Doch daneben gab es auch Völker, fast immer bereits staatlich geeinigt, die als Vorbilder für den angestrebten deutschen Nationalstaat dienten und deren Eigenschaften und Erfolge die deutsche Nationalbewegung zur Demonstration europaweiter Völkerfreundschaft stimulierten.

In der Deutschen Zeitung waren Gewalt- und Kriegsbereitschaft weitgehend hinter der Proklamation friedlicher Neutralität zurückgetreten, wie an ihrem außenpolitischen Programm erkennbar wurde. Wer als Freund, wer als Feind galt, und wem man neutral gegenüberstand, ist skizziert worden. Wie sich solche Vorstellungen im deutschen Nationalismus konkret niederschlugen und demnach auch, wie er sein eigenes Selbstverständnis definierte, läßt sich jedoch nur erkennen, wenn man darüber hinaus den Gründen nachgeht, weshalb politische Solidaritätszonen so und nicht anders verliefen. Anders gefragt, was konstituierte für die DZ-Liberalen Freundschaft, was Feindschaft? Nähert man sich so der Frage, welche Rolle die Stigmatisierung anderer Nationen für die Entwicklung des deutschen Nationalismus bedeutet, gilt es dreierlei zu berücksichtigen.

Zum einen wurden politische Solidaritätszonen bisher rein vom außenpolitischen Standpunkt aus abgesteckt. Jetzt aber stehen als Quellengrund-

⁶⁷ Vgl. dazu H.-U. WEHLER, *Integrationsideologie*, 1994; M. JEISMANN, *Alter und neuer Nationalismus*, in: DERS./H. RITTER (Hrsg.), 1993, S. 9–26; W. KASCHUBA, *Ethnozentrismus*, 1993; L. HOFFMANN, 1993; sowie als Forschungsüberblick D. LANGEWIESCHE, *Nation*, 1995, hier v. a. S. 192 ff.

⁶⁸ D. LANGEWIESCHE, *Nation*, 1995, S. 192.

lage jene Artikel im Vordergrund, die sich mit den Binnenverhältnissen anderer Länder befassen – »wir denken vorzugsweise nur die Verhältnisse (anderer Länder) zu besprechen, die zu unseren Angelegenheiten in enger Beziehung stehen«, heißt es im Zeitungsprogramm vom Mai 1847.⁶⁹ Deshalb muß zunächst geklärt werden, ob innenpolitische Vorbilder sich vielleicht wo ganz anders abzeichnen als außenpolitische Bündnisse es vermuten lassen. Können demnach nationale Gegner trotzdem politische oder wirtschaftliche Vorbilder sein?

Zum zweiten gilt es im Auge zu behalten, daß nicht der Nationalismus, wovon die ältere Forschung vorrangig ausging, allmählich seine Feindbilder entwickelte, sondern daß er sich in der Konfrontation mit Feinden überhaupt erst definieren konnte.⁷⁰ Erst durch die vermeintliche Bedrohung von außen erfährt ein Volk sich als Einheit, so lassen sich diese neueren Ansätze zusammenfassen, die gerade auch im Hinblick auf die zeitliche Abfolge von Nationsbildungsprozessen wichtig sind. Ob Feindbildbeschwörungen im Zeitungstext Anlaß geben, fiktive Bedrohungen als konstitutiv für die Schaffung der deutschen Nation zu begreifen, ist schwer präzise nachzuweisen. Aufschlußreich kann es jedoch sein, vorhandene Feindbilder neben der sprachlichen Formulierung immer wieder auf ihre faktische Berechtigung hin zu betrachten. Entsprangen sie einer tatsächlichen Bedrohung oder waren sie mehr fiktiver Natur?

Drittens und am wichtigsten geht es darum, mit welchen Argumenten Vor- und Feindbilder konstituiert wurden und was für ein Selbstbild der gedachten Nation daraus erwuchs. War es Ethnie, die ausgrenzte oder integrierte, war es das politische System oder die Gegnerschaft zur Revolution, waren wirtschaftliche Überlegungen dafür bestimmend oder die territoriale Nachbarschaft? Oder wurden primär kulturelle Strategien dazu benützt, Vor- und Feindbilder zu projizieren? Historiker haben in den letzten Jahren vor allem die Bedeutung ethnozentrischen Denkens in den Vordergrund der europäischen Debatte über die Entstehung von Nationalismen gerückt. Ob auch in der DZ eine »Tendenz zur ethnozentrischen Unterfütterung des Nationalgedankens« vorherrschend war⁷¹, gilt es hier nachzuspüren.

Rußland

Im Entwurf einer neuen europäischen Ordnung gab Rußland ein außenpolitisches Feindbild ersten Ranges ab. Dies verstärkt sich noch, wenn man die DZ-Kommentare über die russische Innenpolitik berücksichtigt. Mit unterschiedlichen Argumenten wird auch hier ein monolithisches Feindbild entwickelt: Einmal grenzt die liberale Berufung auf Freiheit und Reform Ruß-

⁶⁹ Programm der DZ, 1847, S. 186.

⁷⁰ Vgl. Anm. 67.

⁷¹ W. KASCHUBA, *Ethnozentrismus*, 1993, S. 249.

⁷² DZ 26. 5. 1849.

land massiv aus, denn »Rußlands ... heiliger Beruf ist die Wiederherstellung der Ordnung und die Unterdrückung der Freiheit.«⁷² Mit der Verurteilung despotischer Politik geht der Vorwurf einher, Rußland wolle die Revolution in Deutschland unterdrücken – hier wird Revolution als Schubkraft für Reform ganz positiv aufgefaßt. Zum zweiten gilt Rußland in seiner Eigenschaft als östlicher Nachbar immer auch als potentieller Angreifer, weshalb es wiederum »Deutschlands europäischer Beruf sei, ... der Übermacht der Despotie im Osten zu wehren.«⁷³

Neben Freiheitsprinzip und territorialer Nähe kommen, drittens, auch Ethnie und Konfession klassifizierend ins Spiel. Slawische Abstammung und griechisch-orthodoxes Bekenntnis sind weitere Merkmale, die Feindschaft konstituieren: »Die überwiegende Masse der Großrussen ... die weitere Verwandtschaft mit allen slawischen Völkern von Böhmen bis zum Hellesponte, die fast das ganze russische Reich umfassende Herrschaft der griechischen Kirche und die Vereinigung der weltlichen mit der geistlichen Gewalt in der Hand des Czars, die vorwiegende Herrschaft derselben Konfession bei den christlichen Völkern der europäischen Türkei, das rasche ... Wachstum der Bevölkerung des russischen Reichs trotz aller Fehler und Sünden der russischen Politik: das Alles macht doch Rußland zu einer Jahr zu Jahr bedrohlicheren Macht.«⁷⁴

Viertens grenzen sich die Liberalen kulturell von Rußland ab, das als Land unzivilisierter Horden kaum eigentlich zu Europa gehöre. Wiederholt verwendet die DZ dabei den Begriff »Barbaren« und stellt ihn zur europäischen Zivilisation in semantische Opposition: »Wehe der Civilisation, welche durch solche Barbaren geschützt werden soll.«⁷⁵ Reinhard Koselleck hat dargelegt, wie Feindschaft konstituierende »Gegenbegriffe« der »Selbstbestimmung einer Handlungseinheit«, hier ist es die der Nation, dienen.⁷⁶ Am pejorativen Sprachgebrauch des Wortes »Barbaren« werde besonders deutlich, daß »Fremd- und Selbstbestimmung ... sich gegenseitig evoziert haben.« Indem die Deutsche Zeitung den russischen Nachbarn zum Barbaren, zum stammelnden Fremden stigmatisiert, kann den Deutschen umso leichter die Rolle der gebildeten, der kultivierten und sittlich reinen Nation zugesprochen werden – auch ein gemeinschaftstiftender Prozeß.

Die wesentlichen Kriterien, die gegenüber Rußland Feindschaft konstituieren, sind in abgestufter Reihenfolge damit: politisches System und territoriale Bedrohung, Ethnie, Kultur und Konfession. Eine faktische Bedrohung wäre allenfalls aus den ersten beiden Kriterien erwachsen: Die territoriale Nähe hätte im Falle eines deutschen Bürgerkriegs oder einer polnischen Annexion durch Deutschland möglicherweise ein russisches Einschreiten zur Folge gehabt. Die übrigen ausgrenzenden Kriterien ent-

⁷³ DZ 31. 5. 1849.

⁷⁴ DZ 19. 8. 1847.

⁷⁵ DZ 25. 5. 1849. Vgl. auch DZ 9. 10. 1848: »Schwerer als die Welt an seiner kolossalen Macht trägt Rußland an dem Haß der civilisierten und humanen Welt.«

⁷⁶ R. KOSELLECK, 1994, S. 85, dort auch das folgende Zitat.

behren jedoch eines kausalen Bezugsrahmens und dienen neben der Konstituierung eines Feindbilds ebenso der Definition eines positiven Selbstbilds.

Frankreich

Zum zweiten, jedoch weitaus differenzierter betrachteten Gegner war Frankreich geworden. Vergleicht man die von außenpolitischen Maßgaben diktierte Gegnerschaft mit der liberalen Binnenschau französischer Zustände, so fällt sofort ein eklatanter Gegensatz ins Auge. Dem nationalen Gegner wird für viele Bereiche seines politischen Lebens widerwillige Achtung gezollt. Auch läßt sich das Kriterium eines freiheitlichen Systems im Falle Frankreichs nicht mehr abgrenzend heranziehen, seiner Realisierung wird hier vielmehr skeptische Bewunderung gezollt: »Gewiss, Frankreich hat ... manches beneidenswerthe Gut errungen, besonders in betreff seiner Rechtsinstitutionen, auch wollen wir wahrlich seinen Konstitutionalismus nicht verachten.«⁷⁷ Statt dessen verlegt sich die Zeitung darauf, dem Prozeß der Freiheitsgewinnung sein übereiltes Tempo anzukreiden⁷⁸ sowie vor allem die französische Zentralisation zu bemängeln: »Von dem französischen Verwaltungsdespotismus ... dieser Kehrseite der französischen Institutionen, worin die Unfreiheit des alten absolutistischen Regimes wesentlich fortwirkt, und die eben beweist, daß die französische Nation nur erst den einen Theil konstitutioneller Freiheiten, vielleicht nicht einmal den wesentlichsten, errungen hat ... will man in Europa ... wenig wissen.«⁷⁹

Beide Kritikpunkte lassen sich immer auch als Handlungsanleitung für deutsche Reformen lesen, ähnlich wie immer wieder auch Analogien in der Geschichte beider Länder beschworen werden, die manche Korrespondenten dann als Fingerzeig für Solidarität und Freundschaft verstehen wollen: »Wie auch die Gesckicke sich wenden mögen, unsere eigenen Gesckicke gehen mit denen Frankreichs Hand in Hand. Eine Politik des aufrichtigen Friedens und Einvernehmens, die uns beiden Zeit ließe, unsere innere Arbeit

⁷⁷ DZ 9. 8. 1847. Vgl. auch DZ 14. 12. 1848: »Die Justiz seines Landes ist so gut als sie bei menschlicher Schwäche sein kann; sie ist öffentlich, mündlich, der Bürger spricht über Schuld oder Unschuld. Die Presse ist so frei als sie sein kann ... Wahrlich, was eigentlich drückte, lag nicht in den Institutionen, sondern in den Individuen, war also ein vorübergehendes Übel,« sowie DZ 7. 7. 1848: »Die Grundsätze und Theorien des Volksstaates sind in Frankreich bis zu einer feinen Spitze ausgebildet, die Nichts zu wünschen übrig läßt; dagegen fehlt es an den Maßregeln, Handlungen, an den Personen vielfach, die jene Freiheiten schützen und pflegen sollen.«

⁷⁸ Vgl. DZ 9. 11. 1848: »Merkwürdig, bei aller Neuheit einer großen revolutionären Bewegung in Deutschland, hat die deutsche Nation statt sich über alle Schranken hinwegreißen zu lassen, ... alsbald mit allem Ernste auf diesem Wege halt gemacht, ... und das neue Verfassungswerk auf altbedächtige, gründliche Weise angegriffen. Welch ein Unterschied zwischen Frankfurt und Paris, in den Mienen und Geberden selbst der beiden Volksgesichter!«

⁷⁹ DZ 9. 8. 1847.

⁸⁰ DZ 16. 9. 1848. Vgl. auch DZ 9. 11. 1848: »Wenn aber die Centralisation die Furie ist, welche die Franzosen fort und fort treibt, so leiden wir an dem Krebs des Partikularismus, der sich der deutschen Entwicklung überall entgegenstammt.«

zum Ziele zu führen, würde auf dem Festland von Europa zwei Staaten schaffen, in deren Hände fortan das Schiedsgericht europäischer Dinge fallen müßte; ein Krieg ... würde uns beiden nur zum gründlichen und dauernden Nachtheile ausfallen.«⁸⁰ Solche Aufrufe sind nicht selten, bleiben aber vergleichsweise in der Minderzahl. Jedes Lob für die parlamentarisch-demokratischen Errungenschaften in Frankreich wird umgehend relativiert, indem die Träger dieses Systems überall den eigentlichen Stein des Anstoßes abgeben: »Kurz, Frankreich hat seit langem das erreicht, was uns als das höchste Ziel unseres Strebens gilt, die nationale, parlamentarische, kommerzielle, militärische und fast auch religiöse Einheit. Diese in der That nicht hoch genug zu schätzende Vortheile hat Frankreich vor uns voraus, führt man aber die Sonde tiefer, so trifft man gerade in Frankreich auf Schäden, welche unheilbar zu sein scheinen, weil sie mehr sittlicher als politischer Natur sind... Wohin man blickt, bietet sich dort das Bild vulkanischer Zerklüftung, des Hasses, des Argwohns, des Mißtrauens, der Intrige, der Täuschung.«⁸¹

Zum zweiten klassifizierenden Merkmal wird dann, ebenso wie bei Rußland, die territoriale Nähe: »Gegen die von Frankreich oder Rußland, oder von Beiden zugleich drohenden Eingriffe sind die Staaten der Mitte unter sich und mit Großbritannien natürlich verbunden.«⁸² Konnte im russischen Fall dem liberalen Bedrohungsgefühl angesichts der anfänglichen Interventionsdrohungen Nikolaus I. eine gewisse Plausibilität nicht abgesprochen werden, so erscheint ein solches Sentiment im Falle Frankreichs völlig aus der Luft gegriffen. Hier scheint vielmehr die Erklärung Lutz Hoffmanns zu greifen, daß die Definition eines Feindbilds überhaupt erst ursächlich für die Entwicklung einer kollektiven Identität – hier die der deutschen Nation – ist.⁸³

Ethnie und Konfession fallen als differenzierende Kriterien weg, ebenso wie Wirtschaftsweise. Als dritte und besonders wichtige Abgrenzungskomponente springen jedoch Kultur und Mentalität ins Auge. Grundsätzlich werden den Franzosen und ihrer Kultur Eigenschaften zugeschrieben, die per se negativ und für die DZ dann abgrenzend wirken: Eitelkeit, Oberflächlichkeit, Ruhmsucht, Eroberungslust, Käuflichkeit, Unmoral, Unsittlichkeit und Künstlichkeit sind nur die wichtigsten Zuschreibungen, von denen mindestens eine ausnahmslos jeden Frankreich-Kommentar durchzieht: »Ein Teil dieser Krankheit entspringt gewiß aus dem Charakter des ganzen Volkes. Jene Züchtigkeit in öffentlichen Dingen, die sich bei anderen Nationen findet, war dem französischen Wesen von jeher fremd und schon in alter Zeit galt bei der großen Mehrzahl der Franzosen äußere Andacht mehr als Religion, politische Routine mehr als politischer Grundsatz, äußere

⁸¹ DZ 31. 7. 1850.

⁸² DZ 19. 8. 1847.

⁸³ Vgl. L. HOFFMANN, 1993, S. 27f.

re Sitte mehr als wahre Sittlichkeit.«⁸⁴ Diese Worte können beispielhaft für viele weitere stehen, welche die Bedeutung von Mentalität und Kultur als entscheidende Parameter nationaler Abgrenzung oder Solidarität belegen. Im kulturellen Vergleich sind französische Errungenschaften eben immer artifiziell und dekadent⁸⁵, im Mentalitätsvergleich führen die erwähnten Zuschreibungen dann dazu, den Deutschen als edlen, ursprünglichen und anständigen Helden zu stilisieren, dem auch seine Ungewandtheit noch positiv ausgelegt wird: »Wir Deutschen, mit unserer mehr nach Innen vertieften, als nach Außen geglätteten Natur, haben leider nur wenig angebornes staatsmännisches Talent, das sich in diesen diplomatischen ... Irrgängen mit jener Gewandtheit zurecht fände, wie sie anderen Völkern eigen ist.«⁸⁶

Was Frankreich angeht, bestätigt sich damit die ethnozentrische Ausrichtung, die Wolfgang Kaschuba in einer überzeugenden Studie für den deutschen Nationalismus festgestellt hat. Mit dem Kulturvergleich beginne der entscheidende Prozeß der »Konstruktion des Fremden«⁸⁷, der rückwirkend immer auch Selbstkonturierung fordert und so zu einem wesentlichen und oft unterschätzten Legitimationsgrund des entstehenden Nationalismus wird. Für die Liberalen um die Deutsche Zeitung wird stärker noch als seine Kultur vor allem die Mentalität, das Charakteristische des französischen Volkes, als generell abgrenzendes Merkmal konstitutiv. Ein Korrespondent illustriert diese Tendenz besonders anschaulich, indem er das Fiktive des französischen Feindbilds zwar anerkennt, zugleich aber als gültiges Argument bejaht: »Wenn man auf der einen Seite gern auf das französische Verfassungswesen als Vorbild hinweist – und wer wollte die großen Züge des französischen Repräsentativstaats verkennen? – so findet man auf der anderen Seite schon darin, daß es eben französisch ist, einen Grund oder Vorwand, davon abzumahlen.«⁸⁸

England

Was England, die andere große westliche Macht in Europa anging, so ließ sich am außenpolitischen Verhältnis ein Nebeneinander von politischer Neutralität und kulturell-mentaler Freundschaft beobachten. Diese Ausrichtung verschiebt auch die Binnenschau englischer Zustände nur unwesentlich. Was zunächst das Kriterium des politischen Systems betrifft, so fungiert England hier als Vorbild für die nationalen Liberalen um die DZ. Entscheidend gerade im Vergleich zu Frankreich erscheint dabei, daß nicht

⁸⁴ DZ 31.7.1847.

⁸⁵ Vgl. DZ 31.7.1847: »Die ganze Entwicklung Frankreichs nach der religiösen, literarischen und politischen Seite hin erhielt schon früher das Gepräge der Leichtfertigkeit und außerordentlichen Glätte, die ganz Europa bewunderte, auch wenn es die sittliche Ode im Inneren nur mühsam verhüllte.«

⁸⁶ DZ 12.9.1848.

⁸⁷ W. KASCHUBA, Ethnozentrismus, 1993, S. 248.

⁸⁸ DZ 9.8.1847.

nur das konstitutionelle System, sondern auch seine Träger positiv beurteilt werden.⁸⁹ Und wenn der politische Verstand und die Gelassenheit der Briten den Deutschen als Vorbild hingestellt werden, erscheint vor allem die Verve bemerkenswert, mit der Adel und Bürgertum als reife Repräsentanten dieses Systems beschrieben werden: »Wir erblicken in England aber auch einen Adel, der von den Eigenschaften des sogenannten Junkertums gar nichts hat, ... dabei aber im Ganzen human, hochgebildet, gesittet, politisch erleuchtet und mit der Idee von der Größe ... des Vaterlands aufgewachsen und innig verwachsen; ein Bürgertum, welches sich bewußt ist, durch Thätigkeit, Ausdauer, Reichtum, Weltverkehr, politische Aufklärung und sittlichen Halt eine Stellung erlangt zu haben, in der es für das Reich eine unentbehrliche Stütze geworden ist.«⁹⁰ Die hohe zeitgenössische Einschätzung des liberalen britischen Adels scheint auch Rudolf Muhs' Überlegung zu bestätigen, wonach die Schwäche der liberalen Bewegung in Deutschland auch auf das Fehlen eines konstitutionell gesinnten Adels, wie ihn England mit den Whigs besaß, zurückzuführen ist.⁹¹

Was Kultur und Mentalität als wesentliche Parameter der Freund-Feind-Bildung angeht, so kommt jetzt die Ambivalenz aus politischer Bewunderung und wirtschaftlichem Neid zum Tragen, von der bereits die Rede war. Zwar überwiegt der wohlwollende Tenor, welcher »Verwandtschaft der Namen, der Sprachen, der Sitten, der ganzen Lebensart und Denkweise«⁹² als Grundlage des weitgehend positiven Verhältnisses betrachtet. Doch immer wieder differenzieren Kritikansätze die Vorstellung Großbritanniens als ganzheitliches europäisches Vorbild. Da ist einmal das latente, dabei diffuse Gefühl, durch England als vermittelnde europäische Großmacht bedroht zu sein, zum anderen und dominanter noch der Aspekt des wirtschaftlich allzu erfolgreichen Inselreichs, der bekannte Vorwurf der »Händlernation«⁹³, welcher gelegentlich sehr negativ zu Buche schlägt und dann in Abgrenzung zum »doppelseitigen Antlitz« Großbritanniens mündet: »Auf der einen Seite das eines ernst, aber wohlwollend blickenden Menschenfreundes, der bemüht ist, nach allen Richtungen hin die Segnungen der Freiheit, der Religion, der Bildung und Sittlichkeit auszutheilen, ... auf der anderen Seite trägt diese Politik wieder das unfreundliche, kalte, egoistische Antlitz eines berechnenden Krämers, der im Buch der Geschichte wie in einem Konto-

⁸⁹ Vgl. DZ 31. 12. 1848: »Die Ruhe Englands ist eine thätige, rührige Ruhe, ein stetes Schaffen, ein unablässiges Arbeiten. Alle Schrauben und Räder an der Maschine des Staats greifen mit demselben Takt, aber auch mit derselben Energie und Schnelligkeit ineinander wie früher und zugleich liegt das Räderwerk offen vor Jedermanns Augen, soweit es die uneingeschränkte Presse, das Recht öffentlicher Versammlungen und öffentlicher Rede und das öffentliche Gerichtsverfahren nur immer gestatten.« Vgl. auch DZ 1. 2. 1849: »Das englische Parlament in seiner jetzigen ausgebildeten Form und Gestalt trägt freilich kein Zeichen revolutionärer Ursprünge an sich ... Der englische Politiker kokettiert nicht mit der Leidenschaft ... er ist vielmehr stolz auf die Besonnenheit und Nüchternheit seines Verstandes.«

⁹⁰ DZ 31. 12. 1848.

⁹¹ Vgl. R. MUHS, 1988, S. 237f.

⁹² DZ 31. 5. 1849.

⁹³ DZ 29. 9. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

buch liest, im Verkehr mit den auswärtigen Völkern nur das Soll und Haben im Auge behält.« Aus solchen Stimmungen heraus wächst zwar Abneigung gegen die als habgierig und berechnend empfundenen Angelsachsen – aber zugleich die widerwillige Erkenntnis, daß der hier beobachtete englische Egoismus den Deutschen durchaus Beispiel sein könne: »Man soll die Größe in der Politik Englands nicht verkennen, man soll sich diese Politik, soweit es Kräfte, Lage und Nationalgeist gestatten, sogar zum Muster nehmen, ... man soll ihm vor Allem die praktische Kunst ablernen, nur das zu wollen, zu ... erarbeiten, was in nächster Nähe möglich und thunlich ist; man soll den gewonnenen Boden, sei er auch noch so klein, fürs Erste festhalten und kultivieren, ehe man an fernliegende Eroberungen denkt, die für den Augenblick noch nicht ausführbar sind.«

Das englische Beispiel illustriert, daß die von der DZ wahrgenommene wirtschaftliche Bedrohung, welche sich unmittelbar auf die kulturell-mentale Wahrnehmung niederschlug, weitestgehend fiktiv war. Im Rahmen handelspolitischer Erläuterungen wurde ja darauf aufmerksam gemacht, daß von einer Überschwemmung des deutschen Marktes mit englischen Gütern keine Rede sein konnte. Was hier aufscheint, ist ambivalent: Zum einen zeigt sich erneut, daß der Fremde erst dadurch zum Feind wird, indem »das ihm unterstellte Bestreben als Bedrohung eines gleichzeitig erkannten Eigenen verstanden und zurückgewiesen wird.«⁹⁴ Das Eigene ist hier das Recht auf ungestörten Absatz deutscher Güter in Deutschland und im fernen Ausland. Zugleich aber, und das schränkt Hoffmanns These ein, wird »das Fremde« an den Engländern, ihr ausgezeichnete wirtschaftliche Instinkt und ihre Durchsetzungskraft wiederum als vorbildhaft und für Deutschland erstrebenswert gewürdigt.⁹⁵

Am Verhältnis zu England wird insgesamt deutlich, daß primär sein politisches System, daneben Mentalität und Ethnie freundschaftsstiftende Merkmale abgeben. Der Erfolg der britischen Wirtschaft wird jedoch ebenfalls auf die mentale Ebene übertragen, schlägt sich dort als Habgier und Egoismus nieder und wirkt dort eher abgrenzend. Auch Englands Stellung als europäische Großmacht wertet die DZ als latente territoriale Bedrohung. Die außenpolitisch empfohlene Neutralität mutiert in der Binnenschau englischer Verhältnisse jedoch zur Wahrnehmung eines vorbildlichen politischen System und reifer Träger dieses Systems. Was Kultur und vor allem Mentalität angeht, überwiegt trotz mancher Kritik die positive Einschätzung des europäischen Nachbarn, von dem es durchaus zu lernen gilt.

⁹⁴ L. HOFFMANN, 1993, S. 22.

⁹⁵ Vgl. DZ 12. 8. 1847: »Aber der geniale politische Instinkt Großbritanniens...«

Österreich

Wie deutsche Liberale die Habsburgermonarchie wahrnahmen, um die vierte europäische Großmacht zu nennen, wurde anhand der Frage deutscher Grenzen ausführlich erläutert und muß hier nicht wiederholt werden. Das starke Modernisierungsgefälle in politischer, wirtschaftlicher und vor allem kultureller Hinsicht habe frühzeitig dazu geführt, Österreich aus dem angestrebten deutschen Nationalstaat auszugrenzen. Die sich abzeichnende Distanz konnte sogar in Feindseligkeit umschlagen, wenn die ethnischen Probleme des Vielvölkerstaats thematisiert wurden. Ethnizismen, davon war bereits die Rede, erlaubte sich die Deutsche Zeitung nur im Hinblick auf die slawischen Völker Mitteleuropas; Ungarn sparte sie weitgehend aus. Wieder konstruiert vorrangig der Faktor politisches System Gegnerschaft, im Falle slawischer Länder dicht gefolgt von Ethnie und kulturellem Niveau. Konfession oder territoriale Nähe spielen dagegen keine Rolle. An der Einschätzung Österreichs bestätigt sich damit die Berechtigung, mit der ethnozentrisches Denken als zunehmend konstitutiv für den deutschen Nationalismus gewertet wird.

Fiktive Bedrohungen werden hier jedoch kaum inszeniert, denn sowohl das wahrgenommene Modernisierungsgefälle wie auch die Probleme, welche die nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen für den angestrebten homogenen Nationalstaat darstellten, waren für den vormärzlichen Liberalismus ja ganz wesentliche, reale Hindernisse. Deutlich wird, daß im Fall Österreich die außenpolitisch gebotene Neutralität zur negativen Binneneinschätzung des ehemaligen Bruderstaats keineswegs korrespondiert.

Italien

Schließlich Italien, großenteils unter österreichischer Herrschaft stehend: Hier wirken zunächst die negativen Momente verbindend, welche die politische Situation beider Völker kennzeichnet: das Streben nach Einheit, das Leiden an Österreich⁹⁶ und der Krebschaden des Partikularismus: »Wir mögen uns irren, aber es scheint uns, als ob die meisten Sympathien in Deutschland auf der Seite der Unabhängigkeit der Lombardei stehen ... zu verwundern ist das nicht. Es ist der Standpunkt eines Volkes, das man in politischer Ohnmacht erhielt ... zum Begriffe der Freiheit gelangt, begehren wir sie über Alles und gönnen sie jedem anderen; mit dem Begriffe der inneren politischen Freiheit aber den der äußeren nationalen Unabhängigkeit zu verschmelzen, liegt sehr natürlich nahe.«⁹⁷ In Verbindung mit der Ge-

⁹⁶ Vgl. DZ 7. 11. 1850: »Italien theilt mit Deutschland nicht blos das traurige Loos politischer Spaltung und innerer Zerrissenheit, es theilt auch den Druck, welchen Österreich auf die Einheitsgestaltung und die constitutionelle Entwicklung beider Länder ausübt, indem Österreich mit seinen nichtitalienischen Provinzen gerade ebenso schwer auf Italien wie mit seinen nicht-deutschen auf Deutschland lastet.«

⁹⁷ DZ 25. 2. 1848.

meinsamkeit politischer Erfahrungen fällt auch der kulturelle Vergleich sehr positiv für Italien aus: »Italien, durch eine lange, wenn auch traurige Geschichte an Deutschland geknüpft, ihm so verwandt durch Zerrissenheit seiner Stämme, durch innere Kämpfe um Freiheit, die in Absolutismus und Despotismus, hier in absoluter Knechtschaft, dort in schmachvolle Unterwürfigkeit und Abhängigkeit von Fremden ausgingen, durch große herrliche Erinnerungen an Bürgertugenden, an Wißbegier für das Gemeinwohl, an Bestrebungen für die edleren Güter der Menschheit, Kunst und Wissenschaft, ihm ebenbürtig, Italien wäre, frei und unabhängig, ein natürlicher Bundesgenosß für Deutschland geworden.«⁹⁸

Was die Mentalität als weiteren Maßstab für Freund-Feind-Bildung angeht, so verläuft der Projektionsvorgang ambivalent. Zwar wird auf der einen Seite der »zu erregliche Volkscharakter«⁹⁹ beklagt, der kein Maß kenne und durch das 30jährige »polizeiliche System der Überwachung und Unterdrückung in Schule, Amt und Haus in seinen besten Teilen ... demoralisiert sei.«¹⁰⁰ Lernen, so lautet gelegentlich der Tenor, könne man von diesen Nachbarn nicht, und im Vergleich wird der Deutsche dann oft als besonders besonnenes und maßvoll handelndes *zoon politicon* herausgestellt. Auf der anderen Seite, und deutlich überwiegend, bewertet die DZ den italienischen Charakter jedoch grundsätzlich positiv: »Nicht (Italiens) Bevölkerung ist anzuklagen, die so ... verderbt die Verwaltung von jeher war, doch im ganzen tüchtig, gesund, kernig geblieben ist und zu einem großen Theile ebenso bildungsfähig als bildungsbedürftig und nach politischer freier Entwicklung begierig erscheint.«¹⁰¹

Für das freundschaftliche Verhältnis zu Italien erscheinen vor allem die Faktoren politisches System – hier verbinden die Defizite – sowie Kultur und weitgehend auch Mentalität konstitutiv. Daneben weisen auch territoriale Gegebenheiten auf ein Bündnis mit Italien hin, denn Italien und Spanien sollten die südlichen Achsenpartner Deutschlands in einer neuen europäischen Ordnung darstellen. Ethnie und Konfession bleiben dagegen völlig ausgeklammert, auch der häufig beobachtete Entwurf einer negativen Identität – wie beispielsweise »Deutschheit als Verneinung des Welschenthums«¹⁰² – findet sich im Zeitungstext nicht.

Spanien

Spanien, um den zweiten südlichen Achsenpartner heranzuziehen, steht auf der Solidaritätsliste der Liberalen noch weiter oben. Dafür ist primär sein Status als Nationalstaat ausschlaggebend, der nicht zuletzt auch aus der Charakterstärke der Spanier herrühre: »Liebe zur Unabhängigkeit und Frei-

⁹⁸ DZ 22. 8. 1848.

⁹⁹ DZ 11. 2. 1848.

¹⁰⁰ DZ 21. 10. 1847.

¹⁰¹ DZ 7. 11. 1850.

¹⁰² W. KASCHUBA, Ethnozentrismus, 1993, S. 249.

heit der einen Nation ... wenn irgend, so leuchtet hier die mächtigste Bedeutung eines starken Nationalgefühls hervor. Weil sie dieses besaßen, so standen die Spanier der verschiedensten Ansichten wie ein Mann gegen den Fremden, ... sie standen in einem Lager, bis die Unabhängigkeit gerettet war.«¹⁰³ Als geeinter Staat im Südwesten Europas empfahl sich Spanien einmal als außenpolitischer Bündnispartner zum Schutz gegen die europäischen Großmächte¹⁰⁴, zum anderen auch innenpolitisch als Beispiel für den gelungenen Weg zum nationalen Verfassungsstaat. Zwar wird der erfolgreiche Kampf der spanischen Liberalen gegen die Karlisten, der in verfassungspolitischen Reformen mündete, kaum thematisiert, indirekt aber gibt er das Vorbild ab, von dem auch deutsche Liberale lernen können: »Spaniens Schicksale enthalten ernste Lehren und Mahnungen – überhören wir sie nicht!«¹⁰⁵

Daneben werden erneut Kultur und vor allem Mentalität als Maßstäbe deutscher Welt-Anschauung herangezogen. Dabei schneiden die Spanier blendend ab: »Wie könnte ein Volk von so prägnantem Schmitte wie das spanische, mit solchem Ehr- und Selbstgefühl, mit solchem Zeug an Muth, Kernheit und Seelenstärke, selbst mit solchen volksmäßigen Fundamenteinrichtungen sich auf die Dauer mit bloßen Kopien und elendem Notbehelfe begnügen?«¹⁰⁶ Dieses Beispiel bestätigt nur, welche Parameter bei der nationalen Justierung gegenüber fremden Nationen Vorrang besaßen: ein freiheitliches politisches System oder zumindest eine starke Nationalbewegung sowie Kultur und Mentalität.

Schweiz

Am außenpolitischen Programm der Deutschen Zeitung war deutlich geworden, daß der (vermeintlichen) Bedrohung durch die europäischen Großmächte Allianzen mit den kleineren Staaten Europas austarierend gegen-

¹⁰³ DZ 9. 10. 1847. Vgl. auch DZ 15. 9. 1847: »Wir wollen uns vielmehr mit der Überzeugung durchdringen, daß kein Volk seine Schäden heilt, wenn es die Mittel dazu nicht in sich selbst findet, wenn es seine Selbstbestimmung, sein höchstes Recht, fremden Ratschlägen unterordnet.«

¹⁰⁴ Vgl. DZ 15. 9. 1847: »Wir hegen daher die Überzeugung, daß Deutschland sein eigenes ... noch so lockeres Dach vor kommenden Ungewittern mit schützt, wenn es Spanien wie Italien das Erreichen hilft, wonach der Kern des Volkes strebt: ein durch seine innere Entwicklung starkes, unabhängiges und an Macht zunehmendes Bollwerk zu sein gegen alle Übergriffe europäischer Staaten.« Vgl. auch zum spanischen Interesse an einem Bündnis DZ 11. 12. 1849: »Weil ferner es (Spanien) an dem Zustandekommen eines kräftigen Deutschlands, welches gegen die selbstsüchtigen Interventionsgelüste der beiden westeuropäischen Großmächte ein kräftiges Gegengewicht bilden würde, ein lebhaftes eigenes Interesse haben muß.«

¹⁰⁵ DZ 15. 9. 1847. Vgl. J. ABELLAN, *Der Liberalismus in Spanien 1833–1868*, in: D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, 1988, S. 440–451.

¹⁰⁶ DZ 15. 9. 1847. Vgl. dort auch: »In den Spaniern lebt ein starkes nationales Gefühl und ein großer Sinn für Freiheit; vor dem Verfall seiner Einheit, des köstlichen Gewinns vielhundertjähriger Kämpfe bürgt ihm schon jenes alldurchdringende ... Gemeingefühl, das, wo es einmal vorhanden, nie mehr auszurotten ist.«

übergestellt werden sollten. Vor allem die Länder im Nordwesten Europas sowie die Schweiz wurden dabei präferiert. Die Schweiz vor allen wegen ihres politischen Systems, das durch den Sieg der liberalen »Tagsatzung« noch stabilisiert wurde. Daß die DZ den Bürgerkrieg 1847 vehement auf Seiten der »Tagsatzung« verfolgte, wurde erwähnt; deren Sieg erhoffte sie einmal aus Gründen der europäischen Balance, die der Neutralität einer starken Schweiz ausgleichend bedurfte, zum anderen wegen ihres grundsätzlichen, allerdings selektiven Interesses, nationale Einheit in Europa zu fördern, ohne komplexe Eigenarten eines Volkes zu stark zu nivellieren: »Auch in der Schweiz wie andernwärts ist jenes schwierige Problem der Gegenwart zu lösen: die Stärke und Einigkeit des Ganzen herzustellen, ohne Kränkung des Individuellen, und das Individuelle gelten zu lassen, ohne Nachteile für das Gemeinsame. Daß die Schweiz diese schwere Probe politischer Weisheit glücklich bestehen möge, ist ein Wunsch, in dem alle Freunde gesetzmäßiger Freiheiten in ganz Europa gleichmäßig übereinstimmen.«¹⁰⁷ Neben der positiven Beurteilung der Schweizer Kantonalverfassung ist vor allem auch die eidgenössische Wehrverfassung immer wieder Gegenstand der Anerkennung und bestätigt damit die Einschätzung Galls, daß Liberale weniger die konkrete Politik auf dem außenpolitischen Felde, sondern vielmehr den anachronistisch gewordenen »Gegenstandsbegriff als solchen« ändern wollten.¹⁰⁸

Werden die politischen Errungenschaften der Schweiz vor allem nach dem Sieg der »Tagsatzung« in hellen Farben geschildert, so wirkt sich das Kriterium Mentalität eher abkühlend auf das deutsch-schweizerische Verhältnis aus. Zwar erinnert die Schweiz »in manchem, besonders in ihren Landsgemeinden ... noch an wesentliche Züge der altgermanischen Verfassung«¹⁰⁹, ansonsten aber wird der Schweizer als zwar anständiger, aber provinzieller und ungebildeter Waldschrat geschildert: »Man braucht gar nicht lange in der Schweiz gewesen zu sein, um zu erkennen, daß der Schweizer aus Gewohnheit sich nur um das Nächste kümmert... Man sehe sich einmal die Schweizerzeitungen an, wie und wo ist darin vom Auslande die Rede? Sie kennen es so zu sagen gar nicht.«¹¹⁰ Anzügliche Spitzen gegen die »lokale Beschränktheit des Schweizers«¹¹¹ werden durch den Vorwurf zu starken partikularen Interesses ergänzt, das jeglicher großräumigen Ordnung im Weg stehe: »Seit dem Frieden haben sich nun die Lokalinteressen nur noch einseitiger und kleinlicher ausgebildet, so daß ein Schweizerzollverein hier auf große Widerspenstigkeit stößt.«¹¹² Mit einem solchen Seitenhieb wird indirekt wieder die deutsche Errungenschaft des Zollvereins her-

¹⁰⁷ DZ 30. II. 1847.

¹⁰⁸ L. GALL, Liberalismus und auswärtige Politik, in: K. HILDEBRAND/R. POMMERIN (Hrsg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht, 1985, S. 37.

¹⁰⁹ DZ 27. II. 1847.

¹¹⁰ DZ 28. II. 1847.

¹¹¹ DZ 29. II. 1847.

¹¹² DZ 28. II. 1847.

vorgehoben, der hier noch moderat ausfallende Tadel am anderen doch wieder mit Selbstvergewisserung und Bestätigung eigenen Fortschritts verbunden. Daß auch Sprache und Abstammung hier positive Bindungen konstituieren könnten, wird in den Kommentaren über Schweizer Verhältnisse kaum berücksichtigt.

Belgien

Der Primat des Freiheitsprinzips als differenzierender Maßstab setzt sich in den Beziehungen zu Belgien, Holland und in zweiter Linie auch Schweden fort. Vor allem Belgien wird wegen seiner »neuen Staatsverfassung, der liberalsten Europas« als Beispiel herangezogen.¹¹³ Vorbildlich wirkt hier, was den belgischen Liberalismus der Jahrhundertmitte grundsätzlich vom kontinentalen unterschied: Daß liberale Institutionen und eine parlamentarische Regierung längst gewonnen waren, und von der gesamten Nation, von allen politischen Richtungen getragen wurden.¹¹⁴ Für die Konstitutionellen um die DZ kam verstärkend hinzu, daß Belgien 1848 zu den wenigen Staaten Europas gehörte, an denen jegliche revolutionäre Unruhen aufgrund der starken Solidarität der Bevölkerung zu ihrem Staatssystem vorübergingen.

Doch auch die große Bewunderung für Belgiens staatliche Zustände wird relativiert, indem den Belgiern sogleich die deutschen Errungenschaften als Vorbild vorgehalten werden: »Der Deutsche kann in Belgien lernen, was die Freiheit vermag, wenn sie nur durch Sitte und Ordnung geregelt wird, und der Belgier wieder in Deutschland neue Kraft ... an jenem unendlichen Borne des Wissens schöpfen, der dem germanischen Geiste niemals versiegen wird.«¹¹⁵ Wolfgang Kaschuba hat darauf hingewiesen, daß es nur wenig positive Identitätsmerkmale gab, mit denen die deutsche Nationalbewegung sich ihre nationale Identität entwarf, und daß diese wenigen nahezu ausschließlich dem kulturellen Bereich entnommen wurden. Diese Einschätzung kann die Deutsche Zeitung hier weitgehend bestätigen, indem, von der positiven Heraushebung des Zollvereins abgesehen, primär auf Wissensschätze und literarische Traditionen, also auf die deutsche Geisteskultur als zentrales Merkmal abgehoben wird, das von anderen abgrenzt und zugleich der Konturierung eines spezifischen, eigenen Volkscharakters dient und damit dem Entwurf nationaler Identität.

Neben den Vorzügen des politischen Systems, an dem nur die Benachteiligung der Flamen gerügt wird, sind es sowohl mental-kulturelle Charakteristika wie auch der wirtschaftliche Erfolg Belgiens, die hier Freundschaft konstituieren: »Auf Belgien ... schauen die mächtigsten Nachbarn neugierig hinüber, und ... sie müssen sich freuen, daß auf diesem altklassischen Boden

¹¹³ DZ 14. 8. 1847.

¹¹⁴ Vgl. J. STENGER, Der belgische Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 416ff.

¹¹⁵ DZ 22. 12. 1847.

so schnell ein neues strebsames Volk entstanden ist, thätig, froh, gesittet ... schon hat die junge Nation durch den Geist ihrer Gesetze und die Gunst ihres Bodens einen Grad der Kultur erreicht, der ihr einen ehrenvollen Platz in der Gesellschaft der Völker sichert.«¹¹⁶ Die Anerkennung der wirtschaftlichen Entwicklung wird höchstens durch die zu ausschließliche Konzentration auf die Ökonomie eingeschränkt – »die jüngste Thronrede zeigte, daß die belgische Politik aufs Innigste mit der ökonomischen Entwicklung des Landes verwebt ist, denn fast nur von Industrieausstellungen, von Eisenbahnanlagen ... war darin die Rede«¹¹⁷ – ansonsten hält sich das gesammelte Lob der wirtschaftlichen mit dem der politischen Vorzüge Belgiens hier die Waage.

Niederlande

Auch mit den Niederlanden solidarisiert sich die Deutsche Zeitung, indem politische Gemeinsamkeiten wie das ständische Prinzip und der Wunsch nach Selbstregierung beschworen werden, die zugleich beide vom zentralisierten Frankreich abstächen.¹¹⁸ Zumal was die Dringlichkeit konstitutioneller Reformen angeht, ähnelten sich beide Länder, ebenso wie in ihrer sprachlichen Verwandtschaft, die hier besonders herausgehoben wird.¹¹⁹ Trotz der Betonung von Sprach- und Stammverwandtschaft scheint aber das Kriterium des politischen Systems für das positive Verhältnis beider Staaten noch ausschlaggebender gewesen zu sein. Darauf weist ein Kommentar vom August 1847 hin, in dem es heißt: »Wir aber wünschen den besonnenen Bestrebungen der holländischen Opposition für Verfassungsreform aus vollem Herzen Erfolg, wir sehen darin auch einen Gewinn für Deutschland. Die Beziehungen zwischen Niederland und Deutschland werden immer wichtiger, nehmen immer mehr die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Sie könnten ohne Zweifel weit inniger und vorteilhafter für beide Theile sein, als sie sind, und sie werden das nur werden, wenn ein liberales Regiment in Holland durchbricht.«¹²⁰

¹¹⁶ Ebd. Vgl. auch DZ 27.7.1847: »Ja, in Belgien, wo der Anfang aller modernen, nordischen Industrie, ist auch die Hauptwiege der Kultur, der Kunst und Poesie in Nordeuropa zu finden.«

¹¹⁷ DZ 22.12.1847.

¹¹⁸ Vgl. DZ 9.8.1847: »Ein anderer durchgreifender Verwandtschaftszug zwischen Niederland und uns beruht auf dem ständischen Prinzip.«

¹¹⁹ Vgl. ebd.: »Auch in dieser Hinsicht stimmen also die Bedürfnisse in Niederland mit denen in den meisten deutschen Staaten vollkommen überein, nur daß die Wahlreformfrage dort schon weiter vorgertückt ist und vom ganzen Volke die Wichtigkeit derselben gefühlt wird.«

¹²⁰ DZ 9.8.1847. Von der proniederländischen Berichterstattung ist nur der Streitfall um das Herzogtum Limburg ausgenommen. Limburg gehöre unzweifelhaft zum Gebiet des Deutschen Bundes, so die Argumentation der DZ, seine »handelspolitische Ablösung ... von Holland und seine Anschließung an Deutschland ist also ... die nächste Aufgabe.« (DZ 28.11.1848) Allerdings widmet sich während der gesamten Erscheinungsdauer nur ein einziger Leitartikel dieser Thematik. Vgl. allgemein zum Streitfall Limburg: H.-G. KRAUME, Außenpolitik 1848, 1979.

USA

Als letztes Land in der Reihe derer, zu denen eine bewußte Beziehung freundschaftlicher oder feindlicher Art hergestellt wurde, gilt es, die Vereinigten Staaten von Amerika zu betrachten. Artikel, die das Verhältnis Deutschlands zu den USA definieren, gibt es nicht allzu viele, ihre Aussage indes ist völlig eindeutig: Neben Belgien stellen die USA das zweite Vorbild für den werdenden deutschen Nationalstaat dar. Auch das Argument, welches hier Vorbildcharakter und Freundschaft konstituiert, ist das gleiche, nämlich das fortgeschrittene politische System im Rahmen nationaler Einigung und der Charakter seiner Träger: »Der beispiellose Aufschwung, welchen die bürgerliche Gesellschaft dort trotz dieser Verfassung, oder vielmehr großentheils gerade durch dieselbe, nahm, war den europäischen Conservativen Staatsweisen alten Schlages ... eine unbegreifliche Erscheinung. Aber mit Recht nannte ein berühmter Reisender schon vor Jahren die amerikanischen Einrichtungen conservativ und stabil gegen die Zuckungen, welche die in alten Formen befangenen europäischen Staaten fortwährend fieberhaft aufregen.«¹²¹ Auch die innerdeutsche Skepsis gegenüber der Republik verlöscht gegenüber anderen Ländern, wenn sie, wie Amerika und auch die Schweiz, eine Repräsentativverfassung und bürgerliche Rechte verankern sowie einen bundesstaatlichen Aufbau aufweisen: »Ob dort Republik, in Deutschland Monarchen bestehen, das macht keinen Unterschied, nicht der Name, sondern die Institutionen begründen die Bundesstaaten, und Deutschland kann als monarchisch zusammengesetzter Bundesstaat ebenso blühend und mächtig wie die Freistaaten Amerikas werden.«¹²²

Erneut kommt hier der Mechanismus zum Tragen, sich durch Lob für ein Land gleichzeitig von einem anderen abzugrenzen. Hier ist es primär der amerikanische Föderalismus, der als vorbildlich gerühmt wird, womit sich aber zugleich Gegnerschaft zum zentralisierten Frankreich konstituieren läßt: »Alles weist deshalb für die Organisation Deutschlands mehr auf die von Amerika als auf die von Frankreich hin. Paris ist Frankreich, wo aber die Regierung eines Landes ganz von dem Willen einer einzigen Stadt abhängt, da kann diese keine volksthümliche genannt werden ... In den Vereinigten Staaten Amerikas hingegen, die aus einer zusammenhängenden Kette unabhängiger Gemeinden, Distrikte und Staaten bestehen, ... war es möglich, daß nach 73 Jahren die Freiheit nur kräftiger und stärker gegründet steht.« Ebenso kehrt hier jener Kompensationsversuch wieder, die defizitäre, eigene nationale Identität, deren Mängel durch die Konstituierung eines Vorbilds per se offenbar werden, durch die Demonstration kultureller Errungenschaften aufzuhellen. Den Amerikanern beispielsweise wird sofort

¹²¹ DZ 13. 6. 1848.

¹²² DZ 11. 6. 1848, dort auch die folgenden Zitate.

das deutsche Geisteserbe vorgehalten, mit dem die neue Welt, so lautet die Botschaft, doch keineswegs konkurrieren könne: »Wir haben bis jetzt bei allen Mängeln der Verfassung doch auch große Vorzüge, zum Beispiel die Schätze der Kunst und Wissenschaft, die feinere Bildung und Gesittung, das Erbe von Jahrhunderten.«

Überblickt man noch einmal die Länder der westlichen Welt, zu denen diese deutschen Liberalen bewußt ein Verhältnis konstituierten, so gilt es, die Ausrichtung dieser komplexen Bindungen, seien sie negativer oder positiver Art, auch als wesentliches Merkmal des deutschen Nationalismus zu begreifen. Die neuere Forschung hat klar herausgearbeitet, daß machtstaatliches Denken und Gewaltbereitschaft die Entstehung europäischer Nationalstaaten wesentlich mitbestimmt haben. Daß Feindbilder diesen Prozeß begleiteten, ihn teilweise auch erst in Gang brachten, mithin also ein Indiz für seine Ausprägung sein können, darüber herrscht mittlerweile Konsens. Heute stellt sich vielmehr die Frage, ab wann diese Linie in der deutschen Nationalbewegung bestimmend wurde, und vor allem, durch welche Kriterien diese Feindbilder konstituiert wurden.

Für den konstitutionellen Liberalismus ergeben sich am Beispiel seines publizistischen Sammlungsorgans dabei drei Folgerungen. Einmal deckten sich außenpolitische Maßgaben nicht immer mit der Beurteilung innenpolitischer Zustände, und nationale Gegner konnten durchaus zu politischen oder wirtschaftlichen Vorbildern avancieren. Dieses Phänomen zeigte sich einmal am Beispiel Frankreichs, das außenpolitisch zu Deutschlands größten Feinden gezählt wurde, dessen Verfassung und bürgerliche Rechte jedoch sehr positiv beurteilt wurden. Umgekehrt verhielt es sich mit England, dem außenpolitisch mit wohlwollender Neutralität begegnet wurde, dessen ökonomische Potenz jedoch zu gehässigen Ausfällen gegenüber der »Buchhalternation« führen konnte. Deutlich wird damit erstens, daß Feindbilder wie Vorbilder des konstitutionellen Liberalismus im ausgehenden Vormärz noch wenig verfestigt waren und sich je nach angelegtem Kriterium auch verändern konnten.

Zweitens ging es darum, nach der Fiktion von Feindbildern zu fragen. Hier ergab sich ein annähernd austariertes Verhältnis von fiktiven Bedrohungsgefühlen zu realistischen Ängsten. Bedrohungen durch eine englische Güterinvasion oder einen französischen Angriff, Gefühle also, die jeglichen Realitätsgehalts entbehrten, wurden in der Deutschen Zeitung auch deshalb formuliert, um das vermeintlich Bedrohte mehr als Eigenes zu empfinden und die nationale Identität damit stärker konturieren zu können. Ob das in einem Fall die heimische Warenproduktion war, im anderen die territorialen Grenzen, ist nicht so entscheidend, wichtig ist vielmehr, daß durch die konstruierte Bedrohung Eigenes als solches überhaupt entdeckt und definiert wird und in der Folge eben auch gefördert oder stabilisiert werden muß.

Auf der anderen Seite fallen auch realistische Gefahren ins Auge. Die Beurteilung Habsburgs als latente Bedrohung eines kleindeutschen Natio-

nalstaats erscheint gerechtfertigt; und auch die Gründe dieser Bedrohung in dem zu starken Modernisierungsgefälle zu sehen, ist durchaus plausibel. Insofern trifft Hoffmanns These, ein Volk konstituiere sich grundsätzlich erst unter dem Eindruck feindlicher Bedrohungen, nur begrenzt auf den Nationalismus dieser Liberalen zu. Fiktive Bedrohungen wurden in der Tat geäußert und trugen zur Kräftigung nationaler Identität mit bei; vorherrschend waren sie im außenpolitisch moderaten Liberalismus konstitutioneller Prägung jedoch nicht.

Am wichtigsten erschien es drittens, den Kriterien nachzuspüren, welche nationale Vor- und Feindbilder konstituieren konnten, und damit auch den Charakter des dahinter wirksamen Nationalismus zu erhellen. Dabei ergaben sich Resultate, die von der neueren Forschung in einigen Punkten abweichen. Als zentraler, Freundschaft oder Feindschaft konstituierender Faktor kristallisierte sich das politische System heraus. Verfügte ein Land über Verfassung und freiheitliche Rechte, ließ sich ein positives Verhältnis fast immer voraussagen. Die einzige große Ausnahme bildet hier Frankreich, wo die vermeintliche territoriale Bedrohung die Tatsache des demokratischen Systems zu überlagern vermochte. Ansonsten führt das Freiheitsprinzip unangefochten die Rangliste freund- oder feindschaftsstiftender Kriterien an und seine vorrangige Geltung ist auch dafür ausschlaggebend, daß Belgien und die Vereinigten Staaten, mit Einschränkung auch England, hier zu nationalen Vorbildern deutscher Liberaler avancierten.

Ethnische Zugehörigkeit, die als ausgrenzender Faktor in der neueren Nationalismusdebatte vorrangig betont wird, nimmt in der Deutschen Zeitung nur einen sekundären Platz ein. Allein bei den slawischen Völkern wird sie als ausgrenzendes Merkmal wirklich virulent, verstärkt integrieren vermag sie allenfalls im Falle Hollands, Belgiens und der Schweiz, doch erst deutlich nach dem Kriterium des politischen Systems. Den nachrangigen Stellenwert, den Ethnie und im übrigen auch Konfession, vorausgesetzt sie ist nicht griechisch-orthodox, einnimmt, belegt auch das positive Verhältnis zu Spanien und Italien.

Von großer Bedeutung indes erweisen sich immer wieder die Kriterien Kultur und Mentalität. Wird bei den Angelsachsen mehr auf die Mentalität abgehoben, so ist es bei den romanischen Völkern stärker die kulturelle Tradition, die verbindend hervorgehoben wird. Und wirkt sich im Falle Habsburgs das vorrangig postulierte kulturelle Gefälle abgrenzend aus, so wird, was Frankreich angeht, die französische Kultur als dekadent, ihre Träger als korrupt und unsittlich zu stigmatisieren gesucht. Wie unterschiedlich auch die Ergebnisse im einzelnen ausfallen, immer dienen Kultur und Zivilisation fremder Länder als besonders wirksamer Maßstab, um Freundschaft oder Feindschaft zu konstituieren. Der kulturelle Vergleich erfolgt immer auch, um die eigene Identität stärker herauszuheben, denn allein auf dem Feld von Bildung und Geist könne Deutschland Meriten vorweisen, die dann auch kontinuierlich demonstriert werden. Damit wird deutlich, daß bildungsbürgerliche Tendenzen ethnozentrischen Denkens sich auch im konstitutionel-

len Liberalismus der Jahrhundertmitte wiederfinden und hier oft dominierend wirken.¹²³

Schließlich kann auch territoriale Nähe zum feindschaftsstiftenden Faktor werden, allerdings nicht per se, sondern nur im Falle angrenzender Großmächte, wie es die Feindbilder Frankreich und Rußland belegen. In der Deutschen Zeitung wirkt die vermeintliche Bedrohung von außen in hohem Maße kräftigend auf das Gefühl nationaler Solidarität und belegt die Berechtigung, mit der dem wilhelminischen Einkreisungsmythos hier seine vormärzlichen Vorläufer zugesprochen werden – begrenzt allerdings auf Frankreich und Rußland.

Daß auch Wirtschaftsweise einen vergleichenden Zivilisationsparameter darstellen kann, haben Kulturanthropologen schon früher festgestellt. Für die national orientierten Liberalen spielte die wirtschaftliche Situation anderer Länder als Maßstab für Integration oder Ausgrenzung indes keine gewichtige Rolle. Nur wenn, wie im Fall Englands, binnenwirtschaftliche Erfolge in einem expansiven Außenhandel mündeten, der den heimischen Absatz zu bedrohen schien, konnte Wirtschaftsweise als ausgrenzendes Merkmal konstitutiv werden; gelegentlich auch, wenn man sich durch Berufung auf den Zollverein von wirtschaftlich schwächeren Nationen vorteilhaft abheben wollte. Im Vergleich mit den übrigen differenzierenden Kriterien erscheint die Wirtschaftsweise fremder Länder jedoch nicht als entscheidende Meßlatte für Abgrenzung oder Integration.

Zusammengenommen wird deutlich, daß politisches System und kulturell-mentaler Charakter die dominierenden Kriterien für die Konstituierung außenpolitischer Vor- und Feindbilder darstellten. Beide Ergebnisse gilt es aber auch rückwirkend auf die Ausformung des deutschen Nationalismus zu lesen. Wenn in der DZ außenpolitische Gegnerschaft oder Solidarität von der Erfüllung staatlicher Freiheit abhängig gemacht wird, dann hatte dieses Prinzip zugleich auch in der eigenen Nation Vorrang. Demnach muß für das konstitutionelle Lager die zur Zeit aktuelle These relativiert werden, wonach Macht- und Gewaltbereitschaft den deutschen Frühliberalismus stärker prägten als die liberale Freiheitsutopie.

Zum zweiten reflektiert die Bedeutung, welche die DZ dem Kulturvergleich als Unterscheidungsmaßstab für Integration oder Ausgrenzung anderer Länder einräumte, auch die hohe Integrationskraft, welche kulturellen Prozessen für die Konstituierung der eigenen nationalen Identität zugemessen wurde. Damit läßt sich auch für den konstitutionellen Liberalismus des ausgehenden Vormärz ein kultureller Nationalismus als prägende Komponente für den Entwurf der gedachten Ordnung »Nation« nachweisen.

¹²³ Vgl. W. KASCHUBA, Ethnozentrismus, 1993, S. 248 ff.

Die Zeitung und ihre Leser: Das Kommunikationsnetz der Deutschen Zeitung 1847–1850

1. Die Leserschaft

Die nationale Bewegung des deutschen Vormärz erfaßte die Menschen nicht nur politisch, sondern auch emotional. Entstehende Foren der Nationsbildung wie Preßverein, Griechenbegeisterung, Gelehrtenkongresse oder große Feste überwandten nicht nur die engen Grenzen der deutschen Einzelstaaten, sondern vermochten auch soziale Schranken zu transzendieren. Obwohl der Anstoß zur zeitweise heftig geführten Debatte, inwieweit der Liberalismus seinen gesamtgesellschaftlichen Anspruch auch in der sozialen Praxis verwirklichen konnte, nun schon einige Zeit zurückliegt, bleibt die Frage der liberalen Trägerschichten noch immer ein Kernproblem jeder Untersuchung.¹ Zwar ist die empirische Überprüfung der liberalen Theorie in den letzten fünfzehn Jahren kräftig in Gang gekommen, doch nur wenige Arbeiten lieferten sozialgeschichtliche Belege, die neue Erkenntnisse über die räumliche und soziale Integrationskraft des deutschen Liberalismus ermöglichen. Meist haben jene Studien, die sich den Mühen empirischer Auswertung unterziehen, die gesellschaftliche und räumliche Bandbreite der liberalen Bewegung herausgestellt², wogegen Liberalismusstudien ohne sozialgeschichtliche Belege eher dazu tendierten, bei der Feststellung einer bürgerlichen Klassenideologie zu verharren.

Die Frage der sozialen, geographischen oder gar konfessionellen Basis ist vor allem für die Presse des 19. Jahrhunderts nahezu unbeantwortet, wofür auch das Fehlen geeigneter Quellen verantwortlich war.³ Doch gerade die Leserschaft einer liberalen Zeitung verspricht Aufschlüsse über jene breitere

¹ Vgl. W. SCHIEDER, Probleme einer Sozialgeschichte des frühen Liberalismus in Deutschland, in: DERS., (Hrsg.), Liberalismus, 1983, S. 9–21; W. KASCHUBA, Deutsche Nation, 1988, S. 88 ff.; P. NOLTE, Gemeindeliberalismus, 1991, S. 57.

² So C. FOERSTER, 1982, Ch. HAUSER, 1990; sowie für das städtische Bürgertum P. MÜLLER, 1990.

³ H. TAUSCHWITZ, 1981 und N. DEUCHERT, 1983, versuchen ebenso wie J. FRÖLICH, 1990, Leserschichten ansatzweise durch immanente Methoden zu konturieren. Ganz ohne empirische Auswertung dagegen die Pressearbeiten H. MÜLLER, 1986, M. v. RINTELEN, Zwischen Revolution und Restauration, 1994. Angelsächsische Autoren bemühen sich dagegen sehr viel stärker um sozialgeschichtliche Leseranalysen. J. POPKIN, Revolutionary News, 1990, S. 78–95, und R. DARNTON, 1979, S. 287–319, analysieren Leser der französischen Revolutionspresse nach Berufen; Darnton kann die europäische Rezeption der »Encyclopédie française« auch geographisch nachzeichnen.

Anhängerschaft, die im Gegensatz zu den liberalen Protagonisten so oft noch im Dunkeln liegt. Binnenliberale Differenzierungen zwischen Mitarbeitern und Lesern erscheinen zudem geeignet, die Frage eines sozialen Gefalles zwischen aktivem Kern und breiterer Anhängerschaft weiter aufzuhellen, das für vereinzelte liberale Erfahrungsräume bereits festgestellt wurde.⁴

Eine getrennte Auswertung von Korrespondenten und Lesern erscheint aber auch notwendig, um dem völligen Fehlen sozialgeschichtlicher Leseranalysen abzuwehren, das die Presseforschung seit Jahrzehnten kennzeichnet, zumal geeignetes Material mit der Deutschen Zeitung ausnahmsweise vorliegt. Immer wieder haben einschlägige Arbeiten auf die »spezifische historische Quellenlage« hingewiesen⁵, die es unmöglich mache, Spuren des ehemaligen Publikums aufzufinden. In der Tat sind Abonnentenlisten zeitgenössischer Tageszeitungen so gut wie nicht mehr vorhanden. Deshalb fußten retrospektive Leserschaftsanalysen bisher ausschließlich auf immanenten Methoden. Preis, Anzeigen, Stil, Auflage oder auch redaktionelle Anmerkungen gaben dabei die Indikatoren geographischer und sozialer Wirkung ab.⁶ Eine soziologisch exakte und quantifizierbare Grundlage konnten sie indes nie bieten und entsprechend dünn, wenn überhaupt vorhanden, sind demnach auch die Aussagen zu den Rezipienten der Presse des 19. Jahrhunderts.

Für die Deutsche Zeitung ließen sich hingegen Leser in einem Umfang ermitteln, der präzise Aussagen über die räumliche und soziale Basis des national orientierten Liberalismus in den deutschen Staaten möglich macht. Preis und Anspruch der Deutschen Zeitung, beides vergleichsweise hoch, fungieren als Indizien, daß der Bezug der DZ mehr als eine unverbindliche Sympathieerklärung war, vielmehr intensive Politisierung und Solidarität auch bei der passiven Anhängerschaft voraussetzte. Zwar zielte die Deutsche Zeitung von Anfang an nicht auf die Integration demokratischer Gruppierungen, sondern verstand sich primär als Sammlungsorgan der gemäßigten Opposition. Innerhalb dieses politischen Spektrums wollte sie aber sozial durchaus übergreifend wirksam werden, wie ihr Programm deutlich macht: »Weder der Adel, noch städtische Gemeinden, noch Beamte bilden mehr einen ausschließlichen Stützpunkt des Staates, sondern alle seine Schwerkraft ruht jetzt auf dem äußeren und inneren Vermögen, das nicht mehr ein Vorrecht dieser oder jener Bürgerklasse ist; ... der Gedanke des einfachen Staatsbürgertums, in dem die früher geschiedenen Stände gleichberechtigt aufgehen, ist der eigentliche Sieger ... und Begründer der neuen

⁴ Sowohl bei den Philhellenen als auch im Preßverein herrschte ein erhebliches soziales Gefälle zwischen Führung und Basis, vgl. C. FOERSTER, 1982, S. 156-175; Ch. HAUSER, 1990 S. 141-192; zu einem ähnlichen Ergebnis kommt für den städtischen Liberalismus Nürnbergs auch P. MÜLLER, 1990, vgl. S. 343-345.

⁵ N. DEUCHERT, 1983, S. 186, vgl. auch J. FRÖLICH, 1990, S. 58 ff.

⁶ Vgl. Anm. 3.

Erste Liste von Actienzeichnungen

für die

Deutsche Zeitung.

Nummer der Actien.	Wohnort.	Name und Stand.	Zahl der Actien.
1	Aachen	<i>von Breuning.</i>	1
22	Berlin	<i>Karsten, Geheimer Oberbergrath.</i>	1
23	„	<i>Ed. Goldschmidt, Fabrickbesitzer.</i>	1
24	„	<i>Carl Nobiling.</i>	1
25 - 34	„	<i>G. Reimer, Buchhändler.</i>	10
126	„	<i>Stavenhagen, Generalmajor.</i>	1
35	Breslau	<i>J. A. Frank, Banquier.</i>	1
36 u. 37	Bromberg	<i>Eduard Eckert.</i>	2
104	Braunschweig	<i>Freiherr von Schleinitz, Staatsminister.</i>	1
105	„	<i>von Geyso, Geheimer Rath.</i>	1
106	„	<i>von Thielau, Finanzdirector.</i>	1
2	Cöln	<i>Mayer, Advokat-Anwalt.</i>	1
3 u. 4	Crefeld	<i>von Beckerath, Banquier.</i>	2
149	Cassel	<i>Wippermann, Staatsrath.</i>	1
5	Düsseldorf	<i>Conim, Notar.</i>	1
6	„	<i>von Kösteritz, Oberprokurator.</i>	1
38 u. 39	Domnitz, bei Halle.	<i>Fubel, Prediger.</i>	2
125	Dippoldiswalde	<i>Maukisch, Bürgermeister.</i>	1
151	Darmstadt	<i>Dr. Schackmann, Advokat.</i>	1
150	„	<i>Volhard, Advokat.</i>	1
40 - 44	Eilenburg	<i>C. Degenkolb, Commerzienrath.</i>	5
45	Erfurt	<i>Graf von Keller.</i>	1
82	Fallingbostel	<i>v. Quintus - Icilius.</i>	1
159	Frankfurt a. M.	<i>Dr. Carl Welcker.</i>	1
160	„	<i>Dr. jur. Jucho.</i>	1
161	„	<i>Andreae-Goll, Kaufmann.</i>	1
162	„	<i>Dr. F. Scharff-Lutteroth.</i>	1
Zusammen			43

Nummer der Actien.	Wohnort.	Name und Stand.	Zahl der Actien.
		Transport	43
163	Frankfurt a. M.	<i>Alexander Scharff</i> , Kaufmann.	1
164	„	<i>Dr. jur. Aug. Speltz</i> , Advokat.	1
165	„	<i>Robert Kock</i> , Consul.	1
166	„	<i>Carl Mathy</i> , Staatsrath.	1
167	„	<i>Kerst</i> , Generalsecretär des deutschen Vereins.	1
46-48	Grabowo , bei Schneidmühl, Prov. Posen.	<i>C. von Sanger</i> , Gutsbesitzer.	3
127	Gotha	<i>Julius Nagel</i> , Bankbevollmchtigter.	1
83	Hannover	<i>C. Lange</i> , Hofbcker.	1
84	Hildesheim	<i>N. A. Guntzel</i> , Justizrath.	1
85	„	<i>Oberg</i> , Justizrath.	1
152	Hornau	<i>Heinr. von Gagern</i> .	1
168.169	Hamburg	<i>Dr. jur. G. Riesser</i> .	2
7 u. 8	Julich	<i>v. Mylius</i> .	2
128	Jena	<i>Dr. Carl Hase</i> , Professor.	1
49	Kranz , Prov. Posen.	<i>Bandelow</i> , Gutsbesitzer.	1
81	Konigshofen , in Unterfranken.	<i>Freiherr von Waltershausen</i> .	1
86	Leer	<i>Groos</i> , Amtsassessor.	1
87	„	<i>H. Rahusen Sohn</i> , Kaufmann.	1
88	„	<i>Vichering</i> , Senator.	1
89	Linden bei Hannover.	<i>Georg Egestorf</i> , Fabrikant.	1
90	Luneburg	<i>Lodemann</i> , Regierungsrath.	1
108	Leipzig	<i>Dr. Heinr. Laube</i> .	1
109.110	„	<i>Wilh. Eduard Albrecht</i> , Professor.	2
111-113	„	<i>H. Schletter</i> , Kaufmann.	3
114	„	<i>Otto Gruner</i> .	1
115	„	<i>G. L. Preusser</i> .	1
116	„	<i>Rudolph Hartmann</i> , Buchhandler.	1
117	„	<i>Ferd. Mende</i> .	1
118	„	<i>C. Adolph Mayer</i> .	1
119	„	<i>Georg Wigand</i> , Buchhandler.	1
120	„	<i>Gustav Ries</i> .	1
121-123	„	Gesammelt durch <i>Prof. Biedermann</i> .	3
50-55	Munchenhof bei Halberstadt.	<i>Albert</i> , Oberlandesgerichts-Assessor.	5
		Zusammen	89

Zeit.«⁷ Gerade die Tatsache, daß die DZ für ihr liberales Programm gesamtgesellschaftliche Geltung forderte, macht sie zum geeigneten Gegenstand, die strittige Frage der Diskrepanz von politischer Theorie und sozialer Praxis im Liberalismus zu beantworten.

Die Leserschaft des Blattes ließ sich aus vier unterschiedlichen Quellen rekonstruieren. Am ergiebigsten erwiesen sich die in Heidelberg archivierten »Korrespondenzen und Papiere der Deutschen Zeitung«, welche zahlreiche Leserbriefe enthielten.⁸ Mit Hilfe umfangreicher Brief- und Memoirliteratur sowie mehrerer Nachlässe aus dem liberalen Umfeld ließen sich hieraus 154 Leser mit Name, Beruf und Wohnort feststellen, wozu gelegentlich auch die Konfession kam.

Eine Abonnentenliste war auch für die Deutsche Zeitung nicht mehr auffindbar.⁹ Die fehlenden Angaben konnten aber durch einen gleichwertigen Fund in der Frankfurter Außenstelle des Bundesarchivs ersetzt werden, der zudem noch Angaben zur sozioökonomischen Stellung der Leser liefert. Es handelt sich um die vollständige Liste jener Spender, welche in den Jahren 1849 und 1850 durch den Kauf von Aktien im Wert von je 40 Gulden zur Sanierung der Zeitung beitrugen. Daß dazu alle Abonnenten sowie primär Freunde und Bekannte aus dem liberalen Lager eingeladen wurden, ist bereits erwähnt worden. Die Bereitschaft, für den Erhalt einer anspruchsvollen Tageszeitung zu spenden, und vor allem die Höhe des Betrages, der für eine Aktie zu entrichten war, sind neben der selektiven Aussendung des Spendenaufrufs eindeutige Indizien, hier eine personelle Deckung von Leser und Spender annehmen zu müssen. Aus der Liste dieser »Aktienzeichnung zu Ankauf und Betrieb der Deutschen Zeitung« ließen sich weitere 110 Leser mit Name, Wohnort und weitgehend auch Beruf ermitteln, deren Konfession in manchen Fällen ergänzt werden konnte.

Eine dritte auswertbare Personengruppe stellten die elf Gründungsaktionäre der DZ dar, die mit erheblichen Geldbeträgen den Start des Blattes ermöglichten und dem Leserkreis der Zeitung aufgrund dieser Solidaritätsbekundung ebenfalls zuzurechnen sind.

Wiederum durch Spendentätigkeit ließ sich eine letzte Lesergruppe rekonstruieren. Im Jahr 1850 rief die DZ wiederholt zu Geldspenden für Schleswig-Holstein auf, welche die Redaktion dann an Hilfsbedürftige überwies. Als Ansprechpartner wurden neben der Redaktion 18 Personen (mit Name, Beruf und Wohnort) öffentlich aufgelistet, welche die DZ zur Entgegennahme von Spenden berechtigte. Ein solcher Auftrag, der eine

⁷ Programm der DZ, 1847, S. 184.

⁸ Faszikel HH 2539/40 und HH 3777. Ebenso bedauerlich wie für die Mitarbeiteranalyse erweist sich das Fehlen der «570 Briefe und 440 Korrespondenzen für die Deutsche Zeitung» aus dem Nachlaß Ludwig Häußers auch für die Leseranalyse. Die Papiere, welche die Heidelberger Universitätsbibliothek 1951 von der Enkelin Häußers erworben hatte, sind seit 1967 verschollen, so die Auskunft des Leiters der Handschriftenabteilung, Herrn Michael Stanske.

⁹ Die im Generallandesarchiv Karlsruhe lagernde Akte Nr. 233/34788, »Abonnement auf die Deutsche Zeitung«, stellte sich bedauerlicherweise nur als ein beschriebenes Blatt ohne jede Personenangaben heraus.

starke Loyalität auch seitens der Betrauten voraussetzt, verwies darauf, hier ebenfalls eine Übereinstimmung von Lesern und Spendensammlern vermuten zu dürfen.

Aus diesen vier Personengruppen ließen sich insgesamt 293 namentliche Leser mit weitestgehend vollständigen Angaben zu Beruf und Wohnort ermitteln. Diese Gruppe stellt rund 13 Prozent der durchschnittlichen Gesamtleserschaft dar, wie sie durch die Auflagenentwicklung belegt ist. Eine solche Zahl kann das Profil der Gesamtleserschaft nur lückenhaft und selektiv erfassen, weshalb es Auffälligkeiten besonders kritisch auf ihre allgemeine Gültigkeit zu überprüfen gilt. Trotz dieser Einschränkung lassen sich von einem Leservolumen von 13 Prozent zuverlässige Trendaussagen über die räumliche und soziale Breitenwirkung des liberalen Programms erwarten und es erscheint plausibel, die ansonsten üblichen, immanenten Methoden der Rezipientenforschung hier nur begleitend heranzuziehen. Mit der Deutschen Zeitung liegt somit der für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr seltene Fall vor, daß sich das Publikum einer nationalen Tageszeitung zwar prozentual beschränkt, soziologisch aber präzise erfassen läßt und damit verallgemeinerbare Aussagen über die regionale, soziale und ansatzweise auch konfessionelle Basis des national orientierten Frühliberalismus ermöglicht.

a) *Raummuster*

Die Deutsche Zeitung erhob den Anspruch, ein Organ für Gesamtdeutschland zu sein. Daneben lag ihren Gründern aber auch die Rückeroberung publizistischen Terrains im Südwesten am Herzen, das im ausgehenden Vormärz erfolgreich von demokratischen Zeitungen besetzt worden war.¹⁰ Die geographische Breitenwirkung ließ sich anhand der Wohnorte der DZ-Leser aufschlüsseln. Daß die bisher kaum praktizierte nationale Orientierung im Falle der DZ eine feste Leserbindung, über welche lokale Blätter verfügten, erheblich erschwerte, ist dabei zu berücksichtigen.¹¹

Zunächst wurden sämtliche Leser nach Ländern geordnet und die personelle Repräsentanz in prozentuale Dichte umgerechnet. Die Untersuchung mußte sich dabei auf die nichtösterreichischen Staaten des Deutschen Bundes beschränken, was umso bedauerlicher ist, als Österreich in der Frage liberaler Verankerung sozialgeschichtlich noch weitgehend terra incognita ist. Doch vor allem wohl aufgrund des staatlichen Verbots der DZ in der

¹⁰ Vgl. N. DEUCHERT, 1983, v. a. Kap. 5 und 6.

¹¹ Vgl. das zeitgenössische Urteil Aegidis (an Gervinus am 25. 2. 1850): »Damit ein Blatt mächtig werde, muß es ein sicheres, lokales Terrain haben, sonst steht es in der Luft.« Teilnachlaß Gervinus, BAFm. H. TAUSCHWITZ, 1981, S. 263–266, läßt sich zu sehr emotionalen Urteilen bezüglich der DZ hinreißen: »Wer sich, wie die DZ-Redakteure, um die ›großdeutsche oder kleindeutsche‹ Frage stritt, die soziale aber übersah, wer lieber über Rousseaus Begriff der Volkssouveränität räsionierte, während im Odenwald Rentämter in Flammen aufgingen, hatte wohl keinen Veranlassung, sich ... über schwindenden publizistischen Einfluß zu beklagen.«

Habsburgermonarchie ließen sich Leser dort in nur so geringem Umfang ermitteln, daß eine solide quantifizierbare Grundlage nicht gewährleistet war.¹² Dasselbe gilt für die Leser im übrigen Europa, weshalb beide Gruppen tabellarisch nicht erscheinen, in der Interpretation gleichwohl berücksichtigt werden, da sich textliche Hinweise auf ihre Präsenz durchaus finden ließen. Für 282 Leser in den außerösterreichischen Staaten des Deutschen Bundes waren geographische Angaben vorhanden oder konnten ermittelt werden.

Für sich genommen bleiben diese Leserzahlen jedoch nur bedingt aussagekräftig. Erst wenn sie mit geeigneten Daten korreliert werden, die die liberale Verankerung in den deutschen Staaten möglichst exakt nachweisen, kann deutlich werden, ob die räumliche Streuung von DZ-Lesern mit den bekannten liberalen Gravitationszentren korrelierte oder Abweichungen dazu aufwies. Da es sich bei den Lesern um die breitere liberale Anhängerschaft handelt, erschien es sinnvoll, als Vergleich Indikatoren heranzuziehen, die vor allem die Basis des Liberalismus erfassen. Ein solch »härterer« und damit präziserer Indikator sind Wahlergebnisse, vor allem im Falle eines annähernd gleichen Wahlrechts. Solche Zahlen liegen nun aktualisiert für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vor und bieten sich als Vergleichsgrundlage an, da sie auch die regionale Verteilung der unterschiedlichen politischen Richtungen reflektieren.¹³

Heinrich Best und Wilhelm Weege haben in ihrem biographischen Handbuch aller Abgeordneten deren Fraktionszugehörigkeit vermerkt. Es schien sinnvoll, aus den Fraktionsergebnissen aller Wahlkreise die anteiligen Prozentsätze für jeden Staat hochzurechnen.¹⁴ Die so errechneten Werte stellen einen vergleichsweise präzisen Anhaltspunkt für den Grad der liberalen – sowie konservativen wie demokratischen – Anhängerschaft in den deutschen Staaten dar und erscheinen als vergleichender Parameter geeignet, um die räumliche Streuung von DZ-Lesern interpretieren und angemessen einordnen zu können.

¹² Für Österreich ließen sich vier, für das europäische Ausland und Nordamerika sieben Leser ermitteln. Angesichts der schriftlichen Hinweise auf eine sehr viel größerer Leserpräsenz geben diese Zahlen keine repräsentative Grundlage ab.

¹³ H. BEST/W. WEEGE, 1996. Vgl. zur Wahlberechtigung W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 85, der die trotz aller Einschränkungen doch vergleichsweise demokratische Grundlage der Wahlen betont. Mindestens 75 % aller männlichen Deutschen durften wählen.

¹⁴ Pro Wahlkreis wurde nur ein Abgeordneter und zwar der erste berücksichtigt. Als repräsentativ galt bei Fraktionswechseln ebenfalls die erste Fraktionszugehörigkeit. Auch wenn der Beitritt zur entsprechenden Fraktion erst später erfolgte, konnte an ihr die politische Tendenz des Kandidaten zum Wahltermin am ehesten abgelesen werden. Damit reflektiert sie auch den Wählerwillen am deutlichsten. Da sich die eigentlichen Fraktionen erst in der Paulskirche formierten, wurden Mitglieder von Casino, Landsberg und Augsburger Hof dem rechten Zentrum zugeordnet, Mitglieder von Württemberger Hof und Westendhall dem linken Zentrum, Mitglieder von Milani der Rechten und die Mitglieder von Deutschem Hof und Donnersberg der Linken.

Tabelle 8: DZ-Leser im Deutschen Bund ohne Österreich im Verhältnis zu den einzelstaatlichen Wahlergebnissen zur Nationalversammlung 1848¹

Staaten	Anzahl der DZ-Leser	Verteilungs- dichte in v. H.	Überregionales Einzugsgebiet in v. H.	Abgeordnete der Rechten in v. H.	Abgeordnete des rechten Zentrums in v. H.	Abgeordnete des linken Zentrums in v. H.	Abgeordnete der Linken in v. H.
Bayern	21	7,4		14	32	28	14
Baden	20	7,1		—	15	5	60
Württemberg, Hoh.	13	4,6		—	3	23	37
Hessen-Darmst.	11	3,9	<i>Süddeutschland</i>	—	17	25	58
Frankfurt	38	13,5	36,5	—	—	100	—
Thüringen	17	6,0		—	27	36	27
Kurhessen, Nass.	10	3,6	<i>Mittelddeutschland</i>	—	26	42	16
Königr. Sachsen	21	7,4	17,0	—	12	4	79
Hannover	26	9,2		4	62	15	8
Braunschweig	4	1,4		—	100	—	—
Oldenburg	12	4,3	<i>Norddeutschland</i>	—	60	20	20
Mecklenburg	—	—	20,3	—	37	25	12
Hanses Städte	10	3,6		40	40	—	—
Schleswig-Hol.	5	1,8		—	67	25	—
Preußen							
Rheinland	25	8,9		3	37	26	14
Westfalen	4	1,4		20	30	20	—
Prov. Sachsen	11	3,9		9	65	4	17
Brandenburg	—	—	<i>Preußen</i>	15	37	18	11
Berlin	8	2,8	26,2	—	—	—	—
Schlesien/Posen	16	5,7		10	38	12	13
Pommern	6	2,1		13	67	7	—
Westpreußen	2	0,7		8	62	—	8
Ostpreußen	2	0,7		5	74	—	—

1 Die Tabelle geht von einem Volumen von 282 Lesern aus. Fraktionslose Abgeordnete wurden nicht gesondert aufgeführt, sind aber rechnerisch überall berücksichtigt.

Zunächst wird im Überblick deutlich, daß die Zeitung ihren Anspruch, ein Organ für Gesamtdeutschland zu sein, auch an der Basis ihrer Leserschaft verwirklichen konnte. In den süddeutschen Verfassungsstaaten war ihre Integrationskraft am größten, wozu sicherlich die Nähe zum Erscheinungsort und das dichte soziale Netz beitrug, das Herausgeber und Korrespondenten hier nützen konnten. Die starke Leserpräsenz in den mitteldeutschen Fürstentümern und im Rheinland sowie die schwächere, aber überall erkennbare Breitenwirkung im Norden und Osten Preußens illustrieren erneut, daß der konstitutionelle Liberalismus zwar in Süddeutschland seine stärksten Wurzeln hatte, gleichwohl aber erfolgreich auch in die übrigen Teile Deutschlands ausstrahlte. Die Statistik, die ja nur Trends anzeigen kann, wird hier auch von einem Zeitungsrückblick nach einjährigem Bestehen bestätigt, der berichtet: »Mehr als die quantitative Verbreitung war ihre Vertheilung befriedigend: man hat sich in unserer nächsten Umgebung willig darein gefunden, kein Lokalblatt in ihr zu sehen; als ein gemeinsam vaterländisches Blatt hat es vielmehr eine fast gleichmäßige Ausbreitung in alle Theile des Vaterlands erfahren.«¹⁵ Länder mit überwiegend agrarischer Struktur und dünner Besiedelung wie beispielsweise Schleswig-Holstein oder Pommern ließen sich insgesamt, so schien es, weniger leicht für den nationalen Liberalismus der DZ mobilisieren als stärker besiedelte Staaten wie Schlesien oder das Rheinland, was erneut auf eine Affinität von städtischer Kultur und der Rezeption eines national orientierten Liberalismus hinweist. Damit kristallisierte sich heraus, daß trotz einiger Abstufungen die Raummuster der Leser eine weitgehende Ähnlichkeit zu denen der Mitarbeiter aufwiesen. Der Übergang von Führung zu Basis erscheint im national ausgerichteten Liberalismus daher in räumlicher Hinsicht weitgehend fließend zu verlaufen.

Vergleicht man die einzelnen Länder jetzt mit den Wahlergebnissen zur Paulskirche, so zeichnet sich zunächst eine frappante Diskrepanz zwischen Leserichte und Wahlerfolgen des rechten Zentrums ab, unter deren Anhänger DZ-Leser am ehesten vermutet werden müssen. Wo die Leserstatistik dichte liberale Streuungen anzeigt, war der konstitutionelle Liberalismus in den Wahlen am wenigsten erfolgreich; wo die Leser spärlicher gewesen zu sein scheinen, weisen die Wahlergebnisse auf Hochburgen des gemäßigten Liberalismus hin. Eine solche Diskrepanz verbietet kurzschlüssige Folgerungen, daß die Mobilisierung einer breiteren Anhängerschaft der DZ dort am besten gelang, wo auch die parlamentarische Repräsentanz des gemäßigten Liberalismus am erfolgreichsten war, und macht einzelstaatliche Analysen erforderlich.

In Bayern, Baden und Württemberg gelang es der Zeitung, ausgesprochen viele Leser zu gewinnen, der niedrigere Wert in Hessen-Darmstadt ist primär dem geringen territorialen Umfang des Großherzogtums zuzuschreiben. Daß die DZ in Süddeutschland erfolgreich war, belegen auch zahlreiche

¹⁵ DZ 1. 1. 1848.

Leserbriefe wie derjenige August von Lerchenfelds, welcher im Februar 1848 aus München berichtet: »Zu meiner Freude kann ich Sie versichern, daß hier die Theilnahme für die deutsche Zeitung unverkennbar im Steigen begriffen ist, und daß man sich allgemein für sie interessiert.«¹⁶ Auch die Annoncen in der DZ weisen auf eine umfangreiche süddeutsche Klientel hin: Mehr als drei Jahre lang preist die »Wasser-, Molken und Traubenkuranstalt Gleisweiler in Rheinbayern« ihre Kuren an, offeriert die rheinische Dampfschiffahrt gesellige Fahrten zwischen Mannheim, Mainz, Köln und Straßburg, werden Mobiliar- und Weinversteigerungen zwischen Pforzheim, Ludwigshafen und Koblenz angekündigt.

Genau in den süddeutschen Einzugsgebieten errangen die Kandidaten der Linken und des linken Zentrums die meisten Mandate, in Baden, Württemberg und Hessen-Darmstadt jeweils über 60 Prozent, obwohl gerade in Baden das Wahlrecht vergleichsweise streng gehandhabt wurde. In der Forschung herrscht Konsens, daß dem süddeutschen Honoratiorenliberalismus in den späten 40er Jahren vor allem auf Gemeindeebene die Basis wegbröckelte, und die Krisenjahre den unteren Mittelstand vor allem den Demokraten zugeführt hatten.¹⁷ In Württemberg beispielsweise, wo die Hungerjahre besonders einschneidend gewirkt hatten, konnten Kandidaten des rechten Zentrums nur einen von dreißig Wahlkreisen erobern. Die starke Diskrepanz von konstitutioneller Leserichte und konstitutionellen Wahlergebnissen scheint für Süddeutschland zunächst nur den Schluß zuzulassen, daß es der Deutschen Zeitung zwar in hohem Maße gelang, jene Bevölkerungskreise für ihr Programm zu gewinnen, die überwiegend Kandidaten des rechten Zentrums wählten, daß diese Gruppe aber prozentual nur einen kleinen Teil der wählenden Bevölkerung repräsentierte.¹⁸

Daß die Leserichte in Frankfurt den Spitzenwert von 13 Prozent erreicht, ist primär wohl der Ausstrahlung des Verlagsorts zuzuschreiben, dann aber auch der starken Präsenz konstitutioneller Abgeordneter, deren Wirkung in das städtische Bürgertum die Tagebücher Clothilde Koch-Gontards anschaulich bezeugen.¹⁹ Die Tatsache jedoch, daß jene Frankfurter Leser, die Spenden für Schleswig-Holstein im Auftrag der DZ entgegennahmen, alle namentlich bekannt sind und allein mit 18 Personen zu Buche schlagen, verzerrt das überlieferte Leserkontingent möglicherweise begün-

¹⁶ Lerchenfeldt an Gervinus am 15. 2. 1848, HH 3777. Vgl. für Hessen-Darmstadt den Kommentar eines Herrn Keller aus Gießen vom 30. 1. 1848: »Die Zahl der hierher gesandten Exemplare würde sich bald mehr als verdoppeln, wenn der Postzuschlag nicht so hoch wäre.«, HH 3777.

¹⁷ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 86. Für die demokratische Presse auch N. DEUCHERT, 1983, v. a. Kap. 7.

¹⁸ Zwar waren sicherlich auch Wähler des Württemberger Hofes oder der Westendhall unter den Zeitungslesern, daß solche Leser zahlreich waren, ist angesichts des dezidiert kleindeutschen und antirepublikanischen Zeitungskurses aber unwahrscheinlich.

¹⁹ Vgl. Clothilde Koch-Gontard an Karl Mittermaier am 19. 3. 1848: »Ich habe Ihrer in den letzten Wochen viel gedacht und das Lesen der Heidelberger Zeitung ist ein Art Leidenschaft bei mir geworden. Ich verdanke ihr viel Aufklärung und Belehrung.« In: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 56.

stigend. Solch üppige Quellen sind für andere Städte nicht vorhanden, weswegen der Frankfurter Wert nur eingeschränkt aussagekräftig erscheint.

In den mitteldeutschen Staaten ist die Verbreitung der Deutschen Zeitung ebenfalls erheblich. So rühmt der Weilburger Konrektor Friedrich Schulz »die bei uns vielgelesene Zeitung« mit den Worten: »In unserer schönen Stadt wird sie schon wie ein Evangelium gehalten.«²⁰ Die dichte Leserstreuung in den thüringischen Herzogtümern bekräftigt diese Aussage, wie wohl die Wahlergebnisse konstitutioneller Kandidaten hier nur mittelmäßig ausfielen. Im Königreich Sachsen hatte ein kraftvoller Politisierungsprozeß das oppositionelle Gleichgewicht von Gemäßigten und Radikalen bereits erschüttert und den »radikalen Liberalen« zu einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung verholfen.²¹ Doch gerade hier sind die Leserzahlen hoch: Gleich elf Leipziger bezeugen durch teilweise erhebliche Aktienspenden ihre Solidarität und weisen erneut auf die starke Resonanz des Blattes in städtischen Milieus hin. Neben dem Leipziger Kaufmann Felix Eugen, der mit 10 Aktien à 40 Gulden zur Sanierung des Blattes beiträgt, gehört auch der bekannte Demokrat Bernhard Eisenstück zu den sächsischen Lesern. Noch auffallender als in den süddeutschen Staaten ist hier der Gegensatz zwischen einer erheblichen Leserdichte und dem überwältigenden Erfolg der Demokraten, die trotz starker Wahlbeschränkungen dem späteren Deutschen Hof fast 80 Prozent aller Mandate einbringen. Das sächsische Beispiel läßt erneut nur die Vermutung zu, daß der national ausgerichtete Liberalismus der DZ zwar in hohem Maße in spezifischen städtischen Milieus Erfolg hatte, diese wiederum aber für die breite Masse der Wahlberechtigten wenig repräsentativ waren.

Wendet man den Blick nach Norddeutschland, so fällt gerade im Vergleich zur Korrespondentendichte die hohe Anzahl von Lesern in Hannover und Oldenburg auf, zumal liberale Gravitationszentren für diese Gebiete bisher nicht festgestellt wurden. Leserbriefe wie der des Advokats Dr. Schläger bestätigen die »große Theilnahme, welche Ihre Zeitung in unserem Lande bereits gefunden hat«²², wobei die Spendenliste diese Teilnahme wiederum als eine primär städtische ausweisen kann. Für den auffallend hohen Wert im Königreich Hannover ist vor allem eine auch finanziell ertragreiche Lesermobilisierung in Stade verantwortlich. Bürger aus Hildesheim, Hannover und dem Städtchen Leer ergänzen die Sanierungsspenden noch. In drei dieser Wahlbezirke waren spätere Casino-Abgeordnete erfolgreich, der Abgeordnete für Stade, ein Kanzleioprokurator Dr. Freudentheil, ist

²⁰ Friedrich Schulz an die DZ am 6. 8. 1847 und 18. 10. 1848, HH 2539. Vgl. das Schreiben des Gymnasiallehrers Gustav Haring vom 19. 3. 1848, der die positive Resonanz »Ihrer Zeitung, die hier sehr viel gelesen wird und große Autorität hat (auch bei dem Herzog)«, auch für Sachsen-Meinigen bestätigt, HH 2539.

²¹ R. MUHS, Zwischen Staatsreform und politischem Protest. Liberalismus in Sachsen zur Zeit des Hambacher Fests, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983, S. 237. Der Aufsatz konzentriert sich auf die 30er Jahre, vgl. dort auch die begrenzte Literatur zum sächsischen Liberalismus vor 1848.

²² Dr. Schläger an die DZ am 22. 7. 1847, HH 2539.

trotz seiner späteren Zugehörigkeit zum Deutschen Hof auch ein eifriger Leser der Deutschen Zeitung, wie zwei seiner Briefe bezeugen.²³ Das hohe Leseraufkommen im ländlich geprägten Großherzogtum Oldenburg, welches die hier üppige Quellenlage begünstigend verzerren mag, geht fast ausschließlich auf konstitutionell Gesinnte in der Stadt Oldenburg zurück. Auch der regierende Fürst unterstützte hier die Konsolidierung des Blattes mit dem beachtlichen Betrag von 240 Gulden. Das dünn besiedelte Mecklenburg kann statistisch keinen einzigen Leser ausweisen, was nicht nur an der schwierigen Quellenlage liegen dürfte. Dieser agrarische Raum war ebenso wie Schleswig-Holstein für die DZ ungünstig. Doch auch die Hansestädte stehen mit niedrigen Werten da.

Für den gesamten nord- und ostdeutschen Raum dreht sich das bisherige Verhältnis von Leserschaft und Wahlschwerpunkten jetzt annähernd um. Die Zahl national orientierter Liberaler, welche die Zeitung hier für ihr Programm gewinnen konnte, wird im Durchschnitt geringer, die Wahlerfolge, welche das rechte Zentrum hier erringt, sind jedoch sehr hoch, im Herzogtum Braunschweig gewinnen die Konstitutionellen sogar sämtliche Wahlkreise. Auch unter Berücksichtigung der geringen Einwohnerzahlen scheinen hier weitaus größere Bevölkerungsgruppen für den konstitutionellen Liberalismus aktivierbar gewesen zu sein; gleichwohl gelang es der Deutschen Zeitung nur in geringem Maße, dieses vorhandene Potential auszuschöpfen. Diese Tatsache, welche in absoluten Leserzahlen nicht sichtbar wird, und die erst der Vergleich mit den Wahlergebnissen an den Tag bringt, belegt einmal die vom Ursprungsort doch graduell abnehmende Wirkungskraft der DZ, deutet aber vor allem darauf hin, daß der politische Liberalismus, wie er zu den Wahlen angetreten war, über die Zentren eines national orientierten Bürgertums, in denen DZ-Leser primär vermutet werden müssen, hinauswies. Darauf gilt es noch zurückzukommen.

In Preußen zeigt sich ein wiederum anderes Bild. Hier führen das Rheinland und Schlesien die Rangfolge regionaler Mobilisierung unangefochten an. Auf die Bedeutung rheinischer Stadtkultur als Nährboden liberaler Opposition muß kaum mehr hingewiesen werden; daß die progressive Wirtschaftspolitik der DZ das hier unternehmerisch geprägte Bürgertum besonders ansprach, ist ebenfalls wahrscheinlich. Darüber hinaus machen Leserbriefe aber auch deutlich, daß die Deutsche Zeitung in der katholisch dominierten Presselandschaft des Rheinlands gerade auf Protestanten sehr attraktiv wirken konnte. So schreibt der evangelische Pfarrer C. F. Nöll aus Mülheim, er »kenne kein Blatt, in welchem ich lieber lesen möchte, ... als in der Deutschen Zeitung. Unsere Kölner Zeitung ist sehr reform(orientiert) ... allein sie ist schwer gebunden und beengt vermutlich auch durch den katholischen Rat, den sie noch immer fragen zu müssen glaubt.«²⁴

²³ Dr. Freudentheil an die DZ am 8. 7. 1847 und 27. 11. 1847, HH 2539.

²⁴ C. F. Nöll an die DZ am 7. 12. 1847, HH 2539. Vgl. zur rheinischen Verbreitung auch den Brief eines Dürener Oberlehrers Dr. Menn vom 13. 6. 1848: »So fordert doch das ... vorwiegende

Die auffallend hohe Leserdichte, die sich für Schlesien und Posen nachweisen ließ, ist mehrheitlich auf eine besonders aktive »Lesergemeinde« in Breslau zurückzuführen, die vor allem der rührige Leser Professor Richard Roepell im universitären Umfeld ins Leben gerufen hatte und über deren Gedeihen er Gervinus berichtete: »Auch kann ich nur versichern, daß der Plan (der Zeitung) in unseren Lebenskreisen allgemeinen Anklang gefunden hat, der Wunsch ganz allgemein ist, die Ausführung möge gelingen.«²⁵ Daß auch der bekannte demokratische Abgeordnete Heinrich Simon zu den Lesern der Deutschen Zeitung gehörte, zeigt einmal mehr, daß das Leserspektrum gelegentlich auch über das konstitutionell gesinnte Publikum hinausreichen konnte.

In Schlesien und Posen gingen fast 40 Prozent der Wahlkreise an konstitutionelle Abgeordnete; die Linke errang hier insgesamt nur 26 Prozent. Im Rheinland sah die Situation für die Konstitutionellen ähnlich aus, dagegen war die Linke hier ungleich erfolgreicher und kam ebenfalls auf 40 Prozent der Mandate. Daß bekannte liberale Schwerpunkte wie das Rheinland und Breslau mit hohen Leserszahlen aufwarten können, bestätigt die Akzeptanz der DZ als gesamtdeutsches Sprachrohr des gemäßigten Liberalismus auch bei der preußischen Opposition. Die Tatsache jedoch, daß in diesen Provinzen fast 40 Prozent aller Wahlberechtigten Kandidaten des rechten Zentrums wählten, weist erneut daraufhin, daß die Zeitung für sich genommen zwar durchaus erfolgreich war, daß sie aber von der – im Gegensatz zu Süddeutschland – umfangreichen politischen Zielgruppe, die ihr hier potentiell zur Verfügung stand, nur einen kleinen Teil für sich gewinnen konnte.

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man die übrigen preußischen Provinzen hinzunimmt. Alle Provinzen verzeichnen mittlere bis geringe Leserwerte und auch Berlin scheint kein besonders erfolgreiches Pflaster für die DZ gewesen zu sein. Nur die Provinz Sachsen weist eine höhere Leserquote auf. Die dünne Quellenlage mag jedoch vor allem für West- und Ostpreußen die Statistik zu negativ färben, zumal mehrere Leserbriefe den Absatz des Blattes im preußischen Osten positiv zeichnen. So bittet der Stettiner Oberlehrer Kleinsorge (vergeblich), »in der Beilage Ihres geschätzten und verbreiteten Blattes Aufnahme zu finden«²⁶, und der Landwirt Liedke aus Schweitz an der Weichsel dankt Gervinus als »ein eifriger Verehrer Ihrer Schriften und fleißiger Leser Ihrer Zeitung« für all das, was er mit seinem Blatt bewirke.²⁷

Gefühl fürs politische Gedeihen des gesamten Vaterlands, ja schon die Rücksicht auf die Verbreitung, welche Ihre Zeitung in unserer Provinz gefunden hat.« HH 3777.

²⁵ Roepell an Gervinus am 10. 4. 1847, in: R. ROEPPELL, 1950, S. 309. Vgl. den Kommentar des Herausgebers O. Dammann ebd., S. 307: »Als Breslauer Freunde des Unternehmens nannte (Wilda) den Oberbürgermeister Pinder, den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Gräff, Regierungsrat Bergius, den Kriminalisten Abegg, den Juristen Wasserschleben, sowie die Philologen Haase und Jacobi, von deren tätiger Mitwirkung freilich nicht allzuviel zu erwarten sei.«

²⁶ Kleinsorge an die DZ am 15. 7. 1848, HH 3777.

²⁷ Liedke an Gervinus am 18. 4. 1848, HH 2539. Aber auch v. Vincke, der im schlesischen Olbendorf ein Gut bewirtschaftete, tauschte sich rege mit dem preußischen General v. Below aus

Im Vergleich zu den übrigen deutschen Staaten verzeichnen die Kandidaten des gemäßigten Liberalismus hier ihre größten Erfolge. In Ost- und Westpreußen sowie in Pommern und in der Provinz Sachsen gewinnen sie überall mindestens zwei Drittel aller Wahlbezirke. Die Linke blieb hier weit abgeschlagen zurück, nur in der Provinz Sachsen konnten die Demokraten noch 4 von 23 Mandaten erringen, das sind rund 17 Prozent. Dabei waren die Wahlen in Preußen kaum Einschränkungen unterworfen, das Ergebnis begünstigte die Gruppen des rechten Zentrums demnach nicht, sondern reflektierte verhältnismäßig deutlich die tatsächliche Wählerstimmung. Damit läßt sich in diesen agrarisch geprägten und noch stark junkerlich dominierten Ländern des preußischen Nordostens eine vergleichsweise große Klientel beobachten, welche für den gemäßigten Liberalismus zu begeistern war. Auch wenn die große Entfernung nach Heidelberg und der preußische Postaufschlag sicherlich erschwerend wirkte, so bleibt die frappante Diskrepanz zwischen Leserichte und konstitutionellen Wahlschwerpunkten hier zu nächst erstaunlich.

Dieser ambivalente Eindruck verdichtet sich bei der Gesamtschau der preußischen Provinzen noch: Der gemäßigte Liberalismus, wie er sich in den Wahlen zur Nationalversammlung zur Disposition stellte, wies in Umfang und Breitenwirkung weit über die Zentren eines national orientierten Konstitutionalismus, wie ihn die DZ vertrat, hinaus. Das durchgängig sichtbare Stadt-Land-Gefälle ist ein erster Hinweis, daß die liberalen Leser aus städtischen Milieus anders orientiert waren als die liberale Wählerschaft auf dem Lande. Stärker aber noch drängt sich der Eindruck auf, daß die spezifisch national ausgerichteten Teile des deutschen Liberalismus, welche die DZ ansprach, für die Masse der liberalen Wähler keineswegs repräsentativ waren.

Für Österreich ließen sich Leser statistisch nur in einem Umfang ermitteln, der keine aussagekräftige Grundlage abgab. Die Quellenlage wird dadurch erschwert, daß die DZ in Österreich offiziell verboten war, demnach auch ihre Lektüre kaum zum öffentlichen Kommentar einlud. Einige Briefe, die belegen, daß das Blatt in Wiener Kaffeehäusern auslag, sind jedoch erhalten; so moniert der Abonnent Dr. Philipp Weis aus Wien den unregelmäßigen Bezug des Blattes, wogegen das »Stierböcklinsche Caféehause ... in dessen Haus ich wohne ... Ihre Zeitung regelmäßig erhält.«²⁸ Ein junger Graf Coudenhove, Student aus Wien, bemüht sich, Gervinus von der Präsenz österreichischer Liberaler zu überzeugen, indem er schreibt, »Gelänge es mir, in diesem entscheidenden Augenblicke Ihre Aufmerksamkeit auf Deutschlands südöstlichen Theil zu ziehen, welchen Sie ... leider mit zu gleichgültigen Augen betrachten! – doch wenn Ihnen diese Zeilen nur zeigen würden, in wie weiten Kreisen Ihr Geist belehrend und belebend ge-

über die »jetzt sehr verbreitete und viel gelesene Zeitung, deren Verbot in Preußen ich sehr bedauern würde«, so am 10. 2. 1848, in: v. VINCKE, 1902, S. 102.

²⁸ Dr. Philipp Weis an die DZ im September 1848, HH 3777.

wirkt hat – und daß es im verkannten Österreich viele gute Deutsche gibt.«²⁹

Daß die DZ einen nicht unerheblichen Teil des liberalen Spektrums in Österreich erfaßt zu haben schien, deutet neben den wenigen erhaltenen Leserbriefen vor allem der Zeitungsrückblick vom 1. Januar 1848 an, dessen Fazit lautet: »Als ein gemeinsam vaterländisches Blatt hat es vielmehr eine fast gleichmäßige Ausbreitung erfahren, und, was uns mehr als Alles freut, es hat sich schnell den Weg unter die abgeschnittenen Deutschen selbst in Rußland und in der österreichischen Monarchie gefunden.«³⁰

Daß die Zeitung in der Schweiz viel gelesen wurde, ist einmal wohl der kontinuierlichen und breiten Raum einnehmenden Verteidigung der liberalen »Tagsatzung« im Schweizer Bürgerkrieg zuzuschreiben, zum anderen sicherlich den vielen dort lebenden politischen Emigranten. Briefe wie der Dr. Ludwig Snells aus Bern – »Die Deutsche Zeitung hat in der Schweiz viel Teilnahme gefunden«³¹ – wie auch die Korrespondenz Mathys belegen, daß sich ein erheblicher Teil der Abonnenten aus der Schweiz rekrutiert haben muß.³²

Ein weiterer Schwerpunkt des Absatzes hat wohl in London gelegen. Darauf weisen neben der Korrespondenz Bassermanns, der häufig Versendungen nach London erwähnt³³, wiederum mehrere Leserbriefe hin wie der des preußischen Diplomaten Prinz Löwenstein, der an Gervinus berichtet, »die unter der Leitung Ihrer Hochwohlgeborenen stehende deutsche Zeitung lesen wir hier in London mit dem größten Interesse.«³⁴

Überblickt man die Raummuster, welche die DZ-Leser in der Landschaft des deutschen Vormärz hinterlassen, so legen ihre unterschiedlichen Konturen gerade im Vergleich zum Wahlverhalten ein neues Verständnis liberaler Breitenwirkung nahe.

Zunächst konnte die Zeitung ihren Anspruch, ein Organ für Gesamtdeutschland zu sein, an der Basis ihrer Leser durchweg einlösen. In den Jahren 1847 bis 1850 spannte sie ein nationales Kommunikationsnetz über alle Staatsgrenzen, das seine Teilnehmer durchweg als nationsbildenden Dialog empfanden. Zwar nahm die Leserdichte mit zunehmender Distanz zum Ursprungsort ab, gleichwohl ließen sich auch im Norden und Osten

²⁹ Franz Graf Coudenhove an Gervinus am 12. 5. 1848, HH 2539.

³⁰ DZ I. I. 1848.

³¹ Dr. Snell an Mathy am 30. 12. 1847, in: L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, S. 79. Vgl. auch den Brief eines Herrn Bolley an Mathy am 25. 1. 1848: »Die ›Deutsche Zeitung‹ hat große Verdienste um die hiesigen Sachen, und wenn die Schweiz gewiß zu Ehren gebracht ist in Deutschland, so gebührt dieser Zeitung der Ruhm, daß sie die Schweiz in den Salons der öffentlichen Meinung eingeführt und sie mit guter Einleitung dort präsentiert hat.« Ebd., S. 88. Vgl. auch Bassermann an Gervinus am 20. 12. 1847: »Aus Luzern schreibt man mir, von Neujahr an werde die DZ in größerer Anzahl gehalten. Möge das auch von anderen Orten gelten!«, HH 2523.

³² L. MATHY (Hrsg.), Nachlaß, 1898, v. a. S. 52–99.

³³ Korrespondenz Gervinus mit Bassermann, HH 2523.

³⁴ Löwenstein an Gervinus am 8. 5. 1848, HH 2539. Ähnlich auch das Schreiben eines Heinrich Schirges aus London an Gervinus vom 24. 11. 1847 ebd.

Deutschlands sowie in Österreich Leser für das nationale Programm gewinnen. Die Verbreitung im europäischen Ausland, in der Schweiz, in London, Neapel, Paris und Athen bezeugen zudem dessen positive Resonanz gerade bei Auslandsdeutschen.

Weitgehend unabhängig zeigte sich die regionale Mobilisierung von der territorialen Konfessionsverteilung. In katholisch geprägten Gegenden wie Bayern, Baden und dem Rheinland finden sich mit die höchsten Leserszahlen, dasselbe gilt aber auch für evangelisch dominierte Regionen wie Thüringen, Schlesien, Sachsen oder Hannover. Ob konfessionelle Vorentscheidungen einwirken, läßt sich demnach nicht an territorialen Gegebenheiten ablesen, sondern nur anhand einzelner Personen überprüfen. Dagegen kristallisierte sich in der Mehrzahl der Staaten ein Stadt-Land-Gefälle heraus, das städtische, oft auch kleinstädtische Milieus als bevorzugte Zentren konstitutioneller Leser kennzeichnete.

Die Korrelation mit den Wahlergebnissen zur Nationalversammlung differenziert diesen Eindruck in zweierlei Hinsicht: In Süddeutschland gelang es der Zeitung zwar in hohem Maße, die Anhänger des konstitutionellen Liberalismus für sich zu gewinnen; diese stellten hier aber nur einen geringen Teil der gesamten Wählerschaft dar. Diese Beobachtung wird auch von der neueren Forschung gestützt, die stärker als früher auf die zunehmende Schwäche des gemäßigten Liberalismus in den süddeutschen Verfassungsstaaten abhebt und darin auch die »Chance der Demokraten« begründet sieht.³⁵ Der Wahlvergleich im Norden und Osten Deutschlands erbrachte dagegen das Resultat, daß sich hier zwar ein ungleich größeres soziales Terrain für den gemäßigten Liberalismus eröffnete, daß es der Deutschen Zeitung aber nur in Ansätzen gelang, dieses Terrain zu besetzen. Der politische Liberalismus, wie er zu den Wahlen angetreten war, wies zahlenmäßig weit über jene Sozialkreise hinaus, in denen DZ-Leser vermutet werden können.

Hier setzt nun die Frage der Deutung ein, welche durch Überlegungen Wolfgang Kaschubas zusätzlich stimuliert wurde.³⁶ Zunächst deutet der Forschungsbefund auf ein Spannungsverhältnis des Liberalismus, wie er in der regionalen Lebenswelt verankert war und dort auch als Lokalpatriotismus auftrat sowie seiner Ausformung als Träger nationaler Ziele. Dabei läßt vor allem das eklatante Gefälle zwischen konstitutionellen Wahlerfolgen und konstitutionellen Lesern für die Breitenwirkung der Deutschen Zeitung zunächst nur den Schluß zu, daß dem national orientierten Liberalismus des ausgehenden Vormärz nicht mehr gelang, was frühere Organisationen wie Preßverein oder Philhellenismus erreicht hatten, nämlich den Liberalismus zu einer Bewegung aller sozialen Schichten zu machen.

Nun gilt es wohl erst einmal sich vom Gedanken freizumachen, der Nationalismus sei konstant als Massenbewegung in Erscheinung getreten. Dann erst läßt sich darüber nachdenken, ob das partikulare Profil des deut-

³⁵ W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 86.

³⁶ Vgl. W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988.

schen Frühliberalismus nicht »viel eher die genuine Ausdrucksform der bürgerlichen Bewegung« gewesen ist als die vermeintlich so starke nationale Orientierung.³⁷ Sicherlich gab die Nation den weitgesteckten Legitimationsrahmen für die liberalen Lebenswelten in den Einzelstaaten ab, aber die liberale Bewegung dachte vielleicht weitaus regionalistischer als oft vermutet wird. Gerade die Korrelation von Raummuster und Wahlergebnissen ließe sich dann als Beleg einer Diskrepanz lesen zwischen den Wenigen, die den Nationsbau als direkte Herausforderung auffaßten, und den Vielen, die ihn mehr als Vision durch die »regionale Brille« wahrnahmen.³⁸ Daß auch die sozialen Horizonte beider Gruppen unterschiedlich verliefen, liegt nahe. Zu überprüfen, wie das Sozialgefüge der DZ-Leserschaft im einzelnen aussah, kann entscheidend dazu beitragen, den Gehalt dieser Annahme zu überprüfen.

b) Bürger von Beruf, Besitz und Bildung

Die Deutsche Zeitung verstand sich als Organ für Gesamtdeutschland, wollte aber auch in sozialer Hinsicht übergreifend erfolgreich sein. Obschon sie den »Gedanken des einfachen Staatsbürgertums, in dem die früher geschiedenen Stände gleichberechtigt aufgehen« bereits im Licht der herausziehenden Industrialisierung interpretierte³⁹, stand sie weitgehend noch in jener Traditionslinie politischer Emanzipation, deren Orientierungsrahmen die *klassenlose Bürgergesellschaft* abgab. Inwieweit dieser Anspruch in der historischen Realität eingelöst wurde, läßt sich an der sozialen Zusammensetzung der Leser als Adressaten dieses Programms ablesen. Daß der konstitutionelle Liberalismus, wie ihn die DZ vertrat, seine Wurzeln wesentlich in bürgerlichen Milieus hatte, wissen wir; weitgehend offen ist hingegen immer noch die Frage, um was für Bürger es sich dabei handelte.

Mit den Lesern der Deutschen Zeitung liegt geeignetes Quellenmaterial in einem Umfang vor, der es erlaubt, die offene Frage der liberalen Verankerung gerade unterhalb der schmalen Führungsschicht sozialgeschichtlich aufzuschlüsseln und damit auch der Kontinuität liberaler Milieus nachzugehen, wie sie für die 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts bekannt sind. Klarer kann so auch werden, inwieweit Führung und Basis sozial differierten.⁴⁰ Zu berücksichtigen gilt, daß es sich bei der Leserschaft der DZ um die Ebene des national ausgerichteten Liberalismus handelt, wogegen bisher primär Kommunikationsebenen untersucht wurden, deren Aus-

³⁷ W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1985, S. 84. Den föderativen Grundzug der deutschen Gesellschaft betont auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Region*, in: L. GALL/DERS., (Hrsg.), *Liberalismus und Region*, 1995, S. 4f. Vgl. auch die Beiträge dieses Bandes sowie des HZ-Beihefts: L. GALL (Hrsg.), *Stadt*, 1993.

³⁸ W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 96.

³⁹ Programm der DZ, 1847, S. 186.

⁴⁰ Vgl. Anm. 4.

strahlung zwar überregional war, die aber kaum einen nationalen Anspruch stellten.

Für die Analyse der sozialen Schichtung wurden die Berufsangaben der Leser ausgewertet. Daraus ließ sich meist auch der Akademikeranteil unter den Lesern bestimmen. Ein Großteil der Leser unterzeichnete Briefe an die Redaktion mit Name und Beruf, und auch in den Spendenlisten fanden sich überwiegend berufliche Selbstbezeichnungen. Bei den restlichen Lesern ohne Berufsangabe kann davon ausgegangen werden, daß sie mehrheitlich Berufe ausübten, mit deren Nennung wenig Prestige zu gewinnen war und die demnach das soziale Spektrum der Gesamtlieserschaft nach unten erweitern. Was den Wert der Spendenlisten noch erhöht, ist die Angabe der Spendenhöhe, die auch ein Hinweis auf die sozioökonomische Stellung des Spenders ist. Immanente Indikatoren wie Preis, Stil und vor allem Anzeigen konnten begleitende Informationen zur sozialen Zusammensetzung des Lesepublikums liefern.

Aus den beschriebenen vier Quellengruppen ließen sich 237 Leser mit vollständiger Berufsangabe rekonstruieren. Sie wurden zunächst nach Erwerbsbereichen differenziert. Aus der Namensnennung ließ sich auch das Verhältnis von Adel zu Bürgertum ermitteln, darüber hinaus wurde versucht, die konfessionelle Zugehörigkeit der einzelnen Leser zu erschließen, um das konfessionelle Profil des nationalen Liberalismus klarer konturieren zu können. Dies gelang aufgrund der spezifischen Quellenlage in 37 Prozent der Fälle und ist damit nur eingeschränkt als Trendindikator gültig.

Tabelle 9: Zusammensetzung der DZ-Leser nach Erwerbsbereichen⁴¹

Erwerbsbereich	Anzahl der Leser	Anteil am Gesamtvolumen in v. H.
Verwaltung und Justiz	63	21,5
Bildung und freie Intelligenz	105	35,8
Kaufmännischer Sektor	35	12,0
Handwerk	6	2,0
Agrarsektor	25	8,5
Hausfrauen	3	1,0

Deutlich wird zunächst, daß Leser der Deutschen Zeitung aus allen beruflichen Bereichen kamen. Dabei dominieren, ähnlich wie bei den Mitarbeitern, Beamte, Bildungsberufe und freie Intelligenz; ungleich höher als dort schlagen jedoch die Angehörigen kaufmännischer und landwirtschaftlicher Berufe zu Buche. In welchen Erwerbsbereichen herrschten welche Berufe vor? Bei der Beantwortung dieser Frage ließen die beiden dominanten Bereiche eine Differenzierung nach Berufen sinnvoll erscheinen.

⁴¹ Für 81 Prozent, das sind 237 von den insgesamt 293 bekannten Lesern, konnte die berufliche Tätigkeit festgestellt werden. Der prozentuale Anteil bezieht sich hier, wie auch in den Tabellen 10 und 11, auf die vollständige Leserzahl. Auslandsdeutsche unter den Abonnenten sind hier mit berücksichtigt.

Der kaufmännische Sektor stellt mit 12 Prozent viermal so viel Leser wie Mitarbeiter. Betrachtet man seine Vertreter im einzelnen, so überwiegen hier einmal selbständige Unternehmer und Bankiers, also Berufe, die die Oberschicht dieser Gruppe ausmachen, zum anderen Kaufleute, die sich als solche auch bezeichnen und primär bürgerlichen Mittelschichten, gelegentlich auch dem Kleinbürgertum zuzurechnen sind. Diese vielen Kaufleute, Kleinunternehmer oder Buchhändler zeichnen sich vor allem durch ihre Spendenfreudigkeit aus, deren Beitragsniveau, abgesehen von dem der regierenden Fürsten, das höchste aller Berufsgruppen ist. Aus Bremen und Leipzig spenden zwei Kaufleute gleich je 10 Gulden, ein Betrag, der den Kosten eines Jahresabonnements entsprach. Bemerkenswert erscheint vor allem das Selbstverständnis dieser mittleren Kaufleute als fester Bestandteil des gebildeten Bürgertums, welches ein Brief des Kaufmanns S. C. Calm aus Sachsen-Anhalt an das »geschätzte Blatt« illustriert: »Mit mir denken und fühlen gleich, der Gebildeten noch Manche hier, die Ihre stete Mahnung beherzigt wissen wollen.«⁴²

Daß sich neben Kaufleuten vor allem Großunternehmer vom wirtschaftspolitischen Kurs der DZ mit seinem Plädoyer für Schutzzölle und Industrialisierung ansprechen ließen, erscheint plausibel. Daß in dieser Gruppe die großen Namen des rheinischen Wirtschaftsbürgertums dominieren, war vor allem David Hansemanns rühriger Werbung zuzuschreiben. Spenden gehen von dieser Gruppe allerdings keine ein. Auf das zeitgenössische Bedürfnis, gerade industrielle Belange in einer großen Tageszeitung angemessen thematisiert zu sehen, dem die DZ durchaus nachkam, weist auch ein Frankfurter Leser hin, der den Wunsch äußert, »es könnte ... die gewerbliche und national-ökonomische Parthei der Redaktion honoris causa übertragen werden«, und zugleich darauf hinweist, »allein die ... abonnierten Leser gehören größtentheils dem Gewerbestand an und es wäre wahrlich Zeit, daß man auf die Interessen der Industrie mehr gedachte.«⁴³

Waren im kaufmännischen Bereich bürgerliche Mittel- und Oberschichten gleichmäßig vertreten, so bietet der agrarische Sektor ein anderes Bild. Mit einem fast dreimal so hohen Anteil landwirtschaftlich Tätiger unterscheidet sich das Sozialprofil liberaler Leser zunächst ganz beträchtlich von dem der Mitarbeiter. Angesichts des Stadt-Land-Gefälles, das die geographische Verteilung erkennen ließ, erscheint ein Wert von 8,5 Prozent sehr hoch. Erklärlich wird er dadurch, daß die insgesamt zwar dünn vertretenen ländlichen Regionen jedoch fast ausschließlich durch landwirtschaftliche Berufe vertreten sind. Hier dominieren Personen, die fast durchgängig dem oberen Rand dieses Sektors entstammten. Primär adlige Gutsbesitzer aus Bayern und Preußen stellen die meisten Leser, wobei die Größe des Landesbesitzes variiert. Da diesem Erwerbsebereich auch fürstliche Häuser zugeordnet wurden, finden sich neben Latifundienbesitzern wie den Herzögen

⁴² Vgl. C. Calm an Gervinus am 12. 9. 1847, HH 2539.

⁴³ Bodemer (o. Berufsangabe) an die DZ am 7. 4. 1848, HH 2539.

von Oldenburg oder Nassau auch Bewirtschafter kleiner »Klitschen« in entlegenen preußischen Winkeln, die sich aufgrund ihres ererbten Adels, nicht aber aufgrund hoher Erträge der agrarischen Oberschicht zurechneten.

Daß aber auch Angehörige der hier nur marginal vertretenen mittleren, manchmal kleinbäuerlichen Schichten sich als vollwertige Adressaten des konstitutionellen Programms verstanden, illustriert ein Schreiben des Landwirts Liedke aus dem Ort Schewno nahe dem westpreußischen Schweitz, der sich als »fleißiger Leser Ihrer Zeitung« vorstellt und Gervinus »im Namen sehr vieler Gleichgesinnter den wärmsten Dank für Ihre Beteiligung bei der Deutschen Zeitung im fernen Osten« ausspricht.⁴⁴ Es ist anzunehmen, daß sich diese vielen Gleichgesinnten auch sozial im Umkreis dieses bürgerlichen Landwirts befanden, weshalb die von den Quellen nahegelegte Dominanz der zumeist besser bekannten adligen Gutsbesitzer nicht zu hoch veranschlagt werden sollte. Insgesamt ergibt die berufsspezifische Differenzierung des Agrarsektors aber doch ein deutliches Übergewicht zumeist adliger Gutsbesitzer, weshalb das obere berufliche Segment dieses Sektors repräsentativ für die soziale Verwurzelung dieser Leser erscheint.

Angehörige des Handwerks nehmen mit zwei Prozent den Tiefstwert der gesamten Skala ein. Bei den wenigen Handwerkern, die sich mit der DZ solidarisierten, handelt es sich zur Hälfte um Meister, wie einen Weißbindermeister, einen Schreinermeister und den Hannoveraner Hofbäcker C. Lange, zur Hälfte um Gesellen, wie einen Tapezierer, einen Buchdrucker und einen Baumwollspinner. Angehörige dieser Gewerbe lassen sich weitgehend dem Kleinbürgertum zuordnen, handelt es sich um Zunftmeister, tendenziell auch den bürgerlichen Mittelschichten. Zunächst fällt auf, daß das Sozialprofil der Leser mit dem der Mitarbeiter hier weitgehend übereinstimmt. Für die verschwindend geringe Partizipation von Handwerkern am aktiven Kern wie auch der passiven Anhängerschaft dieses Liberalismus war einmal sicherlich die progressive Gewerbepolitik der DZ verantwortlich, deren Plädoyer für beschränkte Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Aufhebung der Zunftschranken dem Denken vieler, oft traditionell orientierter Meister nicht entsprach. Wirklich ausschlaggebend kann das aber nicht gewesen sein, denn die Forschung hat ja für den Vormärz immer wieder belegen können, daß Handwerk und Gewerbe mit zu den wesentlichsten Trägern liberalen Engagements gehörten.

Viel abgrenzender scheint demnach die spezifische Ausrichtung dieses Liberalismus gewirkt zu haben, dem die Nation nicht mehr unverbindliche Sympathieerklärung, sondern bereits zentrale Zielvorgabe war. Es mag die Kombination von progressiver Gewerbepolitik und nationaler Orientierung gewesen sein, die in Handwerks- und Gewerbekreisen kein Echo fand. Die hier sichtbare »Spannung zwischen historischer Realität und der Utopie einer »klassenlosen Bürgergesellschaft«⁴⁵, welcher auch die DZ noch an-

⁴⁴ Brief Liedkes vom 18. 4. 1848, HH 2539.

⁴⁵ H.-G. HAUPT/G. LINGER, 1988, S. 306. Vgl. auch H. SEDATIS, 1979, S. 118.

hing, die sie unter Bejahung industriellen Wachstums jedoch bereits modern interpretierte, ist damit auch Ausdruck des Phänomens, daß zwar der Liberalismus noch weitgehend mittelständisch dachte, das Handwerk aber nicht mehr zum Mittelstand gehörte. Konsensfähig war dieser Liberalismus für Handwerker kaum mehr.

Ebenso unterrepräsentiert ist die Gruppe der Hausfrauen. Von den weiblichen Lesern spendeten zwei für die DZ, ein Fräulein Lotte Koch aus Rotenburg unter eigenem Namen, wogegen Clothilde Koch-Gontard ihren Mann, den Frankfurter Kaufmann Robert Koch, namentlich zeichnen ließ. Daß dies Engagement jedoch ausschließlich ihr zuzuschreiben ist, die die DZ jahrelang »mit Leidenschaft« las, geht aus ihrer Korrespondenz eindeutig hervor.⁴⁶ Daß sich nur drei Frauen unter den Lesern auffinden ließen, bestätigt die Kontinuität ihrer völligen Unterrepräsentation im politischen Liberalismus, wie sie bereits im Preßverein als auch bei den Philhellenen zutage getreten war, bis in den ausgehenden Vormärz hinein.⁴⁷

Ein ganz erheblicher Teil der Leser rekrutierte sich aus Verwaltung und Justiz, worunter auch Angehörige der Armee gerechnet wurden. Der Umfang dieses Sektors macht eine binnenspezifische Unterteilung nach Berufen erforderlich.

Tabelle 10: Berufliche Zusammensetzung der DZ-Leser im Erwerbsbereich Verwaltung und Justiz

Berufe	Anzahl der Leser	Anteil am Gesamtvolumen in v.H.
Richter/Staatsanwälte/ Höhere Verw. beamtete	21	7,2
Mittlere Verw. beamtete/ Bürgermeister	29	9,9
Diplomaten Offiziere/ Angehörige der Armee	2 11	0,7 3,7

Justiz- und Verwaltungsbeamte machen mit rund 17 Prozent den Löwenanteil aller Berufsgruppen aus und wiederholen damit für die Leserschaft, was bereits das Mitarbeiternetz kennzeichnete. Dabei herrscht ein leichtes Übergewicht der mittleren Beamten, wie die Beispiele eines Hechinger Oberamtsassessors, eines Hamburger Oberpostsekretärs oder auch des Bürgermeisters des sächsischen Städtchens Dippoldiswalde zeigen, die sich sozial der bürgerlichen Mittelschicht zuordnen lassen. Zahlreiche hohe Beamte unterschiedlicher Provenienz finden sich ebenso unter den Lesern wie der Darmstädter Oberforstrat Freiherr v. Wedekind, der Kammerpräsident am Landgericht Koblenz, A. von Marées, oder auch der langjährige Kanzler der

⁴⁶ C. Koch-Gontard an Karl Mittermaier am 19./22.3.1848, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 56.

⁴⁷ Vgl. Ch. HAUSER, 1990, S. 154f.; C. FOERSTER, 1982, S. 157f.; Vgl. dagegen den weiblichen Durchbruch im religiösen Bereich bei S. PALETSCHEK, 1990.

Weimarer Justiz, Friedrich v. Müller, der nach Ausbruch der Revolution an Gervinus schrieb: »Zugleich ist diese Gelegenheit mir sehr erwünscht, Ihnen meinen freudigen Dank für die vortrefflichen, einleitenden Artikel auszudrücken, durch welche Sie auch noch in neuester Zeit Ihr in jetziger Zeit doppelt wichtiges und erfolgreiches Blatt geschmückt haben.«⁴⁸ Beide Gruppen zeichnen sich durch besonders rege schriftliche Anteilnahme und Kritik an der Berichterstattung aus. So moniert der Hamburger Postsekretär Gammius im Januar 1848, »daß die Deutsche Zeitung, welche doch sonst alle möglichen Gegenstände bespricht, den Verhandlungen des Postcongresses so wenig Aufmerksamkeit schenkt«, zumal es um Gebührenerhöhungen ginge, »und zum Beispiel Ihre Zeitung künftig in ganz Deutschland nun 15 Gulden kosten soll.«⁴⁹ Nur einige Wochen später publiziert die DZ zwei längere Leitartikel zum vermißten Thema.

Unter den Spendern halten sich mittlere und höhere Beamte in etwa die Waage, der Betrag fällt bei letzteren allerdings etwas höher aus. Der Paderborner Gerichtspräsident Carl Ebmeyer beispielsweise unterstützt die DZ gleich mit 200 Gulden. Berücksichtigt man noch die überwiegend mittleren Ränge unter den Armeeingehörigen, so vermittelt die Gesamtschau dieses Sektors den Eindruck, daß in der höheren Beamtenschaft eher das untere Segment, bei den mittleren Beamten deren oberes Segment zahlenmäßig am stärksten vertreten war. Angesichts dieser Verteilung scheinen Angehörige der oberen Mittelschicht daher die meisten DZ-Leser gestellt zu haben.

Die Tatsache, daß die DZ keinerlei revolutionären Anstrich hatte, mag ihre hohe Akzeptanz in der Bürokratie des deutschen Vormärz verstärkt haben, die auch durch zahlreiche amtliche Bekanntmachungen belegt ist, welche badische Kreisämter in die Spalten des Blattes einrücken ließen. Damit bestätigt sich auch für die breitere Anhängerschaft des nationalen Liberalismus, was bereits das Sozialprofil seiner aktiven Gefolgsleute kennzeichnete: Ein reformerischer Liberalismus, dessen Träger Beamte sind, konstituierte auch unterhalb der schmalen Führungsebene einen wesentlichen Teil der liberalen Bewegung. Deshalb erscheint es sinnvoll, wie eine Arbeit über die preußische Richterschaft jüngst betont hat, bürokratische Reformansätze nicht mehr isoliert von der liberalen Verfassungsbewegung einzuordnen, sondern die staatsdienliche Teilhabe als kontinuierlichen Bestandteil dieser Bewegung zu begreifen.⁵⁰

Der Erwerbzbereich, aus dem sich mit Abstand die meisten Leser der DZ, nämlich rund 36 Prozent, rekrutieren, setzt sich aus Bildungsberufen und freier Intelligenz zusammen. Um die spezifischen Trägerschaften liberalen Engagements aus der Bandbreite bürgerlicher Schichten klarer herausarbeiten zu können, hilft es auch hier weiter, den Bereich nach einzelnen Berufen zu differenzieren.

⁴⁸ v. Müller an Gervinus am 21. 4. 1848, HH 2539.

⁴⁹ Gammius an die DZ am 15. 1. 1848, HH 2539.

⁵⁰ Vgl. Ch. v. HODENBERG, 1996, v. a. S. 324–336.

Tabelle 11: Berufliche Zusammensetzung der DZ-Leser im Erwerbsbereich Bildung und freie Intelligenz

Berufe	Anzahl der Leser	Anteil am Gesamtvolumen in v.H.
Universitäts- und Gymnasialprofessoren	30	10,2
Lehrer	9	3,1
Pfarrer	5	1,7
Advokaten/Notare	22	7,5
Ärzte	16	5,5
Schriftsteller/Journalisten	15	5,1
Studenten	3	1,0
Akad. ohne Berufsang.	5	1,7

Mit 10,2 Prozent stellten Professoren die meisten Leser innerhalb der Bildungsberufe. Zwar wurden auch Gymnasiallehrer wie der spätere Paulskirchenabgeordnete Christian Wurm aus Hamburg oder C. Steinhart, ein Professor an der Landesschule Pforta, hier mitberücksichtigt, sie stellten aber nur einen marginalen Teil dieser Berufsgruppe. Dominierend sind vielmehr Universitätsprofessoren aus ganz Deutschland, denen Art der Reflexion und politische Tendenz der DZ besonders zusagten. Sicherlich greift hier in hohem Maße auch der von der Presseforschung beobachtete fließende Übergang zwischen Kommunikator und Rezipient, denn auch unter den Mitarbeitern waren Hochschullehrer ähnlich stark vertreten. Plausibler noch läßt sich der hohe Professorenanteil mit dem weitverzweigten akademischen Kommunikationsnetz erklären, das die Zeitungsherausgeber seit Jahren pflegten und das bereits in den Germanistentagen einen Ausdruck gefunden hatte. Juristen, Historiker, Germanisten und Mediziner sind etwa gleichstark vertreten. Das bestätigen auch die zahlreichen Annoncen, die wissenschaftliche Werke diverser Couleur anzeigen, wie beispielsweise eine »Terminologie der beschreibenden Botanik« oder auch »Blätter für Fortschritt in der Civilrechtspflege«. Daß häufig für medizinische Fachliteratur geworben wurde, wobei »die Heilung der Knochenbrüche« noch am allgemeinsten war, weist neben medizinischen Ordinarien ebenso auf Ärzte unter den DZ-Lesern hin. Die Spendenfreudigkeit des akademischen Lehrkörpers war durchweg gering und wird von jener der Beamten, Anwälte und Kaufleute weit in den Schatten gestellt. Soziologisch läßt sich die Professorengruppe der bürgerlichen Oberschicht zuordnen.

Gerade diese Berufsgruppe war als Multiplikator besonders geeignet, und nicht zuletzt war manch bekannter Professor der Zeitung auch praktisch von Nutzen. So hatte die Mitarbeit von Droysen und Beseler die Akquisition von Schleswig-Holstein-Spenden sicherlich erleichtert, und auch Dahlmann hatte bei Engpässen seinen Einfluß bei der preußischen Regierung zugunsten der DZ geltend gemacht: »Ich habe es bei der Gesandtschaft (be-

antragt), daß der unbillige Preis der deutschen Zeitung in Preußen herabgesetzt wird.«⁵¹

Zahlenmäßig klein fällt die Gruppe der Lehrer aus, zeichnet sich aber durch sehr rege Anteilnahme am Gedeihen der Zeitung aus. Zahlreiche Briefe aus allen Gegenden Deutschlands bekunden die Solidarität dieser Gruppe mit dem konstitutionellen Programm. So schreibt der Lehrer des Gothaer Knabengymnasiums, Dr. Sievert, im Dezember 1847: »Schwerlich kann einer Ihrer Leser dem (Blatt) mit mehr Wärme und Aufrichtigkeit glückliches Gedeihen wünschen als ich«⁵², und der Duisburger Realschullehrer W. Gallenkamp ist, »seitdem ich Ihr Blatt seit den ersten Tagen seines Erscheinens bis heute immer gelesen habe, überzeugt, daß ihm diese Achtung in allen Theilen Deutschlands gezollt wird.«⁵³ Gymnasiallehrer und Volksschullehrer sind etwa gleich stark vertreten, wobei sich die höhere Lehrerhierarchie, also Konrektoren oder Seminarlehrer, aus bürgerlichen Mittelschichten, Lehrer eher aus dem Kleinbürgertum rekrutierten. Die geringe Größe der gesamten Berufsgruppe weist kleinbürgerliche Schichten daher als zwar vorhandenes, doch nur marginales soziales Einzugsgebiet aus. Spenden kamen in dieser Berufsgruppe nicht vor.

Geistliche machen gerade 1,7 Prozent der Leser aus, sind damit in der breiteren Anhängerschaft des konstitutionellen Liberalismus ungleich geringer vertreten als in seiner Führungsgruppe. Vier der Pfarrer sind evangelisch, hierarchisch am höchsten angesiedelt ist der einzige Katholik, der Konstanzer Bischof Ignaz v. Wessenberg. Spenden lassen sich in dieser Berufsgruppe nicht feststellen, gleichwohl ist die Teilnahme ihrer wenigen Vertreter lebhaft: »Und ich kenne kein Blatt, in welchem ich lieber lesen möchte«, schreibt der Mülheimer Pfarrer C. F. Nöll⁵⁴, und aus Rudolstadt bezeugt der dortige Pastor seine »freudigste Theilnahme an Ihrem Unternehmen.«⁵⁵ Aufgrund ihrer städtischen Anstellungen läßt sich diese Gruppe am ehesten dem mittleren Bürgertum zuordnen, Wessenberg stellt von Herkunft und Stellung eine nicht repräsentative Ausnahme dar – und zugleich einen der bisher raren Belege für die Existenz eines liberalen Katholizismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.⁵⁶

⁵¹ Dahlmann an Gervinus am 11. 5. 1848, HH 2539.

⁵² Sievert an die DZ am 11. 12. 1847, HH 2539. Vgl. auch das Schreiben eines Dr. Karl Halthaus, Lehrer an der Thomaskirche in Leipzig, vom 10. 7. 1848: »Noch mehr hier sind gespannt auf die ersten Nummern der deutschen Zeitung. Die leitenden Artikel scheinen anzusprechen, aber man vermißt noch die Mannigfaltigkeit in den Correspondenzen.« HH 3777.

⁵³ Gallenkamp an die DZ am 6. 5. 1848, HH 3777.

⁵⁴ Nöll an die DZ am 7. 12. 1847, HH 2539.

⁵⁵ Dr. Theodor Wohlfahrt an die DZ am 6. 7. 1848, HH 2539.

⁵⁶ R. v. Treskow weist, wie auch R. v. THADDEN, Protestantismus und Liberalismus zur Zeit des Hambacher Fests 1832, in: W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983, auf die spärliche Untersuchung des Liberalkatholizismus im 19. Jahrhundert sowohl von theologischer wie historischer Seite hin; aufschlußreich bezüglich der Diözese Konstanz, der Wessenberg, ein Briefpartner Rottecks, vorstand, als dem »unberechenbarsten Herrschaftsgebiet der katholischen Kirche in Deutschland«, R. v. TRESKOW, 1990, S. 117–128. Eine eigenständige Monographie zu Wessenberg liegt m. W. nicht vor, für Teilaspekte s. W. MÜLLER, Wessenberg und die Bemü-

Ebenso stark wie unter den Mitarbeitern sind Anwälte und Notare auch unter den Lesern vertreten; ihre Spendenfreudigkeit ist erheblich. Zahlreiche Angehörige dieses Berufsstands befinden sich noch in der Ausbildung, wie die Bezeichnung Rechtspraktikant oder Assessor zeigt. Hier werden oft auch kritische Stimmen laut, wie die des Rechtspraktikanten D. Hertle, der aus Paris moniert: »Die Darstellungen der französischen Zustände und Sympathien, die wir hier in der deutschen Zeitung lesen, sind durchgängig theils so falsch begriffen, theils so absichtlich übelwollend aufgefaßt, daß es jedem Deutschen ... weh tun muß.«⁵⁷ In der Gesamtschau dieser Berufsgruppe lassen sich seine Vertreter am häufigsten der oberen Mittelschicht zuordnen.

Mit 5,5 Prozent finden sich doppelt so viel Ärzte unter den Lesern als unter den Mitarbeitern. Daß ihr Anteil an der Gesamtleserschaft vielleicht noch höher war, lassen die zahlreichen Annoncen für medizinische Fachbücher vermuten. Die Tatsache, daß sich kein Hofmedicus und nur ein Apotheker hier findet sowie das völlige Fehlen von Spenden begründen die Einordnung dieser Gruppe überwiegend in die bürgerliche Mittelschicht, tendenziell aber auch ins Kleinbürgertum.

Schriftsteller und Journalisten nehmen 5,1 Prozent der Leserschaft ein. Daß sich aus dieser doch durchgängig lesefreudigen und politisch interessierten Gruppe nicht eben viele Leser rekrutierten, ist erstaunlich und grenzt das Sozialprofil der Leser hier markant von dem der Mitarbeiter ab. Noch dazu deuten Leserbriefe aus dieser Gruppe darauf hin, daß viele ihrer Angehörigen hofften, eigene Artikel bei der DZ unterzubringen. Mancher war damit erfolgreich, wie der Berliner Journalist Aegidi mit einem Gedicht, »das sich ungebeten einstellte, als Echo des wundervollen Artikels vom 10.2.1848 in der DZ, der an Ihre Schrift über unser Patent zurückerinnert«⁵⁸, die meisten waren es nicht. Akademische Bildung kann dieser Gruppe nicht durchgängig zugesprochen werden, da oft andere Berufe oder abgebrochene Studien in den journalistischen Beruf führten. Der Doktorgrad fungierte daher als differenzierendes Kriterium. Der völlige Mangel an Spenden, mehr noch das Fehlen einer festen Anstellung und die damit einhergehende finanzielle und soziale Unsicherheit, die der neuartige Beruf des freien Publizisten meist mit sich brachte⁵⁹, ließen es plausibel erscheinen, diese Berufsgruppe am unteren Rand der bürgerlichen Mittelschichten einzuordnen.

hung um die Bildung der Priester, in: G. SCHWAIGER (Hrsg.), Kirche und Theologie im 19. Jahrhundert, 1975, S. 41–53. Vgl. zum katholischen Bürgertum jetzt Th. MERGEL, 1994, sowie für das späte 19. Jhd. D. LANGEWIESCHE, Vom Gebildeten zum Bildungsbürger? Umriss eines katholischen Bildungsbürgertums im wilhelminischen Deutschland, in: Festschrift für Wolfgang Frühwald, 1996.

⁵⁷ D. Hertle an die DZ am 24. 4. 1848, HH 3777.

⁵⁸ Aegidi an Gervinus im Februar 1848, HH 2540.

⁵⁹ Vgl. jetzt J. REQUATE, Journalismus als Beruf, 1995.

Das Vorhandensein präziser Berufsangaben erübrigte immanente Methoden, die sonst für Leseranalysen herangezogen werden. Preis, Inhalt und Anzeigen können aber begleitende Informationen zu den Trends liefern, welche die berufliche Zusammensetzung der Leser aufzeigte. Mit einem Abonnementpreis von 10 Gulden gehörte die DZ zu den teuren Tageszeitungen des ausgehenden Vormärz. Lokal orientierte Blätter wie der »Mannheimer Morgen« oder das »Mannheimer Journal« kosteten nur die Hälfte, vergleichbar anspruchsvolle und überregionale Blätter wie die Augsburger »Allgemeine Zeitung«, die »Vossische« oder auch die konservative »Kreuzzeitung« bewegten sich jedoch in ähnlichen Preisklassen. Dieser Preis, zu dem oft noch erhebliche Postzuschläge kamen, schloß unterbürgerliche Berufe wie Handlungsgehilfen, Weber, Tagelöhner oder Dienstboten schon aus finanziellen Aspekten als Publikum weitestgehend aus.

Die täglichen Börsennachrichten mit der Angabe der wichtigsten Kurse sind auch ein Hinweis, daß Unternehmer und Kaufleute als wesentliche Interessenten des Blattes angesehen wurden.⁶⁰ Aus den Anzeigen wird ersichtlich, daß der Großteil der Leser dem gebildeten, jedoch nicht unbedingt finanzstarken Bürgertum zu entstammen schien, worauf ja auch die hohen Anteile beamteter und freier Intelligenz hinwiesen. Bassermann selbst empfahl die DZ im Börsenblatt des deutschen Buchhandels damit zur Insertion, »daß ihr Leserkreis ... hauptsächlich der bücherkaufende Theil des Publikums ist.«⁶¹ Die Titel der hier angepriesenen Bücher deuten auf ein lesefreudiges, gemischt anspruchsvolles Publikum hin. Neben dem Titel »Die deutschen Alpen. Ein Handbuch für Reisende« wurden dickleibige Bände wie »Die National-Ökonomen der Franzosen und Engländer« oder »Die Schriften des Friedrich v. Gentz« angeboten. Gelegentlich »verirrte« sich aber auch ein Handbuch wie das »Über Herdfeuerungen. Wichtige Schrift für Architekten, Maurer, Hafner, Schlosser, Eisenhändler« in die Inseratsseiten der Deutschen Zeitung, deren Leser in diesen Berufsgruppen kaum vorkamen. Nur ganz selten wurden wirklich teure Güter angeboten wie im Juli 1847 »eine Galerie aus Spanien gekommener Kunstsachen: acht Raphaelische Tableaus, Gobelins in Seide ... und eine Sammlung Gemälde«⁶² oder umfangreiche Immobilien wie ein »in der angenehmsten Lage von Basellandschaft gelegenes ... Acker und Wiesland ... mit hinlänglichen, herrschaftlichen und ökonomischen Gebäuden versehenes Landgut, das sich wenigstens zu 4 % netto verzinst.«⁶³

Auch die Stellenanzeigen weisen auf ein moderat begütertes Publikum hin. Neben der »Ausschreibung der Stelle eines Lehrers an der Bezirksschule in Liestal im ... Kantone Basellandschaft ... bei jährlich 1000 Franken«⁶⁴ wünscht ein »Literat gesetzten Alters ... zu Genüge bewandert in neuen

⁶⁰ Vgl. auch H. TAUSCHWITZ, 1981, S. 263 f.

⁶¹ Zit. n. H. TAUSCHWITZ, 1981, S. 263.

⁶² DZ 24. 7. 1847.

⁶³ DZ 13. 4. 1848.

⁶⁴ DZ 28. 8. 1847.

Sprachen ... so wie auch vertraut mit dem Gange ... der politischen Ereignisse unserer Zeit ... die Redaktion einer liberalen Provinzzeitung zu übernehmen«⁶⁵, und ein junges Mädchen »de bonne famille de la Suisse française désire se placer comme gouvernante dans un institut où dans une maison particulière recommandable«. Selbst diese Anzeige deutet nicht auf eine extrem wohlhabende Klientel hin, da Kindermädchen und Dienstboten in der Lebenswelt des 19. Jahrhunderts auch im mittleren Bürgertum die Normalität darstellten. Daß Stil und intellektueller Anspruch des Blattes ihm den Zugang zu breiteren Schichten verschloß, wurde immer wieder behauptet⁶⁶, erscheint aber als ein zu unpräziser und auslegbarer Indikator, um hier Anwendung zu finden, zumal auch demokratische Blätter wie der »Mannheimer Morgen« ein gebildetes Publikum ansprachen. Daß die Deutsche Zeitung mit ihrem Programm der radikalen Presse keine Leser abjagen wollte noch konnte, stand von Anfang an fest. Die Reaktion dieser Seite, sie »als Organ des aufgeklärten Mittelstands« anzuprangern, das »einen abgedroschenen Hambacher Liberalismus vertrete und, um das Proletariat nicht emanzipieren zu müssen, dessen Existenz einfach leugne«⁶⁷, trifft in der Definition ihres Publikums den Kern der Sache.

Unter den Lesern der DZ dominierten Bürgerliche. Einem Anteil von 81 Prozent Bürgerlichen stehen 19 Prozent Adlige gegenüber, wovon 4 Prozent Personenadel, also vormals bürgerlich waren. Die 15 Prozent Geburtsadligen unter den Lesern waren überwiegend Gutsbesitzer, die innerhalb des Agrarsektors dessen oberen Rand konstituierten. Ließ sich bereits für den aktiven Kern dieses national orientierten Liberalismus ein ähnlicher Anteil von Adligen beobachten, so scheint auch die breitere Basis unterhalb der Führungsriege über einen erheblichen Rückhalt im liberal gesinnten Adel verfügt zu haben.

52 Prozent aller Leser übten Berufe aus, die ein akademisches Studium bedingten, wobei die Gruppe der Schriftsteller hier nur zur Hälfte berücksichtigt wurde. In früheren, freilich viel umfangreicheren liberalen Kommunikationsnetzen wie den Philhellenen, dem Preßverein oder der Sängerbewegung hatte die beamtete und freiberufliche Intelligenz meist die Führungsriege gestellt; die breitere Anhängerschaft reichte indes sozial weit in unterbürgerliche Schichten hinein. Für die Klientel der Deutschen Zeitung, so legen die vorhandenen Leserdaten nahe, scheint dies nicht mehr zuzutreffen. Die soziale Basis dieses nationalen Liberalismus vermochte über mehrheitlich akademisch geprägte Milieus nicht mehr hinauszureichen.

Für 37 Prozent der bekannten Leser ließ sich die Konfession ermitteln. Dieser Wert kann aufgrund seiner Größe nicht mehr als einen Trend angeben. Davon sind 28 Prozent protestantisch, 6 Prozent katholisch und 3 Pro-

⁶⁵ DZ 29.9.1847. dort auch das folgende Inserat.

⁶⁶ Vgl. H. TAUSCHWITZ, 1981, S. 265, H. MÜLLER, 1986, S. 252, N. DEUCHERT, 1983, S. 234 f.

⁶⁷ Mannheimer Abendzeitung 9. 1. 1848, zit. n. N. DEUCHERT, 1983, S. 234 f.

zent jüdisch. Tatsächlich mag der Anteil der Katholiken höher gewesen sein, da das primär herangezogene biographische Hilfswerk, die »Allgemeine Deutsche Biographie«, stark protestantisch geprägt erscheint und katholische Konfessionszugehörigkeit nur im Ausnahmefall erwähnt. Direkter noch deutet der Anzeigeninhalt auf eine statistische Unterrepräsentation der Katholiken hin. Neben Werbeanzeigen für Bücher mit katholischen Themen wie Wallfahrten, Altarbildern oder Heiligsprechungen weist eine umfangreiche Anzeige darauf hin, daß »im Kunstverlag des Bibliographischen Instituts soeben erschienen ist: Das lebensstreuere Bildnis von Pius IX. in Großfolie, Preis 1 Thaler Courant.« Derartige Anzeigen sind Hinweise, die Repräsentanz katholischer Leser höher einzuschätzen, als die schwierige Quellenlage sie statistisch ausweist. Dennoch wird deutlich, daß Katholiken sich vom national orientierten Liberalismus der Deutschen Zeitung zwar angesprochen fühlten, daß es aber Protestanten waren, die nicht nur die Führungspositionen, sondern auch das Gros seiner breiteren Trägerschichten dominierten.

c) *Zwischenbilanz: Nation als Integrationsschleuse*

Raummuster und Sozialprofile, welche die geographische und soziale Verankerung der DZ-Leser kennzeichnen, lassen Tendenzen erkennen, die eine spezifische Deutung liberaler Wirkungskraft erlauben.

Die Leserschaft der Deutschen Zeitung stellt eine jener sozialen Gruppen unterhalb der liberalen Führungsebenen dar, die von der Liberalismusforschung bisher unbefriedigend soziologisch erfaßt wurden.⁶⁸ Sie reichte von höheren und mittleren Beamten über Schullehrer und Ärzte, Unternehmer und kleinen Kaufleuten bis zu Universitätsprofessoren und ländlichen Eliten. Was seine berufliche Vielfalt angeht, ist dieses Spektrum breit, in der sozialen Schichtung verengt es sich jedoch auf das mittlere und gehobene Bürgertum mit nur gelegentlicher Durchlässigkeit ins Kleinbürgertum. Im Vergleich zur Mitarbeiterschaft, dem aktiven Kern dieses Liberalismus, fällt zunächst die ungleich stärkere Repräsentanz der neuen Wirtschaftsbürger sowie der ländlichen Oberschicht ins Auge. Basis und Führung überschneiden sich hingegen im hohen Anteil an Beamten und den neuen Eliten der freien Intelligenz.

Leserbriefe dokumentieren das Selbstbewußtsein dieser Bürger von Beruf, Besitz und Bildung, die sich am Bau des nationalen Verfassungsstaates durchweg beteiligt fühlten. Obwohl sich für das Sozialprofil der breiteren Anhängerschaft ein viel breiteres und ausgewogeneres berufliches Spektrum feststellen ließ als in der schmalen Führungsriege, verlaufen die Übergänge doch überwiegend fließend. Das unterscheidet dieses national orientierte Milieu entscheidend von liberalen Erfahrungsräumen des frühen Vormärz,

⁶⁸ Vgl. W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 88 ff.; P. NOLTE, *Gemeindeliberalismus*, 1991, S. 57.

in denen »Männern von Bildung und Besitz« zwar die Führungspositionen zufielen, deren Basis aber tief in klein- bis unterbürgerliche sowie bäuerliche Schichten hineinreichen konnte.⁶⁹

Wo das berufliche Spektrum seine Grenzen fand, weist auch auf die Grenzen sozialer Integrationskraft hin. Und die waren eng gesteckt. Angehörige des Handwerks ließen sich für das Programm der DZ kaum gewinnen, kleinbürgerliche Schichten nur in Einzelfällen und unterbürgerliche Schichten überhaupt nicht. In seiner sozialen Formierung schottet sich dieser Liberalismus dezidiert nach unten ab. Damit ist eine wesentliche Frage beantwortet: Das Versprechen von Bürgerlichkeit an alle hatte die Deutsche Zeitung zugunsten von Wachstum und Industrialisierung zwar bereits modern interpretiert, dennoch stand auch sie noch überzeugt auf dem Standpunkt eines »einfachen Staatsbürgertums ... für alle Stände.«⁷⁰ Von einem bürgerlichen Klassenprogramm kann daher noch nicht gesprochen werden, doch in der sozialen Praxis ließ sich die Kluft zwischen liberalem Erwartungshorizont und sozialem Erfahrungsraum nicht mehr übersehen.

Die Raummuster der liberalen »Besiedelung« hatten bereits ein Spannungsverhältnis zwischen regionalem Denken und nationaler Orientierung angedeutet und die Vermutung aufkommen lassen, daß sich in der direkten Konfrontation mit der Zielvorgabe Nation auch der soziale Charakter des Liberalismus verschiebt. Die gesellschaftliche Praxis, wie sie an der Leserschaft deutlich wurde, konnte diese Vermutung bestätigen. Raummuster und Sozialprofile der DZ-Leser lassen sich demnach als ein komplementärer Beleg für einen Zusammenhang verstehen, der auch an Überlegungen Wolfgang Kaschubas anknüpft⁷¹: Bleibt die Nation ferne Legitimationsformel, die in die konkreten regionalen Lebenswelten des Liberalismus kaum eingreift, kann auch der Nationalismus zur Massenbewegung werden. Sänger, Griechenfreunde und Preßvereinsmitglieder belegen dies für den frühen Vormärz. Werden kleinräumige liberale Lebenswelten aber direkt mit der Herausforderung, den Nationalstaat zu gründen, konfrontiert, entscheiden sich nur wenige ihrer Bewohner für die aktive Einlösung dieses großen Entwurfs.

Geographische und soziale Integrationskraft der Deutschen Zeitung sind somit ein deutlicher Hinweis, daß mit der aktiven Entscheidung für den Nationalstaat dem Liberalismus seine schichtenübergreifende Basis wegbriecht und er sich nur mehr als nationale Elite konstituieren kann. Auch der Gesellschaftsentwurf der DZ, dessen wirtschaftspolitische Tendenzen bereits in die bürgerliche Moderne hinausweisen sowie ihre spätere Formierung als nationales Parteiorgan bekräftigen die Annahme, daß die hier formulierte nationale Realpolitik an der regionalbürgerlichen Orientierung

⁶⁹ Vgl. Ch. HAUSER, 1990, S. 190ff.; C. FOERSTER, 1982, S. 156–174; P. MÜLLER, 1990, S. 143–149, S. 247f.

⁷⁰ Programm der DZ, 1847, S. 186.

⁷¹ Vgl. W. KASCHUBA, Deutsche Nation, 1988, S. 84.

wesentlich vorbeilaufen mußte. Gewißheit kann darüber erst die Erschließung weiterer liberaler Erfahrungsräume des ausgehenden Vormärz liefern. Definitiv läßt sich nur festhalten, daß der national orientierte Liberalismus, wie ihn das Sozialgefüge von Mitarbeitern und Lesern der Deutschen Zeitung verkörpert, bereits vor der Revolution jenen Pfad einschlug, dessen Ziel nicht mehr die Bürgerwelt, sondern bereits die bürgerliche Klassengesellschaft war.

2. »Lesarten« der Deutschen Zeitung

Zeitungslesen im Vormärz war kein einsames Geschäft. Brachte das Lesen eines Buches, zumal eines Romans, Versenkung und Isolation von der Umwelt mit sich, so diente die Zeitungslektüre neben der Information auch der Integration und dem öffentlichen Diskurs. Im Zeichen der Leserevolution, von der für die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts durchaus gesprochen werden kann, läßt Zeitungslesen sich auch als alltäglicher Akt der Nationsbildung begreifen. Indem eben »nicht mehr Gemeinde, Beruf und Kirche, sondern die Zeitung den Menschen ... kontinuierlich mit dem Allgemeinen in Beziehung setzt«, wie Thomas Nipperdey es formuliert¹, entwickelt der lesende Mensch auch ein neues Verhältnis zur räumlich fernen Welt. Und wenn Lektüre wie die DZ programmatisch die lokalen Horizonte hinter sich läßt und nationale Dinge zum wesentlichen Inhalt macht, vermag sich auch der Zeitungsleser als Teil dieses gedachten Ganzen zu fühlen. Reaktionen wie die des Dürener Oberlehrers Dr. Menn, der durch die Verbreitung der DZ sein »in hohem Maße vorwiegendes Gefühl für das politische Gedeihen des gesamten Vaterlands« bestätigt sieht, treten in zahlreichen Briefen zumeist ganz bodenständiger Leser ans Tageslicht.²

Zur nationalen Integration kann aber nicht nur der Zeitungstext, sondern können auch die Bedingungen seiner Lektüre beitragen. Wie gelesen wurde und auf welche Art das Gelesene verarbeitet wurde, soll die geschilderten Stationen der Deutschen Zeitung von ihrer Gründung über Programm bis zu ihren Adressaten abschließen.

Zunächst wurde die DZ, wie jede andere Tageszeitung auch, anders als Bücher gelesen. Bücher gehorchten dem Rhythmus des Lesers, ließen sich weglegen und wieder herholen, wann immer der Sinn einem danach stand. Zeitungen aber wie die DZ, mit immer wechselnden Neuigkeiten, zwangen den Leser zur täglichen Lektüre, sollte das Blatt nicht ungelesen im Papierkorb verschwinden. Und dafür war die DZ den Zeitgenossen zu teuer. In Baden und Frankfurt mag es Morgen gewesen sein, wenn die Zeitung eintraf, im übrigen Deutschland je nach Entfernung Abend oder zumeist der

¹ Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1983, S. 589.

² Menn an die DZ am 13. 6. 1848, HH 3777.

nächste, oft übernächste Tag. Doch die Abonnenten, gleichgültig, wo sie wohnten, wußten, wann das Blatt zu erwarten war, und hatten möglicherweise bestimmte Zeiten am Tag dafür reserviert. Gerade bei jenen Lesern, für die Politik zum Tagesgeschäft gehörte, wie den vielen Abgeordneten, hohen Beamten und Politikern unter der DZ-Leserschaft, traf dies sicherlich zu. Aus Mathys Korrespondenz geht hervor, daß die DZ vom Lesezimmer der badischen Kammer abonniert war, und Bassermann berichtet sogar über die genaue Stunde: »Unsere Zeitung wird jeden Morgen mit Begierde in der Kammer gelesen, 2 Exemplare machen die Runde. Das gestrige Blatt war wieder vortrefflich, bald wird es eine Macht in Deutschland sein.«³

Gerade in den Revolutionsjahren, als die Ereignisse sich überstürzten und der Wissensdurst der Bevölkerung rapide zunahm, kam dem Eintreffen von Neuigkeiten eine Bedeutung zu, die den Tagesrhythmus dominieren konnte. So berichtet Clothilde Koch-Gontard über die Atmosphäre ihres Frankfurter Hauswesens mit seinen zahlreichen Gästen: »Wir leben hier in letzter Zeit in großer Aufregung. Die politischen Neuigkeiten werden mit unglaublicher Ungeduld erwartet, die Post von Berlin wird förmlich abends belagert.«⁴

Die Lektüre einer einzigen Zeitung galt den meisten Zeitgenossen jedoch nur als Teil des großen Mosaiks. Beschränkten sich Privathäuser meist auf die Subskription einer Tageszeitung, so ermöglichten Lesekabinette, Zeitungszimmer und Wirtshäuser die Lektüre mehrerer und unterschiedlich orientierter Blätter. Daß ein überregionales, anspruchsvolles Blatt wie die DZ in den meisten öffentlichen Leseinstitutionen auslag, läßt sich aufgrund diverser Berichte mit Sicherheit annehmen. So hielt das Heidelberger »Museum«, ein bürgerlicher Leseverein, neben zahlreichen ausländischen Blättern wie der »Times«, dem »Moniteur«, dem »Journal des Débats« oder dem »Amsterdamer Handelsblad« natürlich auch die Deutsche Zeitung.⁵ Sogar in Wien, wo das Blatt offiziell verboten war, schien es in einigen Kaffeehäusern doch seinen Platz erobert zu haben, wie österreichische Leserbriefe bezeugen. Norbert Deuchert konstatierte, die DZ sei in Mannheim hauptsächlich in Wirtshäusern, kaum in Privathäusern gehalten worden.⁶ Angesichts der sozialen Einbindung der Familie Bassermann in die dortige Bürgerwelt erscheint dies jedoch unwahrscheinlich – sogar die spärlichen Quellen verzeichnen allein für Mannheim eine Leserdichte von 2 Prozent.

Im Regelfall erreichte ein Exemplar der Deutschen Zeitung mehrere Leser. Dafür ist einmal die populäre Gepflogenheit verantwortlich, Lesevereinen wie dem Heidelberger »Museum« beizutreten, die in allen Städten aus dem Boden schossen, darauf weist aber auch die Sitte hin, die teure DZ zu verleihen. Karl v. Vincke beispielsweise bedauert in einem Brief an einen

³ Bassermann an Gervinus am 16. 12. 1847, HH 2523.

⁴ Clothilde Koch-Gontard an Karl Mittermaier am 22. 3. 1848, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 57.

⁵ Vertrag zwischen dem Museum und der DZ, HH 2540.

⁶ Vgl. N. DEUCHERT, 1983, S. 234.

Freund, einen Artikel nicht mehr zitieren zu können, »weil ich die Zeitung weggeborgt habe.«⁷

Ob man nur die Deutsche Zeitung oder daneben noch die Augsburger »Allgemeine Zeitung«, die »Vossische Zeitung« oder den »Morning Chronicle« gelesen hatte, Signum aller Leser war ihr Bedürfnis, über das Gelesene zu sprechen. So wie die meisten zeitgenössischen Stiche Zeitungsleser meist in Gesellschaft darstellen, so belegt auch die Korrespondenz aus dem liberalen Umfeld, daß die Diskussion über den Zeitungsinhalt als wesentlicher Bestandteil des politischen Alltags aufgefaßt wurde.

Zeitungslesen verhiess Integration. Das konnte briefliche oder auch mental empfundene Integration über Staatsgrenzen hinweg sein, das konnte Integration durch das persönliche Gespräch mit Freunden, Kollegen oder Familienmitgliedern bedeuten oder auch in Form der gesellschaftlichen Notwendigkeit, zum Gespräch in Salons und bürgerlichen Wohnzimmern beizutragen. Der Wunsch nach gegenseitigem Austausch war allgemein, die Formen, in denen er sich niederschlug, waren vielfältig und individuell.

Der Großteil der Leser, und vor allem wohl jene, über die nichts weiter bekannt ist, verarbeiteten die Zeitungslektüre im direkten Diskurs mit der Umwelt. Viele Leserbriefe verwenden das »Wir«, wenn sie ihren Eindruck von der DZ schildern oder zu Artikeln Stellung nehmen. So gebraucht sowohl der Leser Oehlmann aus Köthen die Wir-Form, wenn er berichtet: »Wir haben die Artikel der deutschen Zeitung mit Aufmerksamkeit gelesen und sind sehr dafür, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen«⁸, wie sich auch der preußische Landwirt Liedke »im Namen vieler Gleichgesinnter« für die publizistische Unterstützung national Gesinnter im fernen Osten bedankt.⁹ Die in zahlreichen Briefen vorkommende Formulierung mit »Wir« deutet darauf hin, daß sich mit »Gleichgesinnten«, wie Liedke es formuliert, über den Zeitungsinhalt ausgetauscht wurde und so ein regelmäßiger Diskurs zustande kam. Gerade im Ausland schien die DZ oft zum politischen Integrationspunkt der dort lebenden Deutschen zu avancieren, für London belegt dies neben anderen Briefen auch der des Kaufmanns Heinrich Schirges: »Ihr Blatt ist mir und anderen Gleichgesinnten durch die Kräfte, die sich um dasselbe geschaart haben, zu einem Hoffungsstern für eine bessere Zukunft geworden.«¹⁰

Für andere Leser wiederum wurden die Zeitungskommentare zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Korrespondenz – auch dies eine Spielart von Integration. So nimmt beispielsweise im Briefwechsel des schlesischen Gutsherrn und Politikers Karl v. Vincke mit dem preußischen General v. Below die Diskussion von DZ-Leitartikeln breiten Raum ein. Bemerkt

⁷ v. Vincke an v. Below am 29. 11. 1847, in: v. VINCKE, 1902, S. 100

⁸ Oehlmann an die DZ im Juni 1848, HH 3777.

⁹ Liedke an Gervinus am 18. 4. 1848, HH 2539.

¹⁰ Schirges an Gervinus am 24. 11. 1847, HH 2539. Vgl. auch den Brief Prinz Löwensteins vom 8. 5. 1848: »Die deutsche Zeitung lesen wir hier in London mit dem größten Interesse«, HH 2539.

v. Vincke einmal, »die Frage über die Vorbehaltswahlen ist doch wirklich sehr gut in der Zeitung diskutiert worden«, so schreibt er seinem Korrespondenzpartner ein andermal, »Sie erinnern sich des Artikels in der Deutschen Zeitung, den Sie mir (mißbilligend) in Berlin zeigten, und der ... die Frage über die Rechtsbeständigkeit des Patents ... für entschieden ... erklärte«, und ein weiteres Mal sind sich beide Herren in ihrer Ablehnung bestimmter Tendenzen einig: »Was die Deutsche Zeitung betrifft, so teile ich Ihre Ansicht über diese vollkommen. Der Aufsatz ›Eine militärische Frage‹ hat mir auch mißfallen, sowie auch ein früherer, über den ich auch Gervinus meine Mißbilligung schrieb.«¹¹

Auch die zahlreichen Briefe Clothilde Koch-Gontards an ihre Freunde sind voller Bezugnahme auf Artikel der Deutschen Zeitung. Ihr indes als politisch hellwacher Frau, der »das Lesen der Heidelberger Zeitung (zu) einer Art Leidenschaft« geriet¹², lieferte die Lektüre nicht nur Anlaß, den politischen Diskurs zu suchen, sondern vermittelte vielmehr den Wunsch, durch diesen die eng gesteckten Geschlechtergrenzen zu überschreiten. Die Briefe der Frankfurterin charakterisieren sie als Frau mit politischem Instinkt und einem stark empfundenen nationalen Interesse, der gerade durch die »viele Aufklärung und Belehrung«, welche sie der Deutschen Zeitung »verdankt«, die Tatsache schmerzlich bewußt wird, die Politik Männersache sein lassen zu müssen: »Hoffentlich gelingt es Ihnen und anderen, die dem Wohl Deutschlands so viele Opfer bringen, ein neues Dasein für die Nation zu schaffen. Ich male es mir oft in Gedanken aus, welchen Eindruck es ... gemacht hat, daß Metternich abgedankt hat ... Doch ich höre Sie sagen: Es ist mit dem Weibergeschwätz wieder kein Ende, in die Kinderstube und an den Strickstrumpf gehört die Frau, der Mann nur ist berufen zum Handeln nach außen. Jetzt weniger als jemals noch mag ich meine Stellung in dieser Beziehung begreifen, und es macht mir recht viel Mühe, die Küche als den Hauptschauplatz meiner Tatkraft anzusehen.«

Während der bewegten Revolutionsjahre wurde die Reflexion der Tagespolitik zunehmend auch *comme il faut* in bestimmten bürgerlichen Kreisen. Wußte man nicht Bescheid über die aktuellen Ereignisse, war man in manchen Gesprächsrunden schnell isoliert. Welche Rolle die gelesene Tageszeitung hier spielen konnte, dokumentiert auch die Korrespondenz der Familie Gagern sowie wiederum die Tagebuchnotizen der genau beobachtenden Clothilde Koch-Gontard, welche über ein Frankfurter Dinner berichtete:

¹¹ v. Vincke an v. Below am 29. 11. 1847 und am 10. 2. 1848, in: v. VINCKE, 1902, S. 89–102. Vgl. auch seinen Brief vom 27. 7. 1847, ebda., S. 97f.: »Die Heidelberger Zeitung ist doch ein interessantes Blatt. In dem ersten Aufsätze über die preußischen Zustände war einiges meiner Ansicht nach zu theoretisch scharf und nicht mit gehöriger Auffassung oder Kenntnis unserer Zustände geschrieben ... Mit späteren Blättern bin ich zufrieden; jedenfalls ist es wert, die Zeitung zu lesen.«

¹² Clothilde Koch-Gontard an Karl Mittermaier am 19./22. 3. 1848, in: C. KOCH-GONTARD, 1969, S. 56f., dort auch das folgende Zitat.

»Es herrschte die beste Stimmung. Ggern teilte tüchtige Hiebe aus über die scharfen Artikel, die über ihn in der Deutschen Zeitung erscheinen.«¹³

Eine dritte, gleichsam natürliche Verlängerung der Lektüre bestand in der Aufnahme eines direkten Dialogs mit deren Verfasser. Die überaus zahlreichen Leserbriefe, welche die Redaktion in den dreieinhalb Jahren ihres Bestehens erhielt, dokumentieren die Popularität dieser Rezeptionsweise und sind zugleich ein deutlicher Beleg für die nationale Integrationskraft ihres Programms über alle Staatsgrenzen hinweg. So schreibt eine Freifrau v. Uslar-Gleichen aus dem rheinischen Lückenburg: »Einer meiner Freunde, der die deutsche Zeitung mit dem lebhaftesten Interesse liest, dankt Ihnen durch mich für alles, was sie durch dieselbe für das gemeinsame Vaterland getan haben und noch tun werden«¹⁴, und der Weilburger Gymnasiallehrer Friedrich Schulz ergeht sich gar im Lob: »Ihre Zeitung ist ein sittliches Labsal für unsere aufstrebende Jugend und hochbejahrte Männer bei uns glauben seit ihrem Erscheinen an den Sieg des Guten.«¹⁵

Bemerkenswert mutet vor allem das bürgerliche Selbstbewußtsein an, mit dem sich vom hohen Beamten bis zum Realschullehrer und kleinen Landwirt alle Leser als Teilhaber, ob mental oder aktiv, an der Realisierung des nationalen Entwurfs verstehen. Umfang und Inhalt aller Leserbriefe spiegeln einen aktiven Dialog zwischen Zeitungleser und Zeitungsmacher wider, der den Wunsch nach Diskussion, Information, Kritik und Reflexion auch als typische Merkmale bürgerlicher Kultur ausweist. Damit fügen sich die unterschiedlichen »Lesarten« der Deutschen Zeitung, und nur einige ließen sich hier vorstellen, in ihrer Gesamtheit zum Bild eines publizistischen Diskurses zusammen, den es gerade in seiner Alltäglichkeit als prägenden Bestandteil vormärzlicher Nationsbildung zu verstehen gilt.

¹³ Aus dem Parlamentstagebuch der Clothilde Koch-Gontard am 3. 7. 1848, ebd., S. 321.

¹⁴ Freifrau v. Uslar-Gleichen an Gervinus am 19. 3. 1848, HH 2539.

¹⁵ Schulz an Gervinus am 6. 8. 1847, HH 2539.

Zusammenfassung

»Bei dem Mangel geeigneter Blätter ... nehme ich meine Zuflucht zu Ihnen, da Ihr Blatt sich bereits den schönen Ruf erworben, ein Vertreter der bürgerlichen Interessen zu sein,« schreibt der Gießener DZ-Leser Wilhelm Keller am 30. Januar 1848 an die Redaktion der Deutschen Zeitung.¹ Daß bereits den Zeitgenossen Selbstbild und Fremdbild des Blattes so deckungsgleich erschien, lud dazu ein, dieses bürgerlich-liberale und nationale Programm genauer anzuschauen: Was verbarg sich dahinter? Wer waren die Träger dieses Programms und wie wurde es publik gemacht?

Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der Deutschen Zeitung lieferten erste Hinweise, wie liberale Kommunikation funktionierte, auf welchen Ebenen man sich kennenlernte und was als Einstiegshilfe gültig war. Die gemeinsame Tätigkeit im Landtag, im öffentlichen Dienst oder in der kommunalen Selbstverwaltung, persönliche Bekanntschaften oder Konnubien, der gleiche Verein, gemeinsames Studium, das bundesweite Universitätsnetz, aber auch die Tagespublizistik: All diese unterschiedlichen Foren bürgerlicher Kommunikation gaben den Nenner ab, über dem sich Herausgeber, Aufsichtsräte und Korrespondenten der Deutschen Zeitung begegneten. Mehr als bürgerliche Geselligkeitsformen oder Verwandtschaft waren bei der Rekrutierung dieser liberalen Elite die politischen Verdienste entscheidend. Man mußte sich nicht kennen – obwohl das half, – aber man mußte das gemeinsame Bekenntnis zu Verfassung und Nationalstaat teilen und nach außen vertreten.

Der rasante Aufbau des weitgespannten Korrespondentennetzes, dessen fast fünfhundert Mitglieder nicht nur gesamtdeutsch eng verbunden waren, sondern auch europaweit kommunizierten, dokumentiert zunächst, wie weit die Nationsbildung in den meisten deutschen Staaten bereits vorangeschritten war. Zugleich verdeutlicht dieses liberale Netzwerk aber auch, daß sich die liberale Elite in der »Schwellenzeit« des ausgehenden Vormärz neben eher regional vermittelnden Ebenen wie Vereinen oder einzelstaatlichen Kammern bereits gesamtdeutsche Kommunikationsräume erschlossen hatte, in denen ihre Träger den nationalen Diskurs eröffnen konnten: David Hansemann, einer der Wortführer des rheinischen Liberalismus, lernte anläßlich einer DZ-Arbeitsbesprechung die Protagonisten der südwestdeutschen Opposition, Gervinus, Mathy und Häusser, erstmals persönlich kennen.²

Als wirtschaftliches Unternehmen war die Deutsche Zeitung ein Mißfolg. Der grundsätzliche Verzicht auf populäre Kategorien wie Feuilleton,

¹ W. Keller (o. Berufsangabe) aus Gießen an die DZ am 30. I. 1848, HH 3777.

² Vgl. Mathy an Hansemann am 8. 3. 1847, in: J. HANSEN (Hrsg.), 1942, S. 171 f.

Lokalteil oder Fortsetzungsromane selektierte den Leserkreis von Beginn an. Betriebswirtschaftliche Schwächen, wie eine unrentable Doppelausgabe und mangelhaftes Marketing ab 1849, taten das ihre, das Unternehmen tiefer in die ökonomische Misere hineinzureiten. Ausschlaggebend waren letztlich strukturelle Hindernisse, die in der partikularen Landschaft des deutschen Vormärz begründet lagen. Aufgrund ihrer fehlenden Ortsgebundenheit vermochte die Deutsche Zeitung kaum jene lokalen Anzeigenkunden zu akquirieren, denen andere große Blätter ihre wirtschaftliche Grundlage verdankten. Nationale Anbieter und damit Werbeträger von Konsumgütern oder Dienstleistungen existierten aufgrund der vielen Grenzen aber noch kaum. Diese ökonomische Schallmauer vermochten allenfalls bildungsbürgerliche Konsumgüter wie Bücher und Reisen, die auch kulturell dem Sozialprofil der DZ-Leser entsprachen, zu durchbrechen. Zur Deckung der hohen Honorar- und Herstellungskosten reichten deren Anzeigen jedoch bei weitem nicht aus. Als der DZ nach dem Scheitern ihrer Politik dann auch die notwendigen Leserschichten wegbrachen, ließ sich das Anzeigendefizit nicht mehr verdecken und die politische Zukunft setzte dem nationalen Tendenzblatt das Signal für sein wirtschaftliches Ende.

Wegweisend wirkte die Deutsche Zeitung jedoch, was ihre innerbetriebliche Organisation anging und wird deshalb bis heute als die »kurzfristig modernste deutschsprachige Tageszeitung« gewürdigt.³ Eine Ressortaufteilung, die Fachleuten die Verantwortung über ihr Gebiet übertrug, die Nutzung unterschiedlichster, auch inoffizieller Nachrichtenkanäle, ein saisonales Marketing unter Bassermanns Leitung und ein Aufsichtsrat als publizistisches Korrektiv: Das waren Modernisierungsimpulse, die andere zeitgenössische Blätter noch nicht aufgenommen, geschweige denn umgesetzt hatten. Vor allem aber gelang der Deutschen Zeitung etwas, was bei unserer heutigen Zeitungslektüre eine Selbstverständlichkeit darstellt: Erstmals im deutschen Vormärz einen kommentierenden Leitartikel einzuführen, der dem Publikum täglich die Meinung der Blattmacher vermittelte. Schließlich ermöglichte die bisher kaum praktizierte Form einer Aktiengesellschaft eine enorm schnelle Akkumulation des notwendigen Kapitals. Mit solchen Methoden innerbetrieblicher Modernisierung kann bereits die Unternehmensgeschichte der Deutschen Zeitung jene immense Entwicklungsdynamik illustrieren, die schon in der ersten Jahrhunderthälfte Lebens- und Arbeitswelten gleichermaßen transzendierte.

Auf ganz andere Weise wurde diese Dynamik auch im politischen Raum sichtbar. Gerade vor dem Hintergrund des rasanten Wechsels politischer Handlungsfähigkeit ließen sich am Programm der Deutschen Zeitung politische Strategien und Gesellschaftsbilder beobachten, die dem weiten Begriff des politischen Liberalismus mehr Formscharfe verleihen. Der Kurs einer Partialreform des Deutschen Bundes, den die DZ vor Ausbruch der Revolution vertreten hatte, wich ab Februar 1848 schnell der Anerkennung

³ G. HÜBINGER, 1984, S. 162.

der neuen Gewalten. In der Bejahung einer konstitutionellen Monarchie war sich das Gros der Liberalen einig. Doch mit welchem ordnungspolitischen Inhalt dieses Gehäuse aufzufüllen war, differierte entscheidend und bot in den ersten Monaten des praktizierten Parlamentarismus reichlich Zündstoff.

Daß das neue Oberhaupt nur ein preußischer Erbkaiser sein durfte, hatten sich diese Liberalen schon auf ihre Fahnen geschrieben, als an eine Realisierung dieser Forderung noch gar nicht zu denken war. Konkret spitzte sich das Problem der Machtverteilung im neuen Staat zunächst am Veto zu. Zwar sprach sich die DZ erst gegen ein suspensives Veto aus, das die Rechte des Parlaments gegenüber dem Monarchen stärkte, doch sonderlich überzeugt klangen ihre Argumente dabei nicht. Und als dieses beschränkte monarchische Einspruchsrecht im Parlament durchging, stellte sie sich ohne viel Federlesens dann dahinter. Deutlicher noch dokumentiert die Haltung zum Wahlrecht, wie es in den Fraktionen mit Demokratieverständnis und sozialen Zielvorstellungen bestellt war. Während die Forschung an der vermeintlich geschlossenen Phalanx von Konservativen und Liberalen eine »Mittelstandsideologie« beobachtet⁴, welche die politische Partizipation an Bildung und Besitz koppeln wollte, erhoben sich in der Deutschen Zeitung, dem repräsentativsten Sprachrohr konstitutioneller Liberaler, lautstarke Stimmen, die für ein allgemeines, gleiches und geheimes (Männer)Wahlrecht eintraten: »Jede Ausschließung bestimmter Klassen führt zu einer Regierung der Interessen.«⁵ Diese überraschende Position fordert dazu auf, die pauschale Vorstellung eines Liberalismus, der durch das Ventil der Wahlrechtsfrage unterbürgerliche Schichten von der politischen Partizipation auszuschließen suchte, zu revidieren: Zumindest auf rechtlicher Ebene wollten diese Liberalen die sich abzeichnenden Klassendivergenzen aufheben.

Als die Reichsverfassung dann schließlich hauchdünn verabschiedet wurde, stand die Deutsche Zeitung mit voller Überzeugung hinter dem konstitutionell-demokratischen Kompromiß. Auch während der Reichsverfassungskampagne verteidigte sie jenes Dokument, das eine staatsbildende Kontinuität bis in die Bundesrepublik begründen konnte, mit aller publizistischen Vehemenz gegen seine vielfältigen Gegner. Wie diese Gegner aussahen und welches Gewicht ihnen die DZ beim schließlichen Scheitern des nationalen Experiments zumaß, kann den heutigen Blickwinkel auf liberale Politik und ihre Varietäten ebenfalls erweitern.

Die vier großen Gegner dieser nationalen Liberalen waren: der Partikularismus, die Linke, die österreichische Regierung und das preußische Kabinett Brandenburg. Zunächst weist die Stoßrichtung gegen Österreich über den bisherigen Forschungsstand hinaus. Hatte die DZ die staatsrechtliche Ablösung Österreichs vom übrigen Deutschland bereits vor der Revolution ernsthaft erwogen, so avancierte sie bereits im Sommer 1848 zum unbeding-

⁴ M. BOTZENHART, 1977, S. 672.

⁵ DZ 17.12.1848.

ten Anwalt eines kleindeutschen Nationalstaats. Doch weit mehr als mit dem politischen begründet sie diese Haltung mit dem kulturellen Gefälle in der Nationsbildung beider Staaten. Denn im Gegensatz zum Begriff »Nationalstaat«, der diesen Liberalen noch kaum geläufig war, ging ihnen der Begriff »Nationalbildung« schon leichter von der Zunge. In seiner inhaltlichen Füllung weist er auf die weitreichende Bedeutung hin, die mentalen und kulturellen Einstellungen und Lebensstilen bereits aus zeitgenössischer Perspektive für den Grad der Nationsbildung eingeräumt wurde.⁶

Während Vormärz und Revolution prägende Elemente der Nationsbildung – Reiselust, Kommunikationsfreude, beruflicher Austausch und allem voran: die Verwirklichung gemeinsamer Interessen in Gruppen – flächendeckend zu transportieren vermocht hatten, sah die DZ solche Prozesse allesamt an den österreichischen Grenzen enden. Mit politischen, wirtschaftlichen, aber vor allem mit kulturellen Argumenten forderte sie deshalb bereits im Sommer 1848 die völlige Abtrennung Deutschlands von Österreich. Dieser Standpunkt muß die Vorstellung eines im Grunde großdeutsch gebliebenen Liberalismus, der auch nach dem Scheitern des nationalen Einigungsversuchs Österreich weiterhin zur deutschen Nation zählte, modifizieren: Nicht etwa zugunsten einer kleindeutsch fixierten Geschichtsschreibung, aber zugunsten verstärkten Augenmerks auf eine früh einsetzende nationale Realpolitik, die die kleindeutsche Option schon im Sommer 1848 als die zugkräftigere Karte auf dem dornigen Weg zum nationalen Verfassungsstaat einschätzte.

Ebenso grenzten sich die DZ-Liberalen gegen die Demokratie, gegen den Partikularismus und gegen die preußische Regierung Brandenburg ab. Die Gewichtung dieser Feindbilder legt jedoch nahe, die Vorstellung, der Kampf der Liberalen habe sich einseitig nach links verlagert, zumindest ab 1849 zu differenzieren. Zwar bleibt der Linken der bekannte Vorwurf des »frevlen Revolutionstaumels« nicht erspart⁷, doch den eigentlichen Gegner der Zeit sehen diese Liberalen jetzt woanders: im zähen Partikularismus der deutschen Einzelstaaten. Mit ihrer Diskussion, wer am Scheitern der Revolution die größte Verantwortung trage, kann die Deutsche Zeitung die oft verzeichnete Schlagseite nach links deutlich abmildern und zugleich eine historische Perspektive eröffnen, die im Verbund mit dieser Feindbildgewichtung die festgezurrten Positionen der heutigen Revolutionsforschung auflockern kann.

Weder den deutsch-österreichischen Dualismus, dessen Unlösbarkeit Thomas Nipperdey als letztlich ausschlaggebend ansieht, noch die Spaltung in Liberale und Demokraten, die für Dieter Langewiesche den entscheidenden Auslöser des Scheiterns markiert, erweisen sich für die DZ als so wesentlich. Vielmehr ist es die ungeheure Zähigkeit partikularer Traditionen, bei den Monarchen ebenso wie in der Bevölkerung, welche den Versuch der

⁶ Vgl. Programm der DZ, 1847, S. 180.

⁷ DZ 3./4. 12. 1849.

Nationalstaatsgründung zu Fall gebracht habe. Ohne wesentliche Argumente der heutigen Revolutionsforschung damit ausblenden zu wollen, regt diese zeitgenössische Ursachenforschung doch dazu an, das partikulare Profil der vormärzlichen Gesellschaft hinter dem Gesicht nationaler Begeisterung in seinem Beharrungsvermögen stärker zu beachten.

Wie DZ-Liberale zur Verfassungsfrage standen, wirft auch ein erstes Schlaglicht auf ihr Verhältnis zur Macht. Daß machtstaatliches Denken im Liberalismus der 40er Jahre zunehmend an Bedeutung gewann, ist unstrittig und klang ja bereits in den Motiven an, mit denen diese Liberalen dem Ausbau des Zollvereins zunächst den Vorrang vor einer Bundesreform gaben. Das dreistufige Modell, aufbauend auf der Konstitutionalisierung Preußens und dann der übrigen Staaten ohne Verfassung, mit dem sie ihr Endziel eines nationalen Verfassungsstaats zunächst erreichen wollten, ist neben vielen weiteren Indizien ein unübersehbarer Fingerzeig, daß von einem radikalen Wandel des Nationsbegriffs weg von der Freiheit und hin zur Macht hier nicht die Rede sein konnte. Vielmehr belegt die DZ auf verfassungspolitischer Ebene, daß die liberale Freiheitsutopie ihren angestammten Platz gegenüber den entstehenden Machtambitionen sehr wohl zu behaupten mußte.

Sie vertrete die »bürgerlichen Interessen«, hat DZ-Leser Wilhelm Keller der Deutschen Zeitung ohne Umschweife ins Stammbuch geschrieben. Doch hinter dieser Formel verbargen sich bereits im ausgehenden Vormärz durchaus unterschiedliche Vorstellungen, wie der bürgerliche Weg im Lichte der heraufziehenden Industrialisierung fortzusetzen sei. Daß die Integrationskraft eines harmonischen Bildes kleiner Selbständiger bereits im Schwinden begriffen war, verdeutlichen wenige liberale Foren so klar wie die Deutsche Zeitung. Als ideologischen Überbau propagiert sie zwar noch das »einfache Staatsbürgertum ... in dem die früher geschiedenen Stände gleichberechtigt aufgehen«⁸, doch vor dem prospektiven Hintergrund einer »sich ungleich schichtenden Gesellschaft« wird dieses Versprechen jetzt modern umgedeutet.⁹ Zur Lösung der Sozialen Frage bot die DZ eine Palette wirtschaftspolitischer Instrumente an, die von Gewerbevereinen und Freizügigkeit über forcierte Industrialisierung, Steuersenkung, Schutzzoll und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis zur Randposition unbeschränkter Gewerbefreiheit reichte. Die Sozialverpflichtung des Staates sollten vornehmlich Kirche und Kommune übernehmen. Welche Risse die Bindekraft der klassenlosen Bürgergesellschaft schon im ausgehenden Vormärz aufwies, illustriert das sozioökonomische Denken dieser Liberalen in einer Deutlichkeit, die den Weg in die bürgerliche Moderne bereits vorgezeichnet erscheinen läßt.

Weit weniger progressiv wurde einem Deutungsangebot anderer Art begegnet: Dem von Kirche und Religion. Obwohl diese Liberalen die Forde-

⁸ Programm der DZ, 1847, S. 186.

⁹ DZ 18. 3. 1848.

rungen der neuen freikirchlichen Gemeinden inhaltlich bejahten, lehnten sie deren Abkoppelung von der Kirche dezidiert ab. Auch ihre Kritik an den kirchenpolitischen Paragraphen der Reichsverfassung indizierte eine kirchen- und religionsverbundene Haltung, die auch auf das soziale Profil bürgerlicher Religiosität verweist. Denn neuere Annahmen, vor allem Bildungsbürger seien zunehmend auf Distanz zu Kirche und Religion gegangen, lassen sich angesichts der Trägerschichten, die hinter diesem kirchenverbundenen Programm standen, so nicht aufrechterhalten: Vielmehr vertraten wesentliche und meinungsprägende Teile der bürgerlichen Führungsschicht im späten Vormärz einen Liberalismus, der sich als modern und zugleich »als Freund von Kirche und Religion« verstand.¹⁰

Auch wo die Schnittlinien von Nation, Kirche und Konfession im Liberalismus verlaufen, konnte die Analyse der DZ aufdecken. Kirchliche und nationale Identität gingen hier keineswegs ineinander über, sondern wurden als jeweils eigenständiger Ausdruck eines unterschiedlich gelagerten Zugehörigkeitsbewußtseins verstanden, welches das Leben als Bürger und Christ durchdrang. Zum »Religions- oder Kirchenersatz« stilisierten diese Liberalen die Nation nicht. Obwohl die überwältigende Dominanz des Protestantismus in liberalen Milieus auch hier wieder durchschlug, konnte der nationale Liberalismus, wie ihn die Deutsche Zeitung repräsentierte, Katholiken durchaus noch integrieren. Denn nicht Konfession, sondern Illiberalität schloß hier von der Nationsbildung aus.

Schließlich lassen sich die DZ-Liberalen auch jener progressiven Minderheit zuordnen, die den Juden rechtsstaatliche Garantien *und* staatsbürgerliche Teilhabe zugleich sichern wollten. Doch nicht nur in der Forderung nach politischer Partizipation, sondern auch in der Frage der jüdischen Akkulturation verkörperte die DZ die liberale Avantgarde. Mit ihrer Forderung nach Lehrstühlen für jüdische Theologie, der auf sozialgeschichtlicher Ebene ein sehr hoher Anteil jüdischer Korrespondenten korrelierte, klagte sie für die Juden deren Recht auf jüdische Identität ein: eine liberale Vorreiterposition, die sich erst in den 60er Jahren allmählich durchsetzen sollte.

Was den außenpolitischen Kurs dieser nationalen Liberalen anging, sollten Neutralität gegenüber den Großmächten und Allianzen mit den kleineren Staaten ein neues europäisches Gleichgewicht bewirken. Die Vorstellung einer mitteleuropäischen Friedensordnung zielte auf ein starkes Deutschland, nicht jedoch auf einen imperialistischen Machtstaat, der neuerdings in der Liberalismusforschung so betont wird. Als wirkungsmächtigstes Kriterium, das Freundschaft oder Feindschaft zu den europäischen Nachbarn konstituieren konnte, kristallisierte sich deren politisches System heraus. Dessen Grad an Liberalität bestimmte das außenpolitische Verhältnis maßgeblich, weshalb Belgien, England und die USA zu den politischen Vorbildern dieser Liberalen avancierten. Frankreich dagegen blieb ausgeklammert: Territoriale und kulturelle Motive überlagerten hier die Tatsache

¹⁰ DZ 6. 1. 1848.

einer Verfassung und konstituierten eine neue Gegnerschaft, die das frankophile Klima der 30er Jahre ablöste.

Ethnozentrisches Denken, das einige Historiker in letzter Zeit vorrangig gewichten, wird im Denken der DZ-Liberalen nur am Rande virulent, ganz im Gegensatz zu Kultur und Mentalität, die kontinuierlich als außenpolitischer Gradmesser herangezogen werden und auch dazu dienen, die eigene Identität herauszubilden. Was bereits im verfassungspolitischen Programm der DZ anklang, findet in der außenpolitischen Haltung einen noch stärkeren Niederschlag: Macht- und Gewaltbereitschaft kennzeichnen diesen nationalen Liberalismus weit weniger als die Kontinuität frühliberaler Freiheitstopoi. Parallel dazu erweist sich ein kultureller Nationalismus als tragende Kraft im Entwurf der gedachten Ordnung Nation.

Bürger und Liberale gilt es jedoch nicht nur in ihren politischen Handlungsräumen anzuschauen, sondern ebenso in ihren sozialen Lebenswelten, um das liberale Versprechen auf seine gesellschaftliche Einlösung abfragen zu können. Die räumliche Verteilung der DZ-Korrespondenten bestätigte für die Führungsebene, daß der Anspruch, ein gesamtdeutsches Kommunikationsnetz aufzuspannen, durchweg eingelöst wurde. In allen deutschen Staaten ließen sich Mitarbeiter für das Zeitungsprogramm gewinnen. Dabei kristallisierte sich eine deutliche Affinität von liberaler Dynamik und einem fortschrittlichen Verfassungsleben heraus: Dort, wo politische Partizipationsrechte bereits verankert waren, häuften sich auch die Mitarbeiter. Damit bestätigt die DZ den derzeitigen Forschungsstand darin, daß die Hochburgen aktiver Nationsbildner in den städtischen Milieus des konstitutionellen Deutschlands und des Rheinlands lagen. Die These territorialer Mobilitätsbarrieren¹¹ kann sie indes modifizieren: Im Mitarbeiterstab der Deutschen Zeitung flossen süddeutsche, rheinische und preußische Opposition bereits vor 1848 zu einem nationalen Liberalismus zusammen, der auch österreichische Liberale punktuell einzubinden vermochte.

An den Sozialprofilen dieser Führungsschicht wurde deutlich, daß die eigentliche Agrarbevölkerung sowie der handwerklich-gewerbliche Mittelstand für die Ziele der Deutschen Zeitung kaum zu gewinnen waren. Von überwältigender Dominanz erwiesen sich dagegen die Beamtenschaft, Bildungsberufe und die freie Intelligenz. Dieses Ergebnis belegt einmal die Kontinuität staatsdienlicher Teilhabe im Liberalismus. Daneben erweisen sich die beruflichen Rekrutierungsfelder, welche für die Paulskirchenabgeordneten signifikant waren, nämlich Justiz, Verwaltung und Universität, auch für diese liberale Elite als gültig.

Die räumliche Verteilung der breiteren Anhängerschaft, wie sie die Leser des nationalen Blattes verkörperten, bestätigte zunächst das Ergebnis auf Führungsebene. Zum Nachweis, ob diese Raummuster, welche die Deutsche Zeitung in der vormärzlichen Landschaft hinterließ, zu den bekannten liberalen Hochburgen korrelierte oder nicht, wurden die Wahlergebnisse

¹¹ Vgl. H. BEST, *Männer*, 1990, S. 236.

zur Nationalversammlung herangezogen. Im Vergleich zu diesen Zahlen, die die politische Prägung breiter Bevölkerungsgruppen verdeutlichen, zeichnete sich jedoch ein Spannungsverhältnis des Liberalismus, wie er sich auf nationaler Ebene präsentierte und seiner Resonanz in regionalen Lebenswelten ab.

Die soziale Schichtung der Leserschaft wies erneut eine Dominanz der Bildungsberufe aus, wie sie bereits die Mitarbeiterebene geprägt hatte, doch Angehörige des kaufmännischen und agrarischen Sektors waren hier sehr viel stärker vertreten. Auch Stadtbürger, die ja nicht per se traditionell dachten, fühlten sich von diesem national ambitionierten Programm durchaus angesprochen, was die hohen Spenden dieser Gruppe oder Briefe wie der des Anhaltinischen Kaufmanns S. C. Calms illustrierten: »Mit mir denken und fühlen gleich, der Gebildeten noch Manche hier, die Ihre stete Mahnung beherzigt wissen wollen.«¹²

Obwohl sich am Sozialprofil unterhalb der Führungsebene ein sehr viel breiteres berufliches Spektrum beobachten ließ, verliefen die Übergänge zwischen Führung und Basis im wesentlichen fließend. Damit unterscheidet sich dieses national orientierte Milieu entscheidend von den liberalen Erfahrungsräumen des frühen Vormärz, in denen sich die breitere Anhänger-schaft stark aus klein- und unterbürgerlichen Schichten rekrutiert hatte. In der Deutschen Zeitung dagegen standen Wortführer und Anhänger meist auf den gleichen Sprossen der sozialen Leiter. Deshalb trifft auch die Vorstellung einer »engen Verflechtung nach unten«¹³ auf die soziale Hierarchie dieses nationalen Liberalismus nicht zu, da hier im wesentlichen beide Ebenen gleichermaßen durch den hohen Anteil neuer bürgerlicher Eliten geprägt waren. Die Durchlässigkeit zwischen intellektueller Führung und Basis spricht viel mehr für die Vorstellung des Liberalismus als einer sozialen Pyramide, mit deren gesellschaftlicher Verdünnung nach oben auch der Anspruch immer nationaler wurde.

Denn in seiner sozialen Formierung schottete sich dieser Liberalismus dezidiert nach unten ab. Kleinbürgerliche Schichten konnte er nur marginal, unterbürgerliche gar nicht mehr integrieren. Bildungsbürger, deren biographische Umrisse den fraglichen Begriff hier mit Leben füllten, dominierten diesen nationalen Liberalismus. Eine zentrale Fragestellung dieser Studie ist damit beantwortet: Zwar galt auch der Deutschen Zeitung die Vorstellung einer Harmonie mittlerer Existenzen noch als gesamtgesellschaftliche Zielvision, doch in der lebensweltlichen Realität war diese Vision nicht mehr aufrecht zu erhalten: Liberaler Erwartungshorizont und sozialer Erfahrungsraum waren bereits vor der Jahrhundertmitte sichtbar auseinandergefallen.

Raummuster und Sozialprofile dieser liberalen Trägerschichten lassen sich in Verbindung mit der hier vertretenen nationalen Realpolitik als ein

¹² Vgl. C. Calm an die DZ am 12. 9. 1847, HH 2539.

¹³ P. NOLTE, *Gemeindebürgertum*, 1994, S. 177.

komplementärer Beleg für eine veränderte Sichtweise auf den Liberalismus in seiner spezifischen Umbruchsituation um 1850 begreifen: Solange die Nation abstrakt bleibt und nur als übergeordnete Solidaritätsformel beschworen wird, fällt es dem Nationalismus leicht, sich als Massenbewegung zu konstituieren. Werden liberale Lebenswelten aber direkt damit konfrontiert, den nationalen Entwurf umzusetzen, entscheiden sich nur wenige ihrer Bewohner für die Einlösung des großen Versprechens. Und diese wenigen sind sozial exponiert. Damit weisen wesentliche Ergebnisse dieser Arbeit darauf hin, das regionale Profil des Frühliberalismus vielleicht doch stärker als »die genuine Ausdrucksform der bürgerlichen Bewegung« zu begreifen.¹⁴ Dies wäre auch ein Signal, den föderativen Grundtenor der vormärzlichen Gesellschaft im Konzert nationaler Stimmen wieder stärker zu akzentuieren.

Schließlich ließ sich auch die Rezeptionsweise der Deutschen Zeitung, ihre unterschiedlichen »Lesarten«, als Signum für Bürgerlichkeit verstehen. Als Zeitungsleser blieb man im Vormärz nicht lange allein, und der Diskurs über das Gelesene war ein typisches Verhaltensmuster bürgerlicher Kultur mit ihrem Wunsch nach Diskussion, Kritik und Reflexion. Wer zu diesem Diskurs beitrug, praktizierte Nationsbildung – und war sich dessen bewußt, wie das bürgerliche Selbstbewußtsein veranschaulichte, mit dem sich alle DZ-Leser vom Realschullehrer bis zum Staatsminister als gleichberechtigte Teilhaber am Projekt der Moderne verstanden.

Bürger und Liberale gilt es, an ihren Taten zu messen und in ihren konkreten Lebenswelten aufzusuchen¹⁵: Der nationale Liberalismus, wie ihn die Deutsche Zeitung trennscharf verkörperte, stand mit einem Bein auf dem Standpunkt der politischen Emanzipation – mit dem anderen hatte er bereits vor der Revolution jenen Scheideweg betreten, der aus liberaler Perspektive Bürgerwelt von bürgerlicher Klassengesellschaft trennen sollte.

¹⁴ W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 84.

¹⁵ So hat Dieter Langewiesche das derzeitige Forschungsprogramm der Liberalismus- und Bürgertumsforschung skizziert, vgl. DERS., *Frühliberalismus*, 1997, S. 78; DERS., *Liberalismus und Bürgertum in Europa*, 1995, S. 361.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

a) Abbildungen

1. Die Zeitungsliebhaberey, 1837. Kolorierte Radierung von Andreas Geiger nach einer Vorlage von Johannes Christian Schoeller, 1837 Schutzumschlag
Deutsches Zeitungsmuseum, Meersburg
2. Die Zeitungsliebhaberey (wie Abb. 1) Vor- und Nachsatz
3. Quittung über den Kauf einer halben DZ-Aktie am 3. August 1849, ausgestellt an Heinrich von Gagern 6
Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt a. M.
4. Titelblatt der ersten Ausgabe der Deutschen Zeitung vom 1. Juli 1947 9
Heidelberger Universitätsbibliothek
5. Georg Gottfried Gervinus (1805–1871), Herausgeber und Chefredakteur der Deutschen Zeitung 1847/48
Friedrich Daniel Bassermann (1811–1855), Verleger der Deutschen Zeitung 1847/48
Karl Mathy (1807–1868), Herausgeber, später leitender Redakteur der Deutschen Zeitung 1848–1850
Alexander von Soiron (1806–1855), badischer liberaler Politiker und Mitglied der Gothaer Partei 10
Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt a. M.;
Städtisches Reiss-Museum, Mannheim
6. Layout der Deutschen Zeitung vom 21. Mai 1848 106
Ulrike von Hirschhausen
7. Rück- und Fortschritte der Presse. Kolorierte Radierung von Andreas Geiger, 1848 135
Deutsches Zeitungsmuseum, Meersburg
8. Ein Redakteur und ein Mitarbeiter. Stahlstich von Perleska, um 1830 237
Deutsches Zeitungsmuseum, Meersburg
9. Erste Liste von Aktienzeichnungen für die Deutsche Zeitung 287/88
Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt a. M.

b) Tabellen

1. Die räumliche Verteilung der DZ-Mitarbeiter im Deutschen Bund und im Ausland	55
2. Zusammensetzung der deutschen DZ-Mitarbeiter nach Erwerbsbereichen	61
3. Berufliche Zusammensetzung der DZ-Mitarbeiter im Erwerbsbereich Verwaltung und Justiz	62
4. Berufliche Zusammensetzung der DZ-Mitarbeiter im Erwerbsbereich Bildung und freie Intelligenz	64
5. Hypothetische Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Zeitung für das Geschäftsjahr 1847/48 in Gulden	72
6. Auflagenentwicklung der Deutschen Zeitung während der gesamten Erscheinungsdauer 1. 7. 1847 bis 30. 12. 1850	82
7. Nachrichtenauswahl der Deutschen Zeitung nach Ländern von 1847-1850.	102
8. DZ-Leser im Deutschen Bund ohne Österreich im Verhältnis zu den einzelstaatlichen Wahlergebnissen zur Nationalversammlung 1848	292
9. Zusammensetzung der DZ-Leser nach Erwerbsbereichen	302
10. Berufliche Zusammensetzung der DZ-Leser im Erwerbsbereich Verwaltung und Justiz	305
11. Berufliche Zusammensetzung der DZ-Leser im Erwerbsbereich Bildung und freie Intelligenz	307

Verzeichnis der Abkürzungen

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AAZ	Augsburger Allgemeine Zeitung
BAFfm.	Außenstelle des Bundesarchivs, Frankfurt a. M.
GG	Geschichte und Gesellschaft
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HH	Heidelberger Handschriften
HZ	Historische Zeitschrift
NDB	Neue Deutsche Biographie
NPL	Neue Politische Literatur
o. D.	ohne Datum
StA Mannheim	Stadtarchiv Mannheim
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZBKG	Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte
zit. n.	zitiert nach

A. Ungedruckte Quellen

1. Universitätsbibliothek Heidelberg (HH)

Nachlaß Georg Gottfried Gervinus:

HH 2523 – HH 2528, Korrespondenz

HH 2539/40 Korrespondenzen und Papiere der Deutschen Zeitung

HH 2541 Inhaltsverzeichnis aller Briefe an Gervinus

Nachlaß Ludwig Häusser:

HH 2628, Briefe aus dem Nachlaß

Nachlaß Karl Mittermaier:

HH 2746, Briefe aus dem Nachlaß

HH 3777, Aktenbestand und Korrespondenzen der Deutschen Zeitung

2. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

33/34712: Zensur auf die Deutsche Zeitung

48/546: Korrespondenz Dusch/Mathy 1848

48/1037: Korrespondenz des Staatsraths Mathy über die Deutsche Zeitung mit Buchhändler Reimer in Leipzig, Juli 1849 – Mai 1850

52/130: Nachlaß Blittersdorff, Korrespondenz mit der Deutschen Zeitung

233/34712: Kurhessische Beschwerde gegen in Baden erscheinende Zeitungen 1847–1848

233/34788: Abonnement auf die Deutsche Zeitung

236/250: Badisches Ministerium des Inneren an das Stadtamt Mannheim

236/5752: Gesetz über die Polizei der Presse 1848–1850

3. Stadtarchiv Mannheim (StA Mannheim)

Kleine Erwerbungen:

Nr. 39 Briefe Bassermanns

Nr. 211 Briefe Häussers

Nr. 251 Briefe Mathys
Nr. 474 Briefe Bassermanns

4. Außenstelle des Bundesarchivs in Frankfurt a. M. (BAFfm.)

Teilnachlässe:

FSg 1/57 Bassermann

FSg 1/94 Gervinus

FSg 1/133 Mathy

FSg 1/139 Mittermaier

FN 4 Nachlaß Buhl

Nachlaß Heinrich von Gagern:

FN 7 V/26 – FN 7 V/44 Korrespondenz

FN 7 V/75 Sachakten

Nachlaß Max von Gagern:

FN 7 VIII/19 Korrespondenz

FN 7 Anhang

FN 9 Nachlaß Kolb

B. Gedruckte Quellen und Literatur

1. Gedruckte Quellen

- Bassermann, Friedrich Daniel: *Denkwürdigkeiten 1811–1855*. Frankfurt a. M. 1926.
- Bassermann, Friedrich Daniel/Mathy, Karl: *Ungedruckte Briefe Mathys und Bassermanns an v. Beckerath*, in: *Deutsche Revue* 7 (1882), S. 168–186, 273–297.
- Becker, Albert: *Zur Geschichte der »Deutschen Zeitung«*. Ihr Gründer K. J. A. Mittermaier (1787–1867), in: *Historische Vierteljahrsschrift* 31 (1937), S. 375–383.
- Deutsche Zeitung*, Jahrgänge 1847–1850, Heidelberg, Frankfurt a. M. 1847–1850.
- Programm der Deutschen Zeitung vom 8. 5. 1847*, in: L. Müller, *Die politische Sturm- und Drangperiode Badens 1840–1850*, Karlsruhe 1905/06, S. 179–188.
- Eigenbrodt, Reinhard: *Meine Erinnerungen aus den Jahren 1848, 1849 und 1850*. Hrsg. von Ludwig Bergsträsser, Darmstadt 1914.
- Gagern, Heinrich v.: *Deutscher Liberalismus im Vormärz. Briefe und Reden 1815–1848*. Bearb. von Paul Wentzcke und Wolfgang Klötzer, Göttingen 1959.
- Gervinus, Georg Gottfried: *Sein Leben von ihm selbst erzählt*, Leipzig 1893.
- Glossy, Karl: *Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz*, Wien 1912.
- Häusser, Ludwig: *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution*, Heidelberg 1851.
- Hansen, Joseph (Hrsg.): *Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850*, Bd 2, Bonn 1942.
- Haym, Rudolf: *Aus den letzten Tagen der Paulskirche. Briefe Rudolf Hayms*, mitgeteilt von Paul Wentzcke, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, 1925, S. 46–80.
- Ausgewählter Briefwechsel Rudolf Hayms*. Hrsg. von Hans Rosenberg, Berlin/Leipzig 1930.
- Ippel, Eduard (Hrsg.): *Briefwechsel zwischen Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus*, Berlin 1885/86.
- Clothilde Koch-Gontard *an ihre Freunde. Briefe und Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Einheitsbewegung 1843–1869*. Bearb. von W. Klötzer, Frankfurt a. M. 1969.
- Mathy, Karl: *Ungedruckte Briefe Mathy's und Bassermann's an v. Beckerath*, in: *Deutsche Revue* 7 (1882), S. 168–186, S. 274–297.
- Mathy, Ludwig (Hrsg.): *Aus dem Nachlass von Karl Mathy. Briefe aus den Jahren 1846–1848*, Leipzig 1898.
- Mathy, Ludwig (Hrsg.): *Briefe von und an Karl Mathy aus dem Frühling 1848*, in: *Deutsche Revue* 33/2 (1908), S. 265–281.
- Mittermaier, K. und F.: *Bilder aus dem Leben von K. J. A. Mittermaier*, Heidelberg 1886.
- Richard Roepell *und die Deutsche Zeitung*. Mit einem ungedruckten Brief Roepells an G. G. Gervinus. Hrsg. von O. Dammann, in: *ZGO* 98 (1950), S. 307–316.
- Rochau, Ludwig August v.: *Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands*. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M./Berlin 1972.
- Rotteck, Karl v./Welcker, Carl Theodor (Hrsg.): *Staats-Lexicon oder Enzyklopädie der Staatswissenschaften*, Bd. 1–15, Altona 1834–1843.
- Schön, Theodor v.: *Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen v. Marienburg*, Bd. 2, Berlin 1875.

- Thorbecke, Paul: Aus Deutschlands Sturm- und Drangperiode. Bilder in Briefen an Gervinus, Mathy und F. D. Bassermann, in: *Deutsche Revue*, 34/2 (1909), S. 92–105 und 208–225.
- Karl Freiherr v. Vincke über die Bewegungen in den Jahren 1847 und 1848. Ungedruckte Briefe desselben. Hrsg. von Georg v. Below, in: *Deutsche Revue* 27 (1902), S. 91–108.

2. Weitere Quellen und Literatur

- Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. durch die historische Kommission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, Bde. 1–56, Leipzig 1875–1912.
- Altgeld, Wolfgang: *Katholizismus, Protestantismus, Judentum. Über religiös begründete Gegensätze und nationalreligiöse Ideen in der Geschichte des deutschen Nationalismus*, Mainz 1992.
- Angermann, Erich: Karl Mathy als Sozial- und Wirtschaftspolitiker, in: *ZGO* 103 (1955), S. 499–622.
- Asmus, Helmut: Die »Deutsche Zeitung« und die preußische Verfassungsfrage, in: *Wiss. Zeitschrift der pädagogischen Hochschule Magdeburg* 1972, H. 5/6, S. 97–112.
- Berding Helmut (Hrsg.): *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1994.
- Bergengruen, A.: *David Hansemann*, Berlin 1901.
- Bergsträsser, Ludwig: Die Heidelberger »Deutsche Zeitung« und ihre Mitarbeiter, in: *Historische Vierteljahrsschrift* 31 (1937), S. 127–161 und S. 343–374.
- Best, Heinrich: *Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland*, Göttingen 1980.
- Best, Heinrich: *Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49*, Düsseldorf 1990.
- Best, Heinrich/Weege, Wilhelm: *Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1996.
- Beyrer, Klaus/Dallmeier, Martin (Hrsg.): *Als die Post noch Zeitung machte*, Frankfurt a.M. 1994.
- Birke, Adolf/Heydemann, Günther (Hrsg.): *Die Herausforderung des europäischen Staatensystems. Nationale Ideologie und staatliches Interesse zwischen Restauration und Imperialismus*, Göttingen 1989.
- Blackbourn, David/Eley, Geoff: *The Peculiarities of German History*, Oxford 1984.
- Blieber, Helmut (Hrsg.): *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871*, Berlin 1977.
- Blieber, Helmut/Schmidt, Walter (Hrsg.): *Männer der Revolution von 1848*, Bd. 2, Berlin 1987.
- Blessing, Werner K.: *Gottesdienst als Säkularisierung? Zu Krieg, Nation und Politik im bayerischen Protestantismus des 19. Jahrhunderts*, in: W. Schieder (Hrsg.), *Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 216–253.
- Boch, Rudolf: *Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857*, Göttingen 1990.
- Boldt, Werner: *Konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie? Die Auseinandersetzung um die deutsche Nationalversammlung von 1848*, in: *HZ* 216 (1973), S. 553–622.
- Borowsky, Peter: *Was ist Deutschland? Wer ist deutsch? Die Debatten zur nationalen Identität 1848 in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt und in der*

- preußischen Nationalversammlung zu Berlin, in: Berndt Jürgen Wendt (Hrsg.), Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen. Nationale Identität und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1992, S. 81–95.
- Botzenhart, Manfred: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850, Düsseldorf 1977.
- Brandt, Harm-Hinrich: The Revolution of 1848 and the Problem of Central European Nationalities, in: H. Schulze (Hrsg.), Nation-Building in Central Europe, Leamington Spa 1987, S. 107–134.
- Brederlow, Jörn: »Lichtfreunde« und »freie Gemeinden«: Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49, München 1976.
- Burg, Peter: Die deutsche Trias in Idee und Wirklichkeit. Vom alten Reich zum Deutschen Zollverein, Stuttgart 1989.
- Censer, Jack/Popkin, Jeremy (ed.): Press and Politics in Pre-Revolutionary France, Berkeley 1987.
- Conze, Werner/Koselleck, Reinhart/Kocka, Jürgen /Lepsius, M. Rainer (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, 4 Bde., Stuttgart 1985–1992.
- Craig, Gordon: Die Politik der Unpolitischen. Deutsche Schriftsteller und die Macht 1770–1871, München 1993.
- Dann, Otto (Hrsg.): Die deutsche Nation. Geschichte – Probleme – Perspektiven, Vierow 1994.
- Darnton, Robert: The Business of Enlightenment. A Publishing History of the Encyclopédie 1775–1800, Cambridge 1979.
- Derwein, Herbert: Heidelberg im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Ein Stück badischer Bürgergeschichte, Heidelberg 1985.
- Deuchert, Norbert: Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. Politische Presse und Anfänge deutscher Demokratie 1832–1848. Stuttgart 1983.
- Deutsch, Karl W.: Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality, Cambridge 1966.
- Deutsch, Karl W.: Nationenbildung, Nationalstaat, Integration. Hrsg. von A. Ashkenasi und P. Schulze, Düsseldorf 1972.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815–1856, Göttingen 1991.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Die deutsche Frage und das europäische Mächtesystem 1815–1871, München 1993.
- Düding, Dieter: Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984.
- Eichmeier, Jens Peter: Anfänge liberaler Parteibildung, Göttingen 1986.
- Fehrenbach, Elisabeth: Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, München 1992.
- Fenske, Hans: Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachtsträume, in: Historisches Jahrbuch 97 (1978), S. 336–383.
- Fenske, Hans: Ungeduldige Zuschauer. Die Deutschen und die europäische Expansion 1815–1880, in: Wolfgang Reinhard (Hrsg.), Imperialistische Kontinuität und nationale Ungeduld im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1991, S. 87–123.
- Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17.–20. Jahrhunderts, München 1972.
- Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980, Düsseldorf 1981.

- Foerster, Cornelia: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982.
- Freimark, Peter (Hrsg.): Juden in Preußen und Juden in Hamburg, Hamburg 1983.
- Freimark, Peter/Jankowski, Alice/Lorenz, Ina S. (Hrsg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991.
- Freitag, Gustav: Karl Mathy. Geschichte seines Lebens, Leipzig 1870.
- Frölich, Jürgen: Die Berliner »Volkszeitung« 1853–1867, Frankfurt a.M. 1990.
- Gall, Lothar: Ludwig Häusser als Historiker und Politiker des kleindeutschen Liberalismus, in: Ruperto Carola 41 (1967), S. 82–90.
- Gall, Lothar: Georg Gottfried Gervinus, in: Deutsche Historiker, Bd. 5. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1972, S. 7–26.
- Gall, Lothar: Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220 (1975), S. 324–356.
- Gall, Lothar: Liberalismus und Nationalstaat. Der deutsche Liberalismus und die Reichsgründung, in: H. Berding u. a. (Hrsg.), Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder, München/Wien 1978, S. 287–300.
- Gall, Lothar: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989.
- Gall, Lothar (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993.
- Gall, Lothar/Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995.
- Gall, Lothar (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997.
- Gebhardt, Hartwig: Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49, Bremen 1974.
- Gillessen, Günter: Lord Palmerston und die Einigung Deutschlands. Die englische Politik von der Paulskirche bis zu den Dresdner Konferenzen (1848–1851), Lübeck 1961.
- Gollwitzer, Heinz: Friedrich Daniel Bassermann und das deutsche Bürgertum, Mannheim 1955.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Die Politisierung des religiösen Bewußtseins. Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz: Das Beispiel des Deutschkatholizismus, Stuttgart 1978.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Protestantische Theologie und die Formierung der bürgerlichen Gesellschaft, in: ders., Profile des neuzeitlichen Protestantismus, Bd. 1, Gütersloh 1990, S. 11–54.
- Graf, Friedrich Wilhelm: Die Spaltung des Protestantismus. Zum Verhältnis von evangelischer Kirche, Staat und »Gesellschaft« im frühen 19. Jahrhundert, in: W. Schieder (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 157–190.
- Grimm, Dieter: Deutsche Verfassungsgeschichte 1776–1866, Frankfurt a.M. 1988.
- Groth, Otto: Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft, München 1948.
- Gruner, Wolf D.: Die deutsche Frage. Ein Problem der europäischen Geschichte seit 1800, München 1985.
- Hahn, Hans Henning: Polen im Horizont preußischer und deutscher Politik im 19. Jahrhundert, in: K. Zernack (Hrsg.), Zum Verständnis der Polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772–1871, Berlin 1987, S. 1–19.
- Hansen, Joseph: Gustav v. Mevissen, Berlin 1906.
- Hardtwig, Wolfgang/Brandt, Harm-Hinrich (Hrsg.): Deutschlands Weg in die Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur im 19. Jahrhundert, München 1993.

- Harnack, Axel v.: Friedrich Daniel Bassermann und die deutsche Revolution von 1848/49, München 1920.
- Haupt, Hans-Gerhard/Lenger, Friedrich: Liberalismus und Handwerk in Frankreich und Deutschland um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: D. Langewiesche (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, S. 305–331.
- Hauser, Christoph: Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.
- Herzig, Arno: Die Juden in Preußen im 19. Jahrhundert, in: P. Freimark (Hrsg.), *Juden in Preußen und Juden in Hamburg*, Hamburg 1983, S. 32–58.
- Hettling, Manfred: Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990.
- Hodenberg, Christina v.: Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49, Göttingen 1996.
- Hofer, Frank Th.: Pressepolitik und Polizeistaat Metternichs. Die Überwachung von Presse und politischer Öffentlichkeit durch das Mainzer Informationsbüro (1833–1848), München 1983.
- Hoerner, Manfred: Die Wahlen zur badischen Zweiten Kammer im Vormärz (1819–1847), Göttingen 1987.
- Hoffmann, Lutz: Die Konstitution des Volkes durch seine Feinde, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 13–37.
- Holl, Karl/Trautmann, Günter/Vorländer Hans (Hrsg.): *Sozialer Liberalismus*, Göttingen 1986.
- Huber, Ernst Rudolf: *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 2. *Der Kampf um Einheit und Freiheit. 1830–1850*, Stuttgart 1978.
- Hübinger, Gangolf: Georg Gottfried Gervinus. Historisches Urteil und politische Kritik, Göttingen 1984.
- Hürten, Heinz: *Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960*, Mainz 1986.
- Jeismann, Michael/Ritter, Henning (Hrsg.): *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993.
- Jöhlinger, Otto: Die Tragödie einer liberalen Zeitung, in: *Vossische Zeitung* Nr. 343, 11. 7. 1920.
- Kaschuba, Wolfgang: Zwischen Deutscher Nation und Deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: D. Langewiesche (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, S. 83–108.
- Kaschuba, Wolfgang: Nationalismus und Ethnozentrismus, in: M. Jeismann/H. Ritter (Hrsg.), *Grenzfälle*, Leipzig 1993, S. 239–273.
- Kaschuba, Wolfgang: Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: J. Kocka (Hrsg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. 3, Göttingen 1995, S. 82–127.
- Katzenstein, Peter J.: *Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815*, Berkeley 1976.
- Kleßmann, Christoph: Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, in: *HZ* 218 (1974), S. 283–337.
- Kocka, Jürgen: Das europäische Muster und der deutsche Fall, in: ders. (Hrsg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl*, Bd. 1, Göttingen 1995, S. 9–84.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1987.
- Kolb, Eberhard: Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: *Saeculum* 26 (1975), S. 111–127.

- Kosselleck, Reinhart: Feindbegriffe, in: Jahrbuch 1993 der deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (1994), S. 83–90.
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der Deutschen Presse, Teil 2, Berlin 1966.
- Koszyk, Kurt: Gustav Höfken. Ein Lebensbild aus dem 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 71, Dortmund 1978, S. 5–118.
- Kühne, Jörg-Detlef: Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, Frankfurt a. M. 1985.
- Langewiesche, Dieter: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: GG 4 (1978), S. 324–361.
- Langewiesche, Dieter: Republik, Konstitutionelle Monarchie und »soziale Frage«. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: HZ 230 (1980), S. 529–548.
- Langewiesche, Dieter: (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1848/49. Darmstadt 1983.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.
- Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988.
- Langewiesche, Dieter: »Fortschritt«, »Tradition« und »Reaktion« nach der Französischen Revolution bis zu den Revolutionen von 1848, in: Jochen Schmidt (Hrsg.), Aufklärung und Gegenklärung in der europäischen Literatur, Philosophie und Politik von der Antike bis zur Gegenwart. Darmstadt 1989, S. 446–458.
- Langewiesche, Dieter: Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: GWU 42 (1991), S. 754–766.
- Langewiesche, Dieter: Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: HZ 254 (1992), S. 341–381.
- Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: NPL 40 (1995), S. 190–236.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Bürgertum in Europa, in: J. Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 3, Göttingen 1995, S. 243–277.
- Langewiesche, Dieter: Frühliberalismus und Bürgertum 1815–1849, in: L. Gall, (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 63–130.
- Lenger, Friedrich: Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt 1988.
- Lilienthal, K. v./Mittermaier, W.: K. J. A. Mittermaier als Gelehrter und Politiker, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. 43. Berlin/Leipzig 1922, S. 157–181.
- Lutz, Heinrich: Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866, Berlin 1985.
- Mann, Bernhard: Das Ende der Deutschen Nationalversammlung im Jahre 1849, in: HZ 214 (1972), S. 265–309.
- Marcks, Erich: Ludwig Häusser und die politische Geschichtsschreibung in Heidelberg, in: Heidelberger Professoren aus dem 19. Jahrhundert, Heidelberg 1903.
- Matz, Klaus-Jürgen: Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1980.
- Mergel, Thomas: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914, Göttingen 1994.
- Meyer, Hans-Friedrich: Zeitungspreise in Deutschland im 19. Jahrhundert und ihre gesellschaftliche Bedeutung, Münster 1969.

- Meyer, Manfred: Freiheit und Macht. Studien zum Nationalismus süddeutscher Liberaler 1830–1848, Frankfurt a.M. 1994.
- Mosse, Werner E.: The European Powers and the German Question 1848–1871, Cambridge 1958.
- Müller, Harald: Zu den außenpolitischen Zielvorstellungen der gemäßigten Liberalen am Vorabend und im Verlauf der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 am Beispiel der »Deutschen Zeitung«, in: H. Bleiber (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin 1977, S. 229–265.
- Müller, Hildegard: Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy 1840–1848, Heidelberg 1986.
- Müller, Leonhard: Die politische Sturm- und Drangperiode Badens 1840–1850, Bd. 2, Karlsruhe 1905/06.
- Müller, Petrus: Liberalismus in Nürnberg, Nürnberg 1990.
- Muhs, Rudolf: Deutscher und britischer Liberalismus im Vergleich. Trägerschichten, Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen (ca. 1830–1870), in: D. Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 223–259.
- Nägler, Frank: Von der Idee des Friedens zur Apologie des Krieges. Eine Untersuchung geistiger Strömungen im Umkreis des Rotteck-Welckerschen Staats-Lexikons, Baden-Baden 1990.
- Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1 ff., Berlin 1953 ff.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.
- Nipperdey, Thomas: Kritik oder Objektivität? Zur Beurteilung der Revolution von 1848, in: ders., Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, S. 259–278.
- Nolte, Paul: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Tradition – Radikalismus – Republik, Göttingen 1994.
- Nolte, Paul: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855, in: HZ 252 (1991), S. 57–93.
- Obenaus, Herbert: Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984.
- Paletschek, Sylvia: Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841–1852, Göttingen 1990.
- Pastor, Ludwig v.: Das Leben des Freiherrn Max v. Gagern 1810–1889, München 1912.
- Popkin, Jeremy: News and Politics in the Age of Revolution. Jean Luzac's Gazette de Leyde, Ithaca 1989.
- Popkin, Jeremy: Revolutionary News. The Press in France 1789–1799, Durham/London 1990.
- Rosenberg, Hans: Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972.
- Rumpler, Helmut (Hrsg.): Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, München 1990.
- Salomon, Ludwig: Geschichte des deutschen Zeitungswesens, Bd. 3, Leipzig 1900–1906 (Neudruck Aalen 1973).
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983.
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Volksreligiosität in der modernen Sozialgeschichte, Göttingen 1986.

- Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993.
- Schmidt, Siegfried: Der Hallgarten-Kreis 1839–47. Zur Genese des bürgerlichen Parteiwesens im deutschen Vormärz, in: *Wiss. Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Geschichts- und sprachwiss. Reihe*, Heft 13 (1964), S. 221–228.
- Scholler, Heinrich: Die sozialen Grundrechte in der Paulskirche, in: *Der Staat*, Bd. 13 (1974), S. 51–72.
- Schulze, Eduard: Gervinus als politischer Journalist. Ein Beitrag zur Publizistik der deutschen Einheitsbewegung, Phil. Diss. Leipzig 1930.
- Schulze, Hagen: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, München 1985.
- Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994.
- Sedatis, Helmut: Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979.
- Sheehan, James: *German Liberalism in the 19th Century*, Chicago 1978.
- Sheehan, James: Wie bürgerlich war der deutsche Liberalismus? in: D. Langewiesche (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, S. 28–44.
- Siemann, Wolfram: Die Deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a. M. 1985.
- Siemann, Wolfram: »Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung«. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866. Tübingen 1985.
- Siemann, Wolfram: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Frankfurt a. M. 1990.
- Siemann, Wolfram: Wirtschaftsliberalismus 1848/49 zwischen Sozialverpflichtung und Konkurrenzprinzip. Zur Debatte über das »Recht auf Arbeit« in der »Paulskirche«, in: H. Rabe u. a. (Hrsg.), *Festgabe für Ernst Walter Zeeden*, Münster 1976, S. 407–432.
- Springer, Anton: Friedrich Christoph Dahlmann, 2 Bde., Leipzig 1870/73.
- Stadelmann, Rudolf: Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948.
- Tauschwitz, Hanno: *Presse und Revolution 1848/49 in Baden*, Heidelberg 1981.
- Tilly, Richard: Los von England? Probleme des Nationalismus in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, in: ders., *Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung*, Göttingen 1980, S. 197–206.
- Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die Entstehung der Nationalbewegung in Europa 1750–1849, Berlin 1993.
- Treskow, Rüdiger v.: Erlauchter Vertheidiger der Menschenrechte! Die Korrespondenz Karl v. Rottecks, Bd. 1: Einführung und Interpretation, Bd. 2: Regesten, Freiburg/Würzburg 1990/92.
- Ullmann, Hans-Peter/Zimmermann, Clemens (Hrsg.): Restaurationssystem und Reformpolitik. Süddeutschland und Preußen im Vergleich, München 1996.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, Von der Reformära bis zur industriellen und politischen Deutschen Doppelrevolution. 1815–1848, München 1987.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. 1849–1914, München 1995.
- Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus und Nation in der deutschen Geschichte, in: H. Berding (Hrsg.), *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität*, Bd. 2, Frankfurt 1994, S. 163–175.
- Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus als fremdenfeindliche Integrationsideologie, in: W. Heitmeyer (Hrsg.), *Das Gewalt-Dilemma*, Frankfurt 1994, S. 73–90.

- Wild, Karl: Karl Theodor Welcker, ein Vorkämpfer des älteren Liberalismus, Heidelberg 1913.
- Wilke, Jürgen: Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten, Berlin 1984.
- Winkler, Heinrich August/Kaelble, Hartmut (Hrsg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993.
- Wollstein, Günter: Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.
- Wollstein, Günter: Mitteleuropa und Großdeutschland – Visionen der Revolution 1848/49. Nationale Ziele in der deutschen Revolution, in: D. Langewiesche (Hrsg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983, S. 237–257.
- Zernack, Klaus (Hrsg.): Zum Verständnis der Polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772–1871, Berlin 1987.

Personenregister

Das Personenregister dient vor allem dem schnellen Auffinden liberaler Korrespondenten. Die im Text sehr häufig vorkommenden Herausgeber der Deutschen Zeitung sind nur dort aufgeführt, wo längere Passagen ihre Tätigkeit thematisieren.

- Aegidi, Karl Ludwig 50, 309
Altgeld, Wolfgang 233, 244
Arndt, Ernst Moritz 26, 97, 108
Arnim, Heinrich von 153
Aßmann, Wilhelm 64
Auerswald, Alfred von 27, 32, 108
- Bassermann, Friedrich Daniel 34, 36, 44,
69 f., 129, 315
Beckerath, Hermann 19, 31, 95
Bekk, Johann Baptist 95, 113
Below, Gustav von 94, 114, 316 f.
Bergsträsser, Ludwig 19, 53 f., 61
Beseler, Georg Christoph 31, 97
Beseler, Wilhelm 32, 157
Best, Heinrich 34, 57, 60, 63, 66 f., 200,
220, 223, 291
Beust, Friedrich Graf von 189
Blankenhorn-Krafft, Nikolaus von 70
Bleiber, Helmut 20
Blum, Robert 140, 209
Boch, Rudolf 222
Boldt, Werner 137
Botzenhart, Manfred 54, 192
Brandenburg, Friedrich Wilhelm Graf
von 175
Brandis 96
Braun, Alexander 30
Braun, August Emil 74
Brozek, Andrzej 152
Buhl, Franz Peter 70
- Calm, S. C. 303, 326
Camphausen 30
Closen, Karl Freiherr von 28, 34
Cohen, Eduard 65
Cotta 24, 39, 68 f.
Coudenhove, Franz Graf von 298 f.
- Dahlmann, Friedrich Christoph 19, 21,
23-26, 35, 37, 46, 67, 85, 108, 158, 307
- Deuchert, Norbert 315
Deutsch, Karl 148, 167
Diergardt, Friedrich 30
Dittenberger 70
Döll, Johann 63
Droysen, Johann Gustav 65, 97, 307
Duckwitz, Arnold 57
- Ebmeyer, Carl Heinrich Johann 306
Eisenstuck, Bernhard 215, 295
Esmarch, Heinrich Carl 32
Eugen, Felix 295
- Fallenstein, Georg Friedrich 85, 88
Farenheid von 58
Fehrenbach, Elisabeth 61, 117, 131
Fenske, Hans 250, 261-263
Foerster, Cornelia 14, 53
Freudentheil 295 f.
Freylach, A. 63
Freitag, Gustav 38
Friedrich Wilhelm IV. 134, 151, 173-
176, 193
- Gagern, Hans-Christoph von 29, 33
Gagern, Heinrich von 19, 27, 29, 33, 56,
85
Gagern, Max von 67, 133 f., 246
Gall, Lothar 11, 20, 53, 119, 212, 249,
278
Gallenkamp, W. 308
Gammius 306
Geffken, Johannes 64
Gerber, Karl von 65
Gervinus, Georg Gottfried 11, 23-25,
28, 30 f., 36-38, 43 f., 70, 111, 119,
163 f., 180
Giech, Franz Graf von 26
Gordon, Friedrich von 61
Graebe, Karl 66
Graf, Friedrich Wilhelm 225, 240

- Gredig, Lorenz 66
 Grimm, Dieter 122
 Grimm, Jacob 37
 Häusser, Ludwig 11, 22, 24, 29 f., 35 f.,
 38 f., 43, 86, 101
 Hahn, Hans Henning 153 f.
 Halle, Christian 63
 Hallmann, E. 64
 Hammer von Purgstall, Joseph 65
 Hansemann, David 12, 27, 30–32, 35,
 41 f., 70
 Hauser, Christoph 14, 53
 Haym, Rudolf 45, 85
 Hecker, Friedrich 140 f.
 Heller, Robert 47, 50
 Helmreich, Wilhelm 70
 Hergenhahn, August 12, 85, 180
 Hertle, D. 309
 Höfken, Gustav 35, 39 f., 42 f., 69
 Hölscher, Lucian 240
 Hoffmann, Lutz 271, 283
 Huber, Ernst Rudolf 173, 193
 Hübinger, Gangolf 20, 130 f., 140
 Humboldt, Wilhelm von 226
 Jacoby, Johann 65, 140
 Jaup, Heinrich Carl 29
 Jeismann, Michael 265
 Jordan, Wilhelm 153, 155
 Kaschuba, Wolfgang 15, 91, 272, 279,
 300, 313
 Keller, Wilhelm 319
 Kemm, L. A. 62
 Kiesselbach, Wilhelm 45
 Kleinsorge 296
 Kleßmann, Christoph 181 f.
 Koch, Lotte 305
 Koch, Robert 305
 Koch-Gontard, Clothilde 49, 87 f., 294,
 305, 315, 317 f.
 Kocka, Jürgen 16
 Kolb, Georg Friedrich 24, 29, 65
 Koselleck, Reinhard 269
 Krafft von 63
 Kruse, Heinrich 45, 47
 Küchler, Hans 63
 Kühne, Jörg-Detlev 128, 136, 210 f.
 Ladenburg, Leopold 70
 Laet, Johann Jakob de 66
 Lange, C. 304
 Langewiesche, Dieter 14, 53, 60, 122,
 124, 142, 186, 189, 198, 243
 Lenger, Friedrich 206
 Lerchenfeld, August von 63, 294
 Lerchenfeld, Gustav von 28, 34, 70, 107,
 246
 Liedke 297, 304, 316
 List, Friedrich 39, 216, 219
 Löwenstein, Prinz 95, 299
 Lucius, E. 64
 Lutz, Heinrich 133, 193
 Marggraff, Hermann 42, 45, 50, 73
 Mann, Bernhard 173
 Manteuffel, Otto Freiherr von 48–50,
 87, 95
 Marées, Adolph von 305
 Mathy, Karl 11, 19, 24, 30, 34–36, 38–40,
 48–50, 95
 Menn 314
 Metternich, Klemens Wenzel, Fürst 11,
 30, 116
 Meusebach, Freiherr von 48
 Mevissen, Gustav 30 f., 100
 Meyer, Georg Theodor 30
 Meyer, Manfred 122, 130, 250 f., 253,
 255
 Mittermaier, Karl 11, 21 f., 35, 40, 67, 70,
 246
 Mitzenius, Karl 43, 45, 47, 50 f., 83 f., 88
 Mohl, Robert von 65, 122
 Mohr, Georg 73
 Mordtmann, A. 66
 Müller, Friedrich von 30, 306
 Nägler, Frank 250, 252, 260
 Nipperdey, Thomas 144, 156, 160, 198,
 224, 228, 244, 314
 Nöll, C. F. 296, 308
 Nolte, Paul 14, 60, 67
 Obenaus, Herbert 54, 57 f.
 Oehlmann 316
 Palmerston 159
 Pfeiffer, Burkhard Wilhelm 29
 Pfeuffer 70
 Pfizer, Paul 29, 65, 122
 Pfordten, Ludwig von der 30
 Pinder, Julius 31
 Pius IX. 227

- Planta, Peter von 66
 Raumer, Rudolf von 65
 Reimer, Karl 24, 26, 34 f., 44 f., 48 f., 82–88, 112
 Ringler, Alexander 65
 Rochau, August Ludwig von 42 f., 73, 185
 Römer, Friedrich 29
 Roepell, Richard 297
 Rotteck, Karl von 23, 229, 241
 Rümelin, Gustav 65

 Schätzler, A. 66
 Schieder, Wolfgang, 53, 225
 Schirges, Heinrich 316
 Schläger 294
 Schlosser, Friedrich Christoph 29, 31, 36, 39
 Schnars, Karl 66
 Schön, Theodor von 27, 32, 61, 65
 Schott, Albert 29
 Schott, Siegmund 122
 Schulz, Friedrich 295, 318
 Schulz, Wilhelm 65
 Schulze, A. 63
 Schuselka, Franz 65
 Schwerin-Putzar, Max, Graf von 31
 Sheehan, James 53, 124, 147, 200
 Siemann, Wolfgang 155, 160, 173, 183, 188 f.
 Siemens, Andresen 62
 Sievert 308
 Simon, Heinrich 65, 67, 297
 Smid, Johann 33, 57
 Snell, Ludwig 65, 298
 Soiron, Alexander von 10, 49, 67, 85 f., 137, 246
 Souchay, Eduard Franz 29
 Spohr, August 64
 Sprenger, August 62
 Stahl, Friedrich Julius 238

 Stein, Julius 65
 Steinhart, C. 307
 Struve, Gustav 70

 Thorbecke, Paul 19
 Trefort, August von 66
 Treitschke, Heinrich von 70
 Trzeciakowski, Lech 153

 Uhland, Ludwig 29
 Uhlich, Leberecht 231 f., 238
 Uslar-Gleichen, Freifrau von 318

 Vangerow 70
 Varrentrapp, Georg 64, 94
 Vincke-Olbendorf, Karl Freiherr von 27, 31, 67, 94 f., 114, 315–317

 Waitz, Georg 65, 97
 Walesrode, Ludwig 65, 67
 Wangenheim, Karl August von 29 f, 67
 Wedekind, Gustav Freiherr von 63, 305
 Weege, Wilhelm 291
 Wehler, Hans-Ulrich 15, 18, 122, 265
 Weis, Philipp 298
 Weissbrodt, F. 62
 Welcker, Karl 129, 136, 241
 Wessenberg, Ignaz von 308
 Wiesner, Adolf 43
 Wilda, Eduard 31
 Willich, Friedrich Justus 29
 Winter, Carl 24, 50 f., 83, 88, 194
 Wippermann, Carl 12, 56
 Wippermann, Wilhelm 63
 Wohlfahrt, Theodor 64, 308
 Wollstein, Günter 156, 159, 250
 Wurm, Christian Friedrich 32, 57, 307

 Zachariä, Heinrich Albert 40, 122
 Ziegler, Johannes 66
 Zimmern von, Adolf 61

Sach- und Ortsregister

Das Sach- und Ortsregister stellt ein grobes Stichwortregister dar. Zentrale Begriffe wie Modernisierung, Nationsbildung etc. wurden nur dort aufgenommen, wo sie ausführlicher behandelt werden.

- Adel 32, 67, 311
Agrarbevölkerung 61, 6, 202-204, 303 f.
Aktiengesellschaft 68-70, 85 f.
Allgemeine Zeitung 24, 35, 69, 71, 77, 92, 97, 110, 112, 310
Amerika 59, 66, 102 f., 281 f.
Aufsichtsrat, s. Zensorische Direktion
Auswanderung 262-264
- Baden 22 f., 29, 55, 67, 140, 292-294
Balkan 59, 66
Bayern 28 f., 55 f., 292-294
Beamte 33, 62 f., 67, 305 f.
Belgien 59, 102 f., 279 f.
Berlin 55, 58, 134, 292, 297
Bildungsbürger 61-65, 68, 307-309, 312-314
Brandenburg 55, 58, 292
Braunschweig 55, 292, 296
Bremen 33, 55, 57, 59
Breslau 31, 58, 65, 93, 297
- Casino-Fraktion 52, 85, 142, 295
- Dänemark 102, 145, 259
Demokratie 55-57, 64, 140 f., 170, 176, 186 f., 190 f.
Deutscher Bund 23, 27, 59, 102-104, 127-129, 133-136, 195
Deutscher Zuschauer 22, 70
Deutschkatholizismus 37, 233, 238
Dippoldiswalde 305
- Eliten 15, 34, 56, 60, 63, 67
England 59, 102 f., 219, 252-254, 272-274
Erfurter Reichstag 50, 192 f.
Ethnozentrismus 16, 268, 272, 275, 283
- Feindbilder 131 f., 140 f., 175-177, 188-191, 267-274, 282-284
- Flotte 160, 220, 261 f.
Fraktion 46, 52
Frankfurt 29, 44 f., 55 f., 59, 293
Frankreich 59, 102 f., 251 f., 270-272
- Germanistenversammlung 21 f., 28 f., 33, 40
Gewerbefreiheit 204-206, 212
Gothaer (Partei) 11, 38 f. 45-52, 85-89, 185-188
Greifswald 31
Griechenland 102
- Hamburg 32, 55, 57, 59, 65
Hamburger Correspondent 92
Handwerk 61 f., 67, 199-202, 204-206, 304 f.
Hannover 30, 55, 57, 292, 295
Herkunft
- konfessionell 33, 60, 66 f., 243, 246, 311 f.
- regional 54-60, 290-301
- sozial 60-68, 301-311
Hessen-Darmstadt 29, 55 f., 292-294
Hildesheim 295
- Imperialismus 261-264
Industrialisierung 199, 207 f., 214 f.
Intelligenz, freie 61-64, 67, 306-308
Italien 59, 66, 102 f., 256 f., 275 f.
- Jesuiten 227, 230 f.
Juden 65 f., 241-244, 246
Justiz 61, 63, 302, 305 f.
- Kapital
- politisches 91 f., 94-96, 116
- soziales 33, 92, 116
Katholizismus 34, 37, 66, 226 f., 247-249
Kaufmännischer Sektor 61, 67, 303
Kölner Konflikt 234

- Kölnische Zeitung 71, 77, 97, 112
 Kolonien 250, 262–264
 Korrespondenten 27, 52–68, 74, 83, 91–96
 Kreuzzeitung 77, 191, 310
 Kurhessen 29, 55 f., 115 f.
- Landtage 28–34, 57
 Leipzig 24, 39, 59, 295
 Leitartikel 96–98, 105
 Lichtfreunde 231–233, 238
 London 59, 299
- Mannheimer Abendzeitung 22, 77
 Mannheimer Journal 22, 77, 310
 Mecklenburg 55, 292, 296
 Modernisierung
 – Impulse 18, 35, 90
 – Krise 17, 266
- Nassau 55 f., 292, 304
 Nationalstaat (Begriff) 122 f.
 Nationalversammlung
 – Berliner 32, 150 f.
 – Frankfurter 34, 38, 40, 43–46, 52, 56 f., 66 f., 155 f., 177 f., 223 f.
 Nationsbildung 59, 123–127, 144, 148 f., 167 f., 197, 247 f.
 Neue Speyerer Zeitung 24, 29, 65, 112
 Niederlande 68, 102 f., 280
- Oberpostamtszeitung 92, 96
 Öffentlichkeit 11, 58
 Österreich 55, 58 f., 65, 102 f., 105–107, 124–127, 138–140, 161–168, 254–257, 275, 298 f.
 Oldenburg 55, 292, 295 f., 304
 Organisation, Liberale 15, 46, 53, 191 f., 196 f.
 Ostpreußen 32, 55, 65, 292, 297 f.
- Parlamentarismus 54, 147, 170
 Partei 11, 46–48, 52, 191 f.
 Partikularismus 12, 146 f., 176 f., 189 f., 195
 Paulskirche s. Nationalversammlung
 Pauperismus 200–204, 207, 211–216
 Philhellenismus 53, 63, 300, 311
 Polen 59, 102, 152–156
 Pommern 31, 55, 58, 297
 Posen 55, 152–156, 292, 297
- Preßverein 53, 63, 300, 311
 Preußen
 – Regierung 26, 48–50, 86–88, 193 f.
 – Staat 25, 32, 39, 48 f., 55, 57, 119–121, 292, 296–298
 Protestantismus 34, 36, 38, 66, 228–231, 233, 244–248
- Quellen 19 f., 27, 71, 82, 267 f., 287 f., 302
- Realpolitik 38, 313
 Region 17, 53–60, 314
 Reichsverfassungskampagne 178–183
 Rekrutierung 28, 33, 56, 63, 67
 Ressorts 99 f.
 Restauration 37, 51
 Rheinische Zeitung 31, 69
 Rheinland 30 f., 55, 57–60, 292, 296 f.
- Sachsen, Königreich 29 f., 55, 57, 292, 295
 Sachsen, Provinz 55, 292, 297 f.
 Sängerbewegung 63, 59, 311
 Schlesien 31, 55, 58, 292, 296 f.
 Schleswig-Holstein
 – Konflikt 37, 39, 156–161
 – Land 32, 55, 57, 292, 296
 Schutzzoll 39, 216–220
 Schweiz 59, 65 f., 102 f., 277–279, 299
 Sonderbund, Schweizer 59, 113 f.
 Soziale Frage 13, 38, 200–203, 212–216
 Spanien 102 f., 259, 276 f.
 Staatslexikon 11, 227
- Thüringen 29, 55 f., 64, 292, 295
 Trägergruppen 52–68, 181 f., 240, 285–314
- Ungarn 59, 66, 103, 257 f.
 Unionspolitik 46, 50 f., 183–190, 192
 Universität 33, 40, 67, 307
- Vereine, Vereinsmitgliedschaft 22, 33 f., 43, 46
 Verwaltung 61–63, 302, 305 f.
 Veto 170
 Vossische Zeitung 71, 77, 92, 112, 310
- Wahlrecht 36, 38, 136 f., 170–172, 184, 186 f.
 Westfalen 55, 58, 292

Weserzeitung 33, 92, 112
Westpreußen 55, 292, 297f.
Wien 11, 58, 149, 161, 166, 298
Wirtschaftsbürger 37, 57, 312
Württemberg 29, 55, 292–294

Zensorische Direktion 24f, 27–34
Zensur 27, 50, 58, 112–116
Zollverein 29f., 32, 37, 39, 127–129

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hirschhausen, Ulrike von:

Liberalismus und Nation : die Deutsche Zeitung ; 1847–1850 /

Ulrike von Hirschhausen. – Düsseldorf : Droste, 1998

(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien ; Bd. 115)

ISBN 3-7700-5215-3



EX OFFICINA

1998

Satz

Linotype Stempel Garamond

SatzWeise Trier

Papier ©

Geese Hamburg

Gewebe

Bamberger Kaliko

Druck

Verlagsdruckerei Schmidt

Neustadt/Aisch

Printed in Germany



